

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

91.080 Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen



Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 19. März 1992, Vormittag
Jeudi 19 mars 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Frau Meier Josi

Präsidentin: Wir nehmen mit grosser Genugtuung Kenntnis davon, dass gestern in Südafrika ein wichtiger Entscheid gefallen ist, indem Präsident de Clerk ein klares Mandat bekommen hat, dieses Land einer demokratischen Entwicklung zuzuführen. Das erlaubt Ihrer Delegation, ihre vorgesehene Reise am kommenden Sonntag tatsächlich anzutreten. Der Entscheid musste bis zur Abstimmung in Südafrika aufgeschoben werden.

91.080

Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen Programme d'armement 1992. Acquisition d'avions de combat

Botschaft und Beschlussentwurf vom 18. Dezember 1991 (BBI I 683)
Message et projet d'arrêté du 18 décembre 1991 (FFI 673)

Herr **Schoch** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Auftrag und Arbeit der Subkommissionen

Aufgrund von Artikel 10a des Geschäftsreglementes setzte die Sicherheitspolitische Kommission drei Subkommissionen ein.

Die Subkommission 1 (Huber, Rhyner, Ziegler Oswald) hatte den Auftrag, die Verträge zu prüfen.

Sie führte am 7. Februar 1992 am Sitz der GRD eine ganztägige Sitzung durch. Seitens der GRD waren der Rüstungschef (Herr Wicki), der Chef der kaufmännischen Abteilung Flugmaterial (Herr Lyoth) sowie zwei juristische Mitarbeiter anwesend. Vor der Sitzung wurde den Subkommissionsmitgliedern ein «Vertragsverzeichnis» zugestellt, das für jeden Vertragstyp eine Kurzbeschreibung enthielt.

Die Arbeit der Subkommission 1 lief nach folgenden Punkten ab:

- Einführung durch den Rüstungschef;
- Charakterisierung des gesamten Vertrages durch Herrn Lyoth;
- Besprechung jedes einzelnen Vertrages durch Herrn Lyoth oder seine juristischen Mitarbeiter und direkte Beantwortung der Fragen der Subkommission 1 anhand der erwähnten Inhaltsverzeichnisse;
- paketweise Einsichtnahme in die Originalverträge durch die Mitglieder der Subkommission 1, mit individuellen Erläuterungen durch die Mitarbeiter der GRD;
- Schlussbesprechung der Subkommission 1 unter Ausschluss der GRD-Mitarbeiter.

Die Subkommission 2 (Coutau, Bühler Robert, Morniroli, Plattner) hatte den Auftrag, die finanziellen Auswirkungen des F/A-18-Kaufs auf den Bundeshaushalt zu prüfen und die verschiedenen Positionen des beantragten Verpflichtungskredites sowie die finanziellen Konsequenzen je nach Zeitpunkt der Beschlussfassung durch die eidgenössischen Räte abzuklären. Die Subkommission 2 tagte am 12. Februar 1992 mit Vertretern der Verwaltung.

Die Subkommission 3 (Loretan, Küchler, Martin Jacques, Schmid Carlo, Uhlmann) hatte Abklärungen betreffend Typenwahl, Führung und Einsatz vorzunehmen.

Sie tagte am 6. und 10. Februar 1992. Sie hörte am ersten Tag Divisionär Paul Leuthold (Waffenchef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen) und Brigadier z D Henri Criblez (früher Kommandant der Fliegerabwehr-Brigade 33 und Chef der Abteilung Koordination und Planung im Kommando der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen) an. Am zweiten Sitzungstag hörte zudem die Subkommission 3 Herrn Dr. Georges Bridel (Arbeitsgruppe für Luft- und Raumfahrt, Zürich), Dr. Emil Jaeggi (Berater von Saab-Scania AB) und den früheren Rüstungschef, Dr. Felix Wittlin, an. Aufgrund dieser Gespräche, bei denen von verschiedenen Experten Vorbehalte gegenüber der Beschaffung von 34 F/A-18 und insbesondere der Typenwahl geäussert wurden, formulierte die Unterkommission 3 eine Reihe von Fragen, die vom Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und zahlreichen Mitarbeitern mündlich und schriftlich beantwortet wurden. Die Fragen und Antworten sind in der Beilage zu diesem Bericht enthalten.

Ein Teil der Unterkommission 3 sowie weitere Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständersates wurden am 14. Februar von Vertretern der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und der GRD über das Evaluationsverfahren informiert und besichtigten eine Einsatzzentrale. Im weiteren führte der Präsident der Subkommission 3 am 21. Februar ein Gespräch mit Dr. Leo Wehrli (dipl. phys. ETH, Urdorf) und Dr. Georges Bridel; der Kommission stand zudem eine umfangreiche Korrespondenz mit Herrn Jean-Pierre Margot (Neuchâtel) zur Verfügung.

2. Ergebnisse der Abklärungen

2.1 Verträge (Subkommission 1)

Für das Geschäft F/A-18 liegt ein umfangreiches, detailliertes Vertragswerk vor, das Verträge unter anderem auf folgenden Ebenen umfasst:

- EMD – US-Verteidigungsministerium (DOD);
- GRD – US Department of the Navy;
- GRD – McDonnell Aircraft Company (MDAC);
- GRD – General Electric Company;
- GRD – Flugzeugwerk Emmen (F+W);
- F+W – Firmen der Asia (Vereinigung der schweizerischen Flugindustrie);
- MDAC – F+W.

Es handelt sich um Vertragsentwürfe, die einen unterschiedlichen Grad der Perfektionierung aufweisen: Zum Teil sind es Verträge in Form von Optionen, zum Teil weitgehend bereinigte Entwürfe. In den entscheidenden Punkten besteht eine zeitlich limitierte Bindung der Offerenten.

Die Subkommission 1 konnte feststellen, dass der Inhalt der Botschaft und die Verträge respektive Entwürfe übereinstimmen.

Trotz des umfassenden Vertragssystems besteht für Regierung und Parlament Handlungsfreiheit. Bei abweichenden Beschlüssen können und müssen die Verträge neu ausgehandelt werden.

Die Frage nach Unklarheiten oder Mängeln in den Verträgen wurde eindeutig beantwortet: Die Verwaltung weiss um keine Lücken. Sie ist überzeugt, für die Schweiz das mögliche Optimum herausgeholt zu haben.

Die Subkommission 1 hat bezüglich der Gesprächspartner folgende Eindrücke:

- Es handelt sich um Mitarbeiter der GRD, die die Materie im allgemeinen, aber auch im Detail beherrschen.
- Die zuständigen Stellen und Personen verfügen von früheren Beschaffungen her über grosses Wissen (M-109, Tiger, Tow, Dragon als Beispiele mit US-Firmen). Die Sachkompetenz ist offensichtlich.
- Die GRD und ihre Mitarbeiter sind mit der Absicht angetreten, der Subkommission jede Frage zu beantworten, jede Einsicht möglich zu machen, Transparenz zu schaffen.
- Die Mitarbeiter sind für die Durchsetzung schweizerischer Interessen in hohem Mass motiviert.

Die Botschaft des Bundesrates, die im Ueberblick eingesehene Verträge, die kompetenten Erläuterungen der qualifizierten Mitarbeiter der GRD, deren lange Erfahrung in Rüstungs-

geschäften, die angestrebte Transparenz, Inhalt und Form der Beantwortung der gestellten Fragen führen die Subkommission 1 zum Schluss, dass nach ihren Feststellungen das vorgelegte Vertragswerk nach den vorgegebenen und bestehenden Randbedingungen gute Voraussetzungen bietet für eine frictionslose Abwicklung des Geschäfts.

Die Hauptelemente des Geschäfts – Beschaffungsumfang, Preis, Lieferfristen, Kompensationen (direkt, indirekt) – können mit den vorliegenden Verträgen abgesichert werden.

Abschliessend darf auf das Dokument «Schlussbericht und Zusammenfassung» über die «Kosten der Beschaffung des Kampfflugzeuges Tiger», datierend vom 5. August 1988, erstellt von der Eidgenössischen Finanzkontrolle, verwiesen werden. Der Schlussatz dieses Berichtes lautet wie folgt: «Die Beschaffung von insgesamt 110 Tiger-Kampfflugzeugen samt erster Munition, einem Basisvorrat an Ersatz- und Bodenmaterial sowie der Ausbildung erforderte Totalaufwendungen von 1,81 Milliarden Franken. Bei diesem Grossprojekt sind keine besonderen Schwierigkeiten aufgetreten. Es kann von einem reibungslosen Ablauf gesprochen werden.»

2.2 Finanzen (Subkommission 2)

Das Kreditbegehr liegt grundsätzlich innerhalb der Planung der militärischen Bedürfnisse und der finanziellen Möglichkeiten des Bundes. Trotz der Bedeutung der beantragten Summe ist keine ausserordentliche Erhöhung der Rüstungs- oder Betriebsausgaben festzustellen. Die Rüstungsausgaben gehen real zurück, und ihr Anteil am Total der Bundesausgaben verkleinert sich. Dies im Gegensatz zu den Militärbudgets unserer Nachbarländer, welche zum Teil beachtlich zulegen.

Der Kauf eines neuen Kampfflugzeuges zwingt uns zwar zum Verzicht auf ein Rüstungsprogramm 1993, er beansprucht jedoch nicht die Gesamtheit der Zahlungskredite im Rüstungsbereich. Gewisse Materialbeschaffungen müssen verschoben werden, aber die Programme gewährleisten die Kontinuität der diesbezüglichen Anstrengungen – unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage, der Rolle der Armee und der finanziellen Möglichkeiten. Die Subkommission 2 hat sich besonders mit den Spitzen bei den Zahlungskrediten in den Jahren 1994 und 1995 befasst. Ab 1997/98 werden diese Beträge kompensiert. 1994 und 1995 werden wie in der Vergangenheit Rüstungsprogramme in der Grössenordnung von 1,7 bis 1,9 Milliarden Franken beantragt.

Die Subkommission 2 kam zur Überzeugung, dass das Rüstungsprogramm 1992 einem langfristig geplanten Beschaffungsbegehr entspricht, welches die unerlässliche Erneuerung unseres Luftschildes berücksichtigt. Diese Erneuerung hat angesichts der Ueberalterung der heutigen Flugzeugflotte in bezug auf die Leistung Priorität. Trotz dieser Beschaffung, die im Grunde eine Ersatzbeschaffung ist, kann eine nicht unbedeutliche «Friedensdividende» in der Finanzplanung verzeichnet werden (2754 Millionen Franken zwischen 1991 und 1995 in bezug auf den genehmigten Finanzplan). Zudem ist geplant, beim EMD 800 Stellen einzusparen und bei den Rüstungsbetrieben 1000 Stellen.

Die Subkommission 2 hat die Einzelheiten des beantragten Verpflichtungskredites geprüft. Sie konnte feststellen, dass die Informationen in der Botschaft sehr umfassend und transparent sind. So detaillierte Unterlagen für ein Rüstungsgeschäft sind in anderen Ländern nicht üblich, sie bringen zweifellos Vorteile für die Parlamentarier.

Die Subkommission 2 hat verschiedene Rubriken überprüft:

– Wirtschaftliche Auswirkungen der Bestellungen in der Schweiz: Die Mehrkosten, welche diese Bestellungen verursachen, liegen weit unterhalb der als zulässig geltenden Marge von 10 Prozent. Man spricht von einer Marge von 3 Prozent, was insofern von besonderem Interesse ist, als sie es ermöglicht, Wiederausfuhren zu den Lieferanten vorzusehen.

– Im Programm nicht enthaltene Kosten: Es geht insbesondere um die Warenumsatzsteuer und die Transportkosten. Es ist bei solchen Käufen üblich, dass diese Kosten aus separaten Krediten finanziert werden.

– Kosten für die technische Unterstützung: Die Subkommission 2 konnte sich davon überzeugen, dass diese Kosten mit den effektiven Leistungen, welche die US-Navy im Bereich der Ausbildung erbringt, übereinstimmen.

– Bemühungen um Kostenreduktionen: Seit dem Entscheid von 1990, die Beschaffung zu verschieben, wurden diesbezüglich beträchtliche Anstrengungen gemacht. Es ist im besonderen auf die Ersatzteilpolitik hinzuweisen. Bei der Ersatzteilbeschaffung wird sehr differenziert vorgegangen. Dadurch konnten die Kosten für die Ersatzteile wesentlich reduziert werden.

– Wechselkursrisiko: Gemäss Botschaft wurde den Berechnungen ein Dollarkurs von Fr. 1.50 zugrunde gelegt; dieser ist theoretisch und kann als willkürlich betrachtet werden. Mehrere Möglichkeiten wurden geprüft, um gegen allfällige Kurschwankungen auf dem Wechselkursmarkt gewappnet zu sein. Es bestehen verschiedene finanzielle Instrumente zur Sicherung der Devisenkurse, aber Kursabsicherungsoperationen kosten viel. Nach Konsultation der Schweizerischen Nationalbank und des Finanzdepartements wurde festgelegt, dass die Zuständigkeit für den Kauf der notwendigen Dollars beim Eidgenössischen Finanzdepartement verbleibt und das Kursrisiko dem Rüstungskredit selbst angerechnet wird. Der Anteil in US-Dollars beträgt 2,3 Milliarden Franken.

– Folgen einer Bestellungskürzung (24 statt 34 Flugzeuge): Es liegen keine genauen Berechnungen vor, wir wurden lediglich auf die ungefähre Grössenordnung hingewiesen. Eine Kürzung um 10 Einheiten brächte eine Kreditreduktion von 650 Millionen Franken.

– Vorengagements: Die Mitglieder der Subkommission 2 kamen zur Feststellung, dass die Zeit diesbezüglich gegen uns arbeitet. Bei einer Verschiebung unserer Bestellung ins amerikanische Fiskaljahr 1994 gelten die der Botschaft zugrundeliegenden Preisannahmen nicht mehr.

– Folgekosten: Sie umfassen die Ausbildung des Unterhaltspersonals und die Unterhaltskosten. Zur Liquidation der Hunter-Flugzeuge: Diese sind zwar noch in einem guten fliegerischen Zustand, haben aber keinen Marktwert mehr und müssen deshalb verschrottet werden.

Zu den Folgekosten gehören auch die auf Seite 99 der Botschaft dargelegten baulichen Investitionen. Besonders ins Gewicht fallen hier die Anpassungen und Erweiterungen von Kavernenanlagen. Die Kavernen müssen aber ohnehin vergrössert werden, weil der heute übliche Betriebsablauf sehr unrationell ist. Besonders nachteilig ist die Tatsache, dass die herankommenden Flugzeuge mit einem Laufkran gehoben und so über den zum Start vorbereiteten Flugzeugen an eine andere Stelle in der Kaverne (z. B. Werkstatt) gebracht werden müssen. Diese Manöver sind sehr zeitaufwendig, sie müssen unabhängig vom Flugzeugtyp durch entsprechende bauliche Massnahmen eliminiert werden.

2.3 Typenwahl, Führung und Einsatz (Subkommission 3)

Die Typenwahl muss das Schlussresultat sein einer Bedrohungsanalyse, einer Konzeption der Luftkriegsführung sowie daraus folgend eines Pflichtenheftes und einer Evaluation. Für die Beschaffung des F/A-18 liegen der Subkommission 3 an entsprechenden Dokumenten die Botschaft des Bundesrates über die Beschaffung von Kampfflugzeugen, das vom Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen ausgearbeitete und vom Generalstabschef unterzeichnete Dokument vom 20. Oktober 1987 «Ein neues Kampfflugzeug für die Schweiz», der Bericht vom 1. Oktober 1990 über die Sicherheitspolitik der Schweiz sowie der Bericht Armeeleitbild 95 vor.

Nach Ansicht der Subkommission 3 ist das Dokument vom 20. Oktober 1987 zu allgemein gehalten. Im Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz konnte naturgemäß dieser Frage wenig Raum eingeräumt werden. Hingegen sind im Bericht Armeeleitbild 95 die Aufgaben der Flugwaffe in Ziffer 58 klar umschrieben. Die Aussprache mit dem Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen hat zudem gezeigt, dass eingehendere Planungsunterlagen vorliegen. Die Subkommission 3 hat im Rahmen der verlangten Antworten auf die erwähnten Fragen detailliertere und vertiefte Unterlagen in bezug auf Bedrohung, Konzeption und Pflichtenheft erhalten, wobei eine Beurteilung der Bedrohungen zurzeit schwierig ist.

Das Parlament muss wissen, welche weiteren Beschaffungen

im Bereich Flieger und Fliegerabwehr (hier insbesondere Ersatz der Boden-Luft-Lenkwaffen BL 64 Bloodhound) in den nächsten Jahren notwendig sind, um die Lücken in der Luftkriegsführung zu schliessen. Aus den diesem Bericht beigelegten Antworten des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen geht hervor, dass die Erneuerung des Florida-Systems für den Ausbauschritt 1996–1999 vorgesehen ist (S. 4), der Ersatz der BL 64 für die Periode 2000–2003.

In bezug auf den Typenvergleich innerhalb der gewählten Flugzeugkategorie gelangte die Subkommission 3 zur Ueberzeugung, dass die Evaluation gründlich und nach sachlichen Kriterien vorgenommen worden ist. Keines der getesteten Konkurrenzprodukte hat Vorteile taktischer, technischer oder preislicher Natur, die insgesamt so gross wären, dass das Gesamtergebnis angezweifelt werden müsste.

2.3.1 F/A-18: Brauchen wir das «A» (Attack)?

Der vom Bundesrat vorgeschlagene F/A-18 eignet sich sowohl als Abfangjäger (F) als auch für Angriffsziele und für Erdkampf. Brauchen wir eine solche Angriffs- und Erdkampfkapazität? Das Armeeleitbild 95 (Ziff. 58) weist der Flugwaffe Erdkampfeinsätze (Mitwirkung im operativen Feuerkampf) nur ausnahmsweise und in besonders günstigen Situationen als Auftrag zu, d. h., wenn die Hauptaufgabe der Luftverteidigung nicht alle freien Kapazitäten beanspruchen sollte. Laut Darstellung des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen (Beilage S. 17) wurden in der Hauptevaluation die Erdkampfeigenschaften nicht mehr berücksichtigt. Daraus ergibt sich die Frage, ob der F/A-18 für uns nicht «eine Schuhnummer zu gross» sei. Sie wurde mit verschiedenen Experten, welche die Subkommission 3 anhörte, intensiv diskutiert. Gibt es Alternativen?

2.3.2 Variante I: Kauf von F-16A/B «ab Stange» (Occasion); Typ C/D
Bei dieser nicht undenkbaren Variante könnten im Rahmen des vorgegebenen Beschaffungskredites von rund 3,5 Milliarden Franken etwas mehr Flugzeuge gekauft werden, vor allem, wenn der «Occasionstyp» A/B gewählt würde, oder aber es könnte der Kreditrahmen gesenkt werden. Der in der Botschaft dargestellten und in der Subkommission 3 (Beilage S. 13–15) ergänzten und vertieften Auflistung der Schwächen des evaluierten F-16C/D gegenüber dem F/A-18 kann die Objektivität nicht abgesprochen werden, dies auch aufgrund der gründlichen Darlegung des Ablaufs des Evaluationsverfahrens anlässlich der Besichtigung vom 14. Februar 1992 in Payerne. Fliegerisch ist der F/A-18 im Überschallbereich dem F-16 unterlegen, als grosser Vorteil des F/A-18 wird hingegen immer wieder die automatisierte taktische Kartenprojektion im Cockpit herausgestrichen, wie denn überhaupt die besseren Leistungen des Radars des F/A-18 im Vergleich zu demjenigen des F-16 (beim letzteren höhere Anfälligkeit gegen Störmassnahmen und schlechteres Verhalten im Kurvenkampf); es kann auf Seite 13 bis 15 der Beilage verwiesen werden.

Es ist letztlich weniger eine waffentechnisch-taktische Fragestellung als eine politische: Wollen wir bezogen auf das Preis-Leistungs-Verhältnis ein technologisch höherstufiges System beschaffen, oder wollen wir uns mit etwas weniger Gute begnügen? Diese Frage bezieht sich sowohl auf den evaluierten F-16C/D als auch (erst recht) auf den F-16A/B.

2.3.3 Variante II: Kauf oder Leasing von Mirage 2000-C, im Sinne einer Übergangslösung

Dr. Leo Wehrli schlägt vor, aus Überschussbeständen Mirage-2000-C-Flugzeuge zu günstigen Bedingungen zu kaufen oder zu leasen. Es wäre dies eine Übergangslösung mit der Möglichkeit, später (nach dem Jahr 2000) ein europäisches Jagdflugzeug zu beschaffen oder eine Kampfwertsteigerung der Mirage 2000-C vorzunehmen. Diese Übergangslösung könnte uns – allenfalls in Teilschritten – den Einstieg in das Luftraumüberwachungs- und Führungssystem Frankreichs und anderer Nachbarn ermöglichen und Zeit verschaffen, die spätere Beschaffung eines Kampfflugzeuges der neuen Generation (Rafale, EFA) gründlich zu überlegen (dies gilt auch für 2.3.2).

Diese von rein geschäftsmässigem Denken geprägte und von daher nicht uninteressante Zwischenlösung für die Behebung

des bestehenden schwerwiegenden Mankos in Sachen Luftverteidigungskapazität dürfte sich allerdings zurzeit noch an dem von unserem Land gehabten Neutralitätsrecht und vor allem an der Neutralitätspolitik stossen. Dies gilt primär für den Einbezug in das französische Ueberwachungs- und Führungssystem, das mit dem Nato-System verknüpft ist. Bevor nicht Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik neu formuliert sind und der verlangte Bericht vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist, dürfte eine «Lösung Wehrli» kaum in Frage kommen.

2.3.4 Variante III: MIG-29

Zweifellos ein gutes Flugzeug (Abfangjäger). Der entscheidende Mangel dieser Variante dürfte im Logistik-Bereich liegen (Zellenstruktur, Einführung, Ersatzteilbeschaffung, komplizierte und aufwendige Wartung) sowie bei späteren Kampfwertsteigerungen. Vor dem Hintergrund der äusserst unsicheren und labilen Situation in den GUS-Staaten entfällt diese Variante klarerweise.

2.3.5 Variante IV: JAS-39 Gripen

Die Subkommission 3 hat sich durch Dr. Emil Jaeggi, Berater von Saab-Scania AB, dokumentieren lassen. Die Beschaffungsreihe des Gripen ist zurzeit nicht gegeben. Dieses Flugzeug zählt zur sogenannten neuen Generation und könnte dann evaluiert werden, wenn im Sinne einer Übergangslösung der F-16A/B «ab Stange» oder der Mirage 2000-C beschafft bzw. eingemietet würde. Im übrigen erscheinen die Ausführungen in der bundesrätlichen Botschaft (Ziff. 264) als zutreffend.

Gesamthaft kam die Subkommission 3 zur Schlussfolgerung, dass keine echte Alternative zum F/A-18 besteht. Die anderen Flugzeuge sind «eine Schuhnummer zu klein», so dass die «Schuhnummer» des F/A-18 mit Blick auch auf die lange Einsatzdauer (30 Jahre) des zu beschaffenden Flugzeuges zu verantworten ist.

2.3.6 Anzahl der zu beschaffenden Flugzeuge

Die Anzahl der zu beschaffenden Flugzeuge müsste sich aus der Bedrohungsanalyse, der Konzeption der Luftkriegsführung und dem Pflichtenheft ableiten lassen. Die erste Absicht bestand darin, insgesamt 80 moderne Flugzeuge zu beschaffen und damit alle vorhandenen Tiger und Hunter zu ersetzen. Die Beschaffung war in zwei Tranchen à 40 Flugzeuge vorgesehen. Aufgrund der Kreditvorgaben (etwa 3 Milliarden Franken) kam der Antrag auf 34 F/A-18 zustande. Die der Kommission dargelegte Rechnung (Beilage S. 10) für die notwendige Flottengrösse ist aber auch richtig. Allerdings wurden in der Subkommission 3 Zweifel geäussert, ob der ablösende Einsatz von je 6 Flugzeugen im 24-Stunden-Betrieb für die Luftraumüberwachung im militärischen Sinne nicht zu einem vorzeitigen Verschleiss von Material und Piloten führt, so dass für die effektiven Kampfeinsätze nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die Stellungnahme des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen geht aus der Beilage Seite 8 hervor.

Experten, die von der Subkommission 3 angehört wurden, stellten die Frage, ob mit den zu beschaffenden 34 Flugzeugen ein genügendes Schwergewicht für die Luftverteidigung geschaffen werden könne. Die Subkommission 3 ist dieser Frage besonders nachgegangen und hat abgeklärt, ob allenfalls für den gleichen Betrag wesentlich mehr Flugzeuge eines anderen Typs (z. B. Occasionen F-16A/B) beschafft werden könnten. Es hat sich gezeigt, dass möglicherweise ein solches Flugzeug in grösserer Zahl beschafft werden könnte; seine Leistung in bezug auf Avionik wäre aber bei den bis heute in Serie produzierten Typen wesentlich geringer als diejenige des F/A-18, aber auch des ebenfalls evaluierten F-16C/D. Der Unterschied zu den in unserer Flugwaffe vorhandenen Flugzeugen F-5 Tiger wäre nicht sehr gross. Es wurde der Subkommission 3 glaubhaft dargelegt, dass ein Flugzeug mit der Avionik eines F/A-18 die Einsatzmöglichkeiten der in dieser Beziehung schwächeren Flugzeuge Mirage und Tiger wesentlich verbessern kann. Zudem kann ein leistungsfähiges Flugzeug auch besser zum Schutze der Flugplätze beitragen, so dass die zahlreichen weniger leistungsfähigen Flugzeuge auch effektiv starten können.

Die Subkommission 3 ist der Ansicht, dass die Beschaffung

von weniger leistungsfähigen Flugzeugen in grösserer Zahl (mehr als 34) nicht sinnvoll ist.

In der Subkommission 3 wurde auch die Frage gestellt, ob nur 24 F/A-18 beschafft werden sollten. Es wurde argumentiert, für den Aufbau eines Luftschildes und für den Luftkampf brauche es ohnehin mehr als 34 Flugzeuge; für den Neutralitätsschutz und den Luftpolizeidienst genügten aber 24 Flugzeuge; auch diese Anzahl garantire den Anschluss an modernste Technologie; darauf könnte bei einer drastischen Änderung der Bedrohungslage, die rasch mehr Flugzeuge erfordern würde, aufgebaut werden.

Der Antrag für 34 Flugzeuge stützt sich vorab auf drei Argumente:

- Das politische Umfeld kann sich sehr rasch ändern (Nationalitätenkonflikte im ehemaligen Sowjetimperium, Naher Osten, Maghreb-Staaten), kurzfristige Zusatzbeschaffungen können erfahrungsgemäss nicht rasch genug getätigert werden.
- 34 Flugzeuge ermöglichen die dauernde Ueberwachung von drei Vierteln unseres Luftraumes, mit entsprechender Einsatzbereitschaft, sowie eine Einsatzreserve, was uns eine eigenständige Luftverteidigung erlaubt. Zur Sicherstellung von 24 Einsatzflugzeugen über lange Zeit sind total 34 Flugzeuge nötig. Mit nur 24 Flugzeugen wären wir im Ernstfall auf die sofortige Unterstützung durch befreundete Länder angewiesen. Ob diese innert nützlicher Frist erhältlich wäre, ist sehr fraglich.
- EMD und Armee erbringen bis 1995 nach wie vor eine einschneidende «Friedensdividende»; es wird kein Rüstungsprogramm 1993 geben. Der vom Bundesrat beantragte Verpflichtungskredit liegt im Rahmen der für das EMD sehr engen Finanzplanung. Es gibt keine finanzpolitischen Gründe, den beantragten Kredit reduzieren zu müssen.

2.3.7 Warnung und Führung

Zurzeit wird die Luftlage durch das System Florida erfasst. Dieses System dient auch der Führung. Es gibt Angaben über die beste Bekämpfung eines gegnerischen Flugzeuges (Fliegerabwehr oder Jagdflugzeug), und mit seiner Hilfe werden unsere Flugzeuge an den Gegner herangeführt. Die Reichweite des Florida-Radars ist gut in mittleren und grösseren Höhen, im tiefen Bereich kann er infolge der Erdkrümmung und der Geländestruktur nichts sehen. Zudem kann der Radar relativ leicht gestört werden und muss allein schon deshalb modernisiert werden.

Bei einer Beschaffung von F/A-18 könnte der Radar dieses Flugzeuges zum Teil die Schwächen des Florida-Radars kompensieren. Die Reichweite des F/A-18-Radars ist aber lange nicht so gross wie diejenige des Florida-Radars. Experten haben der Subkommission 3 dargelegt, dass gegnerische Flugzeuge rund 500 Kilometer vor dem Ziel erfasst werden müssen, damit auch allfällige Abstandswaffen erfolgreich bekämpft werden können. Die Schweiz kann aber kaum Flugzeuge Hunderte von Kilometern ausserhalb des eigenen Territoriums für die Luftraumüberwachung einsetzen. Zudem kann die im Radar des F/A-18 erfasste Luftlage nicht in die Florida-Luftlage integriert werden. Die Informationen können vom Piloten nur über den herkömmlichen und leicht störbaren Sprechfunk an die Einsatzzentrale weitergeleitet werden.

Eine Lösung bestünde theoretisch in speziellen Radarflugzeugen ähnlich dem Awacs. Die Schweiz könnte allein solche kaum bezahlen, und zudem erfordert der Schutz solcher Flugzeuge den Einsatz von zahlreichen Jagdflugzeugen.

Wie erwähnt, besteht ein Vorteil der F/A-18 darin, dass sie mit ihrem leistungsfähigen Radar die in beachtlicher Zahl vorhandenen älteren Flugzeuge vom Typ Mirage III-S und F-5 Tiger auf Ziele einweisen können.

Die Möglichkeiten einer europäischen Kooperation im Bereich Luftlagefassung aus Sicht des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen ergeben sich aus der Beilage Seite 4 bis 8.

2.3.7.1 Ersatz Florida

Im Bereich Frühwarnung (Ueberwachung/Führung) bestehen Lücken, die baldmöglichst geschlossen werden müssen. Die Subkommission 3 liess sich in einer Einsatzzentrale darüber orientieren. Das Florida-System ist, rein altersmäßig bedingt, technisch (Ersatzteile) und betrieblich am Auslaufen. Es fehlt ihm die Fähigkeit, Tafir und den Radar eines F/A-18 z. B. zu in-

tegrieren. Das heutige System erlaubt die Erstellung einer kompletten «Luftlage Schweiz» (Integration aller zivilen und militärischen Informationen) nicht. Es kann auf die Beilage Seite 3 bis 5 verwiesen werden. Das neue System muss so beschaffen sein, dass es europätauglich ist, d. h., dass es in benachbarte Systeme integriert werden kann (vgl. dazu Beilage S. 7).

Unabhängig vom zu beschaffenden Flugzeugtyp muss Florida ersetzt werden. Die Integration in ein europäisches Luftlagefassungs- und Führungssystem ist weniger eine technische als eine neutralitätspolitische Frage. Die Stellungnahme des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen ergibt sich aus der Beilage Seite 6 bis 8. Sie ist indessen unverzüglich anzugehen. Lieste sich diese Integration in den nächsten Jahren realisieren, könnten Synergieeffekte die Beschaffungskosten minimieren. Es sei hier auf das Postulat der Kommission zu dieser Frage verwiesen.

2.3.8 Der Faktor Zeit

Würde das Parlament sich für eine andere als die vom Bundesrat vorgeschlagene F/A-18-Beschaffungsvariante entscheiden, müsste es mit einem Nichteintretens- bzw. Rückweisungsantrag eine ergänzende Botschaft des Bundesrates verlangen. Die Verhandlungen mit teilweise neuen Partnern sowie die EMD-internen Vorbereitungen würden eine Zeit von minimal einem bis maximal drei Jahren beanspruchen. In dieser Zeit könnten sich die momentan nicht ungünstigen politischen Rahmenbedingungen für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges so ändern, dass auch eine sogenannte Uebergangslösung nicht zustande käme. Das legt Zustimmung zum Bundesrat nahe. Für das Einschwenken auf den bundesrätlichen Vorschlag spricht ferner die Tatsache, dass auch andere Länder Europas wie Finnland und die Bundesrepublik Deutschland (vgl. «NZZ» vom 20. Februar 1992) der Beschaffung moderner Kampfflugzeuge eine hohe Priorität im Vergleich zu Beschaffungen für die Landarmee einräumen. Die Richtigkeit dieser Prioritäteneinstufung ist durch das Armeeleitbild 95 bestätigt worden.

Die Subkommission 3 ist der Ansicht, dass eine Verzögerung der Beschaffung von einem bis drei Jahren sich nicht rechtfertigen lässt. Anderseits betrachtet sie es als unbefriedigend, dass in der Vorbereitung dieses wichtigen Geschäfts durch das EMD für die parlamentarische Beratung der Vorlage doch etwas wenig Zeit eingeplant worden ist.

2.3.9 Kompensationsgeschäfte für die Schweizer Industrie
Der frühere Rüstungschef, Dr. Felix Wittlin, hat der Subkommission 3 auf entsprechende gezielte Fragen bestätigt, dass ein Wechsel, z. B. auf F-16, grosse Probleme für die Kompensationsverträge ergäbe. Die Schweizer Industrie ist in der heutigen wirtschaftlichen Situation auf das rasche Anlaufen der Kompensationsgeschäfte angewiesen.

2.3.10 Gesamtbeurteilung von Typenwahl, Führung und Einsatz

Die Subkommission 3 kam in Abwägung der einsatzmässigen technologisch-taktischen, der finanziellen, aber auch der neutralitätspolitischen Gesichtspunkte sowie in Berücksichtigung des Zeitfaktors zur Ueberzeugung, dass dem bundesrätlichen Typenentscheid jetzt beizupflichten ist.

Die Subkommission 3 ist zudem der Meinung, dass die Abklärungen für eine Integration unseres Frühwarn-, Ueberwachungs- und Führungssystems in ein europäisches System unverzüglich an die Hand genommen werden müssen (siehe Postulat der Kommission).

(Beilage: Bericht des Kommandos der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen vom 3.3.92, Antworten auf die Fragen der Subkommission 3; zu beziehen bei der Dokumentationszentrale der Bundesversammlung)

M. Schoch présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

1. *Mandat et travaux des sous-commissions*

La Commission de la politique de sécurité a institué trois sous-commissions, conformément à l'article 10a du règlement du Conseil des Etats.

La sous-commission 1 (Huber, Rhyner, Ziegler Oswald) a reçu le mandat d'examiner les contrats.

Elle s'est réunie le 7 février 1992, pour une séance d'une journée entière, au siège du GDA. De la part du GDA, étaient présents: le chef de l'armement (M. Wicki), de même que le chef de la division commerciale matériel aéronautique (M. Lyoth) ainsi que deux collaborateurs des services juridiques. Un «catalogue des contrats» a été remis aux membres de la sous-commission 1 avant la séance, catalogue comprenant une brève caractérisation de chaque contrat, respectivement de chaque type de contrat.

Les travaux se sont déroulés selon les phases suivantes: après un exposé introductif de M. Wicki, chef de l'armement, M. Lyoth a présenté les caractéristiques de l'ensemble des contrats. Puis chaque contrat a fait l'objet de discussions: M. Lyoth ou ses collaborateurs du service juridique ont répondu aux questions des membres de la sous-commission 1, questions formulées sur la base du «catalogue des contrats» qui leur a été remis.

Les membres de la sous-commission 1 ont pris connaissance des contrats par groupes de contrats, avec des éclaircissements sur les points particuliers, explications fournies par les collaborateurs du GDA.

Puis, la sous-commission a engagé une discussion finale en l'absence des collaborateurs du GDA.

La sous-commission 2 (Coutau, Bühler Robert, Morniroli, Plattner) a reçu pour mandat d'examiner les répercussions financières de l'achat du F/A-18 sur le budget de la Confédération, d'étudier les différents postes du crédit d'engagement demandé dans le message ainsi que les conséquences financières compte tenu des échéances des décisions prises par les conseils législatifs.

La sous-commission 2 a siégé le 12 février 1992 en présence de représentants de l'administration.

La sous-commission 3 (Loretan, Küchler, Martin Jacques, Schmid Carlo, Uhlmann) a été chargée de procéder à des éclaircissements concernant le choix du type d'appareil, la conduite et l'engagement.

La sous-commission 3 a siégé les 6 et 10 février. Le premier jour, elle a entendu le divisionnaire Paul Leuthold (chef d'arme des troupes d'aviation et de défense contre avions) et le brigadier à d Henri Criblez (ancien commandant de la brigade défense contre avions 33 et chef de la division coordination et planification au commandement des troupes d'aviation et de défense contre avions). En outre, au cours de sa deuxième journée de séance, la sous-commission 3 a entendu MM. Georges Bridel (groupe de développement de projets aérospatiaux, Zurich), Emil Jaeggi (conseiller de Saab-Scania AB, Zurich) de même que l'ancien chef de l'armement, M. Felix Wittlin. Sur la base de ces auditions, au cours desquelles divers experts ont exprimé des réserves quant à l'acquisition de 34 F/A-18 en général et quant au choix du type d'appareil en particulier, la sous-commission 3 a formulé une série de questions auxquelles le commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions ainsi que de nombreux collaborateurs ont répondu oralement et par écrit. Ces questions et les réponses sont annexées à ce rapport.

Une partie des membres de la Commission de la politique de sécurité ont été informés, le 14 février, par des représentants des troupes d'aviation et de défense contre avions et du GDA, au sujet de la procédure d'évaluation; ils ont également visité une centrale d'engagement. En outre, le président de la sous-commission 3 s'est entretenu avec MM. Leo Wehrli, physicien EPF, Urdorf, et Georges Bridel, le 21 février 1992; par ailleurs, une vaste correspondance avec M. Jean-Pierre Margot de Neuchâtel a été mise à la disposition de la sous-commission 3.

2. Résultats des élucidations

2.1 Contrats (sous-commission 1)

Un corpus très vaste et détaillé de contrats concerne les affaires liées au F/A-18 et englobe entre autres les domaines suivants:

- DMF – DOD USA (Department of Defence)
- GDA – USN (US Navy)
- GDA – MDAC (McDonnell Aircraft Company)

– GDA – General Electric Company

– GDA – Flugzeugwerk Emmen (F+W)

– F+W – Firmes ASIA (Association suisse de l'industrie aéronautique)

– MDAC – F+W.

Il s'agit de projets de contrats qui ont atteint des degrés divers d'élaboration: ce sont en partie des contrats sous forme d'option, en partie des projets largement élaborés. On observera que les points décisifs sont soumis à des offres limitées dans le temps.

La sous-commission 1 a pu constater que le contenu du message et les contrats, soit les projets de contrat concordent.

Malgré le système de contrats de grande envergure, la liberté d'action du gouvernement et du Parlement demeurent. Si des décisions devaient être prises, qui s'écartent des projets élaborés, les contrats pourraient et devraient être renégociés.

Il a été clairement répondu à la question de savoir si des points obscurs ou des lacunes subsistaient: l'administration n'a pas connaissance de l'existence de telles lacunes. Elle a la conviction d'avoir recherché, pour la Suisse, la solution optimale dans la mesure du possible.

Quant aux collaborateurs du GDA, qui sont les partenaires de la sous-commission 1 au cours du traitement de cet objet, ils ont donné l'impression:

- qu'ils dominent la matière dans son ensemble mais aussi dans les détails;
- que les services et les personnes compétents disposent de vastes connaissances acquises lors d'achats antérieurs (M-109, Tiger, Tow, Dragon, pour citer des exemples de négociations avec des firmes américaines). Les compétences dans les domaines spécialisés sont évidentes;
- que le GDA et ses collaborateurs sont venus devant la sous-commission 1 avec les intentions de répondre à chaque question, de faciliter toute manifestation du droit de regard et de promouvoir la transparence;
- que les collaborateurs du GDA sont hautement motivés lorsqu'il s'agit de faire triompher les intérêts suisses au cours de cette affaire.

Les éléments d'appréciation que constituent le message du Conseil fédéral, une vue d'ensemble des contrats, mais aussi les éclaircissements fournis avec compétence par des collaborateurs qualifiés du GDA et qui disposent d'une longue expérience en matière d'affaires d'armement, de même que la transparence dont on a fait preuve, ont conduit la sous-commission 1 à la conclusion que le corpus de contrats présenté offre de bonnes conditions, compte tenu des circonstances données et existantes, pour que l'affaire en question se déroule avec peu de frictions.

Les éléments principaux de cette affaire, le volume d'acquisition, le prix, les délais de livraison, les compensations (directes et indirectes) peuvent être garantis grâce aux contrats présentés.

Pour conclure, on se reportera à un document daté du 5 août 1988 et intitulé «Rapport final et récapitulation» concernant «les coûts d'acquisition de l'avion de combat Tiger»; le Contrôle fédéral des finances a établi ce document qui s'achève comme suit: «L'acquisition d'en tout 110 avions de combat Tiger y compris le premier lot de munition, une réserve de base de pièces de rechange et de matériel au sol, ainsi que l'instruction a atteint un montant de dépenses total de 1,81 milliard de francs. Aucune difficulté particulière n'est apparue dans la réalisation de ce grand projet. On peut parler d'un déroulement sans frictions».

2.2 Finances (sous-commission 2)

De façon générale, la demande de crédit s'intègre dans une planification des besoins militaires et des disponibilités financières de la Confédération. Malgré l'importance du montant demandé, on ne constate aucune augmentation extraordinaire des dépenses d'armement ou d'exploitation. En termes réels nominaux, les dépenses d'armement se réduisent et leur part dans le total des dépenses fédérales diminue. Cela contraste avec les budgets militaires des pays qui nous entourent, lesquels augmentent souvent dans une proportion importante.

Même si l'achat d'un nouvel avion de combat nous contraint à

renoncer à un programme d'armement 1993, il n'absorbe cependant pas la totalité des crédits de paiement en matière d'armement. Il a certes fallu différer certaines acquisitions de matériel, mais les programmes assurent la continuité de l'effort dans ce domaine, compte tenu de l'état de la menace actuelle, du rôle de l'armée et des disponibilités financières. La sous-commission 2 a en particulier examiné les pointes des crédits de paiement pour les années 1994 et 1995. Le montant de 1994 sera compensé dans les finances de la Confédération à partir de 1997/1998.

En 1994 et 1995, des programmes d'armement seront soumis au Parlement comme par le passé, pour des montants allant de 1,7 milliard de francs à 1,9 milliard de francs.

La sous-commission 2 a acquis la conviction que le crédit d'armement 1992 correspond à une demande d'acquisition planifiée de longue date, qui tient compte de l'indispensable renouvellement de notre couverture aérienne, lequel est prioritaire vu le vieillissement de la flotte actuelle du point de vue des performances. On peut également considérer que, malgré cette acquisition, qui dans la réalité est un remplacement, un «dividende de la paix» non négligeable trouve sa place dans la planification financière (2754 millions de francs entre 1991 et 1995, par rapport au plan financier approuvé).

En outre, il est prévu de faire l'économie, au DMF, de 800 postes et de 1000 dans les fabriques d'armement.

La sous-commission 2 a examiné le détail du crédit. Il est apparu que, pour un crédit d'armement, les renseignements fournis par le message sont d'une transparence exceptionnelle. Des documents aussi détaillés sont véritablement propres à notre pays et ils présentent des avantages certains pour les parlementaires.

La sous-commission 2 a examiné différentes rubriques:

- Effets économiques des commandes en Suisse. Les coûts supplémentaires engendrés par ces commandes sont largement en dessous de la marge de 10 pour cent considérée comme acceptable. On parle d'une marge de 3 pour cent qui est d'autant plus intéressante qu'elle permet d'envisager des réexportations vers les fournisseurs.
- Coûts non compris dans le programme: Il s'agit surtout de l'Icha et des coûts de transports. Il est usuel que, pour de tels achats, ces coûts soient inscrits dans des crédits séparés.
- Coûts d'assistance technique. Nous nous sommes assurés qu'ils correspondaient bien à une prestation effective que l'US Navy pouvait apporter dans le domaine de la formation.
- Efforts de réduction des coûts. Depuis la décision de reporter l'acquisition, des efforts considérables ont été entrepris dans ce sens, entre 1990 et 1992. Il faut en particulier signaler la politique des pièces de rechange. En matière d'acquisition de pièces de rechange, on procède de façon très différenciée, de sorte qu'il a été possible de réduire considérablement les frais relatifs aux pièces de rechange.

– Risques liés aux cours des changes. Conformément au message, le cours adopté est de 1 dollar pour 1,50 franc; ce cours est théorique et peut être considéré comme arbitraire. Plusieurs hypothèses ont été examinées afin de faire face à d'éventuelles fluctuations sur le marché des changes. Des assurances de cours sont possibles par le biais de techniques financières, mais le coût de telles opérations est élevé. Après avoir consulté la Banque nationale suisse et le Département fédéral des finances, il a été admis que la gestion de l'achat des dollars reste entre les mains du DFF et que le risque lié au cours des changes est imputable au crédit d'armement lui-même. La part en dollars US se monte à 2,3 milliards de francs.

– Effets d'une réduction de la commande de 34 à 24 appareils. A ce jour, il n'existe pas de calcul précise et seul un ordre de grandeur nous a été indiqué. Une diminution de 10 unités réduirait le crédit de 650 millions de francs.

– Engagements préalables. Il est apparu aux membres de la sous-commission 2 que, sur ce point-là, le temps travaillait contre nous. Un report de notre commande à l'année fiscale américaine 1994 fait perdre leur validité aux estimations de prix qui sont à la base du message.

– Coûts subséquents. Ils touchent la formation professionnelle, les coûts d'entretien. En ce qui concerne la liquidation

des Hunter, nous avons constaté que, même s'ils sont encore en parfait état de vol, ils n'ont plus de valeur marchande et seront donc détruits.

Il y a lieu de comprendre aussi dans les coûts subséquents les investissements de construction présentés à la page 105 du message. Les adaptations et l'extension des installations de cavernes revêtent en l'occurrence une importance particulière. Quo qu'il en soit, les cavernes doivent être agrandies en raison du déroulement de l'exploitation actuellement très irrégulier. Le fait que, pour être acheminés en divers points de la caverne (par exemple, vers les ateliers), les appareils qui entrent dans les cavernes doivent être soulevés par une grue mobile et être transportés par-dessus les appareils prêts au décollage, constitue un inconvénient particulier. Ces manœuvres prennent un temps considérable et il y a lieu de les éliminer grâce à des mesures appropriées en matière de construction, et ce indépendamment du type d'appareil choisi.

2.3 Choix du type d'appareil, de la conduite et de l'engagement (sous-commission 3)

Le choix d'un type d'appareil est une décision qui doit résulter des ultimes conclusions d'une analyse de la menace, d'une conception de la conduite de la guerre aérienne, de même que d'un cahier des charges et d'une évaluation qui en découlent. S'agissant de l'acquisition du F/A-18, la sous-commission 3 s'est fait remettre les documents appropriés soit: le message sur l'acquisition d'avions de combat ainsi que le document daté du 20 octobre 1987, élaboré par le commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions et signé par le chef de l'EMG, document intitulé: «Un nouvel avion de combat pour la Suisse», le rapport du 1er octobre 1990 sur la politique de sécurité de la Suisse, ainsi que le rapport sur le plan directeur de l'«Armée 95».

La sous-commission 3 est de l'avis que le document du 20 octobre 1987 est formulé en termes par trop généraux. Le rapport sur la politique de sécurité de la Suisse consacre peu de place à cette question pour des raisons inhérentes à la chose. Par contre, dans le rapport sur le plan directeur de l'«Armée 95», les tâches de l'aviation sont clairement décrites au chiffre 58. Il ressort cependant de l'entretien avec le commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions qu'il existe d'autres documents de planification plus détaillés. La sous-commission 3 a obtenu, dans le contexte des demandes de réponses formulées, des documents circonstanciés et détaillés concernant la menace, la conception et le cahier des charges, bien qu'une analyse de la menace soit actuellement difficile.

Le Parlement doit savoir quelles sont, au cours des prochaines années, les acquisitions indispensables dans le domaine de l'aviation et de la défense contre avions (en particulier le remplacement des missiles sol-air BL 64 (Bloodhound), afin de combler les lacunes en matière de conduite de la guerre aérienne. Il est apparu dans les réponses du commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions que le renouvellement du système Florida est prévu, au plus tôt, dans le cadre de l'étape de réalisation 1996-1999, alors qu'il faudra attendre la période 2000-2003 pour le remplacement des BL 64.

Pour ce qui est de la comparaison des divers types d'appareils des catégories choisies, la sous-commission 3 a pu se convaincre que l'évaluation a été menée de manière approfondie et qu'elle est basée sur des critères concrets objectifs. Aucun des produits concurrents testés ne présente des avantages tels (de nature tactique, technique ou relatifs au prix) qu'il faille mettre en doute le résultat global.

2.3.1 F/A-18: avons-nous besoin de «A» (attaque)?

L'appareil F/A-18, que le Conseil fédéral propose d'acquérir, sert aussi bien de chasseur-intercepteur (F) que de chasseur-bombardier pour des opérations d'attaque (A) ainsi que pour l'appui au sol. Avons-nous besoin d'une telle capacité d'attaque et de combat au sol? Le «Plan directeur de l'armée 95» (chiffre 58) précise que l'engagement pour l'appui au sol («participer au combat opératif par le feu») n'a lieu qu'exceptionnellement et seulement dans des situations particulièrement avantageuses, c'est-à-dire lorsque la tâche principale de la défense aérienne n'exige pas la mise à contribution de toutes les capacités. Selon le commandant des troupes d'aviation

et de défense contre avions, lors de l'évaluation principale, les caractéristiques pour l'appui au sol n'ont plus été prises en considération (cf. annexe p. 15). D'où la question de savoir si, pour nous, le F/A-18 n'est pas une «peinture» trop grande, question qui a fait, au sein de la sous-commission 3, l'objet d'intenses discussions avec divers experts. Existe-t-il des solutions alternatives?

2.3.2 Première variante: Achat d'appareils F-16A/B «prêt-à-porter» (occasion); type C/D

Cette variante, qui n'est pas inconcevable, permet soit d'acheter un nombre plus élevé d'appareils dans le cadre du crédit d'engagement de 3,5 milliards de francs, surtout si le choix devait se porter sur le «type A/B occasion», soit cependant, de restreindre la marge de crédit. Le caractère objectif de la liste des points faibles du F-16C/D en comparaison du F/A-18, liste figurant dans le message et complétée et approfondie à l'intention de la sous-commission 3 (annexe p. 13 et 14), ne saurait être contesté, compte tenu de surcroît de l'exposé exhaustif du déroulement de la procédure d'évaluation présenté à l'occasion de la visite du 14 février 1992, à Payerne. Du point de vue aéronautique, le F/A-18 est inférieur au F-16, pour ce qui a trait au domaine supersonique; mais le grand avantage du F/A-18, encore et toujours mis en évidence, est son système de visualisation automatisée des cartes tactiques dans le cockpit, de même que les meilleures prestations du radar de bord (le radar de bord du F-16 est nettement moins résistant au brouillage et réagit mal en combat aérien tournant); on se reportera aux pages 13 et 14 de l'annexe.

En dernière analyse, il s'agit moins d'une problématique de technique et de tactique que d'une question politique: voulons-nous, compte tenu du rapport prestations/prix, acquérir un système de degré technologique élevé, ou voulons-nous nous contenter d'un produit un peu moins performant? Cette question concerne aussi bien le F-16C/D que (à plus forte raison) le F-16A/B, qui ont fait l'objet d'évaluations.

2.3.3 Deuxième variante: Le Mirage 2000-C à l'achat ou en leasing, au sens d'une solution transitoire

M. Leo Wehrli propose d'acheter ou de louer des Mirage 2000-C provenant de stocks excédentaires à des conditions avantageuses. Cette opération constituerait une solution transitoire avec la possibilité, par la suite (après l'an 2000), d'acquérir un avion de chasse de fabrication européenne ou bien d'accroître la valeur combative du Mirage 2000-C. Cette solution de transition nous permettrait – à la rigueur progressivement – de nous intégrer dans le dispositif français, mais aussi d'autres pays voisins, de surveillance et de conduite aérienne et de nous laisser le temps de réfléchir en profondeur à l'acquisition ultérieure d'un avion de combat de la nouvelle génération (Rafale, EFA). (Cette observation vaut également pour le chiffre 2.3.2.)

Cette solution, purement orientée par des réflexions d'ordre commercial, solution transitoire, donc intéressante pour lever les difficultés présentes en matière de capacité de défense aérienne, se heurterait au droit de neutralité applicable dans notre pays et surtout aux impératifs de la politique de neutralité. Cela vaut avant tout pour l'intégration dans le système français de surveillance et de conduite qui est relié au système de l'OTAN.

C'est à peine s'il saurait être question d'une «solution Wehrli» avant que le droit et la politique de neutralité aient été reformulés et que le rapport demandé ait été approuvé par le Parlement.

2.3.4 Troisième variante: Le MIG-29

Sans doute s'agit-il d'un bon appareil (chasseur-intercepteur). Les défauts décisifs de cette variante seraient de nature logistique (structure de la cellule, introduction, acquisition des pièces de rechange, entretien compliqué et exigeant), et concerneraient une augmentation de la valeur combative tardive. Sans l'ombre d'un doute, une telle solution ne saurait être retenue en raison de la situation particulièrement peu sûre et instable des Etats de la CEI.

2.3.5 Quatrième variante: JAS-39 Gripen

La sous-commission 3 s'est fait remettre de la documentation par le conseiller de la firme Saab-Scania, M. Emil Jaeggi. Mais actuellement, le Gripen n'est pas prêt à être acquis. Cet avion

appartient à ce qu'il est convenu d'appeler la nouvelle génération et pourrait faire l'objet d'une évaluation en cas de solution transitoire dans le sens d'une acquisition de F-16A/B en «prêt-à-porter» ou d'une location de Mirage 2000-C. Pour le surplus, les explications figurant dans le message du Conseil fédéral semblent être appropriées (chiffre 264).

La sous-commission 3 dans son ensemble est parvenue à la conclusion qu'il n'existe aucune solution alternative authentique au F/A-18. Les autres appareils sont d'«une peinture trop petite», en sorte qu'il est possible d'assumer «la peinture» du F/A-18 qu'il est question d'acquérir, compte tenu, entre autres, de la longue durée d'engagement de cet appareil (30 ans).

2.3.6 Quantité d'appareils à acquérir

Le nombre d'appareils qu'il y a lieu d'acquérir devrait découler de l'analyse de la menace, de la conception de la guerre aérienne et du cahier des charges. A l'origine, il était question d'acheter en tout 80 appareils modernes et, ce faisant, de remplacer tous les Tiger et Hunter disponibles. Il était prévu de répartir l'acquisition en deux tranches de 40 appareils chacune. Sur la base du crédit prévu (environ 3 milliards de francs), la proposition a été émise d'acquérir 34 appareils F/A-18. La comptabilité présentée à la commission (cf. annexe, p. 10), et qui concerne le nombre d'appareils nécessaires à notre flotte aérienne, est cependant également exacte. Quoi qu'il en soit, des doutes ont été exprimés au sein de la sous-commission 3, à savoir si l'engagement, sur la base d'un service de relève de la surveillance de l'espace aérien au sens militaire du terme, de 24 heures sur 24, de 6 appareils à chaque relève, n'était pas de nature à provoquer une usure précoce du matériel et des pilotes, de sorte qu'en cas d'engagement réel au combat les moyens disponibles ne suffiraient plus. La prise de position du commandant des troupes d'aviation est défense contre avions découlée de l'annexe, page 9.

Parmi les experts entendus par la sous-commission 3, certains d'entre eux ont posé la question de savoir si les 34 appareils qu'il est prévu d'acquérir permettront de concentrer sur un point d'engagement donné un nombre d'appareils qui soit suffisant en termes de défense aérienne. La sous-commission 3 a examiné cette question de manière particulièrement approfondie: elle a notamment déterminé si, pour le même montant, il était possible d'acquérir un nombre considérablement plus élevé d'appareils d'un autre type (p. ex. F-16A/B). Or, il s'avère que l'on peut acheter une quantité plus importante de tels avions: mais alors, leurs performances du point de vue de l'avionique, s'agissant des types actuellement produits en série, sont nettement moindres que pour le F/A-18 ou le F-16C/D tel qu'il a été évalué: la différence de performances relativement au Tiger F-5 de notre flotte aérienne ne serait pas très importante. L'argument selon lequel un appareil équipé de l'avionique de la catégorie de celle d'un F/A-18 serait de nature à accroître considérablement les possibilités d'engagement d'appareils moins performants de ce point de vue, comme le Mirage et le Tiger, a été présenté à la sous-commission 3 de manière crédible. De plus, un appareil performant peut aussi mieux contribuer à la protection des aérodromes, de manière à ce que les nombreux avions moins performants puissent aussi procéder à des décollages efficaces.

La sous-commission 3 est d'avis que l'achat d'un plus grand nombre (plus de 34) d'avions, avec des performances moindres, n'est pas approprié.

Au sein de la sous-commission 3, la question a également été soulevée de savoir s'il y avait lieu de n'acquérir que 24 F/A-18. On a tiré argument du fait que la constitution d'un bouclier aérien, de même que pour le combat aérien, il était de toutes façons nécessaire de disposer de plus de 34 avions; mais que 24 appareils suffisaient aux besoins de la protection de la neutralité et à ceux du service de police aérienne; 24 appareils garantissaient aussi un accès aux technologies les plus modernes; en outre, en cas d'accroissement radical de la menace qui nécessiterait l'acquisition rapide d'un plus grand nombre d'appareils, il serait possible de s'organiser dans ce sens.

La proposition d'acquérir 34 appareils s'appuie essentiellement sur trois arguments:

– le contexte politique peut se modifier rapidement (conflits

entre les nationalités de l'ancien empire soviétique, Moyen-Orient, Etats du Maghreb); or, expérience faite, des acquisitions supplémentaires à court terme ne peuvent être concrétisées assez tôt;

– 34 appareils offrent la possibilité de disposer d'une surveillance ininterrompue des trois quarts de notre territoire, y compris d'une aptitude opérationnelle, ainsi que d'une réserve opérationnelle, ce qui permet une défense aérienne indépendante. Pour garantir l'engagement opérationnel de 24 appareils sur une période durable, il est nécessaire d'acquérir 34 avions. Ne disposant que de 24 appareils, nous dépendrions, en cas d'urgence, de l'appui immédiat des pays amis. Il est extrêmement douteux que celui-ci puisse être obtenu en temps utile;

– le DMF et l'armée fournissent, jusqu'en 1995, un «dividende de paix» décisif; il n'y aura pas de programme d'armement 1993. Le crédit d'engagement demandé par le DMF se situe dans le cadre très étroit du plan financier du DMF. Il n'y a aucun motif de politique financière qui nous contraigne à réduire le crédit demandé.

2.3.7 Alarme et conduite

Actuellement, la situation aérienne est enregistrée par le système Florida qui sert également à la conduite: il fournit des indications sur les meilleurs moyens de combattre un appareil ennemi (défense contre avions ou avion de chasse); à l'aide des données de ce système, nos appareils sont guidés vers l'ennemi. Le rayon d'action du radar Florida est bon à moyenne et à haute altitude. A basse altitude, le radar ne peut rien voir du fait de la courbure terrestre et de la structure du terrain. En outre, il peut être relativement facilement brouillé et, ne serait-ce que pour cette raison, il y a lieu de le moderniser.

En cas d'acquisition du F/A-18, le radar de cet appareil serait à même de compenser partiellement les faiblesses du radar Florida. Cela dit, le rayon d'action du radar du F/A-18 n'est de loin pas si étendu que celui du système Florida. Les experts ont expliqué de manière crédible à la sous-commission 3 qu'il fallait détecter des avions ennemis en gros 500 kilomètres avant qu'ils atteignent leur but, de façon à pouvoir combattre avec des chances de succès d'éventuelles armes à distance. Mais la Suisse ne saurait engager des avions à des centaines de kilomètres de son territoire, aux fins de surveiller son espace aérien. De plus, il n'est pas possible d'intégrer dans les paramètres de la situation aérienne enregistrée par le système Florida la situation aérienne définie par le radar du F/A-18. Les pilotes n'ont que la possibilité de transmettre les informations à la centrale d'engagement par la radio traditionnelle (radiotéléphonie), qui d'ailleurs est facilement brouillée.

Une solution pour remédier à ces défauts consisterait théoriquement à utiliser des avions radars semblables aux AWACS. La Suisse à elle seule ne pourrait pas payer ces appareils, sans compter que leur protection nécessite l'engagement de nombreux avions de chasse.

Comme mentionné ci-dessus, le F/A-18 comporte un avantage en ce qu'il est en mesure, grâce à son radar performant, de guider sur la cible le nombre considérable d'appareils anciens de type Mirage III-S et F-5 Tiger.

Les possibilités d'une coopération européenne en matière d'établissement de situation aérienne selon le point de vue du commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions découlent de l'annexe, pages 4 à 8.

2.3.7.1 Le remplacement du système Florida

Des lacunes existent aussi dans le domaine de l'alerte préalable (surveillance/conduite), lacunes qu'il y a lieu de combler le plus rapidement possible. La sous-commission 3 s'est fait informer à propos de ces lacunes, dans une centrale d'engagement. Le système Florida est en voie d'être périmé, pour des raisons d'âge, de technique (pièces de rechange) et d'exploitation. La capacité d'y intégrer Tafir et le radar de bord d'un F/A-18, par exemple, fait défaut. Le système actuel ne permet pas d'établir une «situation aérienne suisse» complète (intégration de toutes les informations civiles et militaires). On se référera à l'annexe, pages 3 à 5. Le nouveau système doit être conçu de manière à être eurocompatible, c'est-à-dire qu'il doit être possible de l'intégrer aux systèmes voisins. Cf. à ce sujet annexe, pages 6 à 8.

Le système Florida doit être remplacé indépendamment de l'acquisition d'un nouveau type d'avions. L'intégration dans un système européen d'établissement de la situation aérienne et dans un système de conduite n'est pas tant une question technique qu'une question relevant de la politique de neutralité. La position du commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions se trouve en annexe, pages 6 à 8. Il s'agit en outre d'une question qui doit être considérée sans retard. Si l'intégration devait se réaliser ces prochaines années, des effets de synergie pourraient provoquer une diminution des coûts d'acquisition. Il y a lieu en l'occurrence de renvoyer au postulat de la commission.

2.3.8 Le facteur temps

Si le Parlement devait se décider pour une autre variante que la proposition du Conseil fédéral d'acquérir des F/A-18, il devrait présenter une proposition de non-entrée en matière ou de renvoi et demander un message complémentaire du Conseil fédéral. Des négociations avec des partenaires en partie nouveaux ainsi que les préparatifs au sein du DMF prendraient au minimum une année et au maximum trois ans. Or, dans ce laps de temps, le contexte politique, qui n'est actuellement pas défavorable, est susceptible d'évoluer d'une manière qui soit négative pour l'acquisition d'un nouvel avion de combat, voire d'une manière telle que ce qu'il est convenu d'appeler la solution transitoire ne parvienne pas à réalisation. Ce qui parle en faveur de la solution du Conseil fédéral. De plus, le fait que d'autres pays européens comme la Finlande, l'Allemagne (cf. NZZ du 20.2.92) accordent davantage d'importance à l'acquisition d'avions de combat modernes en comparaison des achats destinés à l'armée de terre parle également en faveur de la solution du Conseil fédéral. Le bien-fondé de cet ordre de priorités est confirmé par le «Plan directeur de l'armée 95».

La sous-commission 3 est de l'avis qu'un report de l'acquisition d'un à trois ans ne se justifie pas. D'autre part, elle considère comme insatisfaisant que, lors de la préparation de cet important objet par le DMF, les délais prévus pour le débat parlementaire aient cependant été un peu brefs.

2.3.9 Affaires compensatoires pour l'industrie suisse

L'ancien chef de l'armement, M. Felix Wittlin, a confirmé à la sous-commission 3, en réponse aux questions y relatives de celle-ci, qu'un changement en faveur du F-16, par exemple, provoquerait de gros problèmes pour les contrats compensatoires. Vu la situation économique actuelle, l'industrie suisse est dépendante d'un élan rapide des affaires compensatoires.

2.3.10 Appréciation d'ensemble du choix du type d'appareil, de la conduite et de l'engagement

Considérant les points de vue d'ordre tactique et technologique, financiers et de politique de neutralité, ainsi qu'au vu du facteur temps, la sous-commission 3 parvient à la conviction qu'il y a lieu de se ranger désormais à la décision du Conseil fédéral quant au choix du type d'appareil.

La sous-commission 3 est en outre d'avis que des éclaircissements relatifs à l'intégration de notre système d'alerte préalable, de surveillance et de conduite dans un dispositif européen doivent être entrepris sans retard. (Voir le postulat de la commission).

(Annexe: réponses du cdmt des troupes d'aviation et de défense contre avions du 3.3.92 aux questions de la sous-commission 3; s'obtient à la Centrale de documentation de l'Assemblée fédérale)

*Antrag der Kommission
Eintreten*

*Antrag Plattner
Nichteintreten*

*Proposition de la commission
Entrer en matière*

*Proposition Plattner
Ne pas entrer en matière*

Präsidentin: Es handelt sich hier um eines von mehreren schwierigen Geschäftes dieses Parlamentsjahres. Allerdings müssen auch schwierige Debatten einmal zu Ende geführt werden. Ein formeller Beschluss über eine Redezeitbeschränkung liegt daher in der Luft. Sie haben mich aber wissen lassen, dass Sie sich untereinander auf eine Redezeit von fünf Minuten geeinigt haben; ausgenommen davon sind nur jene Ratsmitglieder, welche das Geschäft im Auftrag der Kommission vorstellen oder einen Nichteintretensantrag begründen. Ich kann daher vorläufig auf einen Entscheid über eine Redezeitbeschränkung verzichten.

Die Tradition dieses Rates geht dahin, dass Gesagtes nicht unnötig wiederholt wird, dass auch zugehört wird und dass nicht gesprochen wird, wenn man nichts Neues zu sagen hat. Mein Wunsch an Sie wäre, dass die Debatte nicht an das Wort von Picasso erinnert, unter den Menschen gebe es mehr Kopien als Originale.

Schoch, Berichterstatter: Ich spreche zu Ihnen namens der Sicherheitspolitischen Kommission, die das Rüstungsprogramm 1992 vorberaten hat. Nach mir werden die Präsidenten der drei durch die Kommission eingesetzten Subkommissionen referieren, nämlich die Herren Huber, Coutau und Loretan.

Ausserdem möchte ich Sie auf den schriftlichen Bericht verweisen, den die Sicherheitspolitische Kommission Ihnen vor zwei Tagen, also am Dienstag dieser Woche, austeilen liess. Diesen schriftlichen Bericht haben auch die Medien erhalten. Grundlage für die Abgabe dieses Berichtes bildet Artikel 18 des Geschäftsreglementes des Ständerates. Der schriftliche Bericht bildet einen Teil der Berichterstattung der Kommission.

Das Departement – und das möchte ich vor allem Herrn Bundesrat Villiger sagen – hat seinerseits am letzten Montag, also am 16. März, einen dreizehn Seiten umfassenden Zusatzbericht an Ratsmitglieder und Medien abgeben lassen. Die Kommission hatte keine Gelegenheit mehr, zu diesem Zusatzbericht, der eigentlich eine Art Zusatzbotschaft darstellt, nochmals eine Aussprache zu führen. Es steht aber doch fest und ist auch die Meinung der Kommission, dass die Abgabe dieses Zusatzberichtes durch das Departement eine ungewöhnliche und nach meiner Auffassung auch ungeschickte Massnahme gewesen ist. Die Mitglieder der Kommission konnten und können sich des Eindruckes nicht erwehren, das Departement habe mit diesem Bericht – quasi eine Zusatzbotschaft – den schriftlichen Bericht der Kommission unterlaufen wollen. Diesen Eindruck haben sie um so mehr, als dem Departement zu jenem Zeitpunkt bereits bekannt war, was im schriftlichen Bericht der Kommission stehen würde.

Die Sicherheitspolitische Kommission hat in Vollbesetzung zwischen dem 8. Januar und dem 4. März dieses Jahres an insgesamt fünf Tagen getagt. Ausserdem haben die drei Subkommissionen insgesamt ebenfalls fünf Sitzungstage hinter sich gebracht. Darüber hinaus haben einzelne Kommissionsmitglieder allein oder zusammen mit anderen Mitgliedern der Kommission weitere Gespräche geführt. Und schliesslich haben sämtliche Mitglieder der Kommission umfangreiche schriftliche Unterlagen studiert, die die Kommission vom EMD eingefordert hat. Es kann bei dieser Vorgabe kein Zweifel darüber bestehen, dass das Geschäft in der Kommission erschöpfend und abschliessend behandelt worden ist. Die Vorlage ist heute reif für die Behandlung im Rat.

Trotzdem möchte ich es nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass das Büro des Ständerates die Behandlung der Vorlage ursprünglich erst für die Junisession vorgesehen hatte, nachdem die bundesrätliche Botschaft ihrerseits vom 18. Dezember 1991 datiert ist und den Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommission erst ganz kurz vor Weihnachten zugestellt wurde – den übrigen Ratsmitgliedern sogar erst Anfang des neuen Jahres – und nachdem überdies das Armeeleitbild 95 am 13. Februar 1992, also vor nur etwa fünf Wochen, veröffentlicht wurde.

Aus der Mitte der Sicherheitspolitischen Kommission ist dann aber der Antrag gestellt worden, die Angelegenheit – entgegen dem Beschluss des Büros des Ständerates – bereits auf

die Traktandenliste der Märzsession, also der jetzt laufenden Session, zu setzen. Die Sicherheitspolitische Kommission hat diesen Antrag diskutiert und ihm schliesslich mit 10 von 13 Stimmen entsprochen, und das Ratsbüro seinerseits hat in der Folge das Sitzungsprogramm der laufenden Märzsession so angepasst, dass das Geschäft auf die Traktandenliste gesetzt werden konnte.

Ich selbst – und ich möchte das hier ganz offen gestehen – hätte demgegenüber mit der Behandlung des Geschäftes bis zur Junisession zugewartet, und zwar in der Meinung, damit ein rein politisches Zeichen zu setzen: nämlich zu dokumentieren, dass sich eine ständeräliche Kommission auch dann nicht unter Druck setzen lässt, wenn der Bundesrat bereits Engagements oder Vorengagements eingegangen ist, die allenfalls ganz oder teilweise verlorengehen könnten. Ich stelle aber fest, dass eine satte Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission die Sache anders beurteilt hat als der Kommissionspräsident; und ich möchte Herrn Gadient, der sich in der ersten Woche der laufenden Session in einem persönlichen Vorstoss über zum Teil überstürzt auf die Sessionstraktandenliste gesetzte Geschäfte beklagt hat, darauf hinweisen, dass bei diesem Geschäft die Verantwortung für die Eile nicht beim Ratsbüro, auch nicht beim Ratssekretariat lag; die Verantwortung trägt für einmal die betroffene Kommission.

Ich möchte sodann, bevor ich auf die Sache zu sprechen komme, generell festhalten, dass der Kommission in vielen Belangen die Sachkunde, die eigentlich notwendig wäre, fehlte. Die Kommission war über weite Strecken auf Auskünfte von Fachleuten angewiesen. Sie war auf das angewiesen, was man ihr aus dem Kreis der departementseigenen Spezialisten mitteilte, weil es an der eigenen Kompetenz zur Beantwortung von Sachfragen fehlte.

Damit zur Sache: Ich möchte zunächst die Bedeutung und den Stellenwert des Armeeleitbildes 95 behandeln. Da und dort – das wissen Sie – ist die Auffassung vertreten worden, es wäre richtig, wenn die Kommission den Entscheid zur Frage der Flugzeugbeschaffung zurückstellen würde, bis das Armeeleitbild 95 durch das Parlament diskutiert und zur Kenntnis genommen worden ist. Selbstverständlich hat auch die Kommission die Frage geprüft, ob die parlamentarische Behandlung des Armeeleitbildes Voraussetzung für den Flugzeugbeschaffungsentscheid sei. Ursprünglich, also beim Beginn der Kommissionsberatungen Anfang Januar, war das tatsächlich die Meinung zahlreicher Kommissionsmitglieder. Nachdem das Armeeleitbild 95 aber einmal vorlag, und nach entsprechenden Diskussionen und Beratungen in der Kommission, gelangte diese zur Auffassung, der Flugzeugentscheid könne ohne Bedenken gefällt werden, auch wenn das Armeeleitbild die parlamentarischen Mühen noch nicht durchlaufen und den parlamentarischen Segen noch nicht erhalten habe, und zwar im wesentlichen aus zwei Gründen:

1. Das Armeeleitbild 95 macht den Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommission in den Grundzügen einen glaubwürdigen, um nicht sogar zu sagen einen überzeugenden Eindruck. Die Einsatzkonzeption 95 gemäss Armeeleitbild scheint sinnvoll, die dort vorgesehenen Strukturen scheinen richtig. Die Vorbehalte, die gegenüber dem Armeeleitbild allenfalls geltend zu machen sind – es gibt schon solche –, sind für die hier interessierende Frage, also für die Frage der Flugzeugbeschaffung, nicht von relevanter Bedeutung. Die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission nehmen deshalb sozusagen im Sinne einer antizipierten Beweiswürdigung an, dass das Armeeleitbild, wenn es einmal zur Beratung kommt, durch das Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen werden wird, ganz abgesehen davon, dass beim Armeeleitbild die Räte – anders als bei Gesetzesvorlagen – ohnehin nicht materielle Einzelentscheidungen treffen können. Bei dieser Sachlage würde die vorgängige Beratung des Armeeleitbildes im Parlament zu nichts anderem als zu einer Verzögerung führen, der keine Vorteile irgendwelcher Art gegenüberstehen würden. Diese Überlegung hat dann zwangsläufig dazu geführt, dass kein Bedürfnis mehr vorhanden war, die Behandlung der F/A-18-Vorlage bis zur Beratung des Armeeleitbildes im Parlament zurückzustellen.
2. Darüber hinaus – dieser Aspekt ist nicht von untergeordneter

ter Bedeutung – war die Kommission sowieso der Meinung, die Macht der gegebenen Fakten sei gerade im Zusammenhang mit der Armee derart gewichtig, dass fürs erste wohl nicht einmal ein neues Armeeleitbild mit grundlegend veränderten Strukturen dagegen aufzukommen vermöchte. Wir haben nun einmal unsere paar hundert Panzer, Schützenpanzer, Panzerhaubitzen und erst recht unsere Kolonnen von Lastwagen und anderen Motorfahrzeugen; und wir haben diese Rüstungsgüter nicht nur, sondern das Schweizer Volk will sie offensichtlich auch behalten, was es ja am 26. November 1989 mit seiner immerhin klaren Zweidrittelsmehrheit zum Ausdruck gebracht hat. Die Kommission ist deshalb der Meinung, für die mit diesen Rüstungsgütern ausgestatteten Verbände sei ein Luftschild so oder so – und unabhängig von allfälligen Neustrukturierungen der Armee – notwendig. Wir meinen, wir seien dies den Soldaten, die in den erwähnten Panzern, Schützenpanzern, Lastwagen usw. sitzen, schuldig.

Aus all diesen Überlegungen ist die Kommission zur Auffassung gelangt, dass es falsch wäre, davon auszugehen, der Flugzeugscheid könnte erst dann getroffen werden, wenn das Armeeleitbild durch das Parlament zur Kenntnis genommen worden sei.

Im Zuge der materiellen Beurteilung der Vorlage ist zunächst die Prüfung der Bedrohungslage von zentraler Bedeutung. Es stellt sich die Frage, ob die Beschaffung einer neuen Kampfflugzeuggeneration angesichts der heutigen Bedrohungslage gerechtfertigt sei. Ich muss Ihnen gestehen – und ich verrate da keine Geheimnisse –, dass die Situation diesbezüglich ganz besonders sensibel ist, ist doch in der Tat weit und breit kein Feind auszumachen, der motiviert sein könnte, uns in der Luft, zu Land oder zu Wasser anzugreifen. Auch die durch die Kommission angehörten sicherheitspolitischen Experten, die Herren Professor Gasteiger, Professor Spillmann und Divisionär z D Däniker, vermochten keinen solchen potentiellen oder gar aktuellen Gegner aufzuspüren. Zwar ist unbestritten – und zu dieser Erkenntnis hätte uns auch die schlichte Zeitungslektüre geführt –, dass die sicherheitspolitische Situation in Europa heute alles andere als stabil ist; die Lage ist vielmehr ganz klar und ganz eindeutig ungewisser als zu den Zeiten des Eisernen Vorhangs. Heute vermag kein Mensch vorauszusagen, wie sich die Lage beispielsweise in den mitteleuropäischen Ländern oder im Balkan entwickeln wird. Leider weiss auch kein Mensch, ob es nicht früher oder später irgendeinem Verrückten in einem GUS-Staat einfallen könnte, eine Atomkatastrophe möglicherweise sogar gegen die Schweiz abzufeuern.

Das alles vermag aber noch keine brauchbare und taugliche Begründung für eine Zustimmung zum Beschaffungsantrag des Bundesrates bezüglich der 34 F/A-18-Flugzeuge abzugeben. Denn auch mit einem neuen Kampfflugzeug können wir weder gegen atomare Raketen etwas ausrichten, die auf unser Land zugeflogen kommen könnten, noch Konflikte im ehemaligen Jugoslawien – oder wo auch immer – verhindern oder beeinflussen. Dass aber gar die Nato in ihrer heutigen Ausgestaltung oder erst recht unsere liebenswürdigen Nachbarn im Osten, nämlich die Oesterreicher, das Bedürfnis empfinden könnten, offensiv gegen die Schweiz vorzugehen, das darf ja wohl als vollends ausgeschlossen gelten, solange nicht da oder dort, das heißt innerhalb der Nato oder innerhalb von Oesterreich, ganz grundlegende Systemveränderungen eintreten, die gänzlich neue Situationen schaffen würden.

Ich möchte deshalb nochmals festhalten: Es gibt zurzeit weit und breit keinen Feind, gegen den ein neues Kampfflugzeug eingesetzt werden könnte oder müsste. Das ist denn auch genau der Punkt, der vielen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger Probleme verursacht und der viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu veranlasst, zur bundesrätlichen Vorlage negativ oder doch zumindest sehr zurückhaltend Stellung zu beziehen. Für die Kommission war und ist indessen wesentlich, dass das Hauptmerkmal der aktuellen Bedrohungssituation eben doch im Aspekt der grossen, fast grenzenlosen Un gewissheit mit Bezug auf die künftige Entwicklung liegt. Die Kommission ist davon überzeugt, dass es ihre Aufgabe ist, auf die Gefahr einer für unser Land möglicherweise verhängnisvollen Entwicklung der Lage in vielleicht näherer, vielleicht auch fernerer Zukunft hinzuweisen. Auf diese Gefahr haben

uns insbesondere auch die bereits genannten Experten, die sicherheitspolitischen Fachleute, aufmerksam gemacht.

In der Tat lässt sich das Risiko einer ungünstigen Entwicklung der Bedrohungssituation nicht ausschliessen, nicht wegdiskutieren. Es ist denkbar, dass sich in 10, 20 oder 30 Jahren die Situation wieder gänzlich anders präsentiert als heute. Das ist auch der Punkt, bei dem der Chef EMD, Herr Bundesrat Villiger, mit seiner Argumentation zugunsten der Armee und damit auch zugunsten eines neuen Kampfflugzeuges einsetzt, wenn er darauf hinweist, welche Verantwortung ihn selbst treffen würde, wenn die Schweiz im Verlaufe der nächsten 10, 20 oder auch mehr Jahre in eine machtpolitische Auseinandersetzung hineingezogen würde, gleichzeitig aber nicht mehr über eine zeitgemäss ausgerüstete Armee mit Luftwaffe verfügen könnte. Diese Argumentation des Chefs EMD hat auch die Skeptiker in der Kommission schliesslich davon überzeugt, dass wir es uns in der Tat nicht leisten sollten und nicht leisten können, unsere Armee entscheidend zu schwächen und unsere Luftwaffe auf das Niveau einer Nostalgie-Luftarmee absinken zu lassen. Wenn sich später einmal – was Gott verhüten möge, was aber leider nicht ausgeschlossen werden kann – trotz allem eine machtpolitische Auseinandersetzung in Europa abzeichnen sollte, könnte in jenem Zeitpunkt ein neues Kampfflugzeug nicht einfach im Katalog ausgelesen und ab Stange angekauft werden. Vielmehr stünden wir dann, wenn wir uns nicht heute vorsehen, schutzlos und ohne tauglichen und zeitgemässen Luftschild da.

Das ist auch die wesentlichste, die zentrale Überlegung, die die Kommission zur Überzeugung geführt hat, dass wir ungethakt der heutigen Bedrohungslage – d. h. ungeachtet des effektiven Fehlens irgendwelcher konkreter Bedrohung – nicht darum herumkommen, ja zu sagen zur Armee und damit auch zu einer zeitgemässen Luftwaffe.

Ja zu welcher Armee, das mag die nächste Frage sein, die zu prüfen ist. Eine Territorialarmee, eine reine Infanteriearmee ohne grössere mechanisierte Verbände, ohne Panzer, ohne Schützenpanzer, ohne gepanzerte Selbstfahrtartillerie usw., könnte allenfalls auf einen Luftschild verzichten. Eine Armee aber, wie wir sie haben – eine Armee mit grösseren mechanisierten Verbänden, und zwar nicht nur in den drei mechanisierten Divisionen, sondern auch in den übrigen, nichtmechanisierten Divisionen, im besonderen in den sechs Felddivisionen –, braucht einen Luftschild. Würde ein Luftschild fehlen, so wären wir für den beweglichen Einsatz nicht gerüstet. Wir wären entweder an die Standorte gebunden, die die Verbände einmal eingenommen hätten, oder wir würden die Verbände, wenn sie sich trotzdem flexibel verschieben wollten, der Gefahr der Vernichtung aus der Luft aussetzen, und zwar – das möchte ich für jene anmerken, die wie ich im Militär gelernt haben, bei Nacht oder Nebel müsste nicht mit gegnerischen Luftaktionen gerechnet werden – würde diese Gefahr auf dem heutigen Gefechtsfeld bei jeder Witterung und zu jeder Tages- oder Nachtzeit bestehen. Moderne Radarsysteme machen solches möglich. Diese Gefahrenmomente können und wollen wir uns nicht leisten. Wir wollen die Einsatzfähigkeit der Armee erhalten, diese Einsatzfähigkeit nicht entscheidend in Frage stellen. Aus dieser Überlegung heraus ist die Kommission zur Auffassung gelangt, dass unsere heutige Armee mit der heute zur Verfügung stehenden Rüstung und Bewaffnung und in ihrer heutigen Organisationsstruktur notwendigerweise auf einen tauglichen und zeitgemässen Luftschild angewiesen ist. Genau gleiches gilt für die «Armee 95», die in ihren Grundstrukturen nicht wesentlich verschieden ist von dem, was wir heute haben.

Mit diesen Überlegungen, die in der Kommission angestellt worden sind, habe ich dargetan, dass die Armee, die wir heute brauchen, notwendigerweise auch auf einen Luftschild angewiesen ist und auf einen Luftschild nicht verzichten kann. Offen und noch unbeantwortet ist allerdings die Frage, ob die Luftwaffe, über die unsere Armee heute bekanntlich verfügt, nicht genügt, um den Luftraum abzudecken und den für die Armee unerlässlichen Luftschild zu gewährleisten. Die Kommission ist aufgrund sorgfältiger Prüfung der gesamten Problemstellung zur Überzeugung gelangt, dass unsere Flugwaffe – so, wie sie heute zur Verfügung steht – veraltete Flug-

zeuge und veraltetes Material verwaltet, und zwar Material, das zum Teil so veraltet ist, dass es eigentlich kaum mehr verantwortet werden könnte, unsere Piloten mit diesen Flugzeugen in einen Ernstfalleinsatz zu schicken. Was unsere heutige Luftwaffe angeht, präsentierte sich die Situation effektiv so, dass ein modernes Kampfflugzeug, ein Kampfflugzeug der neuen Generation, unsere Mirages oder Tigers bereits abgeschossen hat, bevor diese auf ihrem Radar überhaupt feststellen können, dass sich ein feindliches Flugzeug in der Luft befindet. Fazit: Wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen, brauchen wir ein modernes Kampfflugzeug.

Die nächste Frage ist die Frage nach der Anzahl der zu beschaffenden Flugzeuge. Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat und im Stimmenverhältnis von 9 zu 4 Stimmen die Beschaffung von 34 Flugzeugen. Ueber die Ueberlegungen, die diesem Antrag zugrunde liegen, und auch über die Fragen der Evaluation und der Typenwahl wird sich anschliessend Ständerat Loretan äussern, der die Subkommission 3 präsidiert hat. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Ihnen schriftlich abgegebenen Unterlagen der Kommission. Meinerseits möchte ich in diesem Zusammenhang einfach festhalten, dass ich persönlich vom Evaluationsverfahren, das uns durch die Beamten des Kommandos der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und der GRD eingehend erläutert worden ist, einen durchaus guten, überzeugenden Eindruck erhalten habe. Man hatte das Gefühl, die Verantwortlichen hätten getan, was in ihren Kräften liegt.

Zu den finanziellen Aspekten der Beschaffung: Die Summe von 3,5 Milliarden Franken ist eine beträchtliche Summe, das ist völlig unbestreitbar. Dazu möchte ich aber festhalten, dass es nicht richtig ist – und diese Idee spukt irgendwo im Land herum –, wenn geltend gemacht und argumentiert wird, um den Betrag von 3,5 Milliarden Franken finanziieren zu können, müssten irgendwelche Steuern erhöht werden. Herr Coutau, Präsident der Subkommission 2, wird anschliessend darum, dass sich der Betrag von 3,5 Milliarden Franken nahtlos in das Bundesbudget einbauen lässt. Der Betrag passt auch ange-sichts der angespannteren Situation in unsere Budgetlandschaft.

Darüber hinaus darf festgehalten werden, dass auch in anderen Bereichen, die nicht einmal ganz so prioritär sein mögen, Beträge in der gleichen Grössenordnung ausgegeben werden. Herr Jagmetti als Präsident der entsprechenden Kommission hat in dieser Session mit dem Rat zusammen das Geschäft behandelt, das die Neuordnung der amtlichen Vermessung in unserem Land betrifft, und zufälligerweise werden für die amtliche Vermessung auf die nächsten 30 Jahre hinaus ausgerechnet auch 3,5 Milliarden Franken aufgewendet. Wenn wir davon ausgehen, dass das neue Kampfflugzeug 30 Jahre im Einsatz stehen wird, haben wir hier genau gleich hohe Aufwendungen für zwei miteinander zwar nicht direkt vergleichbare Bundesaufgaben, aber immerhin für zwei Aufgaben, die irgendwo miteinander in eine Relation gesetzt werden können.

Eine kurze Bemerkung möchte ich noch im Zusammenhang mit den vieldiskutierten Vorengagements anbringen – Detailausführungen dazu wird ebenfalls Herr Coutau machen –: Ich möchte einfach festhalten, dass die Kommission, und diesen Eindruck habe ich eindeutig erhalten, frei entschieden hat und sich nicht unter Druck gesetzt fühlte. Ich persönlich bringe im Zusammenhang mit dem Vorengagement durchaus auch ein gewisses Verständnis auf für das Vorgehen, das das EMD gewählt hat. Die Alternative, vor die sich die Verantwortlichen im Departement gestellt sahen, präsentierte sich doch so: Entweder konnten präzise Beträge in die Botschaft eingesetzt werden, gleichzeitig mussten aber Vorengagements und überdies kurze Fristen wegen des Einbezuugs des Geschäfts in das Fiskaljahr 1993 in den Vereinigten Staaten in Kauf genommen werden. Oder aber – und das wäre die Alternative gewesen – man hätte auf Vorengagements verzichtet; somit hätten längere Fristen zur Verfügung gestanden, dafür hätte aber umgekehrt auch eine völlig offene Situation mit Bezug auf die Höhe der erforderlichen Kredite in Kauf genommen werden müssen. Das letztere Vorgehen hatte das EMD seinerzeit bei

der Mirage-Beschaffung gewählt, und ich muss Ihnen wohl nicht in Erinnerung rufen, dass das damals nicht gerade gut gegangen ist.

Im Zusammenhang mit den Kompensationsgeschäften, die abgewickelt werden und auf die ebenfalls Herr Coutau eintreten wird, möchte ich meinerseits eine Bemerkung machen, zu der mich eine Agenturmeldung veranlasst, die letzte Woche in verschiedenen Zeitungen, u. a. auch in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Freitag, 13. März, abgedruckt war. Es war dort die Rede davon, dass «durch die Indiskretion eines Parlamentariers» die im EMD geführte Liste der an den Kompensationsgeschäften beteiligten Firmen an die Öffentlichkeit gedrungen sei. Ich kann Ihnen dazu einfach sagen, dass die Sicherheitspolitische Kommission nicht mehr weiß, als was in der Presse nachzulesen war. Uns ist nichts bekannt von einer Indiskretion, und der Sicherheitspolitischen Kommission – oder zumindest ihrem Präsidenten – lag eine Liste, wie sie in der Agenturmeldung erwähnt war, auch gar nicht vor.

Jetzt eine Bemerkung zur angekündigten Initiative der «Gruppe Schweiz ohne Armee». Die Sicherheitspolitische Kommission hat an einer in der letzten Woche kurzfristig eingeschobenen Zusatzsitzung die Frage geprüft, ob sich im Zusammenhang mit dieser angekündigten Initiative irgendeine grundlegende Änderung ergeben könnte: ob z. B. ein Anlass bestehen würde, das Geschäft zurückzustellen, bis feststeht, ob die Initiative zustande kommen wird – oder sogar, bis das Volk darüber entschieden hat.

Die Kommission ist eindeutig zur Auffassung gelangt, dass es weder angezeigt noch notwendig ist, in diesem Zusammenhang irgendwelche Änderungen des Programms ins Auge zu fassen.

Ich selbst habe auf entsprechende Fragen hin Medienvertretern gegenüber immerhin die Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass die angekündigte Initiative – und das bedaure ich eigentlich – die Situation und die Positionen weitgehend polarisiere. Die Initiative verunmöglicht – nach meiner Beurteilung – eine differenziertere Stellungnahme. Sie zwingt bis zu einem gewissen Grade zur Einnahme von Schwarzweisspositionen und schliesst das Aufzeigen von Schattierungen weitgehend aus. 'Wir müssen das in Kauf nehmen; aber persönlich hätte ich es nicht bedauert, wenn etwas mehr Flexibilität, etwas mehr Möglichkeit bestanden hätte, auch Nuancierungen zum Tragen zu bringen.'

Ich möchte jetzt noch Stellung nehmen zu einigen Problembe-reichen, die zwar vielleicht nicht gerade von zentraler Bedeutung sind, mit denen sich die Kommission aber doch auch beschäftigt hat und die wohl notwendigerweise in die Berichterstattung einbezogen werden müssen.

Zunächst stand in der Kommission natürlich auch die Frage zur Diskussion, ob es nicht möglich wäre, den Luftraum anders als mit Kampfflugzeugen zu schützen. Diese Frage ist eingehend diskutiert worden, und zwar nicht nur wegen des Interviews, das der frühere Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, der heutige HSG-Professor Timmermann, der Zeitschrift «Politik und Wirtschaft» gewährt hat. Fachleute haben der Kommission eindeutig und übereinstimmend erklärt, die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sei unerlässlich und Alternativlösungen, wie immer solche auch ausgestaltet seien, würden keine Problemlösungen bringen. Die Kommission hat keinen Anlass, diesen Aussagen von Fachleuten nicht zu trauen.

Wir haben uns des weiteren die Frage gestellt, ob es nicht richtig wäre, zunächst abzukiären, ob sich die Schweiz allenfalls einem europäischen Sicherheitssystem in irgendeiner noch auszugestaltenden Weise anschliessen könnte und ob die Frage der Flugzeugbeschaffung dann eventuell erst zu einem späteren Zeitpunkt gelöst werden könnte. Die Kommission wollte diesbezüglich aber den sicheren Grund, der ihr durch die Haltung des Bundesrates vorgezeichnet und vorgegeben war, nicht verlassen. Sie hat deshalb – wie der Bundesrat – den Standpunkt eingenommen, Verhandlungen über die Einführung unseres Landes in ein europäisches Sicherheitssystem würden eines Tages zwar durchaus zu führen sein, aber heute sei der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen. Nach Auffassung der klaren Mehrheit der Kommission muss heute

die Flugzeugbeschaffung im Vordergrund stehen und mit erster Priorität erledigt werden. Die Kommission schliesst sich auch insofern dem Bundesrat an, als sie geltend macht, eine Mitgliedschaft der Schweiz in irgendeinem sicherheitspolitischen System würde eine Mitgift voraussetzen, und ein neues Kampfflugzeug könnte einen elementaren Bestandteil einer solchen Mitgift darstellen.

Die Kommission hat ein Postulat beschlossen. Das Postulat ist Ihnen ausgeteilt worden. Die Begründung dieses Postulates wird Herr Loretan im Namen der Kommission vornehmen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass das Postulat in der Kommission vor dem Luftzwischenfall von Delsberg beschlossen wurde. Nach diesem Luftzwischenfall hat das Postulat natürlich – Sie werden das selbst feststellen – an Aktualität sehr viel gewonnen, ja, es ist mittlerweile geradezu brisant geworden.

Ich komme zum Schluss des Teils meines Referates, das ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Kommissionspräsident vortragen darf, und möchte hier festhalten, dass die Kommission Ihnen beantragt, auf das Geschäft einzutreten und dem Bundesrat zuzustimmen, und zwar mit folgenden Stimmenverhältnissen: Die Kommission hat mit 12 zu 1 Stimmen für Eintreten votiert. Die Kommission beantragt Ihnen mit 9 zu 4 Stimmen die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen, und die Vorlage hat die Gesamtabstimmung in der Kommission mit 12 zu 1 Stimmen passiert.

Ich möchte jetzt im Anschluss an das, was ich Ihnen als Kommissionspräsident vorgetragen habe, noch zwei Bemerkungen persönlicher Art zu Protokoll geben – zwei Bemerkungen, für die ich nicht als Kommissionssprecher; sondern im eigenen Namen auftrete.

Zunächst eine Bemerkung zur Frage der Anzahl: Wie viele neue Flugzeuge müssen wir beschaffen, was ist richtig?

Ich gehe davon aus, dass es darum geht, die Kontinuität zu gewährleisten, dafür zu sorgen, dass der Faden nicht abreisst, dafür besorgt zu sein, dass mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge die Technologie in der Schweiz bleibt, dass unsere Kenntnis mit Bezug auf den technologischen Fortschritt gewährleistet bleibt und auch die Pilotenausbildung ermöglicht wird. Geht es aber nur um das Bestreben, den Anschluss nicht zu verlieren, dann muss zweifellos nicht unbedingt auf breiter Front vorgegangen werden, sondern dann genügt nach meinem Dafürhalten die Sparflamme, dann genügt das Minimum, das es uns eben noch erlaubt, den Schuh in die Türe zu halten. Um dieses Minimum zu gewährleisten, würden nach meiner persönlichen Auffassung auch weniger als 34 neue Kampfflugzeuge genügen, 24 z. B. oder auch – wenn ich irgendeine Zahl nennen will – 16. Denn auch auf weniger als 34 Flugzeugen können ausreichend Piloten ausgebildet werden; auch mit 24 oder weniger Kampfflugzeugen können durchaus ein sachgerechter Neutralitätsschutzdienst und die Wahrung der luftpolizeilichen Hoheit gewährleistet werden: dies um so mehr, als es möglich ist, auch in gemischten, in nicht artreinen Doppelpatrouillen zu fliegen – also in Doppelpatrouillen, die aus einem neuen Kampfflugzeug und einem alten Modell, einem Mirage oder einem Tiger, bestehen –; dies um so mehr, als ein F/A-18 einen Mirage oder einen Tiger führen kann, wie uns die bereits mehrfach zitierten Fachleute versichert haben; und dies um so mehr, als sogar das EMD davon ausgeht, in einem eigentlichen Kriegseinsatz wären wir ohnehin darauf angewiesen, bei jenen Anschluss und Schutz zu suchen, die nicht unsere Feinde sind.

Ich persönlich meine also, die Zahl von 34 neuen Kampfflugzeugen, wie sie vom Bundesrat beantragt wird, sei nicht zwingend, sondern ich habe den Eindruck, wir könnten auch tiefer gehen. Wenn wir tiefer gehen, dann wäre wohl 24 die richtige Anzahl, denn diese Anzahl ist im EMD nachevaluiert worden: Man hat im EMD abgeklärt, wie sich die Situation bei der Beschaffung von nur 24 Flugzeugen präsentieren würde.

Meine zweite persönliche Ueberlegung bezieht sich auf die Frage der Einbettung unserer sicherheitspolitischen Bemühungen in ein allfälliges europäisches sicherheitspolitisches System, in einen sicherheitspolitischen Verbund. Ich habe Ihnen die Position von Bundesrat und Kommission zu dieser Frage dargelegt; für mich persönlich hätte sie einen höheren

Stellenwert gehabt, und ich hätte ihrer Prüfung mehr Aufwand gewidmet. Denn ich meine, die Schweiz leistet sich heute mit ihrer auf volle Eigenständigkeit angelegten Armee einen Aufwand, der im Hinblick auf die sicherheitspolitische Situation in unseren Nachbarländern und überhaupt in Europa zumindest als überprüfenswert, wenn nicht gar bereits als fragwürdig bezeichnet werden muss. Aus meiner persönlichen Sicht müssten jetzt, hier und heute unverzüglich Abklärungen über eine Einbettung unseres Landes in ein europäisches Sicherheitssystem getroffen und entsprechende Gespräche und Verhandlungen aufgenommen werden, wobei unsere Gesprächspartner sowohl die KSZE als vielleicht auch die WEU oder sogar die Nato sein könnten. Es wäre auch denkbar, dass wir von uns aus die Initiative ergreifen und ein neues Gesprächsforum kreieren würden. Es ist mir natürlich klar – das müssen Sie mir nicht nahebringen –, dass dieses Vorgehen neutralitätsrechtliche und neutralitätspolitische Fragen aufwerfen würde. Ich habe in der Kommission daher vorgeschlagen, Experten anzuhören, die über diese neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Aspekte Auskunft geben könnten. Aber die Kommission hat es vorgezogen, auf der sichereren und weniger schwankenden Grundlage zu bleiben, die der Bundesrat vorgezeichnet hat.

Ich komme damit zum Schluss auch meiner persönlichen Ueberlegungen und möchte in diesem Sinne, also in persönlichem Namen, mein eigenes Empfinden zusammenfassen: Mir geht es persönlich wie jenem Ratskollegen, der mir letzte Woche im Zusammenhang mit diesem Geschäft gesagt hat, eigentlich wisse er immer noch nicht, ob er für die Beschaffung des F/A-18 sei; aber eines wisse er sicher, daran bestehe für ihn kein Zweifel: Wenn man ja zur Armee sage, dann könne man nicht gegen die Beschaffung des F/A-18 sein.

Huber, Berichterstatter: Wie der Kommissionspräsident dargelegt hat, gibt es in diesem umfangreichen Geschäft für das Parlament verschiedene Fragen zu klären. Dabei geht es nach meinem Parlamentsverständnis nicht in erster Linie um eine antizipierte Kontrolle, sondern es geht um die Beschaffung von Elementen für eine Entscheidfindung. Unter diesem Gesichtspunkt hatten wir – die Subkommission 1, bestehend aus den Kollegen Rhyner, Ziegler Oswald und mir – den Auftrag, Verträge zu sichten, die im Hinblick auf die Beschaffung vorbereitet worden sind.

Für diese Arbeit standen uns folgende Unterlagen zur Verfügung: die aus mehreren Bänden bestehende Vertragssammlung, die vorbereitet worden war; das Vertragshandbuch der GRD, das Handbuch für die Geschäftsabwicklung der GRD; die Botschaft, die in Ihren Händen ist und deren Qualität vom Kommissionspräsidenten zu Recht hervorgehoben wurde; es wurden sodann im Laufe der Behandlung in der Gesamtkommission über die Botschaft hinausgehende Darlegungen gemacht, es wurden Unterlagen präsentiert, die wir nutzen konnten; wir haben einen Tag mit den Zuständigen der GRD intensiv gearbeitet, auch nach diesem Termin direkte Fragen gestellt und Antworten erhalten. Das Ergebnis hat Eingang in den Gesamtbericht der Subkommission gefunden, der im Bericht der Kommission, der Ihnen vorliegt, enthalten ist.

Ich darf mich, weil Ihnen der Gesamtbericht vorliegt, auf einen zentralen Punkt konzentrieren, nämlich auf das FMS-Verfahren. Im zusammenfassenden Bericht der Kommission über die Arbeiten der Subkommission sind die verschiedenen Verträge und auch die Gesprächspartner aufgeführt. Aus ihnen ragt der gesamte Komplex der Anwendung des FMS-Verfahrens (Foreign Military Sales) heraus.

Zuerst ist festzuhalten, dass die Anwendung dieses Verfahrens für die zuständigen Stellen der GRD nichts Neues bedeutet. Die Panzerhaubitze M-109, die Lenkwaffe Tow, die Flab-Waffe Stinger und die beiden Tiger-Serien wurden nach diesem System beschafft. Gestützt auf diese Erfahrungen wurden der Kommission und der Subkommission Erkenntnisse vermittelt, die das Verfahren als Ganzes darstellen. Persönlich neige ich dazu, darin einen Generalübernehmervertrag zu sehen mit den drei klassischen Garantien: Qualität, Preis, Zeit. Die Festpreisgarantie ist allerdings nicht FMS-spezifisch, sondern sie ist in unserem Fall für Zelle, Triebwerk und Rakete

ausgehandelt worden. Das FMS-Verfahren basiert auf dem gleichnamigen US-Gesetz aus dem Jahre 1968, das es der Regierung der Vereinigten Staaten erlaubt, Rüstungsgüter an befreundete Nationen zu den Selbstkosten zu verkaufen. Das heisst: Der ausländische Käufer erhält die Meistbegünstigung zugesprochen; für gleiche Leistung zahlt er den gleichen Preis wie die amerikanischen Streitkräfte; als Gegenleistung wird der sogenannte FMS-Zuschlag von 3 Prozent erhoben.

Heute – und das mag Sie vielleicht doch etwas beeindrucken – beteiligen sich etwa 120 Länder an diesem Verfahren. Und es gibt zurzeit 18 000 laufende Verträge unter Anwendung dieses Systems. Daraus resultieren eine grosse Erfahrung und eine überaus starke Verhandlungsposition der Einkaufsstellen der US-Regierung. Diese staatlichen Einkaufsstellen haben nach geltendem Recht sehr viel weiter gehendes Einsichtsrecht etwa in die Kalkulation der Lieferanten. Es müssen sämtliche Bücher geöffnet werden, und die Einkaufsstellen überprüfen sämtliche Kostenelemente.

Wichtig für uns ist nun, dass die Verträge die Unterstützung der US-Navy als industrieller Generalübernehmer im vorliegenden Fall nicht auf den Zeitpunkt des Einkaufs beschränken, sondern während der ganzen Einsatz- und Lebensdauer der Flotte gewährleisten. Das ist für die Schweiz als Meisterin in der langjährigen Nutzung von Kriegsmaterial und Meisterin in der Kampfwertsteigerung besonders von Bedeutung.

Das FMS-System erlaubt sodann kostengünstige Preise. Sie wissen, dass im Fiscal year 1993 eine schweizerische Bestellung mit Käufen der US-Navy und der Regierung von Kuwait zusammengefasst würde. Die GRD ihrerseits kommt in der Beurteilung des Verfahrens zum Schluss: «Das FMS erlaubt uns die günstigsten Gesamtprogrammkosten zum kleinsten Beschaffungsrisiko.»

Ein Wort zum FMS-Verfahren nach dem Urteil der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Wie ich Ihnen dargelegt habe, hat unsere Verwaltung sehr grosse Erfahrung mit dem FMS-System. Im Bericht an die Kommission finden Sie einen Auszug aus dem Schlussbericht der Tiger-Beschaffung, der eindeutig ist. In die gleiche Richtung geht nun aber ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle an die Finanzdelegation im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft. Die Finanzkontrolle – also nicht irgend jemand aus dem immer wieder gescholtenen EMD – schreibt: «Wir kommen ferner zur Überzeugung, dass beim grossen und vielschichtigen Geschäft F/A-18 die gewählte FMS-Lösung die richtige ist. Der Nutzen aus der Summe der Dienstleistungen aller in einem solchen Geschäftsablauf für die Schweiz arbeitenden Amtsstellen übersteigt unseres Erachtens die damit verbundenen Kosten. Beim kommerziellen Direktkauf beim Hersteller wäre zu bedenken, dass die Schweiz qualifiziertes technisches und kaufmännisches Personal beim Lieferanten über längere Zeit stationieren müsste. Ein solches Vorgehen wäre von der personellen Rekrutierung her kaum realisierbar. Dies trifft auch für die rechtzeitige und vollständige Informationsbeschaffung sowie für deren Auswertung zu.»

Ihre Subkommission hat sich die Verträge im einzelnen vorgenommen und kommentieren lassen. Wir sind abschliessend zu folgenden Erkenntnissen gelangt:

1. Bezuglich des FMS-Verfahrens schliesst sich die Subkommission der Finanzkontrolle an und bestätigt aus eigenen Überlegungen deren Schlüsse.

2. Es liegen Vertragsentwürfe vor, die von Leuten mit Erfahrung, die vertrauenswürdig sind, gründlich erarbeitet wurden. Wo immer möglich, wurden spezifisch schweizerische Interessen im Rahmen des Möglichen durchgesetzt.

3. Der Inhalt des Vertragswerkes wird in der Botschaft zusammenfassend, aber richtig dargelegt.

4. Der Verwaltung sind keine offensichtlichen Lücken und Fehler bekannt. Es versteht sich, dass die US-Fachleute ihre Position ebenso dezidiert vertreten haben wie die Schweizer, und daraus resultiert der Vertragsinhalt.

5. GRD und EMD sind der Meinung, dass das umfangreiche Vertragswerk eine frictionsarme Beschaffung ermöglichen würde.

6. Die Handlungsfreiheit von Bundesrat und Parlament ist durchaus gewahrt.

7. Das Vertragswerk basiert auf einer Bestellung im Fiscal year 1993, und es beinhaltet ein Vorengagement. Wir haben davon Kenntnis genommen, mit dem Hinweis auf sechs umfangreiche Geschäfte, die damit zur Vermeidung von höheren Kosten und längeren Lieferfristen abgeschlossen wurden. Als rechtliche Basis wird Artikel 31 Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes bezeichnet. Mein Kollege Coutau wird sich mit diesem Punkt der Verträge speziell befassen.

Aufgrund all ihrer Feststellungen gelangt die Subkommission 1 des Ständerats zum Schluss, dass unter dem Gesichtspunkt der Verträge einer Zustimmung zum bundesrätlichen Antrag nichts entgegensteht.

Nun gestatten Sie es auch mir – wie es der Herr Kommissionspräsident gemacht hat und ebenfalls deutlich abgesetzt –, einige persönliche Bemerkungen anzufügen und damit das Redekontingent des Kommissionsmitgliedes auszuschöpfen. Ich bekenne Ihnen meinerseits, dass ich zu jener satten Mehrheit gehöre – wie gesagt wurde –, die das Geschäft als behandlungsreif betrachtet. Wir haben vorgestern und gestern einen umfangreichen 7. Landwirtschaftsbericht mit Änderungen eines Gesetzes behandelt, bei dem uns Botschaft, Bericht und Antrag einen Monat später als für dieses Geschäft zugestellt wurden. Es wird niemand behaupten, dass die Landwirtschaftspolitik der Zukunft nicht ebenso bedeutsam sei wie die Flugzeugbeschaffung und ebenso kostenintensiv wie die Beschaffung eines Flugzeuges.

Lassen Sie mich das ergänzen: Es ist doch so, dass wir in einem dauernden sicherheitspolitischen Meinungsbildungsprozess stehen. Wir beginnen nicht bei Null. Wir haben zu Beginn des Jahres 1991, gestützt und ergänzt 1991 durch Experten, eine gründliche Lagebeurteilung anlässlich der Vorberatung des bundesrätlichen Berichtes «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel» vom 1. Oktober 1990 vorgenommen. Und wir haben daneben eine dauernde sicherheitspolitische Diskussion geführt, die wir nie haben abreißen lassen. Dieser sicherheitspolitische Bericht, den wir verlangt haben und der beim Geschäft, das heute zur Debatte steht, zu einer zweijährigen Denkpause geführt hat, gibt die Antwort aus der Lagebeurteilung, in dem nämlich festgehalten wird, dass es Ziel unserer Sicherheitspolitik sei, die Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung voranzutreiben, die Kriegsverhinderung durch Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, einen Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung zu leisten und – das ist hier der zentrale Gesichtspunkt – eine angemessene Bereitschaft aufrechtzuerhalten.

Lassen Sie mich diesen Abschnitt auszugsweise zitieren, weil er für die Frage, die hier ansteht – die Frage nach dem Warum –, den Schlüssel darstellt. Wir haben damals von folgenden Ausführungen Kenntnis genommen (S. 35): «Trotz des hoffnungsvollen Trends zum Abbau militärischer Potentiale in Europa ist es besonders für den neutralen Kleinstaat von erstrangiger Bedeutung, weiterhin über ausreichende Mittel zur militärischen Selbstbehauptung zu verfügen, nachdem Rückschläge nicht ausgeschlossen werden können ... Die Mittel der Sicherheitspolitik sollen so konzipiert und strukturiert werden, dass sie ohne allzu grosse Schwierigkeiten an veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen angepasst werden können. Dabei kommt dem Zeitfaktor grosse Bedeutung zu.»

Es wurden in diesem sicherheitspolitischen Bericht im Anschluss an diese klaren Aussagen zur sicherheitspolitischen Lage der Armee neue Aufträge gegeben, die jetzt im Armeeleitbild weiter ergänzt werden, nämlich die beiden einschlägigen Aufträge, im Raum Schweiz kein militärisches Vakuum entstehen zu lassen und den Luftraum zu schützen. Das sind Aufträge, die honoriert, die erfüllt werden müssen und für die die richtigen Mittel im richtigen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen sind.

Ich schliesse mit einer offenbar notwendigen, vom Ausland her kommenden Betrachtung (wir sind soweit, dass wir uns selber offenbar nicht mehr abschliessende Urteile in sicherheits- und rüstungspolitischen Fragen zutrauen und im ganzen Umfeld und im ganzen Ausland Rückschläge, Empfehlungen, Expertisen, Meinungen einholen; ich möchte mich, wie viele andere auch, diesem Trend nicht entziehen). Eine norwegische Studie – und daher ist sie relativ unverdächtig; Herr

Kollege Onken lächelt zwar milde! – nach dem Golfkrieg endet mit der klassischen Feststellung, die für unsere Lage von Bedeutung ist: «Es gibt keine Alternative zur kontinuierlichen Erneuerung der Rüstung.»

Gestützt darauf und auf all das, was ich in der Kommission mit erlebt habe, beantrage ich Ihnen aus persönlicher Sicht Eintreten und Zustimmung zum Antrag des Bundesrates.

M. Coutau, rapporteur: Je m'exprime au nom de la sous-commission 2 chargée d'examiner les implications financières du programme d'armement 1992, à laquelle participaient MM. Bühler, Mornioli, Plattner et moi-même. Cette sous-commission s'est efforcée d'examiner les différents postes du crédit d'engagement sollicité ainsi que les dépenses directement induites par cette acquisition, qui figureront dans d'autres demandes de crédit. Elle s'est efforcée d'examiner également l'intégration de ce crédit dans la planification financière du Département militaire fédéral et d'étudier l'évolution des dépenses militaires, comparées à celles de l'ensemble des dépenses de la Confédération.

Pour aucun connaisseur, même superficiel, des dépenses de la Confédération, le programme d'armement 1992, entièrement consacré à l'acquisition du F/A-18, n'a pu constituer une surprise. Cette demande de crédit porte en effet sur le renouvellement d'une partie de la flotte des avions de combat et la nécessité de ce renouvellement était prévue et annoncée de longue date. Ainsi, le moins que l'on puisse dire est que le projet d'achat de 34 F/A-18 ne résulte ni d'un coup de tête, ni d'une improvisation, ni d'une lubie inconsidérée. Les études menées sur les fronts stratégique, technique, logistique, commercial et financier remontent à 1985 déjà. On savait que la mise à l'écart progressive des 134 avions Hunter allait se poursuivre rapidement dans les années 1990 à 1996. Cet avion, malgré un entretien minutieux, est aujourd'hui vieilli. Il est techniquement et militairement largement dépassé et il n'est donc plus en mesure de remplir la mission dont il est chargé. Sa disparition complète en 1996 représente une amputation de près de 45 pour cent du nombre des avions de combat dont l'armée dispose actuellement. Une compensation, même partielle, s'imposait donc pour des motifs stratégiques, exposés tout à l'heure par le président de la commission.

Du point de vue financier, l'organisation systématique de la succession des dépenses dans le temps, c'est-à-dire la planification à long terme à laquelle le Département militaire fédéral s'astreint notamment dans sa politique d'acquisition d'armes, permet de fixer des priorités et des échéances mûrement élaborées. C'est ainsi que, malgré le montant très élevé du crédit d'engagement dont nous parlons – je vous rappelle qu'il y a peu de temps nous avions consenti un crédit d'engagement du même montant de 3,5 milliards de francs pour des indemnités versées en relation avec la mensuration officielle, dont personne n'a beaucoup parlé – il s'intègre sans surcroît de charge dans la suite des dépenses annuelles d'armement des prochaines années. Certes, l'intégralité du programme d'armement 1992 lui est consacrée; certes, le Conseil fédéral ne présentera pas de programme d'armement en 1993, et cela a nécessité évidemment des ajustements rigoureux dans la continuité de la politique d'acquisition du département. Mais nous avons pu nous assurer que tous les facteurs déterminants avaient été dûment pris en compte. Même la réalisation du projet d'«Armée 95» et les réorientations financières qui lui sont liées ne sont pas perturbés par ce crédit d'engagement. Je dirais même au contraire, car le projet «Armée 95» se fonde explicitement sur une couverture aérienne performante.

Quant à l'échelonnement des crédits de paiement annuels relatifs au F/A-18, il s'étend de 1992 à 1998. Il est planifié de façon à ne pas remettre en cause le déroulement normal des acquisitions décidées précédemment, ni les acquisitions futures qui pourront à nouveau intervenir à partir de 1994. Le plan financier prévoit pour les années 1992 à 1995 un plafonnement des dépenses annuelles d'armement à un ordre de grandeur de 1,8 milliard de francs. En effet, la période de pointe des paiements, prévue en 1994, en relation avec l'acquisition du F/A-18, sera intégralement compensée dans les années 1997 et 1998.

J'aimerais insister sur cet aspect essentiel de l'acquisition que nous proposons le Conseil fédéral: la stabilisation intégrale du budget d'armement se vérifie, y compris compte tenu de l'achat du F/A-18. Je dirais même plus: par rapport au plan financier adopté pour les années 1990 à 1994, pour l'ensemble du Département militaire fédéral, plus de 2,7 milliards de francs ont été biffés. Le gel, en chiffres nominaux, des dépenses du DMF pour les années 1992 à 1995 représente une nouvelle diminution de 1,2 milliard en regard des prévisions initiales. Ce résultat porte un bien beau nom, il s'appelle le «dividende de la paix».

Cette attitude, très restrictive et unique en regard des dépenses civiles de la Confédération, exerce bien entendu une influence directe sur l'évolution de la part des dépenses totales que la Confédération affecte à son budget militaire. Cette part, qui était encore de 22 pour cent en 1970, se réduit continuellement, passant de 18 pour cent en 1980 à 14 pour cent en 1992 et à 12 pour cent en 1995. On constate que l'achat du F/A-18 s'intègre dans une planification rigoureuse des dépenses militaires, elles-mêmes en diminution. Aucune charge supplémentaire, notamment fiscale, ne résultera de cette acquisition. Les départements civils peuvent bénéficier, avec des croissances de dépenses substantielles pour certains postes, de la compression imposée au Département militaire.

Je renonce bien entendu à présenter ici le détail des 4000 rubriques du crédit qui nous a été présenté. Mais nous avons constaté que la systématique de présentation répond d'une part à des exigences comptables extrêmement rigoureuses et, d'autre part, à un souci d'information exceptionnellement élevé. Que ce soit grâce à la précision des données publiées dans le message lui-même ou à l'abondance des renseignements obtenus en commission, on peut affirmer sans risque de se tromper qu'aucun parlement étranger n'est aussi complètement informé sur un achat de cette nature. Les prix ont été établis selon des règles extrêmement minutieuses, aussi bien pour la partie purement américaine de la commande que pour les contrats passés avec des entreprises suisses.

Dès le début, l'effort de compression du crédit a été permanent. Il a porté d'une part sur les méthodes contractuelles avantageuses dans la relation avec les fournisseurs – il s'agit de la méthode dite FMS dont M. Huber a parlé tout à l'heure. Cet effort de compression a également porté sur le nombre des appareils à acquérir, lequel est passé de 80 à 40, puis à 34, et sur une nouvelle rationalisation des méthodes logistiques. Cette logistique est importante puisqu'elle comprend notamment l'exploitation, l'entretien, la maintenance, l'infrastructure et les pièces de rechange à acquérir. Il faut relever à cet égard que, traditionnellement, tous les frais de logistique ne sont pas comptés dans le programme d'armement à proprement parler, même s'ils sont en rapport avec l'acquisition d'un nouveau système d'arme comme le F/A-18. Par exemple, les frais de construction corrélatifs, pour autant qu'ils ne soient pas inclus dans le crédit de 3,5 milliards de francs, seront présentés formellement dans le prochain programme de constructions militaires déjà évalué dans le message à 245 millions de francs. De plus, certains frais d'exploitation figurent dans les budgets annuels correspondants. Il n'empêche que nous avons obtenu des renseignements précis sur les dépenses corrélatives. Elles représentent 20 à 22 pour cent des coûts totaux. Jamais un taux aussi faible n'a été obtenu pour un tel système d'arme. Quant aux dépenses d'exploitation courantes, elles seront inférieures pour les futurs F/A-18 à celles engendrées par les actuels Hunter.

Bien entendu, une partie importante des frais de logistique est indépendante du nombre des avions commandés. C'est ainsi que, dans l'hypothèse d'une diminution de 34 à 24 unités de la commande, la réduction du montant de cette commande ne serait que de l'ordre de 650 millions selon une estimation approximative.

Deux autres rubriques du crédit ont encore retenu plus particulièrement notre attention. Il s'agit d'abord du risque de change. Ce poste est important, car la somme à payer en dollars représente de loin la plus grande partie du crédit, soit quelque 2,2 milliards de francs. Il est évident que le taux de change

retenu, c'est-à-dire fr. 1.50 par dollar, peut être sujet à des fluctuations d'ampleur imprévisible sur une période de paiement qui s'étend sur sept ans. Pour faire face à cette fluctuation, plusieurs techniques financières peuvent être envisagées, y compris des assurances de cours contractées auprès des banques. Mais le coût de pareilles opérations est très élevé et, après avoir consulté la Banque nationale suisse, il a été convenu que la gestion des achats de dollars nécessaires resterait entre les mains du Département fédéral des finances. Quant au risque de change, il sera inclus dans le crédit demandé pour une variation de plus ou moins 10 centimes par rapport au cours de référence. Pour des variations de plus grande ampleur, il conviendrait de demander alors un crédit complémentaire éventuel.

L'autre poste concerne les commandes passées directement à l'industrie suisse. Ces commandes sont relativement modestes en proportion du crédit total, mais elles ne sont pas négligeables pour autant puisqu'elles représentent 310 millions de francs. Il est vrai que ces commandes nationales engendrent une augmentation de coût par rapport à une commande passée intégralement auprès du fournisseur étranger. Mais cette augmentation de quelque 3 pour cent est nettement inférieure à ce qui est ordinairement considéré comme acceptable.

En contrepartie, il en résulte des avantages importants à plusieurs égards. Tout d'abord une meilleure connaissance de l'avion par des entreprises suisses qui pourront être appelées à assurer en partie sa maintenance. Ensuite, ces entreprises pourront bénéficier d'un apprentissage précieux dans le domaine de la haute technologie. Elles pourront en tirer parti en vue de réexporter vers les fournisseurs américains des pièces de l'avion qu'elles auront ainsi appris à fabriquer. On estime à près de 200 millions de francs la valeur de ces réexportations. Elles tireront également parti d'applications civiles ultérieures, comme l'ont démontré maintes opérations analogues précédentes. Enfin et surtout, cette part de l'acquisition sera particulièrement bienvenue dans la situation actuelle de l'emploi dans notre pays.

Cet aspect du crédit m'amène tout naturellement à faire une allusion aux autres retombées économiques de l'achat du F/A-18 sur l'économie et sur l'emploi en Suisse. L'accord passé avec les fournisseurs américains précise en effet que ceux-ci s'engagent à passer à des entreprises suisses des commandes pour un montant de 2 milliards de francs au cours des dix prochaines années. Ces commandes dites de compensation sont devenues classiques dans ce genre d'achat de matériel militaire. Des résultats très appréciables pour les partenaires concernés ont été enregistrés par le passé. Certaines commandes récentes, convenues par des entreprises américaines en Suisse, ont déjà été inscrites à l'actif du crédit dont nous parlons aujourd'hui.

Mais soyons clairs, il ne s'agit pas, bien entendu, de s'engager dans ce crédit pour la seule raison qu'il engendrerait des emplois dans les entreprises suisses. Ce crédit répond en effet d'abord à un besoin de couverture aérienne indispensable à un pays qui entend démontrer sa volonté de défense opérationnelle. Il ne faut pas ignorer cependant que presque chaque franc dépensé à cet effet entraînera une compensation industrielle en Suisse. Dans la situation particulièrement difficile que les branches directement concernées de l'industrie traversent actuellement, cet effet d'impulsion, non seulement conjoncturelle mais aussi technique, sera ressenti avec un grand soulagement.

Pour confirmer cette affirmation, je me référerai à une déclaration que le Conseil fédéral a faite en réponse aux interpellations urgentes relatives à la situation économique en date du 16 mars dernier. Je vous la cite: «Si le Parlement accepte la proposition du Conseil fédéral touchant l'achat d'un nouvel avion de combat, le Département militaire s'efforcera, dans toute la mesure du possible, de répartir les commandes compensatoires – dont je viens de parler – qui en résulteront, soit environ 20 000 unités de travail annuel, en tenant compte également des régions les plus touchées par le chômage.»

Le dernier aspect que je voudrais encore aborder concerne les effets financiers du déroulement de nos décisions dans le

temps. Le crédit présenté par le Conseil fédéral concerne une commande de 34 appareils qui s'intégrera dans un programme de fabrication américain portant sur un nombre total sensiblement plus élevé d'avions. Deux avantages en résultent: d'une part, la commande suisse peut ainsi bénéficier de prix unitaires réduits en raison de l'importance de la série de fabrication; d'autre part, les prix ont été établis de façon définitive pour autant que la commande s'intègre effectivement dans le programme de fabrication prévu par le gouvernement américain pour 1993. Or, cette fabrication suppose un certain nombre d'investissements industriels préalables de façon à raccourcir la période qui s'étend entre la confirmation formelle de la commande et la date de livraison des appareils.

Pour couvrir le risque pris par les industries qui procèdent à ces investissements préalables, il convient de débloquer des crédits dits de préengagement. Ceux-ci sont imputables sur le coût final en cas de confirmation de la commande, mais restent acquis au fournisseur en cas d'abandon du projet. Cette formule est courante pour des commandes de grande importance, qu'elles viennent du secteur privé ou du secteur public, et dans le passé, en 1977 déjà, cette pratique a été utilisée à plusieurs reprises par le Département militaire fédéral avec succès.

Dans le cas particulier, le programme de fabrication dans lequel s'inséreraient les 34 F/A-18 destinés à la Suisse doit faire l'objet de tels préengagements. Ceux qui concernent les avions de la même série, destinés à l'US-Navy, ont déjà été décidés par le Parlement américain en automne dernier. Des négociations ont permis de reporter le début de ces préengagements pour la Suisse à la mi-mai 1992 pour un versement de 50 millions de francs. Si la commande ne pouvait pas être confirmée par le Parlement d'ici fin juin, un second préengagement serait alors nécessaire pour un montant de 150 millions de francs. Un troisième montant de 110 millions de francs serait à verser si la commande n'était pas confirmée avant fin septembre. Enfin, la date ultime de la confirmation de la commande pour insérer la série suisse dans le programme de fabrication de 1993 est arrêtée au 31 décembre 1992.

Au cas où les hésitations parlementaires devaient durer au-delà de la fin de l'année, la commande suisse devrait être reportée au programme 1994. Or, ce report est entaché de nombreuses incertitudes: on ignore l'ampleur de la série sur laquelle porterait le programme 1994 et, par conséquent, les coûts ne peuvent être garantis. On escompte un prix supérieur de quelque 200 millions de dollars. De plus, les contrats devraient être partiellement revus et les délais de livraison reportés en conséquence.

Dans la pratique suivie jusqu'ici en Suisse, les préengagements étaient décidés par le seul Conseil fédéral avec l'approbation de la Délégation des finances. Formellement, la base légale de cette compétence est l'article 31, alinéa 3, de la loi sur les finances de la Confédération: «Si l'exécution d'un projet ne souffre aucun délai, le Conseil fédéral peut en autoriser la mise en chantier ou la poursuite avant que le crédit d'engagement ne soit ouvert. Lorsque c'est possible, il requiert au préalable l'assentiment de la Délégation parlementaire des finances.»

Pour des montants de cette importance, le Conseil fédéral entend toutefois pouvoir s'appuyer sur la décision d'une des Chambres au moins quant au crédit d'acquisition lui-même, et cela avant de débloquer, après consultation de la Délégation des finances, un crédit de préengagement.

Du point de vue de la commission, il est donc très souhaitable que notre conseil se détermine lors de cette session, ce matin-même, en souhaitant que le Conseil national en fasse autant en juin. A notre avis, il n'y a pas de raison réelle de tergiverser. Nous savions depuis près de huit ans qu'une décision de ce genre nous attendait. Nous connaissons depuis 1988 le choix du Conseil fédéral quant au type d'appareils à acheter. Nous avons eu la confirmation de ce choix en 1990 après une procédure de réévaluation. Il est temps de décider. Reporter cette décision ne nous apporterait rien de plus. Elle ne ferait qu'accréditer notre irrésolution.

Or, cette irrésolution a un prix; il est récupérable si le Conseil fédéral peut débloquer des crédits de préengagement et si le

Parlement ratifie l'achat, mais il ne l'est pas si nous devions reporter notre commande au programme 1994. Il ne s'agit pas de se laisser entraîner par une pression, mais de connaître la réalité de ces chiffres.

Au nom de la sous-commission 2 et en mon nom personnel, afin de ne pas avoir à reprendre la parole, je vous invite donc à adopter ce matin le crédit demandé. Certes, il est important mais, une fois encore, il s'insère dans des dépenses militaires en baisse, il est indispensable pour assurer une couverture aérienne sans laquelle notre défense aurait une crédibilité si mince qu'il serait alors préférable d'y renoncer totalement, et accessoirement, il apportera dans l'immédiat une stimulation particulièrement bien venue de l'emploi industriel dans notre pays.

Loretan, Berichterstatter: Die Subkommission 3 – nebst dem Sprechenden bestückt mit den Herren Küchler, Jacques Martin, Carlo Schmid und Uhlmann, letztere beide Präsidenten bedeutender schweizerischer Parteien – hatte sich einerseits mit der Typenwahl, andererseits mit Problemen von Führung und Einsatz in den Bereichen Wahrung der Lufthoheit, Luftpolizei und Luftverteidigung zu befassen. Den zweiten Teilauftrag fasste unsere Subkommission so auf, dass auch die Mitwirkung unseres Landes in einem späteren europäischen Sicherheitssystem in die Überlegungen einzubeziehen sei. Dafür waren ihr auch die Ausführungen der drei bereits zitierten sicherheitspolitischen Experten dienlich, welche die Gesamtkommission an ihrem zweiten Sitzungstag angehört hat.

Es war natürlich nicht möglich und auch nicht erforderlich, zum ersten Fragenkomplex das gesamte vom EMD durchgeführte Evaluationsverfahren in technischer und organisatorischer Hinsicht, d. h. in bezug auf das gewählte Verfahren und auf die Inhalte der Abklärungen zu den verschiedenen Flugzeugtypen, von A bis Z nachzuprüfen. Die Subkommission 3 entschied sich vielmehr für eine Art Glaubwürdigkeitstest, indem sie ihr bekannte verwaltungsinterne und -externe Kritiker, zum Teil im Expertenrang, zu Worte kommen liess. Die in diesen Gesprächen vorgebrachten Kritiken und Fragen zum Typenentscheid des EMD und des Bundesrates wurden in einem umfangreichen Katalog dem Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen vorgelegt. Die Fragen wurden vorerst mündlich in einem Hearing und hernach auch noch schriftlich beantwortet. Dieser Fragen- und Antwortkatalog liegt dem schriftlichen Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission bei und ist in Ihren Akten.

Nebst umfangreichen Vorbereitungs- und Nachbearbeitungsarbeiten wendete die Subkommission 3 dafür zwei Sitzungstage auf.

An einem weiteren Tag liess sie sich von Vertretern der Flieger- und Flab-Truppen sowie der Gruppe für Rüstungsdienste eingehend über den Ablauf des Evaluationsverfahrens informieren und besichtigte ferner eine Einsatzzentrale. Mit weiteren Fachleuten wurde korrespondiert, oder der Vorsitzende der Subkommission 3 führte mit ihnen Einzelgespräche. Auch dazu wurden Stellungnahmen des Kommandanten der Flieger- und Flab-Truppen eingeholt.

Die Subkommission 3 setzte kritische Sonden sowohl bei den Kritikern des Typenentscheides als auch – das ist klar – bei den Vertretern des EMD an. Sie dankt all denen, die sich für Gespräche und Befragungen – sie waren nicht immer sehr gemütlich – zur Verfügung gestellt haben. Diese Bereitschaft ermöglichte es der Subkommission 3, dass sie nicht mit vorgefassten Meinungen an die ihr gestellte Aufgabe herangehen musste.

Vorweg nun das Ergebnis der Arbeiten meiner Subkommission, bevor ich einzelne Ergänzungen des schriftlichen Berichtes zu Detailfragen anbringe.

1. Typenwahl: Die Evaluation ist vom EMD, d. h. vom Kommando der Flieger- und Flab-Truppen und von der Gruppe für Rüstungsdienste, gründlich und nach sachlichen Kriterien vorgenommen worden. Keines der getesteten Konkurrenzprodukte zum F/A-18 hat Vorteile einsatzmässiger, technischer oder preislicher Natur, die insgesamt gewichtet so gross wären, dass das Gesamtergebnis gemäss bundesrätlicher Vorlage angezweifelt werden müsste.

2. Führung und Einsatz: Dieser Bereich, abgedeckt durch die Stichworte Florida, Taflir, Radar des neu zu beschaffenden Kampfflugzeuges, wird von der bundesrätlichen Beschaffungsbotschaft eher vernachlässigt und hat – das wissen wir – Schwachstellen vorab punkto Vernetzungen. Unabhängig vom zu beschaffenden Flugzeugtyp muss Florida, das Luftraumüberwachungs- und Führungssystem im oberen Bereich des Luftraumes, sehr bald ersetzt werden. Dabei ist die Zielsetzung so zu umschreiben und zu fixieren, dass das neue System in ein europäisches Luftlageerfassungs- und Führungssystem eingegliedert werden kann. Dies ist allerdings weniger eine technische denn vorab eine neutralitätspolitische Frage. Auf Antrag der Subkommission 3 hat die Gesamtkommission ein Postulat «Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung» beschlossen. Darüber soll ja heute auch befunden werden. Damit soll der Bundesrat eingeladen werden, den Räten bis zur Herbstsession 1992 einen Bericht vorzulegen – selbstverständlich unter Angabe der Zeithorizonte –, der aufzeigt, wie die Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung mit und ohne Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sichergestellt werden kann, welche Kosten dafür einzusetzen sind und schliesslich welche neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen aus einer allfälligen Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten zu erwarten sind. Wir kommen zu diesen Auskünften und Beurteilungen innert kurzer Frist, ohne dass wir den Rückweisungsanträgen Plattner und Morniroli zustimmen müssten, die in ihrer Stossrichtung zum grössten Teil durch das von der Kommission beschlossene Postulat abgedeckt werden. Die Begründung des Postulates, soweit sie nicht bereits erfolgt ist, ergibt sich aus meinen weiteren Ausführungen zum Problembereich Führung und Einsatz.

Vorerst aber zur Typenwahl. Sie muss das Schlussresultat einer Bedrohungsanalyse, einer Konzeption der Luftkampfführung sowie daraus folgend eines Pflichtenheftes und einer Evaluation sein. Diese Elemente der Gesamtbewertung sind vorhanden. Nebst der bundesrätlichen Beschaffungsbotschaft und zahlreichen weiteren, der Subkommission 3 vorgelegten Dokumenten gibt insbesondere auch der Bericht des Bundesrates vom 27. Januar 1992 zum Armeeleitbild 95 in Ziffer 58 eine gute Beurteilungsgrundlage in grundsätzlicher Hinsicht ab.

Zwei grundsätzliche Bemerkungen vorweg:

1. Eine Auflistung und Beurteilung der denkbaren Bedrohungen ist zurzeit schwierig; das hat schon Kollege Schoch als Kommissionspräsident dargelegt. Die heutige sicherheitspolitische Lage ist von einer Reihe lokaler und regionaler Krisen und Konflikte in Mittel- und Osteuropa sowie in den östlichen und südlichen Randzonen Europas gekennzeichnet, z. B. zwischen Aserbaidschan und Armenien und in Algerien, mit der Möglichkeit des Überschwappens solcher Konflikte. Die sicherheitspolitische Situation ist ständig im Fluss, und niemand kann heute prophezeien, wie sich für unser Land die Situation in fünf oder zehn Jahren präsentieren wird. Wer hätte vor drei Jahren den Fall der Berliner Mauer, die Auflösung des Warschauer Pakts und die Aufnahme von elf GUS-Staaten in den Nato-Kooperationsrat vorausgesagt? Niemand! Zu bedenken ist im weiteren, dass die waffentechnischen Potentiale in unserem strategischen Umfeld nach wie vor gewaltig und zum Teil in sehr unsicheren Händen sind. Wenn sich eine der denkbaren Bedrohungen aktualisieren könnte, dann ist es am ehesten diejenige aus der Luft, z. B. in Form von Erpressungsaktionen.

2. Zur Wahrung der Lufthoheit und zur Luftverteidigung – nach wie vor im Pflichtenheft eines neutralen Staates – braucht es allwettertaugliche und nachtkampffähige Kampfflugzeuge hoher Leistung, die modernen ausländischen Angriffsflugzeugen zumindest ebenbürtig sind. Solche sind in den Ländern Westeuropas mit ganz wenigen Ausnahmen – Österreich zum Beispiel – verfügbar. Die Fliegerabwehr kann – das hat der Kommissionspräsident klargemacht – Jagdflugzeuge nicht ersetzen, insbesondere nicht im heiklen Zeitabschnitt der Wahrung der Lufthoheit und des Neutralitätsschutzes. Unsere heutige Flugzeugflotte ist technologisch um mehr als eine Generation im Rückstand. Sie muss erneuert werden,

ohne dass dafür heute ein bestimmtes, greifbares Bedrohungsbild vorgegeben sein müsste.

Zu einigen Details in Ergänzung der schriftlichen Berichterstattung und zu deren Abrundung. Die Subkommission 3 liess sich über einige Varianten zur bundesrätlichen Vorlage näher ins Bild setzen:

Zum F-16C/D, wie er vom EMD evaluiert wurde: Fliegerisch ist der F-16 dem F/A-18 im Ueberschallbereich etwas überlegen. Der F/A-18 hat aber eine bessere Steigleistung, und das ist entscheidend. Als grosser Vorteil des F/A-18 gilt insbesondere die automatisierte taktische Kartenprojektion im Cockpit, wie denn überhaupt die besseren Leistungen des Radars des F/A-18 im Vergleich zu demjenigen des F-16 – ich werde darauf später nochmals eingehen – herauszustreichen sind. Mit dem F/A-18 erhalten wir zudem ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein technologisch höherstufiges System mit – im Gegensatz zum F-16 – hohem und sicherem Ausbaupotential. Die Produktion des F-16 soll überdies nach unseren Informationen auslaufen. Dazu später noch mehr. Hinzu kommt, dass wir ein Kampfflugzeug benötigen, das unsere Flugverteidigung selbständig wahrnehmen kann – ohne Mithilfe von noch stärkeren Flugzeugen wie etwa F-15, F-14 oder von vom Boden losgelösten Führungsplattformen wie Awacs-Flugzeugen oder Satelliten. Gerade der F-16 ist aber auf solchen Einsatz im Verbund angewiesen. Für sich allein eingesetzt, bringt er bedeutend weniger als der F/A-18. Schliesslich ist der F/A-18 durchaus europakompatibel und würde unser Gewicht in einem allfälligen europäischen Sicherheitsverbund erhöhen, sollte sich unser Land eines Tages für eine solche Option entschliessen.

Zum Mirage 2000-C, wie er heute in der französischen Armée de l'Air im Einsatz ist: Es ist uns von einem Experten vorgeschlagen worden, diesen Typ leasingweise zu beschaffen, dies im Sinne einer Uebergangslösung. Damit verbunden wäre aber die Einbindung in das französische Luftraumüberwachungs- und Führungssystem, welches wiederum mit demjenigen der Nato verbunden ist. Die Lösung des Mietens oder Leasens von Mirages 2000-C gäbe Zeit, die spätere Beschaffung eines Kampfflugzeuges der neuen Generation zu überlegen. Diese an sich nicht uninteressante Zwischenlösung kommt wegen dem von unserem Land nach wie vor gehandhabten Neutralitätsrecht und der entsprechenden Neutralitätspolitik zurzeit nicht in Frage. Es gibt weitere Gründe, die dagegen sprechen; sie sind im schriftlichen Bericht aufgelistet. Einen möchte ich hier nochmals hervorheben: Bei dieser Lösung ginge der Werkplatz Schweiz leer aus. Sie erinnern sich an die Ausführungen von Kollege Coutau.

Der vom EMD in einer Nachevaluation geprüfte neue Typ Mirage 2000-5 ist nicht beschaffungssreif, und er dürfte ein Prototyp bleiben.

Weitere Variante: Kauf von F-16A/B als «Occasion» ab Stange. Es könnten im Rahmen des vorgegebenen Beschaffungskredites mehr Flugzeuge gekauft werden, oder aber es könnte der Kreditrahmen gesenkt werden. Für diesen Flugzeugtyp F-16A/B gelten indessen die gegenüber dem evaluierten neuen Typ F-16C/D vorgebrachten Bedenken in noch vermehrtem Masse. Wenn wir an die bei uns übliche Einsatzdauer von dreissig Jahren denken, riskieren wir relativ rasch, auf fliegendem Schrott zu sitzen bzw. damit herumzufliegen; dies gilt im übrigen auch für die Variante Mirage 2000-C, miet- oder leasingweise.

Was die ebenfalls getesteten Typen MIG-29 und JAS-39 Gripen betrifft, verweise ich auf die Ausführungen in der bundesrätlichen Botschaft und auf den schriftlichen Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission.

Was Kollege Salvioni mit seinem Rückweisungsantrag anstrebt – Uebergangslösung und vorläufiger Verzicht auf den Kauf des F/A-18 –, ist, wie Sie jetzt gehört haben, von der Subkommission 3 bereits geprüft, abgeklärt und schliesslich als unaugliche Lösung verworfen worden.

Kurz etwas zur Pilotenfreundlichkeit des F/A-18. Die Beschaffungsgegner bezweifeln die sogenannte Miliztauglichkeit des F/A-18. Gerade er gilt aber wegen des ausgezeichnet ausgebauten Cockpits mit seiner integralen Informationsdarstellung und mit der automatisierten taktischen Kartenprojektion als

miliztauglicher als z. B. der F-16. Auch Milzpiloten können nach einer umfassenden Grundausbildung und bei regelmässigem, intensivem Training das fliegende Waffensystem voll zum Tragen bringen. Vorerst einmal sollen aber Berufspiloten des Ueberwachungsgeschwaders auf den F/A-18 umgeschult werden; sie können später nach einem Wechsel in die Zivilfliegerei z. B. als Milzpiloten weiter eingesetzt werden.

Ich komme zur Anzahl der zu beschaffenden Flugzeuge, ebenfalls im Pflichtenheft unserer Subkommission. Der Standpunkt einer Minderheit in der Kommission – Beschaffung von 24 Flugzeugen – ist bereits dargelegt worden: Sie ist der Meinung, für den Aufbau eines Luftschildes und für den Luftkampf brauche es ohnehin mehr als 34 Flugzeuge; für den Neutralitätsschutz und den Luftpolizeidienst genügten aber 24 Flugzeuge vollauf. Auch diese Anzahl garantire den Anschluss an modernste Technologie; es könnte bei einer drastischen Änderung der Bedrohungslage, die sofort mehr Flugzeuge erfordern würde, für die Luftverteidigung darauf aufgebaut werden. Persönlich teile ich allerdings die Auffassung einer deutlichen Mehrheit in der Kommission, die aus drei Gründen für 34 Flugzeuge eintritt:

1. Das politische Umfeld kann sich sehr rasch ändern, z. B. zu folge weiterer, zunehmend intensiverer Konflikte im ehemaligen Sowjetimperium, im Nahen Osten, in den Maghreb-Staaten. Dann können kurzfristige Zusatzbeschaffungen erfahrungsgemäss nicht rasch genug getätigert werden.
2. 34 Flugzeuge ermöglichen die dauernde Ueberwachung von drei Vierteln unseres Luftraumes mit entsprechender Einsatzbereitschaft sowie zusätzlich eine Einsatzreserve, was uns eine eigenständige Luftverteidigung gerade noch erlaubt. Zur Sicherstellung von 24 Einsatzflugzeugen über lange Zeit sind total 34 Flugzeuge nötig. Es sind immer Flugzeuge in Reparatur, in Wartung usw. Mit nur 24 Flugzeugen wären wir im Ernstfall auf die sofortige Unterstützung durch befreundete Länder angewiesen. Ob diese innert nützlicher Frist zustande käme, ist sehr fraglich.

3. Das Militärdepartement und die Armee erbringen bis 1995 bekanntlich eine nach wie vor einschneidende Friedensdividende. Es wird kein Rüstungsprogramm 1993 geben. Der vom Bundesrat beantragte Verpflichtungskredit liegt im Rahmen für das EMD sehr engen Finanzplanung. Es gibt keine finanzpolitischen Gründe, den beantragten Kredit durch eine Senkung der Anzahl der Flugzeuge reduzieren zu müssen, weder von anderen Truppengattungen aus betrachtet noch von den zivilen Departementen her.

Nun zu Führung und Einsatz, dem zweiten Aufgabenbereich der von mir präsidierten Subkommission: Der Ersatz des Radaraufklärungs- und Führungssystems Florida ist äusserst dringlich. Diese Erkenntnis ist das Hauptergebnis des Besichtigungstages vom 14. Februar 1992. Sie ist seither durch den äusserst bedauerlichen Zwischenfall – die Beinahekollision über dem Jura vom 5. März 1992 – bestätigt worden. Wir müssen so bald als möglich zu einer «integrierten Luftlage Schweiz» kommen, welche sowohl die zivile als auch die militärische Seite vollständig abdeckt. Erst in einem neuen System Florida werden Taflir sowie der Radar des F/A-18 voll integrierbar sein. Dies würde die Sicherheit des schweizerischen Luftraumes in optimaler Weise garantieren.

Mit ihrem Postulat fordert die Sicherheitspolitische Kommission den umgehenden Ersatz, wenn möglich mit einem Rüstungsprogramm vor 1996, des heutigen, technisch und hinsichtlich Materials rasch weiter veraltenden Systems Florida durch ein neues, modernes und europäfahiges System. Dieses Problem ist, unabhängig von der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, mit Hochdruck anzugehen. Aber allein der Radar des neuen Flugzeuges F/A-18 bringt bereits mehr Sicherheit und schliesst einige Lücken im heutigen System Florida trotz der Nachteile der gegenwärtig fehlenden Möglichkeit einer Integration anderer Systeme (Taflir z. B.), da die Luftlageerfassung und Luftlagendarstellung eben bedeutend besser ist als bei den Mirage- und Tiger-Flugzeugen. Dank seinem Radar ist der F/A-18 in der Lage, die schwächeren Flugzeuge – im Verbund eingesetzt – bei ihren Aktionen einzuweisen. Wenn nun im Zusammenhang mit den echten oder vermeintlichen Taflir-Problemen – die Untersuchungen

sind erst angelaufen – von gewisser politischer Seite, vorab von der linken Seite im politischen Spektrum, ein Marschhalt und ein Aussetzen des Flugzeugentscheides gefordert werden, so meint man den Tafir und schlägt den F/A-18. Die Mängel im Zusammenhang mit Tafir können weder in sachlicher noch in politischer Hinsicht als Argument für den «Abschuss» des F/A-18 dienen. Tafir und F/A-18 sind zweierlei Dinge.

In dasselbe Bild der politisch motivierten Polemik gehört es, wenn heute angeblich vertuschte und als gravierend bezeichnete Ereignisse während der Amtszeit des zurückgetretenen Kommandanten der Flieger- und Flab-Truppen herhalten müssen, um die Beschaffung des F/A-18 zu bodigen. Sollten sich die von gewissen Medien kolportierten Ereignisse so abgespielt haben – und einiges spricht tatsächlich eher dafür als dagegen –, dann sind hier nach meiner persönlichen Meinung unerbittliche Abklärungen bis zum Letzten unumgänglich, und die Öffentlichkeit ist darüber zu orientieren. Die Beteiligten werden, sofern sie sich schulhaft oder leichtfertig verhalten haben, zur Rechenschaft zu ziehen sein.

Nun erlauben Sie mir ein persönliches Wort zur GSoA-Initiative für ein Beschaffungsmoratorium; es wird kurz, aber klar sein. Nach dem Delsberger Zwischenfall folgert der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Herr Bodenmann, messerscharf, man dürfe «dem Militär den F/A-18 nicht in die Hand geben», und der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, SP-Nationalrat Hubacher, ruft nach seiner Formulierung zum «Marschhalt» auf – und schon kündigt die «Gruppe Schweiz ohne Armee», GSoA, mit Nationalrat Gross Andreas an der Spitze, eine Volksinitiative für ein Beschaffungsmoratorium an, verbunden mit einer Rückwirkungsklausel per 1. Juni 1992.

Diese Initiative rüttelt an der grundlegenden Kompetenzverteilung der Bundesverfassung. Sie verletzt die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit. Die Chancen, dass das Parlament diese Initiative der «Gruppe Schweiz ohne Armee» für materiell ungültig erklären muss, sind gross. Diese Initiative ist krass rechtsmissbräuchlich. Wir haben dafür zu sorgen, dass solcher Unfug in Zukunft nicht mehr möglich ist. Dank unserem früheren Kollegen Nationalrat Walter Zwingli, der eine entsprechende parlamentarische Initiative deponiert hat, kann sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrates unverzüglich und grundsätzlich mit diesem Thema befassen.

Nun komme ich zu einigen abschliessenden Bemerkungen und zusammenfassenden Würdigungen.

Solange die Schweiz ihre Neutralität beibehält, ist es unsere völkerrechtliche Pflicht und Schuldigkeit, für die Unversehrtheit und die Sicherheit unseres Territoriums inklusive Luftraum mit eigenen, genügenden Mitteln besorgt zu sein. Auch ein späterer Eintritt in ein – heute noch nicht vorhandenes – europäisches Sicherheitssystem erfordert diese eigene Anstrengung. Wir werden darin nicht als Trittbrettfahrer Platz nehmen können.

Die von mir präsidierte Subkommission 3 hat bei ihrer abschliessenden Stellungnahme zuhanden der Gesamtkommission auch den Faktor Zeit gewichtet. Die Beschaffung des F/A-18 ist nach beinahe zehn Jahren Vorbereitungsarbeit reif. Weiteres Zuwarten oder Übergangslösungen bringen nichts oder zuwenig. Die Flugzeuge, die in Zukunft auf den Markt kommen werden, werden wesentlich teurer sein als der F/A-18 – ich denke an Rafale oder an den Europajäger. Zudem werden sie keine riesigen Technologiesprünge gegenüber dem F/A-18 bieten. Es wird sich im übrigen nicht um eine vollständig neue Generation handeln, so z. B. um Typen, welche die Stealth-Fähigkeit nicht aufweisen.

Sodann glauben wir zu wissen, dass die Franzosen den Mirage 2000-5, der nicht zur sogenannten neuen Generation gehört, nicht mehr weiterverfolgen. Wenn wir heute 30 oder 40 Occasionsflugzeuge im Sinne einer Zwischenlösung kaufen oder lassen würden, würden wir das grosse Risiko eingehen, dass diese in sieben bis acht Jahren eben doch nicht durch ein Hochleistungsflugzeug der neuen Generation ersetzt würden. Wir wären dann bei einer permanenten, sehr unbefriedigenden Übergangslösung à la Österreich.

Ein Einschwenken – heute – auf den F-16, die zweitbeste Vari-

ante gegenüber dem F/A-18 als bester, würde, wie jede andere Lösung überhaupt, eine Verzögerung von ein bis drei Jahren mit sich bringen, da der Bundesrat eine neue Vorlage vorzubereiten hätte. Im übrigen plant die US-Luftwaffe, im Finanzjahr 1993 die letzten 24 F-16CD zu beschaffen. Der F/A-18 aber soll nach unseren Informationen über das Jahr 2000 hin aus weiterentwickelt werden.

Ein Blick auf die Bestrebungen in anderen europäischen Ländern wie z. B. in Finnland, Schweden oder in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass wir mit dem F/A-18 auf dem richtigen Weg sind. Auch hier hat die Beschaffung eines modernen Kampfflugzeuges eine hohe Priorität, auch im Vergleich zu Beschaffungen für die Landarmee. Eine weitere Verzögerung lässt sich nicht rechtfertigen. Unsere Wirtschaft kann die Aufträge aus den Kompensationsgeschäften jetzt und nicht erst in drei oder mehr Jahren gebrauchen; ich erinnere an das, was Herr Coutau gesagt hat. Für mich ist das ein Hilfsargument, aber ein bedeutendes Hilfs- oder Nebenargument angesichts der wirtschaftlichen Situation, in der sich unser Land gegenwärtig befindet.

Unter dem Stichwort «Faktor Zeit» sei nicht verschwiegen, dass es auch unsere Subkommission als unbefriedigend erachtete, dass in der Vorbereitung dieses wichtigen Geschäftes für die parlamentarische Beratung doch etwas wenig Zeit zur Verfügung stand – dies aus Gründen, die ich jetzt nicht ausleuchten möchte. Die Sicherheitspolitische Kommission hat indessen durch die intensive Arbeit in den Subkommissionen den Zeitraffer angesetzt und dennoch gründliche Arbeit leisten können.

Zum Schluss ein historischer Bezug. Der frühere Generalstabschef und anerkannte Historiker Hans Senn – ein Aargauer, sogar ein Zofinger Bürger – schreibt in seinem vor wenigen Monaten erschienenen Buch «Der Schweizerische Generalstab», Band VI («Erhaltung und Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft zwischen den beiden Weltkriegen»), auf Seite 133 folgendes: «Das Hinausschieben der notwendigen Ausbauschritte» – in den zwanziger Jahren – «führte in den dreissiger Jahren zu einem Gedränge von Projekten. Diese konnten nicht alle gleichzeitig angepackt werden, und jedes einzelne braucht ja eine gewisse Anlaufzeit. So kam es, dass bei Kriegsausbruch 1939 längst nicht alle Schwachstellen beseitigt waren. Die Schuld an diesem gefährlichen Zustand trug, neben der zu wenig fordernden Landesregierung, das Nachkriegsparlament, welches die Militärausgaben ohne zwingende wirtschaftliche Not auf die kleinstmögliche Sparflamme setzte und dabei verkannte, dass die Armee ohne kontinuierliche Erneuerung nicht auf der Höhe der Zeit gehalten werden konnte. Einmal entstandene grosse Lücken liessen sich nur mit äusserster Anstrengung ausmerzen»

Wir wissen heute, dass unsere Armee, wäre sie unmittelbar beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im August/September 1939 von Nazi-Deutschland angegriffen worden, in äusserst grosse Bedrängnis geraten wäre, um es nicht noch drastischer zu umschreiben. Wir sollten – immer eingedenk der Tatsache, dass Geschichte nicht voraussehbar ist – aus den Fehlern und Unterlassungen der Vergangenheit lernen.

Daraus ziehe ich persönlich den gleichen Schluss wie die Subkommission 3 und die Gesamtkommission mit ihren klaren Mehrheiten: Eintreten und Zustimmung zum bundesrätlichen Antrag.

Plattner: «Friedensförderung muss Vorrang vor Kriegsverhütung haben.» Dieser Satz steht im Schlussdokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit», welche die europäischen Kirchen 1989 in Basel durchführten. Er beschreibt im Kern auch die Gefühle vieler Bürgerinnen und Bürger aus jener Mehrheit unseres Volkes, die den Kauf der 34 Kampfflugzeuge ablehnen. Diese Bürgerinnen und Bürger haben nichts zu sagen in der Sache. Ihr Anliegen wird in diesem Rat auch nur von wenigen vertreten. Ich hoffe deshalb, mit meinem Votum auch diesen Menschen in der heutigen Debatte eine Stimme leihen zu können.

Ich empfehle Ihnen, den Flugzeugkauf abzulehnen und deshalb auf die Vorlage des Bundesrates nicht einzutreten.

In den letzten Jahren hat die Welt ihr Gesicht dramatisch ver-

ändert. Die Empfehlung, den Frieden zu fördern statt blass den Krieg zu verhüten, hat in Europa bessere Chancen als je zuvor. Der Zusammenbruch der alten Gegensätze ist offensichtlich, und die Hoffnung auf eine friedlichere und gerechtere Zeit ist gross. Das Tempo der Veränderungen raubt uns den Atem, die Unbeweglichen riskieren, den Anschluss zu verlieren. «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», warnte vor drei Jahren Michail Gorbatschow. Und Bundesrat Ogi sagte kürzlich in anderem Zusammenhang: «Wer heute den Kopf in den Sand steckt, wird morgen mit den Zähnen knirschen.» Wir sollten diese Warnungen ernst nehmen; sie betreffen auch uns. Und wer heute nicht zu spät kommen will, der muss mit aller Kraft den Frieden fördern, statt blass den Krieg zu verhüten.

Europa betreibt heute Friedensförderung, zögernd – zugegeben –, unsicher, aber doch mit starkem und spürbarem Willen. Europa ist im Aufbruch. Die EG wächst zur europäischen Ordnung der Zukunft heran. Die Nato nimmt ehemalige Feinde unter ihre Flügel. Fremde Truppen stehen zwar auf deutschem Boden, aber nicht als sowjetische Angreifer, sondern als russische Heimatlose, politisch entwaffnet von den Vorgängen. Die Bundeswehr und die Nato haben innerhalb eines Jahres die DDR-Volksarmee integriert. Alte Neutrale wie Schweden, Finnland und Österreich proben mit den europäischen Partnern den wirtschaftlichen Zusammenschluss – bald wohl auch die sicherheitspolitische Partnerschaft. Europäische Schiedsrichter und Uno-Blauhelme stehen im Balkan. Investitionen fließen nicht mehr nur nach Südeuropa, wie schon seit Jahrzehnten, sondern, obwohl noch viel zuwenig intensiv, auch in die europäischen Volkswirtschaften. Das alles ist Friedensförderung. Und was tun wir?

Manchmal wache ich morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf und versinke in eine kleine Depression. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz hat diese morgendliche Beschäftigung mit den eigenen Aengsten als überlebensnützlich erkannt, da sie die Aufmerksamkeit des Schlaflosen auf drohende Gefahren lenke und ihn somit befähige, etwas dagegen zu tun. Noch nie, wenn ich nachts aufwachte, hat mir der Gedanke an die 34 F/A-18 geholfen. Meine Aengste sind nicht so, dass sie sich durch den Einkauf hochtechnisierter Geräte besänftigen lassen – im Gegenteil.

Divisionärz D Däniker hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass z. B. die Region Basel, in der ich wohne, sich nicht mehr militärisch verteidigen könnte, ohne sich selber in die Luft zu jagen. Vor diesem Schadenspotential unseres Wohlstands, das sich in der Sandoz-Katastrophe am 1. November 1986 deutlich zeigte, habe ich Angst. Angst habe ich auch vor dem steilen Schwund der lebensnotwendigen Ozonschicht. Angst macht mir mein Wissen um die unwiderruflich eingeleitete Veränderung des Erdklimas durch den Treibhauseffekt, die meine Generation – und ich auch – durch ihre Energieverschwendug verschuldet hat und an deren Folgen meine Kinder schon in dreissig Jahren schwer tragen werden. Gegen keine dieser Aengste hilft mir die Aussicht auf die teuren Flugzeuge, die wir heute kaufen sollen. Ihre Sicherheitspolitik, Herr Bundesrat Villiger, macht mich nicht sicher!

Angst habe ich natürlich auch vor den Krisen und Kriegen, die aus diesen menschgemachten Krisen der Natur entstehen werden. Eine Völkerwanderung von hungrigen, armen und verzweifelten Menschen aus den zuerst betroffenen Gebieten wird an unsere Grenzen kommen. Unsere Asylgesetzgebung wird diesen Ansturm auch durch die Etikettierung dieser Menschen als Wirtschaftsflüchtlinge nicht bremsen können. Sie werden mit ihren Familien kommen, mit ihren Kindern, nicht mit High-Tech-Waffen. Wollen wir sie dann mit den F/A-18 zu Tode bombardieren oder sie nach Hause fliegen? Auch hier bleibe ich ungetrostet. Ihre Sicherheitspolitik, Herr Bundesrat Villiger, macht mich nicht sicher!

Angst habe ich auch vor Erpressungen. Wir Europäer haben über Jahrhunderte in der Welt sehr viel Wind gesät, durch Kolonialherrschaft, durch wirtschaftliche Ausbeutung; durch gedankenlosen Tourismus, durch Herablassung und Verachtung Andersfarbigen und Andersdenkenden gegenüber tun wir es noch heute. Was wäre, wenn wir in den nächsten Jahrzehnten Sturm ernteten, z. B. durch eine Drohung mit unge-

zielter Vergeltung und durch die Erpressung von wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe als Lösegeld? Da würde uns wohl keine Staffel von High-Tech-Flugzeugen vom Süden her bedrohen, sondern viel eher eine Salve billigerer und technisch viel anspruchsloserer Scud-Raketen, denen wir auch mit dem F/A-18 nichts entgegenzusetzen hätten. Sollen dann unsere 34 Luftkreuzer zum Land des weit entfernten Angreifers hinfliegen und dort auf die Abschussrampen schießen, oder sollen andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen? Auch hier erhalten wir durch die Beschaffung der Flieger keine Hilfe. Ihre Sicherheitspolitik, Herr Bundesrat Villiger, macht mich nicht sicher!

Das sind meine grossen Aengste. Sie haben Ihre eigenen. Und auch unsere Generäle haben ihre Aengste. Aus ihren Aengsten entsteht allerdings der Wunsch nach den 34 Flugzeugen. Die Spitzen unserer Armee sind seit dem Zweiten Weltkrieg so stark in der Reduitstrategie des Schweizer Igels verhaftet und auf die übermächtige, eindimensionale Bedrohung durch das Sowjetimperium ausgerichtet, dass sie jetzt, trotz dessen unwiderruflicher Auflösung, reflexartig weiter in Abwehrstellung bleiben – wie ein Boxer, der mit Armen und Fäusten in Deckung bleibt, obwohl sein Gegner aus dem Ring gefallen ist.

Eine weitsichtige und wirksame Sicherheitspolitik muss den neuen Bedrohungen Rechnung tragen und nicht jenen von gestern. Wir sind uns doch alle einig, dass sich die Bedrohung unseres Landes drastisch verändert hat. Selbst der Bundesrat schreibt in der Einleitung seiner Vorlage zur Flugzeugbeschaffung: «Der Ost-West-Konflikt hat seine Bedeutung verloren. Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat eine kaum mehr umkehrbare Entwicklung durchgemacht. Gleichzeitig tauchen neue sicherheitspolitische Herausforderungen, Risiken und Chancen auf.»

Die Risiken der kommenden Jahrzehnte sind also anders als die militärische Konfliktsituation der vergangenen Ost-West-Gegensätze. Doch der Bundesrat, die Spitzen der Armee und die Mehrheit der Ständeratskommission tun so, als könnten wir die neuen Risiken mit den alten Mitteln beherrschen. Sie wollen 34 Luftschlachtschiffe – anders kann man diese teuren Flieger ja nicht nennen – kaufen, die in den siebziger Jahren für den Kampf gegen das Sowjetimperium erdacht worden sind, die in den achtziger Jahren auch dafür konstruiert und von den Reissbrettern in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind: für den Kampf gegen das Sowjetimperium, gegen einen hochtechnisierten, übermächtigen Gegner. Nun sollen sie uns in den neunziger Jahren für sage und schreibe dreieinhalbtausend Millionen Franken verkauft werden. Aber das Sowjetimperium gibt es gar nicht mehr. Hier liegt wohl der Widerspruch, den viele Bürgerinnen und Bürger empfinden. Hier wird offensichtlich versucht, die Probleme von morgen mit den Rezepten von gestern oder gar von vorgestern anzugehen.

Eine weitsichtige Sicherheitspolitik kann heute nicht mehr vor allem auf Abschreckung beruhen, sondern sie muss soviel Gewicht wie möglich auf die Friedensförderung legen: auf Entwicklungshilfe, auf Entschuldung, auf Integration, auf Konfliktabbau und auf Abrüstung. Statt Waffen zur Abschreckung eines Gegners, der von Armut und Elend angetrieben wird, anzuhäufen, ist es doch menschlicher, besser und wirksamer, seine Armut und sein Elend zu bekämpfen. Darin würden wir wesentliche Elemente einer zeitgemässen Sicherheitspolitik gegen die neuen Bedrohungen finden. Es lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Solidarität bringt mehr Sicherheit als Abschreckung.

Natürlich brauchen wir eine Verteidigungsarmee; ich bin kein Armeegegner. Denn trotz der Förderung des Friedens ist die Verhütung des Krieges nicht völlig überflüssig. Aber unsere Mittel sind sehr beschränkt, so dass wir sie sorgfältig einsetzen müssen. Und da komme ich zum Schluss: Angesichts der Vielzahl der nichtmilitärischen Bedrohungen, angesichts der Grösse der von der Schweiz dringend zu lösenden gesellschaftlichen Aufgaben – besonders im europäischen Umfeld, aber auch in der ganzen Welt –, vor allem aber angesichts der Dringlichkeit der Friedensförderung in Europa und der Welt sind mir diese 34 High-Tech-Flieger schlicht zu teuer. Sie können ja doch nur als Vorsorge dienen gegen einen Feind, der

gar nicht existiert und der auf absehbare Zeit hinaus nicht existieren wird.

Welcher unserer näheren und ferneren Nachbarn sollte uns denn in absehbarer Zeit mit den militärischen Mitteln angreifen, zu deren Abwehr wir einerseits diese Flieger bräuchten, zu deren Abwehr diese andererseits aber auch genügten (es sind ja nur 34)? Ich sehe den Feind nirgends, der genau in unsre Strategie passen würde. Für die luftpolizeiliche Ueberwachung unseres neutralen Luftraums – ein Argument, das für diese Flieger viel zu oft herangezogen wird – genügen die Tigers noch lange. Man kann sie schliesslich noch etwas verbessern. Sicher brauchen wir für die Luftraumüberwachung nicht soviel Geld auszugeben.

Diese Gedanken haben Sie sich alle auch schon gemacht, sonst hätten Sie nicht vor einiger Zeit einen Bericht zur Sicherheitspolitik verlangt. Der Bundesrat zeigt darin wie auch im Armeeleitbild 95, dass er sich der radikal veränderten sicherheitspolitischen Ausgangslage bewusst ist. Er zieht aber aus dieser Einsicht keine Schlüsse. Im Grunde sagt er nämlich in seiner Vorlage etwa dasselbe wie die «NZZ» vom letzten Samstag, die ich stellvertretend zitiere: «In der gegenwärtig schwer abschätzbaren Lage, die sich ohne weiteres auch in einer für uns sehr ungünstigen Weise entwickeln kann und in welcher sich neue Sicherheitsstrukturen erst herauszukristallisieren beginnen, ist der einzig realistische Schluss der, dass die Belegschaft, unser Territorium auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen, aufrechterhalten werden muss. In diesem Lichte ist die Modernisierung der schweizerischen Luftverteidigung durch ein neues Kampfflugzeug wirklich eng mit der Grundfrage der Landesverteidigung verknüpft.»

Wenn ich das auf gut deutsch übersetze, so heisst das: In den alten Sicherheitsstrukturen brauchten wir Kampfflugzeuge für eine autonome Luftverteidigung; die neuen Sicherheitsstrukturen werden anders sein. Weil wir aber noch nicht wissen, wie sie sein werden, wollen wir wieder Kampfflugzeuge für eine autonome Luftverteidigung. So etwas nenne ich einen klassischen logischen Salto. Die Schweiz ist doch heute zu einem sicherheitspolitischen Binnenland geworden, einem Binnenland innerhalb einer europäischen Risikogemeinschaft, ob sie es will oder nicht, ob sie es zugibt oder nicht. Was sie deshalb braucht, ist eine strategische, taktische und logistische Einbettung in diese europäische Risikogemeinschaft und keine autonome Rüstung, weder am Boden noch in der Luft. Die ehemals schützenden Stacheln des schweizerischen Igels behindern heute nur noch unsere Bewegungsfreiheit. Wir müssen uns entrollen, uns wirtschaftlich, politisch und auch militärisch öffnen. Das ist für die Schweizerinnen und Schweizer wohl der springende Punkt der ganzen Diskussion über diese Flugzeuge. Sie sehen die mögliche Sicherheit nicht im Kauf der 34 Hornet-Flugzeuge. Ihre Sicherheitspolitik, Herr Bundesrat Villiger, macht auch diese Bürgerinnen und Bürger nicht sicher! Viele Befürworter der Flugzeugbeschaffung greifen in dieser Situation nun leider zum argumentativen Zweihänder, etwa so: Wer nicht für die milliardenschweren Flieger ist, ist gegen die Armee. Das Volk hat aber für die Armee gestimmt; also: Wer gegen die Flieger stimmt, stimmt gegen die Armee. Diese Behauptung ist falsch, und ich verwahre mich in aller Form dagegen. Sie wird nur erhoben, um jene unter Druck zu setzen, die ob den Entwicklungen der letzten Jahre nachdenklich geworden sind und sich fragen, ob es mit der schweizerischen Armee und ihrer Rüstung einfach so weitergehen kann wie bisher.

Ich weiss, dass auch unter Ihnen viel mehr Zweiflerinnen und Zweifler sitzen, als man ahnt. Es wäre seltsam, wenn das Volk – glaubt man den letzten Meinungsumfragen – die Flugzeugbeschaffung jetzt im Verhältnis 3 zu 1 ablehnt, Sie als Volksvertreter sie aber im Verhältnis 10 zu 1 befürworten. Ich weiss, dass manche von Ihnen flexiblere Lösungen bevorzugen würden, aber dies in der Abstimmung am Ende der heutigen Debatte nicht erkennen lassen werden; denn die politische Situation ist schon viel zu verkrampft. Ich finde das schade, denn davon profitieren nur die Extremisten aller Lager, und dieser Grabenkampf ist zudem ein ganz miserables Symbol für eine künftige wirksame schweizerische Sicherheitspolitik in einer sich rasant entwickelnden Welt.

Ich habe versucht, mit dieser sehr grundsätzlichen Stellungnahme meine Zweifel an jenem Kurs zu begründen, den der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit mit der F/A-18-Beschaffung einschlagen wollen. Ich bitte Sie aufgrund meiner Gedanken, die ich Ihnen vorgetragen habe, den Flugzeugkauf abzulehnen und auf die Vorlage des Bundesrates nicht einzutreten: Die Beschaffung der 34 Flugzeuge macht die Schweiz nur ärmer, aber nicht sicherer! Falls Sie dennoch auf die Vorlage eintreten, werde ich Ihnen Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat beantragen und in diesem Zusammenhang auch die sachlichen Schwächen der vom Bundesrat vorgelegten Vorlage zur Diskussion stellen.

Ziegler Oswald: Ich verhehle es nicht: Ich bin überzeugt, dass die Schweiz nicht auf die Anschaffung eines Kampfflugzeuges verzichten kann und dass sie Kampfflugzeuge auch in Zukunft brauchen wird. Ich bin auch voll überzeugt davon, dass dieses Geschäft behandlungsreif ist. Ich beantrage Ihnen deshalb, auf das Rüstungsprogramm 1992 einzutreten, die Rückweisungsanträge abzulehnen und der Beschaffung von 34 F/A-18 Hornet sowie dem Verpflichtungskredit von 3495 Millionen Franken zuzustimmen.

Beim Rüstungsprogramm 1992 – es umfasst auch das Rüstungsprogramm 1993 – geht es ausschliesslich um die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Die primäre Frage lautet deshalb – es ist meines Erachtens auch eine eminent politische Frage, die wir zu beantworten haben –: Braucht die Schweiz überhaupt Kampfflugzeuge? Wird diese Frage bejaht, ist der Rest der Fragen – und es gibt eine Menge davon – weitgehend Sache der Fachleute. Solche Fragen sind nämlich: Welches Flugzeug erfüllt die Anforderungen der Landesverteidigung am besten? Wie viele Flugzeuge brauchen wir? Wann brauchen wir diese Flugzeuge: in zehn, in zwanzig Jahren, oder müssen wir, um gerüstet zu sein, diese Flugzeuge jetzt schon bestellen?

Als Politiker kann ich, was solche Fragen anbelangt, nur die eingeschlagenen Wege überprüfen, ich bin ja kein Fachmann. Ich kann überprüfen, was gemacht worden ist, wie man es gemacht hat, ob man die Fragen umfassend und seriös geklärt hat, ob auch die Schlussfolgerungen konsequent und richtig sind. Die von der Kommission vorgenommenen Ueberprüfungen haben ganz klar gezeigt, dass die Abklärungen vollständig, seriös und die Schlussfolgerungen richtig sind. Ich verlasse mich auf Fachleute. Es ist möglich, dass auch die Medien mit Fachleuten zusammenarbeiten. Aber hier kenne ich die Fachleute, und hier weiss ich, dass die Fachleute einen Auftrag im Sinne der Landesverteidigung haben, während ich das bei den Medien nicht weiss, so dass ich mich lieber auf die Fachleute, die ich kenne, verlasse als auf Fachleute oder vielleicht auch Nichtfachleute, die ich nicht kenne.

Für die Beantwortung der Frage, ob die Schweiz Kampfflugzeuge benötigt, ob sie diese gerade jetzt benötigt, also jetzt bestellen muss, müssen wir meines Erachtens die Aufgabe der Kampfflugzeuge betrachten und sie in den ihnen zugesetzten Rahmen stellen.

Die Flugwaffe ist ein Bestandteil unserer Armee, und die Armee ihrerseits ist ein Instrument der Staatsführung. Ich wiederhole und unterstreiche: Die Armee ist ein Instrument der Staatsführung. Der Staat wiederum hat nach unserem Verständnis die Aufgabe, dem einzelnen die Möglichkeit zu verschaffen, sich in Freiheit und Selbstverantwortung zu entfalten. Zweck des Staates ist das Wohl und Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Daraus werden die staatlichen Aufgaben abgeleitet, ich erwähne nur einige: Behauptung des Staatsgebietes, Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen, Wahrung von Friede in Freiheit und Unabhängigkeit. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht auch die Schweiz eine Armee. Sie braucht allerdings die Armee nicht in erster Linie, um Krieg zu führen, sondern vor allem, um Sicherheit zu gewährleisten und als Rückgrat der politischen Führung. Um die ihr zugesetzten Aufgaben erfüllen zu können, insbesondere in der Art, wie wir die Aufgabenerfüllung sehen – ich habe darauf hingewiesen –, muss die Armee glaubhaft sein. Zur Glaubhaftigkeit einer Armee gehört auch, dass sie offensichtlich in der Lage sein muss, auch die Lufthoheit zu wahr-

ren und den Luftraum zu verteidigen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben braucht sie zweifellos eine leistungsfähige Flugwaffe. Ohne Flugwaffe kann die Armee den Luftraum nicht verteidigen. Wer aber die Verteidigung des Luftraumes nicht sicherstellen kann oder nicht sicherstellen will, verliert auch am Boden die Handlungsfreiheit. Die permanente Fähigkeit, die Wahrung der Lufthoheit und eine starke Luftverteidigung sind Voraussetzungen zur Erhaltung der Handlungsfreiheit.

Ich kann mir – das gebe ich offen zu, und ich gehe in dieser Frage mit dem Kommissionspräsidenten einig – für die Schweiz kein Armeeleitbild (Konzept) ohne Flugwaffe und ohne Luftschild vorstellen. Dabei geht es mir nicht nur um die Panzer oder um die Lastwagen, die sich bewegen müssen, sondern insbesondere um die ganze Armee und auch um die Zivilbevölkerung. Denn wenn wir keinen Luftschild haben, sind Zivilbevölkerung und Armee schutzlos. Zu dieser Armee und damit auch zu ihren Aufgaben haben wir ausdrücklich ja gesagt, es ist bereits angetönt worden. Damit haben wir – das ist doch die logische Folgerung – uns auch verpflichtet, diese Armee so auszurüsten, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen kann. Eine Armee, die ihre Aufgaben nicht erfüllen kann, können wir nicht brauchen.

Es ist unbestritten, dass die Flugwaffe mit den Flugzeugen, die wir heute noch haben, die ihr zugesetzten Aufgaben nicht erfüllen kann. Wir brauchen also andere, neue Flugzeuge. Wir brauchen neue Kampfflugzeuge, obwohl sich das sicherheitspolitische Umfeld geändert hat. Nicht die momentane sicherheitspolitische Lage ist jedoch massgebend. Wir haben uns bei solchen Beschaffungsprojekten nie auf die momentane Bedrohungs- und Sicherheitslage ausgerichtet. Wir haben immer in die Zukunft geschaut und uns auch gefragt, was sein könnte. Wir müssen nämlich jederzeit – bei jeder sicherheitspolitischen Lage – jeder Bedrohung begegnen können. Gerade in solchen unsicheren Lagen müssen wir uns doch absichern! Die Aufgabe der Armee und damit natürlich auch die Aufgabe der Luftwaffe bleiben grundsätzlich die gleiche, ob sich die Bedrohungslage ändert oder nicht. Die Armee muss ihre Aufgabe jederzeit und dauernd erfüllen; sie muss jederzeit gerüstet und auch ausgerüstet sein. Die grundsätzliche Verteidigungsbereitschaft kann nicht laufend der Bedrohungslage angepasst werden.

Ich bin trotz der gegenwärtigen Bedrohungslage überzeugt, dass wir das neue Kampfflugzeug brauchen. Damit ist die Grundsatzfrage geklärt, und damit komme ich lediglich noch zu den Zusatzfragen.

Ich bin überzeugt: Die Darlegungen der Fachleute sowie die von der Kommission vorgenommenen Abklärungen und Ueberprüfungen haben eindeutig ergeben, dass die Wahrung der Lufthoheit auch in Zukunft leistungsstarke Jagdfighter erfordert, die bei jedem Wetter, Tag und Nacht, gegen jede Art Flugzeuge – auch gegen ausländische Kampfflugzeuge – eingesetzt werden können. Ich bin überzeugt, dass der F/A-18 die Anforderungen erfüllt, welche die schweizerische Luftwaffe – unter Berücksichtigung der Aufgaben der schweizerischen Flugwaffe – an ein Kampfflugzeug stellt.

Ich bin überzeugt, dass für die Erfüllung der der Luftwaffe zugesetzten Aufgaben mindestens 34 neue Kampfflugzeuge beschafft werden müssen. Auch mit 34 F/A-18 kann die Aufgabe nur erfüllt werden, wenn die vorhandene Flotte beigezogen wird.

Ich wiederhole meinen Antrag: Eintreten, Rückweisung ablehnen und dem Beschluss zustimmen.

Bühler Robert: Wer jetzt noch das Wort ergreift, kann – nach den Bemerkungen der Frau Präsidentin – im besten Fall eine Mischung von Original und Kopie sein. Ich werde mich bemühen, einen solchen Mittelweg einzuschlagen.

Ausgangspunkt meiner Ausführungen ist die multifunktionale Zielsetzung unserer Sicherheitspolitik, die im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom Bundesrat formuliert und vom Parlament grossmehrheitlich unterstützt wurde: Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfähigkeit, Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen, Behauptung des Staatsgebietes, Beitrag an die internationale Stabilität vornehmlich in Europa. Diese Aufzählung

beinhaltet für mich Staatsmaximen, die auch in Zukunft Gültigkeit haben werden. Zu deren Sicherung müssen wir verschiedene Mittel einsetzen können: so u. a. die Aussenpolitik, die auch in dieser Beziehung an Bedeutung gewinnen wird, die Aussenwirtschaftspolitik, den Staatsschutz, den Zivilschutz und schliesslich die Armee, die mehr ist als nur ein Verteidigungsinstrument. Es sind dies Mittel einer weitsichtigen Friedens- und Sicherheitspolitik, denn auch der sicherheitspolitische Auftrag der Armee umfasst Friedensförderung – und es ist uns ernst damit –, Kriegsverhinderung, Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung sowie Verteidigung. Die Armee bleibt aber nebst anderen das politische Machtmittel, um Land und Volk auf dem gesamten Staatsgebiet zu Land und in der Luft zu schützen und zu verteidigen.

Die Bedrohungslage hat sich – wie wir alle wissen – unter anderem seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verändert. Es könnte sich aber verheerend auswirken, so zu tun, als wäre der ewige Friede ausgebrochen. Die Situation kann sich schlagartig ändern. Die Geschichte beweist dies. Anstelle eines konkreten Feindbildes ist ein diffuses, latentes Bedrohungsbild getreten, das Unsicherheit und Instabilität beinhaltet. Solange es Menschen gibt – und das habe ich schon bei der Behandlung des Sicherheitsberichtes gesagt –, besteht die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen, des Machtmisbrauches einzelner Menschen oder ganzer Völker. Es ist mir auch klar, dass andere, nichtmachtpolitische Katastrophen bedrohlich am Horizont stehen, zum Beispiel Umweltzerstörung, Ueberbevölkerung usw. Der Mensch neigt dazu, Bedrohungen zu verdrängen. Bleiben wir gegenüber allen Bedrohungen wachsam: Auch der Verlust der Freiheit macht das Leben unlebenswert wie das Hungern. Herr Plattner, Sie sind einäugig wie jene, die nur die machtpolitische Bedrohung sehen wollen.

Die Armee hat unter anderem den Auftrag, den Luftraum zu schützen – einerseits durch die Wahrung der Lufthoheit (Neutralität), andererseits durch die Luftraumverteidigung. Es wäre unverantwortlich, der zivilen Bevölkerung wie den Bodentruppen kein schützendes Dach zu gewähren. Sollte es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen – wir hoffen es nicht –, wäre die Luftraumverteidigung doch das Wahrscheinlichste. Es gibt keine Armee ohne Luftschild.

Unsere Flugwaffe ist veraltet, ist momentan das schwächste Glied unserer Armee und muss dringend erneuert werden. Tun wir dies nicht, so kann unsere Armee in absehbarer Zeit einen wesentlichen Auftrag nicht mehr erfüllen. Dazu würde unsere Flugwaffe auf ein Niveau absinken, das in einigen Jahren weder politisch noch finanziell wieder aufgeholt werden könnte. Es braucht keine Denkpause oder weitere Abklärungen. Wir müssen jetzt handeln. Die kompetenten Unterlagen und Ausführungen, die wir in der Kommission erhalten, haben mich davon überzeugt, dass 34 F/A-18 die entstandene Lücke am besten und kostengünstigsten schliessen können.

Ich komme zum gleichen Schluss wie die FMF, eine Kommission von erfahrenen Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern, die den Rüstungsausschuss berät. Sie sagen: Die Evaluation wurde seriös und kompetent durchgeführt. Der F/A-18 ist ein erprobtes, modernes Flugzeug, das für die Erfüllung des Auftrages hervorragend geeignet ist und schliesslich auch auf das Leben des Piloten optimal Rücksicht nimmt. Ich habe Vertrauen in diese Fachleute. Setzen wir auf diese und nicht auf falsche Propheten!

Bei der Finanzierung des Rüstungsprogramms 1992/93 stellt sich vorerst wiederum die grundsätzliche Frage: Wollen wir eine glaubwürdige Armee? Wollen wir den Luftraum schützen und wenn notwendig verteidigen? Wer gegen die Beschaffung ist, muss nicht unbedingt gegen die Armee sein, aber gegen eine glaubwürdige, einsatzfähige Armee ist er sicher. Wenn man, wie ich, zu einem unumstösslichen Ja kommt, dann ist eine bestimmte Tranche unserer Bundesfinanzen für sicherheitspolitische Massnahmen zur Verfügung zu halten. Es ist richtig, dass auch beim Militär der Gürtel enger geschnallt wird, damit für die Erfüllung aller Bundesaufgaben ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Bei den Militärausgaben werden bis 1995 zirka 2,8 Milliarden Franken eingespart. Nachher gehen die massiven Sparanstrengungen weiter.

Zum Schluss ein Wort zur Führungsverantwortung. Mitbürgerinnen und Mitbürger haben Parlament und Bundesrat schon oft der Entscheidungsschwäche bezichtigt. Gegenüber dem Bundesrat haben wir Parlamentarier ins gleiche Horn gestossen. Hier und heute liegt die Kompetenz bei uns. Lassen wir uns nicht von momentanen Verunsicherungen unter Druck setzen. Wir werden auch nach zehn oder zwanzig Jahren zur Rechenschaft gezogen. Die angekündigte GSoA-Initiative ist ein weiterer Missbrauch der demokratischen Spielregeln. Uns allen, Volk und Parlament, muss wieder bewusster werden, dass auch ein Parlamentsentscheid ein demokratischer Entscheid ist, der nicht weniger Gerechtigkeit oder Legitimation bedeutet. Dies sage ich auch mit Blick nach Europa! In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.

Uhlmann: Eine Flugzeugbeschaffung erregt die Gemüter und stellt gleichsam ein Medienspektakel dar. Das war schon beim Hunter, beim Mirage und auch beim Tiger so. Es ist auch gut so, geht es doch um viel Geld. Es geht aber auch um die Glaubwürdigkeit unserer Armee, und es geht auch um die Glaubwürdigkeit unseres Landes.

Weil dem so ist, möchte ich einleitend deutlich hervorstreichen, was nicht Gegenstand der heutigen Debatte ist: Wir diskutieren heute nicht über die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Armee; diese Frage hat das Schweizervolk im Herbst 1989 an der Urne mit einem deutlichen Ja beantwortet. Wir diskutieren aber auch nicht – dies ist besonders wichtig – über die Höhe der Rüstungsausgaben: Diese sind durch das Budget 1992 sowie durch den Finanzplan für die nächsten Jahre vorgegeben und stellen für die militärische Landesverteidigung ein absolutes Minimum dar; die vorgenommenen Kürzungen in diesem Finanzplan der Militärausgaben für die Jahre 1991 bis 1995 um total über 2,5 Milliarden Franken stellen im Vergleich zum Ausland eine maximale Friedensdividende dar. Schliesslich diskutieren wir heute auch nicht über technische Details. Als Politiker beschränken wir uns besser auf die politischen Fragen und überlassen die technischen Belange den Spezialisten.

Was ist nun Gegenstand der heutigen Diskussion? Eigentlich haben wir heute nur eine einzige Frage zu beantworten, nämlich, ob die der militärischen Landesverteidigung zugeteilten finanziellen Mittel mit dem Kauf von 34 F/A-18-Flugzeugen richtig eingesetzt werden. Die Fragestellung ist also einfach und klar. Nicht minder klar ist meine persönliche Antwort: Ja! Die Mittel werden durch die Beschaffung des F/A-18 richtig eingesetzt. Folgende Überlegungen führen mich zu diesem überzeugten Schluss:

Jede – auch meine eigene – Bedrohungsanalyse könnte schon nächste Woche durch die Realität überholt werden. Genau dies, die Unmöglichkeit einer präzisen Bedrohungsanalyse für die nächsten Jahre, zeichnet die aktuelle Lage aus. Die Situation ist derart instabil, dass jede Analyse zur Hypothese wird. Trotz globaler Unsicherheit besteht aber in einem Punkt Sicherheit, nämlich dass der Luftverteidigung in der heutigen Zeit absolut zentrale Bedeutung zukommt. Dieser Anforderung vermag unsere «aktuelle» Flotte nicht mehr gerecht zu werden. Diese 34 F/A-18 wären als Ersatz für etwa 130 praktisch nicht mehr brauchbare Hunter anzusehen.

Noch ein Wort zum Armeeleitbild: Mit verschiedenen Vorstösse hat meine Partei und habe ich persönlich eine neue Konzeption der militärischen Landesverteidigung gefordert, und diese wäre einzubeziehen, bevor wir diesen Flugzeugentscheid treffen. Mit dem Armeeleitbild 95 sind unsere Vorstösse nunmehr beantwortet. Die Konzeption liegt vor. Das Leitbild legt die Schwergewichte der Rüstungsplanung fest; dem Schutz des Luftraumes, das heisst der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, wird darin erste Priorität eingeräumt. Diese Planung leuchtet ein und muss auch für uns Politiker massgebend sein. Die Typenwahl ist die Konsequenz aus der Bedrohungsanalyse, dem Einsatzkonzept, dem daraus erarbeiteten Pflichtenheft sowie den zur Verfügung stehenden Mitteln. Sowohl das positive als auch das negative Auswahlverfahren führen vorwiegend zum F/A-18. Die überaus gründliche Evaluation lässt keine Fragen mehr offen. Statt nur zu lamentieren und zu desavouieren, setzen wir besser ein klares Zeichen – ein Zeichen des Willens und des Vertrauens in die Fachspezialisten.

Ich komme zur Schlussfolgerung. Die Beschaffung von 34 F/A-18-Flugzeugen ist eine Notwendigkeit. Sie stellt keine Zwängerei dar. Die Grundlagen sind komplett. Die Beschaffung von 34 F/A-18 bedeutet aber auch die Einlösung einer moralischen und rechtlichen Verpflichtung:

Eine Verpflichtung haben wir zunächst uns selber bzw. den Angehörigen unserer Armee gegenüber. Sie warten nämlich längst auf ein politisches Zeichen, ein Zeichen der Stärke und des Willens. Ihre Einsatzbereitschaft und ihre Motivation dürfen wir nicht erlahmen lassen. Eine Verpflichtung haben wir auch gegenüber der Staatengemeinschaft in Europa. Von uns wird erwartet, dass wir unser Territorium und unseren Luftraum verteidigen können. Mit Blick auf allfällige Verteidigungsbündnisse ist die Flugzeugbeschaffung ebenfalls ein Muss. Eine Verpflichtung haben wir schliesslich gegenüber der Weltgemeinschaft: Indem wir uns der dauernden Neutralität verschrieben haben, haben wir die Pflicht zu deren Verteidigung übernommen. Der Grundsatz der bewaffneten Neutralität steht für mich nicht zur Diskussion.

Ich beantrage Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten und die Anträge, die etwas anderes wollen, abzuweisen.

M. Martin Jacques: Quand, l'automne dernier, le Conseil fédéral a proposé formellement l'achat d'un avion de combat, après de nombreuses analyses et aussi quelques hésitations, je me suis posé, comme beaucoup de Suisses, une série de questions: est-ce vraiment nécessaire? Est-ce bien le moment? N'est-ce pas trop cher? Ou encore: ne pourrait-on pas faire différemment?

Cinq mois plus tard, nouveau parlementaire confronté directement à la décision, j'entrerai en matière sur ce message et dirai «oui» à cette acquisition, en résistant à la tentation de trouver des raisons de renvoi – de nombreuses sont évoquées par des membres de ce conseil ou des citoyens suisses par le biais de la presse – et en admettant que cette décision difficile correspond à l'intérêt général de notre armée, donc de notre pays.

Durant les longs et très sérieux travaux de la commission, j'ai pu me convaincre de la justesse de la solution proposée par le Conseil fédéral. Sans entrer dans les détails, j'aimerais surveiller – c'est logique aujourd'hui – trois aspects essentiels de ce dossier. La Suisse tient à son armée, elle l'a précisé en votation populaire il y a deux ans. Comment, aujourd'hui, concevoir cette armée sans une couverture aérienne efficace? Comment mobiliser, en déplaçant dans le terrain, hommes, véhicules et matériel, sans protection? Comment imaginer une manœuvre sur le plateau suisse, quel que soit le concept adopté pour «Armée 95», sans avions performants pour le protéger ou encore l'appuyer? Ce n'est tout simplement pas pensable, malheureusement; la guerre du Golfe vient de nous le démontrer à l'évidence.

Deuxièmement, une forme d'eurocompatibilité. La Suisse prendra, dans les mois à venir, la décision d'adhérer ou non à l'Europe. Sans présumer de ce choix et de cette décision dans les deux cas de figure proposés, l'option achat des avions de combat se justifie. En effet, si nous restons en dehors des accords européens, optant pour l'«Alleingang», les missions majeures de notre armée inscrites dans la constitution resteront identiques, nous imposant par là des obligations d'achat, tant en équipements qu'en matériel nécessaires à cette défense. Si, par hypothèse, nous adhérons à l'Europe, par le biais de l'Espace économique européen ou par la voie directe de la Communauté, nous aurons à payer un droit d'entrée à la sécurité, soit sous la forme d'avions de combat modernes s'intégrant dans le système de défense globale, comme le peut le F/A-18, soit sous la forme d'un paiement direct comme en agriculture. Je préfère très nettement la première solution qui nous donne la possibilité d'assurer notre défense aérienne dans l'intervalle de mise en œuvre des accords.

Troisièmement, les compensations. Ce système, mis au point par l'achat direct des Tiger, affiné ensuite par d'autres commandes militaires, fonctionne bien. Dans la période de mor-

sité conjoncturelle que nous traversons, l'aspect économique de cette acquisition mérite attention. Les contrats proposés à signature représentent pour plus de 2 milliards de commandes de compensation dans les domaines de haute technologie. Cette même industrie de pointe interviendra en outre en direct dans la construction de l'avion pour 300 millions, alors que 200 millions seront encore investis dans les travaux d'équipement au sol. Cela représente 2000 emplois pendant dix ans, ou encore 20 000 emplois pendant une année. Ce n'est pas un argument décisif, bien sûr, quant au choix d'un avion, mais comme responsable de l'économie vaudoise, avec 10 000 chômeurs inscrits aujourd'hui, je trouve qu'il revêt une certaine importance.

Ces trois raisons plus toutes les autres m'ont amené à voter l'entrée en matière ainsi que l'achat de 34 F/A-18. Je vous invite donc à me suivre dans cette voie.

Küchler: Wenn Herr Kollege Plattner zur Begründung seines Nichteintretensantrages die Friedensförderung erwähnt, so ist dies wohl eine Aufgabe unserer Armee; doch Kriegsverhinderung, Verteidigung und Existenzsicherung sind die weiteren Aufgaben und können von der Armee nur erfüllt werden, wenn wir ihr auch die notwendigen Instrumente in die Hand geben. Die heutige Vorlage will gerade dazu dienen.

Wenn aber die Vorlage in den letzten Tagen zum Jahrhundert-Rüstungsprogramm bezüglich Kostenumfang hochstilisiert wurde, ist dies meines Erachtens unzutreffend und dient lediglich der Stimmungsmache. Dreieinhalb Milliarden Franken sind viel Geld, sehr viel Geld, aber unsere Armee hat real schon bedeutend grössere Anschaffungen tätigen müssen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die 3,4 Milliarden Franken für die Panzer Leopard im Jahre 1986, die heute – teuerungsbedingt – wesentlich mehr kosten würden. Ich erinnere an die 57 Mirages, deren Kaufsumme zum heutigen Wert 5 Milliarden Franken betragen würde. Also haben wir es bezüglich der Kosten überhaupt nicht mit einem Jahrhundertgeschäft zu tun, sondern mit einem herkömmlichen Rüstungs- und Erneuerungsprogramm. Und entgegen zahlreichen Befürchtungen im Volk zieht die Vorlage nicht bloss keine Steuererhöhungen nach sich, sondern sie wird auch die bestehenden Sozialwerke – AHV, IV, mithin auch die künftigen Renten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger – nicht beeinträchtigen. Und auch die Landwirtschaft wird wegen des Flugzeugkaufs keine Einschränkungen auf sich nehmen müssen. Alle anderslautenden Behauptungen sind aus der Luft gerissen.

Trotz der vielgerühmten Abrüstung in Ost und West befindet sich heute zwischen dem Atlantik und dem Ural ein gewaltiges Waffenpotential mit riesigen Beständen an modernen Kampfflugzeugen. Ob und in welcher weltpolitischen Lage diese modernsten Waffensysteme je zum Einsatz kommen, wissen wir nicht. Selbst wenn aber unser Parlament noch in diesem Jahre, 1992, das Rüstungsprogramm genehmigen sollte, werden wir den F/A-18 erst gegen Ende der neunziger Jahre eingeführt haben. Und wie dannzumal die Lage sein wird, das weiß auch wieder niemand hier in diesem Saale. Konsequenterweise müssen wir also den Antrag des Bundesrates nicht auf heute beziehen, nicht auf den jetzigen Zeitpunkt; sondern er ist im Sinne der Kontinuität unserer Anstrengungen zugunsten einer permanent glaubwürdigen Landesverteidigung zu betrachten, einer Landesverteidigung, zu der auch mindestens 34 neue Kampfflugzeuge gehören.

Entgegen der Auffassung des Herrn Kommissionspräsidenten ist – nach Meinung der Kommissionsmehrheit – die Zahl 34 in der Tat nötig, damit wenigstens drei Viertel unseres Luftraumes ständig mit Doppelpatrouillen überwacht werden können. Die Zahl 34 ist auch angezeigt – das wurde bis jetzt noch nicht gesagt – bezüglich des vernünftigen Verhältnisses von festen Kosten für Logistik und Ausbildungsinfrastruktur zur Anzahl der Flugzeuge. Eine Reduktion auf 24 beispielsweise ergebe hier nicht nur ein schlechtes Verhältnis, sondern offensichtlich auch Probleme im Einsatz.

Die Evaluation selber – das kann ich als Mitglied der Subkommission 3 aus Überzeugung bestätigen – ist sehr sorgfältig und gründlich durchgeführt worden und hat sogar internatio-

nal grosse Beachtung gefunden. Die Flugzeuge der oberen Preisklasse, z. B. der F-15 oder der Tornado, wurden aus Kostengründen gar nicht erst evaluiert. Der F/A-18 stellt also – entgegen der landläufigen Meinung – nicht einen Rolls-Royce unter den Kampfjets dar, sondern er ist der zweitbilligste erhältliche Abfangjäger und der billigste, der diese Funktion ohne Unterstützung durch ein noch leistungsfähigeres System wahrnehmen kann. Er weist also für uns das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf und ist damit auch im Hinblick auf die Investition des Rüstungsfankens am optimalsten.

In zahlreichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, aber auch im Zusammenhang mit den Rückweisungsanträgen stellt sich die Frage, ob man mit der Beschaffung nicht zu warten solle, bis sich die Weltlage geklärt habe und für unser Land auch die Europafrage entschieden sei. Hier muss ich ganz klar antworten, dass wir mit dem Rüstungsprogramm 1992 einen längst fälligen Ersatz von überaltertem Material vornehmen müssen. Ich erinnere daran, dass die Hunter, die wir ja ersetzen wollen, bereits 35 Jahre alt sind und dass das Projekt bereits einmal um zwei Jahre verschoben wurde. Der Beschaffungsantrag wäre ja – wie Sie wissen – bereits für 1990 vorgesehen gewesen. Eine weitere Denkpause, wie sie immer wieder gefordert wird, dürfte wegen der Teuerung einerseits und wegen anderer Produktionszahlen des Herstellers weit über 100 Millionen Franken Mehrkosten verursachen. Eventuell kann Herr Bundesrat Villiger uns anschliessend noch genauere Zahlen über diese Folgen einer weiteren Verzögerung bekanntgeben. Ich frage Sie aber: Ist es gerade in der heutigen Zeit der Rezession sinnvoll, auf beschäftigungs- und stelllenwirksame Kompensationsgeschäfte in Milliardenhöhe zu verzichten und gleichzeitig nach staatlichen Impulsprogrammen zu rufen?

Mit dem Zuwarten würden wir schliesslich auch Gefahr laufen, unsere Berufspiloten und Spezialisten im Unterhaltsbereich zu verlieren. Wer will schon mit Technologie von gestern und vorgestern weiterarbeiten, geschweige denn im Ernstfall ohne Aussicht auf Erfolg antreten?

Die Zeit ist mehr als reif für diese Beschaffung. Ich ersuche Sie um Zustimmung zur Vorlage und um Ablehnung des Nichteintretensantrages und der Rückweisungsanträge.

Rhyner: Ich bin für Eintreten und werde dem Antrag des Bundesrates zustimmen.

Ob wir eine Armee wollen oder nicht, muss heute nicht mehr diskutiert werden. Wir haben in unserem Lande darüber abgestimmt, und das Schweizer Volk hat ja gesagt zu unserer Armee und somit zur Landesverteidigung.

Wenn wir eine Armee haben und uns hinter die Landesverteidigung stellen, so brauchen wir auch eine Luftverteidigung. Eine Schweiz ohne Luftverteidigung ist für mich wie ein Haus ohne Dach.

Unbestritten bleibt, dass die internationalen Beziehungen durch Instabilität, Unsicherheit und rasch abnehmende Voraussehbarkeit gekennzeichnet sind. Niemand wusste vor drei Jahren, wie die Welt 1992 aussehen würde; noch weniger lässt sich heute festlegen, in welchen sicherheitspolitischen Verhältnissen wir im Jahre 2000 leben werden. Es geht heute um weit mehr als nur um ein Flugzeug: Es geht um die Wiederbeschaffung und Gewährleistung unseres Luftschildes; es geht um die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsbereitschaft unseres Volkes; um den Tatbeweis, dass wir Schweizer völkerrechtlich und politisch unsere Selbstverantwortung auch weiterhin wahrnehmen.

Die Evaluation für ein neues Flugzeug war umfassend. Fachkräfte und Spezialisten aus Technik, Logistik, Industrie und Luftwaffe sind zu einem klaren Entscheid für den F/A-18 gelangt. Bei derart komplexen Vorhaben müssen wir uns auf Spezialisten und Fachkräfte verlassen können und auch Vertrauen haben. Nicht das emotional geleitete Gefühl darf entscheiden; nicht das, was der Mann und die Frau von der Strasse – fachlich überfordert – meinen, soll wegleitend sein beim Entscheid, ob bzw. was gekauft oder nicht gekauft werden soll. Wir müssen nun Farbe bekennen, und ich habe Vertrauen in das Auswahlverfahren und in die Kommissionen. Vor allem dürfen wir uns jetzt nicht von einer Minderheit von Ar-

meegegnern erpressen lassen, die mit einer weiteren Initiative drohen. Diesen Kreisen geht es nicht um das neue Kampfflugzeug oder um weitere Abklärungen über Luftverteidigung und Armeereform. Das ist eine weitere Attacke gegen unsere Landesverteidigung und ein neuer Anlauf zur Abschaffung der Armee. Ich bin überzeugt, dass sich das Schweizer Volk dies nicht bieten lässt. Es hat genug von diesen Kreisen und hat auch genug von solcher Politik; es erwartet eine klare Sprache und einen klaren Entscheid. Wir haben eine sehr grosse Verantwortung, aber nicht unter dem Aspekt der schwankenden Tagespolitik, sondern als Standesvertreter für unsere Eidgenossenschaft, für unser Land. Wir brauchen eine Luftwaffe, davon bin ich überzeugt: nicht, weil wir beweisen müssen und können, dass wir sie tatsächlich einmal brauchen, sondern weil wir nicht ausschliessen können, dass wir sie einmal brauchen.

Präsidentin: Ich bin etwas beunruhigt über den Ruf der Schweizer Uhren. Herr Rhyner hat mich jetzt wieder getröstet; er hat eine, die genau geht.

M. Delalay: S'agissant de l'acquisition par notre pays d'une série d'avions de combat, je suis tout à fait persuadé que la décision que nous avons à prendre ne relève pas du tout de questions techniques. L'évaluation des appareils a été faite, selon l'ensemble des renseignements dont nous disposons, d'une manière approfondie et sérieuse. D'ailleurs, M. Küchler l'a rappelé tout à l'heure. Non, notre décision est essentiellement d'ordre politique et en rapport avec la sécurité que nous avons le devoir d'assurer au mieux ainsi qu'avec la responsabilité qui nous incombe de préparer notre défense.

Dans cet ordre d'idée, je retiens tout d'abord que, si la menace a changé de nature, elle subsiste. A l'affrontement de deux blocs surarmés succèdent des sources multipolaires de conflit. Il faut être véritablement aveugle pour ne pas remarquer les déséquilibres de l'Europe de l'Est, la montée des nationalismes et du fanatisme intégriste, et les violences qui en découlent entre les peuples et entre les Etats nouveaux. Ce serait verser dans trop de pessimisme que de citer toutes les sources potentielles de conflit, allant des aspirations à l'indépendance aux disparités économiques et sociales, en passant par les grandes migrations.

Dès lors se pose pour nous la seule question politique digne de nous guider dans notre décision: voulons-nous, avec nos moyens qui sont grands, à la mesure de notre pays, faire en sorte de maintenir notre souveraineté sur notre espace aérien et sur notre territoire? Avons-nous les ressources morales suffisantes pour dissuader un agresseur, ne serait-ce que par le prix disproportionné qu'il devrait acquitter pour nous asservir? A ces questions, je réponds par l'affirmative, car je ne prends pas l'énorme responsabilité de discréder notre armée et de la laisser, comme ce fut le cas à la veille d'autres conflits, dans une situation coupable de sous-équipement.

J'estime de surcroît que la prime que nous avons à payer pour améliorer notre sécurité n'est pas démesurée, car même si le crédit de 3,5 milliards qui nous est demandé peut paraître exorbitant, il faut garder le sens des proportions. Il représente finalement un montant égal aux dépenses de la Confédération pendant 40 jours en temps ordinaire. C'est dire qu'il n'amputera en rien les ressources affectées à la santé, au social, au troisième âge, aux chômeurs et aux réfugiés.

Qui plus est, cet achat vaudra à notre industrie et à nos sous-traitants des travaux et des commandes compensatoires pour 2,5 milliards de francs, ce qui est loin d'être négligeable en période de conjoncture plutôt maussade en Suisse. Encore faudra-t-il sur ce plan, Monsieur le Conseiller fédéral, que ces commandes n'alimentent pas que le portefeuille des quelques entreprises privilégiées, spécialisées dans l'armement. Elles devront aussi servir à la marche de firmes plus modestes établies dans les régions périphériques et qui supportent par ailleurs des nuisances que l'armée ne compense pas à satisfaction aujourd'hui. J'attends à ce sujet des propositions plus concrètes que celles présentées à ce jour, et cela avant les débats au Conseil national, en juin prochain.

Je dirai donc «oui» au crédit proposé et «non» aux proposi-

tions de renvoi. Ces appareils de combat F/A-18, qui nous équiperont pendant le prochain quart de siècle, sont les plus sûrs quant à leur développement au cours des prochaines années, et ils nous permettront de nous intégrer au mieux, cas échéant, dans une défense commune avec nos voisins européens.

Iten Andreas: Die bisherige Debatte veranschaulicht den Ernst, mit dem diese Vorlage behandelt wird. Sie führt uns vor Augen, wie sehr die Sicherheitspolitische Kommission um das Ergebnis gerungen hat. Das hat vor allem das Referat des Präsidenten Otto Schoch gezeigt.

Ich gehe von Unsicherheiten aus, die auch der Kommissionspräsident angesprochen hat, die aber, anders als bei den Gegnern der Vorlage, in ein Dilemma führen. Ich habe im Unterschied zu Herrn Plattner eine doppelte Unsicherheit: Ich bin unsicher, ob es den F/A-18 braucht, und bin ebenso unsicher, ob es ihn nicht braucht.

Ich bin aus den folgenden Gründen unsicher, ob es ihn braucht – diese Unsicherheit wurde durch verschiedene Aspekte und Voten hervorgerufen –:

1. Die Stimmung im Volk ist denkbar schlecht. Wir aber seien Volksvertreter, wird gesagt.

2. Die Typenwahl wird kritisiert. Die deutsche Luftwaffe z. B. bezeichnet den F/A-18 als für Deutschland untauglich. Ich möchte Sie bitten, Herr Bundesrat, dass Sie vielleicht dazu auch einige Ausführungen machen.

3. Es wurde dargetan, dass im integrierten Europa die Luftverteidigung von anderen Staaten übernommen werden könnte. Da der Bundesrat so sehr mit dem EG-Beitritt liebäugelt, könnte er die Beschaffung von Flugzeugen vertagen; auch Herr Schoch hat auf diesen Aspekt hingewiesen.

Ich bin aber ebenso unsicher, ob es die neue Flugwaffe nicht doch braucht. Warum?

1. Wir können nicht eine gute, schlagkräftige Bodenarmee haben und den Luftraum anderen überlassen.

2. Wir können es uns nicht leisten, unsere Piloten mit veralteten Flugmaschinen dem Feind auszusetzen.

3. Wenn wir zur Armee stehen, dann brauchen wir eine integrale Armee und nicht eine, die die Flügel gestutzt werden. Wie wollen wir denn zukünftig den 400 000 Mann am Boden erklären, dass der Luftraum dem Gegner überlassen bleiben soll?

Die Antwort auf diese zweite Unsicherheit führt mich zu einem klaren Ja zur Armee. Herr Plattner hat gesagt: Natürlich brauchen wir eine Verteidigungsarmee. Ich möchte jetzt fragen: Wie kann ich ja sagen zu einer Armee, die Milliarden verschlingt und trotzdem nicht kompakt und überzeugend ist? All diejenigen, die sagen, es braucht eine Denkpause, man müsse zuerst dies und dann das und noch etwas Weiteres abklären, haben den Mut zum Entscheid nicht. Sie sollten mehr ehrlich sagen, dass sie gegen den Kauf des F/A-18 sind. Es nützt nichts, das Geschäft zu vertagen. Die Stunde der Wahrheit kommt doch.

Wenn wir die heute überall in der Welt herrschende Unsicherheit betrachten, wenn wir sehen, dass überall Kriege plötzlich ausbrechen, wenn wir sehen, wie Menschen bedroht und Minderheiten bekämpft werden, wie Kriminalität und soziale Verteilungskämpfe zunehmen, tun wir gut daran, zur Armee zu stehen. Dann müssen wir folgerichtig bereit sein, ihr die modernen technischen Mittel zu geben.

Ich bin für Eintreten auf die Vorlage und für den F/A-18.

Frau Simmen: Jedes Mitglied des Parlamentes fragt sich bei den Entscheidungen, die es trifft, wie sich wohl seine Wählerinnen und Wähler dazu stellen mögen. Oft wissen wir uns von einer grossen Zahl von ihnen getragen; das muss aber nicht immer der Fall sein. Wenn wir in den letzten Tagen etwas in den Blätterwald hineingelauscht haben und den Meinungsumfragen Glauben schenken, dann gehört der heutige Entscheid – je nachdem, wie wir ihn fällen – nicht unbedingt zu denen, die unserer Popularität förderlich sind. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass jede und jeder von uns letztlich persönlich und allein die Verantwortung für ihr bzw. sein Handeln zu übernehmen hat.

Von einer Frau erwarten viele Leute, dass sie als Frau von vornherein gegenüber Armee und Rüstung besonders kritisch, wenn nicht ablehnend eingestellt ist. Wenn ich heute für den Kauf des F/A-18 bin, so weiss ich, dass ich das vielfach werde erklären müssen. Die Entscheidung ist mir auch nicht leichtgefallen, und ich habe länger darum gerungen, als es in den fünf Minuten Redezeit zum Ausdruck kommen mag. Zwei Hauptargumente waren zum Schluss massgebend:

1. Vor drei Jahren habe ich mich im Abstimmungskampf um Beibehaltung oder Abschaffung der Schweizer Armee für deren Beibehaltung eingesetzt, aus der Ueberzeugung, dass wir in der damaligen Situation auf eine eigene Armee mit terrestrischen Truppen und Luftwaffen nicht verzichten konnten. Ich halte das noch heute – unter veränderten Bedingungen, aber bei ebenso grosser globaler Unsicherheit und nach Vorliegen des neuen Armeeleitbildes – für richtig. Eine Armee zu haben ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie qualitativ und quantitativ genügend ausgerüstet ist, d. h. nicht maximal, sondern in einem möglichst optimalen Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Eine ungenügende Armee kann ihre Schutzfunktion gegenüber der Zivilbevölkerung nicht wahrnehmen, und sie setzt ihre eigenen Angehörigen einer unnötig grossen Gefahr aus. Die ehrliche Alternative zu einer gut gerüsteten Armee ist darum nicht eine schlechter gerüstete, sondern gar keine Armee.

2. Ein Bedrohungsbild, nach dem nur die Schweiz zu Lande oder aus der Luft angegriffen würde, ist unwahrscheinlich, und die Schweiz ist zu klein, als dass sie ihr Territorium und ihren Luftraum auf die Dauer im Alleingang verteidigen könnte. Doch ich möchte auf keinen Fall für unsere Verteidigung ausschliesslich auf andere Länder angewiesen sein. Eine sicherheitspolitische Arbeitsteilung innerhalb Europas, wenn sie dereinst die Schweiz mit umfassen sollte, müsste einen Beitrag der Schweiz beinhalten.

Dies sind meine beiden grundsätzlichen Ueberlegungen. Ich verzichte bewusst darauf, mich zu technischen Fragen zu äussern. Wie bei allen Vorlagen findet sich auch bei dieser für jede Meinung ein Sachverständiger. Es ist indes bei der Flugzeugbeschaffung wie bei anderen Geschäften auch: Wer nicht in der Kommission ist, muss sich auf die Vorarbeiten der Kommissionsmitglieder abstützen. Wenn die Kommission breit zusammengesetzt ist und die Diskussion erschöpfend geführt wurde, ist das auch zu verantworten.

Hier muss ich allerdings eine Klammer öffnen: Es ist ein schwerer Mangel, dass seit dem Ausscheiden von Frau Jaggi keine Frau mehr in der Sicherheitspolitischen Kommission Einsitz nimmt. Das kann nicht für eine ganze Legislatur so bleiben, wenn sich die Kommission nicht dem berechtigten Vorwurf aussetzen will, unrepräsentativ zu sein.

Ich bin durch viele Gespräche zur Ansicht gekommen, dass 34 F/A-18 eine Möglichkeit darstellen, die vertretbar ist. Es gibt sicher andere Varianten, die auch denkbar wären und die andere Vorteile und damit andere Nachteile aufweisen würden. Deshalb den Entscheid aufzuschieben bringt uns nicht weiter. Wir stünden damit einfach ein paar Monate oder Jahre später wieder vor einer analogen Situation. Es wird nie möglich sein, die Entwicklung der Weltlage auf zehn oder fünfzehn Jahre hinaus auch nur annähernd absehen zu können. Wir müssen immer aus grösserer Unsicherheit heraus entscheiden, als uns lieb ist.

Zusammengefasst: Ich bin für Eintreten auf die Vorlage in der Fassung der Kommission. Einen Wunsch habe ich allerdings: dass wir die Flugzeuge, wenn wir sie schon kaufen müssen – und davon bin ich überzeugt –, sowenig für den Ernstfall brauchen wie ihre Vorgänger der letzten und der vorletzten Generation.

Gadient: Hoffnung auf eine friedlichere und gerechtere Zeit: Wir haben sie alle, Herr Kollege Plattner, und die Bedeutung eines aktiven schweizerischen Beitrags steht in diesem Saale ausser jeder Diskussion. Deshalb bezieht sich denn der sicherheitspolitische Auftrag der Armee auch auf die Friedensförderung und Kriegsverhinderung, wie dies nachzulesen ist im Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik.

Aber die Armee bleibt auch unser einziges Mittel, um fremder

Gewalt wirksam entgegentreten zu können; denn niemand kann voraussagen, ob und wie lange unser Land, das ein strategisch wichtiges Durchgangsland bleibt, vom Einbezug in einen militärischen Konflikt verschont bleibt. Die jüngste Geschichte lehrt, dass sich das Bedrohungsbild über Nacht ändern kann. Der Kommissionspräsident hat zu Recht auf das Potential fast unbegrenzt möglicher ungünstiger Entwicklungen hingewiesen. Verteidigungsstrukturen und adäquate Waffensysteme lassen sich jedoch im Bedarfsfalle nicht aus dem Boden stampfen. Sie müssen langfristig ausgerichtet werden, losgelöst von der Tagessituation. Das Zitat von den Folgen des Zuspätkommens hat der Vertreter des Nichteintretensantrages selber geliefert.

Ohne Luftraumverteidigung kann keine Armee ihre Aufgabe erfüllen. In allen militärischen Konflikten kommt dem Luftraum, seiner Kontrolle und Beherrschung grösste Bedeutung zu. Wenn das Material veraltet, muss es ersetzt werden. Das trifft einmal für Panzer, das andere Mal für Gewehre und jetzt für Flugzeuge zu.

Kollege Huber hat den norwegischen Bericht zitiert, wonach keine Alternative zur kontinuierlichen Aenderung der Rüstung besteht. In Europa haben nur noch Irland und Oesterreich den Schritt in moderne Flugzeuggenerationen nicht getan. Finnland wird in den nächsten Wochen über den Kauf von 67 Flugzeugen – doppelt so viele wie die Schweiz, möglicherweise ebenfalls vom Typ F/A-18 – entscheiden. Der Unterschied zur Schweiz besteht darin, dass dies ohne ein zum nationalen Drama hochstilisiertes Verfahren geschieht. Das finnische Parlament hat übrigens die Finanz-Enveloppe bewilligt, Typenentscheid und Anzahl sind Sache der Regierung. Vergleichbare Situation auch in Schweden, wo der Verteidigungsminister dem Reichstag Ende Februar einen Budgetvorschlag – der sich bis zum Jahre 1997 erstreckt – mit Mehrausgaben von 7,3 Milliarden Kronen für diese Periode vorgelegt hat. Angestrebt wird dabei u. a. auch die Modernisierung der Luftwaffe. Dass es um die Grundsatzfrage und weder um Typ, Stückzahl oder andere periphere Anliegen geht, unterstreicht niemand deutlicher als die Armeeabschaffer und ihre Verbündeten, die neuerdings eine Blockierungsinitiative mit fragwürdiger Rückwirkung lancieren wollen. Herr Loretan hat sich damit befasst. Da wird behauptet, es gebe gar keine Bedrohung durch feindliche Flugzeuge mehr. Natürlich und glücklicherweise sind wir gegenwärtig nicht mit einem konkreten Feindbild konfrontiert. Die Bipolarität des kalten Krieges ist nach 45 Jahren verschwunden. Dafür stehen wir vor einem gewaltigen Potential an Instabilitäten aller Art. Niemand kann zwar heute einen potentiellen oder gar einen aktuellen Gegner ausmachen. Es kann aber ebenso wenig jemand voraussagen, ob dies 1997 – dann werden die F/A-18 operationell – immer noch so sei.

Herr Kollege Plattner hat auf die Einbettung des Binnenlandes Schweiz in die europäische Sicherheitsarchitektur verwiesen. Wie immer diese europäische Sicherheitsarchitektur aussehen wird, gratis wird niemand der reichen Schweiz die Verantwortung für die Luftraumverteidigung abnehmen. Entweder bringen wir Sachleistungen ein, oder dann bezahlen wir für die Sicherheit, die andere für uns übernehmen.

Die Landesverteidigung erfordert von allen Bürgern und Bürgerinnen unseres Landes finanzielle und persönliche Opfer, die ins Gewicht fallen. Aber auch in anderen Sparten der Bundesaufgaben sind wir mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Ich verstehe die Aengste der Rentner, der Bauern, der Krankenkassenversicherten – Herr Kommissionspräsident Schoch hat heute das Beispiel der amtlichen Vermessung erwähnt, die uns ebensoviel Kosten wird wie die Landesverteidigung –; indessen hat das Flugzeug nichts, aber auch wirklich nichts damit zu tun. Die 3,5 Milliarden sind nicht zusätzliche Ausgaben. Das ist überzeugend dargelegt worden. Sie sind ein Verpflichtungskredit, und die finanziellen Fälligkeiten müssen in einem praktisch auf ein nominelles Nullwachstum abgemagerten Militärbudget Platz haben. Die militärischen Investitionen werden real um etwa einen Fünftel abnehmen. Der Anteil der Militärausgaben am Bundeshaushalt, der 1960 noch 32 Prozent und heute noch 14 Prozent beträgt, wird bis 1995 weiter auf 12 Prozent zurückgehen. Kollege Coutau hat die Zahlen der sogenannten Friedensdividende angeführt. In der

Tat hat kein anderes vergleichbares Land die Friedensdividende so hoch angesetzt wie die Schweiz. Es stimmt nicht, dass es so weitergeht wie bis anhin, wie das Kollege Plattner leichthin und ohne Beweisführung unterstellt hat. Es ist hier eine markante Veränderung feststellbar. Alle anderen Aufgabenbereiche des Bundes weisen demgegenüber – selbst nach der beabsichtigten Sparübung – immer noch respektable Wachstumsraten auf. Niemand kommt wegen der Flugzeugbeschaffung zu kurz.

Wenn wir unsere sicherheitspolitischen Ziele glaubwürdig vertreten wollen, muss auch die Armee in der Lage sein, unseren Luftraum in allen Bedrohungs- und Krisenlagen zu schützen, weil die Verletzung des Luftraumes die wahrscheinlichste Konfliktform ist und weil die bestehenden terrestrischen Verbände sonst in einem wesentlichen Bereich ungeschützt blieben.

Ich bin für Eintreten auf die Vorlage.

Onken: Die Thurgauer Standesstimme ist geteilt, wie die Meinungen im Volk. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Flugzeugbeschaffung ab. Müsste dieser 3,5-Milliarden-Kredit vors Volk, er hätte keine Chance. Auch auf die zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer, die für die Armee eingestanden sind, können Sie jetzt nicht mehr volumänglich zählen. Man kann für eine glaubwürdige Landesverteidigung sein und trotzdem diesen Flugzeugkauf ablehnen. Soweit sind wir immerhin, dass die Gegner dieser Vorlage nicht mehr zu den schlechten, zu den treulosen Schweizerinnen und Schweizern, ja gar zu den Armeefeinden gezählt werden könnten. Im Gegenteil, die Befürworter der Vorlage stehen unter Begründungzwang und müssen heute wortreich das Vorhaben rechtfertigen, die Notwendigkeit dieser Beschaffung nachweisen. Nichts könnte den unerhörten Wandel, der vor sich gegangen ist, deutlicher machen als diese gänzliche Umkehrung der Verhältnisse.

Wenn man mit den Menschen spricht, spürt man, wie vielfältig ihre Beweggründe sind. Sie lassen sich nicht von der inneren Logik dieses Rüstungsvorhabens leiten. Sie argumentieren nicht strikt im engen Rahmen der bewaffneten Neutralität oder der militärischen Verteidigungsbereitschaft, sondern es fließen ganz verschiedene Ebenen – auch emotionale, schichtspezifische Ebenen – wie ein Mosaik ineinander. Das erst bewirkt diese breite Betroffenheit, die wir spüren. Man muss auch von diesen Gründen, diesen Argumenten sprechen.

Da sind z. B. die vielen, denen es nicht so gut geht in diesem wohlhabenden Land, die zu kämpfen haben, die unten durch müssen, die den Franken umdrehen, um sich und ihre Familie durchzubringen; da sind die 400 000 Schweizerinnen und Schweizer, die am Rande des Existenzminimums oder darunter zu leben haben. Wie wollen Sie nun diesen Menschen 3,5 Milliarden Franken für 34 Flugzeuge schmackhaft machen? Es sind Menschen, die den Eindruck nicht loswerden, dass für sie wenig, zu wenig getan wird, dass ihnen – meist aus finanziellen Gründen – keine Gerechtigkeit widerfährt. Viele, insbesondere viele betagte Menschen gehören dazu. Kann man es ihnen verargen, dass sie eine gewisse Bitterkeit spüren angesichts dieses unermesslich hohen Betrags und dass sie diesen Betrag, diesen Ankauf jetzt auch mit ihrer kargen Lebenswirklichkeit in Verbindung bringen? Nein, man kann es nicht, sondern man muss es vielmehr verstehen. Die soziale Solidarität ist in unserem Land strapaziert worden. Der Gesellschaftsvertrag ist brüchig geworden. Dieser Gesellschaftsvertrag muss aber solide sein, wenn in einer Demokratie für ein solches Rüstungsvorhaben eine Mehrheit gewonnen, wenn es von einer Mehrheit getragen werden soll. Es gibt eben auch eine Wechselwirkung zwischen sozialer Gerechtigkeit und der Bereitschaft, solche Lasten solidarisch mitzutragen.

Da sind jene anderen, die sich fragen, wie eine solche Ausgabe mit dem Zustand unserer Bundesfinanzen in Einklang zu bringen sei. Sie sehen ein Milliardenloch, das zu stopfen ist, und sie tun sich schwer mit dem Gedanken, dass für 34 Flugzeuge nun noch 3,5 Milliarden draufgesetzt werden – dies angesichts von drängenden Aufgaben, die nicht finanziert oder nicht finanziert sind, oder solchen, die einfach zurückgestellt werden. Wir haben gestern Direktzahlungen für die Landwirtschaft beschlossen. Aber wir können den Bauern nicht sa-

gen, wie diese Direktzahlungen dereinst finanziert werden sollen. Ein ganzer Berufsstand, der auf unsere solidarische Unterstützung angewiesen ist, hat keine Sicherheit, dass diese Summen ungeschmälert zur Verfügung stehen, um dereinst Einkommensausfälle abzufangen. Ein anderes Beispiel: Wir haben im letzten Jahr gemeinsam eine zukunftsgerichtete Forschungsförderung beschlossen, um den gefährdeten Werkplatz Schweiz wettbewerbsfähiger zu machen und seine Innovationskraft zu stärken. Wir gehen unter finanziellem Druck aber handkehrum hin und kürzen diese Vorhaben wieder so zusammen, dass vielversprechende Projekte, die Arbeitsplätze hätten sichern können, gar nicht lanciert werden können – sogar Schwerpunktprogramme wie die Optoelektronik. Was, glauben Sie, geht in den Köpfen der Betroffenen – seien es nun Landwirte oder Facharbeiter – angesichts dieser Entwicklung vor? Und was bildet sich für eine Haltung in den Köpfen der Leute gegenüber einem solchen Rüstungsvorhaben, für das nun plötzlich im Überfluss zur Verfügung zu stehen scheint, was vorher an allen Ecken und Enden gefehlt hat, nämlich Geld? Sie können und Sie werden mir sagen, das gehöre überhaupt nicht hierher, das seien zwei Paar Stiefel, das habe nichts mit der Vorlage zu tun und ich solle gefälligst über die Flugzeugbeschaffung reden. Aber es gehört eben hierher. Es setzt den Rahmen, und es begründet letztlich die ablehnende Einstellung vieler gegenüber dieser Vorlage. Man muss auch das verstehen.

Und dann gibt es wiederum andere, die hören und lesen den lieben langen Tag von der Internationalisierung unserer Beziehungen, von der weltweiten Interdependenz, von der Globalisierung der Märkte, von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit usw., und sie werden gewahr, dass dies auch im Bereich der Sicherheitspolitik im Sinne von Kooperation, von Vernetzung allmählich, zaghaft noch, aber doch unaufhaltsam Fortschritte macht. Und da kommt nun eine unverdrossene Ständeratskommission, die zum Hearing drei Schweizer Experten lädt, deren Meinung sie längst kennt und die teilweise erst noch befangen sind, die sich – wie selbst der Kommissionspräsident eingeräumt hat – zuwenig um die europäische Einbettung ihrer Vorlage kümmert und die unbeirrt zu einem nationalen Alleingang ansetzt, als ob wir auf diesem Kontinent tatsächlich allein wären! Zur gleichen Zeit sinniert Herr Bundesrat Villiger bereits in kühnen Gedanken über eine Differenzierung unserer Neutralität und will selbst «ein Engagement unserer Flugzeuge sowie einer unserer mechanisierten Brigaden in Europa», also ausserhalb der Schweizer Grenzen, nicht mehr ausschliessen.

Wie soll das nun den Leuten vermittelt werden? Auf der einen Seite die Zukunft, die sicherheitspolitische Vernetzung, der Verbund, die kollektive Sicherheit, erst in Anzeichen vorhanden, aber doch in Entwicklung begriffen, und auf der anderen Seite als letzter Akt einer langen Tradition diese rein nationale Flugzeugbeschaffung für unseren schweizerischen Luftraum, für unser kleines, ausgestanztes Stück Himmel. Das geht einfach nicht auf! Es ist 1992 meines Erachtens der Bevölkerung nicht mehr einsichtig zu machen; nicht bei dieser neuen, entspannten, auf Stabilität, auf friedliche Koexistenz, auf gute Nachbarschaft ausgerichteten Konstellation in Europa, und nicht im Herzen dieses Kontinents, auf dem zwar noch eindämmbare, kontrollierbare kriegerische Konflikte – wie etwa in Jugoslawien – möglich sind, aber keine Eroberungskriege, keine Offensiven, die die Schweiz unmittelbar bedrohen.

Das ist der Hauptgrund für die instinktive Ablehnung: dass die Notwendigkeit für diese Flugzeugbeschaffung schlicht nicht mehr eingesehen wird bei all den anderen, viel bedrückenderen, viel realeren Gefahren, die tatsächlich eine gewisse Bedrohlichkeit haben, wie Klimakollaps, Naturkatastrophen, Flüchtlingsbewegungen, schlimmstenfalls vielleicht sogar eine neue Völkerwanderung. Weltweit Solidarität üben, den mittel- und osteuropäischen Ländern beistehen, die noch unsicheren Demokratien festigen, die Wirtschaft aufbauen helfen, ein soziales Netz knüpfen, den Menschen dort wieder eine Zukunftsperspektive geben: das ist doch die präventive, friedensstiftende Sicherheitspolitik, die uns aufgetragen ist, und diese braucht – auch in wohlverstandenem Eigeninteresse – alle Anstrengung, allen Einsatz und auch sehr viele Mittel.

Wir haben für die Osteuropahilfe 800 Millionen Franken beschlossen und sie dann im Budget gleich wieder auf 500 Millionen zurückgestuft, verteilt auf mehrere Jahre. 500 Millionen angesichts der immensen Herausforderung, die dort zu bewältigen ist. Aber hier stehen nun 3,4 Milliarden Franken für 34 Flugzeuge zur Verfügung! Auch das ist widersprüchlich. Es ist nicht mehr mitteilbar, es haftet im Denken der Vergangenheit und weist nicht in die Zukunft.

Ich räume ein, dass diese Zukunft unbekannt ist, dass wir sie alle nicht kennen, und ich räume auch als Gegner dieser Vorlage ein, dass da ein Risiko bleibt. Aber wenn ich alles zusammennehme und gegeneinander abwäge, muss ich sagen, dass wir heute in der Lage sind, dieses Risiko in aller Besonnenheit und Verantwortung zu tragen und dass wir die freiwerdenden Mittel besser, friedensstiftender und zukunftsgerichteter einsetzen können als für die Beschaffung dieser 34 Flugzeuge.

In diesem Sinne bitte ich Sie um die Zuversicht und um den Mut, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Büttiker: Ich wünschte mir, Herr Onken, dass dereinst nicht nur die F/A-18 in unserem Lande landen können, sondern dass auch die Diskussion darüber zur Landung kommt bzw. auf den Boden der Realitäten zurückkehrt.

Die Kernfrage lautet für uns heute: Brauchen wir ein neues Kampfflugzeug? Ich meine, die Schweiz muss den bewährten Weg der bewaffneten Neutralität ohne Wenn und Aber fortfestzen. Ich bin dagegen, Herr Bundesrat Villiger, dass dieses Prinzip der bewaffneten Neutralität irgendwie geritzt oder relativiert wird. Dies vor allem auch aus völkerrechtlichen Überlegungen, Herr Plattner: Das Völkerrecht lässt sich nicht nach Belieben auf jene Seite dehnen und wenden, auf der man die Präferenzen hat. Wenn wir aber zum Konzept der bewaffneten Neutralität ja sagen, müssen wir auch eine glaubwürdige Luftverteidigung bejahen.

Auch wenn sich die Bedrohungslage erheblich verändert hat – das ist zuzugeben –, bleiben die Grundanforderungen an einen neutralen Staat die gleichen. Der vor allem aus Ihrer Ecke, Herr Onken, immer wieder angestrebte Vergleich mit Schweden, vorab auf sozialpolitischem Gebiet, muss und darf jetzt auch einmal in Bezug auf die neutralitätspolitischen Überlegungen angestellt werden. Wir wissen, dass die schwedische Regierung 110 modernste Kampfflugzeuge vom Typ Gripen bestellt hat. Auch dort ist man aus neutralitätspolitischen Überlegungen zum Schluss gekommen, dass eine moderne Luftverteidigung die unerlässliche Voraussetzung für eine glaubwürdige Landesverteidigung bildet. Denn ohne die Fähigkeit, den Luftraum bei Tag und Nacht sowie im Klima der elektronischen Kriegsführung unter Kontrolle zu halten, würden sich – Armeereform hin oder her – alle anderen Verteidigungsanstrengungen erübrigen.

Kaufen wir das richtige Flugzeug? Die Flugzeugtypenwahl – auch nach einem komplexen Evaluationsverfahren – ist und bleibt eine Frage des Vertrauens. Immerhin hat mir das vorliegende Beispiel den Beweis geliefert, dass in unserem Land der Entscheidungsprozess bei der Flugzeugbeschaffung stimmt. Ich staune über gewisse Behauptungen aus dem Lager der selbsternannten Flugzeugexperten in diesem Haus, die sich aus dem Stand heraus für andere Flugzeugtypen stark machen, obwohl das vollzogene Evaluationsverfahren von höchsten ausländischen Experten ein sehr gutes Zeugnis erhalten hat.

Eine Bemerkung zur Kosten-Nutzen-Frage: Ich bin mit dem Vertragsinhalt in Bezug auf Direktbeteiligung und vor allem bei der indirekten Beteiligung der Schweizer Wirtschaft sehr zufrieden, weil es gelungen ist, die Amerikaner zu verpflichten, die über 2 Milliarden Franken durch Gegengeschäfte mit der Schweiz volkswirtschaftlich zu 100 Prozent auszugleichen. Ich sehe die Problematik einer Konjunkturpolitik mittels Rüstungsbeschaffung mit Kompensationsgeschäften durchaus ein. Aber in der Not muss man das Notwendige mit dem Nützlichen verbinden, denn die Schweizer Wirtschaft kann zur kurzfristigen Sicherung der Arbeitsplätze heute eine antizyklische Auftragsspritze durch die Zuliefer- und Kompensationsgeschäfte der Flugzeugbeschaffung sicher gut gebrauchen.

Von zentraler Bedeutung ist für mich aber der dauerhafte und langfristige Technologietransferegewinn durch die Flugzeugbeschaffung. Diejenigen Firmen, die am Projekt mit Zulieferungen unmittelbar beteiligt sind, erhalten direkt technisches Know-how, das der Werkplatz Schweiz heute dringend nötig hat. Über interessierte Institute und Laboratorien unserer Hochschulen sowie über Studentenpraktika bei den Herstellerfirmen erhalten wir Zugang zu Schlüsseltechnologien wie Strömungslehre, Verbrennungsdynamik, Mikroelektronik, Optoelektronik, Werkstofftechnologie, CIM sowie Informatik – alles technologische Schlüsselbereiche, wo wir vor kurzem hier in diesem Parlament bei der Auslösung der Weiterbildungsoffensive, bei der Förderung des CIM-Programms und vor allem bei der Lancierung der Forschungsschwerpunktprogramme gewaltige Rückstände des Technologiestandortes Schweiz ausgemacht haben. Warum jetzt also nicht die günstige Gelegenheit beim Schopf packen und an der Front im Massstab 1 zu 1 anwendungs- und projektorientiert, ordnungspolitisch unbedenklich den technologischen Nukleus einer Flugzeugbeschaffung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz ausnützen? Ich meine, eine solche Technologiepolitik ist gegenüber einer staatlich verordneten Forschungspolitik, wie sie Herr Onken anstrebt, zu bevorzugen. Fazit: Entweder fliegen wir in Zukunft die F/A-18, oder wir hoffen, nie gegen sie fliegen zu müssen. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, auf das Geschäft einzutreten.

M. Roth: Tout annonce depuis le début de nos discussions que le Conseil des Etats dira oui à l'acquisition des trente-quatre chasseurs américains F/A-18. Le suspense n'est donc pas insoutenable. Permettez-moi cependant de venir troubler quelque peu ce concert d'approbations et d'opposer aux certitudes des partisans de cet achat quelques interrogations tenaces auxquelles on n'a pas, jusqu'ici en tout cas, fourni à mes yeux de réponses décisives.

Beaucoup d'entre vous ont relevé que la menace n'avait pas disparu. Pourtant, depuis 1989, les bouleversements en Europe ont entraîné une redistribution des cartes sans précédent. Pour la première fois peut-être dans son histoire, la Suisse se retrouve sans agresseur, même hypothétique, à la porte. Les experts en sécurité qualifiés affirment qu'il n'y a pas de menaces graves et immédiates, ou en tout cas qu'il n'y en a plus une, comme il en existait il y a dix ans.

Dans ces circonstances, le moment n'était-il pas choisi de s'astreindre à une réflexion plus large sur la sécurité en Europe, plutôt que de s'en tenir exclusivement à celle de la Suisse. Cela a-t-il encore un sens de vouloir assurer sa défense tout seul? Le moment n'était-il pas venu d'entendre d'autres voix, européennes surtout, que celles de trois experts de la couronne venus dire à la commission avec une belle unanimous qu'ils étaient globalement du même avis, en faveur de l'acquisition? Le moment n'était-il pas choisi d'entendre d'autres vérités que celle concernant la souveraineté aérienne de notre pays, considérée hors du contexte d'une défense plus générale dans laquelle il aurait convenu d'inclure aussi nos proches voisins. Le dividende de la paix, enfin, consistant à diminuer l'effort militaire en raison de la réduction de la menace ne devait-il pas conduire à renoncer ou à tout le moins à différer l'acquisition de cette flotte aérienne?

Le continent européen est en train de s'organiser, économiquement aujourd'hui, politiquement demain. Notre intégration de fait dans l'OTAN, et plus tard notre participation sous une forme ou l'autre aux destinées de la Communauté européenne, laissent entrevoir que la Suisse pourrait, dans des délais plutôt brefs, participer à un système européen de défense. La menace potentielle est mal définie et il n'existe pas de conception globale de la politique de sécurité de la Suisse dans cette nouvelle Europe.

Dans ce contexte, comment ne pas voir que l'achat, aujourd'hui, maintenant, de cette flotte aérienne détonne. Cet achat détonne pour les motifs de fond essentiels que je viens d'évoquer, mais il détonne aussi parce qu'il y a quelques mois, veille d'élections, la classe politique estimait dans sa majorité qu'il était impératif d'attendre. Aujourd'hui, il est urgent d'agir, alors

que la situation n'a pas changé. La commission du Conseil des Etats presse l'allure, se réunit pendant la session pour prendre sa décision finale, et fait inscrire prestement cet objet à l'ordre du jour, alors que la session a déjà commencé. Du presque jamais vu au Conseil des Etats, où les bonnes habitudes faisaient encore place récemment à un espace suffisant pour la réflexion. Une précipitation bien hâtive en regard de la nature du dossier et des dépenses qu'il implique dans un contexte de détérioration des finances publiques où chacun attend des responsables politiques qu'ils définissent les priorités dans le budget et dans les investissements de l'Etat. Ajoutés les uns aux autres, ces éléments créent un climat de doute profond, peu propice à entraîner dans le sillage d'une décision en faveur de cette acquisition la population de ce pays, que les sondages décrivent dans sa majorité comme hésitante, sinon hostile, à cette dépense qui ne lui apparaît pas une priorité. On me rétorquera qu'on ne gouverne pas avec les sondages, que les dépenses d'investissements échappent au référendum et qu'il appartient aux représentants du peuple, c'est-à-dire au Parlement, de prendre ses responsabilités. Certes, je veux bien l'admettre, mais j'avais toujours pensé que la défense armée dans ce pays particulier qui est le nôtre, où chaque citoyen naît soldat, que cette défense armée – dis-je – devait reposer sur une volonté collective de se défendre à laquelle adhère au moins une majorité de la population. Or, au cas présent, alors que ce choix lourd de conséquences ne paraît pas justifié aux yeux de la plupart des gens, on ne favorise en tout cas pas l'adéquation qui devrait exister entre l'armée et la population. Au contraire, j'ai l'impression qu'on creuse le fossé qui a commencé de l'être le 26 novembre 1989, on reconstitue en l'élargissant peut-être – et c'est dommage parce que ce n'est pas l'objet du débat – le front des opposants à l'armée, on favorise les initiatives en tous genres tendant à bloquer cette acquisition, initiatives dont on peut d'ailleurs bien penser que l'une d'entre elles réclamera une nouvelle fois, mais peut-être aussi avec des chances de succès accrues, que les dépenses d'armement soient soumises au référendum obligatoire.

Pour tous ces motifs, il ne me paraît pas raisonnable politiquement de forcer le passage et d'acquérir maintenant ces trente-quatre avions de combat. Je n'entrerai donc pas en matière. Je ne me fais aucune illusion sur l'issue du vote de notre conseil, mais j'ai aussi le sentiment que si cette flotte aérienne évolue une fois dans le ciel helvétique, ce sera peut-être bien la dernière fois que le Parlement aura pu, dans cette matière ultrasensible des dépenses militaires, imposer sa volonté contre l'avis d'une population, et sans surtout que cette dernière ait pu être consultée.

Rüesch: Herr Kollege Plattner hat gesagt, die Friedensförderung habe vor der Kriegsvorbereitung Vorrang. Anschliessend hat er gleich einige Persönlichkeiten zitiert; von diesen ist aber etwa Bundesrat Ogi ein Freund der Beschaffung dieses Flugzeuges. Ich möchte jetzt Ihren Gesinnungsfreund Willi Ritschard zitieren, der einmal gesagt hat: «Wir bewältigen die Zukunft nicht, indem wir heute das Gegenteil von dem tun, was wir gestern als richtig erachteten.»

Es war immer so, dass man der Friedensförderung dann den schlechtesten Dienst erwiesen hat, wenn man bei den Friedenswilligen die Armeen vernachlässigen liess und sie zu zahnlosen Hunden mache. Diese Haltung hat in den Zweiten Weltkrieg hineingeführt, und darum hat auch der berühmte Theologe Brunner von der Kriegsschuld des Pazifismus gesprochen.

Ist das Wetter auf dieser Erde wirklich so schön geworden, dass niemals mehr ein Sturm entstehen kann? Die Beschaffung von Flugzeugen braucht – wie wir sehen – ungefähr ein Jahrzehnt. Wenn wir eine Lücke aufkommen lassen, kommen wir einfach zu spät. Ich erinnere an Schillers «Jungfrau von Orleans», wo es heisst: «Kann ich Armeen aus der Erde stampfen? Wächst mir ein Kornfeld in der flachen Hand?» Diese Erkenntnis haben die meisten Staaten auf dieser Erde nach wie vor behalten. Russland schafft jetzt eine Armee; das starke, mit Atomwaffen ausgerüstete Russland will eine eigene Armee.

Die Nato rüstet zwar ab, aber besser gesagt um und modernisiert; die neutralen Staaten – wie Herr Gadien gut ausgeführt hat – sind alle daran, ihre Armeen zu modernisieren, insbesondere die Luftverteidigung.

Glauben Sie wirklich, dass wir im Europa der Zukunft, ob im Alteingang oder in der EG oder im EWR, als Trittbrettfahrer mitmachen können? So oder so müssen wir unseren Beitrag zur Sicherheit dieses Europas leisten; dazu gehört eine Luftverteidigung.

Herr Onken hat mein Ceterum censeo in Sachen Finanzen heute zu halten versucht. Er spricht von den Menschen, denen es in diesem Lande nicht so gut geht, und bringt deren Armut in Zusammenhang mit der Ausgabe für den F/A-18. Herr Onken, Sie verschweigen dem Volk, dass in diesem Lande die Sozialausgaben unaufhörlich anwachsen, während die Militärausgaben laufend zurückgehen. Die Sozialausgaben sind innert zwanzig Jahren von 17 auf 22 Prozent der Bundesausgaben angewachsen. Die Militärausgaben sind von 30 auf 14 Prozent gesunken. Sie machen heute noch zwei Drittel der Sozialausgaben aus. Wenn Sie die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden zusammenzählen, so ist der von Ihnen bemühte Sektor Bildung und Forschung mit Abstand die grösste Staatsausgabe; die Landesverteidigung kommt erst an fünfter Stelle. Bildung und Forschung bekommen etwa dreimal soviel, und die soziale Wohlfahrt bekommt in diesem Lande doppelt soviel wie das Militär. Ich begreife schon, dass unser Volk gegen den F/A-18 ist, wenn man ihm diese Tatsachen immer wieder verschweigt und immer so tut, als ob einzige das Militär etwas kostet! Das ist im Grunde genommen keine klare Politik, wie wir sie in der heutigen Zeit einfach haben müssen.

Wir müssen die ganze Wahrheit sagen und nicht immer nur die Dinge, die uns in den politischen Kram passen. Es ist unsere Aufgabe, unsere Entscheide nach bestem Wissen und Gewissen zu fällen. Deshalb müssen wir diesen für die Zukunft unseres Landes heute so wichtigen Entscheid nach sachlichen Kriterien fällen und nicht nach der momentanen Stimmung, die gewisse Leute aus politischen Gründen in diesem Lande angeheizt haben. Ich erinnere Sie an unsere Verantwortung. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Frau Weber Monika: Ich habe das Gefühl, ich störe einen Gottesdienst. Letzte Woche wurde gesagt, dass man zuerst die Bauern zufriedenstellen müsse, bevor man an den F/A-18 herangehen könne. Wir haben das gestern und vorgestern gemacht. Heute werden Sie den F/A-18 beschliessen. Ich werde der Beschaffung nicht zustimmen und begründe meinen politischen Entscheid in fünf Punkten.

Vorausschicken möchte ich: Ich habe es mir nicht einfach gemacht. Wie beim Panzer Leopard habe ich mit verschiedenen Fachleuten gesprochen. Dem «Leo» habe ich damals zugestimmt. Die strategische Situation, weltweit gesehen, hat sich aber unterdessen komplett geändert. Unser Kommissionspräsident hat gesagt, wenn man ja zur Armee sage, müsse man auch diesem Flieger zustimmen. Ich möchte betonen, dass man auch ja zur Armee sagen und mit einem solchen Geschäft einmal nicht einverstanden sein kann. Ich glaube, die absolute Art der Begründung des Präsidenten kann man ausschliesslich im höchsten Bedrohungsfall anwenden.

1. Es ist unbestritten, dass der F/A-18 technisch ein äusserst leistungsfähiges Flugzeug ist. Es leistet aber für unsere Verhältnisse nach Aussagen von Experten eher zu viel. Die Schweiz ist für dieses Superflugzeug zu klein. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung von Herrn alt Bundesrat Friedrich, an dessen Armetreue sicher niemand zweifelt. Er äusserte sich im letzten Jahr in einer Zeitschrift zum vergangenen Golfkrieg. Er zog den Schluss, dieser Krieg habe einen derart grossen technischen Schritt gebracht, dass ein Kleinstaat wie die Schweiz den technischen Wettkampf nicht mehr mitmachen könne. Sinnvoll sei unsere militärische Landesverteidigung nur noch im Verband mit einem europäischen Sicherheitssystem.

2. Der Kauf des F/A-18 wäre also erst sinnvoll, wenn sich die Schweiz damit den Beitritt in ein solches System der europäi-

schen Staaten erkaufen könnte. Davon ist aber überhaupt nicht und nirgends die Rede. Das hat heute morgen auch unser Kommissionspräsident sehr deutlich gesagt.

Ein Wort zur Bedrohungslage: Zwar ist es heute so, dass wir in einer sehr destabilisierten Welt leben, aber – das wurde auch bereits gesagt – eine Bedrohungslage für die Schweiz ist kaum vorstellbar, auf jeden Fall nicht eine, die von uns einen einsamen Einsatz mit einem absolut exotischen, man kann auch sagen eigenständigen Flieger erforderte.

3. Dass sich die Piloten unserer Armee ein Superflugzeug wie den F/A-18 wünschen, ist begreiflich. Doch hat der Bundesrat mit seiner Zustimmung meines Erachtens den Sinn für die Proportionen verloren. Wenn ich daran denke, dass der Bund heute knapp 30 Millionen Franken für die Kultur ausgibt, so komme ich nach Adam Riese auf etwas Ungeheures: Die 34 Flieger kosten soviel wie hundertzwanzig Jahre schweizerische Kulturpolitik. Der F/A-18 ist zu teuer, wenn wir daran denken, welche Aufgaben vor uns stehen. Stichworte: Migration, Sozialversicherungen, Neue Armut usw.

4. Mit Interesse habe ich das Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission gelesen. Ich will nicht vorlesen, was darin steht, Sie haben es auf Ihrem Pult. Aber es ist darauf hinzuweisen, dass man solche Forderungen und Anregungen meistens vorbringt, bevor man einen Entscheid trifft. Dieses Postulat zeigt klar, dass die Folgekosten noch nicht feststehen und dass wir es in den nächsten Jahren mit einem Ratten schwanz von Sachzwängen zu tun haben werden. Auch die Europäuglichkeit scheint strategisch alles andere als abgeklärt zu sein. Das kann man aus diesem Postulat herauslesen.

5. Ich fürchte, dass die Zustimmung zu diesem Riesengeschäft unserer Landesverteidigung mehr schadet als nützt. Ich hätte es als klug empfunden, wenn man zuerst einmal die Armeereform durchgezogen hätte, wenn man 1995, nach Abschluss dieser Reform, die Bedürfnisse neu aufgezeichnet und dann erst entschieden hätte, welche Bedürfnisse zum Zug kommen sollen. Wir haben es mit einer wachsenden Kritik an der Armee in unserem Land zu tun. Die Kritik an der Landesverteidigung wird nach diesem Entscheid leider noch steigen. Die GSoA-Initiative wird unserem Lande eine neue Polarisierung und einen riesigen Kräfteverschleiss bringen, der uns um Jahre zurückwirkt. Das bedaure ich sehr.

Ich meine deshalb: Wer die Landesverteidigung als etwas Sinnvolles ansieht, muss heute den F/A-18 nicht erzwingen wollen, sondern gegen ihn stimmen.

M. Béguin: Il y a les adversaires traditionnels de l'armée, et nous ne les convaincrons pas. A l'époque où l'empire totalitaire de l'Est menaçait nos libertés, ils niaient déjà le danger, quand bien même ils connaissaient ou pouvaient connaître le dessein annoncé de Lénine de promouvoir la révolution mondiale, quand bien même le gigantesque potentiel militaire des forces du Pacte de Varsovie et la structure de l'économie de ces pays conçue comme une économie de guerre auraient dû ouvrir les yeux des optimistes les plus incurables.

Il y a ceux qui, depuis l'effondrement du communisme comme système politique mais pas nécessairement comme idéologie, estiment que la menace a disparu, ou du moins qu'elle a à ce point changé de nature que tout notre concept de défense doit être repensé et qu'il est urgent d'attendre. Ceux-là n'ont pas entièrement tort. Je me permettrai quand même de rappeler à M. Roth, qui fait partie de ceux-là, député démocrate-chrétien, cette affirmation de Bossuet: «Toute erreur est fondée sur une vérité dont on abuse».

Il est évident que la menace n'est plus la même. Il est vrai qu'elle ne peut pas être identifiée, aujourd'hui, de manière claire et qu'on ne peut qu'imaginer les diverses formes de sa résurgence. Mais imaginer, à partir de l'observation des faits, c'est-à-dire prévoir, n'est-il pas précisément le devoir naturel de l'Etat? Il y a bien des raisons qui viennent nourrir notre inquiétude dans le monde: l'instabilité politique chronique des pays de l'Est, une économie totalement sinistrée avec son cortège de misères et de frustrations, dans un climat de nationalisme exacerbé, accompagnée dans beaucoup de républiques de l'ancienne Union soviétique d'une montée inquiétante de l'antisémitisme et des thèses révisionnistes qui pour-

raient permettre des coups d'état de dictateurs, qu'ils soient de gauche ou de droite peu importe; la réalité du potentiel militaire aussi bien nucléaire que classique qui existe toujours; le danger d'une dissémination, d'une vente à des pays tiers – on l'a vu c'est déjà une réalité; la fuite des savants prêts à se mettre au service de dictatures sans scrupules; enfin la montée de l'islam intégriste qui s'installera demain en Algérie – pas besoin d'être prophète pour l'affirmer – et après-demain dans les pays du Maghreb, c'est-à-dire au bord de la Méditerranée, soit à nos portes.

Tous les éléments sont là qui pourraient rapidement nous conduire à des tensions internationales, voire à des menaces de guerre, classique ou non.

Personne n'avait prévu la chute du Mur de Berlin, aucun expert, tout bardé de diplômes, tout gonflé de science qu'il fût, n'avait prévu cet événement, personne ne peut prévoir ce qui se passera demain en Europe. Cette incertitude, qui est notre seule certitude, doit nous conduire à la prudence et à faire une manière de pari de Pascal: lui c'était sur l'existence de Dieu, nous c'est sur le risque de la guerre et de la nécessité d'une défense digne de ce nom. Si je me prépare à la guerre et qu'elle ne vient pas, je n'aurai rien perdu; si je ne me prépare pas à la guerre et qu'elle vient, je perds tout. La défense reste indispensable, car «l'épée reste l'axe du monde» comme l'écrivait Charles de Gaulle entre les deux guerres, et cette défense ne peut pas se concevoir sans aviation moderne. Refuser les avions de combat, c'est condamner l'armée de terre. Un mot encore sur le choix de l'avion. Je ne suis pas un expert, mais j'ai un témoin à faire citer: le premier ministre Jacques Chirac, du temps de la cohabitation. Récemment, on l'a interviewé à la télévision française et on lui a demandé s'il reconnaissait avoir un jour, dans l'exercice de sa fonction, commis une erreur. Et il a répondu «Oui, j'ai commis une erreur. Quand j'étais premier ministre de la cohabitation, il fallait remplacer les avions de la Navale et les militaires me proposaient l'acquisition du F/A-18. Pour une raison politique, j'ai choisi le Rafale; j'ai fait une erreur, j'aurais dû écouter les militaires». C'est un témoignage que je vous offre, et en conclusion je reprendrai ce qu'a déclaré M. Villiger, conseiller fédéral, au forum de l'*Hebdo*: «Nous avons à prendre des responsabilités, ces responsabilités, nous les prenons devant l'histoire, nous ne les prenons pas en fonction de l'air du temps et des sondages.»

C'est la raison pour laquelle, sans aucune hésitation, je vous invite à entrer en matière et à suivre les propositions du Conseil fédéral.

Gemperli: Die wesentlichen Entscheidungskriterien für die heutige Vorlage sind erwähnt worden. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nicht bereits Gesagtes lang und breit wiederholen, sondern mich lediglich im Telegrammstil mit drei Hinweisen begnügen.

1. Sicherheitspolitik kann nicht von der Hand in den Mund leben, und eine Armee kann nicht innert Monaten vom Nullpunkt auf eine hohe Bereitschaft gebracht werden; dazu braucht es eine ständige und konsequente Vorbereitung. Herr Plattner hat heute morgen das geflügelte Wort zitiert: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Ich habe es mir gestern bei der Ausarbeitung meiner Intervention auch notiert. Für mich sind diese Worte aber ebenso zutreffend als Grundlage für eine weitsichtige Sicherheitspolitik.

2. Die Reduktion der Truppenbestände im Rahmen der bestehenden Armeereform ist nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig die Flexibilität und die rasche Reaktionsfähigkeit der Truppe verbessert werden. Hierzu ist ein Flugzeug von der Art des vorgeschlagenen ein sehr taugliches Mittel.

3. Die Finanzierung bedeutet zweifellos gerade jetzt einen Effort. Durch die Verschiebung von anderen Vorhaben des EMD sind aber klare Prioritäten gesetzt worden, und der Gesamtrahmen der Rüstung – im längerfristigen Zeitrahmen, der letztlich Orientierung sein muss – ist nicht überzogen worden. So betrachtet ist es auch falsch, Sozialpolitik gegen Sicherheitspolitik auszuspielen, wie es Herr Onken tut. Beide Bereiche sind Staatszwecke, und es geht darum, die richtige Balance zu finden. Ich glaube, das ist unsere Aufgabe, aber nicht die ein-

seitige Verteilung auf den einen oder anderen verfassungsmässig vorgesehenen Staatszweck. Letztlich gilt es zu bedenken, dass bei der Sicherheit eines Landes die Prämien nicht im nachhinein bezahlt werden können.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten. Ich werde dem Beschlussentwurf zustimmen.

Frick: Die Argumente pro und kontra Beschaffung von Kampfflugzeugen sind auf den Tisch gelegt. Ich verzichte darauf, meinerseits diese Argumente zu wiederholen. Aber diese Debatte findet nicht nur im Ratssaal statt, sie findet heute auch in den Stuben der Schweiz statt. Darum scheint es mir nötig, auf zwei Punkte einzugehen, die in der Oeffentlichkeit ein verfälschtes Bild abgeben.

1. Die Bundesaufgaben. Es werden heute in unzulässiger Weise verschiedene Bundesaufgaben gegeneinander ausgespielt: Sicherheitspolitik gegen Umweltpolitik, Sicherheitspolitik gegen Kulturpolitik, Sicherheitspolitik gegen Asylpolitik. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Sicherheitspolitik nur eine der Aufgaben des Bundes ist. Und wir sagen nur die Hälfte, wenn wir sagen, dass diese Flugzeuge 3,5 Milliarden Franken kosten. Sie kosten soviel, das ist wahr; das ist viel Geld, und das ist für jeden schwer verständlich, der mit seiner AHV-Rente auskommen muss. Aber wir müssen mehr sagen; wir müssen auch sagen, dass wir die Bundesausgaben für das Militär seit 1960 von 32 Prozent auf 12 Prozent reduziert haben, dass wir real die Bundesausgaben in den nächsten Jahren senken; Teuerung inbegriffen, zahlen wir gegen 3 Milliarden Franken Friedensdividende. Die Ausgaben aller anderen Departemente aber steigen rapid.

Worum geht es hier? Es geht um das Minimum an Armee, das wir brauchen, um glaubwürdig zu sein. Wenn wir das nicht wollen, so müssen wir konsequent sein und sagen, dass wir keine Armee wollen. Aber wenn wir das Minimum nicht tun, dann müssen wir ganz darauf verzichten und ehrlich die Argumente nennen.

2. Der internationale Bezug. Der Herr Kommissionspräsident hat eingebracht, es müssten verstärkt eine Friedens- und eine Sicherheitspolitik auf internationaler europäischer Ebene gesucht werden. Ich bin derselben Ansicht, doch ist das Argument zu Ende zu denken: Wenn wir international Sicherheitspolitik betreiben müssen und wollen, müssen wir wissen, dass wir unsere aussenpolitischen Primate zuerst ändern müssen. Wir müssen unsere Neutralität zuerst grundsätzlich überdenken. Mit unserer heutigen Form können wir eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa nicht machen. Und dieses grundsätzliche Umdenken erfordert Jahre!

Wir müssen etwas Zweites sehen: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen internationaler Sicherheitspolitik und Verzicht auf den F/A-18. Wenn wir international Sicherheitspolitik betreiben wollen, dann müssen wir ebenfalls einen Anteil – militärische Mittel – in diese europäische Sicherheitspolitik einbringen. Wir dürfen nicht mit leeren Händen kommen. Europa wird uns nicht glauben, wenn wir nach dem Schlagwort handeln: Für die Schweiz die Banken, für das Ausland die Lasten. So funktioniert die europäische Politik nicht. Auch wir haben unseren Versicherungsbeitrag zu leisten.

Dies war meine Replik auf zwei Argumente, die gefallen sind und die meines Erachtens klarzustellen waren.

M. Flückiger: Initialement, notre conseil doit décider du remplacement d'avions militaires techniquement dépassés par des appareils de la dernière génération.

Les paramètres qui dictent ma position sont les suivants: premièrement, en 1989, le peuple suisse a confirmé le principe d'une défense nationale. C'est l'élément de base de l'analyse à conduire sur l'opportunité de souscrire à la proposition du Conseil fédéral tendant à l'acquisition de 34 avions de combat. Le peuple suisse, dans sa majorité, tient à son armée, les autorités doivent pourvoir à son équipement.

Deuxièmement, les Chambres sont compétentes pour examiner et approuver le programme d'armement. La situation intérieure, notamment financière, de même que la situation internationale déterminent les mesures à prendre. En l'occurrence, on s'interdira de baisser les stores pour ne pas voir la réalité

des tensions, conflits ouverts ou potentiels qui n'épargnent aucun continent. On l'a rappelé ce matin, la proximité géographique d'un climat d'adversité d'origine religieuse ou nationale ne permet pas d'exclure des tensions impliquant l'Europe, à un point tel que les experts estiment qu'à terme les deux tiers des crises pourraient avoir l'Europe pour théâtre.

Troisièmement, je constate que les dépenses militaires sont contenues, les priorités budgétaires allant aux tâches civiles, sociales en particulier. Postulat réalisé, l'enveloppe à disposition du Département militaire fédéral est à la baisse. La réorganisation de l'armée sera accomplie dans moins de cinq ans, on tranchera dans les effectifs, des matériels périmés passeront à la trappe, d'où des économies substantielles. Les contribuables que nous sommes peuvent être rassurés; il n'y aura pas d'augmentation d'impôts du fait de la défense nationale.

Quatrièmement, Européen, je souhaitais pour notre armée de l'air un appareil européen. Réponse des experts: aucun avion n'est disponible actuellement ni dans des délais utiles en Europe et qui réponde au cahier des charges! L'évaluation des types d'appareils revient aux spécialistes. Je délègue, je fais confiance. Jusqu'au ministre allemand de la défense qui fait confiance aux Suisses, lui qui n'exclut pas de doter la Luftwaffe de F/A-18, du moment, dit-il, que nous choisissons, nous les Suisses, ce chasseur intercepteur! Ce sera la quatrième raison, vu la fiabilité des évaluations conduites, d'adhérer au projet du Conseil fédéral, compte tenu de surcroît des retombées économiques qui interviendront opportunément en période de récession.

Sur un plan plus général, je constate qu'un parti politique, par ailleurs associé au gouvernement de ce pays, dont le président n'hésite pas à déclarer à la télévision qu'il est contre la défense nationale, s'efforce, avec l'aide d'organisations satellites, de situer le problème par rapport au traditionnel clivage gauche-droite. S'agirait-il d'acheter des couteaux militaires que nous aurions le même débat avec les mêmes oppositions dogmatiques! Or, le peuple a tranché le dilemme. A deux contre un, les électeurs ont admis les sacrifices inhérents à la volonté de défense, sacrifices personnels – y inclus celui d'accomplir un service armé – et sacrifices financiers pour la collectivité.

Je veux bien que, dans ce contexte, le terme de sacrifice peut choquer nos compatriotes, ne sachant plus trop ce qu'il recouvre, déprécié qu'il est dans certains esprits comme l'est d'ailleurs celui de patrie. Ce n'est pas le moindre des paradoxes de la Suisse contemporaine, alors que nos voisins, engagés dans le processus d'intégration européenne, ont compris que la condition de l'unité réside dans l'affirmation de l'identité de chacun des partenaires.

Dans cette affaire à la dimension nationale, les considérations réductrices comme les arrière-pensées doivent marquer le pas. Le pays attend de nous que nous prenions nos responsabilités. Prenons-les en conscience. Le pire serait de continuer à nager dans le psychodrame par absence de décision. J'entrerai en matière et voterai l'arrêté.

Pour le surplus, personne ne voudra croire que la Suisse sera respectée par la communauté internationale avec un sabre de bois pour son armée de l'air en lieu et place d'un équipement crédible.

Bloetzer: Gestatten Sie mir zwei kritische Bemerkungen, bevor ich zu meiner grundsätzlichen Stellungnahme komme. Die erste Bemerkung betrifft den zeitlichen Ablauf des Geschäfts. Es ist für mich schwer verständlich, weshalb wir uns mit dieser Vorlage in Zeitdruck manövriert haben, so dass wir in diesem Rate heute über die Beschaffung von Kampfflugzeugen und damit über ein wesentliches Element des zukünftigen Armeekonzeptes entscheiden und erst Monate später über das Armeeleitbild beraten. Vor dem Volk stehen wir da wie ein Bauherr, der im März das Dach einkauft und Monate später entscheidet, was für ein Haus er bauen will. Ein umgekehrtes Vorgehen wäre zweifelsohne richtiger und nachvollziehbar. Die zweite Bemerkung. Wir befinden uns in einer Zeit der grossen, kostenintensiven Projekte: Alpentransit, «Bahn 2000», Erneuerung des Krankenkassenwesens, europäische Integration, Neuordnung der Agrarpolitik und Armeereform. Es sind

Projekte, die über Jahrzehnte hinaus Bestand haben werden, mit denen wir unsere Zukunft massgeblich gestalten und deren Realisierung in eine Zeit der knappen öffentlichen Finanzen fällt. Es muss deshalb gespart werden. Trotzdem ist es richtig, die Realisierung dieser Projekte in dieser besonderen Lage an die Hand zu nehmen. Es darf jedoch keinesfalls auf dem Rücken der Randregionen, der Berggebiete und der wirtschaftlich Schwächeren erfolgen. Genau das ist es aber, was wir zu tun uns anschicken. Seit Jahren versprechen das EMD und der Bundesrat dem Kanton Wallis den Lastenausgleich, die volkswirtschaftliche Abgeltung der überdurchschnittlichen Belastung durch Truppen sowie Schiess- und Flugbetrieb. Das Gegenteil wird getan: In Tat und Wahrheit werden im Militärbereich und auch in den übrigen Bundesbereichen Arbeitsplätze abgebaut und Sparübungen angelegt, die wieder einmal vor allem die Randgebiete treffen. Das kann so nicht mehr länger hingenommen werden.

Ich bin der Ueberzeugung, dass die Schweiz als souveräner und unabhängiger Staat in der Lage sein muss, ihren Luftraum zu schützen und dass unsere Armee nach innen und aussen nur glaubwürdig ist, wenn sie in der Lage ist, die Verteidigung des Luftraumes sicherzustellen. Meine Vorredner haben die Gründe dafür klar dargelegt.

Ich bin deshalb für Eintreten, und ich stimme der Vorlage des Bundesrates zu. Ich erwarte aber vom Bundesrat, dass er Gegenrecht hält und dass er gemeinsam mit dieser Vorlage heute und an dieser Stelle den längst fälligen Lastenausgleich zugunsten der Randgebiete im allgemeinen und des Kantons Wallis im besonderen auf glaubhafte Art und Weise zusichert.

Jagmetti: Alle Redner und Rednerinnen haben festgestellt, dass sich die Welt grundlegend geändert hat. Wir haben innerhalb von drei Jahren Weltgeschichte im Zeitraffer erlebt. Wir stellen fest, dass es äusserst schwierig ist, auch nur für fünf Jahre eine Prognose zu stellen. So ist es offensichtlich, dass wir uns weniger denn je erst vorbereiten können, wenn die Herausforderung schon da ist. Das gilt in ganz besonderem Masse für die Flugzeugbeschaffung und die Ausbildung der Fliegertruppen, insbesondere der Piloten. «Schnellbleiche» ist hier nun wirklich nicht möglich.

Die Sicherheit hat neue und vielfältige Aspekte. Es ist zu Recht auf Umwelt, Bevölkerungsentwicklung und Not in weiten Teilen der Welt hingewiesen worden. Nur schliessen neue Gefahren die alte des Machtmissbrauchs nicht einfach aus; nicht nur, aber auch auf ihn müssen wir eine Antwort haben.

Die Welt ist auch räumlich eng vernetzt. Auf Europa allein können wir nicht mehr schauen. Unser Land muss seine Position in einem neuen Sicherheitssystem bestimmen und auch gestalten. Da wird jener Gewicht und Stimme haben, der eigene Anstrengungen unternommen hat. Nur wer etwas beizutragen hat, hat etwas zu sagen. Das gilt auch, wenn dem Machtmissbrauch entgegenzutreten ist und wir verteidigen müssen, was wir in unserem Land geschaffen haben.

Solche Gedanken führen mich nach sorgfältiger Prüfung – die seinerzeitige Militärikommission hat sich schon 1988 mit dem F/A-18 befasst – zur Bejahung der Vorlage, die andere Aufgaben nicht in Frage stellt, weil wir dort nicht wegnehmen, was wir hier brauchen. Die Erfüllung der anderen Aufgaben bleibt voll gewahrt.

Bundesrat Villiger: Sie stehen vor einem Entscheid, der für Sie nicht einfach ist; er war es auch für mich nicht. Ich weiss, dass viele von Ihnen, im Bewusstsein um ihre Verantwortung, um diesen Entscheid gerungen haben. Die Debatte hat das gezeigt, und ich möchte Ihnen für das Niveau dieser Debatte – das ist allerdings im Ständerat selbstverständlich – danken.

Es geht vordergründig um den normalen Ersatz eines überalterten Waffensystems. Sie wissen aber, dass nun auch Kräfte aufgetaucht sind, die der Armee für Jahre verwehren wollen, einen tauglichen Luftschild aufzubauen. Damit hat dieses Geschäft natürlich eine grundsätzliche Bedeutung erhalten, die es beim Entscheid zu bedenken gilt.

Ich war auch beeindruckt vom Ernst und der Sorgfalt, mit denen Ihre Kommission diese Vorlage geprüft hat. Die Kommission hat weder sich noch das EMD geschont. Darüber bin ich

froh, denn Sie sollen diesen Entscheid aus Ueberzeugung fällen können. Wir haben versucht – auch vom EMD aus –, die zahllosen Fragen, die die Kommission gestellt hat, zu beantworten. Wir haben das auch in der Kommission mit unzähligen Papieren getan. Es ist dann aus der Kommission und vom Sekretär der Wunsch gekommen, diese Antworten zusammenzufassen und Ihnen allen in Berichtform zur Verfügung zu stellen. Deshalb bin ich etwas überrascht von der Kritik Ihres Präsidenten an diesem Bericht, den ich lieber nicht gemacht hätte – wir wollten das für Sie tun. Ich frage Sie: Was kann eigentlich falsch daran sein, wenn wir die Fragen offen beantworten wollen? Was kann falsch sein, wenn wir offensichtliche Informationsbedürfnisse erfüllen?

Nun, warum dieses Kampfflugzeug? Ich will von drei sehr einfachen Erkenntnissen ausgehen:

1. Unsere Flugzeuge werden alt; wir müssen sie ersetzen.
2. Jede Armee braucht heutzutage einen Luftschild, wenn sie ihren Verteidigungsauftrag erfüllen will.
3. Wir brauchen für unsere Sicherheit auch im Europa der Zukunft eine Armee, und wenn schon, dann eine glaubwürdige. Lassen Sie mich diese einfachen Aussagen begründen:

1. Unsere Flugzeuge werden alt; wir müssen sie ersetzen. Wer

die öffentliche Diskussion um dieses Flugzeug verfolgt,

könnte den Eindruck erhalten, hier würde etwas ganz Gewaltiges,

völlig Neues aufgebaut; das ist aber nicht der Fall. Wir erneuern schlicht und einfach einen Teil unserer Luftwaffe. Wir machen also nichts anderes als das, was jeder Taxiunternehmer und jeder Transportunternehmer periodisch tun müssen:

Wir erneuern einen Teil der Luftflotte. Ich frage Sie: Wer von Ihnen fährt noch ein Auto mit Jahrgang 1955 oder 1960? Jedes

Rüstungsgut muss irgendeinmal ersetzt werden, weil es altersschwach geworden ist oder weil es technisch überholt ist

oder sogar beides. Einmal sind das Gewehre, einmal Raketenrohre oder Panzer, und irgendeinmal sind das hält Flugzeuge.

Das ist ein völlig normaler Vorgang. Er ist seit Jahren eingeplant, und einmal ist die Zeit dafür gekommen. Ich weiss

schon, dass die Zeit, wenn sie gekommen ist, immer gerade die falsche Zeit ist – aber einmal kommt sie halt.

Unsere Flugzeuge sind den modernen Kampfflugzeugen,

über die fast alle Armeen verfügen, ganz einfach nicht mehr

gewachsen. Es gibt im Luftkampf nicht einen, der die Goldmedaille macht, und einen, der Silber macht; es gibt nur einen,

der den Luftkampf gewinnt, und den anderen, der abgeschossen wird – es gibt nichts dazwischen.

Wenn unsere Piloten im Ernstfall auch nur die geringste Chance haben sollen, dann müssen sie ungefähr gleich gute Flugzeuge haben wie die möglichen Gegner. Das hat überhaupt nichts mit Aufrüstung zu tun. Wir liquidieren 130 alte Flugzeuge, und statt dessen schaffen wir 34 leistungsfähigere an; das führt zu einer Reduktion der gesamten Kampfflugzeugflotte um ungefähr einen Drittel. Wir machen also genau das, was alle europäischen Streitkräfte im Moment machen: Wir verkleinern die Armee, wir scheiden aus, was alt und obsolet geworden ist; wir modernisieren, wir wollen ein kleineres Ausmass, aber qualitativ gut und modern.

2. Jede Armee braucht einen Luftschild. Eine Armee, welche zuerst mobilisieren muss, und eine Armee, welche über mechanisierte Elemente verfügt, die sich auch bewegen können sollen, braucht einen Luftschild. Ohne einen solchen Luftschild verlieren die mechanisierten Brigaden den Vorteil ihrer Mobilität völlig. Sie können ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, wenn sie sich nie bewegen können; sie sind dann sozusagen Festungstruppen. Während des Golfkrieges konnte das jeder Fernsehzuschauer erkennen; deshalb wundert es mich auch etwas, dass man es immer wieder erklären muss. Aber auch die Bevölkerung hat im Konfliktfall Anspruch auf ein Dach über dem Kopf, und zwar heute wir selbst und morgen unsere Söhne und Töchter. Sie sollen die gleiche Sicherheit haben wie wir, gegenüber Bedrohungen und Erpressungen mit Gewalt nicht schutzlos zu sein. Es ist mir auch keine Armee bekannt, die glaubt, ohne eine Luftverteidigung mit modernen Mitteln auszukommen, und dies völlig unabhängig von Konzeption und Doktrin.

Deshalb würde auch unsere heutige Armee, wenn wir sie nicht verändern würden, neue Flugzeuge brauchen. Unsere neue

Armee braucht sie, und deshalb, Herr Bloetzer, kann man das simultan machen, weil dies eigentlich von der Doktrin unabhängig ist. Jede andere Armee, die Sie sich ausdenken können, bräuchte moderne Luftverteidigungsmittel. Im modernen Konflikt ist eben kein Raum gefährdet als der Luftraum, kein Arsenal ist moderner als die Luftwaffen, und deshalb braucht eine Armee, die modern und glaubwürdig bleiben will, hier gleich lange Spiesse – nicht etwa längere; wir wollen ja nichts anschaffen, was andere nicht schon längst haben. Deshalb haben auch kleine Nato-Länder wie Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen grosse Flotten modernster Kampfflugzeuge – weit grössere, als wir sie haben werden. Das neutrale Schweden baut sogar selber Flugzeuge. Das neutrale Finnland ist im Begriff, solche zu beschaffen.

3. Wir brauchen auch im Europa der Zukunft eine Armee, und zwar eine glaubwürdige. Ich möchte hier etwas weiter ausholen: Was hier gesagt worden ist, das ist richtig. Die Welt hat sich fundamental verändert, und zwar eigentlich dramatisch und historisch gesehen in kurzer Zeit. Dieser Prozess ist, so meine ich, auch noch keineswegs abgeschlossen.

Ist Europa sicherer geworden? Ich meine ja, aber vielleicht auch nein. Während der Friedhofsruhe des kalten Krieges war die Welt stabiler, sie war berechenbar; die Sicherheitspolitik war auch wesentlich einfacher. Für meine Vorgänger war es auch einfacher, hier Rüstungsgeschäfte durchzubringen. Dafür war der grosse Konflikt zwischen Ost und West nicht ausgeschlossen, vielleicht sogar mit der Konsequenz des atomaren Holocaust. Heute besteht die Chance, dass sich ein Europa vielleicht bis zum Ural bilden wird, das auf Demokratie beruht, auf Marktwirtschaft, auf Menschenrechten. Aber nichts ist stabil, nichts ist berechenbar. Es ist eine Chance, es ist noch keine Realität.

Der Bundesrat hat für diese Lage die Schwerpunkte der Sicherheitspolitik – Sie haben sie hier diskutiert – neu definiert. Wir wollen eine Politik betreiben, welche die Realisierung der Chancen, Herr Plattner, begünstigt, weil wir der Überzeugung sind – ich glaube, auch Herr Onken hat das hier gesagt –, dass ohne stabile Demokratien und ohne stabile Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa ein stabiles Europa nie denkbar sein wird. Das ist eine politische Aufgabe und eine wirtschaftliche Aufgabe; deshalb wollen wir schnell und entschlossen unsere Zusammenarbeit mit diesen Demokratien in Osteuropa, mit diesen noch verletzlichen Demokratien, intensivieren. Wir wollen auch unsere Armee subsidiär für sicherheitspolitische Massnahmen einsetzen und damit zur Stabilität dieses Europas beitragen, weil wir wissen, dass diese Stabilität für unsere Sicherheit entscheidend wichtig ist.

Wir dürfen nun aber trotz dieser Hoffnungen die Risiken, die es auch gibt, nicht übersehen, und das gehört zu Ihrer Verantwortung und zur Verantwortung des Bundesrates. Auch die kommenden Generationen – ich habe es angedeutet – haben ein Recht darauf, dass wir heute nicht nur euphorisch, nicht nur hoffnungsvoll, nicht nur idealisierend beurteilen, sondern nüchtern und sachlich. Wenn wir das tun, so zeigt sich, dass diese Demokratien eben zum Teil noch alles andere als gefestigt sind. Armut und volkswirtschaftliche Misere – Sie kennen das aus dem Deutschland der dreissiger Jahre – können ein Nährboden für Nationalisten, für Demagogen, für Diktatoren und für andere Volksführer werden. Sie wissen alle, dass am Rande dieses Europas Konflikte entstehen können und zum Teil schon entstanden sind, die uns längerfristig bedrohen können. Beunruhigend ist auch, was mit den gewaltigen Waffenarsenalen, die es auf den normalen und auf den schwarzen Märkten noch gibt, geschehen wird. Sie werden jetzt zusammen mit dem Know-how zum Teil an unberechenbare Diktatoren – die nicht so weit von uns weg sind – weitergegeben.

Unsere Welt ist keine friedliche Welt. Sie müssen nur am Abend den Fernsehapparat einschalten, wenn Sie das sehen wollen. Wer nicht weltfremd sein will, kann seine Augen vor dieser Tatsache nicht verschliessen. Es scheint mir ein elementares Gebot der Vorsorge, dass man auch für Risikoentwicklungen die nötigen Massnahmen trifft; welche, darüber kann man sich natürlich streiten, und das tun wir hier heute ja in jeder Weise.

Jedes Haus – auch Ihr eigenes – hat eine Brandversicherung, und zwar nicht, weil Hausbrände besonders häufig sind, sondern weil sie nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können.

Eine sehr wichtige Erkenntnis hat die jüngere Vergangenheit wieder bestätigt: Geschichte ist grundsätzlich nicht vorhersehbar. Keiner, und keiner der grossen Experten, die sich jetzt wieder äussern, konnte mir vor drei Jahren, als ich dieses Amt antrat, sagen, wie heute die Situation aussehen würde, und keiner kann mir heute sagen – auch wenn er es vielleicht versucht –, wie die Situation in zehn Jahren sein wird. Sie können heute wieder Reden halten, wie sie in den zwanziger Jahren gehalten worden sind, als einer meiner Vorgänger, Karl Scheurer, ähnliche Probleme hatte. Sie müssen nur Völkerbund durch Uno ersetzen. Kollektive Sicherheit, nie wieder Krieg: Sie müssen das nur umdatieren und können die Rede heute wieder halten. Auch damals hat man die Geschichte nicht vorhergesehen. Alle Länder in Europa denken so. Alle denken in bezug auf Risikovorsorge gleich. Keiner will die Armeen abschaffen, außer ein paar Schweizern.

Wir haben unlängst eine Zusammenkunft der Generalstabschefs der neutralen europäischen Länder gehabt; ich sage das vor allem auch zu Herrn Plattner. Diese Länder, ganz extrem Schweden, gehen von der eigenständigen Verteidigung aus. Deshalb wollen Finnland und Schweden in noch grösserem Ausmass als wir neue Kampfflugzeuge beschaffen. Ich nehme an, dass dort auch kluge Leute und auch Experten sind, die die Lage einigermassen beurteilen können. Erratische Blöcke in einer anderen Landschaft sind also unsere Beurteilungen im internationalen Massstab nicht.

Armeen haben ja heute auch eine stabilisierende Funktion. Es darf niemand diese Ungewissheit und diesen Wandel militärisch für seine machtpolitischen Zwecke missbrauchen können. Denken Sie sich nur den Fall, Westeuropa hätte keine Verteidigungsstreitkräfte: Was für Risiken würden wir in dieser Zeit des Umbruchs und Zerfalls eines grossen Reiches eingehen! Es soll also niemand Armeen machtpolitisch missbrauchen dürfen. Deshalb brauchen wir in Europa nach wie vor Armeen, die sich verteidigen, in Zukunft hoffentlich aber nicht mehr angreifen können. Damit sichern solche Armeen den Wandel. Sie sind sozusagen Stützmauern der Chancen. Vielleicht, Herr Plattner, könnten Sie sich bei Ihren morgendlichen Depressionen auch einmal gewisse Gedanken gerade über diesen Aspekt der Funktion der Armeen im neuen Europa machen. Deshalb brauchen solche Armeen, wenn sie verteidigungsfähig bleiben wollen, einen tauglichen Luftschild und damit – ob das mir gefällt oder nicht, ob das Ihnen gefällt oder nicht – eben moderne Kampfflugzeuge!

Aus allen diesen Überlegungen geht hervor, dass es bei diesem Geschäft nicht nur um die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges geht, nicht nur um eine Typenwahl und nicht einfach nur darum, ob es etwas teurer oder etwas billiger ist. Es geht auch nicht um die Frage, ob wir das heute oder morgen entscheiden sollen. Es geht um die Frage, ob wir bereit sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass unsere gute, moderne, leistungsfähige Bodenarmee jenen Luftschild hat, den sie heutzutage für ihre Verteidigungsfähigkeit braucht. Es geht also auch darum, ob wir bereit sind, Verantwortung für dieses Land wahrzunehmen, und dabei auch den Mut haben, schwierige und teilweise nicht so populäre Entscheide zu fällen.

Natürlich, ich höre immer wieder die Idee, wir könnten eigentlich den Schutz des Luftraumes auch anderen Ländern überlassen; es ist hier angetönt worden. Zuerst müssen Sie einmal ein solches Land finden, welches das für Sie macht, gewissermassen moderne Söldner. Wir wüssten dann aber auch nie, ob wir im Bedarfsfall wirklich geschützt würden; denn ob in einem Konfliktfall in Europa für die wahrscheinlich auch knappen Kampfflugzeuge jenes Landes gerade die Schweiz Priorität hätte, kann keiner sagen. Zudem wäre ein solcher Schritt ein für mich unerträgliches Schwächezeichen unseres Landes, das eine jahrhundertealte Tradition der Unabhängigkeit besitzt.

Die Alternative könnte natürlich ein Beitritt zu einem europäischen Verteidigungsbündnis sein. Aber einem Bündnis beitre-

ten heisst nicht nur Nehmen, sondern auch Geben. Auch als Bündnispartner müssten wir unsere Beiträge leisten. Ich habe vorhin die kleinen Nato-Länder erwähnt, die modernste Flugzeuge für die Verteidigung auch anderer Länder und nicht nur für sich selber haben. Was immer wir also tun: Der Beitrag, den wir leisten müssen, ist konstant, und auch die Beteiligung an einem europäischen Sicherheitssystem wäre nicht gratis. Herr Schoch – nicht der Kommissionspräsident, sondern der Ständerat; er selber hat ja diese Unterscheidung gemacht – hat die Wehranstrengungen unseres Landes für die autonome Verteidigung als übersteigert kritisiert. Ich kann ihm nur sagen: Die kleinen Nato-Länder wenden in Prozenten ihres Sozialproduktes mehr für die Verteidigung auf als wir mit unserer Milizarmee.

Nun komme ich zum Zeitpunkt des Entscheides. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, ob dieses Flugzeug nun wirklich heute beschafft werden müsse. Und einmal mehr, wie bei allen grossen Problemen in diesem Lande, erschallt der Ruf nach einer Denkpause und nach einem Moratorium. Ich bin überzeugt, dass zur Verantwortung nicht nur gehört, dass man handelt, sondern auch, dass man rechtzeitig handelt. Und wer nachgedacht hat, braucht auch keine Denkpause. Wenn wir heute neue Flugzeuge beschliessen – Sie sehen das in der Botschaft –, wird die letzte Staffel ungefähr 1998 einsatzfähig sein. Das zeigt Ihnen auch, wie lange es eben dauert, bis solche moderne Waffensysteme erneuert werden können. Wenn Sie die Evaluation noch dazunehmen, geht das gut und gern zehn bis fünfzehn Jahre.

Deshalb darf man – und das ist auch eine historische Erfahrung – die Beschaffung neuer Rüstungsgüter nicht von kurzfristigen Schwankungen der sicherheitspolitischen Lage abhängig machen; denn wenn die Spannung plötzlich steigt, können sie in nützlicher Frist nicht mehr beschafft werden. Einige Herren – auch Herr Loretan – haben auf diese Erfahrung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen; eine schmerzliche Erfahrung. Als man nämlich in jener Zeit, nach dem Ersten Weltkrieg, nicht mehr an eine Bedrohung glaubte, vernachlässigte man während Jahren die Rüstung, und als sich dann die neuen Gefahren abzuzeichnen begannen, war eine genügende Modernisierung der Armee in nützlicher Frist nicht mehr möglich. Alle Experten sind sich einig, dass in der Schweiz ein tauglicher Kriegsstand erst nach einigen Kriegsjahren erreicht worden ist, und es wäre schlimm herausgekommen, wenn wir im ersten Kriegsjahr direkt bedroht worden wären. Wir müssen aus solchen geschichtlichen Erfahrungen Lehren ziehen.

Nun komme ich zum Problem der Europafähigkeit, das mich persönlich sehr beschäftigt. Zuerst ein Wort zur Europafähigkeit des Kampfflugzeuges: Viele glauben, ein amerikanisches Flugzeug sei nicht europafähig. Sie können aber in Europa sehen, dass praktisch alle Nato-Flugzeuge, ausser den französischen natürlich, amerikanisch sind. Solange wir neutral bleiben – ich sage das deutlich, um Herrn Büttiker zu beruhigen, den anscheinend meine Vordenkerbemerkungen, die ja für einen Bundesrat immer etwas gewagt sind, verunsichert haben –, stellt sich dieses Problem nicht, denn wir als Neutrale müssen unsere Verteidigung nicht maximal, aber angemessen selbstständig organisieren. Ich halte es zwar in dieser Zeit des Umbruches nicht für ausgeschlossen, dass wir uns in einigen Jahren vielleicht in ein europäisches Luftverteidigungssystem eingliedern möchten. Ein solcher Entscheid wäre aber hochpolitisch. Er wäre mit der Neutralität nicht vereinbar, und dazu müsste sich neben Bundesrat und Parlament auch das Volk aussprechen können. Es ist nicht Sache des EMD, von sich aus einen solchen Schritt zu tun. Sollte aber einmal dieser Schritt vom Parlament oder vom Volk gewünscht werden, muss die Armee der Politik folgen können. Deshalb muss sich die Armee bei Beschaffungen für dieses Problem interessieren. Der Bundesrat ist bereit, die neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen einer Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu untersuchen. Das gehört zur Aufgabe einer zukunftsgerichteten Regierungspolitik. Es ist aber heute schon klar, dass im Falle eines bewaffneten Konflikts, in den die Schweiz selber nicht verwickelt ist, eine solche Zusammenarbeit neutralitätsrechtlich nicht erlaubt ist. An dieser Tat-

sache führt kein Wunschdenken vorbei. Bisher bauten wir immer darauf, dass eine wirkungsvolle Verteidigung zum obersten Ziel hat, unser Land aus einem Konflikt herauszuhalten. Das ist der Grundgedanke der Neutralität, und deshalb müssen wir uns gründlich überlegen, ob wir uns wegen eines zufällig anstehenden Rüstungsgeschäftes von dieser Tradition abkehren wollen. Das ist eine grundsätzliche Frage, die wir nicht nur auf den Ersatz von 130 alten Huntern beziehen dürfen. In diesem Sinne ist der Bundesrat bereit, das Postulat Ihrer Kommission entgegenzunehmen.

Ich darf Herrn Iten Andreas und Frau Weber – sie verweisen auf die EG-Politik des Bundesrates und stellen die Frage, ob wir nicht mit Blick auf eine mögliche militärische Zusammenarbeit warten sollten, bevor wir ein solches Waffensystem beschaffen – noch sagen, dass für mich das Flugzeug unabhängig von der Struktur der Armee oder vom Verhältnis zu Europa nötig ist. Außerdem ist die EG noch keineswegs eine Verteidigungsgemeinschaft, und es wird ein langer Weg bis dorthin sein, sofern es überhaupt je dazu kommt. Zudem entscheidet dann nicht der Bundesrat über einen solchen Beitritt, sondern das Schweizervolk. Bis das soweit ist, werden noch einige Jahre vergehen.

Einige Bemerkungen zur technischen Eingliederung in ein solches Luftverteidigungssystem: Ein Luftverteidigungssystem besteht aus drei Elementen, nämlich aus Sensoren, aus Waffensystemen und aus Rechnern und Uebermittlungsmitteln. Die Sensoren sind die Radarstationen – stationäre auf den Bergen oder mobile in Flugzeugen –, die Waffensysteme sind Raketen oder Flugzeuge, und die Rechner und Uebermittlungsmittel verknüpfen das Ganze. Um eine Verträglichkeit zwischen den verschiedenen Systemen auch in Europa zu erreichen, ist es nicht nötig, dass die Sensoren oder die Waffensysteme identisch sind; sondern die Betriebssysteme müssen verbunden werden. Das ist ähnlich wie die Vernetzung bei Computersystemen. Solche Fragen stellen sich vor allem dann, wenn wir einmal das Florida-System ersetzen wollen.

Damit komme ich wieder zu Ihrem Postulat und zum Votum von Herrn Loretan. Florida stammt aus den sechziger Jahren; es arbeitet immer noch befriedigend. Der Ersatz ist vorgesehen, aber die Beschaffungsreife wird – auch wenn wir uns beileiben, und das wollen wir – nicht vor 1995 möglich sein. Dieser Ersatz kommt unabhängig davon, ob wir jetzt ein Flugzeug beschaffen oder nicht. Die Inbetriebnahme wird etwa 1999 möglich sein. Im Sinne Ihres Votums, Herr Loretan, möchten wir das so rasch wie möglich, aber solide tun. Wir glauben, dass das nach heutigem Geldwert etwa eine halbe Milliarde kosten dürfte. Das ist auch in unserer langfristigen Rüstungsplanung vorgesehen.

Die Integration des F/A-18 in solche Verbünde wäre problemlos möglich; das hat der Golfkrieg bewiesen, wo F-14, F-15, F-16, F-18 und auch Tornados problemlos im gleichen System zusammengearbeitet haben.

Auch mit der «Armee 95» wollen wir Strukturen schaffen, die wir an eine europäische Zusammenarbeit anpassen können, aber nur, wenn man das in diesem Land politisch will. Deshalb haben wir im Armeelitebild das Denken in Varianten, in Optionen eingeführt. Wir schaffen nicht etwas für Jahrhunderte, sondern wir schaffen etwas, das wir wieder an neue Gegebenheiten anpassen können.

Ich gestatte mir noch eine politische Bemerkung: Europafähigkeit ist nicht nur eine Frage des Flugzeugtyps, sondern unsere ganze Politik muss europafähig sein, nicht nur die Integrationspolitik. Dazu gehört auch, dass wir mit einer berechenbaren und verantwortungsvollen Politik Vertrauen in die Stabilität dieses Landes schaffen. Nach all den innenpolitischen Problemen der letzten Jahre ist dieses Vertrauen zumindest im Ausland nicht gewachsen. Ein Land, das immer wieder die wichtigen Mittel seiner Selbstbehauptung in Frage stellt oder gar darauf verzichten will, gewinnt kein Vertrauen. Auch ein ewiges Auf und Ab und Hin und Her und Entscheidungsunfähigkeit bei wichtigen Fragen schaffen kein Vertrauen. Unsere Verantwortung erfordert, dass wir klare Signale setzen und nach aussen zeigen, dass wir bereit sind, auch unseren Teil zur Sicherheit Europas beizutragen.

Zu den Finanzen: 3,5 Milliarden Franken sind auch für mich

viel Geld. Ich verstehne jeden Bürger, der damit Probleme hat. Ich habe mit der Nachevaluation des Mirage 2000, von der wieder meine Generäle noch meine Gruppe für Rüstungsdienste begeistert waren und schon gar nicht die Amerikaner, gegenüber allen meinen Mitarbeitern den Tatbeweis erbracht, dass ich eine kostengünstigere Lösung suchen wollte. Leider erlauben mir diese Nachevaluationsergebnisse – trotz dem grossen PR-Einsatz, den Sie im Moment erleben – nicht, Ihnen verantwortungsbewusst diese Lösung vorzuschlagen. Wir sind dafür verantwortlich – und diese Verantwortung übernehme ich –, dass wir das Geld für die Armee optimal einsetzen und die richtigen Prioritäten setzen. Deshalb wollen wir angesichts der sicherheitspolitischen Chancen, die wir sehen – es hat mir letzthin jemand gesagt, Herr Onken, es hätte noch kaum ein Chef EMD so häufig von Chancen und nicht nur von Risiken gesprochen –, die Mittel für das Militärbudget real senken. Da ich dieser Senkung auch politisch, als Bundesrat und Mitverantwortlicher für die Gesamtregierung, zugestimmt habe, habe ich viele Vorwürfe von der anderen Seite bekommen, die sagen, ich mache mit meinen militärischen Budgets zu grosse Konzessionen an den Zeitgeist. Das Budget ist verantwortbar; deshalb haben wir gegenüber den ursprünglichen Ausgaben im EMD die Finanzpläne massiv gekürzt, und verglichen mit 1990 werden unsere Investitionen bis 1995 real um einen Fünftel absinken. Das ist eine beachtliche Friedensdividende. Der Anteil der Militärausgaben am Bundesbudget betrug 1960 32 Prozent, 1990 noch 17 Prozent, und 1995 wird er noch 12 Prozent betragen; im Jahre 2000 wahrscheinlich noch weniger. Damit übernimmt das EMD meines Erachtens auch seinen Teil an Verantwortung bei der Sanierung der Bundesfinanzen. Herr Onken, ich habe für Ihre Ueberlegungen alles Verständnis, aber außer dem EMD wachsen alle Departemente – im Sozialbereich, im Forschungsbereich, im Bildungsbereich – überproportional, stärker als die Wirtschaft, als die Teuerung. Also kann keiner sagen, wegen der Militärausgaben werde irgendeine andere Aufgabe des Bundes ungebührlich benachteiligt.

Ich bin mir bewusst, und auch eine Umfrage zeigt es, dass viele Menschen in diesem Lande glauben, wegen dieses Flugzeuges käme es zu Steuererhöhungen. Das ist nicht wahr. Wir müssen dieses Flugzeug innerhalb dieser real abnehmenden Budgets finanzieren. Es werden deshalb keine Bauern wegen der Armee hungern müssen; es wird keine AHV-Rente wegen der Armee nicht mehr gesichert sein. Ich glaube auch nicht, dass mit dem Verzicht auf eine einmalige Rüstungsausgabe die Bundesfinanzen dauerhaft saniert werden können – im Gegenteil: Das eingesparte Geld wird rasch verteilt sein, die Begehrlichkeiten werden wieder wachsen, und in kurzer Zeit werden wir wieder den gleichen Zustand haben; davon bin ich überzeugt.

Um die Belastung des Bundeshaushaltes klein zu halten, haben wir Prioritäten gesetzt. Wir verzichten auf das Rüstungsprogramm 1993. Alles, was nicht unbedingt nötig ist, wird in diesem Departement nicht mehr gekauft; aber wir wollen die übrigen legitimen Bedürfnisse der Armee, die wir nach Prioritäten geordnet haben, nicht vernachlässigen. Wir haben diese Prioritäten im Armeeleitbild aufgezeigt. Die Bedingung ist natürlich, dass man uns später die nötigen Mittel dazu gibt. Wir glauben, dass wir so etwa ab 1995 mindestens wieder den Teuerungsausgleich für Rüstungsausgaben haben sollten, wie jeder Angestellte und jeder Beamte in diesem Lande auch. Ich komme zur Typenwahl. Seit dem Mirage-Skandal sind die Evaluationsverfahren in der Schweiz darauf angelegt, Risiken zu minimieren. Dies geschieht fast etwas zu perfektionistisch und ist sehr aufwendig. Wir haben so viel in die Evaluation investiert, dass ich mich wundere, wie viele – ohne dass sie das überhaupt genau anschauen – plötzlich sagen können: Dieser Entscheid ist völlig falsch, etwas anderes wäre wesentlich besser.

Die Typenwahl erfolgte aufgrund einer jahrelangen, sorgfältigen Evaluation. Auch ich bin kein Fachmann, aber meine Leute haben mich durch Offenlegung ihrer Resultate überzeugen können, dass äusserst seriös und äusserst professionell vorgegangen wurde. Hinter dieser Botschaft steht nicht irgendein Telefongespräch mit einem Konkurrenten in Amerika,

sondern es sind 4000 Budgetzahlen und etwa 70 000 Einzelteile überprüft worden, es wurde ein riesiges Vertragswerk mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium als Partner und Garanten gebaut. Wir haben auch nicht das teuerste Flugzeug gewählt: F-14 Tomcat, F-15 Eagle, Rafale, Gripen wären teurer. Der F-16 indessen wäre in der Tat etwas billiger, und der F-16 ist sicher auch ein gutes Flugzeug – er war nicht umsonst an zweiter Stelle bei unserer Evaluation –; aber nach unserer Ueberzeugung erhalten wir beim F/A-18 für gleichviel Geld mehr Leistung, wie wir sie brauchen.

Herrn Iten Andreas kann ich sagen: Es ist mir nicht bekannt, dass man in Deutschland gesagt hat, der F/A-18 würde nicht genügen. Es ist jedoch ganz klar, dass die zuständigen Fachleute in Deutschland lieber das noch teurere, noch bessere Flugzeug – es ist noch gar nicht fertig – kaufen möchten und mit der Wirtschaft, die daran arbeitet, dafür kämpfen.

Noch einige Worte zu Herrn Schoch, zu seiner Variante, nur 24 Flugzeuge zu beschaffen. Der Bundesrat hat diese Variante auf meinen Antrag hin abklären lassen, weil ich mich einmal fragte: Was würde diese Variante bringen, was würde sie kosten? Der Bundesrat hat dann aber – wieder auf meinen Antrag – aus einigen Gründen darauf verzichtet, diese Variante zu verfolgen. Die Minderkosten dürften in etwa bei 650 Millionen Franken liegen; das würde einen Verpflichtungskredit von etwas unter 3 Milliarden Franken ergeben. Die Kostenrelation wird aber schlechter, weil sich die Flotte um ungefähr 30 Prozent reduziert, der Preis pro Flugzeug aber nur um ungefähr 19 Prozent. Dafür sind drei Effekte verantwortlich:

- kleinere Produktionsserie;
- Beschaffungsteile wie Simulatoren brauchen wir unabhängig von der Anzahl Flugzeuge;
- das Schweizer Industrieprogramm würde auf weniger Flugzeuge verteilt.

Ich möchte Ihnen aus militärischen und aus wirtschaftlichen Gründen dringend empfehlen, bei der Beschaffung von 34 Flugzeugen zu bleiben. Für die Wahrung der Lufthoheit in allen Lagen ist eine Anzahl unter 34 Flugzeugen problematisch. Nach einer Berechnung brauchen wir für das ganze Land im Vorkonfliktstadium etwa 24 Flugzeuge für die permanente Ueberwachung im 24-Stunden-Betrieb. Diese 24 Flugzeuge können wir aber nur sicherstellen, wenn wir 34 Maschinen haben, weil immer Reparatur- und Ueberholarbeiten zu berücksichtigen sind. Aus militärischer Sicht sind 34 Flugzeuge ein Minimum. Dazu kommt, dass die Dissuasionswirkung, die Abhälterwirkung, die kriegsverhindernde Wirkung dieses leistungsfähigen Instrumentes doch erheblich geschwächt würde, wenn wir noch einmal um ein Drittel zurückgehen – und wir wollen ja vor allem Krieg verhindern. Wir sollten doch nicht immer wieder nach kleinlichen helvetischen Kompromissen suchen und sagen: Wenn wir hier noch ein bisschen wegnehmen, ist es vielleicht verträglicher. Wir sollten auch hier den Mut haben, auf jene vertretbare Zahl 34 zu gehen, die an sich schon ein Minimum darstellt.

Dazu kommt ein Redundanzproblem: Wir können 24 Maschinen auf zwei Flugplätze, 34 Maschinen auf drei Flugplätze verteilen. Das ist eine zusätzliche Sicherheit. Redundanz heisst in diesem Zusammenhang die Chance, mit zusätzlichen Flugplätzen die Wahrscheinlichkeit der Zerstörung gewisser Flugzeuge zu minimieren, indem man sie besser dezentralisieren kann.

Aus all diesen Gründen möchte ich Sie bitten, bei dieser kleinen Flotte von 34 Maschinen zu bleiben.

Zum Zeitfaktor: Dieses Geschäft ist reif. Es wurde jahrelang vorbereitet; es ist begründet. Wir haben einen Vertrag, der den Einbezug in das Produktionsjahr 1993 vorsieht. Wenn wir ihn in diesem Jahr abschliessen, ist das Preisrisiko – abgesehen vom Wechselkursrisiko, das natürlich besteht – relativ gering. Die wichtigste Bestimmungsgrösse für den Preis ist die Anzahl der produzierten Flugzeuge. Darüber haben wir für 1993 grosse Sicherheit. Wir haben zugleich eine Höchstpreisgarantie für bestimmte wichtige Kostenfaktoren.

Wenn wir diesen Entscheid nun so lange hinausschieben, dass wir den Anschluss an das Produktionsjahr 1993 verpassen, ergeben sich neue Unsicherheiten: Die Seriegrösse wird unsicher; die Höchstpreisgarantie gilt nicht mehr – ob wir sie

wieder bekommen, weiss ich nicht –; wir verlieren auch Vertrauen, weil man uns langsam nicht mehr glaubt, dass wir es wirklich ernst meinen. Alle Verträge wären neu auszuhandeln; die Teuerung würde mindestens 200 Millionen Franken ausmachen. Wir würden das Risiko eingehen, dass wir für gleich viele Flugzeuge mindestens 200, vielleicht aber bis gegen 400 oder 500 Millionen Franken, je nachdem, zusätzlich ausgeben müssten. Angesichts der Situation bei den Bundesfinanzen wäre es doch paradox, wenn wir solche auch für mich riesige Beträge verscheulden würden, nur weil wir uns etwas mehr Zeit lassen wollen.

Der Entscheid ist finanziell richtig, aber ich sage Ihnen ganz klar: Wenn Sie es wollen oder wenn es der Nationalrat will, handeln Ihnen meine Leute einen neuen Vertrag aus. Die Amerikaner nehmen eine Bestellung auch später an; die Produktion ist später möglich. Aber es ist doch meine Pflicht, Sie auf die Risiken hinzuweisen. Ich will Sie überhaupt nicht unter Druck setzen. Ich will nur aufzeigen, welche Konsequenzen Ihre Entscheide haben werden. Entscheiden Sie! Sie übernehmen natürlich auch die Verantwortung dafür!

Dazu kommt ein wirtschaftspolitisches Argument: Gerade heute kann die Schweizer Wirtschaft solche Impulse durch direkte und indirekte Beteiligung brauchen. Zusammen mit den geplanten Bauten wird ein Beschäftigungsvolumen von ungefähr 2,6 Milliarden Franken – das sind 20 000 Mannjahre Beschäftigung – ausgelöst. Ich darf Herrn Delalay und Herrn Bloetzer versichern, dass wir in diesem Zusammenhang nach Möglichkeit versuchen werden, die regionalpolitischen Anliegen zu berücksichtigen. Dies muss allerdings im Bereich einer gewissen Technologie bleiben; es sind uns Grenzen gesetzt. Beim Leopard haben wir auch bei der Aufteilung nach Sprachgruppen bewiesen, dass wir diese Anliegen ernst nehmen. Wenn ich jetzt schon zum regionalpolitischen Problem gekommen bin: Ich kann Ihnen, Herr Bloetzer, keine bindenden Versprechungen für Mehrausgaben machen: Man beschneidet mir meine Budgets in einer Art, die mir nicht erlaubt, überall noch das finanzielle Christkind zu spielen; das ist klar. Dass uns aber die Anliegen dieser Regionen – auch des Wallis – am Herzen liegen, haben wir mehrfach gesagt. Auf dieser Gratzwanderung versuchen wir nach Möglichkeit – diese Möglichkeiten sind aber begrenzt –, die Interessen dieser Regionen, die für unsere Ausbildung vital sind, zu berücksichtigen.

Flugzeugfranken sind zum grössten Teil reinvestierte Franken, und zwar in einem technologisch sehr zukunftsträchtigen Bereich.

Zu dieser Liste von Firmen im Zusammenhang mit den Compensationsgeschäften, Herr Schoch: Diese Liste wurde uns von den einschlägigen Firmen gegeben, war aber vertraulich zu behandeln. Weil die Firmen nicht zugestimmt hatten, durften wir sie nicht publizieren. Aber im Zeitalter der Transparenz, die ich im EMD ganz extrem anstrebe, haben wir diese Liste mit dem Vermerk «geschäftsgeheim» einem einzigen Parlamentarier gezeigt, und genau diese Liste ist dann anscheinend in der «Weltwoche» erschienen. Es war kein Ständerat. Deshalb glaube ich nicht, dass sich Ihre Kommission darüber Sorgen machen muss.

Es ist aber auch politisch der richtige Moment für einen Entscheid. Sie wissen, dass es Kräfte in diesem Land gibt, die bis zur Jahrtausendwende der Armee überhaupt verbieten wollen, ein Kampfflugzeug zu beschaffen, unabhängig vom Preis, Typ usw. Anscheinend haben diese Kräfte die Bedeutung des Flugzeuges für die Armee als Ganzes erkannt, und es ist deshalb kein Zufall, dass es jene sind, die auch die Armee abschaffen wollen. Natürlich ist nicht jeder, Herr Onken, gegen die Armee, der dieses Flugzeug nicht will. Wenn Sie aber moderne Armeen analysieren, kommen Sie technisch zum zwingenden Schluss, dass ein Zusammenhang zwischen Glaubwürdigkeit der Armee und Luftschild besteht. Ob man diesen Zusammenhang machen will oder nicht, im Endeffekt läuft ein Verzicht eben auf eine sehr gravierende Schwächung der Armee hinaus, die sie faktisch in Frage stellt. Deshalb geht es um das Prinzip. Das stellt alle Meinungsträger vor eine Verantwortung. Es geht nicht nur darum, welches Zeichen man mit seiner Haltung setzen will oder was man meint; es geht darum, was man letztlich damit bewirkt. Nachdem die Grund-

satzfrage aufgeworfen worden ist, glaube ich, dass wir erst recht zeitgerecht und entschlossen reagieren müssen. Damit komme ich zum Schluss und zur Frage der Verantwortung: Ich weiss, dass viele Bürger in diesem Tale – in diesem Lande natürlich – dem Kampfflugzeug gegenüber skeptisch sind. Der Freudsche Versprecher ist mir unterlaufen, weil ich irgendeinmal in der Kommission gesagt habe: «Auch ich bin bei diesem Geschäft durch Täler des Zweifels gewandelt.» Ich begreife diese Zweifel. Viele Menschen in diesem Land haben grundsätzlich Mühe mit hochtechnologischen, modernen Waffensystemen. Das war immer so. Ein Votant hat gesagt, dieses Flugzeug sei für das kleine Land viel zu schnell. Das hat man schon beim Vampire gesagt. Ich sage das nur als historische Reminiszenz. Große Waffensysteme waren in diesem Land nie beliebt, aber wenn man sie hatte, war man stolz darauf. Das auch nur nebenbei. Viele Bürger haben Mühe mit den hohen Kosten; auch ich. Anscheinend zeigen Umfragen, dass eine Mehrheit – nicht des Volkes, aber der Befragten – gegen das Kampfflugzeug eingestellt ist. Das nehme ich ernst, wenn ich auch den Wert von Umfragen relativiere. Aber ich mache im persönlichen Gespräch mit Bürgern eine etwas andere Erfahrung als Herr Onken; vielleicht argumentiere ich nicht ganz gleich. (Heiterkeit) Sehr viele ändern ihre Meinung, wenn sie sich vertieft über die Problematik orientieren lassen und wenn sie alle Aspekte des schwierigen Geschäftes bedenken. Gerade aus diesem Grund meine ich, dass man in diesem Lande nicht Demokratie durch Demoskopie ersetzen soll, sonst brauchen wir ja keine Volksabstimmungen mehr. Sonst können wir sagen: 250 Schweizer Bürger, ein repräsentatives Sample, entscheiden, was in diesem Lande geht. Volksentscheide sind doch keine Spontanentscheide auf eine spontane Frage eines hübschen Fräuleins, das einem zwei Sekunden Zeit für die Antwort gibt: Volksentscheide entstehen nach einer breiten politischen Diskussion, nach einem breiten Meinungsbildungsprozess, nach einem Fermentations- und Gärungsprozess, und das ist nicht das gleiche wie eine Umfrage!

Ich glaube auch nicht, dass sich eine Regierung aus der Verantwortung schleichen darf, indem sie sich immer wieder hinter Umfragen versteckt, statt dass sie mutig das vertritt, was sie unter Abwägung aller Umstände und nach reiflicher Prüfung als richtig erachtet. Ich sage Ihnen hier ganz offen: Ich möchte nicht Bundesrat sein, wenn ich mich statt von meiner Überzeugung von meinem nassen Finger im politischen Wind müsste leiten lassen. Ich muss aber, wenn ich den Entscheid gefällt habe, versuchen, die Bürger von der Richtigkeit dieses Entscheides zu überzeugen.

Damit komme ich zu unserer Verantwortung: Es ist sehr leicht, ein umstrittenes Rüstungsgeschäft zu blockieren, indem man behauptet, es sei gerade nicht der Moment dafür. Man kann immer auch sagen, es fehle noch diese oder jene Zusatzinformation. Ich kann Ihnen noch viele Studien über Neutralität usw. machen lassen. Der unangenehme Entscheid, ja oder nein zu sagen, bleibt niemandem erspart. Man kann immer auch behaupten, es gebe noch zwei, drei, vier oder fünf bessere Lösungen. Sie tragen Verantwortung für dieses Land, und der Bundesrat trägt Verantwortung für dieses Land – nicht nur für heute, auch für die Zukunft. Wir müssen heute dafür sorgen, dass auch unsere Kinder gegen Risiken gewappnet sind.

Der Bundesrat ist mit seinem Entscheid, der ihm im heutigen Umfeld nicht leichtfiel, seiner Verantwortung nachgekommen. Nun stehen Sie vor dieser Verantwortung. Jeder Entscheid, wie immer er ausfällt, muss nicht vor dem Zeitgeist, sondern vor der Geschichte bestehen können.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

(Eintreten)

38 Stimmen

Für den Antrag Plattner

(Nichteintreten)

5 Stimmen

Präsidentin: Ich möchte das Geschäft heute erledigen. Wir kommen nun zu den drei Rückweisungsanträgen. Der Bundesrat wird auf alle Rückweisungsanträge gesamthaft antworten.

Antrag Morniroli

Das Geschäft wird an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, Konzept und Prioritäten im FF-Bereich zu überdenken, unter Berücksichtigung moderner Flugabwehrsysteme mit Boden-Luft-Raketen sowie des Ausganges der parlamentarischen Armeeleitbild-Debatte und der neutralitätspolitischen, sicherheitspolitischen und militärischen Konsequenzen eines EG- oder Nicht-EG-Beitrittes der Schweiz. Der Bundesrat wird zudem eingeladen, in seinem Bericht kurzfristig aufzuzeigen:

- wie die Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung mit und ohne Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sichergestellt werden kann;
- welche Kosten dafür einzusetzen sind;
- welche neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen aus einer allfälligen Zusammenarbeit mit andern europäischen Staaten zu erwarten sind.

Antrag Plattner

Die Vorlage wird an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, aufzuzeigen:

- wie die Frühwarnung und Führung im Bereich der Luftverteidigung mit und ohne Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sichergestellt werden kann;
- ob der mittlere oder obere Luftraum mittels eines modernen Flugabwehrsystems mit Boden-Luft-Raketen gegen angreifende Flugzeuge verteidigt werden kann;
- welche Kosten dafür einzusetzen sind;
- welche neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen aus einer allfälligen Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten zu erwarten sind.

Antrag Salvioni

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, vorläufig auf den Kauf des F/A-18 zu verzichten und eine Uebergangslösung vorzulegen (Leasing, F-16, Mirage 2000-5 usw.).

Proposition Morniroli

Le projet est renvoyé au Conseil fédéral, chargé de réviser le programme et les priorités qu'il s'est fixées dans le domaine de l'aviation et de la défense contre avions. Sa réflexion devra intégrer les systèmes modernes de défense antiaérienne dotés de fusées sol-air, s'inspirer des résultats du débat parlementaire sur le Plan directeur de l'armée et tenir compte des conséquences, tant sur le plan de la neutralité que sur celui de la politique de sécurité et militaire, de la décision de notre pays d'adhérer – ou non – à la CE.

En outre, le Conseil fédéral est invité à montrer, dans son rapport, à bref délai:

- comment il est possible d'assurer l'alerte rapide et la conduite dans le domaine de la défense aérienne en coopérant avec d'autres Etats européens, et sans cette coopération;
- quelles sont les dépenses à prévoir à cet effet;
- quelles conséquences juridiques et politiques il faudrait prévoir, pour la neutralité suisse, en cas de coopération avec d'autres Etats européens.

Proposition Plattner

Le projet est renvoyé au Conseil fédéral, invité à montrer:

- comment il est possible d'assurer l'alerte rapide et la conduite dans le domaine de la défense aérienne en coopérant avec d'autres Etats européens, et sans cette coopération;
- s'il est possible de défendre l'espace aérien intermédiaire et supérieur contre des avions ennemis à l'aide d'un système moderne de défense antiaérienne doté de fusées sol-air;
- quelles sont les dépenses à prévoir à cet effet;
- quelles conséquences juridiques et politiques il faudrait prévoir, pour la neutralité suisse, en cas de coopération avec d'autres Etats européens.

Proposition Salvioni

Renvoi au Conseil fédéral, invité à renoncer provisoirement à l'achat des F/A-18 et à proposer une solution transitoire (leasing, F-16, Mirage 2000-5, etc.).

Plattner: Ich will mich kurz fassen, ich habe mein Votum nochmals stark gekürzt. Ich habe Ihnen heute schon begründet, weshalb ich gegen die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge bin. Ich akzeptiere, dass Sie inzwischen entschieden und beschlossen haben, auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten. Ich möchte nun konstruktiv Kritik an den Schwächen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Luftraumverteidigung darlegen und Rückweisung beantragen.

Ich beginne mit dem Zitat von Manfred Timmermann, Professor in St. Gallen und seinerzeit Rüstungsstaatssekretär in Bonn, was heute auch schon erwähnt wurde. Er sagte in seinem bekannten Interview in «Politik und Wirtschaft»: «Deshalb würde ich mich auf ein modernes Konzept der Raketen- und Flugabwehr konzentrieren, das die Schweiz angesichts der knapp werdenden Finanzen nun gar nicht entwickeln wird Doch wäre es klüger, die 3,5 Milliarden Franken anders zu investieren Erstens: Die Schweiz könnte ein europäisches, satellitengestütztes Aufklärungssystem mitaufbauen Zweitens: Ein hohes Potential an elektronischer Kampfführung bereitstellen, wofür die Alpen vorzüglich geeignet sind Drittens: Was an feindlichen Flugkörpern noch ankommt, muss bekämpft werden, nicht mit Flugzeugen, sondern mit intelligenten Flugkörpern Je mehr man darüber nachdenkt, desto weniger erscheint der F/A-18 als geeignetes Instrument gegen diese Bedrohung.»

Hier spricht einer, der die Armee sicher nicht abschaffen will. Dennoch kritisiert er die Luftverteidigungspolitik des Bundesrates mit Vehemenz. Folgt man seinen Argumenten, so muss man die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen – mit dem Auftrag, zuerst in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn die elektronische Luftraumüberwachung auf einen modernen Stand zu bringen. Unsere heutige Ausrüstung ist mit dem uralten, aus der Frühzeit der Datenverarbeitung stammenden Florida-System hoffnungslos langsam, verletzlich und elektronisch sehr leicht auszumövieren. Auch das Taflir-System ändert daran nichts, da es nur vom Boden aus für die Überwachung der vom Florida-System nicht erfassbaren toten Winkel eingesetzt werden kann. Unsere Luftüberwachung würde im Ernstfall eines Angriffs mit High-Tech-Flugzeugen nur während Minuten funktionieren. Dann wäre sie ausser Gefecht gesetzt. Die taktische Führung wäre blind, und die Piloten in der Luft müssten sich allein weiterhelfen. Ich sehe zwar auf absehbare Zeit keine derartige Bedrohung der Schweiz durch einen mit modernen Hochleistungsjägern ausgerüsteten Gegner. Ich will ja deshalb auch keine solchen Flugzeuge kaufen. Sie haben aber anders beschlossen.

Nun bitte ich Sie, sich zu überlegen, wie Ihre Verteidigung funktionieren soll. Stellen Sie sich einmal die Kampfsituation nach den ersten Minuten vor, also nach dem Zusammenbruch des Florida-Systems, der unvermeidlich ist. In der Luft sind dann noch einige wenige unserer Schlachtflugzeuge vom Typ F/A-18 – vielleicht, wenn Sie Glück haben, noch mit schwer gestörter Sprechfunkverbindung untereinander und mit der erblindeten taktischen Führung in den Einsatzzentralen. Was sollen dann die Piloten tun? Sollen sie einfach alles abschießen, was sich auf ihrem zugegebenermaßen guten Zielerfassungs- und Feuerleitradar bewegt? So geht es nicht. Das wären «lone riders» am Himmel, die sich als Einzelkämpfer ohne Führung für uns opfern müssten. Das klingt mir ein bisschen zu stark nach Winkelried, und diese Zeiten sind schon lange vorbei.

Nun halte ich ein modernes, mit den Nachbarn abgestimmtes Luftüberwachungs- und Flugleitsystem für eine unabdingbare Voraussetzung einer High-Tech-Luftverteidigung, die Sie nun einmal wollen.

Die ständeräliche Kommission will ja dem Bundesrat ein entsprechendes Postulat überweisen. Damit will sie diesen Vorschlag aufgreifen und seine neutralitätsrechtlichen, politischen und finanziellen Folgen abklären. Das ist vernünftig. Unvernünftig ist es aber, jetzt noch schnell und unter Zeitdruck vor dieser Grundsatzdebatte durch den Kauf der F/A-18 alle alternativen Optionen auf Jahrzehnte hinaus vorweg zu eliminieren. Daher mein Rückweisungsantrag im Sinne des Kommissionspostulates.

Als zweiten zusätzlichen Auftrag, der über das Kommissions-

postulat hinausgeht, schlage ich vor, die heutigen Möglichkeiten der Verteidigung des mittleren und oberen Luftraums gegen Flugzeuge mit moderner Fliegerabwehrakete zu prüfen. Wie die Scud-Angriffe auf Israel während des Golfkrieges gezeigt haben, ist die heutige Lenkwaffentechnologie wegen der enormen Fortschritte der Elektronik und der Software nicht nur in der Lage, angreifende Flugzeuge mit gleichem oder gar besseren Erfolg als die F/A-18 zu bekämpfen, sondern sie ist sogar drauf und dran, Raketenbeschüsse abfangen zu können. Wenn wir aber das Geld heute für die F/A-18 ausgeben, fehlt es uns später für eine raketen gestützte Abwehrstrategie, mit der wir auch Angriffe relativ technologisch schwacher Gegner abfangen können, die ja nicht mehr mit Flugzeugen, sondern mit billigeren Raketen vorgetragen würden.

Wenn man in der Vorlage nachschaut, was der Bundesrat und die Generalität zu diesen Gedanken sagen, findet man Argumente wie jene betreffend die neutralitätsbedingten Luftpolizeiaufgaben. Diese können natürlich nicht mit einer Luftabwehr mit Raketen wahrgenommen werden. Da wird richtig gesagt: Entweder schießt man oder nicht, aber man kann nicht hinaufgehen und sehen, wer da geflogen kommt. Das stimmt. Dem ist in der Sache zuzustimmen. Aber dafür gibt man doch nicht 3,5 Milliarden Franken aus! Da gibt es billigere Lösungen: von der Ausrüstung unserer Tiger mit Nachtfluggeräten bis zum Kauf eines anderen, billigeren Flugzeugs für die neutralitätsbedingte Luftpolizeiaufgabe.

Im übrigen gilt die Aufmerksamkeit der Vorlage nur dem Angriff eines Gegners mit Hochleistungsflugzeugen. Es wird begründet, dass diese Bedrohung immer noch existiere, und als Beweis dafür werden Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien und Holland angeführt, wie das Herr Bundesrat Villiger vorher dargetan hat. Es wird gesagt, nur Irland und Österreich hätten sich neben der Schweiz noch nicht für den Einstieg in moderne Flugzeuggenerationen entschieden. Gerade das aber ist unser Vorteil, dass wir uns noch nicht für eine Strategie entschieden haben, die inzwischen durch die Ereignisse überholt worden ist. Die erwähnten Länder haben ihre Luftflotten ja nicht nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ausgebaut, sondern lange zuvor. Ihre Entscheide sind aus der damaligen strategischen Situation zu verstehen. Wir dürfen sie heute – in einer ganz anderen Situation – nicht einfach nachvollziehen. Es stimmt zwar – und Herr Bundesrat Villiger hat es auch wieder betont –, dass die europäischen Staaten nicht nur Luftflotten haben, sondern sogar noch neue Flugzeuge entwickeln: Rafale, Gripen, Jäger 90. Professor Timmermann sagt dazu kurz und bündig – und dem ist nichts hinzuzufügen –, man hätte das Geld für den Jäger 90 viel gescheiter für die Aufklärung, die elektronische Kampfführung und die Raketenabwehr aufgewendet. Alle sagen: Der Jäger ist das letzte Flugzeug, das wir uns noch vorstellen können. Warum kauft die Schweiz jetzt noch das vorletzte?

Ich verzichte darauf, weitere Einwände aufzuführen; es gäbe noch viele. Einen Einwand muss ich noch erheben, und er hat mit dem Flugzeug eigentlich nichts zu tun, sondern mit der Finanzierung. Der vorgeschlagene Finanzierungsmodus mit Vorauszahlung ist unakzeptabel, Herr Bundesrat, denn er ist gesetzeswidrig. Der Vorschlag, vor dem endgültigen Entscheid beider Kammern des Parlaments definitive Anzahlungsverpflichtungen in der Höhe von bis zu 300 Millionen Franken einzugehen, muss abgelehnt werden, denn es gibt keine Rechtsgrundlage dafür, so opportun dieses Vorgehen auch scheinen mag. Der Gesetzesartikel, der vom EMD bis anhin genannt wurde (Art. 31 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes), genügt nie und nimmer; denn dieser Gesetzesartikel bezieht sich gemäss seiner Ueberschrift ausschliesslich auf Zusatzkredite, die dann angefordert werden müssen, wenn der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht. Kollege Coutau hat nur Absatz 3 vorgelesen. Die Absätze 1 und 2 sprechen deutlich von Zusatzkrediten zu bereits beschlossenen Verpflichtungskrediten. Bei der jetzt zu behandelnden Vorlage geht es klar um einen neuen Verpflichtungskredit; es ist kein Zusatzkredit. Das musste deutlich gesagt werden. Opportunität darf nicht vor Rechtmässigkeit kommen, sonst verlieren wir den Boden des Rechtsstaates unter den Füssen.

Ich bitte deshalb den Bundesrat ganz dringend, sich auch

nach der allfälligen Zustimmung des Ständerates zu keinen Anzahlungen an die 3,5 Milliarden Franken zu verpflichten, bevor nicht auch der Nationalrat beschlossen hat. Wir haben nun einmal ein Zweikammersystem, und wir können daraus nicht je nach Bedarf ein Eineinhalbkammer-, ein Einkammer- oder gar ein Halbkammersystem machen.

Ich beantrage Rückweisung an den Bundesrat im Sinne meiner Ausführungen. Der Text des Rückweisungsantrages liegt Ihnen schriftlich vor.

On. Morniroli: Ho preso la mia decisione, decisione basata su un'informazione globale e dettagliata, decisione non facile, decisione sofferta, partorita con la mente, ma anche con il cuore. Ed è per ciò che oggi voglio dare spazio sia alle esigenze della mente, sia alle ragioni del cuore, manifestatesi nel mio intimo per settimane con conclusioni molte volte concordanti, ma non con meno frequenza contrastanti.

Ich muss etwas weiter ausholen, und Sie werden es mir hoffentlich nicht verargen, wenn ich Ihre Geduld ein wenig strapaziere. Wie ich schon in meiner Muttersprache gesagt habe, ist es mir ein Bedürfnis, nicht nur meiner Vernunft, sondern auch meinem Herzen Ausdruck zu verleihen. Ich habe andererseits keine Hemmungen, wenn ich die Nichteinhaltung der 5-Minuten-Limite während der Eintretensdebatte in Rechnung stelle. Ich habe in meinen 1524 Diensttagen in unserer Armee Disziplin gelernt und gelebt. Da meine Intervention etwas länger als fünf Minuten dauert, habe ich sie auf den jetzigen Zeitpunkt verlegt. Dazu kommt, dass das vorliegende Geschäft technisch betrachtet wohl als ein normales Rüstungsgeschäft bezeichnet werden kann. Dass dem jedoch nicht so ist, können wir aus Signalen und Zeichen ableiten, die uns in den letzten Wochen zugekommen sind. Ich habe mir von alten Füchsen in diesem Bundeshaus sagen lassen, dass seit Menschengedenken kein Thema – nicht einmal die Fichenaffäre – die Gemüter so erhitzt hat, soviel zu reden gegeben hat und so viele Bevölkerungsschichten in die Diskussion miteinbezogen hat. Dieses Rüstungsgeschäft profiliert sich zum Politikum. Es kann nicht mehr nur um den F/A-18 und um die 3,5 Milliarden Franken gehen. Es mag sein, dass gewisse Kreise die ganze Angelegenheit aufgebauscht und ideologisch ausgenutzt haben. Aber der Same muss auf fruchtbaren Boden fallen, damit er gedeihen kann. Da müssen wir uns schon fragen, wo der Teufel steckt. Wir müssen den Puls fühlen, die Symptome zusammentragen und eine Diagnose stellen – entschuldigen Sie bitte meine Déformation professionnelle. Schliesslich wird gerade heute erstmals eine Ständeratsdebatte direkt im Fernsehen übertragen; auch dies kann kaum ein Zufall sein.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick rechtfertigt sich, und eine summarische Analyse des politischen und sicherheitspolitischen Umfeldes drängt sich auf. Wir haben gerade erst das 700jährige Bestehen unserer Eidgenossenschaft gefeiert und hierbei unsere Geschichtskenntnisse etwas aufgefrischt. Das Grüppchen von Bauern auf dem Rütti versprach sich gegenseitig Hilfe und Unterstützung, besonders bei der Verteidigung des eigenen Territoriums gegen aussen. In Zeiten externer Bedrohung, wie z. B. während des Zweiten Weltkrieges, bestand die Tendenz, das Bündnis zum Modell eines intelligenten und mutigen Paktes im Interesse der Selbstverteidigung anzuheben, während in Zeiten relativen Friedens, wie wir ihn gegenwärtig erleben, die geschichtliche Interpretation sich eher in Richtung des Ausdrucks des Willens zur friedlichen Koexistenz bewegt. Wie es auch immer sei, eines steht fest: Wir haben das Glück, in unserer Schweiz zu leben, und sind unseren Ahnen zu Dank verpflichtet. Sie haben unser Land aufgebaut, mit Arbeit, Schweiß, Tränen und Blut. Und unsere Pflicht ist es, unseren Nachkommen unser Land möglichst unversehrt weiterzugeben. Wenn es dazu auch eine Armee braucht, dann haben wir zu dieser Armee zu stehen. Auf eine bewaffnete Verteidigung unseres Landes können und dürfen wir heute nicht oder noch nicht verzichten.

Das Zusammenrücken der europäischen Staaten zu einer Gemeinschaft ist nach zwei blutigen Weltkriegen, in denen sich die europäischen Brüder zerfleischt haben, auf der Hypothese eines Nichtangriffspaktes entstanden. Die Europäische Gemeinschaft wird nur bestehen können, wenn sie sich zu einer

gemeinsamen Sicherheitspolitik durchringen kann – Euroheer inbegriffen. Solange keine europäische Armee existiert, die alle Völker des Kontinentes schützt, können wir auf unsere bewaffnete Neutralität nicht verzichten. Zwei Drittel unseres Volkes sind dieser Meinung; wir haben ja gesagt zur Armee; wir müssen ihr die Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihren Auftrag erfüllen kann – einen Auftrag, welcher den Schutz des Luftraumes in sich schliesst. Wir brauchen deshalb ein neues Kampfflugzeug. Aber brauchen wir es sofort?

Bevor ich diese Frage beantworte, will ich einige Bemerkungen anbringen.

Zur Typenwahl habe ich sehr wenig zu bemerken. Die geleistete Arbeit ist enorm; ich vertraue den Fachleuten absolut und glaube ihnen, wenn sie den F/A-18 als die bestmögliche Lösung für unser Land gewählt haben, und ich möchte mich in aller Form für die höchst seriöse Evaluation bedanken. Nichts wurde dem Zufall überlassen, kein technischer und logistischer Aspekt vernachlässigt. Die Einzelheiten gehen aus dem Bericht der Subkommission 3 hervor. Die finanziellen Aspekte und die wirtschaftlichen Komponenten wurden ausnahmslos ausgeleuchtet und ausgeschöpft. Der finanzielle Aufwand für das neue Kampfflugzeug ist in das Budget des EMD eingebettet. Direktbeteiligung und Gegengeschäfte für unsere Industrie sind garantiert, wie dies im Bericht der Subkommission 2 eingehend dargelegt worden ist.

Ausschlaggebend sind für mich allgemein- und sicherheitspolitische Überlegungen. Wenn ich mich für den Kauf eines neuen Kampfflugzeuges entscheiden muss, welches für die nächsten zehn, zwanzig oder sogar dreissig Jahre im Einsatz stehen soll, dann muss ich wissen, welche militärischen Bedrohungsszenarien für diese Zeitspanne denkbar sind. Und mit Szenarien müssen wir arbeiten, da heute kein Feindbild mehr existiert: kein Feindbild für uns, aber auch keines für die europäischen Generalstäbe, ob in die Nato integriert oder nicht. Dies erschwert die Erarbeitung einer Bedrohungsanalyse.

Ich habe einen entsprechenden Fragenkatalog an das EMD gerichtet und verfüge heute über ein breites Informationsspektrum bezüglich möglicher politischer Evolutionsbilder und deren militärpolitischen Konsequenzen:

Das wahrscheinlichste Entwicklungsszenario ist eine fortschreitende westeuropäische Integration, die einerseits in einer Vertiefung der gegenseitigen Bindung innerhalb der EG, andererseits in deren horizontalen Erweiterung – Beitrittsgesuche Schwedens, Österreichs, Finlands – ihren Ausdruck findet. Denkbar ist hingegen auch, dass nationalistiche Denken nach Ende des kalten Krieges und nach der deutschen Einigung wieder erstarkt und das Tempo der vertikalen Integration verlangsamt, ohne dass diese Zielsetzung formell aufgegeben würde. Zeichen, welche in diese Richtung deuten, sind u. a. eine gewisse Beunruhigung in Frankreich bezüglich Grossdeutschland wie auch eine von der amerikanischen Rand Corporation durchgeführte Umfrage, welche in Deutschland erstmals relative Mehrheiten zugunsten nationaler statt integrativer Zielsetzungen ergeben hat.

Wenden wir unseren Blick nach Süden, kann uns die politische und institutionelle Krise Italiens nicht entgehen. Die Lage ist nicht zu unterschätzen. Kompetente Beobachter und Insider glauben nicht an die Möglichkeit einer mit den Mitteln des Rechtsstaates durchzusetzenden Sanierung. Es gibt auch optimistischere Ansichten, welche auf «estro, fantasia e temperamento della razza latina» vertrauen und einer Bereinigung mit demokratischen Mitteln gute Chancen einräumen, obwohl sich der Reichtumsgraben zwischen Nord und Süd mitten durch Italien zieht und die vertikale Polarisierung Verstärkungstendenzen erkennen lässt.

Nicht auszuschliessen sind schliesslich eine Verstärkung der Spannungen zwischen den drei grossen marktwirtschaftlichen Regionen Nordamerika, Europa und Japan und damit eine Erosion der Konsensfähigkeit des Westens. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die schlechte wirtschaftliche Lage und die wachsende Xenophobie, die sich besonders an der Asylantenpolitik entzündet.

An ihrem Gipfeltreffen in Maastricht konnte sich die EG nicht auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik einigen. Die Frage

wurde auf 1996 verschoben. Es gibt heute noch keine EG-Streitkräfte, und die fehlende konkrete Bedrohung stimuliert auch deren Schaffung nicht. Vielleicht wird es diese auch nie geben, und das zukünftige Euroheer könnte entsprechend dem Nato-Modell aus nationalen Armeen zusammengesetzt sein.

Die gegenwärtige Hauptgefahr geht von möglichen chaotischen Konflikten aus, die eskalieren können. In Europa wird heute wieder geschossen, und Menschen sind auf der Flucht. Die Gefahr von Unruhen und Putschversuchen auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR besteht durchaus. Eine Ausweitung von lokalen Krisensituatoren zu internationalen Konflikten ist jedoch ebenso unwahrscheinlich, wie wir dies in Jugoslawien erlebt haben.

Andere Bedrohungsbilder ergeben sich aus der Möglichkeit grosser Flüchtlings- und Migrationsstrome, schliesslich aus der wachsenden Macht der Drogenkartelle und des organisierten Verbrechertums, des illegalen Waffen- und Technologiehandels.

Welche Schlüsse können wir aus diesem Überblick ziehen, der sich bewusst auf ein Ausleuchten unserer näheren Umgebung beschränkt und besonders eine Analyse der politischen Gegebenheiten anderer Kontinente ausklammert? Es ergibt sich, dass eine kurz- bis mittelfristige militärische Bedrohung für unser Land als sehr unwahrscheinlich zu beurteilen ist. Der Entscheid über den EWR steht bevor, und kurzfristig sollte das Beitrittsgesuch zur EG folgen. Die Zukunft der Schweiz ist noch ungewiss, und von einer politischen oder nur strategischen Integration in Europa hängen – wie schon gesagt – die Optionen betreffend ein militärisches Konzept der Schweiz für die nächsten Jahrzehnte ab. Erst nach einem Beitrittsgesuch zur EG werden die Bedingungen bekannt sein, die auch im sicherheitspolitischen Bereich an uns gestellt werden. Dies ist einer der Gründe, die mich veranlasst haben, das Postulat von Kollegin Weber zu unterstützen – ich spreche vom EG-Beitrittsgesuch.

Meines Erachtens müssen folgende Fragen zunächst abgeklärt werden: Wird sich unsere Aufgabe auf die Verteidigung der eurostrategisch wichtigen Alpentransversale beschränken? Wird unser Flieger- und Fliegerabwehrsystem in den europäischen Luftschirm integriert? Ist dies technisch möglich, und genügen Anpassungen?

Niemand kann heute diese Fragen restlos beantworten.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus dem Bericht der Subkommission 3: «Florida muss ersetzt werden. Die Integration in ein europäisches Luftlagefassungs- und Führungssystem ist weniger eine technische als eine neutralitätspolitische Frage.»

Ich muss aber noch andere Überlegungen anstellen und kann nicht einfach über einige Ereignisse der letzten Zeit hinweggehen.

Der Tiger-Zwischenfall: Wir können wohl behaupten, dass der Beinaheunfall mit dem Swissair-Airbus unsere Debatte nicht beeinflussen kann und darf, aber dies – davon bin ich fest überzeugt – ist reines Wunschkennen. Der Umstand, dass die Verantwortung in hierarchischer Beziehung vom Chef Flieger und Fliegerabwehr und in praktischen Belangen vom Piloten übernommen worden ist, ändert nichts an der Tatsache, dass einige technische Fragen im Raum hängenbleiben.

Über die öffentlich eingestandenen Verbindungs- und Koordinationsmängel zwischen den beiden Radarsystemen Taflir und Florida will ich keine weiteren Worte verlieren. Die Untersuchung läuft, und dem Sprichwort «Aus Schaden wird man klug» wird sicher nachgelebt werden. Ebenso sicher scheint mir, dass das Konzept der Rüstungsplanung in diesem Bereich überdacht werden muss und dass die Prioritäten zu verifizieren sind. Wie sollte ich sonst den Rücktritt von Korpskommandant Jung interpretieren? Auch im Bericht der Subkommission 3 werden Fragen aufgeworfen, die eine Antwort erfordern. Dieser Bericht bezeichnet das Florida-System als ein – rein altersbedingt – technisch und betrieblich im Auslaufen begriffenes System. Es fehlt ihm z. B. die Fähigkeit, Taflir und den Radar eines F/A-18 zu integrieren. Das heutige System erlaubt die Erstellung einer kompletten «Luftlage Schweiz» – Integration aller zivilen und militärischen Informationen – nicht. Das

neue System muss so beschaffen sein, dass es europäisch ist, d. h., dass es in benachbarte Systeme integriert werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei hat schon mit ihrer Stellungnahme oder besser Mit-Stellungnahme zur Armeeabschaffungs-Initiative Zweifel an der Opportunität ihrer Regierungsbeteiligung aufkommen lassen. (Hierbei wende ich mich nicht an die Herren Onken, Piller und Plattner: Kollege Plattner hat in seinem Eintretensvotum Ueberlegungen vorgestellt, die auch ich teilen kann – nicht alle, aber einige schon.) Entweder stehen die Herren, die ich meine, diesseits der Barrikade oder jenseits derselben. Die Botschaft über die Beschaffung von Kampfflugzeugen ist ein Dokument des Gesamt Bundesrates und ist als solches vom Bundespräsidenten unterschrieben und nicht vom Chef EMD. Kommt die Kampfflugzeug-Initiative zustande und wird diese durch die SPS selbst getragen oder auch nur unterstützt, so hoffe ich, dass die anderen Regierungsparteien die Beerdigung der Zauberformel einläuten werden.

Sie werden mich entschuldigen, wenn ich etwas weit ausgeholt habe, aber Sie gehen sicher mit mir einig, dass die heutige Diskussion den Rahmen eines simplen Rüstungsgeschäfts sprengt. Es lag mir sehr daran, nebst sachbezogenen auch einige grundsätzliche Aspekte auszuleuchten und zu würdigen. Ich fasse abschliessend zusammen:

1. Unser Land braucht auch in der näheren Zukunft eine Armee. Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, muss diese über die nötigen Mittel verfügen. Daher habe ich auch für Eintreten gestimmt.
2. Zur Typenwahl, zum finanziellen und wirtschaftlichen Umfeld habe ich nichts zu bemerken. Ich habe keine Zweifel, was die Schlussfolgerungen der Kommission in diesem Bereich betrifft.
3. Die Projektionen betreffend Entwicklung der politischen und sicherheitspolitischen Lage Europas sind ungewiss, aber ein gewisser Optimismus ist gerechtfertigt. Militärische Bedrohungsszenarien sind für unser Land für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zumindest sehr unwahrscheinlich. Es besteht somit kein Zeitdruck.
4. Die Zukunft der Schweiz innerhalb Europas ist ungewiss, und die militärischen Konsequenzen eines Beitritts oder Nichtbeitritts zur EG sind unklar.
5. Der Bericht des Bundesrates über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren – Armeeleitbild 95 – wurde durch die Räte noch nicht abgesegnet.
6. Der Tiger-Zwischenfall hat Schwächen in unserem Flieger- und Fliegerabwehrsystem aufgezeigt. Das Gesamtkonzept muss überdacht werden, und die Prioritäten sind zu überprüfen, allenfalls neu festzulegen.

Diese sechs Ueberlegungen veranlassen mich, den Kauf eines neuen Kampfflugzeuges nicht auszuschliessen. Da jedoch kein Zeitdruck besteht, erscheint mir eine Verschiebung des Kaufes angezeigt.

Ich formuliere deshalb unter Einbezug des Postulates der Sicherheitspolitischen Kommission – wobei ich den im Postulat festgesetzten Termin in «kurzfristig» umwandle – den Rückweisungsantrag, der Ihnen schriftlich ausgeteilt wurde und den ich hier nicht verlese.

Ich möchte noch zur Variante Plattner kurz Stellung beziehen: Kollege Plattner hat in seinem Rückweisungsantrag eine sehr ähnliche Formulierung gewählt wie die meinige. Ich stelle fest, dass in den beiden Anträgen keine Widersprüche bestehen und mein Antrag nur zwei weitere Argumente einbringt, und zwar das Abwarten der parlamentarischen Armeeleitbild-Debatte und die Konsequenzen eines Beitrittes oder Nichtbeitritts der Schweiz zur EG.

Ich frage Herrn Plattner, ob er sich zu diesen beiden Argumenten bekennen kann. Falls ja, bitte ich ihn, seinen Antrag zurückzuziehen und sich meinem Antrag anzuschliessen.

An Kollege Salvioni möchte ich mich auch wenden, da auch er einen Rückweisungsantrag eingebracht hat.

Al collega Salvioni chiedo se vuole mantenere la sua proposta, tenuto conto che altri tipi di aerei, compresi F-16 e Mirage, sono già stati valutati intensamente eppure hanno perso il confronto con l'F/A-18, vuoi per aspetti tecnici, vuoi per il prezzo.

In commissione ci è stato detto che lo stesso numero di Mirage costerebbe 5,5 miliardi, se ricordo bene. Un leasing non ridurrebbe le spese, anzi le farebbe aumentare. La mia proposta è di un ripensamento dal profilo politico generale e politico di sicurezza come pure una verifica tecnico-militare e delle priorità. Questa mia proposta include la possibilità di valutare altri tipi di aerei. Chiedo perciò all'On. Salvioni se non ritenga opportuno ritirare la sua proposta e di sostenerne la mia.

On. Salvioni: Gli oratori che mi hanno preceduto hanno già arato ampiamente il campo, il ché mi permetterà di essere più breve e di limitarmi a quelli argomentazioni che ritengo essenziali in questo dibattito.

Ci sono due domande che si devono porre a questo punto, dopo che l'entrata in materia è stata votata. Esistono motivi per rinviare l'acquisto? Esiste la possibilità di rinviare l'acquisto? Io rispondo affermativamente ai due quesiti.

Sur la première question: «Y a-t-il une urgence?», on a longuement discuté ici de l'imprévisibilité des dangers, mais personne n'a fixé l'horizon avant huit ou dix ans. Pour quelle raison? Parce que tout le monde est d'accord – c'est une vérité de La Palice – que l'avenir est imprévisible, mais la politique doit se construire en fonction de cette imprévisibilité. Nous devons donc recourir forcément à l'idée de probabilité. Ainsi, nous construisons en tenant compte de la probabilité que certains événements se réalisent ou non dans le futur. C'est la raison pour laquelle je prétends que, dans ce cas, il faut distinguer.

Si nous parlons de la défense de la Suisse, nous devons penser aux nations qui nous entourent. Or, il s'agit de la Communauté européenne et de l'Autriche. J'imagine qu'on peut admettre que le risque d'une guerre conventionnelle avec ces nations, dans les dix prochaines années, est hautement improbable, pour ne pas dire impossible. La probabilité est certainement équivalente à zéro. On a mentionné les dangers qui pourraient provenir de l'instabilité existant dans les pays de l'Est, du Moyen-Orient et du Maghreb. Ces dangers ne sont pas dirigés vers la Suisse, mais vers l'Europe. Or, que nous le voulions ou non, l'Europe et la Suisse sont couvertes par la défense de l'Organisation du Traité de l'Atlantique nord. Même si cela peut attenter à notre fierté nationale, on ne peut pas oublier qu'elle existe et que nous en profitons. Quand un avion se dirige à une vitesse de Mach 2 vers l'Europe, avant qu'on puisse savoir s'il va frapper la Suisse, l'Allemagne, l'Italie ou la France, il faut un système de préalerte et de défense. Autrement, personne ne peut le savoir. Par conséquent, nous en bénéficions. On affirme que l'Autriche ne fait pas partie de l'Organisation du Traité de l'Atlantique nord; c'est vrai, mais il faut ajouter que, s'il y a des mouvements d'avions dans l'espace aérien entourant l'Europe, la mise en place du système de l'OTAN est immédiate. Nous ne pouvons évidemment pas oublier cette réalité lorsque nous discutons de l'urgence. Je souligne bien ce dernier terme.

On peut donc conclure pour l'instant qu'on aurait le temps d'examiner et de discuter le bien-fondé de cette acquisition. Or, on a prétendu ici que le choix était effectué. Evidemment, du point de vue de la paresse mentale, il est facile d'affirmer: «au point où l'on est arrivé il y a telle proposition, il y a des discussions. Pour finir, on achète et on n'en parle plus». J'aime-rais vous rendre attentifs au fait qu'une acquisition de ce genre n'a pas seulement un impact militaire. Cet achat a une signification sur le plan de la politique intérieure et extérieure, économique et financière. Si j'affirme qu'il a une répercussion sur le plan de la politique extérieure, c'est parce qu'on ne peut pas oublier que nous sommes en train de frapper à la porte de l'Europe, soit par l'intermédiaire de l'Espace économique européen, soit par celui d'une demande d'adhésion à la Communauté. Nous ne pouvons pas imaginer que, demain, les nations européennes, lorsque nous aurons montré notre préférence aux Etats-Unis d'Amérique plutôt qu'à l'Europe en décidant cet achat, nous témoigneront de la reconnaissance et de la sympathie. Alors, je pense que ce côté a été complètement oublié et que tout simplement l'objectif visé était l'achat du F/A-18. Je dirai même que toute l'évaluation – je n'entrerai pas dans les détails qui ont déjà été analysés – me donne presque

la conviction qu'au départ l'idée était que c'était cet avion-là qu'il fallait acheter et que les autres avions ont été écartés pour des raisons un peu générales. Le fait qu'on ne trouve dans le message ni chiffres, ni spécifications ou détails concernant les avions qui ont été écartés semble le confirmer. Par contre, on y trouve évidemment des spécifications détaillées sur l'avion que l'on nous propose d'acheter.

Si l'on parle d'Europe, je rejoins ce qui a été dit et proposé ici avec les deux postulats et également avec le postulat de la Commission de la politique de sécurité, c'est-à-dire que, pour performant qu'il soit, aucun avion n'est aujourd'hui en mesure de garantir la sécurité et la défense aérienne en cas de guerre sans un système aérien d'observation et de conduite. On cite toujours ici la guerre du Golfe, qui nous aurait appris combien la domination du ciel est importante. Je dirais pour ma part que la guerre du Golfe nous aurait plutôt prouvé le contraire, car sans les satellites, sans une observation du ciel et l'intégration de cette observation avec les unités mobiles des avions, une armée de l'air, aussi puissante soit-elle, ne peut rien faire. En effet, M. Saddam Hussein disposait d'une armée de l'air puissante sur le papier, avec des milliers d'avions, dont certains de la dernière génération, soit des avions techniquement des plus perfectionnés, et des pilotes parfaitement entraînés en Amérique, en France ou en Russie. Or, il a envoyé ses avions en Iran pour éviter qu'ils ne soient descendus par les Américains, non pas parce que les avions américains étaient supérieurs, mais parce que les Américains avaient des informations dont il ne disposait pas. Lorsqu'un avion irakien essayait de s'envoler, l'ennemi en était immédiatement informé et l'avion était attaqué et abattu. Si nous n'avons pas ce système de conduite et de sécurité aérienne, nous allons acheter un avion qui, en l'occurrence, ne servirait à rien, il faut bien le dire. Pour sauver ces avions, il faudrait les cloquer au sol ou les envoyer en Autriche, à condition que cette dernière reste encore neutre.

Le postulat de la commission est tout à fait raisonnable, mais il aurait fallu en discuter avant l'achat. On ignore combien il faudra dépenser et ce qu'il faudra faire pour intégrer les avions que l'on achète dans le système de conduite et dans le système de détection et d'observation. On argue que l'on achète maintenant et que l'on pourra procéder à l'adaptation et à l'intégration plus tard. Je crois qu'il aurait fallu adopter le processus inverse: s'assurer d'abord une observation. Et si dans ma proposition j'ai parlé du leasing c'est pour une raison très simple. Il résulte en effet du message que la France pouvait nous offrir la possibilité d'acheter des avions en leasing mais on ne sait pas à quelles conditions. Je considère donc cette éventualité comme encore actuelle. Dans le même temps, la France offrait de nous donner les informations concernant son système d'observation aérienne par des avions dotés de la dernière technologie électronique. Si cette offre a été faite, il aurait fallu l'examiner, à mon avis, et notamment dans l'optique de pouvoir disposer de la conduite. On a objecté que ce serait contraire à notre principe de neutralité. J'en doute, car, si on nous offre un système d'information sans nous demander un engagement préalable en cas de guerre, je ne vois pas comment et dans quelle mesure notre neutralité pourrait être affectée en quoi que ce soit. Nous bénéficions par exemple d'un système Meteosat, qui est un système d'informations météorologiques internationales, et en cas de guerre ce système aurait une importance militaire. Je ne pense pas que quelqu'un ait eu l'idée de soutenir que cette intégration de la Suisse viole le principe de la neutralité.

On a dit par exemple qu'on ne pouvait pas acheter les Gripen suédois, car ils étaient trop chers. Or, j'ai lu ce matin dans un journal – peut-être l'aurez-vous lu vous aussi – que la Finlande a acheté 67 Gripen pour 3 milliards 300 millions. Je ne sais pas si l'information est exacte, mais si c'est le cas cela représente la moitié de la somme que nous allons dépenser pour acheter les F/A-18.

J'ai souligné au début de mon intervention que cette décision a aussi une portée politique sur le plan intérieur. Je pense qu'étant donné les conditions actuelles de récession le Conseil fédéral devrait faire son possible pour en atténuer les conséquences, qui frappent la grande majorité de nos conci-

toyens, et renvoyer une dépense que beaucoup considèrent comme une véritable provocation. La solidarité de la population avec les autorités est absolument primordiale dans de telles circonstances.

J'ai participé personnellement à la campagne contre l'initiative sur l'abolition de l'armée et j'ai pu constater les hésitations et les incertitudes qui règnent chez nos concitoyens, même chez ceux qui voulaient voter contre l'initiative. Je crains que cette décision que nous allons prendre ne pousse un certain nombre de citoyens à prendre une position hostile à la défense nationale car ils ne comprennent pas qu'il y ait une urgence particulière pour cette démarche. Nous risquons de le constater très prochainement, déjà à l'occasion du vote sur l'initiative pour les 40 places d'armes en septembre prochain.

Nous votons un achat qui ne résout pas le problème de la défense aérienne, ou très partiellement, mais qui va occasionner des problèmes majeurs dans l'avenir. C'est pourquoi je vous prie d'accepter ma proposition.

Schoch, Berichterstatter: Ich kann Ihnen zu den drei Rückweisungsanträgen keine Kommissionsmeinung vortragen, denn die drei Anträge lagen der Sicherheitspolitischen Kommission nicht vor, obwohl einer der Antragsteller Mitglied dieser Kommission ist. Sein Antrag ist erst später entstanden. Ich meine aber, dass ich die Meinung der Kommission antizipieren und Ihnen in diesem Sinne durchaus einen vorweggenommenen Kommissionsstandpunkt vortragen kann. In diesem Sinne möchte ich Ihnen zwei oder drei kurze Ueberlegungen vortragen.

Die drei Rückweisungsanträge sind im Prinzip nicht deckungsgleich. Allen drei Anträgen ist aber eines gemeinsam: Die Gründe, die für die Rückweisung ins Feld geführt werden, sind alle bereits in der Eintretensdebatte diskutiert, behandelt und auch widerlegt worden. Es erübrigt sich daher absolut, auf die Voten der drei Antragsteller nochmals einzugehen. Das würde offenkundig zu nichts anderem als zu Wiederholungen führen, und mit solchen will ich Sie nicht hinhalten.

Darüber hinaus haben die Herren Plattner und Morniroli den gesamten Inhalt des Kommissionspostulates, das bereits behandelt und begründet worden ist, zu Bestandteilen ihrer Rückweisungsanträge gemacht. Es kann also nur noch die Terminierung zur Diskussion stehen, denn der Chef EMD hat das Postulat ja akzeptiert.

Ich meine, im Sinne der Kommission zu sprechen, wenn ich Sie bitte, die drei Rückweisungsanträge abzulehnen.

M. Coutau, rapporteur: Dans son intervention, M. Plattner a mis en cause une partie de mon rapport concernant la base légale des crédits de préengagement. J'aimerais ici contester cette mise en cause et dire que les alinéas premier et 2 de l'article 31 qui constituent la base légale de ces préengagements ne sont pas pertinents. A l'alinéa premier, il est question des crédits additionnels qu'il faut demander immédiatement, dès qu'un crédit d'engagement se révèle insuffisant. Or, ce cas ne correspond absolument pas au crédit de préengagement qui est prévu pour le F/A-18. L'alinéa 2 prévoit également qu'un crédit additionnel soit demandé en cas de renchérissement. Là aussi, cela ne concerne en rien un crédit de préengagement. Au contraire, l'alinéa 3, qui concerne la mise en chantier anticipée d'un projet par rapport au vote d'un crédit d'engagement concerne bien le cas du crédit de préengagement. Pour le surplus, je dirai que les crédits de préengagement – je l'ai rappelé – sont une pratique ancienne, courante, qui n'a jamais été remise en cause dans sa base légale. Dans le cas particulier, le Conseil fédéral prend une précaution supplémentaire par rapport à la pratique qu'il a dû utiliser par le passé. En effet, le Conseil fédéral attend la décision que nous allons prendre tout à l'heure pour présenter une demande à la Délegation des finances sur l'autorisation qu'elle peut lui donner de s'engager sur ce crédit de préengagement. C'est une précaution politique compréhensible, supplémentaire, mais qui n'était pas absolument nécessaire.

Je dirai simplement à M. Plattner que, en séance de commission, cette question de la base légale, pour autant qu'on en ait parlé, a été élucidée, comme je viens de le faire.

Bundesrat Villiger: Rückweisungsanträge haben etwas gemeinsam: Ihre Urheber wollen das Geschäft nicht entscheiden, sie wollen es zurückziehen und noch dieses und jenes erklärt haben. Ich darf hier aus meinen Memoiren zitieren, die ich nie schreiben werde: «Wer wartet, bis alles klar ist, wird nie handeln, und wer nie handelt, wird nie ein Ziel erreichen.» Ich glaube, dass weder die sicherheitspolitische Lage noch die technische Entwicklung uns in den nächsten Jahrzehnten je einen Moment finden lässt, wo man sagen kann: Jetzt ist alles klar, und es gibt nur diese Lösung. Ich will jetzt aber nicht alles wiederholen, was ich in meinem Eintretensvotum gesagt habe. Die drei Votanten haben sehr viele Probleme wieder neu aufgeworfen. Ich möchte mich auf einige Schlaglichter beschränken.

Herr Plattner hat das Florida-Problem aufgeworfen. Ich möchte zuerst sagen, dass diese 34 F/A-18-Kampfflugzeuge einen starken Dissuasionswert haben. Unabhängig davon, wie lange sie im Ernstfall fliegen könnten, muss jeder, der unser Territorium überfliegen will, mit ihnen rechnen. Er müsste auch, wenn er überlegen ist, seine Taktik anpassen, weil er nie weiß, ob ein so leistungsfähiges Waffensystem kommt. Deshalb wird er sich lange überlegen, ob er die Schweiz wirklich missbrauchen will oder nicht. In diesem Sinne haben diese Flugzeuge eine grosse Abhälterwirkung. Die Frage, wie lange sie im Ernstfall hielten, ist nicht die erste Frage, die man stellen muss.

Der Golfkonflikt ist nicht in jeder Weise ein Lehrstück, weil sich die Schweiz politisch kaum je derart benehmen wird, dass sich die gesamte Völkergemeinschaft mit solchen Heeren auf sie stürzen würde. Solchen Uebermächten könnten wir mit 34 Kampfflugzeugen nicht widerstehen, auch wenn wir die alten noch dazunehmen. Deshalb meine ich, dass wir, wenn Europa bedroht würde, eine relative Stärke bräuchten. Diese hätten wir mit diesem Flugzeug. Sollten wir trotzdem einbezogen werden, dann stimme ich Herrn Plattner zu, dass ein Zusammenbruch des Florida-Systems denkbar ist (es kann überleben, es kann aber auch zusammenbrechen; und wir wollen es ja erneuern, und dann werden diese Fragen neu überprüft). Dann hat der F/A-18 gegenüber den meisten anderen Kampfflugzeugen den grossen Vorteil, dass er eine gewisse Autonomie hat: Er wird nicht ganz blind, sondern immer noch einsatzfähig sein.

Das Zweite ist: Wenn wir uns im Krieg befinden würden und ein solches System zusammenbrechen würde, dann müssten wir auch nicht mehr neutral sein, wir dürften Koalitionen bilden. Das heisst mit anderen Worten: So problemlos, wie das am Golf war, so problemlos könnten wir unsere F/A-18 den Awacs eines anderen Landes unterstellen.

Diese Problematik muss bei der Ersetzung des Florida-Systems überlegt werden. Aber es gibt keine Gründe, bei der Modernisierung der Flugwaffe nicht zu handeln.

Nun komme ich zu den berühmten Vorengagements. Wir haben in der Botschaft folgendes vorgeschlagen: Weil wir vom Preis her in das Jahr 1993 einsteigen wollen, müsste im Prinzip der Entscheid der beiden Kammern im Juli gefällt sein (ich gebe zu, dass das aus der Sicht des Parlamentes schon als Zumutung empfunden werden kann). Damit wir das tun können, müssen wir ein Vorengagement von 50 Millionen Franken eingehen; wir machen das frühestens nach dem Entscheid dieses Rates. Es hängt also von Ihrer nächsten Abstimmung ab, ob wir das tun oder nicht. Man ist in anderen Fällen, z. B. beim Tiger, das Vorengagement eingegangen, bevor der Erstrat entschieden hatte. Jetzt warten wir den Entscheid des Erstrats ab.

Ich habe gesagt, es sei in gewisser Weise eine Zumutung. Ich bin immer noch überzeugt, dass man ein Geschäft, das fertig vorliegt, in kurzer Zeit seriös prüfen kann; Ihre Kommission hat das auch bewiesen. Wenn unsere Leute – auch für die nationalrätliche Kommission – 24 Stunden täglich während 5 Tagen arbeiten müssen, um alles offenzulegen, dann tun sie das. Ich ging in der Botschaft und bei meinem Antrag an den Bundesrat davon aus, dass es politisch schwierig ist, vor dem endgültigen Entscheid 200 bis 300 Millionen Franken Vorengagement zu leisten; nicht rechtlich, aber politisch. Deshalb gingen wir davon aus, dass man wahrscheinlich den Sprung in ein

neues US-Fiskaljahr machen müsse, wenn der Nationalrat nicht bis Ende Juni entschieden habe. In der Zwischenzeit haben wir gesehen, dass die Risiken einer Verschiebung von der Losgrösse, der Produktion her doch beachtlich sind. Deshalb haben wir nach einem Weg gesucht, um die Offerte für das Fiskaljahr 1993 länger offenzuhalten, falls der Nationalrat nicht im Juni entscheiden möchte; das kann man mit weiteren Vorengagements erreichen. Wenn er im September entscheidet, braucht es noch 150 Millionen, und die 310 Millionen Franken sind dann die Summe, wenn man bis Ende Jahr warten möchte. Ich würde die 300 Millionen politisch für relativ schwierig halten, das sage ich Ihnen offen. Deshalb glaube ich, dass der Nationalrat gut daran täte, sich rasch zu entscheiden, damit es bei relativ bescheidenen Vorengagements bleiben könnte, die mir vertretbar scheinen.

Zur Rechtsgrundlage: Wir haben mit der Rechtsabteilung des Finanzdepartementes Rücksprache genommen. Sie haben recht, Herr Plattner, die Marginalie lautet anders, aber es ist erhardtete Praxis: Artikel 31 Absatz 3 Finanzhaushaltsgesetz bezieht sich ausdrücklich auf die Inangriffnahme eines Vorhabens; das ist unbestritten Praxis. Man hat die Dringlichkeitsverfahren immer auch für neue Vorhaben angewandt, für die kein Stammkredit beschlossen war – nicht nur im Militärbereich, auch bei zivilen Bauten anderer Departemente der Bundesverwaltung. Beim Tiger hat man es 1981 gemacht, 1982 beim Saurer-Lastwagen, 1986 beim Tow/Piranha, und für uns und unsere Rechtsgelehrten, die in dieser Materie leben, stellt sich nur die Frage, die in der Fragestunde des Nationalrates gestellt worden ist: Erträgt das Geschäft keinen Aufschub? Wenn es um bis zu 400 Millionen gehen kann, dann erträgt es keinen Aufschub; wenn man es dann anders will, muss man die Konsequenzen in Kauf nehmen. Das zum Vorengagement.

Nun komme ich zu den Fragen, die Herr Morniroli aufgeworfen hat. Es haben sich alle drei Rückweisungsanträge mit der Frage befasst, wie der Flieger- und Fliegerabwehrbereich, Luftabwehr und Flugzeuge, in Zukunft konzeptionell bewältigt werden soll. Ich muss sagen: Wir brauchen kein Konzept, wie es Herr Morniroli verlangt, wir haben es.

Die Aufgabe der Luftverteidigung kann nicht allein durch Flab erfüllt werden. Das ist nie möglich, weil es Räume gibt, die nicht abgedeckt sind, weil man bodengestützten Flab-Radar unterfliegen kann. Dementsprechend braucht es moderne Kampfflugzeuge, die auch nach unten die Lücken schliessen, indem sie Look-down- und Shoot-down-Fähigkeiten haben. Flab-Radars können leichter gestört werden als der moderne F/A-18-Radar, man kann Flab leichter ausschalten. Wir müssen in der Luftverteidigung – weil wir nicht alle Räume mit den kleinen Kreisen der Flab abdecken können – nach allen drei Dimensionen rasch Schwergewichte bilden können; daher braucht es moderne Kampfflugzeuge, die das bei jedem Wetter und jeder Tageszeit tun können. Deshalb muss Flab im Verbund mit Hochleistungsflugzeugen eingesetzt werden.

Auf die Luftpolizeiaufgabe komme ich nicht zurück. Es ist ganz klar: Nur deswegen müssen wir kein Flugzeug kaufen. Aber wenn wir schon für die Glaubwürdigkeit der Armee eines brauchen, dann soll es eines sein, das auch diese Aufgabe optimal erfüllen kann.

Das System Patriot war sehr eindrücklich, vor allem auch politisch und psychologisch. Aber es hat nicht die Wundereigenschaften, die man ihm im Nachgang zum Golfkrieg zuerkannte, wo es eigentlich unter Friedensbedingungen, ohne Tarnung, einfach im Freien – weil die anderen keine Luftkriegsmittel mehr hatten – eingesetzt werden konnte. Patriot hat eine gewisse Raketenabwehrfähigkeit, es hat aber nach wie vor erhebliche operationelle Einschränkungen. Für den Ersatz eines Kampfflugzeuges kann Patriot nicht in Frage kommen; das haben wir geprüft. Es wäre im übrigen, je nach Anzahl, auch ein Milliardengeschäft. Wenn die Bloodhounds überaltet sind, müssen wir uns überlegen, ob man dort in Richtung Patriot etwas tun könnte. Ich habe schon öffentlich gesagt und sage es auch hier wieder: Wenn es einmal darum geht, ein richtiges Raketenabwehrsystem für das ganze Land zu beschaffen, wird die Schweiz alleine überfordert sein. Wenn die Gefahr von Raketen überdurchschnittlich steigt und die Tech-

nologie dagegen entwickelt sein wird, was noch nicht der Fall ist, kommt der Moment, wo wir uns im Zusammenhang mit Europa die Frage eines grösseren Verbundes stellen müssen. Aber dafür ist die Zeit noch nicht gekommen.

Im Zusammenhang mit Taflir, Herr Mornioli, werden wir alles offenlegen. Ich kann jetzt keine Schuldzuweisungen machen. Besteht ein Zusammenhang mit Florida oder nicht? Ich möchte hier nicht spekulieren.

Aber zum anderen, auch dem Politischen, das Sie gesagt haben, möchte ich wiederholen: Man kann nicht immer abwarten, bis alles klar ist. Unsere Antwort ist: Nichts präjudizieren, nichts versäumen und das Nötige tun. Mit diesen Flugzeugen, mit «Armee 95» können wir reagieren, wenn sich Europa verändert und Anpassungsbedarf besteht. Aber einfach nichts zu tun und, wenn wir dann reagieren sollten, nichts zu haben, womit wir reagieren könnten, das halte ich für eine sehr schlechte Therapie.

Nun zu den Ausführungen von Herrn Salvioni. Eine Bemerkung von Ihnen, Herr Salvioni – ich kreuze die Spiesse gerne mit Ihnen, Sie fordern einen immer heraus, lassen Fragen nicht einfach auf sich beruhen; das ist eine gute politische Eigenschaft –, muss ich allerschärfstens zurückweisen: Sie hätten den Eindruck gehabt, man habe schon bei der Evaluation ein bisschen in Richtung dessen geschielt, was man dann evaluiert hat, und man habe anderes von vornherein ausgeschieden. Wir haben in der Vorphase einen breiten Strauss von Flugzeugen gehabt, und diese wurden völlig nüchtern analysiert. Ich kann Ihnen sagen, dass unter den wichtigsten Leuten, die das gemacht haben, Frankreich- und Mirage-Fans sind. Projekt-Oberleiter Scherrer ist so ein Mann; ich glaube, auch Herr Carrel, der jetzige Flieger- und Flab-Chef, ist einer der begeistertsten Mirage-Piloten. Wenn ich hier von einer inneren Voreingenommenheit technischer Art gesprochen hätte, hätte ich sie, wenn schon, eher in der anderen Richtung erwartet. Man hat objektiv analysiert und festgestellt, was geht und was nicht, und zuletzt blieben noch zwei Typen.

Ich habe ja selber die Mirage-Lösung noch einmal angeschaut und nachevaluieren lassen, weil ich mich – das sage ich ganz offen – bei gleichen Fähigkeiten zweier Produkte wahrscheinlich für das europäische entschieden hätte. Die Amerikaner sind mir auch sympathisch, aber weil wir ein europäisches Land sind, wäre mir ein gewisser europäischer Touch – um es in Neudeutsch zu sagen – nicht unsympathisch gewesen. Es ist natürlich klar, dass das auch in Frankreich ein Thema ist. Allerdings ist mir aufgefallen, dass gewisse Industrievertreter in Frankreich sehr viel mehr über Europa reden, wenn sie uns etwas verkaufen wollen, als wenn die Firma Pilatus den Franzosen etwas verkaufen will. Aber das nur nebenbei.

Die Franzosen bauen gute Flugzeuge, unser Mirage war ein hervorragendes Flugzeug. Sie werden sicher auch die Mica-Lenkwaffe und den Radar irgendeinmal entwickeln; aber das alles ist noch nicht reif, ist noch nicht integriert. Ich glaube, Taflir hat wieder einmal gezeigt, was für Risiken man läuft, wenn man einen Radar kauft und bei der Vernetzung nicht weit genug ist. Ich möchte Ihnen einfach nicht etwas vorschlagen, was dann bis zur Realisierung plötzlich fünf Jahre länger braucht oder was das Qualitätsniveau nicht erreicht. Das ist mir zu riskant.

Die Erkenntnis aus der Mirage-Affäre war: Wir trennen Entwicklung und Beschaffung, und das tun wir hier, indem wir ein bewährtes Produkt anschaffen. Es hat sich erwiesen, dass die französische Industrie absolut leistungsfähig und modern ist. Aber die Uebergangslösungen, die Sie, Herr Ständerat Salvioni, uns vorschlagen, scheinen uns nicht tauglich. Jede Einführung eines neuen Waffensystems beinhaltet eine vorübergehende Schwächung der Einsatzbereitschaft, weil es etwa fünf Jahre braucht, bis es einexerziert ist. Eine Ueberbrückungslösung für einige Jahre kommt überhaupt nie über diese Schwächungsphase hinaus. Es geht auch nicht um eine Ueberbrückung, denn unsere Flugwaffe selber überbrückt ja bis ums Jahr 2000 herum. Was wir brauchen, ist nicht eine Ueberbrückungslösung bis dahin, sondern eine neue, tragfähige, kostengünstige Lösung für die nächsten dreissig Jahre, ab etwa Mitte der neunziger Jahr bis etwa 2025.

Eine Uebergangslösung müsste sehr, sehr billig sein, weil sie ja kurzlebig ist. Beispiel Deutschland mit MIG-29: Da wurde das ganze Betriebsmaterial gratis übernommen, das Flugzeug war billig. Schon jetzt zeigt die Erfahrung, dass das vielleicht letzten Endes gar nicht so billig ist, wenn man die Betriebskosten berücksichtigt. Ein Aneinanderreihen von fünf- bis zehnjährigen Uebergangslösungen wäre teuer. Es würde die reduzierte Einsatzbereitschaft zum Dauerzustand machen und wäre vom Aufwand her praktisch nicht realisierbar, weil auch die Uebergangslösung einexerziert werden muss, die Leute trainiert und Simulatoren beschafft werden müssen usw.; und kaum ist der Uebergang vollzogen, muss schon wieder umgeschult werden. Ich glaube also, dass das falsch wäre.

Die Idee des Leasings haben wir auch einmal studiert. Leasing macht keiner gratis. Die Finanzinstitute wollen auch etwas daran verdienen. Ich glaube, so illiquid ist der Staat Schweiz noch nicht, dass er dieses Flugzeug nicht finanzieren könnte; aber kein Land würde wirklich gute Flugzeuge ausmieten. In Frage kämen also nur ältere Modelle der Generation, die wir eben gerade nicht wollen, obsolete, überzählige, und diese würden uns im entscheidenden Moment eben nicht das bringen, was wir suchen. In diesem Sinne wäre Leasing höchstens im Hinblick auf eine Dauerlösung denkbar, indem wir schon das gleiche Produkt vorübergehend einmieten könnten, um unsere Leute einzuschulen, damit wir nahtlos weiterfahren könnten, wenn es geliefert würde. Aber das wäre mit einem alten Flugzeug einer Armee, die es auch nur abgibt, weil sie es selber nicht mehr brauchen kann, nicht sehr sinnvoll. Dazu kommt, dass alle Occasionslösungen dazu führen, dass die Flugzeuge nach wenigen Jahren ihre Flugstunden haben und wieder ersetzt werden müssen; überdies bringen sie unserer Industrie überhaupt nichts.

Ich will jetzt nicht auf alle andern Fragen nochmals eingehen, weil ich sie beim Eintreten schon gestreift habe. In diesem Sinne wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich zu definitiven Entscheiden durchringen könnten und die Rückweisungsanträge ablehnen würden.

Präsidentin: Die Antragsteller Plattner und Mornioli sind damit einverstanden, dass ihre Anträge in der Abstimmung zusammengelegt werden.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag Salvioni	10 Stimmen
Für die Anträge Plattner/Mornioli	4 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag Salvioni	8 Stimmen
Dagegen	33 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin: Herr Schiesser möchte noch von der Möglichkeit von Artikel 67 unseres Ratsreglementes – Begründung der Stimmabgabe – Gebrauch machen.

Schiesser: Ich habe die Debatte mit grossem Interesse verfolgt und bin, offenbar im Gegensatz zu Herrn Bundesrat Villiger, in einem dieser Täler der Zweifel verblieben. Es ist mir nicht gelungen, die Höhen der Erkenntnis zu erklimmen. Ein wesentlicher Grund dafür, dass ich dieser Vorlage heute nicht zustimmen kann, liegt darin, dass die grundlegenden

Fragen erst mit dem Postulat der Kommission beantwortet werden sollen. Nach diesem Postulat hat der Bundesrat einen Bericht zu erstatten und darzulegen, wie die Frühwarnung und Führung im Bereich der Luftverteidigung sichergestellt werden kann. Ich gehe davon aus, dass eine solch grundlegende Frage geklärt werden müsste, bevor wir über 4 Milliarden Franken entscheiden.

Ein anderer wesentlicher Punkt wird mit dem dritten Teil dieses Postulats angesprochen. Auch heute sind wir immer davon ausgegangen, dass es noch eine autonome schweizerische Luftverteidigung gebe; 34 Kampfflugzeuge würden diese Autonomie gewährleisten. Wenn man gesehen hat, welche technische Entwicklung der Golfkrieg gebracht hat, hängen wir hier einem Phantombild nach.

Bevor diese Fragen nicht geklärt sind, kann ich einem Beschluss über 4 Milliarden Franken nicht zustimmen.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	33 Stimmen
Dagegen	8 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

Ad 91.080

**Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission
Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung**

**Postulat de la Commission de la politique de sécurité
Alerte préalable et conduite dans le domaine de la défense
aérienne**

Wortlaut des Postulates vom 4. März 1992

Der Bundesrat wird eingeladen, bis zur Herbstsession 1992 den eidgenössischen Räten einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt:

- wie die Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung mit und ohne Zusammenarbeit mit andern europäischen Staaten sichergestellt werden kann,
- welche Kosten dafür einzusetzen sind und
- welche neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen aus einer allfälligen Zusammenarbeit mit andern europäischen Staaten zu erwarten sind.

Texte du postulat du 4 mars 1992

Le Conseil fédéral est invité à présenter à l'Assemblée fédérale jusqu'à la session d'automne 1992 un rapport qui montre:

- comment il est possible d'assurer l'alerte préalable et la conduite en matière de défense aérienne avec et sans la coopération d'autres Etats européens;
- les coûts qu'il y a lieu de prévoir à cet effet;
- les conséquences sur la neutralité, aussi bien du point de vue juridique que politique qui sont à attendre, en cas de collaboration avec d'autres Etats européens.

Ueberwiesen – Transmis

Siebente Sitzung – Septième séance

Mittwoch, 10. Juni 1992, Vormittag
Mercredi 10 juin 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

91.080

Rüstungsprogramm 1992 Programme d'armement 1992

Botschaft und Beschlussentwurf vom 18. Dezember 1991
(BBI 1992 I 683)
Message et projet d'arrêté du 18 décembre 1991 (FF 1992 I 673)
Beschluss des Ständerates vom 19. März 1992
Décision du Conseil des Etats du 19 mars 1992
Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

antragen, wenn die Europafrage (Beitritt zur EG) – und damit die Frage der Unabhängigkeit der Schweiz – geklärt ist. In der Zwischenzeit soll der Bundesrat neue Flugzeugtypen evaluieren und gleichzeitig das Konzept der Fliegerabwehr und Luftraumüberwachung überprüfen.

Antrag Wick

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, bis zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative

- zu prüfen, ob und allenfalls wie die Überwachung und Sicherung des Luftraums europäisch koordiniert werden können und welche Kosten mit einer solchen Lösung verbunden wären;
- aufzuzeigen, welche Massnahmen den im Sicherheitsbericht definierten Bedrohungslagen entgegengestellt werden sollen;
- eine entsprechende Prioritätenordnung für den Einsatz der personellen und finanziellen Mittel im Bereich der Sicherheitspolitik aufzustellen, wobei auch der Stellenwert einer F/A-18 Beschaffung hinsichtlich der Bedeutung der verschiedenen Bedrohungslagen aufzuzeigen ist;
- sicherzustellen, dass während der Prüfungsphase die Kosten eines allfälligen Beschaffungsverzichts den Betrag von 50 Millionen Franken des vom Bundesrat bereits beschlossenen Vorengagements nicht übersteigen.

Antrag Epiney

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag:

- den Kauf neuer Flugzeuge bis zur Volksabstimmung über die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» auszusetzen;
- bis zu diesem Entscheid keine weiteren Vorauszahlungen zu leisten und im Falle der Annahme der Initiative die Entschädigung für den Nichtabschluss des Vertrags auf maximal 50 Millionen Franken zu begrenzen;
- den Entscheid über den Kauf neuer Kampfflugzeuge bis zur Genehmigung des Armeeleitbildes 95 durch das Parlament zu verschieben;
- ohne Verzug die Initiative zu ergreifen und alle vom EWR betroffenen Länder einzuladen, unter Wahrung der Selbständigkeit jedes Landes, ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem einzuführen, das auch eine aktive Friedenspolitik, die Notwendigkeit der Solidarität zwischen reichen und armen Ländern, die Gefahren der Bevölkerungsexplosion und der massiven Migrationen berücksichtigt;
- den EWR-Partnern, unter Wahrung der Selbständigkeit eines jeden, ein Dringlichkeitsprogramm vorzuschlagen, welches:
 - mit sanften, gezielten Massnahmen den Ländern des Ostens wirtschaftliche Hilfe leistet;
 - alle Massnahmen unterstützt, die die Sicherheit und die Kontrolle des Nukleararsenals der ehemaligen Sowjetunion verstärken;
 - alle Projekte unterstützt, die die Gefahren einer ökologischen Katastrophe vermindern;
- zusammen mit dem Armeeleitbild 95 einen konkreten Massnahmenkatalog vorzulegen, der den durch die Armee beeinträchtigten Regionen wirtschaftliche Kompensationen bringt und die Belastung der Umwelt erheblich vermindert.

Präsident: Einziger Punkt auf der heutigen Tagesordnung ist das Rüstungsprogramm 1992. Ich erläutere Ihnen, wie ich beabsichtige, die Debatte zu führen:
1. Eintretensdebatte mit den beiden Kommissionssprechern.
2. Begründung der Nichteintretens-, Ablehnungs- und Rückweisungsanträge.
3. Fraktionssprecher.
4. Einzelredner. Die Rednerliste wird nach den Fraktionssprechern geschlossen.
5. Antwort der Kommissionssprecher.
6. Stellungnahme des Bundesrates.
7. Abstimmungen über Eintreten, Rückweisung und Ablehnung.
8. Wenn Eintreten beschlossen wird, folgt die Detailberatung. Ich erinnere Sie an die Redeweisen: Die Fraktionssprecher haben 10 Minuten gemäss generellem Beschluss des Büros. Für die Begründung der Anträge sind 10 Minuten vorgesehen. Die Einzelredner sprechen höchstens 5 Minuten.

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten und Ablehnung des Antrages der Minderheit Gross Andreas

Minderheit

(Gross Andreas, Carobbio, Dünki, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Ledergerber, Meier Hans)
Die Beschlussfassung über den Kauf neuer Kampfflugzeuge wird ausgesetzt, bis die Volksabstimmung über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» stattgefunden hat.

Minderheit

(Ledergerber, Carobbio, Dünki, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Nichteintreten

Antrag Hollenstein

Die Rüstungsprogramm 92 ist abzulehnen, und die dadurch freigewordenen Mittel sind für Friedensförderung einzusetzen.

Antrag der SD/Lega-Fraktion

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, eine Flugzeugbeschaffung erst dann zu be-

Antrag Hubacher

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, bei den französischen Behörden abzuklären, ob sie für den Mirage 2000-C, Ausführung RDA und RDI, eine preisgünstige Offerte im Umfang von 1 bzw. 1,5 Milliarden Franken unterbreiten können.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière et rejeter la proposition de la minorité Gross Andreas

Minorité

(Gross Andreas, Carobbio, Dünki, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Ledergerber, Meier Hans)

La prise de décision concernant l'achat de nouveaux avions de combat est suspendue jusqu'à ce que la votation sur l'initiative populaire «Pour une Suisse sans nouveaux avions de combat» ait eu lieu.

Minorité

(Ledergerber, Carobbio, Dünki, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)

Ne pas entrer en matière

Proposition Hollenstein

Refuser le programme d'armement 92 et affecter les ressources ainsi disponibles aux efforts en faveur de la paix.

Proposition du groupe DS/Ligue

Renvoyer le projet au Conseil fédéral en l'invitant à ne proposer de nouveaux avions qu'une fois élucidée la question de notre adhésion à la CE et partant, celle de l'indépendance du pays. D'ici là, le Conseil fédéral évaluera de nouveaux types d'avions et réexaminera par la même occasion notre système de DCA et de surveillance de l'espace aérien.

Proposition Wick

Renvoyer le projet au Conseil fédéral en l'invitant, d'ici à la votation populaire sur l'initiative:
 a. à examiner si et, le cas échéant, comment on pourrait coordonner sur le plan européen la surveillance et la protection de l'espace aérien et ce que coûterait pareille solution;
 b. à dégager les mesures propres à faire face aux menaces définies dans le rapport sur la sécurité;
 c. à établir à cet effet un ordre de priorités sur l'utilisation des ressources humaines et financières affectées à la politique de sécurité, en montrant également l'importance d'une acquisition de F/A-18, eu égard à la portée des diverses menaces;
 d. à faire en sorte que les frais consécutifs à un abandon éventuel du projet d'acquisition n'excèdent pas, durant la phase d'examen, les 50 millions de francs déjà engagés par le gouvernement.

Proposition Epiney

Renvoyer le projet au Conseil fédéral en l'invitant:

1. à surseoir à l'acquisition de nouveaux avions jusqu'à la votation du peuple sur l'initiative «Pour une Suisse sans nouveaux avions de combat»;
2. à ne plus verser d'acomptes jusqu'à cette décision et, en cas d'acceptation, à limiter au maximum à 50 millions de francs le dédommagement lié à la non-conclusion du contrat;
3. à reporter la décision d'acquisition de nouveaux avions à l'adoption par le Parlement fédéral du Plan directeur «Armée 95»;
4. à lancer sans délai une initiative conviant tous les pays concernés par le Traité sur l'Espace économique européen à adopter, dans le respect de l'indépendance de chaque pays, un système collectif de sécurité européenne, système prenant également en compte une politique active du maintien de la paix, le besoin de solidarité entre pays riches et pays pauvres, les risques d'explosion démographique et les dangers liés des migrations massives;
5. à proposer aux mêmes partenaires de l'EEE et dans le respect de l'autonomie de chacun un plan d'urgence destiné en particulier:
 - 5.1. à venir économiquement en aide, par des mesures harmonieuses et ciblées, aux pays de l'Est;
 - 5.2. à soutenir toutes mesures susceptibles de renforcer la sécurité et le contrôle de l'arsenal nucléaire anciennement soviétique;
 - 5.3. à appuyer tous projets aptes à réduire les risques de catastrophes écologiques;
6. à proposer, en même temps que le nouveau Plan directeur «Armée 95», un catalogue de mesures concrètes destinées à

apporter aux régions supportant les nuisances de l'armée des compensations économiques appropriées, ainsi que des solutions destinées à réduire sensiblement l'impact sur l'environnement.

Proposition Hubacher

Renvoyer le projet au Conseil fédéral en l'invitant à demander aux autorités françaises si elles seraient en mesure de soumettre pour le Mirage 2000-C (modèle RDA et RDJ) une offre avantageuse de l'ordre de 1 à 1,5 milliard de francs.

Steinegger, Berichterstatter: Es gibt nichts Neues unter der Sonne; das ist schon oft gesagt worden. Urs Thaler hat in den «Luzerner Neusten Nachrichten» darauf hingewiesen, man könnte eigentlich auf die Debatte von 1929/30 verweisen. Die Positionen von heute sind sehr ähnlich, sogar die Begründungen. Es ging damals um die Anschaffung von 105 Kampfflugzeugen für etwa 20 Millionen Franken. Auch damals wurde die Vorlage bekämpft: die Anschaffung widerspreche der Völkerbundspolitik; die 20 Millionen solle man gescheiter in eine Stiftung zur Förderung des Weltfriedens stecken; Rüstung sei angesichts des drohenden (damals Gas-, nicht Atom-)Krieges unsinnig.

Deutschland hatte zwar noch keine Luftwaffe. Es fanden etwa 70 Kundgebungen gegen diese Rüstungsvorlage statt. Es wurden 42 000 Unterschriften für eine Petition gesammelt; damals hat man die Verfassung noch so interpretiert, dass keine rückwirkende Initiative gestartet wurde. Am 5. Juni 1930 stimmte der Nationalrat der Rüstungsvorlage zu und verworf auch den Antrag auf eine Referendumsklausel. 1932 sind die Nationalsozialisten in Deutschland die stärkste Macht geworden. 1938 fand der deutsche Einmarsch in Österreich statt, und im März 1939 hat die SP beschlossen, eine Initiative von Gottlieb Duttweiler – das waren die grossen Zeiten des Landesrings –, der 1938 eine Initiative auf Anschaffung von 1000 Kampfflugzeugen gestartet hatte, zu unterstützen. Polen wurde am 1. September überfallen; die Initiative wurde nicht mehr eingereicht; es konnten aufgrund dieser Initiative auch keine zusätzlichen Flugzeuge mehr beschafft werden.

Die Beschaffungsfristen waren damals noch etwas kürzer. Heute rechnen wir mit 8 bis 10 Jahren. Wir gehen davon aus, dass die Aufstellung einer neuen und leistungsfähigen Luftwaffe etwa 20 Jahre braucht. Urs Thaler hat darauf hingewiesen, dass Primo Levi – Italiener, Jude, Schriftsteller und Insasse von Auschwitz – nach dem Krieg folgendes schrieb: «Es geschah gegen jede Voraussicht. Es geschah in Europa Es ist geschehen, also kann es von neuem geschehen. Das ist der Kern dessen, was wir zu sagen haben.»

Zum Ablauf der Kommissionsverhandlungen: Ich darf im Namen der Kommission anerkennen, dass das EMD und Bundesrat Villiger nicht gemauert haben. Es sind uns alle Informationen bereitwillig gegeben worden. Wir haben in Subkommissionen gearbeitet, Hearings veranstaltet, Besuche abgestattet. Ich anerkenne auch die korrekte und kompetente Leistung durch Nationalrat Hubacher. Ich hätte es ihm gegönnt, dass ihn seine Fraktion in die Lage versetzt hätte, hier die Mehrheit zu vertreten und nicht Irrtümer der Minderheit vertreten zu müssen; auch der «Spaziergang» zur französischen Botschaft ist für mich ein Beweis, dass man eigentlich ein Flugzeug braucht.

Nach Ansicht des EMD handelt es sich um eine Ersatzbeschaffung, wobei aus Rücksicht auf die verbesserte Sicherheitslage und auf die finanzielle Situation ein Schritt zurück getan wird. Im EMD ist man deshalb zunächst davon ausgegangen, dass keine umfassende sicherheitspolitische Lagebeurteilung oder gar eine Strategiedebatte nötig sei. Aber in der Schweiz werden Strategiediskussionen immer geführt, wenn eine Rüstungsvorlage vorliegt. Vernünftigerweise müsste man diese Diskussionen einmal losgelöst von Rüstungsvorlagen führen. Es ist dann eine Beurteilung gefordert und mit dem Sicherheitsbericht und mit dem Armeeleitbild auch geliefert worden. Es war so, dass in der Diskussion eigentlich nicht Typenprobleme und technische Probleme im Vordergrund standen, sondern die Diskussionen waren stark von den sicherheitspo-

lischen Ueberlegungen geprägt. Oberstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist ja die Verhinderung des Krieges und die Erhaltung der Unabhängigkeit. Solange es angriffsfähige bewaffnete Kräfte gibt, kann man diesem Ziel nur durch eine eigene bewaffnete Landesverteidigung nachleben. Dass wir also eine Verteidigung brauchen, lässt sich gegenüber rational denkenden Leuten noch leicht begründen.

Welche Verteidigungspolitik wir brauchen ist aber schwieriger zu begründen. Die weltpolitischen Umwälzungen haben eine neue Situation geschaffen, und vieles ist heute erst in Konturen erkennbar. Aus Sicht der schweizerischen Sicherheitspolitik ist aber auch hier eine relativ einfache Grundregel massgebend: Wenn man verteidigen will, ist das Verhältnis von Kräften, also Truppenkräften, zum Raum die Kernfrage. Es geht also um die Potentiale, die Waffensysteme in einem gegebenen Raum; es kommt das Gelände usw. dazu. Man muss in einem gegebenen Raum eine ähnliche strategische oder militärische Dichte erreichen, um ein Vakuum zu vermeiden.

Entscheidend für Rüstungsbeschaffungen sind also nicht die Absichten und Planungen, sondern die Potentiale; Absicht und Planung sind sekundär, weil sie viel schneller geändert werden können als die Potentiale. Und ohne Absichten und Aufträge sind ja Kampfflugzeuge und Panzer wie Spielzeuge: Gefährlich werden sie erst, wenn böse Absichten dazukommen, und einen Krieg und ein Gefecht kann man eben auch mit einer Kleinarmee anzetteln.

Nun haben wir in Mitteleuropa eine Vielzahl von Kampfflugzeugen der vierten Generation. Unsere heutige Luftwaffe ist diesen Kampfflugzeugen hoffnungslos unterlegen. Hunter, Tiger und Mirage würden abgeschossen, ohne dass sie den Gegner je gesehen hätten. Bei der Evaluation hat man sechs Tiger mit dem F/A-18 konfrontiert: Diese Tiger wären abgeschossen worden, bevor sie das gegnerische Flugzeug auch nur gesehen hätten. Und in Irak, wo hauptsächlich die F-15 und die F-18 in Luftgefechten Siege errungen haben, war es wahrscheinlich auch so, dass die irakischen Piloten den Gegner nie gesehen haben. Dazu kommt, dass bei schlechtem Wetter – und das ist in Mitteleuropa zu etwa 67 Prozent der Fall – in der Nacht unsere Luftwaffe buchstäblich am Boden ist, während andere Flugzeuge operieren können.

Also erfordert dieses grundlegende Prinzip des Verhältnisses von Kräften zum Raum eine Modernisierung unserer Luftwaffe. Da waren sich eigentlich alle Experten einig. Und weil Flugzeugbeschaffungen acht bis zehn Jahre dauern, kann man sich nicht auf die eigene Gemütslage oder die vermeintlich guten Absichten Dritter stützen, sondern man muss schauen, welche Waffensysteme in der Umgebung stationiert sind.

Natürlich darf man sich auch die Frage stellen, wie das in Zukunft aussieht. Nach unserer Beurteilung werden diese Potentiale reduziert, aber das moderne Gerät wird beibehalten. Es geht also nicht um die Aufrechterhaltung von Hunter-Flotten: Die mit den Hunter vergleichbaren Maschinen sind längst verschrottet, und die mit F-5 Tiger und Mirage III vergleichbaren Maschinen werden ausgemustert. Es bleiben die Flugzeuge der vierten Generation.

Das CFE-Abkommen lässt erhebliche Kräfte für den Bereich der Luftwaffen zu. Es sind das je 6800 Kampfflugzeuge und je 2000 Kampfhelikopter. Für Deutschland gilt dann noch eine nationale Obergrenze von 900 Kampfflugzeugen und 306 Kampfhelikoptern. Das sind eigentlich die einzigen verifizierbaren Beschränkungsregelungen.

Nun ist es so, dass viele sich mit einer derart einfachen Lagebeurteilung nicht begnügen. Man möchte Bedrohungsszenarien diskutieren und potentielle Feinde genannt bekommen. Dabei ist es auffallend, dass diejenigen, welche in den siebziger und achtziger Jahren bei damals klarer – und heute vollauf bestätigter – Bedrohungslage jeweils protestiert haben, wenn der vermutete Feind «rot» war, und damals keine Feindbilder wollten, heute am lautesten möglichst konkrete potentielle Feinde fordern.

Aber noch einmal: Die Grundlage für die Beurteilung der eigenen Handlungsfähigkeit und die Einschätzung der gegnerischen Operationsfähigkeiten ist die nüchterne Analyse militärischer Potentiale, der entsprechenden Planungen, und nicht das Vorzeigen von Feinden.

Wir hatten 1986 noch eine Vorwarnzeit von zweieinhalb Tagen, heute handelt es sich um Monate und mehr: Im November 1989 fand die Öffnung der Berliner Mauer statt; im Juli 1990 stimmte Gorbatschow der Nato-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands zu, und Ost- und Westdeutschland sind seit Oktober 1990 vereinigt. Die bisherige Ost-West-Bipolarität ist damit weggefallen und hat der sogenannten Multipolarität Platz gemacht.

Aus der Sicht der schweizerischen Sicherheitspolitik können etwa drei Problemfelder genannt werden:

1. Die Gefahr technologischer Katastrophen im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung im Osten. Die Nonproliferation von ballistischen Raketen und von Massenvernichtungswaffen ist leider gescheitert.

2. Die Notwendigkeit, den Kernkrieg zu verhindern, zwingt die zivilierte Welt unter Umständen zu harten Massnahmen wie im Golfkonflikt.

3. Wegen der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Bevölkerungsexplosion können Völkerwanderungsbewegungen entstehen, und es besteht das Risiko einer aggressiven, möglicherweise erpresserischen Politik einiger Staaten der Dritten Welt gegenüber der westlichen Welt. So könnte Europa in eine Geisellrolle geraten.

Das frühere System der Blockkonfrontation hat Sicherheit erzwungen und garantiert. Der Franzose Alain Minc zitiert in diesem Zusammenhang einen Griechen: «Hätten die Bulgaren vor drei Jahren versucht, Thrakien zurückzugewinnen, wäre daraus ein Weltkrieg entstanden; heute ergäbe sich ein schwerer lokaler Konflikt. Das ist der Unterschied.»

Die atomwaffengestützte Blockkonfrontation sicherte den Nichtkrieg und zementierte den Status quo. Am Ende dieser Blockkonfrontation ist die Kriegsschwelle gesunken. Weil ein Weltkrieg vorerst kein Thema mehr ist, sind regionale Kriege möglich geworden. Alte Rechnungen können, sofern es genug Idioten gibt, vergleichsweise gefahrlos wieder eingefordert werden, wie Sie heute in Jugoslawien sehen.

Früher hatten wir wegen der Möglichkeit eines Atomkrieges eine grosse Bedrohung, wegen der gegenseitigen Abschreckung aber nur wenig Gefahr, dass der Krieg auch tatsächlich eintritt. Heute ist diese grosse Bedrohung weitgehend weggefallen. Demgegenüber haben sich an der Peripherie Europas grosse Gelegenheiten zu ethnischen Konflikten und lokalen Konfrontationen ergeben: Die strategische Landkarte Europas ist verschwommen geworden und erinnert an das 19. Jahrhundert. Es sind also Gefahren entstanden, welche aber noch keine grosse Bedrohung sind.

Alain Minc erwähnt folgende Probleme: Klein-Libanon auf dem Balkan, das schwarze Loch der ehemaligen Sowjetunion – ein teilweise atomar bewaffnetes wirtschaftliches Nichts –, der europäische Osten, der noch lange ein Armenhaus bleiben wird, das vereinigte Deutschland, das Gefahr läuft, zwischen Ost und West zu schwanken, die Supermacht USA, welche dazu neigt, Europa sich selbst zu überlassen, und schliesslich als Antwort auf die Unübersichtlichkeit der neuen Politik eine Re-Nationalisierung der Politik mit dem Aufstieg von schrecklichen Vereinfachern, also die Gefahren der Rückkehr der nationalistischen Dämonen, der «vagabundierenden» Atomwaffen und der Armutswanderungen.

Diese neue Lage erfordert Massnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik im weiteren Sinne, also in der Außenpolitik, in der Entwicklungspolitik. Und im Bereich der bewaffneten Verteidigung brauchen wir sicher keine Hochrüstung und keine Bereitschaft, unsere Armee innert Stunden zwischen Bodensee und Genfersee einzugraben. Wir brauchen aber Anschluss an die moderne Waffenentwicklung. Wir brauchen eine vergleichbare strategische Dichte. Wir brauchen Flexibilität, und wir dürfen kein Vakuum entstehen lassen. Bei der Ausbildung können wir den veränderten Vorwarnzeiten Rechnung tragen.

Was sind nun die Folgerungen für die Luftverteidigung? Im Bereich der Luftwaffe haben wir ein Vakuum. Wegen der Beschaffungsfrist von 8 bis 10 Jahren können wir diese Probleme nicht dem Zufall überlassen. Wie in den dreissiger Jahren ist auch heute noch die Vorwarnzeit kürzer als die Beschaffungsdauer, und wir reden hier von einer Sicherheitsinvestition mit einer

Nutzungsdauer von etwa 30 Jahren. Man kann das Haus nicht erst gegen Brand versichern, wenn es brennt. Die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa war bisher ungleich höher als die Gefahr eines Hausbrandes, oder stand etwa Ihr Haus in den letzten achtzig Jahren schon zweimal im Vollbrand?

Seit der Beschlussfassung im Ständerat hat es einige Neuigkeiten gegeben. Bei der GSoA-Initiative hat eine Minderheit ein mehrheitsfähiges Thema gefunden. Es wird der aktuelle Durst nach Ruhe, Sympathie und Einigkeit ausgenutzt. Die Sammlung der Unterschriften ist von den Medien breit mitgetragen worden, fast wie eine «Glückskette»-Sendung. Wir stehen auch vor der Situation, dass das 1987 abgelehnte Rüstsungsreferendum durch die Hintertür einer Verfassungsinitiative mit Rückwirkungsklausel wiedergekommen ist, und das alles unter dem Namen «Demokratie».

Dann haben wir den Entscheid in Finnland, in Amerika, in Deutschland, in Kuwait, in Israel. Die Finnen haben sich für 64 F/A-18 entschieden. Die USA haben entschieden, dass man die F/A-18-Produktion fortsetzt. In Deutschland ist der Eurofighter am Wackeln; Kuwait, das eigentlich die grösste Erfahrung hat, hat weitere F/A-18 beschafft, und Israel trägt sich ebenfalls mit dem Gedanken der Beschaffung von F/A-18.

In der Kommission – es wird auch hier nicht anders sein – gab es vier Positionen: Wir haben die Position der Armeeabschaffer, welche glauben, den ewigen Frieden durch den Verzicht auf Waffen zu erreichen. Sie wollen folgerichtig kein neues Flugzeug, aber ohne Luftschild nehmen sie unserer Armee die Beweglichkeit und stellen sie damit in Frage.

Aufgrund des aktuellen Standes unserer Luftwaffe könnten wir im Neutralitätsschutzfall nur mit Glück etwas ausrichten. Im Verteidigungsfall hätten wir weitgehend eine Einwegluftwaffe. Die Begründung für diese Haltungen haben wir schon 1989 gehört. Sie stammt im wesentlichen aus der Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre, die ihrerseits alte pazifistische und jüngere antiamerikanische Wurzeln hat.

Ich möchte mich nicht im einzelnen mit der GSoA-Initiative auseinandersetzen. Der Zeitpunkt dafür ist später. Aber die Initiative ist ja das Motiv für die Nichteintretens-, Rückweisungs- und anderen Anträge. Ich möchte mich deshalb kurz mit ihren Auswirkungen auseinandersetzen: Gemäss dieser Initiative soll bis ins Jahr 2000 kein neues Kampfflugzeug beschafft werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Initianten nicht Vertreter irgendeiner Alternativstrategie der bewaffneten Landesverteidigung sind. Sie wollen die Armee abschaffen und imaginäre Sicherheitspolitik mittels Wehrlosmachung unseres Landes betreiben. Aber um mehrheitsfähig zu werden, visieren sie nun die Ersatzbeschaffung bei unserer Luftwaffe an. Es stellen sich folgende Fragen:

1. Sollen die heutigen Flugzeugtypen unserer Luftwaffe weiterbetrieben werden, wenn bis ins Jahr 2000 kein Ersatz beschafft werden kann? Persönlich bin ich der Meinung, dass es wenig Sinn macht, weiterhin mit Hunter, Tiger und Mirage in Mitteleuropa herumzukurven, um so zu tun, als ob wir unseren Luftraum schützen könnten. Dies wäre Selbsttäuschung. Es wäre unhaltbar, Risiken, Kosten und Immisionen auf sich zu nehmen, um eine Schönwetter-Einwegluftwaffe zu betreiben. 1930 war man ehrlicher. Damals hat man gesagt, man verlange nicht, dass unsere Piloten mit den alten «Kästen» herumfliegen.

2. Können wir das neue Armeelitebild mit der dynamischen Raumverteidigung ohne Modernisierung der Luftwaffe realisieren? Mit dem Armeelitebild, mit der dynamischen Raumverteidigung werden die Truppenzahlen gesenkt und durch höhere Mobilität und Feuerkraft teilweise kompensiert. Aber mechanisierte Kräfte ohne Luftverteidigung sind schutz- und damit nutzlos. Man gibt viel Geld für mechanisierte Kräfte aus, für Beweglichkeit, und gibt sie dann zum Abschuss durch feindliche Flugzeuge frei oder muss sie irgendwo einmauern. Was dies bedeutet, konnte man zwischen Al Jahra und dem Mitlo-Pass in Kuwait sehen, wo sich die Iraker ungedeckt aus Kuwait City nach Al Basrah zurückziehen wollten, oder man konnte es auch ab dem 23. Dezember 1944 in den Ardennen beobachten. Verzicht auf Beweglichkeit heisst, dass sich die Armee sta-

tisch in ein Dispositiv eingräbt, um dann der Dinge zu harren, die da kommen sollen. Oder wir haben eine verstärkte Gendarmerie, die bei einer Aggression baldmöglich ihre Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung anbietet.

Das neue Armeelitebild sieht eine neue Art Vorne-Verteidigung vor, das heisst: Bei Grenzverletzungen würden mechanisierte Kräfte auch dort oder gerade dort eingreifen, und dies ist ohne Schutz aus der Luft nicht möglich.

Die zweite Überlegung: Man redet von einem «overkill». Obwohl es nur um eine Ersatzbeschaffung geht, glauben verschiedene Leute, es handle sich in der heutigen Lage um eine Ueberrüstung. Die heutige Lage enthalte ja Anzeichen für eine Verteidigungsmöglichkeit mit weniger Luftwaffe. Aus diesem Grund soll eine billige Uebergangslösung getroffen werden. Im Vordergrund stehen Occasionen der vierten Generation. Nur gerade Herr Opel hat uns Tiger-Occasionen und Alpha-Jet-Occasionen vorgeschlagen; die Tiger wahrscheinlich aus Sudan und Aethiopien, und die Alpha-Jets werden auch in Deutschland als Einwegflugzeuge bezeichnet.

Die Luftpolizei könnte bei schlechtem Wetter und in der Nacht teilweise wahrgenommen werden, überdies würde man ausbildungsmässig und in der technischen Erfahrung den Anschluss nicht völlig verlieren. Aber wegen der Nutzungsdauer von 30 Jahren für moderne Kampfflugzeuge ist eben kaum zu erwarten, dass die modernen Flugzeuge in den nächsten zehn Jahren verschrottet werden. Die spätere Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem wäre wohl auch nicht zum Nulltarif zu haben. Wir können nicht erwarten, dass wir den Train pflegen – Kollege Hari möge mir das verzeihen –, während Belgien, Deutschland, Italien, Spanien usw. für Flugzeuge sorgen. Eine derartige Uebergangslösung ist nur billiger, wenn man die Occasionen in zehn Jahren ohne Ersatzbeschaffung verschrottet kann. Muss man aber dannzumal ein neues Kampfflugzeug beschaffen, entstehen im Verhältnis zur Nutzungsdauer von 30 Jahren schlicht und einfach die anderthalbischen Kosten. Diese Lösungen sind also, berechnet auf diese Nutzungsdauer von 30 Jahren, eindeutig teurer. Es gibt nichts Teureres als Provisorien.

Die dritte Variante oder die dritte Option ist der Antrag des Bundesrates. Wir sind der Ansicht, dass die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 den Zielsetzungen des Armeelitebildes entspricht. Es handelt sich klar um die erste Priorität. Man ist ursprünglich von 80 bis 100 Kampfflugzeugen ausgegangen. Die internationale Lage, die Bundesfinanzen sowie die Beschränkung auf Luftpolizei und Luftverteidigung erlauben es aber, auf 34 Kampfflugzeuge zu gehen. Man hat den Erdkampf gestrichen. Wir erreichen damit eine militärische Dichte, die mit den Nachbarn vergleichbar ist. Wir sind ja nicht Saddam Hussein und müssen uns nicht auf die Intervention der Uno einstellen.

Es gibt noch eine vierte Option: zusätzliche Anstrengungen. Auch das ist uns gemeldet worden. So gibt es innerhalb der Luftwaffe Kreise, die 80 bis 100 reine Jagdflugzeuge sowie mindestens vier Luftüberwachungsflugzeuge fordern. Sie sehen also, dieser militärische oder sportliche Wunschkatalog an Herrn Bundesrat Villiger ist umfangreicher als das, was die politische Führung nun vorgeschlagen hat.

Was haben wir für Alternativen?

1. Verzicht auf die Luftwaffe. Ein Verzicht auf die Luftwaffe würde zunächst bedeuten, dass wir den Neutralitätsschutz aufgeben. Das ist eine politische Frage. In der zweiten Konsequenz ergäbe sich ein Verzicht auf die Beweglichkeit. Nur so könnten wir die Gefahren aus der Luft reduzieren, sofern nicht flächenvernichtende Waffen eingesetzt werden. Wir müssten uns also auf den Kampf in einigen befestigten, verstärkten Schlüsselzonen beschränken. Damit die eingesetzten staatlichen Kräfte aus der Luft nicht zerschlagen werden könnten, wären Schutzbauten und eine bodengestützte Luftabwehr nötig. Dieser Verzicht auf die operative Beweglichkeit hatte im Zeitalter des Ost-West-Gegensatzes vielleicht einen gewissen Sinn: heute aber, mit der Gefahr von Kleinaktionen, von Grenzverletzungen usw., wirkt diese Strategie antiquiert. Man akzeptiert von vornherein, dass diese Schlüsselzonen die Bühne für den Krieg abgeben, und verzichtet auf den Schutz des Grenzgebietes und des Grossteils des Landes. Ohne Schutz

aus der Luft können auch Schützenpanzer, Artillerie und Transporthelikopter, die vom SP-Konzept beispielsweise noch zugelassen sind, nicht bewegt werden. Die Armee hätte dann noch die Fähigkeit zum Sicherheitsdienst im Innern und zum Grenzschutz gegen Flüchtlinge.

Die jüngsten Erfahrungen zeigen, dass bei bürgerkriegsähnlichen Handlungen eine oder beide Seiten über die Luftwaffe verfügen. Wie will man dann Grenzschutz ohne Luftwaffe betreiben?

2. Eine weitere Alternative: die Verstärkung der bodengestützten Luftabwehr. Derartige Systeme sind im Verteidigungsfall zum Schutz wichtiger Objekte durchaus von Bedeutung. Hingegen ist der Einsatz im Neutralitätsschutz problematisch. Sie können die Identifikation nicht erst betreiben, wenn die Flugzeuge am Boden liegen, und der flächendeckende Einsatz wäre teuer, ebenso teuer wie die Ersatzbeschaffung bei der Luftwaffe.

Viel ist von der Frage der eigenständigen Landesverteidigung einerseits oder einer Sicherheitspolitik im Verbund andererseits gesprochen worden. Ob unser Land eine eigenständige Landesverteidigung will oder ob Sicherheitspolitik zusammen mit anderen Staaten betrieben werden soll, ist primär eine politische Frage und erst zuletzt ein militärisches Problem. Bis heute betreiben wir eine eigenständige Sicherheitspolitik. Die Aufrechterhaltung der Neutralität ist uns, der Bundesversammlung und dem Bundesrat, in der Bundesverfassung nämlich vorgeschrieben. Die Aufrechterhaltung der Neutralität beinhaltet auch die Verpflichtung für eine zumutbare, unabhängige Landesverteidigung. Wenn man das nicht will, muss man konsequent sein und zum Ausdruck bringen, dass man die Neutralität und die entsprechenden Verfassungsbestimmungen abschaffen soll.

Natürlich kann man über den Sinn einer eigenständigen Landesverteidigung diskutieren. Dies ist aber eine politische Diskussion, die nicht anlässlich einzelner Rüstungsbeschaffungen zu führen ist. Eine Sicherheitspolitik im Verbund würde eine grundlegende Neuausrichtung unserer Aussenpolitik und eine Verfassungsänderung voraussetzen.

Nun, was müsste diese Sicherheitspolitik im Verbund bedeuten? Heute und mittelfristig heißt dies: Beitritt zur Nato. Eine andere valable sicherheitspolitische Organisation ist gegenwärtig nicht in Sicht. Die Westeuropäische Union (WEU) ist höchstens ein Embryo, und die KSZE hat keine Verteidigungsorgane. Entsprechende Aufträge müssten von der Nato, der WEU oder von einzelnen Ländern ausgeführt werden.

Eine Nato-Mitgliedschaft wäre natürlich nicht gratis. Es handelt sich um eine Vereinigung mit Rechten und Pflichten. Fast alle Nato-Länder besitzen Flugzeuge der vierten Generation. Es wäre deshalb kaum anzunehmen, dass die Schweiz innerhalb der Nato die Radfahrertruppen und den Train stellen könnte, während die wirtschaftlich schwächsten Staaten der Nato die Luftwaffe stellen würden.

Nato-Mitgliedschaft heisst nicht nur Hilfe vom Bündnispartner im Verteidigungsfall, sondern auch Mitwirkung bei Einsätzen in Nachbarländern und in den sogenannten Schlüsselregionen, die nach neuester Strategie der Nato den Suezkanal, den ganzen Mittelmeerraum, das Schwarze Meer und den Nordatlantik umfassen. Ich möchte Sie dann sehen, wenn schweizerische Truppen dort zum Einsatz kämen.

Man kann in Zukunft auf ein gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit setzen, wie es im SP-Konzept vorgesehen ist, ohne dass es das bereits gibt. Aber man kann dann nicht gleichzeitig auf die Mitwirkung bei kollektiven militärischen Zwangsmassnahmen verzichten. Jugoslawien zeigt, was der Unterschied zwischen dem Einsatz von Beobachtern, dem Einsatz von Blauhelmen und der Fähigkeit zur militärischen Intervention ist. Ohne Hilfe von Amerika «glänzt» Europa hier ja durch Hilflosigkeit.

Dass andererseits Voraussetzungen für mögliche Kooperationen im Verteidigungsfall geschaffen werden sollen, ist notwendig und richtig. Wir sind in der Kommission auch informiert worden, dass in diesem Sinne bei einer Modernisierung des Radarsystems Florida Schnittstellen für potentielle Kooperationen definiert würden.

Nun noch die Frage: Können wir uns die Luftwaffe finanziell lei-

sten? Diese Fragestellung ist nicht richtig. Es geht um die Frage, wieviel wir uns die eigene Verteidigungsfähigkeit und die sogenannten ausgreifenden Komponenten der Sicherheitspolitik kosten lassen. Es geht um die Frage der Versicherungsprämie. Von der Verfassung her haben wir einen Verteidigungsauftrag. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht und die Neutralität. Wir können nicht ständig lavieren zwischen dem Pazifismus in einem Teil der öffentlichen Meinung und dem Gebot, mit einem glaubhaften Militäraparat über eine Lebensversicherung zu verfügen. Man kann die Sicherheit nicht auf den Glauben gründen, in einer veränderten Welt befindet man sich in den Händen von ausschliesslich guten Menschen.

Das Parlament steht bei den Ausgaben für die Sicherheitspolitik vor einem Widerspruch, der die Politik seit der Antike beschäftigt. Wenn die Politiker es versäumen, für eine angemessene militärische Verteidigung zu sorgen, sind sie unter Umständen nicht mehr in der Lage, sich gegen einen Gegner zu wehren, der diese Schwäche ausnützt. Wenn sie andererseits zuviel für die Rüstung ausgeben oder zuviel Geld verbrauchen, um alte Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, dann wird der Staat wirtschaftlich überanstrengt.

Wir geben etwa 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Verteidigung aus. Wir befinden uns damit im hinteren Teil der Rangliste. Von den Nachbarstaaten gibt nur Österreich weniger aus: 1992 etwa 2,2 Milliarden oder 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes, im Vergleich zu unseren etwa 5,2 Milliarden.

Der Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes hat sich in der Vergangenheit ständig reduziert: 1960 32 Prozent, 1992 16,7 Prozent, 1994 voraussichtlich 12 Prozent. Gemäss Finanzplänen sollen die Militärausgaben zwischen 1990 und 1995 real um 15 bis 20 Prozent reduziert werden, die Rüstungsausgaben um gegen 25 Prozent. Innerhalb dieses Anteils soll nun das Rüstungsprogramm 1992 realisiert werden. Wir bezahlen also eine beträchtliche Friedensdividende und können trotzdem ein neues Kampfflugzeug beschaffen.

Die Finanzprobleme des Bundes kommen nicht daher, dass das Militärdepartement real zu wenig spart, sondern dass die anderen Departemente real mehr ausgeben. Unter der Voraussetzung der Zuteilung von etwa 5,5 Milliarden Franken jährlich ist es primäre Aufgabe des EMD, die zweckmässigen Prioritäten zu setzen. Wir könnten uns überzeugen, dass bei der Luftverteidigung gegenwärtig der grösste Bedarf besteht. Soweit man überhaupt den Willen hatte, die Luftwaffe zu erneuern, war eigentlich der F/A-18 kaum bestritten. Er garantiert uns eine Nutzungsdauer von 30 Jahren. Er wird in grossen Stückzahlen weiter hergestellt. Wir haben eine hohe Sicherheit wegen den zwei Triebwerken, und er hat die Fähigkeit – das ist von den Nutzen-Kosten-Ueberlegungen her entscheidend –, als Kräftemultiplikator zu wirken. Wenn wir den F/A-18 haben, können wir weiterhin die Tiger und Mirage vernünftig einsetzen. Das haben uns die Kanadier gezeigt und auch bewiesen.

Wir haben einige wirtschaftliche Auswirkungen zu vermelden: die direkten Beteiligungen der schweizerischen Industrie mit etwa 311 Millionen Franken – das gibt Mehrkosten von 146 Millionen –, die Endmontage in der Schweiz für 32 Flugzeuge, die indirekten Beteiligungen – Sie haben alles in der Botschaft –, die Ausgleichsgeschäfte, weil die beiden Hauptlieferanten in Amerika sich verpflichtet haben, für etwa 2 Milliarden Franken Gegengeschäfte mit der Schweizer Industrie zu tätigen.

Zusammenfassend: Die Erneuerung unserer Luftwaffe ist nötig. Diese Erneuerung ist unter einer realen Reduktion der Militärausgaben von 20 Prozent finanziell verkraftbar. Der beantragte Flugzeugtyp erfüllt unsere Anforderungen am besten, und zwar auf eine Nutzungsdauer von 30 Jahren, und diese Erneuerung schafft in der heute wirtschaftlich schwierigen Zeit Arbeitsplätze.

Namens der Kommissionsmehrheit beantrage ich Eintreten auf die Vorlage.

M. Leuba, rapporteur: Bien que chacun soit naturellement porté à croire que les événements qu'il vit sont les plus impor-

tants de l'histoire, car la mémoire historique est toujours courte et le présent prend toujours plus de place que le passé, je ne crois pas que l'on puisse contester que le débat sur le programme d'armement 1992 soit l'un de ceux qui ont soulevé et qui soulèvent le plus de discussions, voire de passions, dans un climat extraordinairement émotionnel, qui rappelle d'ailleurs étrangement les discussions qui ont eu lieu en Suisse en 1929 et en 1930, lors de la création de notre véritable aviation militaire. Le rapporteur de langue allemande l'a rappelé tout à l'heure.

Il y a d'abord, il faut bien le dire, la pression à laquelle est soumis notre Parlement, et particulièrement notre conseil, par le Conseil fédéral qui veut aller vite en besogne. Ainsi, après avoir longtemps tergiversé, après avoir renoncé à présenter l'achat des F/A-18 dans le programme d'armement 1990, comme cela était primitivement prévu, le Conseil fédéral a adopté le message le 18 décembre 1991 seulement, et l'a fait parvenir aux parlementaires au début de 1992. Le Conseil des Etats, sur décision de la majorité de sa Commission de la politique de sécurité, l'a traité à la session de mars, tandis que votre commission commençait ses travaux le lundi qui suivait immédiatement la fin de cette session. Même s'il y avait de bonnes raisons – nous y reviendrons tout à l'heure – pour adopter un tel régime, il n'empêche que l'homme de la rue, connaissant les lenteurs habituelles de notre procédure parlementaire, peut, à juste titre, s'étonner du tempo adopté en l'espèce.

D'autre part, il y a bien sûr l'initiative «Pour une Suisse sans nouveaux avions de combat», lancée le 28 avril, qui a recueilli en un temps très court un nombre considérable de signatures pour – les initiateurs ne s'en sont pas cachés – faire pression sur notre conseil. Tout cela donne l'impression d'une course de vitesse qui ne traduit pas nécessairement à l'égard de l'extérieur l'impression de sérénité nécessaire à un grand sujet. Pourtant cette impression, qu'une vue superficielle des choses pourrait donner, contraste avec l'atmosphère qui a régné tout au long des travaux de la commission. Non seulement le message a fait, quel que soit le camp dans lequel se rangeaient les commissaires, l'objet de peu de critiques, si ce n'est de la part du général à disposition, M. Opel, mais tant le représentant du Conseil fédéral que les représentants du Département militaire fédéral, le chef de l'EMG, le commandant des troupes d'aviation et de DCA, le chef de l'armement, le secrétaire général du département et leurs collaborateurs ont répondu de manière très détaillée et très complète aux nombreuses questions posées par les membres de la commission. Celle-ci a consacré six jours en séance plénière à l'examen de cet objet. Elle a passé ses deux premières journées de travail à entendre le chef du département et ses collaborateurs, à commenter et compléter le message et à répondre aux questions de compréhension. La troisième journée a permis d'entendre sept experts; lors de la quatrième, les sous-commissions ont rapporté sur les constatations qu'elles ont faites. Enfin, les deux dernières journées ont permis une très large discussion, au cours de laquelle les 25 commissaires ont pu préciser leur position, débouchant sur le vote d'entrée en matière, les votes sur les propositions de renvoi ou d'amendement et sur le vote de l'arrêté.

Sept experts suisses, allemands, canadiens et suédois ont été entendus. Trois étaient connus comme favorables à l'acquisition par la Suisse des F/A-18: il s'agit de M. Rühle, ancien chef de la planification de l'armée allemande, actuellement à l'OTAN, de M. P. M. Müller, de la direction de Swissair et pilote militaire, puis du général Boyle, général en activité auprès des forces aériennes canadiennes, venu spécialement du Canada. Trois autres contestent l'utilité de cette acquisition pour la Suisse: il s'agit de M. Hagen, général de brigade de l'armée allemande à disposition, de M. Manfred Opel, général à disposition, membre social-démocrate du Bundestag, et de M. Georges Bridel, Arbeitsgruppe für Luft- und Raumfahrt à Zurich. Enfin, M. Ivarsson, directeur du projet JAS-39 Gripen, nous a surtout présenté l'avion suédois.

En outre, la commission a formé quatre sous-commissions. Celles-ci ont eu pour tâche d'étudier certains points particuliers du programme d'acquisition, tout en évitant de reprendre

l'étude des sujets qui ont déjà fait l'objet d'investigations de la part des sous-commissions instituées par la commission du Conseil des Etats. La sous-commission I (Steinegger) avait pour mission de s'occuper des questions de préalerte, de conduite et d'engagement. Elle a entendu différents responsables de l'engagement, de la sécurité et aussi un officier général peu favorable au F/A-18. Pour les missions de police du ciel, il n'est pas nécessaire d'avoir une vue qui porte loin, au-delà de nos frontières, car l'intervention est naturellement limitée aux cas de franchissement de ces frontières. A une exception déjà mentionnée, toutes les personnes entendues ont placé en tête de l'évaluation le F/A-18. En Suisse, nous avons 14 heures de nuit en hiver, et 67 pour cent de mauvais temps, ou du moins de temps couvert sur l'ensemble de l'année. On devrait donc, dans ces conditions, pouvoir recourir à l'équipement du F/A-18 qui pourrait à son tour améliorer l'efficacité de l'engagement des Mirage ou des Tiger.

La sous-commission II (Schmidhalter) s'est occupée des compensations et des livraisons par l'industrie suisse. Les quelque 500 millions de livraisons directes de l'industrie suisse procureraient environ 2,9 millions d'heures de travail en Suisse. Si l'on ajoute les heures de travail indirect, on arrive à 4,36 millions d'heures. Avec les compensations indirectes, environ 20 000 hommes/années de travail sont assurées à notre industrie. Selon le chef de l'armement, il n'est pas certain, dans le domaine des compensations, qu'on obtiendrait, en cas d'achat d'un avion européen, d'aussi bons résultats que nous les avons obtenus avec les USA.

La sous-commission III (Hubacher) s'est occupée du déroulement du projet et a reçu les indications utiles sur les différents organes et leurs compétences respectives. C'est surtout le rôle du chef du projet qui a été examiné et qui, pour l'achat d'un avion de combat, ne saurait se comparer avec un chef de projet de l'économie privée.

Enfin, la sous-commission IV s'est réunie à Baden-Söllingen, près de Baden-Baden, pour examiner de près les F/A-18 en service dans l'escadrille canadienne qui y est stationnée. Elle a ainsi eu l'occasion précieuse de s'entretenir avec des officiers et des sous-officiers sur leurs expériences avec les F/A-18, tant en Allemagne que dans la guerre du Golfe à laquelle certains d'entre eux ont participé. Ces pilotes ont insisté sur les potentialités de développement de cet avion, sur sa conduite aisée, sur la fiabilité due à ses deux moteurs, sur sa facilité de maintenance et sur la certitude qu'ils ont qu'une guerre dans les quinze prochaines années au moins sera une guerre d'avions, non une guerre de missiles.

En plénum, la discussion a été largement ouverte, et il a été répondu avec une grande franchise à toutes les questions auxquelles il était possible de répondre. Personne ne peut se plaindre, me semble-t-il, de n'avoir pu s'exprimer, même longuement, notamment grâce à la très grande impartialité du président de la commission.

Vous me permettrez d'ajouter ici une constatation personnelle mais qui me paraît se rapporter aussi au travail de la commission. Comme au Conseil des Etats, plusieurs membres de la commission ont exprimé, ou du moins ont ressenti, l'an dernier ou encore au début de nos travaux, des hésitations quant à l'opportunité de doter notre armée, dans la situation géopolitique actuelle, d'un avion de ce prix. Comme au Conseil des Etats, au fur et à mesure de l'étude d'un dossier soigneusement préparé, les hésitations – pas les oppositions bien sûr – ont disparu pour faire place à de solides convictions, et cela vaudra peut-être aussi pour la votation populaire qui intervendra sans doute après une campagne qui devra avoir un caractère explicatif prononcé.

J'aborderai maintenant le fond. Je souhaite répartir les points soulevés en commission sous six grands chapitres: la menace, l'état de notre aviation militaire et ses missions, l'intégration européenne, les compensations économiques, le plan financier et le calendrier.

La menace. L'évolution de la menace a constitué une partie importante des discussions de la commission. C'est même sur ce point que la minorité a porté ses attaques les plus vives contre le projet. Elle a fait remarquer que les études pour l'achat d'un nouvel avion de combat remontaient à 1985,

c'est-à-dire à un moment où le monde était encore partagé en deux par le rideau de fer. La minorité reproche donc au Conseil fédéral, dans la poursuite de son projet, de n'avoir pas tenu compte des événements prodigieux survenus depuis fin 1989, soit depuis la chute du mur et l'implosion de l'empire soviétique. Elle reproche au gouvernement, en quelque sorte, de préparer la guerre d'hier.

Certains experts, peut-être plus nuancés, estiment que, s'il n'est pas impossible que la Suisse ait, un jour ou l'autre, de nouveau besoin d'un avion de combat moderne, il est prématûr de s'en douter dès aujourd'hui. Ils préconisent dès lors une solution transitoire, soit en louant, soit en acquérant d'occasion des avions modernes, un peu moins performants sans doute, mais qui permettraient d'attendre d'y voir plus clair.

Majorité et minorité sont d'accord pour dire que, aujourd'hui, il n'y a plus d'ennemi menaçant directement la Suisse. Une attaque de la part de nos voisins ou d'autres pays de l'OTAN est invraisemblable, sinon exclue, à moins d'événements graves et imprévisibles dans ces pays. Quant aux pays de l'Est, qui représentaient jusqu'en 1990 – nous le savons maintenant parfaitement – une réelle menace pour nos libertés, ils sont en passe de se donner des structures démocratiques qui rendraient aussi peu probables des visées agressives et expansionnistes. Sans doute, l'arsenal qui demeure en Europe et notamment dans les pays de l'ex-empire soviétique reste impressionnant, et tous les pays industrialisés continuent à fabriquer des armes soit – M. de La Palice l'aurait aussi dit – par définition, des armes modernes. Mais si des efforts en vue de la réduction des armements sont en cours, on est encore loin d'avoir atteint l'objectif de laisser à chaque pays une armée suffisante pour se défendre, mais incapable de mener une guerre offensive. Tous les experts admettent d'ailleurs que la situation, en Europe notamment, est devenue beaucoup plus instable qu'elle ne l'était à l'époque de la guerre froide. Même si un dictateur reprenait le pouvoir dans une des nombreuses républiques de l'Est et cherchait – ce qui est hélas fréquent – à résoudre ses difficultés intérieures par une aventure militaire extérieure, l'état de délabrement des économies et des systèmes de l'Est nous assurerait un certain laps de temps avant d'être directement menacés.

En revanche, la majorité voit poindre de nouveaux dangers. Il y a précisément l'instabilité phénoménale des pays de l'Est. Il y a le pourtour méditerranéen, dont l'équilibre démographique bascule en faveur des pays de la rive sud. Il y a l'intégrisme islamique, dont les visées expansionnistes sont évidentes et d'ailleurs avouées. Il y a le foyer purulent que constitue d'autre part le problème palestinien. Il y a enfin tous les ingrédients d'une conflagration dans le Golfe arabo-persique, avec des minorités brimées, des richesses naturelles considérables et des nationalismes exacerbés. Si, aujourd'hui aucune menace imminente ne peut être perçue contre la Suisse, toute prévision à moyen ou long terme est impossible. Personne, il y a trois ans, n'aurait pu prévoir l'implosion du bloc communiste. Qui peut dire quelle sera la situation dans trois, cinq ou dix ans?

Or, la décision que nous prenons est celle d'acquérir des avions dont les premiers seraient opérationnels dans à peu près trois ans, et dont les derniers arriveraient dans six ans. Cet avion resterait dans tous les cas moderne pour dix ou quinze ans et utile pour trente ans. La minorité parle sur le fait que le danger militaire n'est plus prioritaire à court et moyen terme. La majorité, au contraire, tire une leçon de l'histoire. Les illusions de paix qu'on avait entre les deux guerres ont amené un dangereux sous-équipement de notre armée en 1939. Cela ne doit pas se reproduire. On ne baisse pas la garde lorsqu'on n'a pas des assurances de paix. Le monde, tel que nous le décrivent chaque jour les médias, ne donne pas ces assurances. Il faut donc maintenir une armée forte, efficace et surtout dissuasive, ce qui ne se conçoit pas sans un parapluie aérien de la dernière génération.

L'état de notre arme aérienne. Notre aviation de combat se compose actuellement de 140 Hunter, mis en service dès 58, d'une cinquantaine de Mirage acquis dans les années 60 et de 104 Tiger F-5, mis en service depuis les années 70. Tous les experts – et cela ne peut être contesté – admettent que nous

avons deux générations de retard. Certains membres de la commission auraient souhaité qu'on ne discute de l'achat du nouvel avion de combat qu'après la discussion sur le programme «Armée 95». Mais le programme «Armée 95» qui est paru entre-temps, a reçu un accord généralement favorable, même si certains points de détail sont contestés. Il apparaît ainsi que la nouvelle conception de notre armée reposera sur des effectifs réduits, une puissance de feu accrue ou du moins maintenue et une plus grande mobilité dans la renonciation à tenir l'ensemble du terrain, pour pouvoir faire des efforts principaux là où ils se révéleraient nécessaires.

Dans cette conception de la mobilité, la couverture aérienne est essentielle, sinon on peut passer précisément la mobilité par pertes et profits. Or, de l'avis des experts – qui n'a pas été sérieusement contesté en commission – nos pilotes n'ont aucune chance avec leurs appareils actuels contre les avions de la génération du F/A-18. Au surplus, quelle que soit l'organisation de l'*«Armée 95»*, la majorité de la commission est d'avis qu'il n'existe aucune conception stratégique qui puisse faire abstraction d'un parapluie aérien.

On a mis en doute le système de détection Florida, dont la portée paraît effectivement insuffisante, alors que notre système devient lentement obsolète. Mais on peut penser que, en cas de menace sur la Suisse, qui équivaudrait à une déclaration de guerre, nous pourrions compter sur le système de détection des pays qui nous entourent et particulièrement ceux de l'OTAN.

Au surplus, il est prévu de remplacer le système Florida à partir de 1996, c'est-à-dire précisément quand les premiers F/A-18 nous seraient livrés.

Plus que le F-16, dont la fabrication pourrait bientôt cesser, le Mirage 2000-5 que personne n'a encore acheté, le Gripen suédois qui n'est pas encore au point, c'est le MIG-29 qui a retenu l'attention de la commission. Reconnu par tous les experts comme un avion d'une capacité aéronautique remarquable, il obéit néanmoins à une autre philosophie d'engagement et surtout de maintenance. Il est fait pour durer 10 à 15 ans et il est hautement problématique de pouvoir se procurer, surtout dans la situation actuelle, les pièces de rechange ou l'appui technique et logistique nécessaire. Les Finlandais qui, pour des raisons politiques, ont été tenus d'acheter des avions soviétiques en ont fait la douloureuse expérience. Enfin, on voit mal quelle compensation économique pourrait être offerte à notre industrie par l'achat de MIG-29.

Il ne faut surtout pas perdre de vue, pour la majorité, qu'à part un conflit heureusement improbable à court et moyen terme, notre aviation a surtout la mission d'exercer la police de l'air sur notre territoire. Comme l'a montré l'interdiction de survol durant la guerre du Golfe, cette mission est problématique avec nos avions actuels. Or, pour la majorité de votre commission, cette tâche est fondamentale, non seulement en raison de nos obligations d'Etat neutre – cet aspect de la neutralité tient au droit de la neutralité, même les plus progressistes n'envisagent pas d'y toucher – mais aussi précisément pour nous tenir à l'écart d'un conflit d'Etats tiers dans lequel nous pourrions être entraînés contre notre gré si nous ne donnions pas à chaque belligérant potentiel l'assurance que l'autre ne pourra pas utiliser notre espace aérien.

Les sondages, puisqu'il faut bien en parler, qui montrent qu'aujourd'hui une majorité du peuple serait contre l'achat du F/A-18, disent aussi qu'une majorité – 69 pour cent, sauf erreur, des sondés – est pour le maintien d'une aviation militaire suisse. Or, de toute évidence, il n'y a pas d'aviation militaire suisse sans avions de combat modernes, ne serait-ce que pour maintenir un niveau suffisant de pilotes professionnels, chargés d'instruire nos pilotes de milice.

L'intégration européenne. La minorité de la commission doute qu'une défense aérienne crédible puisse être encore assurée par un petit Etat qui, au surplus, est en passe de se trouver entouré par les Communautés européennes, s'il n'est pas lui-même intégré. Elle fait valoir que la Suisse est maintenant un Etat intérieur et qu'elle doit rechercher une collaboration avec les autres Etats du continent. La majorité constate qu'à l'heure actuelle la seule organisation de défense supranationale est l'OTAN et qu'il n'est pas question, pour l'instant et pour un dé-

lai aussi long que la vie de nos F/A-18 finalement, d'y adhérer. Quant à une défense commune de la Communauté, elle viendra très vraisemblablement après une union politique et les divergences entre les membres actuels de la Communauté à cet égard – que l'on songe, par exemple, à l'intervention de l'armée européenne hors d'Europe – risquent de retarder long-temps encore une défense intégrée de l'Europe occidentale. Serait-il possible de demander aux autres, à nos voisins notamment, d'assurer la surveillance et la défense de notre espace aérien? Il n'existe à ce jour aucune offre dans ce sens et, soyons justes, aucune demande de la Suisse non plus. Mais, outre le caractère discutable pour un pays souverain d'une telle démarche, on ne voit pas pourquoi nos voisins nous offriraient gratuitement ce service. Au titre de l'aide aux pays en voie de développement? Soyons sérieux! Nous paierions ce service au prix fort, sans avoir plus grand-chose à dire quant à la police de notre ciel et à notre couverture aérienne.

L'intégration européenne pose aussi une autre question. Si elle se produisait sur le plan de la défense, il est évident que la Suisse devrait fournir sa contribution. Tous les pays de l'Europe, y compris ceux qui sont semblables au nôtre, possèdent des avions plus modernes que les nôtres; seules font exception l'Autriche et l'Irlande. Pourquoi la Suisse devrait-elle, alors que l'on conteste de plus en plus le Sonderfall Schweiz, faire exception et ne pas assurer elle-même sa défense? L'annonce par le gouvernement finlandais de l'achat de 64 F/A-18, qui est intervenue pendant les travaux de la commission, a aussi fortement impressionné au moins la majorité. Pour un territoire huit fois plus grand que le nôtre, la Finlande a une population d'environ 5 millions d'habitants, c'est-à-dire moins que la Suisse, et un chômage de 12 pour cent de la population active, c'est-à-dire trois fois plus que la Suisse. La Finlande, qui consacre à sa défense militaire à peu près la même proportion de son produit national brut que la Suisse, et qui est aussi un Etat neutre, qui est aussi candidate aux Communautés européennes, a pris une décision qui doit faire réfléchir. Comme les pilotes canadiens nous l'ont précisé, paradoxalement, le F/A-18 est eurocompatible parce que c'est un avion de l'OTAN, ce que ne sont pas, à part les F-16, les autres types d'avion envisagés. Les conséquences économiques. Comme le message le précise, sur les 3,5 milliards du coût présumé de l'acquisition, 460 à 500 millions iront à l'industrie suisse, soit pour la fabrication, soit pour le montage des appareils. Cela entraîne un renchérissement de quelque 140 millions essentiellement pour l'acquisition du know-how indispensable. Avec 3 pour cent du prix total, cette augmentation est inférieure à ce qui est usuel dans ce domaine et peut aller jusqu'à 10 pour cent. Mais au surplus, les fabricants américains se sont engagés à procurer pour 2 milliards de commandes compensatoires à l'industrie suisse, notamment dans les domaines de pointe.

Il faut en décrire ici rapidement le mécanisme, souvent mal compris. Les fabricants américains, McDonnell Douglas, General Electric, Northrop, doivent proposer à des entreprises américaines de passer des commandes en Suisse. Si la démarche réussit, l'entrepreneur suisse doit confirmer librement qu'il n'aurait pas obtenu cette commande sans l'intervention des fabricants américains. Le Groupement de l'armement tient la liste des contrats ainsi passés. On compte obtenir l'équivalent de quelque 20 000 places de travail/année pour l'industrie suisse, ce qui correspond aux places de travail fournies par ABB.

En commission, on a mis en doute le procédé qui permettrait à notre industrie d'obtenir des commandes, non en raison de ses performances, mais grâce aux fabricants américains. Il est vrai que, pour un pays qui prône le libre échange international sans entraves, le procédé peut paraître déplaisant. Il est cependant largement pratiqué en matière d'armement. Là aussi, pour la grande majorité, il s'agit de commandes dans des secteurs de pointe. Au-delà du contrat proprement dit, les firmes suisses ont une occasion unique de prendre pied dans le marché américain. A elles ensuite de conserver cet avantage par la qualité de leurs prestations.

Bien entendu, majorité et minorité de la commission sont d'accord pour admettre que les compensations ne peuvent être le motif de la décision d'acheter des F/A-18. Mais à une époque

où notre industrie éprouve des difficultés sérieuses qui se traduisent par des pertes de places de travail, la majorité estime que ce qui a été obtenu ici par le DMF est un argument à l'appui de l'acquisition. D'ailleurs, si le DMF n'avait pas obtenu ces compensations, on peut être sûr qu'on le lui reprocherait aujourd'hui.

Le prix. L'opinion est répandue dans le public que le F/A-18 est le plus coûteux des avions qu'on trouve sur le marché et que son achat entraînera à lui seul une hausse d'impôts. Parmi les avions de chasse modernes, le F/A-18 appartient à la classe moyenne. Il est faux de prétendre qu'il est le plus cher des appareils actuellement disponibles. D'autres, notamment le F-15, le F-21 et le F-22, sont plus coûteux, et souvent par un multiple du prix d'achat du F/A-18. Il en ira de même des appareils qui seront produits ultérieurement, ainsi que du Rafale, si le prix de celui-ci n'est pas abaissé pour des raisons politiques.

Les spécialistes ont insisté sur le fait qu'un avion moderne n'est qu'une plate-forme qui porte un radar et des armes. Les potentialités de développement du F/A-18 paraissent grandes. Les Canadiens nous ont confirmé que, sur leurs F/A-18 qui sont plus anciens que ceux que nous envisageons d'acquérir, ils changent les logiciels du radar à peu près tous les deux ans pour les maintenir à la pointe du développement.

La commission s'est intéressée au coût de l'helvétisation du F/A-18, qui avait provoqué l'affaire Mirage. Les exigences des Suisses, qui ont trait essentiellement à des renforcements de structures et à l'adaptation de notre système de communication, ont été limitées à 70 millions de francs, soit 2 pour cent du prix d'achat, ce qui paraît raisonnable. On est loin des proportions de l'affaire Mirage.

La commission s'est aussi intéressée au prix payé par les Finlandais, qui correspond, semble-t-il, à 4,3 milliards de francs pour 64 appareils. Seul le communiqué de presse du gouvernement finlandais fait état de ce chiffre qui doit être relativisé parce que la Finlande, contrairement à la Suisse, ne présente pas de message à l'appui d'un programme d'armement. Ce chiffre ne comprend ni le montant nécessaire pour l'armement ni le renchérissement, estimé à 400 millions dans le message présenté et qui est inclus dans les 3,5 milliards. Au surplus, les Finlandais ne connaissent pas tous les détails de la calculatation du prix, ni n'ont de garantie quant à un prix maximum.

Le Ministère de la défense des Etats-Unis a seulement confirmé que ce prix était calculé sur les mêmes principes pour tous les acheteurs, en vertu notamment du principe de no profit. Cela signifie que la marine américaine, qui est notre cocontractant par délégation du Ministère de la défense, paie ses avions au même prix que les nôtres. Elle ne réalise aucun bénéfice, à l'exception naturellement de l'aide fournie pour l'assistance que la Commission de la sécurité du Conseil des Etats a considérée comme équivalant à des prestations réelles.

Contrairement à une opinion largement répandue, ce crédit d'engagement ne doit pas être ajouté au budget du DMF, mais est compris dans celui-ci. Il s'intègre à la planification des besoins militaires et des disponibilités financières de la Confédération. Malgré l'importance du montant demandé, on ne constate aucune augmentation extraordinaire des dépenses d'armement ou d'exploitation. En termes réels nominaux, au contraire, les dépenses d'armement se réduisent et leur part, comparée au total des dépenses fédérales, diminue aussi.

Si l'on compare maintenant les dépenses d'acquisition pour l'aviation aux dépenses de l'ensemble de l'armée, on constate qu'elles se sont élevées à 35 pour cent, de 1978 à 1991. Pour les années 1992 à 1995, elles atteindront environ 50 pour cent, pour redescendre à 15 pour cent ensuite, de sorte que, sur une longue période, elles avoisineront, selon les plans, environ 32 pour cent contre 35 pour cent dans la période précédente.

Le budget militaire étant, sous le titre de «Dividendes de la paix», en réduction en valeur réelle, l'achat des F/A-18 ne sera donc en aucun cas l'un des responsables d'une hausse d'impôts. La minorité de la commission l'a admis mais estime que le Département militaire doit encore faire davantage d'économies.

Le calendrier. Le forcing auquel se livre le DMF en souhaitant des décisions rapides a pu surprendre, voire choquer, je le répète. Ce forcing découle de la méthode choisie. Le DMF a manifestement la hantise des dépassements de crédits, et des instructions très strictes ont, semble-t-il, été données afin que les chiffres articulés dans le message – en réalité il faut être conscient qu'il y a plus de 70 000 positions de prix dans les contrats – ne soient dépassés en aucun cas, cours du dollar réservé.

Cette méthode exige évidemment que le temps soit aussi court que possible entre la négociation des contrats, les décisions parlementaires et, éventuellement, populaires, et la phase d'exécution, afin d'éliminer tous les éléments d'incertitude qui tiennent notamment au renchérissement ou au nombre d'avions de la série.

Toute la construction du DMF vise à confirmer la commande pour l'année fiscale 1993, qui implique des paiements en 1992. Si cet objectif ne peut pas être atteint, il n'en résultera pas nécessairement une atteinte irrémédiable à notre puissance aérienne, sinon il n'aurait pas fallu différer la décision de 1990. Le chef du département a admis que si le dernier avion était livré en 1999 au lieu de 1998, ce ne serait probablement pas dramatique. Mais il est évident que les calculations de prix précisées dans le message ne sauraient être assurées. Selon le Département militaire fédéral, on peut compter avec un renchérissement de 200 millions pour passer dans l'année fiscale 1994. Les autres variables n'étant pas déterminées aujourd'hui, elles pourraient jouer dans un sens comme dans l'autre. Il appartiendra à notre conseil de dire s'il prend ce risque ou s'il préfère prendre celui d'autoriser des paiements d'acomptes perdus en partie en cas de décision négative du peuple. Mais surtout notre Parlement doit choisir une bonne fois entre un message aussi précis que possible quant aux dépenses, avec l'obligation de prendre rapidement des décisions, ou, comme le fait la Finlande, un certain flou quant au coût final, ce qui permettrait évidemment d'avoir plus de temps pour discuter.

Ceci dit, la commission a décidé de proposer au conseil d'entrer en matière, par 17 voix contre 8, de prendre sa décision à la présente session, par 16 voix contre 9, et de repousser un amendement demandant au Conseil fédéral de ne pas effectuer les prochains paiements avant que le peuple ait accepté l'acquisition, par 16 voix contre 7 et 2 abstentions. Finalement, la commission a rejeté une proposition de renvoi au Conseil fédéral, assez semblable à l'une des propositions qui nous est présentée, pour proposer des solutions alternatives par 18 voix contre une et 6 abstentions. Elle vous prie dès lors d'en faire de même, de repousser les propositions minoritaires et d'adopter le crédit d'engagement proposé.

Gross Andreas, Sprecher der Minderheit: Sie scheinen das Geschäft behandeln zu wollen wie der Ständerat vor wenigen Wochen. Seither ist aber etwas Wesentliches passiert. 500 000 Bürgerinnen und Bürger haben sich in der Zwischenzeit ordnungsgemäss zu Wort gemeldet. Sie haben eine Volksinitiative unterzeichnet, die noch viel weiter geht als bis zur Verhinderung der Beschaffung dieses Flugzeuges. 500 000 Menschen innert einem einzigen Monat! Das sind nicht alle, aber es sind sehr, sehr viele. Jedenfalls viel mehr, als jede Partei hier im Saal beispielsweise Wählerinnen und Wähler hat und somit genug, dass Sie dieses Geschäft nicht so behandeln sollten, als ob es diese Initiative nicht gäbe.

Die Volksinitiative und die Art, wie sie zustande kam, sind ein eindeutiger Misstrauensantrag gegenüber dem, was von Ihnen nach dem Ständerat zu erwarten war. Sie können sich juristisch auf Ihren Standpunkt versteifen und diese Kundgebung der Opposition ignorieren. Der Preis, den Sie dafür bezahlen, ist hoch. Er liegt in einer Vergrösserung der Kluft, die ohnehin zwischen Parlament und Bürgerinnen und Bürgern besteht und in einer Glaubwürdigkeitslücke, deren Folgen Ihnen bei anderer Gelegenheit serviert werden. Sie können aber diesen Fingerzeig auch ernst nehmen, den Schaden begrenzen und die Volksinitiative als Lernchance sehen, als eine Chance, der sich zwar viele verschliessen, welche die Mehrheit in einem Parlament haben, weil die Macht das zweifelhafte Privileg ermöglicht, nicht lernen zu müssen.

Lernbereitschaft und Lernfähigkeit hiesse, sich jetzt nicht einfach von der Möglichkeit der hier herrschenden Machtverhältnisse verleiten zu lassen, sondern den Entscheid zurückzustellen, noch einmal die Diskussion mit den offenbar bis weit in Ihre Wählerschaft hinein andersdenkenden Bürgerinnen und Bürgern zu suchen und dann mit ihnen zusammen im Rahmen einer Volksabstimmung zu entscheiden. Dies schlägt Ihnen der Minderheitsantrag vor, der als Rückweisungsantrag zu verstehen ist und das Aussetzen des parlamentarischen Entscheides bis nach der Volksabstimmung vorschlägt.

Die Situation ist mit derjenigen eines Autofahrers vergleichbar, der glaubte, die roten Blinklichter vor der Barriere, das Ergebnis der Abstimmung der ersten GSoA-Initiative vor zweieinhalb Jahren, ignorieren zu können, und vor dem heranbrausenden Zug der Andersdenkenden glaubte, die andere Seite, wo dieses Flugzeug steht, gerade noch erreichen zu können.

Der Ständerat schlüpfte gerade noch unter der ersten Barriere durch, der Zug kam aber mit einer eigenen Initiative schneller als erwartet. Nun stecken auch Sie zwischen diesen Barrieren auf dem Geleise. Sie können nun angesichts des heranbrausenden Zuges auf die andere Seite durchbrechen, dann geht die Barriere kaputt, und Sie erreichen möglicherweise das Flugzeug, aber dann sind Sie von den skeptischen Bürgerinnen und Bürgern getrennt.

Eine Chance – eingedenk der Gefahr, beim Zurückgehen – bietet Ihnen die Volksinitiative mit dem späteren Entscheid. Betrachten Sie doch in diesem Sinne die Bürgerinnen und Bürger, welche die GSoA-Initiative unterzeichnet haben, als Ihre Partner und nicht als Ihre Gegner, gegen die Sie nun den F/A-18 durchzusetzen haben! Das EMD hat nicht das Flugzeug gegen das Volk zu verteidigen, sondern es hat gemäss Artikel 2 der Bundesverfassung eine andere Aufgabe.

Die CVP ist stolz darauf, einen Antrag eingebracht zu haben, welcher die Kosten eines Ausstiegs aus diesem Geschäft bei wohlwollender Einschätzung des EMD auf 50 Millionen Franken beschränkt. An sich ist es in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit, dass man zwei Meinungen haben kann, ohne dass die eine mit der Hypothek von mindestens 50 Millionen Franken belastet wäre. Diese Selbstverständlichkeit verkauft die CVP-Fraktion bereits als grosses Entgegenkommen. Entgegenkommend wäre aber das, was sich offenbar vier von fünf Schweizerbürgerinnen und -bürgern von Ihnen erhoffen: Dass Sie – eingedenk der unter demokratischen Gesichtspunkten grossen Fragwürdigkeit, 50 Millionen bereits ausgeben zu haben, bevor die ordentlichen Entscheidungsweg abgeschlossen waren, und angesichts dieser ausserordentlichen Anstrengung von 500 000 Bürgerinnen und Bürgern – den juristisch möglichen, aber politisch fragwürdigen, weil jeglichen Fingerspitzengefühls entbehrenden Antrag auf sofortigen Entscheid zurückstellen und zuwarten, um mit dem Volk zusammen zu entscheiden.

Wenn Sie, Herr Steinegger, diese Grundwelle, die durch das Volk gegangen ist, jetzt mit der Bemerkung abtun, das sei schon immer so gewesen – zwanziger Jahre, dreissiger Jahre –, dann erkennen Sie die neue Qualität der friedenspolitischen Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg völlig. Die Selbstzerstörungsfähigkeit hat in einem Masse zugenommen, das uns verlassen muss, alles zu versuchen, um die Konflikte anders als mit Gewalt auszutragen. Das ist etwas anderes, als uns vorzuwerfen, wir glaubten an den ewigen Frieden! Wir bemühen uns, die Konflikte anders zu lösen – im Wissen, dass es, wenn es uns nicht gelingt, zu spät ist. Aber Sie kapitulieren vor der Anstrengung, es ohne Gewalt zu versuchen.

Die Chance dieses Umdenkens und richtigen neuen Handelns war seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so gross wie heute. Doch ausgerechnet in dem Land, das sich aus dem Krieg herauszuhalten vermochte, hat das kalte, konfrontative Denken den kalten Krieg überlebt. Sie beschaffen das von Ihnen prinzipiell schon vor zehn Jahren anvisierte Flugzeug so, als ob seither nichts passiert wäre, als ob sich die Welt seither nicht von einem Alpträum befreit hätte, als ob seither nicht die meisten gemerkt hätten, dass mit den kriegerischen Mitteln und Investitionen mehr Frieden nicht beschaffbar ist und dass mit einem technisch hochentwickelten, aber den Menschen

im Normalfall nicht weiterhelfenden Kampfflugzeug diesem Land nicht geholfen wäre.

Ausgerechnet in einem Land, an dessen Nationalfeiertag am liebsten und sehr viel von «Frieden in Freiheit» die Rede ist, verkennt man das Wesen von Freiheit und Frieden. Dies zeigt sich daran, dass Sie ständig sagen, es gebe heute mehr Konflikte, es gebe heute mehr Instabilität; dabei sind doch Konflikte in Freiheit so selbstverständlich wie das Amen in der Kirche! Aus den Konflikten muss aber nicht Gewalt werden! Wenn die Not am kleinsten ist, dann ist die Chance, dass aus Konflikten keine Gewalt wird, am grössten. In den Abbau dieser Not zu investieren erhöht unsere Sicherheit mehr als die Anschaffung eines Flugzeuges, das im Ernstfall auch ohnmächtig wäre.

Herr Bundesrat Villiger, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir die Schweiz auf den Weg zu einer totalitären Demokratie bringen würden. Das haben Sie vor vierzehn Tagen in Zürich gesagt: Sie werfen 500 000 Bürgerinnen und Bürgern, die diese Initiative unterschrieben haben, vor, sie brächten die Schweiz auf den Weg einer totalitären Demokratie!

Zuerst einmal ein Zitat von George Orwell, gelesen auf einem Zuckertütchen in einem Restaurant dieser Hauptstadt: «Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen.» Vielleicht müsste man genauer sagen: «... den Regierenden zu sagen, was sie nicht hören wollen.» Wenn direkte Demokratie etwas bedeutet, dann das, dass mindestens 100 000 Bürgerinnen und Bürger aus dem Volk jederzeit und zu jeder Sache verlangen können, das letzte Wort zu haben, wenn sie mit der mehrheitlichen Haltung dieses Parlamentes nicht zufrieden sind.

Ein anderer Bundesrat, Herr Villiger, hat das vor vielen Jahren schon begriffen; ich zitiere Bundespräsident Forrer aus dem Jahre 1906: «Die Initiative dient dazu, ein Parlament, eine Regierung vorwärtszubringen, die nach der Anschauung einer grösseren Bevölkerungsschicht mit neuen Gedanken, mit vermeintlich segensvollen Neuerungen nicht von sich aus schnell genug vorwärtsmacht. Sie wird dazu dienen, die Herrschaften zu zwingen, dass sie sich auf dem Wege des vom Volk gewollten Fortschrittes bewegen und den letzteren durchführen.» Das war ein Bundespräsident; er hat begriffen, dass das Benutzen der Freiheit nicht mit einer totalitären Demokratie zu verwechseln ist. Totalität heißt, die Freiheit zerstören – die Freiheit benutzen ist das Gegenteil.

Ich möchte Sie wirklich bitten, diesen Satz zurückzunehmen. Wir können in Treu und Glauben verschiedener Meinung sein; dem Andersdenkenden zu unterstellen, er sei totalitär, wenn er die Freiheit, die verfassungsgemäss garantiert ist, nutzt, das finde ich zuviel. So etwas sollten wir uns auch im Streit nicht gestatten; darum möchte ich Sie bitten, diese ungeheure Verunglimpfung Andersdenkender zurückzunehmen.

Unser Minderheitsantrag möchte Ihnen beliebt machen, mit ordentlichem Respekt für die ausserordentliche Anstrengung der 500 000 Bürgerinnen und Bürger diese Sache zurückzustellen, darüber zu reden – von mir aus darauf einzutreten –, aber den Entscheid erst mit der Bevölkerung zusammen zu fassen, die Ihnen gezeigt hat, dass sie darüber mitentscheiden und Ihnen den Entscheid nicht überlassen möchte.

Präsident: Ich möchte Frau Ursula Hafner zu ihrem Geburtstag gratulieren. (*Beifall*)

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Ich schliesse mich den Geburtstagswünschen gerne an.

Wir haben heute morgen gehört – und Sie haben es in der Botschaft gelesen –: Der F/A-18 ist die richtige Antwort. Aber mit Verlaub: Was war denn die Frage? Die grossen Bedrohungen der kommenden Jahrzehnte, die uns der bundesrätliche Bericht zur Sicherheitspolitik aufgewiesen hat, lassen sich mit einem Kampfflugzeug ja nicht angehen: Die teuren Vögel schützen uns weder vor den drohenden Klimaveränderungen, noch retten sie uns die Ozonschicht, noch helfen sie uns gegen die weltweiten Völkerwanderungen und Flüchtlingsströme, und sie ändern nichts an der zunehmenden Verelendung der südlichen Hemisphäre.

Es ist auch nicht so, wie das EMD uns ab und zu weismachen

will, dass wir bessere Europäer würden, wenn wir ein amerikanisches Flugzeug kaufen. Das sind ein paar Gründe, die deutlich machen, dass die Flugzeugbeschaffung gemessen an den Problemen, die wir eigentlich lösen sollten, ein sehr unbedeutendes Geschäft ist.

Wir würden in der Tat unsere Energien besser auf das Europadossier, auf den Umbau der Landwirtschaft beispielsweise, oder auf die Oekologisierung der Wirtschaft lenken. Diese Themen entscheiden über die Zukunft unseres Landes, und nicht das Kampfflugzeug. Das Milliardengeschäft sorgt zwar für etwas Spannung in unserem oft grauen Parlamentsalltag, aber wichtig ist es nicht. Weder erhöht es unsere Sicherheit substantiell, noch erhöht es die Sicherheit Europas, noch bedroht es irgendein anderes Land. Ich schlage Ihnen darum vor, nicht darauf einzutreten.

Ich möchte drei Gründe etwas näher ausführen.

1. Ein neues Kampfflugzeug ist heute unnötig und schafft keine zusätzliche Sicherheit. Es ist allmählich ein Gemeinplatz: Der kalte Krieg ist vorüber; der Ostblock ist auseinandergefallen; weit und breit sind heute keine militärischen Gegner sichtbar, die Europa mit einem grösseren Krieg überziehen könnten.

Die Nato besitzt heute auch die konventionelle Überlegenheit. Und die verbleibenden Kräfte im Osten haben, selbst wenn noch grosse Waffenpotentiale vorhanden sind, heute weder die wirtschaftliche noch die militärische Kapazität, Westeuropa militärisch zu bedrohen – geschweige denn den politischen Willen dazu. Zwar ist nicht der Weltfriede ausgetragen – Herr Steinegger, da bin ich einverstanden –, die traurigen Bilder aus Jugoslawien, aus Aserbaidschan, aus Georgien und von wo auch immer führen uns das drastisch vor Augen, aber die strategische Lage in Europa und damit auch die Situation der Schweiz haben sich nachhaltig verändert. Die Schweiz liegt heute mitten in einem sich einigenden Westeuropa. Sie ist sicherheitspolitisch gesehen ein Binnenland geworden, umgeben von freundlich gesinnten Staaten. Es gibt heute keinen Strategen von Bedeutung mehr in der Schweiz, der die Meinung vertritt, wir müssten uns für einen Krieg mit unseren Nachbarn rüsten. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass es das Szenario «Schweiz allein» nicht mehr gibt. Die Schweiz ist nur noch bedroht, wenn Westeuropa gesamthaft bedroht ist. Ein Szenario «Schweiz allein» besteht nicht mehr; das ist die grosse Änderung, die in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren eingetreten ist.

Dieser fundamentale Wandel macht eine völlige Neueinschätzung unserer Verteidigungspolitik notwendig. Das Konzept «Armee 95», das wir noch gar nicht diskutiert haben, vollzieht diese Neuorientierung nicht und das vorliegende, aber auch noch nicht diskutierte neue Armeeleitbild erst recht nicht. Es ist bedenklich, dass wir wieder einmal über Investitionen entscheiden, bevor wir die zugrunde liegenden Konzepte diskutiert haben. Ueberspitzt gesagt schreiben wir heute immer noch an der neuesten Version des Rütlirapports, statt dass wir uns endlich eurostrategisch neu ausrichten.

Die Schweiz geniesst heute dank den westeuropäischen Anstrengungen eine Art von Gratissicherheit. Das kann auf die Dauer so nicht bleiben, und wir werden in Zukunft einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten müssen und leisten wollen. Worin dieser Beitrag bestehen wird, ist noch nicht klar, ist noch offen. Um die neuen sicherheitspolitischen Strukturen in Westeuropa und in Mitteleuropa wird heute noch gerungen. Es ist durchaus möglich, dass sich die Schweiz in einigen Jahren auch an europäischen Defensiv-Systemen beteiligt oder einen Beitrag zu einem Open-Sky-System leistet. Noch besser wäre es aber, wenn wir unsere traditionellen Stärken im Bereich der humanitären Leistungen und der Friedenssicherung einbringen könnten.

Es besteht heute kein Anlass, mit einem Parforce-Akt und unter einem künstlichen Zeitdruck neue Waffensysteme anzuschaffen, die der Schweiz und Europa keine zusätzliche Sicherheit bringen. Wir haben Zeit, die Entwicklung zu verfolgen und in einigen Jahren etwas zu tun, das einen wirklichen Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit in Europa bringen könnte. 2. Der F/A-18 ist technisch für die Schweiz ein paar Schuhnummern zu gross. Der Kleinstaat ist heute technisch gar nicht

mehr in der Lage, eine autonome Luftverteidigung der modernen Art zu betreiben. Seit Jahren weiss die Nato mehr über unseren Luftraum als wir selbst – das wird auch so bleiben. Die Kampfflugzeuge der neuesten Generation benötigen einen Einsatzraum, der von Oberitalien nach Süddeutschland und von den Dolomiten bis nach Mittelfrankreich hineinreicht. Die Technik hat unsere Kleinräumigkeit überholt. Luftverteidigung im traditionellen militärischen Sinn ist heute nur noch grossräumig und im Verbund der verschiedenen Systeme zu leisten; dazu fehlen uns nicht nur die geographischen Voraussetzungen, dazu fehlen uns auch die Mittel. Es kommt dazu, dass die Neutralität – soweit ich weiss, sind wir immer noch ein neutrales Land – eine verstärkte Integration unserer Luftwaffe in einer europäischen Dimension verunmöglicht. Heute sind wir in der Situation, dass wir mit dem F/A-18 allein in der Schweiz den Luftraum verteidigen möchten und damit technisch gleich unsinnig operieren wie jemand, der mit einem Mähdrescher seinen Gartensitzplatz mähen möchte.

3. Der Entscheid für neue Kampfflugzeuge führt in unabsehbare Folgekosten. Der anstehende Entscheid ist nur ein erster Schritt. Wir wissen mittlerweile, dass die zu beschaffenden Flugzeuge während ihrer Lebensdauer nochmals gleich viel kosten, wie sie bei ihrer Anschaffung kosten, nämlich nochmals rund 3,5 Milliarden Franken. Dazu kommen die Kavernenanpassungen (250 Millionen Franken laut Botschaft); es kommen die zusätzlichen Beschaffungen der Raketen – wir haben in der Vorlage nur ein Viertel der Dotierung (600 Millionen Franken); es kommt in den neunziger Jahren der Ersatz des Florida-Systems auf uns zu (Gröszenordnung 500 Millionen bis 1 Milliarde Franken oder eventuell noch mehr); es kommt der Ersatz Bloodhound etwa um die Jahrhundertwende (1 Milliarde Franken); es kommen alle Kampfwertsteigerungen in der Grösse von 600 Millionen Franken im Bereich Luftverteidigung; es kommt Anfang des nächsten Jahrzehnts eine nächste Tranche Kampfflugzeuge (8 bis 10 Milliarden Franken).

Wenn wir das zusammenzählen, kommen wir zum Schluss, dass wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren im Bereich Luftverteidigung Investitionen und Ausgaben in der Gröszenordnung von 20 Milliarden Franken tätigen müssen. Für einen Rüstungsbereich, der nur sehr begrenzt zusätzliche Sicherheiten bieten kann, dürfen diese gewaltigen zusätzlichen Beträge vernünftigerweise nicht ausgegeben werden; diese Investitionen sind unverantwortlich.

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema Volkswirtschaft sagen. Es wird nun das Argument «gepuscht» – auch vom EMD –, dass, wenn wir den Flugzeugkauf ablehnen, Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet sind. Da muss ich nun doch an ein paar volkswirtschaftliche Tatsachen erinnern: Militärische Ausgaben und Investitionen sind per definitionem unproduktive Investitionen. Das Geld wird stillgelegt, es schafft keine Güter, es schafft keine Dienstleistungen.

Was wir mit diesem Geschäft machen, selbst mit den Kommissionsgeschäften, ist Strukturerhaltungspolitik. Unsere Wirtschaft bekommt die Möglichkeit, ausserhalb normaler Konkurrenz bevorzugt Leistungen im Ausland zu erbringen, Waren zu exportieren, deren Herstellung sich in diesem Land strukturerhaltend auswirkt. Zudem ist der grösste Teil dieser Exporte als Kriegsmaterialexporte einzustufen. Das Arbeitsplatzargument, wie es heute lanciert wird, ist demagogisch. Wenn wir nur einen Bruchteil des Geldes, das zur Diskussion steht, für eine vernünftige Wirtschaftspolitik einsetzen, ist die Arbeitsplatzwirkung wesentlich grösser.

Zusammenfassend: Diese Flugzeugbeschaffung im heutigen Zeitpunkt ist erstens unnötig und übereilt. Sie ist zweitens technisch falsch konzipiert, und sie ist drittens auf die Dauer nicht finanzierbar.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage nicht einzutreten und meinem Antrag zuzustimmen.

Frau Hollenstein: Mit meinem Antrag will ich sicherstellen, dass bei Ablehnung des 3,5-Milliarden-Verpflichtungskredites für die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen die dadurch frei werdenden Mittel nicht zur Beschaffung anderer Rüstungsgüter verwendet werden. Die Mittel sollen vielmehr zur Friedens-

förderung eingesetzt werden. Statt auf Rüstungsproduktion und Abschreckungspolitik zu setzen, müssen wir alles tun, um die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen zu beheben.

Kriege entstehen aus analysierbaren, gesellschaftlichen Bedingungen heraus und bedürfen zu ihrer Vermeidung deshalb auch gesellschaftlicher Veränderungen. Die Umlagerung der Mittel in die Friedensförderung ist auch mit dem Armeeleitbild 95 vereinbar. Dort wird Friedensförderung als eine der anzustrebenden Massnahmen erwähnt. Dies müsste aber viel umfassender verstanden werden. Nur Personaleinsätze im Rahmen von vertrauensbildenden Massnahmen, Rüstungskontrolle und internationale Friedensoperationen genügen nicht.

Mit weiter gehenden Massnahmen meine ich die Friedensforschung und die Friedenserziehung. Die Friedenserziehung ist ein wichtiger Bereich, dem vom Bund und von den Kantonen nur ungenügend Beachtung geschenkt wird. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Schülerinnen und Schüler zu einer globalen Weltsicht zu erziehen, damit sie unsere Verantwortung für mehr Gerechtigkeit besser wahrnehmen können. Das heisst auch, Abschied zu nehmen von einem Geschichtsunterricht, der oft ein nationales oder europäisches Ueberheblichkeitsdenken produziert.

Zur Friedensförderung gehören ferner Massnahmen zur Verminderung von Fremdenfeindlichkeit, zur Förderung internationaler Verständigung und Wertschätzung. Andererseits gehört zur Friedensförderung auch der Einsatz für eine weltweite ökologische Entwicklung, z. B. im Rahmen der Unced, aber auch die Entschuldung. Solange wir ausbeuterische Staatsregimes durch unsere Handelsbeziehungen mit ihnen unterstützen, so lange werden sich Menschen gegen diese Ungerechtigkeiten wehren müssen. Die Schweiz sollte vermehrt finanzielle Beiträge an Dritt Welt- und Ostländer leisten. Dazu gehört die Unterstützung für die in Zukunft dringenden Entwicklungsmassnahmen gegen die weitere Vernichtung von Naturressourcen und zur Abwendung von Klimakatastrophen im Rahmen der Unced.

Die Schweiz könnte z. B. mit der Schaffung von Kooperationen mit Ländern einen sinnvollen Beitrag leisten. Dabei dürfen keine neuen Abhängigkeiten entstehen, kein Neokolonialismus. Die Uno könnte mit ihren Guten Diensten die Ueberwachung übernehmen. Friedensfördernd ist alles, was den Menschen in den benachteiligten Ländern zu einem menschenwürdigen Leben verhilft, auch als Beitrag zur Verminderung der Migrationsproblematik. Da liegt für die Schweiz ein grosser Aufgabenbereich. Stichworte: Schuldenerlass oder gerechte Preise für Rohstoffe.

Sämtliche neuen Technologien und die Wirtschaftsbeziehungen müssten einer Friedensverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. So wäre im Rahmen der Friedensforschung zu untersuchen, welche wirtschaftlichen Einflüsse durch die Zementierung und Neuschaffung von Ungerechtigkeiten langfristig Unfrieden stiften.

Die genannten Forderungen sind nur einige Beispiele, um zu veranschaulichen, wo Friedensförderung einsetzen könnte. Die 3,5 Milliarden Franken für Friedensforschung und -erziehung sowie eine gerechte Entwicklungszusammenarbeit anstelle der F/A-18 kämen einem ersten Schritt gleich. Mit diesem Schritt könnte der Prozess eingeleitet werden, in Zukunft mehr Militärausgaben kontinuierlich in echt friedensfördernde Massnahmen umzuleiten.

Weil ich überzeugt bin, dass wir mit vermehrter Friedensförderung dem Weltfrieden mehr dienen als mit Rüstungsproduktion, bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

On. **Maspoli**: A nome della maggioranza della frazione dei Democratici svizzeri/Lega dei Ticinesi vi invito a respingere questo messaggio governativo.

Um es gleich vorwegzunehmen, möchte ich eindeutig und ganz klar festhalten, dass die Mehrheit unserer Fraktion nicht gegen die Armee ist, dass die Mehrheit unserer Fraktion sich nicht dafür einsetzt, die Armee zu schwächen oder sogar abzuschaffen. Vielmehr sind wir der Meinung, dass wir eine starke Armee besitzen sollten und dass wir eine starke Armee

nötig haben, und zwar dient sie vor allem dem einen Ziel, unsere Grenzen und damit unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Unser Bundesrat hat aber momentan die berühmten Goetheschen «zwei Seelen» in seiner Brust. Die eine will voll derber Liebeslust mit Europa flirten, also die Grenzen abbauen, will einem jeden die Grenzen öffnen, will sich also den Feinden, die vorhin Herr Steinegger aufgezählt hat, ohne grossen Widerstand in die Arme werfen; eine Totalkapitulation, wenn ich mich so ausdrücken darf. Die zweite Seele hingegen ist jene, die die Vaterlandsliebe bekundet und die 34 Kampfflugzeuge beschaffen will, um genau jene Grenzen zu verteidigen, die es nicht mehr geben wird, sollte es nach dem Bundesrat gehen. Ohne jemanden beleidigen zu wollen: Ist das nicht ein etwas schizophrenes Denken?

I motivi per comperare questi aerei, quali sono, se noi li analizziamo? E' forse un motivo valido quello di dire: spendiamo 3,5 miliardi di franchi per comperare degli aeroplani perché poi, forse, potremmo vendere del formaggio negli Stati Uniti? Oppure è un motivo valido quello di dire: compriamo degli aeroplani per 3,5 miliardi di franchi perché forse, o quasi sicuramente, alcuni pezzi, le ruote dei carrelli di questo aeroplano per esempio, potrebbero venir costruiti nel Cantone Ticino?

Io direi: allora costruiamo le ruote dei tram che costano meno e portano di più.

C'è poi un altro motivo che viene spesso addotto: è quello di combattere la disoccupazione. Sarebbe un po' come se per combattere la disoccupazione, noi lanciassimo l'iniziativa o l'idea di assumere altri 3 o 4 mila impiegati statali, così ovviamente, leveremmo dalle strade e dagli uffici di disoccupazione 3 o 4 mila persone. Ma a cosa porterebbe questo? Porterebbe a niente, e dunque non sono questi i motivi per cui eventualmente bisogna acquistare gli aeroplani da combattimento.

Il motivo è uno solo, e purtroppo non è stato detto a sufficienza, il motivo per comperare questi aeroplani è quello di difendere la nostra Patria, di difendere la nostra gente. Se gli aeroplani servono a questo, allora bisogna acquistarli senza discussioni. Ma – come ho detto prima – è inutile avere degli aeroplani quando non ci sono più i confini da difendere.

Dunque, vorrei anche dire a chi oggi si impegna per minare alla base la nostra difesa armata: Ebbene, queste persone sappiano che un domani dovranno forse assumersi la responsabilità per le loro azioni. E sappiano anche che non sono molto credibili oggi, visto che l'armata volevano abolirla già vent'anni fa, quando Dio solo sapeva quanto fosse necessaria.

C'è poi un terzo motivo per respingere al mittente questo messaggio, ed è un motivo che spiaice doverlo dire.

Der dritte Grund, weshalb ich Sie im Namen der Mehrheit der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi bitte, unseren Antrag zu unterstützen, scheint mir in diesem Moment sehr wichtig. Die Dinge sind so weit fortgeschritten, dass dieses Parlament heute meines Erachtens nicht mehr in der Lage ist zu beurteilen, ob es diese Kampfflugzeuge wirklich will oder nicht. Wir sind in den letzten Wochen mit Briefen überhäuft worden; jeder im Land hat sich eine Meinung gebildet, jeder meint heute, ein Spezialist für Rüstungsfragen zu sein, jeder in diesem Land fühlt sich ermächtigt, die Parlamentarier zu dieser oder jener Handlungsweise aufzufordern.

Ich glaube, der Moment, da wir nicht mehr entscheiden können, da das Volk entscheiden muss, ist jetzt da. Dass es soweit gekommen ist, Herr Bundesrat, ist nicht der Fehler der Schweizer Demokraten, ist nicht jener der Lega und ist für einmal auch nicht jener der anderen Parteien; dass es soweit gekommen ist, ist der Fehler – entschuldigen Sie mich – des Bundesrates selbst.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Wick: Ich vertrete eine Minderheit der CVP-Fraktion. Wir möchten verhindern, dass aus einer Flugzeugbeschaffung eine staatspolitische Affäre wird, welche schliesslich unserer Armee einen sehr grossen Schaden zufügen könnte. Dieser Schaden könnte weit grösser sein als eine verschobene oder allenfalls nicht getätigte Beschaffung eines Kampfflugzeuges. Deswegen unser Rückweisungsantrag.

Wo liegt denn die Problematik? Die Flugzeugbeschaffung ist ein Kind des kalten Krieges. 1985 konnte noch kein Mensch wissen, ob Gorbatschow mit seiner Politik der Perestroika Erfolg haben würde oder nicht. Es war ungewiss, ob in der damals noch existierenden UdSSR nicht Hardliner wieder ans Ruder kommen könnten und einmal mehr – wie schon so häufig in der Geschichte – den Ausweg aus einer verfahrenen Situation in einem aussenpolitischen Abenteuer suchen würden. Deswegen war die Evaluation eines neuen Kampfflugzeuges damals angebracht. Dann kamen die Jahre 1989 und 1990. Der tönerne Koloss des real existierenden Sozialismus brach zusammen. Die UdSSR löste sich in ihre Gliedstaaten auf. Nicht einmal diese Gliedstaaten sind heute in sich selbst einig. Längst überholte Nationalismen brechen auf und entladen sich virulent in kriegerischen Auseinandersetzungen, zum Teil mit Grausamkeiten, die wir längst unmöglich wähnten. Innerhalb einzelner Nationalstaaten der GUS sind politische Konflikte bei Angehörigen der gleichen Nation, des gleichen Volkes aufgetreten, und auch diese werden zum Teil mit Waffengewalt ausgetragen. Warum? Eben weil dort keine Konfliktlösungsstrategien bestanden.

Eigentlich wissen wir das alles. Die Konsequenzen nehmen wir aber nicht oder nur ungenügend zur Kenntnis. Das gilt vor allem für das EMD. Die Bedrohungslage hat sich seit 1985 ganz erheblich geändert. Professor Stahel vom militärwissenschaftlichen Institut der ETH Zürich hat letzthin in Basel einen Vortrag gehalten und seine Sicht der strategischen Bedrohungslagen dargelegt. Einige Bedrohungslagen hat er angekündigt und gleich wieder fallengelassen, weil sie sehr unwahrscheinlich seien. Drei wesentliche Bedrohungslagen sind nach seiner Sicht übriggeblieben, und zwar:

1. Die nukleare Erpressung. Einige der GUS-Staaten – das wissen wir alle – sind die Erben des nuklearen Potentials der ehemaligen UdSSR, so vor allem Russland, die Ukraine und Kasachstan. Es ist nicht ganz unmöglich, dass ein zukünftiger Potentat mit diesem nuklearen Waffenarsenal irgendwelche mörderischen Erpressungsversuche unternehmen könnte. Es ist auch nicht ganz unmöglich, dass solche grässlichen Waffen zur Devisenbeschaffung an Länder wie Iran oder Irak verkauft werden könnten. Was z. B. bereits gesichert erscheint, ist der Verkauf von Kriegsmaterial wie der MIG-29 zu einem Spottpreis an Iran. Die nukleare Erpressung ist – gelinde gesagt – für den Westen höchst ungemütlich. Allerdings wird sie von den Experten als unwahrscheinlich betrachtet, weil ein wirklicher Vorteil für den Erpresser und seinen Staat nicht auszumachen ist. Aber leider ist Politik eben nicht immer nur rational.

Wie dem auch sei: Zur Abwehr einer solchen Bedrohung taugt der F/A-18 nicht.

2. Die zweite mögliche Bedrohung: Der islamische Fundamentalismus. Den Prototyp einer solchen Bedrohung haben wir im Iran Khomeinis bereits erlebt. Damals waren die Auswirkungen – abgesehen von der Geiselnahme in der Botschaft der USA und vom Ölgeschäft – eher lokal begrenzt. Aber vielleicht erinnern Sie sich, wie die Mullahs die Kinder ihres Volkes in die Minenfelder Saddam Husseins jagten. Der Tod oder die Verstümmelung waren das fast sichere Los. Dafür konnten diese Kinder aber auch mit einem Platz im Paradies Husseins oder Mohammeds rechnen. Eine ganz grässliche Geschichte. Dieser Fanatismus ist eben die Gefahr des Fundamentalismus; im übrigen sei angefügt: jeglichen Fundamentalismus. In Algerien hat die Staatsgewalt nur unter Missachtung sämtlicher demokratischer Spielregeln kürzlich den Durchbruch des islamischen Fundamentalismus noch abwenden können. Wie sich diese Situation in den Staaten des Nahen Ostens und des Maghrebs weiterentwickelt, weiß noch niemand. Ägypten z. B. muss jährlich 120 000 Menschen mehr ernähren, 120 000 mehr müssen wohnen können, es braucht 120 000 Arbeitsplätze mehr. Eine gigantische Aufgabe. Wenn diese mit demokratischen Spielregeln nicht mehr zu lösen ist, besteht die Gefahr solcher Dogmatismen.

Meine Beurteilung: Diese Gefahr ist durchaus ins strategische Kalkül einzubeziehen. In Zukunft könnte sie für Europa zu einer echten Bedrohung werden. Es gilt aber auch hier: Gegen diese Bedrohung bringt uns der F/A-18 gar nichts.

3. Die leider wahrscheinlichste Bedrohung durch eine strategische Lage hat Professor Stahel schlicht «Chaos» genannt. Es ist das, was wir in grässlicher Weise im ehemaligen Jugoslawien erleben. Solche Zustände könnten auf die GUS übergreifen. Das letzte Bild im Vortrag von Herrn Professor Stahel war denn auch die Ermordung eines Muslims durch einen Serben, wie es die Runde durch die Medien gemacht hat. Die Waffe, deutlich sichtbar, war eine Pistole mit Schalldämpfer, also keine Kriegswaffe, sondern eine eigentliche Mordwaffe.

Natürlich enthält auch das Szenarium «Chaos» Gefahren für Westeuropa und damit für uns. Es sind aber nicht die ehemaligen Gefahren eines hochgerüsteten Gegners mit einer einheitlichen Kriegsmaschinerie.

So muss man konstatieren, dass auch auf diese Gefahr der F/A-18 keine Antwort bringt.

Im übrigen wissen wir alle ganz genau, dass wahrscheinlichere und akutere Bedrohungen gar nicht im rein militärischen Sektor liegen. Ich will einige Stichworte anfügen:

Bevölkerungsexplosion im sogenannten Süden und deren direkte Folgen wie Verteilungskämpfe und Gewaltflüchtlinge; Flüchtlinge vor gravierenden Schäden der lokalen Umwelt, also eigentliche Umweltflüchtlinge; die direkte Bedrohung der Lebensgrundlagen der Menschheit durch den Treibhauseffekt und die Folgen der Klimakatastrophe. Ich lasse es bei diesen Stichworten bewenden.

Aus solchen Überlegungen ergibt sich unser Rückweisungsantrag. Es braucht eine gründliche Reevaluation der Bedrohungslagen; denn so wie das Geschäft sich heute präsentiert, fliegt der F/A-18 im luftleeren Raum. Dies ist bekanntlich physikalisch unmöglich, der Absturz wäre vorprogrammiert. Und nur dies erklärt den Erfolg der Initiative.

Es geht in unserer direkten Demokratie nicht darum, die Nationalräte und Nationalräte zu überzeugen. Sie, wir alle müssen überzeugende Argumente für den Flugzeugkauf finden, Argumente, die unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen, nicht uns. Wenn eine sorgfältige Analyse der Bedrohungslage, wie wir sie in unserem Rückweisungsantrag fordern, diese Argumente bringt, dann gut. Falls sie es nicht bringt, ist es besser, das Parlament sagt nein zu dieser Flugzeugbeschaffung, als dass die Initiative der GSoA angenommen wird; denn für das Sicherheitskonzept des Herrn Gross kann ich mich nicht begeistern.

Stimmen Sie deshalb unserem Rückweisungsantrag zu.

M. Epiney: Dans le domaine militaire, sujet demeuré tabou trop longtemps, on peut être de droite et avoir le droit de réfléchir, au lieu de faire un acte de foi ou d'allégeance.

Monsieur le Conseiller fédéral Villiger, avec le programme Armée 95, il faut vous rendre justice: vous avez eu l'audace de dépoussiérer l'édifice. Nous regrettons cependant que vous ayez sous-estimé la modification fondamentale de la configuration géopolitique. En effet, même si nous partageons votre avis selon lequel l'avenir reste chargé d'incertitudes et de menaces, à la lumière des événements de Yougoslavie qui nous rappellent que nous devons nous méfier des marchands d'illusion, nous sommes cependant d'avis que la situation internationale appelle des choix et des priorités différents pour notre défense nationale.

L'effondrement du bloc communiste, la présence incontrôlée d'un arsenal nucléaire synonyme d'holocauste, les risques évidents de catastrophes écologiques type Tchernobyl, ou tout simplement la détresse morale et économique de certains peuples, constituent autant de menaces nouvelles et immédiates qui nous obligent à poser, selon moi, les trois vraies questions: premièrement, quelles sont les menaces que nous pouvons identifier comme étant les plus sérieuses et les plus probables? Deuxièmement, l'acquisition de 34 avions F/A-18 est-elle de nature à prévenir ces menaces et, le cas échéant, à les repousser? Troisièmement, cette acquisition n'est-elle pas, d'une part, prémature sur le plan politique, en fonction de la récession, du chômage, du déficit insupportable des pouvoirs publics et du désengagement financier de la Confédération, et, d'autre part prémature en fonction du Plan directeur «Armée 95» dont nous n'avons encore jamais discuté

dans ce Parlement, ainsi que bien sûr en fonction des échéances européennes qui nous attendent?

A ces trois questions essentielles – pour nous et sûrement aussi pour le peuple – nous osons apporter les appréciations suivantes: depuis 1988, date à partir de laquelle les F/A-18 sont en phase d'examen, le bloc de l'Est s'est effondré et ne représente plus un danger Est/Ouest généralisé. En revanche, sont apparus des foyers de tension. Objectivement parlant, ce n'est donc plus un ennemi tout-puissant qui nous guette mais des menaces diffuses et sournoises qui pèsent sur notre sécurité. En effet, la transition vers la démocratie, la liberté et la justice sociale s'effectue malheureusement trop souvent dans la douleur et dans le sang. Il en résulte des tensions sociales alimentées de surcroît par la recrudescence des nationalismes, ainsi que par l'apparition de conflits localisés qui peuvent dégénérer notamment en guerre civile à nos frontières, en perte de contrôle de l'arsenal militaire, en chantage à l'arme nucléaire, en émergence du terrorisme et du fondamentalisme religieux et surtout en exode massif de populations acculées au pire et prêtes à tout, car sans avenir.

Devant ces nouvelles incertitudes, l'acquisition des F/A-18, aussi performants soient-ils, est-elle véritablement de nature à prévenir, à anticiper ces dangers? En d'autres termes, en cas de révoltes sanglantes, en cas de famine, ces avions vont-ils empêcher ces populations exsangues à renoncer au chantage à la destruction atomique ou à l'exode vers les pays de cocagne que nous représentons à leurs yeux? Assurément non, et là est véritablement la question. L'Europe en général et la Suisse en particulier doivent donc changer fondamentalement leurs vues en ce domaine. Elles ne doivent pas se soustraire à leur responsabilité de réduire, à défaut de pouvoir les supprimer, les causes des tensions. Les risques de guerre de cette fin de siècle ont donc changé de visage et ils exigent de nous le courage politique de regarder en face la réalité et de promouvoir, en priorité et en urgence une stratégie internationale coordonnée, afin de désamorcer ces bombes à retardement.

Dans le domaine militaire, il n'y a pas plus de certitude que dans les autres secteurs, mais personne aujourd'hui ne peut objectivement contester l'existence de ces nouvelles menaces qui sont les seules que l'on peut identifier. En l'état actuel, il est illusoire de croire que les F/A-18 représentent un facteur de dissuasion par rapport à des populations en proie à une détresse morale et économique qui peut les pousser à tout, à l'exemple du peuple palestinien, bafoué dans son droit à l'existence. Croire que la Suisse peut se défendre seule est une vue de l'esprit. Notre salut militaire réside certes dans la modernisation de nos équipements, comme le prévoit avec beaucoup de franchise le Plan directeur «Armée 95». Mais surtout, notre salut militaire réside dans la mise en place d'un concept européen de défense commune, qu'on le veuille ou non. Comme ce fut le cas avec la Croix-Rouge, comme ce fut le cas avec le projet des transversales ferroviaires, la Suisse a aujourd'hui en main une occasion unique de sortir de sa frilosité, de son conformisme pour révéler enfin une image imaginative et courageuse. Elle doit lancer sans délai une initiative auprès des pays concernés par le futur Traité sur l'Espace économique européen pour, d'une part, coordonner nos moyens de défense par une répartition des missions entre pays et, d'autre part, pour venir en aide à ces jeunes démocraties, afin de prévenir une escalade des conflits en cours ou en préparation, escalade qui constitue la menace la plus sérieuse et la plus plausible.

L'achat des F/A-18, dans les circonstances actuelles, tranquiliserait certes notre conscience, y compris à droite, mais ne diminuerait aucunement notre responsabilité en cas d'aggravation des conflits à l'Est, qui ne pourraient que déboucher, malheureusement, sur un holocauste mais surtout sur un afflux insupportable de réfugiés.

A situation nouvelle réponse nouvelle. Et c'est dans cet esprit que je vous prie d'appuyer notre proposition.

Hubacher: Ich begründe meinen Antrag in meinem persönlichen Namen. Sie wissen, dass ich als Kommissionspräsident versucht habe, eine preisgünstige Offerte einzuholen. Man

kann sich fragen: Warum das? Deshalb, weil in den Kommissionshearings der Experte Georges Bridel eine Uebergangslösung entweder mit F-16 oder mit Mirage 2000-C für rund anderthalb Milliarden Franken präsentiert, begründet und vorschlagen hat.

Bevor ich zu meinem Antrag rede, muss ich zu Vorwürfen Stellung nehmen, die wegen meines Vorprellens publik geworden sind.

Der erste Vorwurf lautet, eine solche Aktion sei eine Art Störmanöver in letzter Minute gewesen. Die Kommission hat ihre Beratungen am 11./12. Mai abgeschlossen. Diese Uebergangslösung wurde, wie erwähnt, abgelehnt. Von daher konnte man entweder sagen, der Film sei gelaufen, oder, man könne sich mit einem solchen Vorschlag nicht unbedingt abfinden. Mir genügte das Nein an sich noch nicht.

Der zweite Vorwurf des EMD lautet, das Ganze sei eine «Schmierenkomödie» gewesen. Das entspricht dem Umgangston, den kalte Krieger aus dem EMD mit Andersdenkenden haben. Ich kenne diese Melodie, es hat sich da nichts geändert.

Der dritte Vorwurf lautet, das Ganze habe eigentlich nur ein Verwirrungsmanöver dargestellt.

Ich muss versuchen, den Experten Bridel kurz vorzustellen: Er leitet eine Arbeitsgruppe, welcher potente Militärfachleute angehören. Von daher hat Herr Bridel mit dieser Arbeitsgruppe versucht, weitere Abklärungen für je 34 Mirage RDA oder RDI für 1 oder 1,5 Milliarden Franken vorzunehmen. Zu diesem Zweck war ich am 18. Mai in der französischen Botschaft eingeladen.

Diese Gespräche liefen «regierungsoffiziell». Ich wurde dort angefragt und konsultiert. Ich habe erklärt: Es ist relativ einfach, Messieurs: wenn Sie eine solche Lösung haben, schicken Sie diese an das EMD, Bundeshaus Ost, 3003 Bern. Die Antwort lautete: Das EMD hat das Dossier «Mirage» geschlossen, es kann nicht mehr darauf zurückkommen, wir haben keine Anfrage.

Daraufhin habe ich mich als gewöhnlicher Parlamentarier erkundigt, ob eine Anfrage meinerseits genügen könnte. Wenn ja, dann würden wir diese Anfrage machen. Ich wollte wissen, ob diese Möglichkeit, für 1,5 Milliarden Franken Flugzeuge zu bekommen, bestehe.

Am letzten Donnerstag, dem 4. Juni, ist dann das zweite Gespräch mit dem französischen Botschafter über die Bühne gegangen, sehr viel frostiger, distanzierter und diplomatischer. Irgendwie hat es zwischen Bern und Paris Telefonate gegeben. Plötzlich hat sich das Gouvernement nicht einmischen wollen. Die diplomatische Antwort war: Es gibt offiziell keine solche Offerte. Sie wurde dann vom Unterhändler mündlich vorgetragen und bestätigt: An sich existiert eine Offerte für 1 oder 1,5 Milliarden Franken.

Nun lese ich im neusten Bericht des EMD zu den Papieren von Herrn Bridel: «Die Forderung nach einem reinen Jagdflugzeug ist illusorisch.» Im Pflichtenheft des EMD, 15. August 1985, Projekt «Neues Kampfflugzeug», steht auf Seite 2 unter «Projektziel»: «Beschaffung eines neuen Jagdflugzeuges.» Das, was illusorisch ist, war ursprünglich der Projektauftrag.

Herr Bundesrat Villiger hat sich dahingehend geäussert – das ist eigentlich sehr übel –, die Initianten der GSoA-Initiative würden eine totalitäre Demokratie anstreben. Experten, die dem EMD nicht passen, die eine andere Meinung darlegen und eine andere Auffassung haben, werden gleich vermiest und diffamiert. Es heisst dann, Herr Bridel sei ein «sogenannt» neutraler Experte und im Grunde genommen ein Mirage-Interessenvertreter.

Das kann ich mir als Präsident der Kommission nicht gefallen lassen. Herr Bridel ist als Experte eingeladen worden, er hat sich als international tätiger Fachmann, Berater, Konstrukteur und Planer im Bereich Flugwesen ausgewiesen. Er hat intensive Beziehungen zu zahlreichen Firmen in England, mit Dassault, mit FFA (Flugzeugwerke Altenrhein), mit dem Flugzeugwerk Emmen, mit MBB in München, mit Rolls-Royce, mit Rhein Flugzeugbau, mit Swissair, mit von Roll und vielen anderen mehr. Er ist ein ausgewiesener Fachmann. Herr Bundesrat, Sie müssen mit Herrn Bridel nicht einverstanden sein, aber diese Diffamierung lasse ich mir nicht bieten.

Der Experte Manfred Opel, der auch eine andere Auffassung vertritt, passt natürlich ebenfalls nicht ins Schema. Es heisst dann – Herr Villiger wörtlich: «.... von dem ich nach gewissen Aussagen zweifeln muss, ob er den F/A-18 besser als nur vom Hörensagen kennt.» Also auch die Darstellung: Das ist kein Experte, das ist ein «Plauderi». Ich habe Herrn Opel natürlich konsultiert. Seine Antwort: «Die Luftwaffe Deutschlands hat den Kampfjet F/A-18 auf Herz und Nieren geprüft. Verantwortlich für die Durchführung dieses Prüfungsauftrages war ich, Manfred Opel.» Man kann weder vielen hunderttausend Bürgerinnen und Bürgern totalitäre Demokratiesehnsüchte ankreiden, noch kann man einfach Experten vermissen.

Das EMD hat allerdings in allen Landessprachen geschwiegern, als die ständige Militärkommission den Experten Gustav Däniker anhörte, der ja auch einen PR-Auftrag für die F/A-18-Hersteller hatte. Er ist Fachmann, aber er ist auch PR-Mann. Das hat im EMD niemanden gestört. Das ist schlechter Stil, den muss ich in aller Form zurückweisen.

Zum letzten Vorwurf, es handle sich um ein altes Flugzeug: Beharrlich kolportiert wird, dieses Flugzeug sei eine Schrottmaschine, die ungefähr das darstelle, was wir schon hätten, nämlich die Mirage III-S. Ich nehme zur Kenntnis, dass wir offenbar Schrott auf den Flugplätzen herumstehen haben. Die Mirage 2000-C ist rund zwanzig Jahre nach der Mirage, die wir haben, gebaut worden. Es ist das Flugzeug, das heute für die französische Luftverteidigung im Einsatz ist. Die Franzosen haben kein besseres.

Von daher möchte ich fragen: Hat man beispielsweise den Waffenchef und Direktor des Bundesamtes für Militärflugwesen und Fliegerabwehr, Divisionär Paul Leuthold, konsultiert, und hat er wirklich gesagt, das sei ein altes Flugzeug? Ist er nicht der Meinung, diese Uebergangslösung wäre militärisch vertretbar und verantwortbar? Oder hat man zur Kenntnis genommen, dass der ehemalige «Fliegergeneral» Ernst Wyler der Meinung ist, dass es viel naheliegender ist, als Uebergangslösung aufdatierte, gebrauchte Flugzeuge zu beschaffen, dafür rascher als den F/A-18?

Es gibt noch weitere Leute, aber im EMD ist die Hackordnung klar. Es ist entschieden – dann heisst es «zu Befehl»; es wird geschwiegern, und viele Leute dürfen nachher nicht mehr reden – das ist eben EMD-Demokratie. Das war immer so, das ist immer noch so. Von daher sind diese Vorwürfe völlig deplaziert. Man kann einverstanden sein oder nicht, man kann eine Uebergangslösung ablehnen, aber man darf nicht diesen feinen Stil praktizieren.

Sie kennen nun meine Position; ich stecke nicht in den Schuhen von Herrn Villiger, ich brauche keine Flugzeuge. Es ging mir nur darum zu wissen, ob eine billigere Lösung möglich ist. Es wäre eigentlich nichts als natürlich, das EMD zu beauftragen: Fragen Sie in Paris offiziell an, ob eine solche Offerte besteht! Ich kann Ihnen versichern: sie besteht. Es gibt genug Leute im zuständigen Departement in Paris, die das bestätigen können. Wenn das nicht gewünscht wird, wenn man eine billigere Lösung einfach so mit der rechten Hand wegwischt, sie als Störmanöver und Schmierenkomödie darstellt und die Experten vermiest, dann bitte ich Sie, Herr Villiger: Schauen Sie selbst, wie Sie bei der Volksabstimmung über die Runden kommen! Dafür, so rate ich Ihnen, müssen Sie sehr oft und sehr viel und sehr lange beten. Das ist die einzige Möglichkeit, die Sie noch haben! (Teilweiser Beifall)

Dünki: Die Frage, ob wir im jetzigen Zeitpunkt neue Kampfflieger für die Armee brauchen und ob wir uns zurzeit eine solche grosse Ausgabe leisten können, beschäftigt nicht nur die Parlamentarier, sondern alle Schichten unserer Bevölkerung. Ich finde es sehr positiv, dass sich die grosse Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit diesen Problemen auseinandersetzt und sich überlegt, ob die Aufrüstung unserer Armee der Friedenssicherung dient oder ob nur die Militärköpfe und diejenigen Kreise, die mit der Beschaffung von Kampfflugzeugen gut verdienen, ihren Willen durchsetzen wollen.

Mit diesem Geschäft werden auch grundsätzliche Fragen angeschnitten, wie zum Beispiel: Wie steht es mit unserer Neutralität? Brauchen wir überhaupt noch eine starke Armee? Wenn ja, mit welchem Bestand und mit welcher Ausrüstung?

Die LdU/EVP-Fraktion wird geschlossen für Nichteintreten auf die Vorlage stimmen. Sollte dieser Antrag unterliegen, dann werden wir in der Detailberatung unseren Antrag zu Artikel 3 des Bundesbeschlusses begründen, der Beschluss sei Volk und Ständen zum definitiven Entscheid zu unterbreiten. Warum nehmen wir diese Haltung ein? Unsere Fraktion und die dahinterstehenden Parteien, der LdU und die EVP, stehen nach wie vor zu unserer Armee und sind davon überzeugt, dass wir auch in Zukunft immer eine Armee brauchen. Wie gross sie sein muss, welche Bewaffnung die zweckmässigste ist und wie sie zu formieren ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Wenn wir heute nein zum Ankauf von neuen Kampfflugzeugen sagen, geschieht dies im Interesse unserer Armee.

Unsere Ablehnung begründen wir wie folgt:

1. Der Verteidigungswille muss vom Volk getragen werden. Wenn dieser Wille nicht mehr oder nicht mehr zur Genüge vorhanden ist, nützen die besten Waffen und alle Kampfflugzeuge nicht viel zur Erhaltung unserer nationalen Existenz. Zuerst braucht es die richtige Motivation und erst nachher die technischen Mittel.

Nehmen Sie doch bitte endlich zur Kenntnis, dass die Mehrheit unseres Schweizervolkes im jetzigen Zeitpunkt den F/A-18 nicht will! Als Volksvertreter sollten wir das doch spüren! Unsere Demokratie und unsere Armee können nur aufrechterhalten werden, wenn sie von der Mehrheit unseres Volkes getragen werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Mehrheit der Stimmberchtigten es nicht verstehen könnte, wenn das Parlament den verlangten Rüstungskredit in eigener Kompetenz beschliessen würde, auch wenn es dazu berechtigt ist. Darum verlangen wir, dass das Geschäft obligatorisch Volk und Ständen zum Entscheid zu unterbreiten sei.

Die Bundesversammlung unterbreitete den Freihandelsvertrag mit der EWG auch dem obligatorischen Referendum. Niemand wird behaupten, dass dies nicht klug war. Ein Parlament, das vor dem eigenen Volk Angst hat, sollte sofort abdanken.

2. Wenn wir jetzt diese Kreditvorlage definitiv verabschieden, gefährden wir den Weiterbestand unserer Milizarmee. Wir sind keine grundsätzlichen Befürworter der GSoA-Initiative. Wenn wir jetzt aber die grosse Mehrheit unseres Volkes verärgern, können Sie Gift darauf nehmen, dass viele Andersdenkende ihr zustimmen werden. Neue Initiativen werden kommen. Ein neues Rüstungsreferendum liegt in der Luft. Die Abschaffung der Armee kommt sukzessive, wenn Sie heute nicht zur Vernunft kommen.

Die Leute, die noch den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, Herr Steinegger, sterben langsam aus. Die junge Generation denkt nun einmal anders. Sie wird die Geschicke unseres Landes an die Hand nehmen. Sie wird Ihnen die Quittung in Kürze überreichen, wenn Sie heute ohne Rücksicht auf das Volksempfinden die verlangten Milliarden freigeben.

3. In der Bundeskasse besteht ein riesengrosses Loch. Niemand weiss, wie wir wieder zu einem Budgetausgleich kommen. Wir haben noch keine konkreten Vorstellungen, wie unsere künftige Finanzordnung aussehen wird. Alle Vorstellungen stossen auf Widerstand. Bürgerliche Kreise, die den F/A-18 verlangen, wollen sogar die direkte Bundessteuer abschaffen. Ideen, wie der Bund zu seinem Geld kommen könnte – zum Beispiel über Erhöhung der Benzinzzölle, Gewinnabschöpfung bei den Spielkasinos usw. –, werden bekanntlich auch bekämpft.

Unsere Devise lautet: sparen, sparen und nochmals sparen. Wenn schon bei den Sozialausgaben, beim Personal und bei weiteren wichtigen Positionen gespart werden muss, dann sicher auch beim Militär. Den Hinweis, die Armee sei in bezug auf die Sparübungen ein Vorbild, lasse ich nicht gelten. Wenn wir heute etwas kaufen, das wir in naher Zukunft nicht benötigen, dann ist das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Wir müssen künftig lernen, auf Wünschbares zu verzichten; wir müssen uns auf das absolut Notwendige beschränken. Die Zeiten, wo man das Militär als heilige Kuh behandelte, sind endgültig vorbei!

4. Immer wieder wird betont, die Schweiz sei auf dem Weg nach Europa, und wenn wir uns später eventuell der Nato an-

schliessen, müssten wir etwas in die Vernunftfehe einbringen – eben das neue Kampfflugzeug.

Ich durfte kürzlich einen Ausschuss des Deutschen Bundestages bei einem Informationsbesuch in unserem Land begleiten. Diese Fragen wurden auch diskutiert. Für unsere Argumentation hatten die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen nur ein Lächeln übrig: Von deutscher Seite wurde festgestellt, dass für die Nato eine Luftüberwachung der Schweiz eine winzige Kleinigkeit sei. Das könnte von den Nachbarn so nebenbei, ohne zusätzliche Flugzeuge aus der Schweiz besorgt werden. Der schweizerische Beitrag für eine gesamteuropäische Verteidigung bestehne darin, das Alpenmassiv und seine Ueber- und Durchgänge zu halten. Mir scheint dies vernünftig zu sein.

5. Zur Bedrohungslage will ich mich nicht gross äussern. Sicher ist nicht der ewige Frieden angebrochen, aber mit einem Angriff von aussen müssen wir in nächster Zeit bestimmt nicht rechnen. Nach meiner Meinung besteht aber eine akute Gefahr, eine Bedrohung durch Lenkwaffen, die von fernen Standorten abgefeuert werden könnten. Ich bin kein Experte, aber ich habe Verständnis für die Ansichten der Fachleute, die ein Raketenabwehrsystem dringender finden als den Ankauf eines Flugzeuges, das nicht nur fliegen, sondern das auch noch tauchen kann.

6. Die letzte Ueberlegung: Bitte nehmen Sie auch die schlechende innere Bedrohung unseres Landes wahr. Auf der einen Seite haben wir es zu beträchtlichem Wohlstand gebracht, auf der anderen Seite darben bei uns viele Menschen. Die Neue Armut kommt auf uns zu – nein, sie ist schon da. Ihr zu begegnen, dabei hilft kein Kampfflugzeug, sondern es braucht die Bereitschaft zur mitmenschlichen Hilfe, und es braucht vor allem mehr Mittel, die im Sozialbereich eingesetzt werden müssen.

Im nächsten Jahrzehnt müssen die Prioritäten anders gesetzt werden. Wenn es vielen Mitbürgerinnen und Bürgern nicht gutgeht, dann haben sie auch nichts zu verteidigen. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass wir von aussen in Ruhe gelassen werden. Der soziale Frieden im Innern des Landes ist gefährdet. Darum würden wir gut daran tun, heute auf das Flugzeug zu verzichten und uns den Problemen zuzuwenden, die im Interesse der Völkergemeinschaft und unserer Volksgemeinschaft einer dringenden Lösung bedürfen.

Ich komme zum Schluss: Die LdU/EVP-Fraktion stimmt im Interesse einer glaubwürdigen Landesverteidigung für Nichteintreten. Kollegin Grendelmeier wird unseren Antrag, der Entscheid sei Volk und Ständen obligatorisch zu unterbreiten, später begründen.

Wenn Eintreten beschlossen wird, wird unsere Fraktion ferner diejenigen Anträge befürworten, die es dem Bundesrat verbieten, weitere Vorauszahlungen bis zum Zeitpunkt des Volksentscheides über die GSoA-Initiative zu leisten. Sollte heute kein befriedigender Kompromiss zustande kommen, lehnen wir den Verpflichtungskredit ab. In echter Sorge um unser Land und als überzeugter Armeebefürworter rufe ich Sie nochmals auf: Handeln Sie heute klug und weitsichtig, respektieren Sie den Willen des Volkes, indem Sie es befragen. Es würde dem Parlament zur Ehre gereichen, wenn es beweisen würde, dass es vor dem Souverän keine Angst hat. Volksvertreter sollten sich auf die Seite des Volkes stellen und nicht auf diejenige der «Geschäftlimacher».

Hari: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, in deren Namen ich hier spreche, ist überzeugt, dass eine glaubwürdige militärische Verteidigungsbereitschaft als ein Element der Sicherheitspolitik ohne neues Kampfflugzeug nicht möglich ist. Es ist nicht zu verantworten, auf einen wesentlichen Teil unserer Armee zu verzichten – eben auf die Flugwaffe. Die Neutralität verpflichtet uns, selber für unsere Sicherheit zu sorgen. Unbestritten scheint uns trotz des gewaltigen Medienspektakels, dass nach wie vor fundierte und sachlich einwandfrei begründete Argumente für den Kauf des F/A-18 vorliegen. Auch nach den Abrüstungsabkommen und einer grundlegend neuen Situation im Ost-West-Verhältnis bleibt Europa ein Kontinent mit einem grossen Waffenarsenal und – auf längere Sicht gesehen – einer doch recht unsicheren sicherheits-

politischen Lage. Es besteht absolut keine Garantie dafür, dass die militärische Bedrohung für alle Zeiten gebannt wäre. Ich verzichte darauf, die Ihnen allen bestens bekannten, möglichen Gefahrenherde aufzuzeigen. Eine gut ausgerüstete und gut ausgebildete Armee ist nötig. Sie allein kann das Territorium der Schweiz vor gewaltsgemüten Uebergriffen bewahren und – vorausgesetzt, dass wir eine moderne Luftwaffe besitzen – auch den Schutz des Luftraumes sicherstellen. Die Konzeption der militärischen Landesverteidigung liegt mit dem Armeeleitbild 95 vor. Dem Schutz des Luftraumes, das heißt der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, wird darin erste Priorität eingeräumt. Die «Armee 95» wird auf die überzeugende Wahrung der Lufthoheit und der Luftverteidigung angewiesen sein.

Das Bedürfnis für ein neues Kampfflugzeug liegt klar auf dem Tisch, da unsere derzeitige Luftflotte technologisch um mehr als eine Generation im Rückstand liegt. Die Typenwahl ist die Konsequenz aus der Bedrohungsanalyse und dem Einsatzkonzept. Das ganze Evaluationsverfahren wurde äusserst seriös durchgezogen.

An dieser Stelle möchte ich Herrn Bundesrat Villiger und allen seinen Mitarbeitern bestens danken. Der F/A-18 liegt in seinem Kampfwert ganz deutlich vor den mitevaluierter Flugzeugtypen und erfüllt die Anforderungen unserer schweizerischen Flugwaffe.

Einige Worte zu den anderen Flugzeugtypen, die im Gespräch gestanden sind. Der F-16 hat nur ein Triebwerk und ist nach Auffassung der Kenner zu wenig entwickelt. Der Gripen in der heutigen Version, wie er jetzt fliegt, ist nur ein Erdkampfflugzeug. Der Rafale – immer wieder im Gespräch – ist ausserordentlich teuer. Dann der Mirage 2000: wenn er einmal fliegt, wird er bedeutend schwächer sein als der zur Diskussion stehende F/A-18. Der MIG-29 bleibt trotz seiner recht guten Flugeigenschaften technisch weit, weit zurück.

Ich verweise stichwortartig auf einige Eigenschaften des F/A-18 Hornet: Er verfügt über eine moderne elektronische Ausrüstung, insbesondere sind die hohe Leistungsfähigkeit des Bordradars und die gute Zielerfassung auch unter dem Flugzeug hervorzuheben. Die gegnerische Radarüberwachung kann automatisch gesteuert unterflogen werden. Er ist voll nacht- und allwettertauglich, was für unsere meteorologischen Verhältnisse natürlich besonders wichtig ist. Er verfügt über eine hohe Treffgenauigkeit mit guter Wirkung im Ziel und eine hervorragende Einsatzdistanz. Zu erwähnen sind auch – das ist für uns und unser Land besonders wichtig – die sicheren Flugeigenschaften im Alpenraum. Von besonderer Wichtigkeit sind die hervorragenden Bedingungen für den Piloten. Es ist ein absolut pilotenfreundliches Flugzeug. All diese und viele andere Eigenschaften des F/A-18 sind für unsere Armee bei der zu erwartenden zahlenmässigen Unterlegenheit gegenüber einer feindlichen Armee von entscheidender Bedeutung.

Wir Schweizer leben in einem schönen Land. In einem Land, das heute noch geordnete Verhältnisse hat. Die Aufgabe der Armee ist es, dieses Land und unser Volk vor allfälligen Uebergriffen zu schützen. Dieser Schutz muss nicht nur in grenznahen Gebieten, sondern in der ganzen Tiefe des Luftraumes sichergestellt sein. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen wir auch den Luftraum einwandfrei absichern können.

Für unsere Bodentruppen ist der Schutz vor der Bedrohung aus der Luft von entscheidender Bedeutung. Wir wissen, dass die Mirage III-S ihre Aufgabe als Allwetterabfänger altersbedingt nicht mehr voll wahrnehmen können. Die 134 Stück des Typs Hunter fallen weg. Dadurch wird unsere Flugwaffe ganz empfindlich geschwächt. Unsere Armee soll 1995 um einen Drittel kleiner werden. Also müssen Waffen und Geräte technisch besser werden. Dazu gehört in erster Linie auch die Flugwaffe.

Vor einiger Zeit formulierte Herr Bundesrat Villiger folgenden Leitsatz: Wir müssen Brauchbares belassen, Notwendiges beschaffen und auf Wünschbares verzichten. Die Beschaffung eines Kampfflugzeuges gehört zum absolut Notwendigen.

Unsere Fraktion unterstützt fast einstimmig den Antrag des Bundesrates und stimmt der Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 im Betrage von 3495 Millionen Fran-

ken zu. Nichteintreten und Verschiebungsanträge lehnen wir strikte ab.

Keller Rudolf: Es ist mir als grundsätzlichem Armeefürworter gar keine Freude, zur Flugzeugbeschaffung die ablehnende Haltung der deutlichen Mehrheit der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi darlegen zu müssen, aber wir sind überzeugt, dass es heute nur ein Nein geben darf.

Damit meine Ausführungen ins richtige Licht gerückt werden, halte ich gleich zu Beginn fest, dass wir grundsätzlich für die Erhaltung der schweizerischen Armee als Garant für Frieden, Sicherheit, Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes einstehen.

Wir halten weiter fest, dass uns der Preis für die Anschaffung der Kampfflugzeuge recht hoch erscheint. 3,5 Milliarden Franken für nur 34 Flugzeuge, angeschafft in einer sehr kurzen Zeitspanne, bei völlig veränderter strategischer Lage in Europa und bei einem höchst defizitären Bundesbudget, das sprengt den Rahmen des Vernünftigen, auch wenn diese Flugzeuge innerhalb des normalen Budgets angeschafft werden sollen.

Zudem, und das ist seit kurzer Zeit unser wichtigstes Argument, weiss heute niemand, wohin der Weg unseres Landes in den nächsten Jahren führt: in die EG oder nicht in die EG. Das Flugzeug passt im übrigen gar nicht in die strategische Landschaft Europas. Als Hinweis soll hier nur dienen, dass beispielsweise auch die Deutschen ihre Kampfflugzeug-Ambitionen zurückgesteckt haben. Erst wenn wir wissen, was unsere Regierenden in bezug auf die EG noch alles anzustellen gedenken, werden wir von der SD/Lega-Fraktion zu weiteren Lösungen Hand bieten.

Wir sind im weiteren nicht bereit, im Nationalrat den Hampelmann und Kopfknicker zu vollendeten Tatsachen zu spielen. In der Gesetzgebung hat man die Entscheidungskompetenz den eidgenössischen Räten überbunden. Als Nationalräte haben wir diese Verantwortung also wahrzunehmen. Aber es scheint, als ob der Entscheid längst gefällt worden sei: von Ihnen, Herr Bundesrat, und von Ihren Beamten. 50 Millionen Franken wurden bereits an das US-Verteidigungsministerium als Vorleistung gezahlt. Auf den Monat Juni hin, also zum Zeitpunkt, zu dem wir über dieses Geschäft diskutieren sollen, hatten Sie weitere 150 Millionen Franken angesagt. Für Sie ist also dieses Geschäft bereits gelaufen.

Ich gehöre aber einer jungen Generation Parlamentarier an, mit denen man solche Spielchen nicht machen kann. Nicht sicher ist man zudem – verschiedenen Pressemeldungen zufolge –, ob nicht schon seit einiger Zeit zivile Gegengeschäfte zum Kampfflugzeugkauf mit den USA laufen, obwohl die Flugzeuge noch gar nicht gekauft sind. Was haben wir hier als Nationalrättinnen und Nationalräte eigentlich noch zu sagen? Nichts, gar nichts!

Die Mehrheit der SD/Lega-Fraktion wird deshalb für Rückweisung stimmen.

Wir wenden uns gegen weitere Vorauszahlungen und sind dafür, dass dieser Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt wird, damit wir nicht wegen der unakzeptablen GSoA-Initiative vor einem Scherbenhaufen stehen. Die Glaubwürdigkeit unserer Armee steht auf dem Spiel. Wir sollten diese Glaubwürdigkeit nicht wegen des umstrittenen Kampfflugzeugkaufes opfern.

Es ist uns Schweizer Demokraten und auch den Vertretern der Lega dei Ticinesi nicht leichtgefallen, doch werden wir unsere Haltung bei den Abstimmungen nicht ändern.

Bischof: Ich bin leider nicht in der komfortablen Lage, als Sprecher der Fraktionsmehrheit zu votieren.

Die Hoffnung auf eine friedliche Weltordnung veranlasst uns Menschen, die Gedanken an Krieg und Not zu verdrängen. Bei der veränderten politischen Entwicklung, insbesondere in Osteuropa, sind aber ernste Risiken, Kriegsgefahren und wirtschaftliche Nöte geblieben.

Mit wenig Erfolg versuchten internationale Sicherheitsorganisationen die gewaltsgemüten Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion unter Kontrolle zu

bringen. Die Fundamentalisten unter den 800 Millionen Muslimen rüsten zum heiligen Krieg. Von den Muslimen wohnen mehr als sechs Millionen in England, Frankreich und Deutschland. Es wird schwer zu verhindern sein, dass sich einzelne Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika die weitreichenden Raketen mit Atomsprengköpfen auf dem Flohmarkt der zerbrochenen Sowjetunion beschaffen können. Dies spielt sich nur etwa eine Flugstunde von unserem Land entfernt ab. Wir tun gut daran, wenn wir unsere Sicherheitspolitik nach dem Grundsatz ausrichten, dass nichts so unsicher macht wie ein falscher Glaube an die Sicherheit. Deshalb brauchen wir auch heute eine starke, moderne und kampfkraftige Armee und nicht eine, die erst in der Not, und dann zu spät, einsatzbereit gemacht werden kann.

Es gehört zum guten Ton, von Abrüstung zu sprechen. Dabei ist nicht zu erkennen, dass in Europa wohl die Zahl der Soldaten, nicht aber die Kampfkraft abnimmt. Das Wort «Nie wieder Krieg» klingt wohl hoffnungsvoll. Leider werden wir aber auch in Zukunft mit anderen Realitäten leben müssen. Der wichtigste der neu formulierten Aufträge unserer Armee bleibt die Verteidigung des Landes und der Schutz unserer Bevölkerung. Ohne den Luftschild moderner Kampfflugzeuge könnte ein wichtiger Teil unserer militärischen Mittel schon vor ihrem Einsatz am Boden zerstört werden. Unsere Zivilbevölkerung müsste bei einem überfallartigen Luftkriegsbeginn schwere und schmerzliche Verluste hinnehmen.

Zu beachten ist, dass unsere Fliegerabwehr im Zustand des Neutralitätsschutzes nicht jedes fremde Flugzeug abschießen sowie nicht rasch genug und in jeder beliebigen Anflugrichtung Schwergewichte bilden kann. Eine rechtzeitige Vorauswarnung und eine möglichst vollständige Radarübersicht über die schweizerische und grenznahe Luftlage sind unabdingbare Voraussetzungen, um reaktionsschnell die in der Luft und/oder am Boden bereitgehaltenen Kampfflugzeuge einzusetzen. Unsere Flugwaffe stellt den Schutz des Luftraumes im Neutralitätsfall sicher.

Neutralität entfällt, wenn unser Land in einen militärischen Konflikt verwickelt wird. Eine mit befreundeten Staaten zusammen geführte Luftverteidigung würde möglich. Unsere Kampfflugzeuge könnten den gemeinsamen Gegner nun auch ausserhalb der Landesgrenze abschiessen. Der F/A-18 allein kann dabei mit seinen acht Luft-Luft-Infrarot-Lenkwaffen oder Luft-Luft-Radarlenkwaffen mehrere bis 70 km entfernte Ziele gleichzeitig bekämpfen. Eine solche gemeinsame Luftkriegsführung verlangt ein modernes Kampfflugzeug wie den F/A-18 und ein leistungsfähiges Führungssystem.

Wir tun gut daran, mit einer modernen Armee und Luftwaffe die Optionen Neutralität, europäisches Sicherheitssystem oder Verteidigungsbündnis offenzuhalten. Uns verbieten die Unabhängigkeit und der Schweizerstolz, europäische Trittbrettfahrer zu werden.

Zusammenfassend möchte ich noch an die Adresse der hohen Herren im Militär folgendes einbringen: Für uns ist die geistige Landesverteidigung ein leider vernachlässigter Teil der Verteidigungsbereitschaft. Die Armeespitze sollte sich auch nach dem PUK-Bericht mit der Gefahr einer fünften Kolonne auseinandersetzen. Das heisst konkret: Das Uebervölkerungs- und Ueberfremdungsproblem muss auch aus militärischer Sicht rasch durch Begrenzung der Einwanderung gelöst werden. Dies war bisher leider nicht der Fall. Ein grosser Teil der Offiziere, die sich für eine schlagkräftige Armee einsetzen, sind mitschuldig an der Armeeverdrossenheit vieler junger Schweizer Soldaten. Sie nahmen den Ausspruch «Soll ich Kopf und Kragen für ein Heer von Ausländern riskieren?» nicht ernst. Jetzt klagen sie über das Schlamassel.

Die Minderheit der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi stimmt für Eintreten und lehnt alle Rückweisungs- und Ablehnungsanträge ab.

M. Eggly: J'aimerais diviser mon intervention en trois parties: la première concernera le choix de l'avion proprement dit, la deuxième aura trait aux aspects économiques et la troisième se rapportera à l'aspect institutionnel.

Jamais peut-être un débat ne s'est déroulé sur un tel fond de pressions et de sondages multiples de nature à nous impres-

sionner. Et quel contraste entre cette ambiance et la longueur, le sérieux de l'évaluation pour arriver au projet soumis!

Dans toutes les hypothèses, dans tous les cas de figure politico-géostratégique, une aviation suisse est indispensable. Monsieur Epiney, vous avez notamment évoqué dans votre proposition la possibilité d'une nouvelle étude et d'une collaboration européenne, mais on vient de constater que, précisément, l'aspect proprement politique dans l'intégration européenne est mise en cause par les Danois. Cela montre bien que ce n'est en tout cas pas demain et surtout pas par le biais de l'Espace économique européen qu'il pourrait y avoir une forme de collaboration nous dispensant nous, les Suisses, de faire les choix en toute responsabilité. D'ailleurs, s'il s'agit de choix européens, dois-je vous rappeler que la Finlande a choisi le F/A-18 et que l'Allemagne s'apprête peut-être à le faire?

Bien sûr, en ce qui concerne l'analyse et l'évaluation de la menace, on pourrait arguer du fait que le Conseil fédéral, dans ses rapports sur la politique de sécurité ou dans son rapport sur l'avion, aurait pu aller davantage au fond des choses, on aurait pu mieux nous préparer intellectuellement. Mais encore une fois, dans tous les cas de figure, une aviation militaire suisse est indispensable et, dès lors, la continuité est nécessaire. Cette continuité et ce choix de l'avion s'inscrivent dans un budget militaire qui, en valeur absolue et en proportion du produit national brut comme en proportion des dépenses de la Confédération, ne cesse de baisser.

En toute logique et en toute responsabilité pour nous, attendre davantage, après une évaluation de quatre ans suivie d'une nouvelle évaluation de deux ans, n'aurait aucun sens. Il faut, à un moment donné, choisir et faire confiance à ceux qui ont préparé le choix. J'ai le plus grand doute et la plus grande méfiance envers ceux de nos collègues qui, soudainement, comme par hasard, commencerait à avoir des doutes sur cet avion et voudraient de nouvelles évaluations. En vérité, je les soupçonne d'être simplement impressionnés par le nombre de signatures de l'initiative, et je ne crois pas que c'est ainsi que nous devrions réagir.

Jusqu'à preuve du contraire, nous avons donné une mission à l'aviation militaire suisse et aux aviateurs. Ces derniers attendent une relève, que nous prenions nos responsabilités et que nous choisissons cet avion qu'eux-mêmes ont choisi, c'est-à-dire le F/A-18.

J'en arrive à la deuxième partie. Le prix, naturellement, a fait jaser dans les chaumières. 3,5 milliards, ce n'est pas rien, mais c'est à nous qu'il incombe d'expliquer que cette somme ne représente pas une dépense d'un seul coup, que cette dépense est ventilée au cours des années et que, finalement, elle ne fait pas augmenter le budget militaire. C'est à nous d'expliquer que les acomptes, qui ont choqué plus d'un, sont là notamment afin d'assurer l'inscription d'une commande dans la ligne de production 1993. Si le Conseil fédéral arrive à ne pas payer les acomptes, tout en ne remettant pas en cause le calendrier de production, tant mieux. Mais nous, libéraux, ne voulons pas d'atermoiements qui feraient que nous ne serions plus dans cette ligne de production 1993. Nous nous opposerons donc à toutes les variantes qui retarderaient la commande.

Et puis, Mesdames et Messieurs, la participation de l'industrie suisse à cette commande n'est pas négligeable, comme les compensations pour l'industrie – compensations qui ont ensuite des prolongements dans le secteur civil – ne le sont pas non plus. Nous n'achetons pas un avion de combat pour ces raisons économiques, mais dès lors qu'une des conséquences, un des prolongements représente cet aspect économique, nous n'allons pas non plus, par les temps qui courrent, faire la fine bouche! Pour le canton de Genève, par exemple, ce ne sont pas moins de trois grandes entreprises qui sont concernées, des dizaines de millions de francs qui sont en jeu, des places de travail qui vont être sauvegardées. Il me semble que dans les rangs de la gauche et du côté socialiste on devrait s'en aviser et ne pas clamer simplement les grands slogans de la reconversion nécessaire de l'industrie militaire dans l'industrie civile. Une telle reconversion se fait difficilement, non sans perte d'emplois. Et là, nous attendons au contour notamment les représentants des employés, des ou-

vriers. J'aimerais dire à ceux qui nous présentent aujourd'hui certaines variantes – notamment dans les rangs PDC et ailleurs – qu'ils doivent être conscients que si certaines de celles-ci sont retenues, elles peuvent remettre en cause tout l'aspect de la compensation pour l'économie suisse.

J'en arrive au troisième volet auquel le groupe libéral, cette fois vraiment unanime, attache une grande importance: c'est l'aspect institutionnel. Le risque politique et institutionnel d'un acte de faiblesse et de mollesse de notre part me paraît, dans la durée, considérable. Tout d'abord, il y a la perversité de cette initiative à effet rétroactif. Il serait grand temps que dans le prolongement d'une initiative parlementaire qui a été déposée, nous interdisions les initiatives à effet rétroactif. Le Groupe pour une Suisse sans armée a lancé cette initiative car il est évident qu'il est contre l'armée et qu'il refuserait tout aussi bien un char, un fusil d'assaut que des chaussures militaires. Ceux parmi nous qui manifesteront aujourd'hui de la tiédeur ou soudain des doutes, et se livreront à des interrogations intellectuelles qui, comme par hasard, vont fleurir, ces tièdes, qui se font manipuler au lieu de se mobiliser, ne rendront assurément pas un grand service à la continuité de notre défense nationale. Je ne veux pas dramatiser – on peut discuter de tout – mais au stade où nous en sommes, les atermoiements sont une atteinte à la continuité, à l'intégrité et à la qualité de notre défense nationale. Vous ne pourrez pas échapper à cela. Je n'aime pas non plus que l'on veuille abriter son attitude d'atermoiement ou de mollesse en prenant pour excuse le fait que le dossier n'a pas été bien préparé ou que le Conseil fédéral n'a pas suffisamment développé l'analyse des nouvelles menaces. Même si cela était vrai – ce n'est qu'en partie vrai, mais je l'ai dit, on aurait pu attendre autre chose – cela n'a jamais été une attitude politique ni courageuse ni responsable que d'excuser en quelque sorte son manque de prise de responsabilité en rejetant la faute sur les autres, en l'occurrence le gouvernement. Ce n'est pas parce que le gouvernement n'aurait pas exactement fait ce que l'on attend de lui que cela nous autorise, nous, à trouver la piste échappatoire.

Cette initiative ouvre une brèche. Si vous «marchez aujourd'hui dans la combine» – si vous me permettez cette expression – que ferez-vous en effet demain, lorsqu'il s'agira de l'intégration européenne, pour laquelle une initiative est pendante? Que ferez-vous après-demain, quand il s'agira par exemple de sécurité sociale? Que ferez-vous plus tard, quand il s'agira de la coopération au développement? Aujourd'hui, le Groupe pour une Suisse sans armée est contre moi, mais il sera peut-être demain avec moi, contre M. Blocher ou d'autres, à propos de la coopération au développement ou à propos de l'intégration européenne.

A mon avis, il faut aussi une continuité, une solidité en ce qui concerne notre manière de nous inscrire dans le fonctionnement de nos institutions. Je dirai notamment à certains de nos collègues PDC, pour lesquels j'ai la plus grande estime, que l'enfer est parfois pavé de bonnes intentions.

A vous, Mesdames et Messieurs, qui avez envie d'échapper à l'impasse, de ne pas créer un affrontement préjudiciable à nos institutions et à la politique, je dirai qu'il est beaucoup moins grave, dans la durée, de se faire désavouer par le peuple, que ce soit sur l'Espace économique européen ou sur l'avion de combat, que de se faire paralyser par la peur du peuple. Qu'est-ce ce Parlement, que sont ces parlementaires qui n'oseraient plus prendre la responsabilité et qui attendraient d'abord un feu vert préalable du peuple pour être sûrs de ne pas se faire désavouer? Si nous entrons dans cet engrenage, c'est le commencement de la fin du fonctionnement régulier de notre démocratie. Gardons nos responsabilités et soumettons nos choix démocratiquement au verdict du peuple.

Enfin, en ce qui concerne le discrédit sur une longue durée, notre manque de responsabilité face à la continuité de la défense nationale serait beaucoup plus grave que le risque de désaveu par le peuple, redouté par certains. C'est notre responsabilité que de remonter la pente que les sondages semblent indiquer, en expliquant au peuple patiemment et continûment le pourquoi de cette décision. Le Conseil national est véritablement devant un choix considérable. L'histoire parlementaire de la Suisse jugera notre attitude.

Le groupe libéral s'opposera à toutes les variantes qui ne sont que des subterfuges et des manipulations, tels que l'idée qui court maintenant d'assortir l'arrêté d'une clause référendaire. Le groupe libéral prendra toutes ses responsabilités et n'acceptera pas l'échappatoire institutionnelle.

Meier Hans: Schon 1985 hat Michail Gorbatschow erklärt, die wirkliche Bedrohung der Erde sei nicht der ideologisch-militärische Ost-West-Konflikt, sondern die wirkliche Bedrohung liege im Zustand der Seen, Wälder, Flüsse und der Atemluft. Darüber hinaus würde die Welt durch den sich zuspitzenden Konflikt zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden bedroht.

Auch der Bundesrat hat in seinem Bericht zur schweizerischen Sicherheitspolitik die Situation klar erkannt. Ich zitiere: «Die Sicherheit unseres Landes hängt sehr stark von der Sicherheit unserer Umgebung ab. Deshalb wollen wir uns daran beteiligen, in Europa eine Sicherheitsordnung zu schaffen, die nicht auf Abschreckung, sondern auf Vertrauen und Zusammenarbeit beruht.» Das sind gute Worte. Aber leider passen sie nicht zum Geschäft, das wir gerade jetzt behandeln.

Eigentlich war uns versprochen worden, man würde zuerst das Armeeleitbild 95 diskutieren und dann über die Fliegerbeschaffung befinden. Heute aber wird die F/A-18-Beschaffung durchgepeitscht. Das Armeeleitbild kann warten. Es spielt zwar keine Rolle, ist doch das Armeeleitbild um den Flieger herum aufgebaut und ohne den Kampfflieger sowieso Makulatur.

Bei der Vorstellung des Armeeleitbildes durch Generalstabschef Hässler fühlte ich mich um 36 Jahre zurückversetzt, in die Offiziersschule: Luftgelandeter und durchgebrochener Gegner wird unter dem Schirm unserer Luftwaffe durch einen Panzerstoss eingekreist und vernichtet. So tönte es damals, so tönt es noch heute. Hauptauftrag der Armee: Verteidigung, Dissuasion, Abschreckung. Von den Nebenaufträgen Friedensförderung und Existenzsicherung ist nur am Rande die Rede.

Herr Bundesrat, auch ich möchte mit Ihnen eine Armee, deren Akzeptanz im Volk wieder zunimmt. Der gescheiteste Satz im Armeeleitbild ist der: «Die Armee muss vom Volk getragen werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll.» Diese Akzeptanz, dieses Getragenwerden können wir nur durch Gleichwertigkeit von Verteidigung, Friedensförderung und Existenzsicherung erreichen.

Anlässlich der Hearings war für mich das Referat von Manfred Opel das eindrücklichste. Es ist zwar vielen Kollegen sauer aufgestossen, und sie warfen Opel grossdeutsche Arroganz und Inkompetenz vor. Dabei war Opel immerhin General für die Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung der Bundeswehr Deutschlands. Die drei wichtigsten Punkte seiner Ausführungen sind:

1. Gesamtluftverteidigung ist ein System, das auf keinen Fall besser ist als das schwächste Glied. Unser schwaches Glied ist das Florida-System.
2. Die F/A-18-Beschaffung ist reines Nachfolgedenken und dient nur der Erhaltung und der Beschäftigung der Luftwaffe.
3. Für eine autonome und moderne Luftverteidigung ist die Schweiz hoffnungslos überfordert, sowohl kostenmässig als auch raummässig. Diese Luftverteidigung würde gegen 20 Milliarden Franken kosten.

Die grüne Fraktion ist der Meinung, es sei nicht zu verantworten, für die Luftverteidigung Milliarden auszugeben. Das EMD-Geld ist für alle drei Aufgaben, nämlich Verteidigung, Friedensförderung und Existenzsicherung, zu verwenden.

Die grüne Fraktion wird einstimmig gegen Eintreten auf das Rüstungsprogramm 1992 stimmen. Wir werden allenfalls alle Anträge auf Verschiebung und Rückweisung – wir sind vor allem für ein obligatorisches Referendum – unterstützen. Wir werden auch sämtliche Anträge unterstützen, die darauf abzielen, dass keine weiteren Anzahlungen für den F/A-18 geleistet werden.

Frau Hollenstein: Zum Glück haben in den letzten Monaten immer mehr Frauen und Männer dieses Landes realisiert, dass der Kauf von 34 Kampfflugzeugen einen fatalen Fehlent-

scheid bedeuten würde. Bundesrat Villiger bezeichnet den vorgesehenen Kampfflugzeugkauf zwar als Optimallösung. Meine Herren Bundesräte, wann können wir im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, im Umweltbereich Optimallösungen erwarten? Sind die Optimallösungen ausschliesslich dem EMD vorbehalten? Dürfte nicht erst dann von Optimallösung gesprochen werden, wenn auch die Mehrheit des Volkes damit einverstanden ist? Angesichts der gegenwärtigen weltweiten Bedrohungslage muss das Kampffliegerprojekt statt als Optimallösung doch eher als Verhältnisblödsinn beurteilt werden. Wer in diesem Saal glaubt denn ernsthaft, dass mit 34 neuen Kampffliegern ein Schritt in Richtung Friedenssicherung – darum geht es uns doch schliesslich – getan würde? Das Rüstungsprogramm 1992 ist, wie alle früheren EMD-Projekte, ein typisches Männerprojekt. Die Evaluation stützte sich auf den Glauben, eine hochgerüstete Armee sei für die nationale Sicherheit unabdingbar. Auch in der Sicherheitspolitischen Kommission war diese These oberstes, unantastbares Gebot. Zur Beurteilung der Kampfmaschinen schien folgende Kriterien zu gelten: perfekter, stärker, leistungsfähiger, schlagkräftiger, das Neueste, das Beste. Ueber den Sinn des vorliegenden Projektes an sich wurde in der Sicherheitspolitischen Kommission nicht allzu viel nachgedacht, wenigstens nicht laut.

Nun möchte ich noch auf einen Aspekt hinweisen, der in der ganzen Debatte nur ungenügend berücksichtigt wurde. Es wird von den meisten verdrängt, dass unsere Luftwaffe einen nicht unwesentlichen Teil zur Umweltbelastung beiträgt. Schon heute vergeudet die schweizerische Luftwaffe dreimal mehr Treibstoff als das gesamte restliche Heer zusammen, mit über 20 000 Fahrzeugen wie Panzer, Lastwagen, PW usw. Dies, obwohl es Panzer gibt, die über 1000 Liter Treibstoff pro 100 Kilometer verbrauchen. 1991 verbrauchte die Luftwaffe 57,2 Millionen Kilogramm Kerosin, das ist gleichviel wie 30 000 Einfamilienhäuser für die Heizung oder 90 000 PW, die je 10 000 Kilometer bei einem Verbrauch von 8 Litern pro 100 Kilometer fahren, brauchen.

Der geplante F/A-18-Kauf wird daran nichts ändern. Eine F/A-18-Maschine verbraucht bei der vorgesehenen Einsatzplanung pro Jahr fast 920 000 Liter Treibstoff. Damit kann ein Mittelklasswagen immerhin 11,5 Millionen Kilometer oder 278 mal um den Erdball fahren. Die geplante F/A-18-Flotte würde somit pro Jahr rund 31 Millionen Liter Kerosin verbrauchen. Die gesamte Schadstoffbelastung durch die F/A-18-Flotte wäre enorm. Pro Jahr müsste mit 400 Tonnen Kohlenmonoxid, 160 Tonnen Kohlenwasserstoff und rund 610 Tonnen Stickstoffoxid gerechnet werden. Wenn ich die genannten Zahlen betrachte und an die aufwendige Werbekampagne des Bundes für energiesparendes Eierkochen usw. denke, frage ich mich, wo die Propagandamaschinerie fürs Energiesparen jetzt bleibt: hier, bei einer gigantischen Energieverschwend durch die Luftwaffe.

Wollen wir wirklich eine Luftwaffe, die mit ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen unsere Lebensgrundlagen zerstört? Wir dürfen nicht unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit das zerstören, was uns als Lebensgrundlage dient. Wiegen wir uns nicht weiterhin in einer falschen Sicherheit? Oeffnen wir all unsere Sinne für die wirklichen Bedrohungen in der Schweiz und weltweit! Die Gefahren, die der Schweiz drohen, sind nicht mehr kriegerischer Art und nicht mit einer Luftwaffe zu bewältigen. Setzen wir uns für Grundrechte für alle Menschen und für die Erhaltung der Lebensgrundlagen aller ein!

In Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.

M. Spielmann: J'aimerais apporter un éclairage différent au débat, car tant de choses ont été répétées et le seront sûrement encore! Mon argumentation portera sur trois axes: la démocratie, l'évaluation des risques et les enjeux financiers. Tout d'abord – je crois que personne ne contestera cette idée – il est impossible de défendre un pays, ou du moins de prendre une décision au niveau du Parlement, contre la volonté du peuple. Sur ce point, je crois que tout le monde est d'accord. Ce thème dépasse les compétences de ce Parle-

ment en l'état du débat. C'est au peuple qu'il appartiendra de trancher cette question. Avec celle-ci, on entre directement dans le débat relatif aux problèmes liés à la démocratie mais aussi aux possibilités données au peuple de s'exprimer et à la nécessité, dans la mesure où l'on admet le besoin d'une défense armée – cette volonté a été clairement manifestée par le peuple suisse – de respecter deux postulats, à mon avis essentiels: la cohésion et l'adhésion à une volonté de défense. A ce propos, un certain nombre de questions se posent. Comment parler de cohésion, comment parler d'adhésion de la population par rapport à la défense quand on crée un si grand fossé entre la vie quotidienne des gens, la situation financière d'aujourd'hui et les nouveaux postulats qu'on entend chaque jour dans ce Parlement, ou du moins au sein des plus grands partis? Je pense à la déréglementation des conditions de travail, au démontage social, à la volonté de remettre en cause les conventions collectives, au mal-vivre d'une bonne partie de la population, aux 500 000 nouveaux pauvres et à tous ceux qui s'interrogent sur les finalités mêmes d'une économie, d'un développement social, qui les mettent à l'écart.

Par conséquent, la cohésion, l'adhésion et la défense du pays passent par une politique sociale et par un partage des moyens financiers de ce pays davantage que par ce qui est en train d'être mis à jour: déréglementation, nouvel appauvrissement d'une partie de la population et remise en cause des quelques maigres acquis sociaux obtenus au cours d'années de lutte. Ceci fait un postulat tout aussi important – à mon avis encore plus – que la sophistication ou la technicité de notre armement parce que la défense aujourd'hui passe – je le répète – par l'adhésion de la population à cette volonté et par la cohésion du pays.

S'agissant du risque potentiel, je serai bref, car l'argumentation de M. Epiney a fourni une série d'informations que je peux tout à fait admettre. En effet, comment peut-on aujourd'hui valablement se fonder sur une analyse exécutée en 1988, et relative aux dangers potentiels, pour s'équiper? Quels sont aujourd'hui les dangers potentiels? Qu'est-ce qui menace réellement la paix et la sécurité, non seulement de notre pays mais de l'ensemble de la terre, si ce n'est le fossé qui sépare toujours davantage les pays riches des pays pauvres, les difficultés dues au développement dans les pays de l'Est, la montée des nationalismes, si ce n'est le fait qu'une bonne partie – je dirais même une grande majorité – des habitants et des êtres humains de cette planète ne trouvent actuellement pas de solution à leur vie quotidienne, que ce soit non seulement au niveau de la nourriture, mais aussi de l'existence et, plus grave encore, n'ont pas de perspectives d'avenir? Comment répondre raisonnablement à cette insécurité, à ces dangers potentiels qui sont des plus grands? Avec un armement plus sophistiqué? Avec des avions?

La réponse passe fatallement par une réanalyse et un réexamen de notre volonté de défense, par une réorientation de la politique de paix. Plus que jamais, la question est aujourd'hui posée au Conseil national. Est-ce qu'aujourd'hui encore le meilleur moyen de défendre et d'assurer la paix est de se préparer à la guerre? N'y a-t-il pas d'autres perspectives pour répondre à ces enjeux? Je mentionne une politique de paix, une intervention pacifique sur le plan extérieur permettant l'obtention de solutions avec l'utilisation non sélective du droit.

Voilà les orientations qu'il nous faut revoir. Voilà pourquoi, aujourd'hui, il est illusoire, néfaste, je dirais même nuisible, d'acquérir des avions afin de tenter de cacher les véritables problèmes et ainsi ne pas répondre à la politique de sécurité qu'exige la situation internationale.

Hess Peter: Die CVP-Fraktion hat frühzeitig bekanntgegeben, dass sie auf die Vorlage für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges erst eintreten könne, wenn die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik, die seit den sechziger Jahren unverändert geblieben sind, neu erarbeitet würden.

Diese Haltung war mitentscheidend dafür, dass der Bundesrat nach dem Typenentscheid im Jahre 1988 eine Pause in den Vorbereitungsarbeiten verordnete, welche zur Ausarbeitung des Berichts 1990 zur Sicherheitspolitik benutzt wurde. Parallel dazu wurde eine Nachevaluation unter Einbezug weiterer

Flugzeugtypen durchgeführt, welche jedoch lediglich zur Bestätigung des Typenentscheides vom 3. Oktober 1988 führte. Der Bericht 1990 zur Sicherheitspolitik hat trotz grundsätzlicher Zustimmung auch von unserer Seite her Kritik erfahren. Für das vorliegende Geschäft ist von Bedeutung, dass es trotz der grundlegenden und irreversiblen Umwälzungen im Verhältnis West/Ost und der damit einhergehenden Abnahme der Bedrohung weitgehend bei einer historischen Aufarbeitung der Abläufe und Ereignisse seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems geblieben ist. Zu unserem grossen Bedauern fand jedoch keine vertiefte Auseinandersetzung mit der Bereitschaft zu grundsätzlicher Infragestellung der herkömmlichen Strukturen statt. Das mag daher röhren, dass unsere Armeeführung schon zu sehr vom Reformprojekt «Armee 95» in Beschlag genommen wurde. Aus diesem Grunde war und ist es bis heute kaum möglich, uns vorbehaltlos für eine Neudefinition unserer sicherheitspolitischen Konzeption zu öffnen.

Die Konsequenz dieses Vorgehens ist, dass sowohl der Bericht 1990 zur Sicherheitspolitik als auch das darauf aufbauende Armeeleitbild 95 weitgehend dem statischen Denken der achtziger Jahre verhaftet sind, während neue Modelle nur schemenhaft angedeutet werden. Demgegenüber hat beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland die Diskussion über notwendige Neuerungen in der Sicherheitspolitik rasch und umfassend eingesetzt. Diese Diskussion hat vorab der neuen Bedrohungssituation Rechnung getragen, die sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass für uns bedrohungssensitive Instabilitätsherde weiterhin bestehen, jedoch relativ weit von uns entfernt sind und dass die Wahrscheinlichkeit eines grossen Konfliktes in und um Europa heute denkbar gering ist. Eine entsprechende Bedrohungslage würde eine völlig neue, geänderte gesamtpolitische Situation bedingen, welche natürlich nicht gleichsam über Nacht entstehen kann. Diese Feststellungen stammen nicht von mir, sondern vom neuen Heeresinspekteur der Bundeswehr, Herrn Helge Hansen, nachzulesen in der «Welt am Sonntag» vom 7. Juni 1992. Gemäss Helge Hansen erlaubt diese aktuelle Einschätzung der Bedrohungslage für Deutschland eine Reduktion der Präsenzbestände. Gleichzeitig ist aber für den Fall neuer konkreter Bedrohungen ein rascher Wiederaufbau sicherzustellen, was eine im Frieden eingebükte, leistungsfähige und intakte Führungsorganisation bedingt.

Auch wenn diese für die Deutsche Bundeswehr bestimmten Aussagen nicht deckungsgleich auf unsere Armee übertragen werden können, sind darin doch äusserst präfenswerte Ansatzpunkte für eine Neuorientierung enthalten.

Im Endergebnis geht die Tendenz auf eine rasche, gut ausgebildete und gut ausgerüstete Eingreiftruppe, sogenannte Reaktionskräfte, hinaus, welche für unsere Bedürfnisse durch den Auf- und Ausbau der mit «Armee 95» in Aussicht genommenen Territorialkräfte zu untermauern wäre. Die Ausrüstung dieser zahlenmäßig beschränkten, schnellen Eingreiftruppe müsste nach Möglichkeit luftbeweglich bzw. lufttransportfähig sein, und sie müsste schwere Waffen umfassen. Von Bedeutung ist für sie aber auch die Bereitstellung eines Luftschildes zwecks Wahrnehmung der Funktionen der Luftpolizei, der Interzeption, des Jagdkampfs und vor allem der Unterstützung der schnell einsetzbaren Bodentruppen.

Ziel aller dieser Anstrengungen muss es sein, dass dank sofortigem Eingreifen aufkommende Konflikte möglichst im Keime erstickt werden, damit unnötiges Blutvergiessen verhindert werden kann.

Für uns als Politiker bedeutet dies, dass wir aufgerufen sind, einerseits die Grundlagen für den Aufbau einer solchen raschen Eingreiftruppe zu schaffen, dass wir uns anderseits aber auch um rasche Entscheidungsmechanismen und hierarchisch verkürzte Führungsstrukturen bemühen. Diese Schritte sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Krisenbewältigung in der Zukunft.

Aufgrund des Gesagten steht für uns aus militärischer Sicht ausser Zweifel, dass die heute rund 30jährigen Flugzeuge Hunter und Mirage ausgemustert bzw. einer neuen Aufgabe zugewiesen werden müssen. Das aber ruft unabdingbar nach einem Ersatz durch ein neues Kampfflugzeug.

Mit dem Militärdepartement gehen wir heute einig, dass der zum Kauf vorgeschlagene F/A-18 zurzeit die beste Lösung darstellt, da eine kostengünstigere, reine Jäger-Alternative zurzeit nicht beschaffungsreif ist. Ob in drei bis fünf Jahren eine neue Ausgangslage bestehen könnte, muss derzeit offenbleiben, denn wir müssen uns heute für einen Flugzeugersatz entscheiden, wenn wir unsere Flugwaffe nicht vollends preisgeben wollen.

Die CVP-Fraktion hat die Botschaft zum Rüstungsprogramm 1992 eingehend und kritisch geprüft. Trotz sachkompetenter Vorstellung der Beschaffungsvorlage sind Fragen offengeblieben und Zweifel nicht beseitigt worden. Unklarheit herrscht vor allem über die Frage, ob und allenfalls wie weit eine Einbettung unserer Luftraumsicherung in die europäische Luftraumsicherung möglich wäre.

Ausdruck dieser Unsicherheit sind die verschiedenen Rückweisungsanträge, die vom Bundesrat ergänzende oder neue Abklärungen verlangen. Wir werden diese Rückweisungsanträge mehrheitlich ablehnen, denn wir geben uns Rechenschaft darüber, dass sich gerade in der Frage der engeren Zusammenarbeit im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik in absehbarer Zeit kaum Fortschritte erzielen lassen. Das Verhalten der EG in der Jugoslawienkrise ist beredtes Zeugnis für diese pessimistische Einschätzung.

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» hat die Lager der Befürworter und Gegner eines neuen Kampfflugzeuges in ihrer Haltung polarisiert und blockiert.

Die CVP-Fraktion hat sich daher zum Ziel gesetzt, einen Ausweg aus dieser Pattsituation aufzuzeigen. Wir sind mit Herrn Bundesrat Villiger der Auffassung, dass die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll, auch wenn wir die darin enthaltene Rückwirkungsklausel als groben Missbrauch des Initiativrechts empfinden.

Sprechen wir uns aber zugunsten der Abstimmung aus, so verlangt unser Verständnis der Volksrechte, dass die Initiative nicht zusätzlich mit dem Problem weiterer Anzahlungen und Verpflichtungen belastet werden soll.

Wir haben daher bereits vor drei Wochen den Bundesrat aufgefordert, die Vertragsbedingungen mit den amerikanischen Partnern zu überprüfen, damit bis zur Abstimmung weitere Verpflichtungen vermieden werden können.

Unser Antrag zu Artikel 2 entspricht nun genau der von Bundesrat Villiger aufgrund der zwischenzeitlichen Abklärungen durch Rüstungschef Wicki präsentierten Beschaffungsvariante 3. Mit unserem Antrag verlangen wir vom Bundesrat, das Ausmass der bis zur Abstimmung anfallenden Verpflichtungen für den Fall eines Beschaffungsverzichts auf 50 Millionen Franken zu beschränken. Wir wissen heute, dass dieser Weg gangbar ist, auch wenn damit teuerungs- und währungsbedingte Mehrkosten und eine Verschiebung der Beschaffung um ein Jahr verbunden sind.

Gestatten Sie mir eine Schlussbemerkung: Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen können, hat die CVP-Fraktion in der Frage der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges von Anfang an eine kritische, aber kohärente Haltung eingenommen. Es ist für uns daher nicht akzeptabel, wenn uns kürzlich in der freisinnigen Hauszeitung «Lavieren in einer Grundsatzfrage» vorgeworfen wird. Die CVP-Fraktion steht für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ein, die sich klar auch zugunsten der bewaffneten Landesverteidigung ausspricht. Angesichts der sich heute beinahe täglich verändernden Problemstellung ist es jedoch unabdingbar, dass wir in sicherheitspolitischen Fragen wesentlich flexibler werden, um uns rasch den geänderten Bedingungen anpassen zu können. Das setzt voraus, dass wir bereit sind, unverkrampt in die Zukunft zu blicken und von alten Konventionen und Traditionen Abstand zu nehmen.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage, Abweisung aller Rückweisungsanträge und bei Artikel 2 Zustimmung zu meinem Ergänzungsantrag.

Borer Roland: Die Fraktion der Auto-Partei erachtet es als ihre Pflicht, die Wahlversprechungen vom letzten Oktober, die sie dem Wähler abgegeben hat, einzulösen und ist damit einstimmig für Eintreten und für Zustimmung zu diesem Geschäft. Unsere Überlegungen kommen zum ersten aus der Über-

zeugung, dass eine Armee heute absolut ihre Notwendigkeit hat. Wenn wir eine Armee wollen, dann brauchen wir aber auch eine glaubhafte Luftverteidigung.

Zum zweiten halten wir fest, dass sowohl das Rüstungsreferendum als auch die GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee in der Vergangenheit abgelehnt wurden und dass es jetzt die Pflicht dieses Rates ist, die Verantwortung zu übernehmen und über dieses Geschäft zu entscheiden. Es geht nicht an, dass wir unbequeme Vorlagen einfach an das Volk weiterschieben, weil wir nicht bereit sind, Verantwortung zu tragen. Mit der Wahl in den Nationalrat ist auch die Verantwortung auf uns übertragen worden.

Einige sicherheitspolitische Aspekte: Wenn wir die globale Lage beobachten, dann sehen wir, dass wir keine unmittelbare Bedrohung haben. Diese Aussage gilt für heute. Wir wissen aber nicht, was morgen und was übermorgen kommt. Die Lage ist zu instabil. Wir können weiter feststellen, dass kein Land – sei das in Europa, sei das in unserer weiteren Umgebung – qualitativ abrüstet. Es gibt einige Länder, das gebe ich Ihnen gerne zu, die quantitativ abrüsten, aber gleichzeitig qualitativ eine Kampfwertsteigerung ihrer Armeen vollziehen.

Die Schweiz tut es auch. Die Schweiz will den Kampfwert der Flugwaffe erhalten, indem man 34 moderne Kampfflugzeuge der vierten Generation beschafft und damit den Flugzeugschrott, nämlich die mehr als 100 Hunter, die heute noch bei uns im Dienst stehen, ausser Dienst stellt. Auch das ist keine Aufrüstung, wie es immer wieder erzählt wird. Das ist eine quantitative Abrüstung mit einer qualitativen Aufrüstung.

Wenn wir diesbezügliche Beispiele suchen, so finden wir deren viele: die BRD, Frankreich, Grossbritannien, Schweden, auch Finnland als neutralen Kleinstaat.

Und wenn wir schon von der Geldumlagerung für Friedensprojekte in die Dritte Welt reden, dann möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir Dritteweltländer haben, die eine modernere Flugwaffe besitzen als wir: Ecuador, Peru, der Türkei, Algerien, der Iran, Irak, Jordanien, Libyen, Marokko, Syrien, der Jemen, Aethiopien, Moçambique, Indien und Pakistan. Das ist die Realität.

Zum Flugzeugtyp: Das EMD und mit ihm das Kommando der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen sowie die Gruppe für Rüstungsdienste haben seriös evaluiert. Seit 1988 wurden genaue Marktbeobachtungen gemacht; den Entscheid für den F/A-18 erachten wir als richtig. Bestärkt werden wir in unserer Meinung durch den Entscheid Finnlands, das ebenfalls auf die gleiche Lösung kam.

Es gibt in der Luftverteidigung einfach keine Alternative zu modernen Flugzeugen. Alternativen, die allein eine Fliegerabwehr wollen, sind keine echten Alternativen. Im Moment finden wir auf dem Markt auch keine vergleichbaren Flugzeuge, die in der gleichen Art und Weise kostengünstig – ich sage nicht billig, aber kostengünstig – beschafft werden können.

Der F/A-18 ist für unsere Fraktion aber auch kein Präjudiz für die Zukunft. Sollte bei einem eventuell notwendigen Ersatz der Tiger- und Mirage-Flugzeuge z. B. der schwedische Gripen voll ausgerüstet auf dem Markt sein, so wäre das für unsere Fraktion eine Alternative, die zu überprüfen ist. Der F/A-18 ist entgegen anderen Aussagen auch bündnistauglich, er ist europatauglich und eine Garantie für eine langfristige Werterhaltung. Bei uns werden Flugzeuge nicht nur 10 Jahre eingesetzt, sondern in der Regel dreissig Jahre.

Im weiteren ermöglichen uns Kompensationsgeschäfte, endlich auch wieder in den amerikanischen Markt einzudringen; auch der Technologietransfer aus den USA in die Schweiz ist nicht zu unterschätzen.

Zum finanziellen Jahrhundertgeschäft macht nur die Presse diesen Flugzeugkauf. Es wird verschwiegen, dass sich die Zahlungen für diese Flugzeuge über sechs Jahre erstrecken, nämlich bis Ende 1998, und dass wir Geschäfte haben, die uns heute oder in Zukunft viel mehr Geld kosten könnten oder werden. Ich spreche von EG, EWR, «Bahn 2000» und Neat. Die Investition für die nächsten dreissig Jahre ist sicher zu verkraften.

Das ganze Geschäft hat einen Schönheitsfehler, nämlich das Verhalten gewisser Stellen im EMD. Einmal mehr erleben wir es, dass die Informationspolitik des EMD im Zusammenhang

mit dieser Flugzeugbeschaffung lausig ist. Der Bundesrat macht Werbung im Zusammenhang mit dem EWR in Millionenhöhe. Der Bundesrat respektive die SBB machen Werbung für die «Bahn 2000». Die Werbung für die Neat wird wahrscheinlich folgen. Der Bundesrat macht Radio- und Fernsehwerbung, wie man energiegünstig Eier kochen kann. Das EMD aber hat es verschlafen, den Bürger auf der Strasse zu orientieren, warum wir dieses Flugzeug brauchen und wie die Finanzierung effektiv sichergestellt wird. Wir hoffen, dass in Zukunft diese Fehler behoben werden.

Zur GSoA-Initiative: Es ist nicht der Fehler des EMD und auch nicht des Rates, dass die GSoA ihre Initiative lanciert hat, nachdem schon ein Rat entschieden hat, und dass man uns jetzt auf diese Art und Weise zu nötigen versucht, das Geschäft zu verschieben oder sogar überhaupt nicht zu behandeln. Die GSoA weiss seit 1988, dass ein Flugzeugkauf in der Schweiz ansteht, also hätte die GSoA, wenn sie eine dementsprechende Initiative lancieren wollte, auch 1988 ihre Unterschriftensammlungen beginnen können. Dann würde das Problem ein wenig anders aussehen.

Noch dazu, wie Unterschriften gesammelt werden: Wenn Sie den Rentnern sagen, sie müssten unterschreiben, sonst sei ihre AHV nicht gesichert, wenn Sie den jungen, erwerbstätigen Bürgern sagen, sie müssten, wenn die Flugzeuge gekauft werden, mehr Steuern zahlen – und wenn Sie das mit der Passivität der Informationspolitik des EMD und der Hetze, die durch gewisse Medien geführt wird, kombinieren –, müssen Sie sich nicht wundern, wenn 500 000 Bürger diese Initiative unterschreiben.

Zuletzt ein Aufruf an alle bürgerlichen Politiker in diesem Saal: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, machen Sie die Versprechen wahr, die Sie dem Wähler 1991 gemacht haben – seien Sie für Eintreten und stimmen Sie dem Geschäft zu.

Bonny: Namens der freisinnigen Fraktion halte ich einleitend fest, dass sie mit überwältigender Mehrheit diese Vorlage unterstützt, Eintreten empfiehlt und die Rückweisungs- und Verschiebungsanträge verschiedenster Observanz ablehnt.

Im gleichen Moment, wo wir hier diskutieren – nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der GSoA-Initiative, die unsere Armee mittelfristig unglaublich machen und langfristig demontieren will –, tobt in Jugoslawien, d. h. eine knappe F/A-18-Flugstunde von hier entfernt, ein grauenhafter Bürgerkrieg, der Tausende von Toten zur Folge hat. Diese zeigen, was es heißt, wenn die eine Kriegspartei über eine Luftwaffe und eine Artillerie verfügt und die andere nicht. Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass die Jahre 1991 und wohl auch 1992, abgesehen vielleicht von den beiden Weltkriegen, zu den wohl blutigsten der neueren Weltgeschichte gehören. Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Friedenssprüche der GSoA und Co. wie bitterer humanitärer Hohn aus.

In der intensiven Diskussion in unserer Fraktion kamen vor allem zwei Beurteilungskriterien zum Tragen:

1. Die Vorlage einer Flugzeugbeschaffung muss langfristig konzipiert sein und auch danach beurteilt werden.
2. Es sind dabei auch die Lehren aus der Geschichte der Sicherheitspolitik zu berücksichtigen.

Zur Langfristigkeit: Die F/A-18-Beschaffung ist für eine Zeitdauer von 25 bis 30 Jahren bestimmt. Wenn man nun von Bedrohungslage spricht, darf man sich selbstverständlich nicht nur auf die heutige abstützen, sondern man müsste auch wissen, wie die Bedrohungslage beispielsweise im Jahre 2000, 2010, 2020 aussehen wird. Wer weiss das aber? Kein Mensch, kein Politiker, kein General, kein noch so gescheiter Experte. Daraus ergibt sich die zwingende Schlussfolgerung: Die Sicherheitspolitik im weiteren und die Landesverteidigungspolitik im engeren Sinn muss auf eine langfristige Kontinuität ausgerichtet sein. Die F/A-18-Beschaffung liegt genau auf dieser Linie einer langfristigen kontinuierlichen Sicherheitspolitik, die mittelbar dem Frieden dient und die Kriegsrisiken, soweit man das überhaupt kann, einzudämmen versucht.

Zum zweiten Kriterium, Lehren aus der Geschichte: Hier möchte ich mich auf ein konkretes Beispiel konzentrieren. Der Zustand der Schweizer Armee beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 war im entscheidenden Bereich,

der Panzerabwehr, absolut ungenügend. Warum? In den zwanziger Jahren und in den frühen dreissiger Jahren herrschte in unserem Land eine armeefeindliche Stimmung, und die Rüstung unserer Armee litt entsprechend darunter. Mit dem Einbruch des Nationalsozialismus in Deutschland kam dann bei uns in Sachen Armee die geistige und politische Kehrtwende, da pressierte es plötzlich. Trotz grossen Anstrengungen – ich denke vor allem an die Verdienste von Bundesrat Minger – genügten die verbleibenden fünf Jahre einfach nicht, um die Armee auf einen genügenden Rüstungsstand zurückzuführen.

Auch aus dem ziehen wir eine Konklusion: Man kann sehr schnell abrüsten, aber es braucht unverhältnismässig mehr Zeit, um die Verteidigung wieder auf einen glaubwürdigen Stand zu bringen. Dieses Manko würde eintreffen, wenn wir unsere Flugwaffe zum Altwarenlager verkommen liessen oder gar der verantwortungslosen GSoA-Initiative mit ihrem Verbot, bis ins Jahr 2000 neue Flugzeuge zu beschaffen, beipflichteten würden.

Letzten Endes geht es – das ist der Kernpunkt in diesem Geschäft – um eine Frage der Glaubwürdigkeit. Eine Armee ohne Luftschild, desgleichen Panzerbewegungen, Truppentransporte, Artilleriestellungen, Nachschubzentren ohne diesen Luftschild sind schlicht und einfach nicht glaubwürdig und nicht zu verantworten. Es geht hier nicht nur um strategische und taktische Fragen; letzten Endes haben unsere Wehrmänner, die ihre Wehrpflicht erfüllen, Anspruch darauf – auch unsere Piloten haben dies –, dass sie entsprechend ausgerüstet werden und damit auch einen angemessenen Schutz haben. Die vielleicht gut gemeinten Anträge, die den Ersatz veralteter Flugzeuge hinausschieben, sind abzulehnen. Die GSoA-Initiative mit ihrem Moratorium bis ins Jahr 2000 ist verantwortungslos.

Herr Gross Andreas, Sie haben vorhin das Bild des Automobilisten gebraucht, der trotz blinkender Warnlichter über einen Bahnübergang fährt. Bleiben wir einmal bei diesem Bild. Ich würde Sie aber nicht in der Rolle des Automobilisten, sondern eher des Barrierenwärters sehen, der bei einem langen Lastwagenzug das Zugfahrzeug noch durchlässt und dann die Barriere unmittelbar vor dem Anhänger senkt.

Zur finanzpolitischen Seite: Die 3,5 Milliarden Kosten sind zweifelsohne kein Pappenstiel. Allein, es handelt sich um eine Investition für über zwanzig Jahre, die erst noch im EMD-Finanzplan kompensiert wird. Der Militäranteil am Bundeshaushalt betrug 1960 32 Prozent. Er ist dann im Jahre 1990 auf 17 Prozent gesunken und soll ab 1995 bei 12 Prozent stabilisiert werden, wohlverstanden mit der Anschaffung der neuen Flugzeuge!

Als Präsident der Finanzkommission meine ich: Wenn alle unsere zivilen Departemente mit ihren Finanzen gleich diszipliniert und sparsam umgehen würden wie das EMD, hätten wir zweifelsohne nicht die Krise der Bundesfinanzen, wie wir sie heute kennen.

Es war auch – es gibt Anträge dazu – von Occasionen die Rede, gleichsam als Alternativen. Wir haben die Erfahrung gemacht, nicht nur im Militär, sondern auch in der Wirtschaft und im zivilen Leben, dass solche Occasionen, wenn man es genau berechnet, meist teurer zu stehen kommen als die Neuan schaffungen. Beim Intermezzo mit der Mirage 2000-C möchte ich höchstens die Rolle des Ambassadeur de France in Bern als pikant bezeichnen. Stellen Sie sich einmal vor, unser Schweizer Botschafter Jagmetti in Paris hätte bei der Rüstungsvorlage der Regierung Bérégovoy ähnlich agiert. Ich bin nicht ganz sicher, ob Herr Botschafter Jagmetti heute noch im Amt wäre.

Abschliessend möchte ich mich im Namen der Fraktion zur Frage der Vorauszahlungen aussprechen. Diese Frage – das wollen wir offen zugeben – ist zweifelsohne delikat und wirkt politisch belastend. Wir begrüssen es daher, dass es gelungen ist, den inakzeptablen ursprünglichen Risikorahmen von 800 Millionen Franken wesentlich zu reduzieren.

Für welche der drei Varianten man nun ist, bleibt bis zu einem gewissen Grad eine Ermessensfrage. Unsere Fraktion gibt nach gründlicher Abwägung klar der Variante B den Vorzug, das heisst jener Variante, die die Risikogrenze für die Teue-

itung bei 55 Millionen setzt und für die Rücktrittskosten bei 170 Millionen, wovon allerdings 85 Millionen auf die Direktlieferungen, an denen wir von der Schweizer Wirtschaft interessiert sind, entfallen. Von allen Optionen ist sie zweifellos die günstigste.

Bei der Variante C fällt nachteilig ins Gewicht, dass die Direktzahlungen um 20 Prozent reduziert werden. Aehnliches gilt übrigens auch für die Kompensationsgeschäfte. Vor allem würde der beschäftigungspolitische Effekt bei der Variante C erst im Jahre 1994 einsetzen, obwohl wir solche Impulse auch im Jahre 1993 dringend nötig hätten.

Abschliessend: Wir Freisinnigen qualifizieren dieses Geschäft als seriös und professionell vorbereitet. Der Ball liegt nun bei uns, beim Parlament, im speziellen jetzt beim Nationalrat. Tun wir das, was unser Wissen und Gewissen uns gebieten. Nehmen wir die Verantwortung wahr – das ist nicht irgendeine Möglichkeit, sondern eine Pflicht –, die uns die verfassungsmässigen Kompetenzen gebieten, eine Verantwortung für und zugunsten der Erhaltung einer glaubwürdigen Landesverteidigung!

Hubacher: Herr Borer hat vorhin den Appell an die bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier gerichtet, sie sollten ihre Wahlversprechen einhalten und zustimmen. Auch ich meine, Sie sollten Ihre Wahlversprechen einhalten. Vor den Wahlen haben die meisten nämlich diesen Antrag abgelehnt. Deshalb durfte das Geschäft ja nicht vor den Wahlen hier behandelt werden.

Ich rede im Namen und Auftrag der einstimmigen SP-Fraktion. Diese lehnt den Kredit von 3,5 Milliarden Franken für die 34 F/A-18 einstimmig ab. Aus Zeitmangel beschränke ich mich auf drei Hauptgründe: auf sicherheitspolitische, wirtschaftspolitische und finanzpolitische.

1. Die sicherheitspolitischen Gründe – sie sind heute schon von Herrn Ledergerber dargelegt worden –: Der Startschuss zur Beschaffung geht auf die Zeit Anfang der achtziger Jahre, also noch auf die Zeit des kalten Krieges, zurück. Heute haben wir eine völlig neue sicherheitspolitische Lage. Die Nato hat daraus in ihrem Papier 1990 Konsequenzen gezogen und zum Beispiel festgestellt: «Die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken, denen sich die Nato gegenüber sieht, unterscheiden sich grundsätzlich von denen der Vergangenheit.» Der neue deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe hat kürzlich erklärt: «Für die Bedrohung von gestern gibt es keine Mark mehr.» Er hat ja erste neue Weichenstellungen in sehr radikaler Art vorgenommen.

Die neuen Bedrohungen sind weniger militärische als beispielsweise kaputte Atomkraftwerke in früheren Oststaaten, die Armut in der Dritten Welt, Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, die Drogenmafia usw. Wir werden damit täglich konfrontiert. Daher wäre es sehr wünschbar gewesen, um das Stichwort von Stephan Schmidheiny aufzunehmen, einen «Kurswechsel» vorzunehmen. Ein solcher hat hier nicht stattgefunden. Das EMD bleibt auf seinem Kurs und ist bereit, aus Ueberzeugung um jeden Preis am Irrtum festzuhalten.

Mir kommt die EMD-Logik oder -Unlogik so vor: Es herrscht zwar dicker politischer Nebel, wir sehen praktisch nichts – aber wir sind auf jeden Fall auf dem richtigen Weg.

2. Die wirtschaftspolitischen Gründe: Es gibt eine Expertise vom 9. November 1984. Anlass war die Beschaffung des Panzers Leopard 2. Auftraggeber war die Militärkommission des Nationalrates, Gutachter war Herr Nicolas Hayek. Der Befund war für das EMD vernichtend: vernichtend für das Projektmanagement, vernichtend für die Kostenberechnung, vernichtend für die gesamte Beschaffungsstrategie.

Die Kommission und Ihr Rat haben am Ende, gestützt auf dieses Gutachten, fast eine Milliarde Franken eingespart. Der frühere Rüstungschef, Herr Wittlin, hat mehrfach gesagt: Dank diesem Gutachten können wir Hunderte von Millionen einsparen. Wer dieses Gutachten nachliest, vor allem betreffend Projektorganisation und Projektüberleitung, stellt fest, dass es keine Lobeshymne auf das EMD ist.

Der damalige Projektleiter – Panzer Leopard 2 – ist heute Projektleiter für das Flugzeug F/A-18. Nahtlos hat er am 14. August 1985 die Projektoberleitung Panzer Leopard abgegeben

und ist ab 15. August 1985 neuer Projektoberleiter geworden. Das ist keine gute Versicherung in Sachen Vertrauenskapital. Wir haben denn als Sozialdemokraten auch gestaunt, wie marktwirtschaftlich indoktrinierte Leute verhandeln. Bereits im März 1988 hat das EMD, damals unter Bundesrat Koller, bekanntgegeben, es stünden nur noch F-16 und F/A-18 im Rennen. Auf die Frage, was diese kosten würden, war keine Antwort erhältlich. Die Kosten wurden erst fünf Monate später bekanntgegeben. Man hat also einen Vorentscheid gefällt, ohne zu wissen – ich habe die Dokumente –, was die Varianten A oder B kosten. Man hat sofort die europäische Konkurrenz hinausgeschmissen.

Herr Bundesrat Villiger – das darf man ihm hoch anrechnen – hat als neuer EMD-Vorsteher versucht, mit dem Mirage 2000-5 eine Konkurrenzsituation zu schaffen, wie er selber gesagt hat. Leider war diese Übung nicht erfolgreich.

Das EMD hat also keine Wettbewerbslage geschaffen, hat den früheren disqualifizierten Projektoberleiter wieder eingesetzt und hat damit eine Verhandlungsphilosophie zutage gelegt, über die man nur staunen kann.

Merkwürdig ist auch, was die «Neue Zürcher Zeitung» am 9. Februar 1990 berichtet hat: «In Erwartung des schweizerischen Auftrages für F/A-18-Flugzeuge hat der Hersteller McDonnell Douglas Kompensationsgeschäfte in die Wege geleitet.» Es sind also nicht nur Vorengagements eingegangen worden; schon vor mehr als zwei Jahren sind die Kompensationsgeschäfte angelauft, ohne dass wir hier irgend etwas beschlossen hätten. Hier drängt sich die Frage auf, ob solche Bindungen nicht auch zu Fesseln werden. Es sieht fast so aus, als ob das EMD sagen müsste: Die Lösung haben wir, aber sie passt leider nicht zum Problem.

3. Die finanzpolitischen Gründe: Die sozialdemokratische Fraktion will sich nicht am Aufstand der Politiker gegen das eigene Volk beteiligen. Wir sind nicht bereit zu negieren, dass nun einmal weite Kreise nicht imstande und nicht willens sind zu kapieren, dass so viel Geld für so wenige Kampfflugzeuge ausgegeben werden soll. Es sind ja nicht nur die 3,5 Milliarden Franken; es kommen Folgekosten von mindestens 1 Milliarde hinzu; es kommen im Laufe der Jahre Betriebs-, Wartungs- und Unterhaltskosten in der ungefährlichen Höhe des Kaufpreises hinzu; am Schluss bezahlen wir etwa 8 Milliarden Franken für 34 Kampfflugzeuge. Das können Sie der Mehrheit des Volkes nicht klarmachen. Von daher ist der Minderheitsantrag Leidergerber auf Nichteintreten der richtige.

Wir wollen hier überhaupt keinen Kredit beschließen. Unser Volk hat zurzeit andere Sorgen. Wir haben Arbeitslosigkeit, die Neue Armut; es ist die Rede von einer neuen Hypothekarzinsrunde; die Mietzinse haben gigantische Höhen erreicht; Betriebe werden verlagert; es wird redimensioniert; der Inlandstandort für den Werkplatz Schweiz wird ständig neu in Frage gestellt. Da meinen wir, dass hier andere Schwerpunkte – innenpolitisch, aber auch aussenpolitisch – gesetzt werden sollten.

Es wird immer auf Finnland hingewiesen, auf dieses arme und kleine Land. Man weist auf die Bevölkerungsdichte hin: Es habe sogar 64 F/A-18-Flugzeuge bestellt und sei damit fast beispielhaft in Sachen Verantwortung und Verteidigungswillen. Finnland ist, territorial gesehen, achtmal grösser als die Schweiz, hat eine andere Topographie und eine andere Verteidigungsdoktrin. Die Luftwaffe hat dort einen anderen Stellenwert. Aber man muss auch sagen: Das finnische Militärbudget beträgt jährlich knapp 3 Milliarden Franken. Finnland gibt für die Armee viel weniger Geld aus als die Schweiz, und von daher ist dieser Vergleich nicht richtig.

Wir sind also gegen den Kredit. Wir sind für Nichteintreten. Ich möchte mit den Worten von Volker von Törne schliessen, der diese Worte seinerzeit unter dem Titel «Amtliche Mitteilung» publiziert hat: «Die Suppe ist eingebrockt, wir werden nicht verhungern. Das Wasser steht uns am Hals, wir werden nicht dürsten. Wir spielen mit dem Feuer, wir werden nicht frieren – für uns ist gesorgt.»

On. **Camponovo**: Parlerò a nome mio personale e a nome dei tre colleghi Tschopp, Comby e Suter; questo facilita la razionalità del lavoro.

Siamo contrari alla proposta formulata dal Consiglio federale, siamo contrari all'entrata in materia.

Nous voterons contre l'entrée en matière.

Siamo contrari alla moratoria, proposta dall'iniziativa popolare.

Nous sommes contre le moratoire proposé par l'initiative populaire.

Abbiamo inoltrato una proposta che lega la facoltà di pagamento all'eventuale voto referendario, nel caso in cui il Consiglio nazionale dovesse votare l'entrata in materia.

Nous avons présenté une proposition de modification de la proposition du Conseil fédéral, qui lie la faculté de paiement aux éventuels référendums.

Riteniamo il momento politico ed economico particolarmente sfavorevole per l'acquisto proposto. Da un punto di vista politico, il momento ci pare poco opportuno perché sullo scacchiere europeo molto si sta movendo, noi compresi.

L'Europa e la Nato tessono pian piano la rete di un nuovo sistema di difesa collettivo, un concetto che alle soglie del terzo millennio sta superando quello di un'isolata difesa nazionale. In questo volubile contesto crediamo che una difesa del nostro spazio aereo, completamente autarchica, come ancora la concepiamo oggi, non sia più pensabile, non fosse altro perché uno Stato da solo non può tenere il passo con la costosa evoluzione tecnologica in corso. Gli F/A-18 e i sofisticati accessori che dovremo acquistare per permettere loro di volare nel nostro cielo, sono la dimostrazione più tangibile di questa evoluzione. Gli F/A-18 costano parecchio; sono senz'altro degli ottimi velivoli; ma questi 34 gioielli quanta sicurezza autonoma ci danno veramente? Poca, troppo poca, forse nessuna nel mutato contesto geopolitico europeo e mondiale.

E poi, quando parliamo di sicurezza, intendiamo sicurezza contro cosa? Qual è oggi il nostro nemico potenziale? Una volta puntavamo il dito verso est, ed era chiaro per tutti. Oggi non più ce lo chiediamo, partendo dalla definizione che Clausewitz ha dato della guerra e cioè che essa è la continuazione della politica con altri mezzi. Quale politica, di quale Stato, di quale regione potrebbe oggi e in un prossimo futuro sfociare in un'aggressione militare contro di noi? Non che non vi siano rischi. Di rischi ce ne sono e ce ne saranno sempre ed ovunque; pensiamo alle tensioni legate ai risvegliati nazionalismi ad Est o ai fermenti politico-religiosi al Sud. Ma a noi, ciò che interessa è la probabilità che questi rischi si concretizzino e che l'F/A-18 in tal caso ci serva a qualcosa.

La polizza di assicurazione pagata per comperare gli F/A-18 – a nostro modo di vedere – rappresenta una iperassicurazione, costosa e oggi decisamente non prioritaria.

Dicevo che il momento per l'acquisto non ci pare opportuno anche per motivi economici, legati a ragioni di politica interna. Le casse degli enti pubblici sono più che vuote. Un programma di risanamento con dolorosi tagli delle spese ci attende a breve scadenza. Una tassa sulla benzina è nell'aria. Grossi investimenti sono iscritti nella nostra agenda, e se accettiamo lo Spazio economico europeo, dovremo cercare di ammorbidente l'impatto.

Sappiamo anche che in Svizzera vi sono molti nuovi poveri, e la crisi economica accresce ogni giorno il loro numero. Per molti cittadini, l'arrivo del nuovo aereo da combattimento non è capito e non è voluto. Per un Paese che a ragione si vanta non di avere un esercito, ma di essere un esercito, l'intesa con i cittadini – con la maggior parte di loro – è molto, molto importante.

Sono queste le ragioni che ci portano ad assumere la nostra posizione oggi.

Frau **Haering Binder**: Ich kann mir kein Bedrohungsszenario vorstellen – und Sie können es sich auch nicht ausmalen –, das den Kauf von 34 Kampfflugzeugen legitimieren würde.

Die Schweiz – das ist schon bald Allgemeinwissen – ist zum Sicherheitspolitischen Binnenland geworden. Es ist weit und breit kein Feind auszumachen, der uns angreifen würde und der für uns den Einsatz von Kampfflugzeugen notwendig machen würde.

Die Welt hat sich in den letzten Jahren verändert. Wenn Sie

hier drinnen dies auch nicht zur Kenntnis nehmen, die Bevölkerung hat es längst wahrgenommen. Wenn Sie hier drinnen daraus auch keine Konsequenzen ziehen wollen, die Stimm-bürgerinnen und Stimmbürger werden Sie dazu zwingen. So tut es mir gut zu wissen, dass ich hier die Meinung der breiten Bevölkerung vertreten kann.

Der Kauf von 34 Kampfflugzeugen lässt sich weder friedens- noch sicherheitspolitisch begründen, es sei denn, Sie streben eine Integration der Schweiz in ein internationales Militärbündnis an, es sei denn, Sie wollten sich mit unserer Armee im Rahmen internationaler Streitkräfte engagieren. Dann aber haben Sie bitte den Mut und stehen Sie hier offen zu Ihren Strategien!

Was mich im Verlauf der Vorberatung dieses Geschäfts aber je länger, je mehr beschäftigt hat, ist die Art, wie dieses Spiel gegen die Bevölkerung gespielt wird. Lassen Sie mich das Schachspiel als Vergleich beziehen: Da sind die kleinen Bauern; ihre Argumentation ist simpel: Wir sind für die Schweizer Armee, deshalb sind wir für eine schlagkräftige Flugwaffe, also sind wir für den F/A-18. Meine Herren Bischof, Hari, Leu: Mit so lapidaren Dreizeilern haben Sie im Rahmen der Kommission Ihre Zustimmung zum F/A-18 begründet. Ihre einfältige Sichtweise erschreckt mich, und Ihr unkritisches Mitlaufen macht mir Angst. Unter den «Bauern» gibt es aber auch Figuren, die echte Sorgen haben. Ich meine all jene, die sich um ihren Arbeitsplatz im EMD-Bereich sorgen. Sie spüren, dass sie das Bauernopfer sein werden. Herr Bundesrat Villiger, ich denke, hier sollten Sie sich als Schachkönig für die Sicherheit der Leute engagieren: Also nicht, indem Sie den F/A-18 als arbeitsplatzsichernd verkaufen – das ist nichts mehr als ein zynischer Schachzug, um Ihren eigenen Kopf zu retten –, sondern, indem Sie sich für einen produktiven Einsatz dieser Gelder u. a. im Rat, für Rüstungskonversion einsetzen.

Da gibt es die Läufer: Sie laufen für ihre Herren. Herr Oehler z. B., er läuft für die FFA Altenrhein; oder die Herren Bonny, Bührer Gerold, Herr Ständerat Rüesch und andere, sie laufen für weitere Firmen, die auf der geheimen Liste der Kompensationsgeschäfte figurieren. Sie laufen für private Geschäftsinteressen; ich fordere sie auf, hier ihre Interessenbindungen offenzulegen und in den Ausstand zu treten.

In diesem Spiel gibt es auch Springer. Sie springen nach links, sie springen nach rechts, und sie versuchen so, dieses verlorene Spiel doch noch zu retten. Zu diesen Figuren zähle ich die CVP mit ihren vieldeutigen Stellungnahmen und verschiedenen Anträgen. Zu diesen Springerfiguren zähle ich aber auch jene, die versuchen, dieses Geschäft mit möglichst raffinierten Methoden zu killen und Verwirrung in letzter Minute zu schaffen.

Mit diesen Schachzügen erreichen Sie nur eines: Sie zerstören einmal mehr die Glaubwürdigkeit der Argumentation von Politikerinnen und Politikern.

Da gibt es die Türme der Festung Schweiz, die das Leben nur in ordentliche und ausserordentliche Lagen einteilen können, die sich die Welt nurfeldgrau ausmalen können. Ohne die drei Buchstaben EMD verlieren sie jede Perspektive. Herr Bundesrat Villiger, Sie haben es in der Kommission sehr schön gesagt: Es sei für das EMD und für die Luftwaffe psychologisch wichtig, dass der Rat jetzt Flagge bekenne und dem F/A-18 zustimme. Ich wiederhole: Psychologisch wichtig, darum geht es. Es geht um die Psyche der Militärs, nicht um die Interessen dieses Landes.

All diese Figuren spielen ein Spiel, das mit meinen Sicherheitsbedürfnissen und mit den Lebensperspektiven meiner Tochter nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Sie spielen ein Spiel nicht um der Sicherheit dieses Landes und dessen Bevölkerung willen, sie spielen ein Spiel um ihre eigene Macht, und sie spielen es gegen die Bevölkerung. Aber: 500 000 Stimmbe-rechtigte haben die Regeln dieses Spiels geändert.

On. Carobbio: Per la chiarezza e – in questo, ma solo in questo sono d'accordo con il collega Eggy – perché sono convinto che ognuno deve assumere con chiarezza e senza ambiguità le proprie responsabilità, dirò che sono contrario all'acquisto del nuovo aereo da combattimento. Lo sono non per delle motivazioni contingenti, ma per delle ragioni di fondo che

mi portano a differire nella sostanza da tutta l'impostazione che viene data al problema dalla maggioranza e dal Consiglio federale. E sono anche d'accordo – perché credo che sia un diritto – che su questo argomento così importante il popolo possa pronunciarsi, prima che ogni decisione venga presa. Tre sono a mio parere i motivi che giustificano questa mia posizione.

La prima è la contraddizione tra l'analisi che viene fatta un po' da tutti – e in questo senso il relatore di lingua francese, collega Leuba, ne ha dato un esempio classico – secondo la quale la situazione è cambiata, non ci sono più i pericoli che c'erano prima e le conclusioni che si tirano che invece vanno esattamente in senso contrario. Si sostiene che, se è vero che la situazione è cambiata – bisogna comunque sempre essere pronti perché nessuno può dire quale è il futuro. Da qui la tesi secondo la quale la sicurezza e l'indipendenza si garantiscono solo investendo miliardi in aerei o in armi sempre più sofisticate.

La seconda ragione riguarda la constatazione che l'acquisto del nuovo aereo da combattimento in realtà non porta molto alla sicurezza del Paese. Non sono solo a dirlo. Non voglio erigermi a esperto in materia di politica militare, ma mi hanno impressionato le dichiarazioni degli esperti convocati davanti alla commissione che hanno sollevato non pochi dubbi sul progetto di acquisto del F/A-18. Mi impressionano ad esempio le recenti prese di posizione di alcuni rappresentanti della Nato pure molto scettici sulla proposta. Per non perdere tempo, rimando ad un articolo, apparso oggi sulla «Tribune de Genève». Anzi sono dell'opinione che l'acquisto sul nuovo aereo da combattimento si riduce a un'illusione. Quella di far credere che, in caso di ipotetico conflitto armato, 34 aerei, per quanto sofisticati e performanti, rafforzeranno veramente la sicurezza del Paese e dell'esercito. In realtà non sarà così. Una squadriglia di 34 F/A-18, come quella che si vorrebbe comprare, avrebbe un senso solo in un dispositivo militare più ampio, europeo ad esempio. Ma allora bisognava avere la coerenza di porre effettivamente questo problema e di farci discutere sulla questione se oggi la sicurezza della Svizzera non debba andare nel senso di un'integrazione in un quadro europeo. Al massimo 34 aerei di questo tipo, come lo sosteneva un esperto militare a una recente trasmissione televisiva, alla quale ha partecipato anche Lei on. Villiger, potranno svolgere egregiamente solo compiti di polizia aerea. Allora mi si permetta di dire che 3,5 miliardi di franchi, 100 milioni di franchi al pezzo, solo per questo compito sono un prezzo eccessivo.

La terza ragione – e sarò brevissimo – è di carattere finanziario. E' inutile che si venga a sostener che in realtà la spesa è sopportabile. Oggi la gente non riesce a capire – e questo spiega il successo dell'iniziativa – che si possano spendere, in una situazione di crisi e di difficoltà finanziaria, 3,5 miliardi di franchi. In ogni caso non riesce a capire che questa spesa è prioritaria. Monsieur le Conseiller fédéral, je connais vos objections à ces argumentations. Vous me direz que l'achat proposé est conforme à la nouvelle conception d'Armée 95, qui se base sur une défense aux effectifs réduits et plus mobiles. Je ne conteste pas cela, mais je constate une fois de plus que nous sommes appelés à nous prononcer sur un objet important avant d'avoir débattu de la nouvelle conception d'Armée 95.

Quant à la question financière, vous affirmerez que le crédit demandé reste dans le cadre de la planification financière du Département militaire fédéral. Formellement, vous avez raison, politiquement non. En effet, le réel enjeu de la controverse sur l'achat du nouvel avion de combat concerne justement les priorités en matière de politique financière. Une partie toujours plus grande de la population s'interroge sur ces priorités. Elle se pose la question de savoir s'il n'y en a pas d'autres.

Personnellement, avec le groupe socialiste, je réponds que d'autres priorités sont à respecter et c'est pour cette raison que je m'oppose à l'achat de cet avion.

Seiler Hanspeter: Man hat in den Diskussionen der letzten Tage und Wochen in den Kreisen der Beschaffungsgegner sehr oft mit Zahlen argumentiert. Spätestens seit Albert Einstein weiß man aber, dass selbst Zahlen nur relative Größen

sind. Dies trifft meines Erachtens auch hier in hohem Maße zu. So hat man die Ablehnung des Kredites etwa mit dem Argument schmackhaft gemacht, diese Gelder könnten weit besser für andere Zwecke eingesetzt werden. Es ist dabei insbesondere zu berücksichtigen, dass die 3,5 Milliarden Franken eine Investition sind, die man unternehmerisch gerechnet auf mindestens dreissig Jahre verteilen müsste. Vergleiche sind also nur dann machbar und richtig, wenn man sie für gleiche Zeiträume anstellt.

Ein solcher Vergleich: Würde man diesen Betrag z. B. auf die rund eine Million Rentnerinnen und Rentner verteilen, so würde das ziemlich genau einen monatlichen «Zustupf» von 10 Franken auslösen – wohl eher ein Tropfen auf den berühmten heissen Stein.

Betrachtete man diese Investition als eine Form von Versicherung, so käme das einer monatlichen Versicherungsprämie von 1.60 Franken pro Einwohner gleich. Darf ich daran erinnern, dass unser Volk jährlich allein für private Versicherungen rund 27 Milliarden Franken ausgibt und dass dasselbe Volk jährlich etwa 7,5 Milliarden Franken für die Beschaffung von Motorfahrzeugen ausgibt. Würde man diese Summen ebenfalls – ohne Teuerungsraten zu berücksichtigen – für 30 Jahre ausrechnen, wären es dann eben 810 bzw. 225 Milliarden, und so wirken diese 3,5 Milliarden Franken des Beschaffungskredits plötzlich relativ klein.

Dazu ist auch zu bemerken, dass man mit diesem Geld zusätzlich noch – obschon das nicht als Argument für eine Beschaffung gelten kann – Arbeitsplätze erhalten kann. Man hat sich ja vorhin über die Redimensionierung von solchen Plätzen beklagt. Wer also solche Zahlenvergleiche anstellt, muss alle Vergleiche wagen und nicht nur diejenigen, die ihm in den Kram passen. Sonst gaukelt man dem Volk etwas vor, streut ihm Sand in die Augen und vermischt Sachfragen.

Man beruft sich nun vielerorts – auch in vielen Medien – auf die rund 500 000 für die Initiative gesammelten Unterschriften, weist darauf hin, dass damit etwa 11 Prozent der Bevölkerung nein zur Beschaffung des F/A-18 sagen. Ich komme aus einer Region mit rund 41 000 Einwohnern. Man hat dort – ohne mein Wissen und in aller Stille, ohne jeglichen Medienrummel, ohne «Märitstand», ohne Schlagworttaktik – in den letzten 14 Tagen beinahe 4500 Unterschriften für die Beschaffung gesammelt. Sie sind dort auf meinem Pult. Sie stammen von vielen Jungen, von Gewerkschaftern, von Mitgliedern der SP, von Rentnerinnen, von Tourismusleuten, von Hilfsarbeitern und ausschliesslich von Stimmberchtigten. Nach Adam Riese wären das auf unsere Region ausgerechnet etwa 13 Prozent der stimmberchtigten Bevölkerung. Das ist relativ wenig, aber auch relativ viel. Auch diese 4500 Leute aus meiner Region sind Volk; Volk, das man heute fast in jedem Argument herbeizieht.

Dass der zur Beschaffung beantragte F/A-18 ein sehr taugliches Flugzeug sein muss, ist ja längst bestätigt. Es mag zwar billigere Lösungen geben, ja. Wer aber eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellt, wer Faktoren wie Lebensdauer, Reparaturanfälligkeit und Langzeitkosten gewichtet, der lässt sich auf keinen billigen Handel der letzten Stunde ein. Insbesondere nicht aus Verantwortung gegenüber dem Piloten, der auch Anspruch auf eine möglichst grosse Sicherheit hat. Es geht hier priorität nicht um Franken, Millionen oder Milliarden, sondern um eine Grundsatzfrage und um Glaubwürdigkeit.

Frage um Armee und Sicherheitspolitik müssen in grosse Zeiträume hineingestellt werden. Keine Zeit kennt nur Zukunft, jede Zeit kennt auch Geschichte. Die staatspolitische Dimension und sicherheitspolitischer Weitblick gebieten es, zur Modernisierung unserer Armee heute und nicht morgen ja zu sagen.

On. Pini: Il 9 giugno 1964, esattamente 28 anni or sono, in questa sala, alla presenza dell'allora Consigliere federale e capo del DMF Paul Chaudet, si sviluppava un dibattito dai toni drammaticamente emotivi. Erano quelli allacciati al messaggio complementare 64 per l'acquisto del «dannato» Mirage, che fece crollare il consigliere federale Chaudet; allora, l'on. Chaudet disse, fra altro:

«En nous aidant à accomplir un pas décisif, vous aurez pris à

temps un tournant qui nous permettra dès lors de nous maintenir à la hauteur de l'évolution technique et d'en dominer les exigences. C'est là sans nul doute chose possible, à condition de ne jamais se laisser distancer. Le problème du 'Mirage', soggiungeva il compianto on. Chaudet, «est celui de notre adaptation générale au progrès scientifique et à la marche d'un temps qui nous appelle à regarder de façon pressante au-delà de nos habitudes et de nos satisfactions immédiates.» (Al di là delle nostre abitudini e al di là delle nostre immediate soddisfazioni)

Questo tono del 1964 si rifaceva all'attuale «rottame Mirage», mentre appare nel cielo di Berna, terzo per una volta, la figura dell'F/A-18, ritenuta già, oggi quasi un «rottame», da coloro che ritengono, ed è il loro diritto, di opporsi.

Il popolo svizzero è stato chiamato – e cerco di non sbagliarmi come le caserme del Cantone Ticino, on. Maspochi – tre volte a esprimersi su «qualche cosa» che ci tiene molto.

La prima volta gli si è chiesto se voleva impugnare costituzionalmente il diritto referendario in materia di armamento; ha risposto di no.

La seconda volta gli si è chiesto se voleva impugnare il diritto di iniziativa legislativa; ha risposto di no.

La terza volta del 1989, con le stesse forze di promozione democratica che oggi qui «planano» contro gli F/A-18, ha detto sì all'esercito. Io sto chiedendomi, on. signor Consigliere federale, che razza di un esercito questo popolo svizzero vuole? Io, che sono un semplice appuntato, non mi accontenterei solo di una scopa, «scopa bene, scopa male, scopa giovane, scopa vecchia» per difendere me stesso e la mia terra! Io mi chiedo, se vogliamo o dobbiamo ancora richiedere al popolo svizzero che tipo di esercito vuole? Ed io sto chiedendomi: ma chi vi fa dire che stiamo vivendo un momento di sicurezza? Ma chi ve lo fa dire?

On. Camponovo, Lei che è splendidamente così preciso (Lei lo è finora stato per tutta la sua vita!) è venuto a dire: «la sicurezza contro chi?» Ma la sicurezza non è contro nessuno, on. Camponovo, la sicurezza è per qualche cosa, la sicurezza è per noi, per la nostra difesa. L'Europa non ha, oggi, nessuna sicurezza! Pur essendo un europeista, on. signor Camponovo, non credo alla presunta Sua sicurezza. Intanto, proprio perché sono federalista, sono contro l'adesione della Svizzera alla Comunità economica europea, almeno così definisco le mie posizioni, anche nell'ambito del dibattito dell'F/A-18. Mai come oggi il Paese, l'Europa sono in latente pericolo. E' un pericolo quotidiano; un pericolo di incursioni negli spazi aerei e questo Paese, per la forza costituzionale che il nostro popolo ha determinato, deve pur avere una sua sicurezza, che sia compiutamente credibile.

Io voterò, dunque, gli F/A-18 anche per un altro motivo. Onorevoli colleghi! Avete di fronte un galantuomo, questo Consigliere federale! Questo Consigliere federale non merita di essere nemmeno per un attimo sospettato di prevaricazioni illegali, non fosse altro per il rispetto della Costituzione svizzera, che Egli ha sempre difeso e per quanto ci ha pure dimostrato di soffrire lui più di tutti noi. Ma voi pensate che l'on. Villiger sia sfrenatamente contento di «importi» l'acquisto degli F/A-18? Questo uomo, nato nella tecnica delle sue biciclette, nel profumo dei suoi sigari, immaginate se abbia una voglia matta di venire qui a importi gli F/A-18! Questo uomo fa semplicemente il suo dovere! E lo fa benissimo! Questo uomo è un grande Consigliere federale e, soprattutto, un galantuomo! Io ho l'onore di appoggiarlo e ho l'onore, onorevole signor Consigliere federale, di votare per Lei!

Züger: Herr Villiger, ich war in Ihrer «Firma» nur Gefreiter. Das ist wohl ein zu niedriger Grad, um kompetent über Flugzeuge sprechen zu können. Dafür garantiert er noch das Ohr beim Volk, und dort tönt es nicht gut.

Wir sind im Begriffe, massiv Geschirr zu zerschlagen. Wir können nicht leichtfertig die Volksmeinung übergehen, jedenfalls nicht ungestraft. Es darf nicht sein, dass wir uns heute, wo die internationalen Feindbilder fehlen, das eigene Volk zum Gegner machen. Dieses Opfer ist zu gross. Warum, geschätzter Herr Villiger, machen Sie sich nicht zum Abrüstungsminister, wie Ihnen das Ihr deutscher Kollege so gekonnt vorexerziert?

Diese Vorlage ist ja nicht auf Ihrem Mist gewachsen. Warum machen Sie sich zum Prügelknaben der Nation? Ob es uns passt oder nicht: es fehlt, Gott sei Dank, das Bedrohungsszenario für die Beschaffung. Auch die Jugoslawienkrise, die jetzt dauernd als Beweis herangezogen wird, wirkt bei aller Tragik lächerlich. In Jugoslawien herrscht Bürgerkrieg. Was wollen Sie da mit einem High-Tech-Flugzeug? Oder könnten Sie sich den Jugoslawienkrieg auf unsere Verhältnisse umgesetzt vorstellen: dass wir Deutschschweizer mit F/A-18 unsere Romands oder unsere Tessiner angreifen möchten? Das ist doch absolut unvorstellbar. Auch die Begründung, der F/A-18 sei unser Eintrittsgeld für Europa, ist hanebüchen. Dies würde ja die Aufgabe der Neutralität und die Nato-Mitgliedschaft bedeuten. Dafür gibt es in diesem Land keine Mehrheit, und da würde nebst dem F/A-18 auch gleich der EWR-Beitritt und die EG in den Keller gehen.

Ein Blick auf die finanziellen Verhältnisse: Im Ständerat diskutiert man das Sanierungsprogramm, wir Mega-Investitionen bei leerer Kasse. Ich kann doch meiner Frau nicht sagen: Ich muss dir leider das Haushaltungsgeld kürzen, und hintenrum einen Kaufvertrag für einen neuen Mercedes abschliessen. Das versteht niemand, vor allem nicht unser Volk.

Überhaupt kein Verständnis habe ich für Vorauszahlungen. Die Finanzdelegation hat einen ersten Fehler gemacht. Zwingen Sie sie nicht zu einem zweiten. Bodigen Sie diese Sache hier; ich bitte Sie. Darum möchte ich Ihnen, in absteigender Reihenfolge, Nichteintreten, Verschiebung des Geschäfts, keine Vorauszahlungen und vor allem – wenn es dann schon sein muss – Unterstellung unters Referendum beantragen.

Schnider: Ein grosser Teil unseres Schweizervolkes ist gespannt auf die Beschlüsse, welche unser Parlament im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft zu fällen hat und fällen wird. Ueberall werden Diskussionen geführt, die im Bereich Information und Sachlichkeit grosse Mängel aufweisen. Bange Stunden aus der Kriegszeit 1939 bis 1945 scheinen total vergessen zu sein.

Wie gross ist heute die Friedenssicherheit? Diese Antwort wurde uns anlässlich der Kommissionssitzung vom 28. April gegeben, als die beigezogenen Herren Experten die heutigen Weltlage als sehr bedenklich umschrieben. Somit wird für uns eine sichere Zukunft in Frage gestellt. Vor einem Jahr feierten wir überall in unserem Lande mit grossem Stolz 700 Jahre Eidgenossenschaft. Wiederholt wurde auch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, unserem Land und Volk seien jederzeit volle Sicherheit und Schutz zu gewährleisten. Mit der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges wird zumindest den erwähnten Grundgedanken Rechnung getragen.

Es ist klar, dass über die Typenwahl in der Kommission grosse Diskussionen stattgefunden haben, was sicher nur von grossem Vorteil war. Doch ist der Entscheid letzten Endes eindeutig für den Kauf des F/A-18 ausgefallen. Der F/A-18 bringt als modernes Kampfflugzeug gegenüber allen andern Flugzeugen eine ganze Anzahl Vorteile, welche bereits mehrmals erwähnt worden sind.

Wir sind es der ganzen Schweizer Bevölkerung, den Wehrmännern und nicht zuletzt unseren Nachkommen schuldig, den sicherheitspolitischen Schritt zu machen, unserem Lande den notwendigen Schutz und die Sicherheit heute und für die Zukunft zu gewähren.

Deshalb bin ich für Eintreten und bitte Sie, dem Kauf des F/A-18 zuzustimmen.

Frau Fehr: Was bringt mich als Durchschnittsfrau ohne spezielle Interessenbindungen zu Militärkreisen dazu, mich engagiert für das anscheinend äusserst unpopuläre Kampfflugzeug einzusetzen? Ganz einfach: weil ich wiederum als Frau in besonderem Mass ein Bedürfnis nach Sicherheit habe und deshalb überzeugt bin, dass wir auch heute und in Zukunft eine glaubwürdige Armee brauchen.

Ich habe die Kommissionsarbeit sehr positiv erlebt und kann aufgrund meines jetzigen Wissensstandes mit gutem Gewissen der Beschaffung von 34 F/A-18 zustimmen. Im Grunde genommen sind für diesen Entscheid gar keine ausgeklügelten Detailfragen zu stellen. Ich hätte mir die Antwort schon vor den

Kommissionssitzungen geben können, und zwar aufgrund folgender grundsätzlicher Fragen und Feststellungen:

1. Braucht eine Armee eine Luftverteidigung? Diese Frage müsste eigentlich jeder aufmerksame Bürger mit einem Ja beantworten. Jede kriegstaugliche Armee-Konzeption kommt ohne entsprechende Luftverteidigung nicht aus.

2. Braucht die Schweiz eine Armee respektive eine Luftverteidigung? Diese Frage hat das Volk zwar bereits beantwortet, aber man kann sie sich trotzdem nochmals stellen. Drei Möglichkeiten ergeben sich für mich:

a. Wenn wir unsere jetzige neutrale Schweiz erhalten wollen und einberechnen, dass ein Restrisiko an Gefahr immer vorhanden sein wird, müssen wir uns zu einer glaubwürdigen Armee bekennen. Dazu gehört die Erneuerung der Luftflotte wie das Amen zur Kirche.

b. Wenn wir pokern und den schlechtesten Fall als völlig unwahrscheinlich annehmen wollen – eine Armee ist zwar immer für den schlechtesten Fall –, dann bauen wir nach dem Muster der GSoA sukzessive ab: Ja zur Waffenplatz-Initiative, Ja zur F/A-18-Initiative, Ja zur SP-Initiative über den schrittweisen Abbau der Militärausgaben. Dann zur Jahrhundertwende der Todessoss mit einer erneuten GSoA-Armee-Abschaffungs-Initiative.

Ich bin keine Spielnatur, die Sache ist mir zu ernst. Es geht schliesslich um unser Volk, und was Krieg anrichten kann, erleben wir tagtäglich in Jugoslawien!

c. Auch im Falle eines Anschlusses an ein europäisches Verteidigungssystem als Folge eines EG-Beitrittes kommen wir nicht darum herum, die Kosten für Flugzeugbeschaffungen zu berappen. Es ist eine Narretei zu glauben, wir könnten uns dann aus der Verantwortung stehlen und kriegerische Auseinandersetzungen eventuell anderen überlassen.

Ich stehe für eine eigenständige und neutrale Schweiz ein und sage deshalb ja zu einer zeitgemässen Flugwaffe.

Noch ein Wort zur Volksinitiative. Es erstaunt mich nicht sonderlich, dass nach wochenlangen einseitigen Schlagworten, nach Desinformationen aus der Ecke derjenigen, welche die Armee abschaffen wollen, mit Hilfe gewisser Medien die Unterschriftenzahl so schnell erreicht worden ist. Wie will sich das Volk ein Urteil bilden, wenn es einseitig und nicht umfassend informiert wurde? Die Initianten müssen sich sogar den Vorwurf gefallen lassen, das Volk angelogen zu haben, weil die Initiative aus diversen Gründen nicht rechtsgültig ist – eine Feststellung, die Herr Gross Andreas bereits am Fernsehen selber gemacht hat.

Wenn das Parlament hier klar den Rechtsweg zugunsten des politischen Weges verlässt, so begibt es sich auf gefährliches Glatteis. Ich klage die linke Ratsseite in diesem Zusammenhang nicht an, denn hier war die Denkweise schon lange klar. Was mir zu denken gibt, sind die unrühmlichen Winkelzüge sogenannter bürgerlicher Ratskreise, die durch ihr Lavieren nach links und rechts – Frau Haering Binder hat das schon erwähnt – unser Parlament noch unglaublicher erscheinen lassen.

Das Volk hat uns den Auftrag gegeben, über Rüstungsvorhaben zu entscheiden. Wenn es mit unserer Haltung nicht zufrieden ist, kann es uns das nächste Mal abwählen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe ich Mitverantwortung zu tragen und den heute unpopulären Entscheid für die F/A-18-Beschaffung zu fällen. Ich tue das nach bestem Wissen und Gewissen.

Ich bin für Eintreten und Zustimmung zu diesen Flugzeugen.

Moser: Wie Sie schon gehört haben, sagt die Auto-Partei ja zur Armee; sie sagt aber auch klar nein zu einer bewaffneten Feuerwehr. Es ist deshalb ohne Zweifel unser Anliegen, eine Armee mit einer modernen Luftwaffe zu haben. Es ist bereits viel Richtiges und Wichtiges von Experten wie auch von Pseudoxperten gesagt worden. Es erübrigts sich deshalb, auf die technischen Elemente dieses Flugzeugtyps einzutreten. Ich bin auch kein Experte für Flugzeuge und verlasse mich daher auf einige mir logisch erscheinende Überlegungen zum umstrittenen Kauf dieses Flugzeuges.

1. Trotz der guten Piloten unserer Luftwaffe könnte diese wegen der Unterlegenheit des Materials ihren Auftrag im Ernstfall nicht erfüllen. Nigel Mansell würde mit dem Oldtimer «Silber-

pfeil» trotz seiner grossen Fahrkünste auch kein Rennen mehr gewinnen.

2. Die Verteidigungskraft einer Armee ist heute klar von der Luftwaffe abhängig. Ohne leistungsfähige Luftwaffe brauchen wir uns um die «Armee 95» nicht mehr zu kümmern, denn sie würde im Kriegsfalle von der ersten Stunde an zusammengeschossen. Ohne vorübergehende Luftüberlegenheit bewegt sich kein Panzer und schiesst keine Artillerie lange. Es macht also wenig Sinn, am Boden eine Armee bereitzustellen, welche für Flugzeuge Kanonen- und Raketenfutter bildet. Oder erinnert sich vielleicht im Saal jemand nicht mehr an den Golfkrieg?

3. Die Luftwaffe kann nicht erst dann wieder eilends aufgebaut werden, wenn wir sie brauchen. Diesen lächerlichen Vorschlag hat uns der ehemalige General und der Sozialist Opel am Fernsehen gemacht, als er erklärte, wenn wir im Jahre 2010 Flugzeuge bräuchten, hätten wir beim jetzigen Verzicht die Möglichkeit, dann den neuesten Typ zu beschaffen. Eine solche Logik ist völlig absurd, denn dieses Argument liesse sich beliebig oft und bei jeder anstehenden Neubeschaffung wiederholen, und wir hätten noch in x Jahren kein einziges Flugzeug gekauft.

4. Der «Guru» Opel meinte noch, die Luftraumverteidigung liesse sich billiger und besser mit Raketen bewerkstelligen. Beides ist falsch, weil wir die ganze Schweiz flächendeckend mit Raketenstellungen belegen müssten und wegen der Topographie immer noch ungedeckte Räume hätten. Zudem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass leider bei modernen Kampfflugzeugen keine Sparpotentiale gefunden werden. High-Tech hat ihren Preis.

5. Wer meint, nach der Abschmetterung des F/A-18-Kaufes würden noch ein Flugzeug oder andere Rüstungsgüter beschafft, damit unserer Armee ihre gegenwärtige Substanz erhalten bleibt, schätzt die GSoA falsch ein. Sie wird jedes weitere Rüstungsprojekt zu Fall bringen, weil es für sie nie ein vertretbares Rüstungsprojekt gibt. Im Hintergrund dieser Flugzeugbeschaffungs-Initiative steht ohne Zweifel die Abschaffung der Armee durch die Hintertür.

Lassen Sie mich abschliessend zur GSoA noch folgendes sagen: Sie hat zusammen mit unserem Staatsfernsehen und -radio sowie der linken Presse meisterhafte Desinformationspolitik und Agitationsarbeit geleistet und so mit einem schlauen Manöver in kurzer Zeit Beachtliches erreicht. Ihr Erfolg ist aber auch die Frucht der Oberflächlichkeit und Orientierungslosigkeit des Bürgertums und vieler seiner politischen Vertreter. Sie werden einmal mehr die Verlierer sein, ohne dass sie es merken. Die Luftwaffe ist wie ein einzelnes Glied in der Kette unserer Armee. Wenn wir dieses Glied herausbrechen, steht das Ende der Armee nahe. Ein klares Ja zur Fliegerbeschaffung müsste man von jedem Armeefürworter erwarten dürfen.

Kriechen Sie der GSoA nicht auf den Leim. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Bezzola: Auch ich komme heute nicht darum herum, klar und überzeugter denn je ja zu sagen zu unserer Armee und damit zu einer zeitgemässen und modernen Luftwaffe. Kein Mensch in diesem Saal kann voraussehen, wie sich die Bedrohungslage während der nächsten 10, 20 oder 30 Jahre entwickelt. Trotzdem ist man in weiten Kreisen der Meinung, man müsse sich dem Zeitgeist verpflichten und unsere überaltete Flugwaffe nicht erneuern.

Ich bitte Sie deshalb, auf das Rüstungsprogramm 1992 einzutreten und der Beschaffung der 34 F/A-18 zuzustimmen.

Wäre ohne eine moderne Flugwaffe die Sicherheit von Land und Volk langfristig noch gewährleistet? Das ist doch die entscheidende Frage.

Als Kommandant eines Truppenverbandes, der seinen Dienst vorwiegend im Alpen- und Voralpengebiet leistet – unser Land besteht ja bekanntlich zu über 50 Prozent aus Voralpen und Alpen –, bin ich über die Entwicklung im Zusammenhang mit der Erneuerung der Luftwaffe sehr besorgt. Der Einsatzraum im Voralpen- und Alpengebiet weist durch die Reduktion der Bestände gemäss Armeeleitbild 95 viele Lücken auf. Nur mit

einer modernen Flugwaffe, die Tag und Nacht und bei jeder Witterung einsatzbereit ist, können diese Räume überwacht werden. Durch die Reduktion der Bestände wird für die verbleibende Truppe die Beweglichkeit von entscheidender Bedeutung sein. Unser Radarsystem Florida ist vor allem für mittlere und grössere Höhen geeignet und kann leicht gestört werden. Diese Bereiche – Täler und Geländekammern – können vom Radar nicht eingesehen werden. Der Radar des F/A-18 könnte diese Systemschwächen kompensieren. Ein Luftschild ist nötig, denn die zahlreichen tauglichen festen Anlagen in unserem Land, die auch in Zukunft eine entscheidende Bedeutung für unsere Verteidigung und für die Sicherheit des Landes haben, dürfen der gegnerischen Luftwaffe nicht schutzlos ausgesetzt werden.

Die Bedeutung der Alpentransversalen in unserem Raum ist uns allen bekannt. Anschläge auf diese Verkehrsachsen könnten unser Land, aber auch ganz Europa empfindlich treffen. Anschläge sind via Luftraum möglich, ohne dass ein Gegner unser Land überhaupt betritt. Die Alpentransversalen und andere Objekte von nationaler und internationaler Bedeutung im Alpenraum können nur mit einem entsprechenden Luftschild gesichert werden. Ohne diesen Schutz sind wir – und wenn Sie so wollen: der Europäische Wirtschaftsraum und die Europäische Gemeinschaft – leicht erpressbar.

Das Offthalten von Verkehrswegen und die Hilfe an die Zivilbevölkerung gehören in Zukunft weiterhin zu den Hauptaufgaben unserer Truppen. Wir wollen und müssen unsere Aufträge auch bei einem Konflikt – schliesslich müssen wir uns auf einen Ernstfall vorbereiten – nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen. Das ist nur mit einem tauglichen, zeitgemässen Luftschild möglich.

Ist die heutige Bedrohungslage entscheidend? Auch wenn die unmittelbare Bedrohung im Moment minim ist, wissen wir alle – das müssen wir uns vor Augen halten –, dass die Lage in Europa noch nie so unstabil war wie heute. Ein Risiko besteht also nach wie vor, und wir dürfen die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung auf keinen Fall nur aus finanziellen Gründen aufs Spiel setzen. Ich bin deshalb überzeugt, dass ein finanzielles Opfer auf jeden Fall einem Sicherheitsrisiko vorgezogen werden muss.

Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.

Blatter: Ich verstehe das Unbehagen in breiten Kreisen des Volkes zu diesem Geschäft. Auch ich hatte Mühe, mich entscheiden zu müssen. Als ehemaliger Wachtmeister und Bergführer der Gebirgstruppen habe ich keine speziellen Interessenbindungen zu unserer Armee. Ich bin sehr wohl in der Lage, unsere Landesverteidigung kritisch zu beurteilen und den Sinn und Zweck unseres Milizsystems sowie die Notwendigkeit einer eigenen Armee zu hinterfragen. Darum bin ich zur Ueberzeugung gekommen, dass die Anschaffung der 34 F/A-18 notwendig und richtig ist.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung: Es ist ein Trugschluss, eine Illusion, wenn man heute glaubt, die Menschheit könne in Zukunft weltweit ohne militärische Konflikte in Frieden zusammenleben. Es ist leider ein schönes Wunschenken anzunehmen, dass heute kein Krieg mehr möglich sei. Die Weltgeschichte beweist uns sehr eindrücklich: Der Stärkere setzt sich immer durch, wenn man ihn lässt! Daher bin ich überzeugt, dass wir auch in Zukunft nicht auf eine eigene Armee verzichten können. Das Schweizer Volk hat dies bis heute ebenfalls klar bestätigt.

Wenn wir von diesem Grundsatz überzeugt sind, dann geht es heute darum, unsere Armee so auszurüsten, dass sie ihre Aufgabe erfüllen kann. Alle europäischen Staaten haben ihre Luftwaffen erneuert, siehe jüngstes Beispiel Finnland. Der F/A-18 ist militärtauglich und europäkompatibel, das heisst: Von der Logistik, der EDV-mässigen Ueberwachung und Führung der Einsätze her gesehen sowie aus der Sicht der europäischen Luftüberwachung kann er mit unseren europäischen Nachbarstaaten zusammenarbeiten. Der F/A-18 bringt in Europa eine bedeutende Ergänzung zu den Luft- und Bodentruppen und leistet im europäischen Sicherheitssystem einen wichtigen und sehr sinnvollen Beitrag.

Ein Krieg ist etwas vom Brutalsten, das es gibt. Nur derjenige überlebt, der am Boden und in der Luft über schlagkräftige Waffen verfügt, siehe das Beispiel Israel. Ohne Luftwaffe ist die Verteidigung eines Territoriums eine Illusion, siehe das Beispiel Golfkrieg. Ohne modernste Waffen ist jeder Verteidiger sofort im Nachteil und in kurzer Zeit verloren. Ich bin nicht bereit, meine drei Söhne wegen alten Waffen als Kanonenfutter zu opfern.

Ich appelliere an Sie als Parlamentarier. Gemäss Verfassung trägt in Friedenszeiten das eidgenössische Parlament, also der National- und Ständerat, die Verantwortung für unsere Armee. Wir sind nicht nur zuständig für die Anschaffung von Waffen, sondern wir tragen die Verantwortung für den Schutz unseres Landes und seiner gesamten Bevölkerung. Diese Verantwortung, wenn man sie ernst nimmt, drückt schwer und ist nicht leicht zu erfüllen. Ich habe mich klar entschieden, dass für die Verteidigung unseres Landes die Anschaffung einer modernen Flugwaffe zwingend notwendig ist. Ich trage diese Verantwortung und stehe klar zu meiner Ueberzeugung.

Das Volk hat uns Parlamentarier nach Bern geschickt, um eben diese Verantwortung zu tragen. Ich liebe mein Land, glaube an die Richtigkeit unseres Staatssystems und bin auch bereit, dafür zu bezahlen. Ich bin ebenfalls bereit, es im Notfall zu verteidigen:

Entweder schafft man die Armee ab – das hat das Schweizervolk bisher klar abgelehnt –, oder man ist dafür besorgt, über eine schlagkräftige Armee zu verfügen. Diesbezüglich verträgt es keine Halbheiten.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschluss für die Beschaffung von 34 F/A-18 Hornet zuzustimmen.

Die Schweiz ist ein souveräner Staat. Es lohnt sich, heute und auch in Zukunft zu diesem Land und seinen Leuten Sorge zu tragen und es, wenn es die Not erfordert, zu verteidigen.

Weder Hansjürg: Es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn jährlich weltweit 2500 Milliarden Dollars für Rüstung ausgegeben werden, zugleich aber Millionen von Menschen an Hunger sterben. Die Welt ist heute bis an die Zähne gerüstet, und für jeden Menschen liegen umgerechnet mehrere Tonnen Sprengstoff bereit – das kann tödlich enden.

Mehr Rüstung bedeutet nicht mehr Sicherheit. Wenn der Teufelskreis der ewigen Rüsterei nicht durchbrochen wird, gibt es bald nichts mehr zu retten. Einer muss anfangen aufzuhören, sonst hört der Rüstungswahn nie auf. Rüstungsstopp ist Voraussetzung für Abrüstung. Die Umkehr beginnt im Innehalten auf dem falschen Weg.

Die Schweiz hat zurzeit weit und breit keinen militärischen Feind. Trotzdem ist die Schweiz vielfach bedroht, ich nenne Beispiele: Umweltzerstörung, Ozonlöcher, Treibhauseffekt, Luftvergiftung, Wasser- und Bodenverseuchung, Ausrottung der Tier- und Pflanzenwelt, Genmanipulation, Neue Armut, Flüchtlingsströme, Atom- und Chemiekatastrophen; «Tschernobyl» und «Schweizerhalle» lassen grüssen.

Auf welch wackeligen Füßen heute die Landesverteidigung steht, geht aus dem hervor – ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundesrat Villiger, wenn Sie dazu Stellung nähmen –, was die britischen Militärs gemacht haben. Sie haben nämlich Chemieanlagen und Atomkraftwerke offiziell in die Zielplanung für konventionelle Waffen aufgenommen. Der britische General Walker sagte dazu: «Tschernobyl» hat demonstriert, dass man den grossen Hammer in Form einer Nuklearwaffe nicht mehr braucht. Er ist bereits da. Es bedarf nur noch des Zünders.» Die hohe Verwundbarkeit von Atomkraftwerken und Industrieanlagen machen unser mit solchen Anlagen übersätes Land ohnehin verteidigungsunfähig.

Wir Menschen können erstmals in unserer Geschichte alles vernichten, was in vier Milliarden Jahren gewachsen ist. Der chemische und atomare Holocaust würde jedoch nicht nur die heute lebenden 6 Milliarden Menschen vernichten, er wäre auch der Tod der Vergangenheit und der Tod der Zukunft. Die sprach- und rechtlosen Ungeborenen, die nächsten Generationen, stehen natürlich nicht auf der Rechnung der Militärs. Sie würden aber auf dem Schuldskonto der Politiker der entscheidende Faktor sein, dies millionenfach.

Erde und Menschheit gibt es nur einmal. Es ist Menschen nicht erlaubt, mit der Schöpfung zu spielen. Wenn wir dieses Spiel verlieren, erhalten wir keine neue Chance. Daher müssen wir das Ende der Schöpfung als reale Gefahr erkennen. Daher gilt für uns nicht mehr wie zu Clausewitz' Zeiten: «Wer den Frieden will, muss den Krieg vorbereiten.» Jetzt darf es für uns nur noch heißen: Wer den Frieden will, muss Frieden vorbereiten.

Ich warne eindringlich vor Politikern, die nur von Frieden reden, aber ständig Kriegsvorbereitungen treffen. Sie werden niemals Frieden schaffen können. Wir dürfen ihnen kein Gehör schenken. Die Schweiz braucht keine hochgerüstete Militärmacht, sie braucht Engagement, auch finanzielles, für die Rettung der Lebensgrundlagen und für die Solidarität mit den Aermsten dieser Welt. Damit leistet sie mehr für den Frieden und die Sicherheit als mit sündhaft teuren Flugzeugen. Was wir brauchen, ist eine Vision vom Frieden – eine Friedensforschung, Friedensstrategien und Massnahmen zur Erhaltung des Friedens schlechthin.

Nachdem uns die Macher von Politik und Militär an den Abgrund geführt haben, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als vielstimmig zum gemeinsamen Rückzug zu blasen und abzurüsten. Nur so können wir die Gnadenfrist nutzen, die uns noch gegeben ist.

Ich bitte Sie, dem Nichteintretensantrag zuzustimmen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 11. Juni 1992, Vormittag
Jeudi 11 juin 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

91.080

Rüstungsprogramm 1992 Programme d'armement 1992

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 889 hiervor – Voir page 889 ci-devant

Präsident: Es sind für die Eintretensdebatte noch 70 Einzelpersonen gemeldet. Nach unseren Berechnungen würde die gesamte Beratung des Rüstungsprogrammes noch neun bis zehn Stunden beanspruchen. Das Ziel ist aber, dass wir das Rüstungsprogramm diese Woche noch verabschieden können. Für nächste Woche haben wir andere wichtige Geschäfte vorgesehen, die wir ebenfalls gründlich beraten wollen. Meine Vorschläge sind deshalb die folgenden:

1. Wir führen die Detailberatung über das Rüstungsgeschäft in der Kategorie III durch.
2. Wir beginnen morgen die Sitzung um 07.00 Uhr.
3. Ich bin sehr froh, wenn sich Votanten, die schon auf der Liste stehen, jetzt noch zurückziehen. Wir sind froh um jedes Votum, das nicht gehalten wird. Ich meine, es würde genügen, dass pro Fraktion noch ein bis zwei Redner sprechen. Die Meinungen sind ja wohl schon gemacht.

Sie sind mit der Detailberatung in Kategorie III einverstanden. Den Sitzungsbeginn morgen um 07.00 Uhr verfüge ich kraft meiner Autorität.

Der dritte Punkt, dass nicht alle Redner sprechen, die sich zum Wort gemeldet haben, ist ein frommer Wunsch. Aber bekanntlich gehen auch Wünsche in Erfüllung.

M. Schmied Walter: Le présent débat devrait être dépassionné et se limiter à la seule question péremptoire, à savoir: les 130 Hunter vieux d'une trentaine d'années et, à brève échéance, bons pour la ferraille doivent-ils être remplacés par d'autres avions afin d'assurer une couverture aérienne performante de notre pays? Ne pas vouloir répondre à la question, c'est refuser objectivement que, sans couverture aérienne, la meilleure armée de terre n'a plus sa raison d'être. Vu sous cette optique, nous relèverons la franchise de M. Gross Andreas et de son Groupe pour une Suisse sans armée lorsqu'ils avouent leur intention et reconnaissent qu'en définitive leur initiative n'est qu'un premier pas en vue du démantèlement total et définitif de notre armée. Ceux qui, par contre, souscrivent au statut de neutralité et d'indépendance de la Suisse, conformément au serment prêté, mais qui n'ont pas le courage de s'engager en faveur de l'achat momentanément impopulaire de ces 34 appareils et tentent de se tirer d'affaire par des stratagèmes politiques ou électoralistes se privent eux-mêmes de toute crédibilité.

Certes, l'initiative déposée est à prendre au sérieux comme toute autre initiative d'ailleurs, mais elle n'impressionne pas outre mesure. Grâce à elle, et pour autant qu'elle soit déclarée recevable, le peuple aura à se prononcer en dernier lieu. Ce fait, à lui seul, doit libérer notre Parlement de toute pression ou

contrainte, et le vote qui clôt nos délibérations devra refléter la conviction intime de chacune et de chacun d'entre nous qui sommes exhaustivement en possession du dossier.

Une fois de plus, je suis convaincu que l'enjeu de notre neutralité et de notre indépendance doit passer avant l'intérêt électoraliste des partis. C'est pourquoi je tiens à dénoncer publiquement le coup de Jarnac de M. Bodenmann, qui s'en est pris à la personne de M. Villiger, conseiller fédéral, à grand renfort de tapage médiatique, pour annoncer le dépôt d'une plainte dirigée contre le responsable du Département militaire, ceci quelques jours seulement avant le «hearing» organisé par la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, dans le seul but, non avoué bien évidemment, de neutraliser le conseiller fédéral et ses experts lors de la discussion et de les livrer ainsi à la merci d'un «SPD-Abgeordneter Manfred Opel» – un Abgeordneter dénommé Opel – venu d'Allemagne et qui a fait preuve le soir même d'une arrogance et d'une suffisance sans pareilles lors de la confrontation organisée à l'émission «10 vor 10».

Il est indubitablement établi que le prix unitaire du F/A-18 est le plus bas, après le F-16, de tous les chasseurs intercepteurs disponibles sur le marché occidental. Même le coup d'éclat de dernière minute orchestré par le président de la Commission de la politique de sécurité n'y changera rien, lorsqu'il tente de rendre plausible l'acquisition de 34 Mirage d'occasion pour le prix de 1,5 milliard. En admettant une durée de vie restante de 10 ans pour de tels appareils, l'investissement annuel équivaudrait à 150 millions, alors que l'investissement annuel du F/A-18 réparti sur 30 ans ne revient, en réalité, qu'à 120 millions. Il est difficilement admissible que M. Hubacher ait réellement été trompé par une mathématique aussi élémentaire et qu'il lui ait échappé que l'investissement dans ces Mirage d'occasion nous coûterait en réalité 25 pour cent plus cher. De surcroît, alors que le Mirage ne peut combattre qu'un seul adversaire à la fois, le F/A-18, grâce à sa suprématie, peut être confronté simultanément à six objectifs, d'où la possibilité de limiter à 34 le nombre d'unités à acquérir. Monsieur le conseiller fédéral s'exprimera certainement sur la question.

Chacun est donc légitimé à se demander si l'intention du président de la Commission de la politique de sécurité n'est pas d'oeuvrer au démantèlement progressif de notre armée de défense aérienne. Si tel devait être le cas, le président serait alors bien inspiré, au nom de l'éthique et de la clarté, de remettre son mandat présidentiel et de rentrer dans les rangs de la commission.

En résumé, le dossier qui nous est soumis est complet et transparent. Je vous engage à entrer en matière et à souscrire aujourd'hui à l'arrêté portant sur l'acquisition de 34 nouveaux avions de combat.

Oehler: Wegen der gewaltigen Veränderungen in der Weltpolitik und all dessen, was sich in den vergangenen Jahren in Europa und weltweit verändert hat, gehörte ich anfangs zu jenen Mitgliedern des Parlamentes, die grosse Vorbehalte gegenüber der Beschaffung des F/A-18 hatten. Ich ging davon aus, dass in der Lagebeurteilung auch diese Entwicklung zu berücksichtigen sei. Ich bin dann aber zum Schluss gekommen, dass es trotz dieser Veränderungen, trotz der sich entspannenden Lage, Momente gibt, die es notwendig machen, dass wir unserer Armee die Mittel für die Erfüllung ihres Auftrages geben; andernfalls haben wir Schlussfolgerungen zu ziehen, die offenbar einige Damen und Herren in diesem Rat ziehen wollen, nämlich eine indirekte Abschaffung der Armee unter dem Titel der Flugzeugbeschaffung.

Ich bin in dieser Lagebeurteilung zum Schluss gekommen, dass bis vor kurzem die Beurteilung der Flugzeugbeschaffung gemäss bisherigem und bekanntem Strickmuster vollzogen wurde, dass nämlich nur gerade die technischen und militärpolitischen Aspekte berücksichtigt wurden, nicht aber die politischen Bedingungen und Veränderungen in unserem Land. Erst als diese auch berücksichtigt wurden, ist man zu den Schlussfolgerungen gekommen, die wir heute hier zu beurteilen haben. Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Entscheides des Ständerates, der die Vorlage in der Ihnen bekannten Art und Weise durchgezogen hat.

Der von uns gesuchte und Ihnen von Herrn Hess Peter vorgeschlagene Vorgehensweg ist unseres Erachtens keine Maximal-, sondern aus sicherheitspolitischer Sicht eine Minimallösung. Aber nur gerade eine derartige Lösung wird Bestand sowohl vor diesem Rat als auch vor dem Volk haben, zumal ja aus bekannten Gründen Vorauszahlungen in der Höhe von 500 bis 800 Millionen Franken keinen Bestand hätten und keine Zustimmung finden würden, nicht einmal mehr in diesem Saal.

Wir dürfen nicht verkennen, dass der Beschaffungsscheid – wie wir ihn hoffentlich morgen oder spätestens am Montag fällen werden – nicht nur unter militär- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten beurteilt werden darf, sondern dass auch wirtschaftspolitische Aspekte mitzuberücksichtigen sind. Wer das verneint, betreibt angesichts der milliarden schweren Beträge meines Erachtens eine heuchlerische Politik oder hat nicht den Mut, auch die wirtschaftspolitischen Aspekte offen in seinen Entscheid einzubauen. Es kann nicht darum gehen, dass wir vor dem Hintergrund der Flugzeugbeschaffung darniederliegende Unternehmen am Leben erhalten, vor dem Konkurs bewahren oder Strukturerhaltungspolitik betreiben. Hierzu dürfen wir weder die Armee noch die Staatsausgaben missbrauchen.

Die Erfahrungen aber, die wir im Zusammenhang mit der Beschaffung des Tiger, des englischen Hawk wie auch des Leopard 2 gemacht haben, sind sehr gut; sie sind so gut, weil die Zusammenarbeit zwischen den Lieferanten, dem EMD und den einheimischen Industrie- und Gewerbeunternehmen zur Zufriedenheit aller Beteiligten ausfiel.

Diesen Aspekt verkennen wir heute grösstenteils. Der Antrag der CVP-Fraktion übersieht gezwungenermassen die Möglichkeiten, welche die Freigabe von Investitionsbeiträgen an unsere Industrie für unsere Wirtschaft, Arbeitgeber und natürlich auch Arbeitnehmer, offerieren würde. Wenn wir ihm zustimmen, machen wir es unserer Industrie bis auf weiteres schwer bis unmöglich, sich an Kompensationsgeschäften für die nächste Serie von F/A-18 für die amerikanische Navy zu beteiligen, sich die Vorteile der Grossbestellung von Finnland und anderen Staaten zunutze zu machen oder an Kompensationsgeschäften für industriearme, dafür aber um so finanziertigere Staaten teilzuhaben.

Ich glaube, dass wir diesen Aspekt zu berücksichtigen und die Verantwortung zu übernehmen haben, wenn wir uns für oder gegen die Beschaffung entscheiden. In erster Linie muss für unsere Entscheidfindung der sicherheitspolitische Aspekt berücksichtigt werden. Die Aufträge indessen, die unserer Industrie aus unserer wie auch aus anderen Beschaffungen anfallen, dürfen und sollen wir nicht unberücksichtigt lassen.

Die Zustimmung zum Entwurf, wie er von der CVP-Fraktion vorgeschlagen ist, ist heute unter diesen Aspekten trotz allem die einzige Lösung, wenn wir in diesem Rat eine Mehrheit finden wollen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, unserem Vorschlag zuzustimmen.

On. Cavadini Adriano: Il deputato è oggi confrontato con decisioni difficili e delicate perché i problemi sui quali dobbiamo decidere, diventano sempre più complessi e di portata più vasta. L'F/A-18 e l'Europa ne sono due esempi significativi.

Il nostro compito non è facilitato dai massmedia, i quali – facendo leva sull'emozione della popolazione – cercano già di influenzarla ancor prima che si svolga il dibattito parlamentare, perché i massmedia hanno già preso posizione, nel caso degli F/A-18 contro, nel caso dell'Europa ad esempio a favore.

Ora, io penso che invece il Governo e il Parlamento devono decidere dopo un esame razionale e approfondito della situazione e dopo aver ponderato gli aspetti positivi e negativi delle diverse possibilità. In vista dell'interesse generale che non può essere solo un interesse a breve scadenza, ma che deve anche guardare più lontano e non può essere influenzato soltanto da sondaggi più o meno scientifici e rappresentativi. In questi mesi ho cercato di fare questo esame, e sono giunto alla conclusione di dire di sì a questo acquisto – per tre ragioni principali.

Il primo motivo nasce dalla mia convinzione che un Paese che vuole essere libero e indipendente ha bisogno di un esercito di difesa. Se quindi diciamo di sì all'esercito, mi sembra evidente che tale decisione e scelta hanno un senso se l'esercito sarà un esercito efficiente, perché in caso contrario, meglio sarebbe rinunciare a questo esercito.

Però un esercito efficiente significa un esercito con attrezzature efficaci e moderne e in grado anche di tutelare il nostro spazio aereo. Soluzioni diverse sul grado di efficienza e di armamento dell'esercito non sarebbero compatibili con la prima scelta di voler tuttora mantenere un esercito.

Il secondo punto si riferisce alla spesa assai elevata, e qui ci si può chiedere, se questo investimento domanda alla Confederazione uno sforzo finanziario supplementare che va al di là dei mezzi messi alla disposizione normalmente dal Dipartimento militare. E la risposta a questa domanda è no; la Confederazione non deve fare uno sforzo supplementare: anche la spesa per l'aereo suddivisa su più anni rientra nei mezzi che vengono dati al Dipartimento militare.

Il terzo elemento è prevalentemente politico. Occorre chiedersi se la campagna contro l'acquisto di questo aereo non persegue altri fini. A mio parere, l'emozione della popolazione, che è comprensibile in questo caso, è utilizzata da molti oppositori per rimettere ancora in discussione la decisione popolare del 1989 e soprattutto per indebolire il fronte delle persone che sono favorevoli all'esercito, sicuramente in vista del lancio di una prossima iniziativa per tentare nuovamente di abolire l'esercito. E' uno scopo e un motivo che non mi possono trovare d'accordo.

Da qui la mia scelta che non è stata facile, ma ponderata di sostenere questo acquisto. Ci sarà in ogni caso una votazione popolare; sarà poi il popolo a decidere definitivamente se confermare la scelta del Parlamento – e mi auguro che lo farà, tenendo conto di tutti gli elementi favorevoli e contrari che militano in favore di questa scelta.

Concludo con una domanda all'on. Villiger. Un esercito efficiente vuol dire un esercito con attrezzature moderne. Le spese sono elevate. A mio parere, nel Dipartimento militare ci sono spese amministrative e burocratiche ancora molto alte; ad esempio ci sono 15 000 dei 35 000 dipendenti della Confederazione che lavorano al militare. Non è pensabile nei prossimi cinque, sei anni uno sforzo supplementare di contenimento delle spese amministrative di questo Dipartimento, ben al di là di quanto già annunciato recentemente?

M. Aguet: Laissons parler les experts. Avec 300 mégatonnes d'équivalent TNT réparties sur un millier de villes, il est possible de détruire toute l'humanité – ces chiffres sont connus – et ces 300 mégatonnes représentent déjà 60 kilos d'explosif par personne. On ne lésine pas sur la marchandise, on a besoin d'assurances. Or, les arsenaux du monde renferment 15 000 mégatonnes, il est donc possible de détruire cinquante fois l'humanité. Nous disposons donc de 14 700 mégatonnes de trop et elles n'ont pas été bon marché.

Toute décision qui s'inscrit dans la logique des batailles du passé, tout achat de fusils, de tanks ou d'avions les plus sophistiqués ne feront qu'ajouter aux risques de suicide collectif, celui qui est planifié depuis la fin de la dernière guerre mondiale. Ne pas sortir de cette logique, c'est accepter d'être suicidé par omission, écrit Albert Jacquard. La paix n'est pas seulement l'état de pays qui ne sont pas en guerre – comme l'écrit si bêtement le Larousse –, la paix c'est pour nous l'état des pays qui la font, qui la construisent, qui la veulent et qui y croient. La paix se construit sur l'intelligence et la justice, sur la volonté de trouver des solutions aux problèmes, sur la prise en compte des besoins de solidarité entre les membres d'un peuple et entre les peuples.

Se donner des moyens limités de superpuissance et faire comme le chien qui grogne dans sa niche pour faire peur aux voisins et aux passants à quelque chose de dérisoire et de pathétique. L'armée ne peut plus garantir à tout coup que le ciel de notre pays ne sera pas traversé par des satellites ou des avions étrangers. Les cadres de l'armée qui nous demandent ces avions font leur devoir. Mais 34 F/A-18 ne permettront pas plus d'assumer cette mission. C'est à nous, aux autorités poli-

tiques, et non à l'armée qu'il convient de revoir ce concept. Le monde s'organise à l'échelon planétaire, la défense doit se concevoir de façon solidaire, avec nos voisins immédiats et non plus, comme elle l'a toujours été, pour se protéger d'eux ou de voisins à peine plus éloignés, tout rouge et venant de l'Est.

Sûrement ne pourrons-nous pas et ne devrons-nous pas échapper à notre devoir dans cette défense collective de la Communauté européenne. Mais ce n'est certainement pas l'aviation qui sera notre apport le plus utile. Les Suisses invincibles à Marignan, c'est un peu oublié dans les stratégies du troisième millénaire. Ceci dit, la volonté de se faire respecter n'aura jamais été inutile à un peuple, mais choisissons d'autres moyens.

A l'heure de l'intégration européenne, à l'heure de la nouvelle connivence entre l'Est et l'Ouest, à l'heure de la lutte pour la survie d'une part importante de l'humanité, le Conseil fédéral nous invite à approuver un achat imaginé il y a dix ans ou plus. Les temps ont changé. Heureusement. A nous de savoir dire non à cet achat, mais ce non doit avoir un sens positif.

L'humanité est menacée par le formidable arsenal nucléaire. La seule attitude intelligente consiste à travailler à une cure d'amaigrissement, voire au démantèlement des armées et des arsenaux. L'espoir de paix est né le jour où l'un des Grands a décidé, unilatéralement, de diminuer ses forces armées. Que les plus petits suivent cet exemple! D'autres, plus grands, s'engagent d'ailleurs dans cette voie. Les Douze de la Communauté européenne, à qui le Conseil fédéral vient d'écrire pour envisager les conditions d'un mariage de raison, ont passé un accord à la fin de 1991 à Maastricht. Par cette signature, ils s'obligent à réduire leur budget d'ici 1997 et leurs dépenses militaires diminueront d'environ 40 pour cent d'ici l'an 2000. Parallèlement, ces dépenses diminueront dans le même temps de 70 pour cent dans la Communauté des Etats indépendants – l'ex-URSS – et d'environ 50 pour cent aux Etats-Unis. En augmentation constante jusqu'en 1987, les dépenses militaires baissent dans le monde entier, globalement de 10 pour cent entre 1987 et 1990. Les Suisses aussi diminuent leurs dépenses, il était temps. Mais cette volonté de faire semblant de rester maître de notre ciel avec cet achat déraisonnable a quelque chose de dérisoire et de pathétique.

Parmi les espèces vivantes, seuls l'homme et le rat sont assez fous pour transformer leur violence en haine, pour le rat ce n'est d'ailleurs pas sûr; l'homme en plus s'organise pour se donner des moyens incroyablement sophistiqués. Le temps des vertus guerrières est révolu, les batailles ne sont jamais gagnées, les flammes des soldats inconnus, devant lesquelles on organise tant de cérémonies, ne célèbrent plus que la victoire de la mort.

Bürgi: Wenn ich mit der Bahn von Olten nach Bern fahre, beeindrucken mich immer wieder die stattlichen Bauernhäuser im unteren Emmental: Grosse, weit heruntergezogene Dächer halten Menschen, Tiere und Vorräte zusammen. Jedes Haus hat sein eigenes grosses Dach, das vor Sturm und Regen schützt.

Ungefähr gleich ist es bei der Armee. Die Luftverteidigung unseres Landes bildet das gute Dach der Armee. Ohne eine solide Luftverteidigung mit modernen Flugzeugen sind die Bodentruppen trotz und samt ihrem Material schutzlos den feindlichen Flugzeugen ausgeliefert. Wir können aber in Zukunft diese Luftsicherheit mit mehr als 30jährigen Flugzeugen nicht gewährleisten.

Sie haben es heute und gestern bereits gehört: Der F/A-18 ist der beste Jäger in der geprüften Mittelklasse. Aus der Sicht unseres Bedarfs weist er ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Eine Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission ist sich darüber einig: Der F/A-18 ist ein kampf- und einsatzgetestetes Flugzeug. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass die Amerikaner in der Flugzeugtechnologie den Europäern um Jahre voraus sind. Die USA haben ja alle Möglichkeiten, Flugzeuge zu testen.

Im Moment fehlt vielen Schweizern einfach ein Feind oder auch nur ein Feindbild. Das kann sich aber schneller ändern, als uns lieb ist: Grossdeutschland baut heute eine Wirtschafts-

macht auf, die man nicht abschätzen kann; auf der anderen Seite steht die Energiemacht Frankreich. Die beiden Kolosse zwingen z. B. Dänemark in die Knie: Entweder du sagst ja, oder du bist draussen! So verfährt man mit Kleinstaaten in Europa. Dazu kommt die Ungewissheit in den Oststaaten. Die neuen Staaten wünschen sich eine kräftige Armee, bevor sie sich um Wirtschaft oder Produktion kümmern. Jugoslawien zerfleischt sich in einem schrecklichen Bürgerkrieg. Das friedfertige Europa schaut zu und lässt dieses Land verbluten, und das nur eine Flugstunde von der Schweiz entfernt!

Die GSoA hat richtig erkannt: Am schnellsten ist die Armee abgeschafft, wenn man ihr das Dach weg nimmt; man verbietet zehn Jahre lang, den Luftraum wirksam zu schützen; man verhindert, dass die Ausbildungsplätze unserer Soldaten ausgebaut und modernisiert werden. Ja, so ist unsere Armee tatsächlich schnell erledigt. Ich muss neidlos zugestehen: Herr Gross versteht sein Geschäft. Ein Teil der bürgerlichen Parlamentarier hilft bei diesem schmutzigen Geschäft mit. Man hat nicht mehr den Mut, nach Verfassung und Gesetz zu handeln und diese Flugzeugbeschaffung zu beschliessen.

3,5 Milliarden Franken seien für unsere Sicherheit zuviel Geld; man will diese Milliarden für die soziale Sicherheit und die Gesundheit einsetzen. Privat versichern sich der Schweizer und die Schweizerin für alles und jedes. In jeder Statistik können Sie sehen, wie viele Milliarden unsere Bürger für ihre Versicherungen ausgeben, besser gesagt, für ihren privaten Schutz. Fragen Sie eine jugoslawische Familie, was diese Versicherung nützt, wenn wegen des Krieges das traute Heim in Schutt und Asche gelegt wird. Im Krieg und bei Revolutionen sind alle Versicherungen wertlos, und das Geld ist zum Fenster hinausgeworfen. Hier schützt uns nur eine moderne, gut ausgerüstete Verteidigungsarmee im Milizsystem, wo Volk und Soldaten gleichzusetzen sind und auch für das gleiche kämpfen. Damit wir die Flugzeugbeschaffung finanzieren können, müssen wir jetzt anfangen, das Armeeleitbild 95 umzusetzen. Ich bitte Herrn Bundesrat Villiger, uns auf Ende 1992 ein Konzept vorzulegen, wie unser Truppenbestand ab 1993 reduziert werden kann. Ein reduzierter Truppenbestand, dafür eine moderne, gut ausgerüstete Armee mit einer guten Luftverteidigung – dazu kann auch das Schweizervolk ja sagen.

Darum lohnt es sich für mich als Bauer und als ehemaligen Infanteriekanonier, zu einer guten Luftverteidigung ja zu sagen. Ich bitte Sie, der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.

Reimann Maximilian: Ich möchte einen einzigen Gedanken zum Ausdruck bringen in einem Votum, das wohl zu den kürzesten in dieser Debatte gehören wird.

Für mich ist eine Armee nur glaubwürdig, wenn sie mindestens mit gleichwertigen Waffen ausgerüstet ist, wie sie ein allfälliger Gegner besitzt. Dazu gehört auch der Luftraum, einschliesslich der heute zur Debatte stehenden Flugzeuge. Ich bin bereit, im Sinne einer Versicherung für Frieden, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes die geforderte sicherheitspolitische Prämie zu bezahlen, in der Hoffnung natürlich, dass der Versicherungsfall nie eintreten wird.

Ich stelle jedoch fest, dass eine Partei, die heute in der Landesregierung vertreten ist und damit für die gleichen Werte und für die Gebote unserer Bundesverfassung einzustehen hätte, nicht bereit ist, diese Prämie für unser Land zu entrichten. Sollte die Schweiz in 10, 20 oder 30 Jahren wegen Vernachlässigung ihrer Pflicht zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Landesverteidigung Schaden nehmen, dann habe ich mit diesem Votum hier und heute zu Protokoll gegeben, wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Ruf: Ich spreche zu Ihnen nicht nur als Parlamentarier, sondern vor allem auch als Patriot und als Offizier der Schweizer Armee, der voll und ganz zu einer starken Landesverteidigung steht. Gerade als überzeugter Patriot empfehle ich Ihnen dezidiert, die Vorlage im Sinne des Antrages der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi zurückzuweisen.

Eine starke Armee hat den Zweck, auch in Zukunft die 700jährige Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zu verteidigen. Dies setzt jedoch nicht nur Rüstung, sondern in erster Linie

den Willen des Volkes und der Behörden voraus, eben diese Unabhängigkeit zu bewahren.

Was der Bundesrat und die bürgerlichen Bundesratsparteien mehrheitlich wollen, ist mehr als schizophren. Einerseits tun sie – zum Teil in verfassungswidriger Weise – alles, damit die Schweiz durch einen EG-Beitritt ihre Unabhängigkeit verliert; ganz zu schweigen von der Ueberflutung unseres Landes durch Einwanderer, für die der Bundesrat wegen seiner verfehlten Ausländer- und Asylpolitik die Verantwortung trägt, und ganz zu schweigen von der damit verbundenen Bedrohung der staatlichen Unabhängigkeit von innen her. Anderseits wollen die gleichen Regierungsparteien mit aller Gewalt das vorliegende Rüstungsgeschäft durchboxen.

Solange jedoch nicht klar ist, ob unser Land unabhängig bleibt, kann ich einer derart riesigen Rüstungsbeschaffung nicht zustimmen. Lehnt das Volk einen EG-Beitritt ab und will es eine unabhängige Schweiz, dann hat eine starke Armee einen Sinn, und wir können das Geschäft später neu diskutieren. Fällt der Entscheid jedoch für die EG aus, also gegen die Unabhängigkeit, dann gibt es auch nichts mehr zu verteidigen. So einfach ist das. Letztlich brauchen wir dann eigentlich gar keine Armee mehr.

Es kann auch keinesfalls in Frage kommen, auf Kosten der Schweizer Steuerzahler den EG-Gewaltigen in Brüssel bei einem Beitritt quasi als Mitgift noch ein Milliardengeschenk in Form der geforderten Kampfflugzeuge zu machen.

Die Zeit bis zur Entscheidung über die Frage der Unabhängigkeit, also über die Frage des EG-Beitritts oder Nicht-EG-Beitritts, hat der Bundesrat mehr als nötig, nämlich für eine umfassendere Evaluation weiterer Flugzeugmodelle bzw. für eine Ueberprüfung der Luftraumverteidigungskonzeption. Insbesondere die Frage, ob wirklich Tag und Nacht Militärflugzeuge in der Lage sein müssen, jedes sich in den schweizerischen Luftraum verirrende Privatflugzeug zur Landung zu zwingen, oder ob nicht Abwehraketen gegen feindliche Kampfflugzeuge genügen, ist meines Erachtens nicht schlüssig beantwortet.

Zudem sind zu viele Fragezeichen hinter die F/A-18 selbst zu setzen. Bis in einigen Jahren werden neue, bessere Typen erhältlich sein. Wenn man zudem sieht, dass in Deutschland die MiG-29, die sofort zu günstigem Preis erhältlich wäre, trotz anfänglich grosser Skepsis mehr und mehr Gefallen findet, dann muss man sich schon fragen, ob nicht das EMD diese Option von vornherein einfach nur mit ideologischen Scheuklappen betrachtet und deshalb gar nie seriös geprüft hat.

Ein anderer wesentlicher Aspekt: Als Zugführer erlebe ich im WK mit schöner Regelmässigkeit, wie die Truppe zu Recht über mickrige Unterkünfte, ungenügende sanitäre Einrichtungen, überfüllte Massenlager usw. klagt – Behausungen, welche die Behörden herbeigelaufenen Wirtschaftsasylanten nicht zumuteten, wohl aber den eigenen Schweizer Soldaten. Diesen wird dann von EMD-Seite her erklärt, man habe zu wenig Geld für anständige Unterkünfte.

Die Soldaten verstehen zu Recht nicht, weshalb das EMD ihre elementaren Bedürfnisse vernachlässigt, auf der anderen Seite aber 3,5 Milliarden Franken für 34 Flugzeuge ausgeben will, deren Nutzen angesichts einer völlig veränderten Bedrohungslage von vielen als fragwürdig betrachtet wird. Diese jungen Leute stehen zwar grösstenteils zur Landesverteidigung, stimmten jedoch aus Protest gegen die verfehlte EMD-Politik und Missstände, wie die genannten, 1989 der Armeeabschaffungs-Initiative mehrheitlich zu.

Wenn Sie von den bürgerlichen Bundesratsparteien einer zweiten Armeeabschaffungs-Initiative den Boden vorbereiten wollen, dann müssen Sie nur wider jede Vernunft den Kauf der 34 F/A-18 erzwingen. Herr Gross Andreas und seine Leute werden sich ins Fäustchen lachen und Ihnen dafür dankbar sein.

Nehmen Sie bitte abschliessend zur Kenntnis, dass die Zeit nun endgültig vorbei ist, da Sie begründete Kritik an Vorlagen der Rüstungsbeschaffung einfach mit dem Vorwurf der Armeefeindlichkeit abtun können. Zu viele Leute aus Ihren eigenen Reihen liefern Ihnen den Beweis dafür. Das sollte Ihnen, vor allem auch Herrn Bundesrat Villiger, eigentlich sehr zu denken geben.

Keller Anton: Ich gehe von der gängigen Aussage aus, dass heute weit und breit kein Feind zu erkennen sei, der uns angreifen könnte. Das ist richtig. Damit stehen wir vor einer echten Frage. Wir fällen einen Entscheid, so oder so, der sich erst in der Zukunft als falsch oder richtig erweisen wird. Diese Zukunft kennt niemand von uns. Die Frage ist eben nicht, ob wir das Flugzeug heute brauchen; die Frage ist, ob wir es nach Jahren brauchen könnten. Wenn wir es nach Jahren brauchen könnten, dann müssen wir es eben heute beschaffen. Die Gewissheit, dass wir es brauchen, ist nicht entscheidend kleiner als die Hoffnung, dass wir es nicht brauchen. Wenn ich mich für den Kauf entscheide, wird man mir einmal sagen können, ich sei übervorsichtig gewesen, hätte die Schweiz auf teure Weise überversichert. Ich nehme diesen Tadel lieber in Kauf als den Vorwurf, ich sei zu fahrlässig gewesen, hätte dazu beigetragen, unser Land nicht richtig zu versichern.

Wir haben doch in den vergangenen drei Jahren einen unglaublichen Wandel erlebt. Gewisse Leute erwecken nun den Eindruck, als wäre die westeuropäische Welt am Ende des kalten Krieges gewissermassen in einem friedlichen Zustand erstarzt. Müsste aber nicht gerade der ungeheuerliche Wandel der letzten Jahre unser Gefühl für Wandel – als die unbeirrbare Gangart der Geschichte – schärfen, so dass sich uns einprägen würde, dass die Welt auch in Zukunft auf unberechenbare Weise veränderlich bleibt?

So eindrücklich die 500 000 Unterschriften der Volksinitiative sind – sie sind Ausdruck einer Zeitstimmung. Wir können aber auf die Dauer nicht hinter dieser Zeitstimmung in Deckung gehen; denn sie kann sich auflösen wie Rauch im Wind. Wir können uns auch nicht an die vergänglichen Ergebnisse von Volksbefragungen klammern. Wir sind besser beraten, wenn wir uns an die Erfahrungen der Geschichte halten.

Fassen wir also den Beschaffungsbeschluss und treten wir anschliessend gegen die Volksinitiative an. Sie ist schlagbar; denn insbesondere mit ihrem zehnjährigen Moratorium weist sie eine entscheidende Schwachstelle auf. Sie hat ihre sehr verletzbare Achillesferse, auch wenn es die Achillesferse eines Sumokämpfers ist.

Wir müssen für unsere Verteidigung vorläufig selber aufkommen. Wer die sicherheitspolitische Bündnislage in Europa kennt, weiss: Die WEU, die westeuropäische Verteidigungsunion, ist nicht viel mehr als eine Idee, nicht einmal eine klare Absicht. Die Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EG-Staaten ist offen. Ausser der Nato gibt es kein sicherheitspolitisches Bündnis. Wer will das heute? Die Zeitspanne aber, bis an eine Eingliederung der Schweiz in Europa ernsthaft zu denken wäre, ist viel länger als die Frist für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges.

Zum Schluss: Dieses Flugzeug ist nötig, weil unsere Maschinen an der Tauglichkeitsgrenze angelangt sind. Die beste Verteidigung am Boden ist massiv entwertet, wenn sie von Ohnmacht in der Luft überschattet ist.

Vetterli: In der Schweiz gibt es total 20 Millionen Versicherungsverträge, auch Sie haben sich versichert, wahrscheinlich besser und umfassender als die Durchschnittsbevölkerung, die alleine für Privatversicherungen pro Kopf und Jahr 3750 Franken Prämien bezahlt. Insgesamt, inklusive Vorsorge, beträgt der gesamte Versicherungsaufwand in unserem Lande um die 100 Milliarden Franken. Unter anderem sind auch 2,25 Millionen Gebäude für die Summe von 1450 Milliarden Franken – einfacher gesagt für 1,45 Billionen Franken – versichert, und dies obwohl die jährlichen Brandschäden glücklicherweise nur ein Viertel Promille dieser Versicherungssumme ausmachen. Wir alle versichern uns vorsorglich, sichern uns ab gegen eventuelle Gefahren, die uns irgendwann, irgendwo, irgendwie bedrohen könnten. Jahr für Jahr zahlen wir Prämien und hoffen gleichzeitig, dass wir die Versicherungen nie in Anspruch nehmen müssen, dass wir von Schäden verschont bleiben. Schutzbedürfnisse haben wir für Leib und Leben, aber auch für Hab und Gut. Deshalb erwarten und fordern wir in unseren Gemeinden zum Beispiel effiziente Feuerwehren, die jederzeit einsatzbereit sind, auch wenn die letzte Feuersbrunst Jahrzehnte zurückliegt. Das grösste, unheimlichste Risiko sind kriegerische Ereig-

nisse. Hier riskieren wir nicht nur Leib und Leben, Hab und Gut, sondern auch unsere Freiheit, unsere Souveränität. Leute, denen Heimat, Freiheit und Unabhängigkeit wenig oder nichts bedeutet, lässt auch diese Art von Bedrohung offenbar gleichgültig und sorglos. Wer aber gewillt ist, die Schweiz und damit deren Bevölkerung und deren Souveränität in näherer und weiterer Zukunft nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen, zu schützen und zu erhalten, muss mit einer modern ausgerüsteten Armee versichert sein.

Diese Schutztruppe, diese Feuerwehr muss up to date sein; mit Wassereimern, porösen Schläuchen und Handpumpen können Brände heute nicht mehr bekämpft werden. A propos Feuerwehr: Kein noch so guter Prophet kann uns sagen, wann und wo der nächste Brand ausbricht, in welcher Art sich bestehende Brandherde ausbreiten. Auch das Ausscheiden eines der mächtigsten Pyromanan garantiert keine totale Sicherheit. Neue, kleinere und grössere autoritäre und machthungrige Regime können irgendwo als perfide Brandstifter auftreten, aus Fanatismus, Hass, Rache oder Erpressung Feuer legen, Öl in die schwelende Glut giessen, und dies direkt oder auch aus Distanz, via Luft.

Aus diesen und anderen Gründen ist ein sicherer Luftschild das A und O unserer Landesverteidigung. Luftraumkontrolle, Luftraumüberwachung und Luftraumpolizei bedingen zwingend eine moderne Luftwaffe, nacht- und allwettertaugliche Flugzeuge, Typen, die sich tausendfach und weltweit bewährt haben, also weder Prototypen noch antiquarische Jäger vergangener Generationen. Die nostalgische Zeit der tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten ist längst vorbei.

Eine Versicherung können Sie bekanntlich nicht mitten in einem Schadenfall abschliessen. Sie alle versichern sich für alle Fälle und auf lange Sicht mitten in den besten, sicheren Jahren. Sie kündigen eine Versicherung auch nicht, weil Sie zehn Jahre weder von Unfall noch von Krankheit betroffen wurden; Sie bauen vor. Weil wir die sicherheitspolitische Zukunft nie mit Gewissheit voraussagen können, müssen wir uns auch rüstungsmässig frühzeitig absichern, rechtzeitig Verantwortung übernehmen und tragen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Sicherheit zuliebe Eintreten zu beschliessen und dieser F/A-18-Beschaffung ohne weitere Vorauszahlungen zuzustimmen.

Eymann Christoph: Dieses Geschäft müsste keine so grosse Gegnerschaft haben, wie wir sie heute leider feststellen müssen. Das Militärdepartement muss sich den Vorwurf gefallen lassen, in der Vorbereitungsphase gewisse Fehler begangen zu haben. In einer Zeit derart vielfältiger und einschneidender Veränderungen in Europa – wie Auflösung des Warschauer Pakts, Schaffung des Binnenmarktes, Planung supranationaler militärischer Zusammenarbeit und Diskussion des schweizerischen Neutralitätsbegriffes – ist im Vorfeld eines solchen Geschäftes ein enormer zusätzlicher Erklärungsbedarf vorhanden. Es ist richtig, dass das Volk keine Mitsprache hat. Gerade deshalb müsste aber ein 3,5-Milliarden-Geschäft sorgfältiger vorbereitet werden.

Es hat sich in den kürzlich veröffentlichten Umfrageergebnissen des EMD gezeigt, dass der Informationsstand der Bevölkerung über verschiedene Faktoren, die mit dieser Flugzeugbeschaffung zusammenhängen, klar zu tief ist; also wurde zuwenig oder zu schlecht informiert. Die bisherigen Vorgehensweisen für die Vorbereitung eines solchen Geschäftes reichen ganz offensichtlich heute nicht mehr aus, um es möglichst unangefochten über die Bühne zu bringen. Es genügt nicht mehr, vier Wochen vor einer Volksabstimmung mit den Abstimmungsunterlagen die Haltung des Bundesrates mitzuteilen. Heute ist aktiver Oeffentlichkeitsarbeit gefragt. Erst recht muss dies gelten, wenn das Volk nicht direkt mitbestimmen kann. Meines Erachtens hätte jeder Angehörige der Armee Anspruch darauf, vom Bundesrat vor den Medien – zum Beispiel mit einem Brief – über wichtige Neuigkeiten informiert zu werden. Dann wäre der Wissensstand über «Armee 95», das neue Sicherheitskonzept, die Anforderungen an ein neues Kampfflugzeug usw. mit Sicherheit höher.

Völlig unverständlich für breite Bevölkerungsschichten sind die vereinbarten Vorauszahlungen. Es müsste angesichts der

Lage der US-Wirtschaft möglich sein, zu vereinbaren, dass nach der Beschlussfassung in beiden Räten Aufträge erteilt werden und erst dann Zahlungen erfolgen, keinesfalls vorher. Dass dann unter dem Druck der Oeffentlichkeit doch noch Varianten möglich werden, stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden ebensowenig wie die Ankündigung der Möglichkeit des fakultativen Referendums. Solche Kursänderungen zeugen von Verunsicherung.

Der Graben zwischen einem grossen Teil unserer Bevölkerung einerseits und Regierung und Parlament andererseits hätte nicht entstehen dürfen. Es wäre Aufgabe des Bundesrates gewesen, für eine höhere Akzeptanz zu sorgen. Ich befürchte nach einem Ja dieses Rates zu dieser Vorlage die Stärkung der Gegnerschaft unserer Armee durch Leute, die nicht a priori gegen die Landesverteidigung sind. Deshalb hätte ich es geschickter gefunden, die Regierung hätte es nicht zu einer solchen Polarisierung kommen lassen. Zu viele Bälle sind den Gegnern dieser Vorlage, die ja schliesslich unsere Armee abschaffen wollen, zugespielt worden.

Von der Sache her stehe ich voll zu einer Armee, die – Europa hin oder her – auch morgen und übermorgen unsere Bevölkerung völlig ohne fremde Hilfe schützen kann. Ich bin für Eintreten. Meine Stimmenthaltung zum Beschaffungsbeschluss soll ausdrücken, dass ich auch als bürgerlicher Armeebefürworter mit dem Vorgehen nicht einverstanden bin.

Schmid Peter: Im Grunde haben wir es in unserer direkten Demokratie sehr komfortabel. Wenn Meinung gegen Meinung steht und sich Befürworter und Gegner einer Vorlage befinden, dann haben wir die Möglichkeit, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu befragen. Wie auch immer das Resultat einer solchen Abstimmung ausfallen wird – es muss nicht heiessen, dass man den Verlierern nachher die Glaubwürdigkeit ihrer Ueberzeugung absprechen muss.

Herr Bundesrat Villiger: Wie Sie zu dieser Vorlage stehen und sich damit auseinandergesetzt haben, sind Sie für mich glaubwürdig, indem für Sie Denken, Sprechen und Tun in einer inneren Uebereinstimmung stehen. Ich muss aber auch zugeben, dass Kollege Andreas Gross, als einer der Hauptexperten der GSoA, so wie er denkt, was er sagt, und wie er politisch handelt, für mich ebenfalls glaubwürdig ist, auch wenn ich mit ihm den Glauben nicht teile, dass der Mensch – vor allem der Mensch in der Masse – jederzeit bereit sei, Konflikte friedlich zu lösen. Ich bin aber dafür, dass Herr Gross und seine Leute in ihrem Denken und Handeln fortfahren, so wie jede Politikerin und jeder Politiker hier in diesem Saal ihr Denken weiterentwickeln und sich bemühen sollen, sich auch mit der Gegenseite zu verständigen. Aller Friede beginnt mit der Verständigung.

Da aber in der verfahrenen Situation rund um die Anschaffung dieses Flugzeugs im Moment wohl keine Einigung erzielt werden kann und höchstens noch stundenlang aneinander vorbeigeredet wird, gibt es nur einen Ausweg, und diesen müssen wir beschreiten: Die Befragung der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. Es darf nicht sein, dass man dagegen juristische Spitzfindigkeiten ins Feld führt. Recht und Gesetz haben dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Also müssen Juristen und Rechtsgelehrte, wenn sie politisch Verantwortung zeigen, einen Weg suchen, damit eine baldige Abstimmung möglich ist. Die Angst, es könnten auch andere Initianten zum Beispiel eine vorgezogene Abstimmung fordern oder es könnten weitere Plebiszite verlangt werden, wo keine vorgesehen sind, erachte ich als übertrieben. Ausserordentliche Verhältnisse sind manchmal auch nur durch ungewöhnliche Massnahmen zu bewältigen. Eine solche Situation haben wir heute mit dieser umstrittenen F/A-18-Vorlage.

Herr Bundesrat, Sie haben gezeigt, dass Sie sich der Verantwortung nicht entziehen. Aber Sie müssen auch nicht stellvertretend für das Volk die Verantwortung alleine übernehmen. Das Volk soll auch Verantwortung tragen für den Entscheid, den es treffen wird – ob für oder gegen die Vorlage, ob richtig oder falsch, was sich ja im Zeitpunkt unmittelbar nach der Abstimmung noch nicht mit Bestimmtheit sagen lässt.

Sollte sich der Souverän gegen die Beschaffung des Kampfflugzeuges aussprechen, dann können Sie gegenüber der

Generalität sagen: Tut mir leid, es wäre schön gewesen, es hat nicht sollen sein. Das Volk mag falsch entschieden haben, aber es hat entschieden und uns damit die neue politische Ausgangslage diktiert. Wir müssen das Beste daraus machen, und zwar nicht, indem wir nach Hintertüren suchen, sondern indem wir ehrlich und positiv die neue Situation und die neue Sicherheitspolitik als Ganzes überdenken.

Allerdings scheint mir wichtig, dass über eine möglichst enge Fragestellung abgestimmt wird. Ich persönlich würde es deshalb vorziehen, wenn die Vorlage dem obligatorischen Referendum unterstellt würde und der Souverän über die konkrete Anschaffung der F/A-18-Jäger im gegenwärtigen Zeitpunkt befinden könnte und nicht über ein achtjähriges Moratorium. Sollte dies nicht möglich sein, dann ist mir die Abstimmung über die Initiative natürlich viel lieber als keine Abstimmung. Herr Bundesrat, nehmen Sie es locker, überantworten Sie dem Volk den Entscheid. Mit einer Verwerfung der Vorlage geht die Welt nicht unter, eine neue Ausgangslage mobilisiert auch wieder neue, ungeahnte Kräfte.

Scherrer Jürg: Ich lege zuerst meine Interessenbindungen offen – ich habe keine. Ich bin nicht Offizier der Schweizer Armee, weder Militär- noch Zivilpilot und habe auch keine geschäftlichen oder privaten Beziehungen zu Betrieben, die von diesem Rüstungsgeschäft profitieren.

Mein einziges Interesse ist die Wahrung von Unabhängigkeit und Freiheit des Schweizervolkes; darum bin ich für den F/A-18.

Es ist möglich, dass das EMD über dieses Geschäft schlecht informiert hat. Herr Bundesrat Villiger, Sie werden sich diesen Vorwurf gefallen lassen müssen. Aber auf der anderen Seite stelle ich fest, dass sich unsere Monopolmedien und gewisse andere Massenmedien nicht im Sinne einer objektiven Informationspolitik in den Dienst des Bundesrates oder des EMD gestellt haben, sondern dass sie sich klar auf die Seite der Armeegegner und der Gegner dieser Flugzeugbeschaffung geschlagen haben. Unter diesen Voraussetzungen ist eine objektive, seriöse Information sehr schwierig, wenn nicht überhaupt unmöglich.

Es wäre blauäugig, zu glauben, es gebe in der Welt keine Aggressionen mehr, die sich auch gegen die Schweiz richteten, bloss weil das kommunistische System der Genossen unserer Sozialisten Schiffbruch erlitten hat. Die künftige Bedrohungslage kann schlicht und einfach nicht eingeschätzt werden. Gestern habe ich gehört, dass die Nato bereit sei, auch unseren Luftraum zu überwachen: Ein solches Votum ist geistiger Landesverrat. Wir wollen doch unser Land, unsere Abwehrbereitschaft und unsere Verteidigung nicht der Nato überlassen. Ich nehme doch an, dass dieses Votum nicht ernst gemeint war. Eine starke Armee und eine glaubwürdige Landesverteidigung sind wie eine Unfall-, eine Lebens- oder eine Brandversicherung: Wir haben eine, wir wünschen sie nicht zu gebrauchen; aber wenn wir sie brauchen, sind wir froh, dass wir sie haben.

Noch eine persönliche Bemerkung zu Herrn Gross: Ihr Ziel ist die Abschaffung der Armee, egal mit welchen Mitteln. An Ihrer Stelle würde ich aber nicht so konsequent darauf hinarbeiten. Wenn nämlich auch der Letzte in diesem Land gemerkt hat, was Sie und Ihresgleichen anrichten, wird die Armee möglicherweise die einzige Institution sein, die sie vor den Folgen Ihres Tuns schützt.

Hess Otto: Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission komme ich nach reiflicher Überlegung zur Überzeugung, dass der Kauf von 34 F/A-18-Kampfjägern für uns heute der richtige Entscheid ist. Frau Haering Binder – sie ist leider nicht im Saal –: Auch ich bin Bauer. Wenn ich diese Vorlage unterstütze, so begründe ich meine Haltung nicht mit simplen Argumentationen, mit lapidaren Dreizeilern und einfältiger Sichtweise, wie Sie das in Ihrem Votum gestern den Bauern unterstellt haben, sondern aus einer tiefen, weitsichtigen Verantwortung heraus unserem Land und unserem Volk gegenüber.

Im Vordergrund meiner befürwortenden Stellungnahme steht die Glaubwürdigkeit unserer Armee: Glaubwürdig bleiben, da-

mit der Schritt zur Abschaffung unserer Armee nicht plötzlich ein sehr kleiner wird!

Bei der Volksabstimmung zur Frage der Abschaffung unserer Armee hat sich eine klare Mehrheit der Stimmberchtigten für eine eigene Armee ausgesprochen, für eine glaubwürdige Armee, die im Ernstfall ihre Aufgabe bestens erfüllen könnte. Zwar hat sich die Welt seither verändert. Doch der Friede auf Erden liegt leider in weiter Ferne. Die Welt ist nach dem Zerfall im Osten durch Instabilität gekennzeichnet. Die momentane, relativ sichere Lage könnte sich sehr rasch ändern.

Jeder Experte kommt zum gleichen Schluss, nämlich dass bei der heutigen modernen Kriegsführung dem intakten Luftschirm eine prioritäre Bedeutung zukommt. Eine Armee ohne moderne Luftwaffe hätte in einem künftigen Konflikt keine Chance, die Auseinandersetzung erfolgreich zu überstehen. Es stimmt nicht – was immer wieder behauptet wird –, dass die Flugzeugbeschaffung ohne jegliche Konzeption, aus dem hohen Bauch heraus, getätigt wird. Das Armeeleitbild, das im Parlament zwar noch nicht behandelt worden ist, aber doch auf breite Akzeptanz stösst, zeigt den Weg auf, der in Zukunft beschritten werden soll. Zahlenmäßig soll der Armeebestand um einen Drittel reduziert werden. Das hat zur Folge, dass die bisherige Strategie, die der statischen, flächendeckenden Raumverteidigung, der beweglichen Raumverteidigung weichen muss. Große Bewegungen der Bodentruppen ohne schützenden Luftschirm wären aber geradezu verantwortungslos.

Ich bin überzeugt, dass die Typenwahl für das erstellte Anforderungsprofil richtig ausgefallen ist. Die Tatsache, dass sich Finnland für den Kauf von 64 Maschinen vom gleichen Typ entschieden hat, bestärkt mich in meiner Überzeugung. Dass der F/A-18 in der Bundesrepublik Deutschland in der Evaluation bis zuletzt an erster Stelle stand und nur aus wirtschaftspolitischen Gründen aus dem Rennen gefallen ist, bestätigt mir, dass dieses Flugzeug kein altes Auslaufmodell der letzten Generation ist, sondern ein modernes, das auch in ein eventuell späteres europäisches Sicherheitssystem sinnvoll integriert werden könnte. Deshalb bin ich gegen den Rückweisungsantrag Hubacher. Ich will keine Übergangslösung mit Occasionsflugzeugen.

Unsere schweizerische Neutralität bedeutet mir viel. Ich meine, dass wir in dieser Neutralitätsfrage auch in nächster Zukunft nur glaubhaft sein können, wenn wir bereit und auch in der Lage sind, unseren Luftraum selber zu überwachen. Durch den gewaltigen technischen Fortschritt im Flugzeugbau sind unsere heutigen Flieger nicht mehr in der Lage, diesen völkerrechtlichen Auftrag, den eigenen Luftraum zu überwachen, überhaupt zu erfüllen.

Ich stimme dieser Vorlage aus Überzeugung zu, weil die Abklärungen sowohl in der ständigerätlichen als auch in der nationalrätlichen Kommission minutiös, sorgfältig und detailliert vorgenommen worden sind. Die Vorlage liegt heute entscheidungsreif auf dem Tisch.

Deshalb bin ich für Eintreten und lehne den Nichteintretensantrag ab. Ich bekämpfe ebenfalls alle Rückweisungsanträge, die die Behandlung der Vorlage auf einen Zeitpunkt nach der Volksabstimmung verschieben wollen. Wenn das Volk über die Flugzeugbeschaffung beschliessen soll, so soll es diesen Entscheid im Wissen treffen können, wie seine Volksvertreter im Parlament über diese brisante Frage denken, genau gleich wie bei jeder anderen Volksabstimmung.

Zu unserem parlamentarischen Auftrag gehört auch eine Führungsaufgabe, der wir uns jetzt nicht entziehen dürfen, obwohl das Zuwarten für verschiedene Ratsmitglieder offenbar der bequemere Weg wäre.

Marti Werner: Drei Hornissen, sagt man, können einen Menschen töten, sieben Hornissen ein Pferd, und 34 Hornissen bringen eine ganze Nation in ein Dilemma. Suchen Sie aber die Ursache dieses Dilemmas nicht beim Volk! Die Ursache liegt beim EMD – in der Art und Weise, wie diese Vorlage vorbereitet wurde – und auch bei uns – in der Art und Weise, wie wir diese Vorlage beraten. Wenn ich eine Vorlage des EMD vor mir habe, gehe ich davon aus, dass diese Vorlage zumindest den Entscheidungsregeln des Militärs entspricht. Wenn ich

diese Prüfung vornehme, Herr Bundesrat, Sie entschuldigen, dann komme ich zum Resultat: Nicht erfüllt.

Gemäss Ziffer 92 des Reglementes «Truppenführung» ist die Lagebeurteilung eine permanente Aufgabe. Gemäss Ziffer 107 des gleichen Reglementes ist der einmal gefasste Entscheid der geänderten Lage anzupassen. Diese Grundsätze sind bei der Flugzeugvorlage missachtet worden. Die Definition des Flugzeugs stammt aus dem Jahre 1985, die Vorevaluation von 1986/87 und die Hauptevaluation von 1988/89. Seither hat sich aber die Lage drastisch verändert. Die Haltung des EMD war aber stets die gleiche. Es hat den Entscheid nicht überprüft, geschweige denn geändert und den Verhältnissen angepasst.

Wir sind deshalb heute in der schizophrenen Situation, dass wir einen Flieger beschaffen wollen, für den es kein militärisches Szenario gibt, in welchem er eingesetzt werden kann, in welchem der F/A-18 notwendig wäre. Herr Steinegger, da nützt auch ein Verweis auf das Jahr 1929 nichts. Die beiden letzten Ziffern haben sich vertauscht, wir leben im Jahre 1992. Bei einer Beschaffung für die Infanterie gehen wir auch nicht bis «Marignano» zurück, um uns die entsprechende Legitimation zu verschaffen.

Ebenso wenig lässt sich die Anschaffung des Fliegers wirtschaftspolitisch rechtfertigen. Ich weiss nicht, von welcher oder für welche Industrie Herr Oehler gesprochen hat. Ich kann ihn aber auf die Antwort des Bundesrates auf ein Postulat Jaggi aus dem Jahre 1985 verweisen, wo der Bundesrat klar zu Kompensationsgeschäften Stellung genommen und zum Ausdruck gebracht hat, dass derartige Kompensationsgeschäfte volkswirtschaftlich von äusserst geringem Nutzen sind.

Wenn schon 3,5 Milliarden Franken für Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden sollen, so können diese bedeutend effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden.

Als Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Glarus könnte ich innovativ tätig sein, sofern Sie mir die entsprechende Tranche zur Verfügung stellen. Ich habe gerechnet: das wären 45 Millionen Franken; wir arbeiten zurzeit mit einem Fonds, der einen Bruchteil dieser Summe darstellt. Wir sollten nicht via Kompensationsgeschäfte Strukturen erhalten, die schon lange geändert werden sollten.

Ich verstehe aber auch nicht, dass sich bürgerliche Politiker, die für eine glaubwürdige Landesverteidigung eintreten, dem Risiko aussetzen, mit dem Festhalten am F/A-18 gleichzeitig ein Moratorium einzuhängeln. Das Volk will diesen Flieger nicht, und weil es diesen Flieger nicht will, wird es der GSoA-Initiative zustimmen. Damit wird aber auch ein Moratorium eingehandelt, und das erachte ich dann für das EMD und für die Landesverteidigung als einen grossen Nachteil.

Ich ersuche Sie deshalb: Erteilen Sie diesem Bombergeschwader, das vom EMD ohne Not in die Lüfte gebracht worden ist, keine Landeerlaubnis, sondern lehnen Sie diese Vorlage ab.

Fritschi Oscar: Beim Verfolgen der gestrigen Debatte blieben zwar meine sicherheitspolitischen Vorstellungen einigermaßen intakt. Dagegen fragte ich mich einige Male, ob nicht mein demokratisches Weltbild ins Wanken gerate. So etwa beim Votum von Herrn Gross Andreas, der als Mischung von Gralshüter der reinen Demokratie und Racheengel wider den Begriff der totalitären Demokratie auftrat. Da fragte ich mich doch einigermaßen verdutzt, ob Herr Gross bei der Demokratie nicht an Jeremias Gottheils Satz glaubt, wonach im Hause beginnen müsse, was im Vaterland leuchten solle. Sonst hätte er zweifellos damals nicht per Sonntagszeitungen seinen GSoA-Anhängern eröffnet, was sie in «freier demokratischer Meinungsbildung» an einem nächsten Wochenende im «Landhaus» Solothurn zu beschliessen hätten: nämlich die Anti-Flugzeug-Initiative.

Aber auch bei Herrn Dünkis Vorstellungen vom Parlamentarier, der sich in jedem Fall nach dem vermuteten oder auch nur vermeintlichen Volksempfinden zu richten habe, überkam mich ein Wundern. Angesichts seines gleichzeitigen Sparapells habe ich mich gefragt, ob er ein Parlament, das nach Instruktionen gemäss Meinungsumfragen stimmen soll, nicht

gleich wegrationalisieren und durch das Ted-Barometer aus Thomas Gottschalks Sendung «Wetten, dass?» ersetzen könnte.

Nach diesen Vorbemerkungen nun aber zur Sicherheitspolitik: Angesichts des vielzitierten geänderten weltpolitischen Umfeldes liegt mir daran, in zwei Punkten zu begründen, warum gerade aufgrund dieser veränderten Rahmenbedingungen die Flugzeugbeschaffung von den rüstungspolitischen Prioritäten her wichtiger und nicht etwa weniger bedeutungsvoll geworden ist.

Zum ersten: Die Flugzeugbeschaffung ist wegen der neuen Einsatzkonzeption wichtiger geworden. Das Armeeleitbild 95 sieht als Folge der geplanten Bestandesreduktion eine neue Einsatzkonzeption vor. An die Stelle der flächendeckenden Abwehr tritt eine dynamische Raumverteidigung. Mit ihr nimmt man Löcher im Dispositiv in Kauf, in der Meinung, dass diese Löcher – wenn nötig – durch eine mobil vollzogene Schwergewichtsbildung aufgefüllt würden. Doch diese notwendig werdenden Bewegungen sind ohne Luftschild nicht möglich. Man hat demnach nicht nur zu formulieren, dass moderne Flugzeuge durch den sicherheitspolitischen Bericht und das Armeeleitbild abgedeckt sind, sondern dass die ganze «Armee 95» ohne moderne Flugzeuge nicht recht denkbar ist.

Zum zweiten: Gerade wegen der Veränderung im Bedrohungsbild haben sich die Prioritäten in der Rüstungsbeschaffung intern zugunsten des Flugzeuges verschoben. Dass unser Land von zwei Panzerarmeen in Front bedroht wird, ist derzeit in der Tat kein absehbares Szenario. Wenn noch am ehesten Zwischenfälle vorstellbar sind, dann im Luftraum. Die daraus folgende Priorität der Abwehr in der Luft wird dabei durch den Umstand akzentuiert, dass die Armee in der Luft Aufgaben zu erfüllen hat, die am Boden noch von anderen Instanzen übernommen werden. Ich denke da insbesondere an die Luftpolizei. Dabei ist daran zu erinnern, dass der Bundesrat, als er während des Golfkriegs ein Ueberflugverbot für alliierte Kampfflugzeuge aussprach, die Einhaltung dieses Verbotes kaum durchsetzen konnte, da aufgrund der Jahreszeit Dunkelheit und schlechtes Wetter dominierten, die einem Einsatz unserer derzeit verfügbaren Kampfflugzeuge entgegenstehen.

In der Luft, also dort, wo das, was unsere Armee vor allem anderen will – nämlich Konflikte abhalten –, dort, wo diese Abhängigkeit zuerst getestet würde, dort sollten wir bei den Aufwendungen für die Landesverteidigung zuletzt sparen.

Tschuppert Karl: Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben eine Führungsverantwortung. Wir haben von der Verfassung her zudem den klaren Auftrag, die Unabhängigkeit unseres Volkes und unseres Landes gegen aussen zu behaupten. Lassen wir uns also nicht von momentanen Verunsicherungen unter Druck setzen, denn wir alle werden noch – so Gott will – in 20 oder 30 Jahren zur Rechenschaft gezogen werden. Wir haben diese Verantwortung – eigenständig und ohne nach diesem oder jenem EG-Staat zu schielen – wahrzunehmen. Ich will nicht wiederholen, was schon dutzendfach für die Beschaffung und Erneuerung unserer Luftwaffe gesagt wurde, denn wir alle wissen ganz genau, dass sie erneuert werden muss. Als Kommissionsmitglied war ich zudem beeindruckt, mit welcher Sorgfalt die Vorlage vom EMD vorbereitet und präsentiert wurde.

Man muss auch endlich mit den verschiedenen Spielereien und Behauptungen aller Art von hüben und drüben aufhören. Es geht jetzt um unsere Glaubwürdigkeit nach innen und aussen, um gar nichts anderes. Die weltpolitische Lage zwingt uns nämlich je länger, je mehr, eigenständig unsere Sicherheitspolitik zu gestalten; sonst ergeht es uns womöglich wie in der Staatspolitik, wo wir auf dem besten Wege sind, all das zu akzeptieren, was uns die umliegenden Staaten vorschreiben oder sogar aufzwingen. EWR und EG lassen grüssen!

Ich will es im jetzigen Zeitpunkt nicht ausschliessen, dass früher oder später eine im Ernstfall sinnvolle Koordination mit anderen Ländern stattfindet. Das setzt aber voraus, dass wir Rüstungsmaterial beschaffen, das konkurrenzfähig ist, potentielle Feinde abschreckt und für potentielle Partner glaubwürdig ist. Ich vergleiche das immer mit einer Güterzusammenlegung

in der Landwirtschaft: Wenn Sie in einer solchen Situation kein gleichwertiges Grundstück einbringen, können Sie von den anderen Grundstückbesitzern auch nicht erwarten, besser und billiger «bedient» zu werden als andere. Das ist eine Illusion.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind zudem eine Nebener-scheinung der Flugzeugbeschaffung. Als Luzerner ist es mir beispielsweise nicht gleichgültig, wie die Flugzeugwerke Em-men heute und in den nächsten zehn Jahren ausgelastet sind. Kein F/A-18-Entscheid ist nämlich gleichzeitig eine Zustim-mung zu einem zehnjährigen Beschaffungs-Moratorium für die Luftwaffe. Das hätte nicht nur für die Armee, sondern auch für unsere Flugzeugwerke verheerende Folgen. Das techni-sche und persönliche Know-how gingen verloren; was das für die Schweiz bedeuten würde, muss ich Ihnen wohl kaum er-klären. Ich weiss wohl, dass das nicht ein Hauptgrund der Be-schaffung sein darf. Aber die wirtschaftlichen Konsequenzen dürfen nicht ausser acht gelassen werden.

Schliesslich würden unsere Piloten bei einer Nichtbeschaf-fung die Konsequenzen ziehen; denn ein risikoreicher Beruf ohne entsprechendes Material wird sinnlos.

Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, besinnen Sie sich Ihrer Verantwortung, die Sie als Parlamentarier diesem Land gegenüber haben!

Hildbrand: Bereits mehrmals wurde im Verlaufe dieser De-batte versucht, diejenigen, die sich gegen den jetzigen Kauf der 34 Kampfflugzeuge F/A-18 stellen, in die Ecke der poten-tiellen Armeegegner abzudrängen. Gegen diese Versuche möchte ich mich einleitend verwahren.

Es sind ganz andere Gründe, die auch mich zum Gegner des F/A-18-Kaufes machen. Einerseits sind wir allesamt – das scheinen einige Kolleginnen und Kollegen immer wieder zu vergessen – primär als Volksvertreter in den Nationalrat ge-wählt worden und nicht als Vertreter irgendwelcher Verbände, Organisationen oder Institutionen. Und wie das Volk über die-sen Milliardenvogel denkt, weiss man längst; dazu hat es die GSoA-Initiative gar nicht erst gebraucht. Mit der CVP lehne ich diese Initiative ab.

Als Vertreter einer vom Militär immer schon überstrapazierten Randregion weiss ich ganz besonders gut, was die überra-gende Mehrheit der Walliserinnen und Walliser vom F/A-18-Kauf im besonderen hält. Das Verständnis für die Geldver-schleuderung der Institution Armee, die meinem Kanton nur ungefreute Immissionen und im Gegenzug immer weniger volkswirtschaftlich relevanten Ausgleich beschert – der un-längst angekündigte Abbau von EMD-Stellen wird das Wallis zusätzlich merklich treffen –, hat an einem ausgesprochen kleinen Ort Platz. Gewiss ist es Aufgabe derjenigen, die Verant-wortung tragen, Mehrheiten zu gewinnen und sie zu überzeu-gen. Das ist gerade im Rüstungsbereich nicht einfach.

Aber neben dieser rein regionalen Dimension, die zu meiner ablehnenden Haltung führt, gibt es eine viel weitere, eine euro-päische. Nachdem es unserer Landesregierung plötzlich nicht mehr rasch genug gehen kann, bis unser Land mit fliegenden Fahnen in die EG überläuft, frage ich mich allen Ernstes, wie weit das «Durchstieren» dieses Kampfflugzeugkaufes ein Teil der Aufnahmebedingungen der Schweiz in die EG ist. Sind etwa unsere F/A-18 als Teil eines europäischen Sicherheitsdis-positivs gefragt? So gesehen ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass die vom EMD immer wieder ins Feld ge-führte Erneuerung der schweizerischen Luftwaffe so dringend eigentlich gar nicht ist. Und 3,5 Milliarden Franken, das sind 3500 Millionen oder, bildlich gesprochen, ein etwa 350 Meter hoher Turm von Tausendernoten. Und das erscheint mir als zusätzliches Eintrittsgeschenk für die EG, in der wir ohnehin bloss als gute Zahler willkommen sein werden, eindeutig zu-viel.

Ich bitte Sie deshalb, den übereilten F/A-18-Kauf, vor allem an-gesichts einer leeren Bundeskasse und ebenso wichtiger un-gelöster Probleme, im heutigen Zeitpunkt – ich betone: im heutigen Zeitpunkt – abzulehnen.

Müller: Noch ist unser Land nicht in der EG, und ich vertraue in dieser Frage auf den künftigen Volksentscheid.

Nun zum Rüstungsprogramm: Die Entscheidungskompetenz in Sachen Ausrüstung unserer Armee liegt beim eidgenössi-schen Parlament, welches deshalb auch die Verantwortung dafür tragen muss. Bei der Frage der Flugzeugbeschaffung gehe ich davon aus, dass unsere Schweiz als Land auch weiterhin existieren soll und ihren Bewohnern den bestmöglichen Schutz gegen Uebergriffe bieten will. Auch eine künftige euro-päische Sicherheitsordnung beruht auf Armeen. Es ist deshalb erforderlich, auch die Schweizer Armee den neuen Erfordernissen anzupassen. Dazu gehört – neben den Reformen – auch die Erneuerung des Luftsirms.

Um im Ernstfall gewappnet zu sein, braucht unsere Armee eine zeitgemäss Ausrüstung, Raum und eine gute Ausbil-dung. Nachdem der Versuch, unsere Armee abzuschaffen, nicht gelungen ist, will man nun eine Abschaffung in Raten mit-tels Initiativen erreichen. Eigenartig: Nirgends auf der Welt redet man von Abschaffung der Armee, nur bei uns in der Schweiz. Dagegen setze ich mich zur Wehr. Bei der F/A-18-Botschaft geht es nicht nur um ein neues Kampfflugzeug, son-dern um den grundsätzlichen zeitgemässen Erhalt unserer Flugwaffe. Auch für unser Land kann die Bedrohungslage schlagartig ändern. Die gegenwärtige Weltlage gibt uns genü-gend Beispiele. Versäumtes – gerade im Bereich der Luftverteidigung – bei drohender Gefahr innert nützlicher Frist nach-zuholen wäre schlichtweg nicht möglich. Nebst der Schwierig-keit der Beschaffung hätten wir auch nicht das erforderliche ausgebildete und trainierte Berufskader. Kontinuität in der Be-schaffung unserer Ausrüstung der Luftwaffe hat deshalb erste Priorität.

Es gilt, einen Akzent für die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes zu setzen. Ich hoffe deshalb, dass sich nach dem klaren Entscheid des Ständerates auch der Nationalrat gross-mehrheitlich für den Kauf des F/A-18 ausspricht. Es gilt, sich unter anderem am Beispiel Finnlands zu orientieren und den Pessimisten und Armeegegnern eine klare Absage zu erteilen. Unsere heutige Luftflotte entspricht nicht mehr der Anforde-ung unserer Zeit und erst recht nicht der vorgesehenen Neu-konzeption der Armee («Armee 95»). Wir brauchen auch im militärischen Bereich neue Rüstungen und eine entschlos-sene Führung.

Unsere Soldaten, die den Eid schwören, das Leben für das Va-terland hinzugeben, haben wie alle anderen Bewohner unse-res Landes auch ein Anrecht auf einen bestmöglichen Schutz aus der Luft. Mit dem Ja zur Flugzeugbeschaffung können Sie diesen gewährleisten.

M. Savary: Lorsque j'ai pris connaissance du programme d'armement 1992 et des intentions du Conseil fédéral de moderniser notre aviation militaire, je me suis demandé si le mo-ment était bien choisi. Ne peut-on pas utiliser pendant quel-ques années encore les avions dont nous disposons? Aujour-d'hui, après avoir suivi les débats en commission et constaté avec quel sérieux le dossier a été préparé, j'ai la ferme conviction qu'il n'y a pas d'autre solution que celle préconisée par le Conseil fédéral. Nous devons acquérir le plus vite possible un nouvel avion de combat qui doit être le F/A-18.

J'ai tout d'abord été fortement impressionné par le fait que nos avions sont dépassés. Face à des appareils de la nouvelle génération, nos pilotes n'ont plus aucune chance dans un com-bat aérien. Cela est dramatique pour nos pilotes militaires, ainsi que pour toutes les forces terrestres qui seraient privées de couverture aérienne lors d'un conflit. Il me paraît impensa-ble de mobiliser l'armée, de déplacer des chars, l'artillerie sans la protection de l'aviation. Comme commandant de troupe, j'ai également pu mesurer combien le moral des trou-pes était tributaire d'un armement performant et d'un para-pluie aérien. De tous temps, nous avons voulu une armée forte, dissuasive. Cela nous a bien réussi et nous avons pu res-ter à l'écart des conflits pendant plus d'un siècle. En abandon-nant notre aviation militaire, car c'est de cela qu'il s'agit en renonçant au F/A-18, nous ne serons plus crédibles. Nous ne pourrons même plus réagir, face au chantage et au terrorisme, par la voie des airs. Un nouvel avion de combat s'impose. Il doit être opérationnel le plus vite possible et faire partie inté-grante du concept «Armée 95».

Le dossier du F/A-18 a été remarquablement bien préparé par les responsables militaires. L'évaluation a été faite en toute impartialité et toutes les questions portant sur les problèmes militaires, financiers, sur la collaboration européenne, sur la menace ont reçu des réponses pertinentes. Une des questions que beaucoup se sont posées était de savoir si l'aviation ne pouvait pas être remplacée par une DCA moderne. La réponse est non, sans équivoque. La DCA, par nature, ne peut pas faire la police du ciel. De plus, en engageant 3,5 milliards de francs dans des missiles sol/air, on ne peut protéger que 4 pour cent du territoire avec des possibilités d'intervenir jusqu'à 4000 mètres. Or, les avions volent généralement à des altitudes bien supérieures.

Une autre question portait sur la valeur du F/A-18, certains arguant que cet avion déjà âgé de dix ans sera dépassé en 1995. Là aussi, la réponse est claire: le F/A-18 a été constamment adapté dans son électronique et dans son armement. La version qui sera livrée à notre pays comprend un nouveau radar et l'armement le plus moderne. D'après les pilotes canadiens que nous avons rencontrés, il s'agit d'un appareil performant et parfaitement adapté à la situation particulière de notre pays. De plus, sous la protection du F/A-18, les 30 Mirage, les 100 Tiger dont nous disposons pourraient être engagés avec succès lors d'un conflit. Sans cela, il sera préférable de les laisser au sol.

Un dernier point mérite quelques réflexions, c'est la défense européenne commune. A priori, quelle que soit la nature de nos relations avec la Communauté européenne, la nécessité de préparer la défense de notre pays demeure. J'admetts qu'il est possible qu'un système de sécurité collective soit réalisé prochainement en Europe, mais il ne justifiera jamais, dans l'état actuel des réalités politiques et stratégiques, l'abandon d'un effort de défense au niveau national. Aussi, si la collaboration avec nos voisins européens doit être recherchée pour renforcer notre sécurité, il n'en demeure pas moins que nous devons continuer et même améliorer l'effet de dissuasion. Pour que notre armée puisse contribuer à la prévention de la guerre, elle doit avoir des capacités correspondant aux menaces que l'on veut écarter.

Mme Hollenstein propose d'affecter les 3,5 milliards de francs du programme d'armement aux efforts en faveur de la paix. Je suis de son avis. Mais, pour moi, le meilleur investissement que l'on puisse faire pour la paix, est l'achat des 34 F/A-18.

Meier Samuel: Selten ist im Vorfeld eines Sachgeschäfts in unseren Räten soviel geredet, diskutiert, aber auch soviel geschrieben worden wie über dieses Rüstungsprogramm 1992. Selten sind die Meinungen einander derart offen gegenübergestanden und sind auch derart differenziert von einem grossen Teil der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht worden wie gerade bei diesem Geschäft.

Aber auch selten ist mir persönlich eine Entscheidfindung so schwierigfallen wie heute. Wie kaum zuvor befindet sich unsere Welt in einer Zeit des Umbruchs. Die herkömmlichen Machtblöcke lösen sich auf. Die strategische Bedrohungslage hat sich verändert.

Und auch wir in der Schweiz bekommen diese Zeit und diese heutige politische Konstellation zu spüren, und zwar nicht mehr so sehr als militärische Bedrohung, sondern vielmehr als soziale, wirtschaftliche, aber auch politische Bedrohung, die sich in den folgenden Symptomen auch bei uns in der Schweiz äussert: zunehmende Arbeitslosigkeit, Neue Armut, allgemeine Unzufriedenheit, Vorbehalte gegenüber der politischen Führung; manche reden auch von Staatsverdrossenheit.

Zweifelsohne muss der Flugzeugbeschaffungsentscheid in diesem globalen Gesamtrahmen getroffen werden. Gerade das macht ja unsere Entscheidfindung so schwierig. Der Entscheidkriterien gibt es viele. Sie kennen sie. Sie kennen sie fast schon zur Genüge: strategische Bedrohungslage, sicherheitspolitische Option, europapolitische Zukunft, finanzpolitische Tragbarkeit, sozialpolitische Verantwortbarkeit, militärische Option, um hier nur einige wenige Entscheidkriterien zu nennen.

Ein weiteres und meines Erachtens nicht zu vernachlässigen-

des Entscheidkriterium, das es unbedingt auch zu berücksichtigen gilt, ist die sogenannte Volksmeinung. Wie eingangs erwähnt, haben sich kaum je zuvor derart breite Bevölkerungskreise zu einer parlamentarisch Vorlage geäussert wie gerade heute. Das hat sicher jeder von uns Parlamentarien in den vergangenen Wochen auch persönlich zu spüren bekommen. Kaum je hat sich das Volk in so grosser Zahl per Unterschrift zu einem parlamentarischen Sachgeschäft beziehungsweise zu einer Volksinitiative geäussert wie gerade in den vergangenen Wochen im Hinblick auf diese Flugzeugbeschaffung. Diese Volksmeinung darf uns nicht unberührt lassen.

Auch mir selber als noch aktiver Angehöriger unserer Armee und als einer, der sich auch immer dazu bekannt hat, fällt die Entscheidung nicht leicht. Ich bin aber zusammen mit meiner Fraktion zur Auffassung gekommen, dass einer Kampfflugzeugbeschaffung heute nicht zugestimmt werden kann. Leider fehlt hier die Zeit, um eine eingehende Begründung dieser Haltung abzugeben. Trotzdem seien hier die wichtigsten Punkte erwähnt:

Ich anerkenne bis zu einem gewissen Grad die rein militärische Wünschbarkeit eines neuen Flugzeuges. Ich anerkenne die Bedeutung einer wirksamen Luftraumverteidigung – ob das nun durch ein Flugzeug, eine andere Waffenart oder ein anderes Waffensystem geschieht – für die Einsatzfähigkeit unserer Armee. Ich anerkenne bis zu einem gewissen Grad auch die beschäftigungspolitische Bedeutsamkeit einer Flugzeugbeschaffung.

Dem steht aber eine finanzpolitisch eher fragliche Tragfähigkeit gegenüber. Dem steht eine fragliche sozialpolitische Verantwortbarkeit in Anbetracht unserer anstehenden Zukunftsaufgaben gegenüber. Dem stehen auch grosse Vorbehalte breiter Bevölkerungskreise gegen ein neues Kampfflugzeug gegenüber, und dem steht die grosse Gefahr gegenüber, dass der Stimmünger bei einer allfälligen positiven Entscheidung unseres Rates etwas von seinem Vertrauen in Parlament und Bundesrat verliert. Eben dieser letzte Punkt scheint mir ein sehr beachtenswerter zu sein.

Ich fasse zusammen: Aus überzeugtem innerlichem Bemühen heraus sowie aufgrund einer staatspolitischen Gesamtbeachtung unter Berücksichtigung aller massgebenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidkriterien gelange ich zur Auffassung, dass auf die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges heute verzichtet werden muss.

Brügger Cyril: Waffenkäufe der Schweizer Armee haben es in sich. Sie vermögen jedes Mal die Gemüter besonders zu erhitzen. Das gilt im besonderen für Flugzeugbeschaffungen. Was damals bei der Mirage der Fall war, ist heute mit dem F/A-18 kaum anders. Warum hat man daraus nicht die notwendigen Lehren gezogen?

Bei der Mirage gab es dann als Zugabe im Nachgang so etwas wie ein kleineres politisches Erdbeben. Ein Bundesratssessel war unwiderruflich ins Wanken geraten, und als ergänzende Begleiterscheinung hatte sich ein zukünftiger Bundesrat dersmassen mit diesem Geschäft profilieren können, dass seine Wahl in die Regierung unausweichlich wurde.

Sollte dieses Geschäft trotz aller Widerstände am Ende doch noch durchgeboxt werden? Dann ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass es zu einem erneuten, aber bestimmt heftigeren Erdbeben kommen wird.

Was sich nämlich Verwaltung und Bundesrat bei der Vorbereitung und Führung dieses Geschäftes alles erlaubt haben – mit den berüchtigten Vorauszahlungen zum Beispiel oder indem entscheidende Zwischenschritte unsorgfältig geplant, einmal vorwärts, dann wieder rückwärts gemacht worden sind, bevor die verfassungsmässigen Entscheide vom Parlament gefällt waren –, ist eindeutig ein Missbrauch der Macht. Diese Sachzwänge, die Sie, Herr Bundesrat, zusammen mit den EMD-Verantwortlichen geschaffen haben, sind für die meisten Menschen in diesem Land ein zusätzliches Ärgernis. Dem einfachen Bürger wird damit einmal mehr mit aller gewünschten Deutlichkeit die Arroganz der Militärmacht vorgeführt. Genau diesen Missbrauch der Macht verabscheuen immer zahlreichere engagierte Bürgerinnen und Bürger, und er hat zum

überwältigenden Erfolg beim Zustandekommen der Volksinitiative beigetragen.

Diese halbe Million Unterschriften müsste doch zu denken geben. Aber wie nicht anders zu erwarten war, vermag selbst diese unmissverständliche Meinungsäusserung die Sturheit in gewissen Kreisen des bürgerlichen Lagers nicht aufzuweichen. Dann ist plötzlich von Erpressung die Rede; die Volksrechte seien missbräuchlich eingesetzt und solchem Tun müsse von Beginn weg der Riegel geschoben werden. Das ist für meine Begriffe ein wahrhaft armseliges Verständnis unserer direkten Demokratie.

Vielen Menschen in unserem Land ist nun ein für allemal der Kragen geplatzt, und sie werden mit schlafwandlerischer Sicherheit den längst fälligen Denkzettel verpassen. Schlimm ist, dass wir gegenwärtig daran sind, in diesem Geschäft alles nur erdenkliche Negative zusammenzuschaufen, wodurch der Scherbenhaufen am Ende um so grösser sein wird.

Ich werde gegen diesen F/A-18-Kredit stimmen. Viele Argumente wurden dagegen ins Feld geführt. Eines scheint mir als Bewohner einer von militärischen Uebungen besonders heimgesuchten Gegend wichtig zu sein. Die Waffentechnologie hat heute einen Stand erreicht, bei dem beim Ueben Natur, Mensch und Umwelt immer stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. Irreparable Schäden entstehen; kostbare Naturreichtümer werden unwiderruflich zerstört. Die Belästigung der Zivilbevölkerung durch tieffliegende Kampfjets hat in den Tiefflugzonen das erträgliche Mass bei weitem überschritten. Vor allem auch deshalb, weil bei Tiefflugübungen auch gar nicht auf Siedlungsgebiete Rücksicht genommen wird.

Gerade weil moderne Waffen ein immer grösseres Vernichtungspotential aufweisen müssen, zerstören sie bei Uebungen Umwelt und Natur in immer grösseren Dimensionen und bedeuten im Fall der modernen Luftwaffe eine echte Gefahr für die Gesundheit besonders der älteren und schwächeren Menschen. Die moderne Waffentechnologie hat einen Stand erreicht, der es uns verbietet, dieses schon zu Friedenszeiten ins Verderben führende Weiterrüsten mitzumachen. Die natürlichen Grenzen sind bei weitem erreicht und überschritten. Gerade auch deshalb werde ich diesem Rüstungsvorhaben nicht zustimmen.

Fischer-Seengen: Gegen die Flugzeugbeschaffung wird immer wieder mit dem Argument gefochten, die heutige Bedrohungslage mache dieses neue Kampfflugzeug überflüssig. Herr Ledergerber beispielsweise hat davon gesprochen.

Dieses Flugzeug hat seine Aufgabe indessen nicht heute, sondern in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten zu erfüllen. Wer jedoch behauptet, er kenne die Bedrohungslage im Jahr 2000, 2010 oder 2020, ist ein Scharlatan. Wer von uns genau heute vor drei Jahren wusste, dass die osteuropäischen Völker ein paar Monate später ihre Souveränität wiedergewonnen haben würden, soll sich melden. Wer von uns wusste genau vor zwei Jahren, dass kurz danach der Irak Kuwait überfallen und dass eine grosse Koalition unter Führung der USA mit dem Segen der Uno dem Angreifer trotzen und ihn nach der präzisesten Luftoffensive der Geschichte, an der der F/A-18 erfolgreich teilnahm, zur Räson bringen würde? Wer von uns wusste vor einem Jahr, dass der von vielen gefeierte Gorbatjtschow im August letzten Jahres Opfer eines Putschversuchs sein würde und dass die Sowjetunion bis Ende Jahr in ihre Bestandteile zerfallen würde? Wer von uns wusste vor Jahresfrist, welch schreckliche Ausmasse der Bürgerkrieg in Jugoslawien annehmen würde, und wer weiss heute, welche Weiterungen daraus noch resultieren werden? Verantwortliche Politik kann und darf sich gerade in Zeiten des Umbruchs nicht darauf verlassen, dass der Ist-Zustand auch der Zustand von morgen, übermorgen und später sein werde. Unsere Entscheide auf solche Spekulationen abzustützen, wäre verantwortungslos. Wir müssen uns angesichts des Kreuzzuges der Linken und ihrer Verbündeten gegen die Beschaffung der 34 Flugzeuge fragen, ob die Finnen, deren Volkseinkommen beträchtlich unter demjenigen der Schweiz liegt, wissen, was sie tun, wenn sie jetzt beschlossen haben, mehr als 60 Maschinen des gleichen Typs zu beschaffen. Die Erklärung liegt vielleicht – ja sicher – darin, dass die Finnen in diesem Jahrhundert um ihre

Unabhängigkeit vom mächtigen sowjetischen Nachbarn haben kämpfen müssen und dass sie es mit grosser Tapferkeit getan haben; denn durch Erfahrung wird man bekanntlich klug.

In der zurückliegenden Diskussion wurde viel Unsinn über die notwendige Europafähigkeit des neuen Kampfflugzeuges verbreitet. Ich habe mich erkundigt, allerdings nicht bei französischen Occasionshändlern wie der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission dieses Rates. Man kann sich nämlich auf die Fachleute des EMD verlassen, und es ist auch nicht verboten, die jüngste Geschichte heranzuziehen. Im Golfkrieg hat sich der F/A-18 in den komplexen Operationen im Rahmen der 40tägigen Luftoffensive in verschiedenen Rollen voll bewährt. Er ist Nato- und damit auch eurokompatibel. General Schönbohm, deutscher Staatssekretär für Rüstung, ein wohl mindestens ebenso glaubwürdiger deutscher Experte wie der von der Sicherheitspolitischen Kommission angehörte General Manfred Opel, erklärte in der «Basler Zeitung» vom Samstag: «Der F/A-18 ist ein bewährtes Flugzeug, und er ist operativ einbindbar.»

Für mich ist klar:

1. Das neue Kampfflugzeug ist für eine glaubwürdige Landesverteidigung notwendig.
2. Das Vorhaben ist finanziell verkraftbar, ohne Einbussen bei anderen Aufgaben unseres Staates.
3. Alle vergleichbaren europäischen Staaten – mit wenigen Ausnahmen – haben neue Kampfflugzeuge beschafft.
4. Der F/A-18 ist eurokompatibel, er kann, wenn einmal gewünscht, in eine gemeinsame europäische Luftverteidigung eingebunden werden.
5. Das Parlament hat diesen Beschluss gemäss geltender Verfassungsordnung in eigener Verantwortung zu fassen. Das Volk kommt bei der Abstimmung über die Initiative voll zum Zug.
6. Die Beschaffungsmodalitäten sind Sache des Bundesrates. Entsprechende Einschränkungen durch die eidgenössischen Räte im Bundesbeschluss sind deshalb nicht angezeigt. Deshalb stimme ich der Beschaffungsvorlage ohne Wenn und Aber zu und werde diese Haltung auch im Abstimmungskampf dokumentieren.

M. Scheurer Rémy: F/A-18 ou autre machine! Mon jugement personnel ne me permettrait pas d'en décider puisqu'il serait celui d'un soldat sanitaire qui n'a conservé de ses effets que sa gourde et sa sacoche.

Cependant, je constate que la plupart des experts donnent leur préférence au F/A-18, et je sais que les experts sont rarement unanimes. Je constate, ce qui m'importe davantage, que les contrôles parlementaires ont été effectués avec conscience, compétence et rigueur. Je constate enfin, par de nombreuses lettres, que nos pilotes souhaitent l'acquisition de cet avion, et cela ne me laisse pas indifférent. A mon sens, le choix du F/A-18 est donc bon. Mais faut-il acheter des avions de combat, et faut-il les acheter maintenant?

Comme le risque de mort est collé à nos vies individuelles, le risque de guerre est collé à notre vie collective. Certes, la menace de guerre n'est pas apparente, mais elle peut ressurgir n'importe où, à n'importe quel moment, et pour diverses causes qui ne sont pas nécessairement celles auxquelles nous pouvons penser. A titre d'exemple, prenons une périodicité de sept ans et appliquons-la à l'Allemagne. 1914, 1921, 1928, l'Allemagne de Stresemann ne promettait-elle pas autre chose que l'Allemagne de 1935? Et qu'était devenu ce pays en 1942, en 1949, en 1956 et plus tard? Et qui a deviné les événements de 1989, et qui serait assez aventureux pour raconter la suite? Chacune des années évoquées nous montre que l'avenir est opaque et qu'il peut devenir très soudainement dangereux.

Mon devoir de parlementaire, notre devoir, Mesdames et Messieurs, est de constater l'imprévisibilité de l'avenir et de faire en sorte que notre pays ne soit pas démunie si un péril majeur survient dans le domaine militaire. Je me limite au domaine militaire, cependant je n'ignore pas les autres menaces qui s'ajoutent aux risques traditionnels mais qui ne les remplacent pas. L'acquisition d'avions de combat s'impose donc par le fait même que nous avons une armée, une armée dont le peuple a

décidé récemment le maintien; je le rappelle à tous ceux qui font semblant de l'avoir oublié. Notre armée, que nous soyons neutres ou engagés, doit avoir une capacité de dissuasion. Cette capacité a un coût, nous pouvons le payer; elle a aussi, sur d'autres plans, son prix et sa valeur.

Quant au moment de l'acquisition, il est certain qu'il ne sera jamais le plus opportun. Les avions partagent avec le matériel informatique et d'autres objets plus triviaux le privilège d'être dans l'attente de la génération suivante dès leur naissance. C'est le vieillissement de nos armes aériennes et le devoir de maintenir intacte notre capacité défensive qui nous obligent à procéder maintenant à cette acquisition. Et si dans vingt ou trente ans, ces avions, à leur tour démodés, sont envoyés à la casse, sans avoir jamais servi, nous ne pourrons qu'en être profondément heureux.

Pour le reste, on peut multiplier les faux-semblants, se réfugier avec un magot de 3,5 milliards, Monsieur Spielmann, dans l'AVS, comme si elle était une Assurance pour Vieux Staliniens. On peut aussi faire des déclarations tellement tortueuses et ambiguës que l'on ne sache plus si elles relèvent encore de la pensée politique du PDC ou déjà de la mauvaise foi.

Monsieur le Président, permettez-moi encore un voeu: que l'avenir de la défense nationale ne soit pas remis à ce qui n'est ni chair ni poisson et que la décision n'appartienne pas, en définitive, aux indécis!

Steffen: Mit der Minderheit der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi bin ich für Eintreten auf das Rüstungsprogramm 1992.

Als erstes möchte ich mich mit der sicherheitspolitischen Analyse befassen. Von Gegnern der Armee und von utopischen Bürgerlichen wird die Bedrohungslage verniedlicht, indem man eine gefährliche Bewusstseinsverweigerung betreibt und den europäischen Himmel voller Friedenstauben darstellt. Die aktuelle Lage zeigt aber für die neutrale Schweiz ein ganz anderes Bild, und dies trotz KSZE-Aktivitäten. Zerfallende Grossreiche und Einzelstaaten wie die GUS, Jugoslawien und die Tschechoslowakei beinhalten ein respektables Gefahrenpotential, das bei der Beurteilung der Lage zu berücksichtigen ist. Solange Bären, Adler, Gockelhahn, Fuchs und Schakale ihre Zähne, Schnäbel und Krallen nicht abgeschliffen haben, steht es dem kleinen Igel Schweiz wohl an, seine Stacheln aufgestellt zu halten.

Zu dieser Haltung ist unser Land wegen seiner international anerkannten Neutralität gegenüber der Völkergemeinschaft verpflichtet. Oder anders ausgedrückt: Von der Schweiz wird nach wie vor erwartet, dass sie ihre Landesverteidigung sicherstellt und die Verletzung der Neutralität nötigenfalls mit Waffengewalt verhindert. Hierzu braucht es eine Armee, und eine Armee ohne eigenen Luftschild ist schlicht ein Verbrechen an all den Soldaten am Boden, die bereit sind, das Land unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Herr Kollega Blatter hat sich ähnlich geäusserst. Die Partei der Schweizer Demokraten fordert in ihrem Legislaturprogramm 1991-1995 eine mit modernstem Material ausgerüstete Armee, und an diese Maxime halte ich mich ohne Wenn und Aber.

Hätte ich Söhne im wehrpflichtigen Alter, müsste ich ihnen bei einer Ablehnung der Beschaffung des F/A-18 durch Parlament und eventuell durch das Volk empfehlen, jede weitere Dienstleistung zu verweigern. Denn ohne Luftschild ist schon eine Mobilmachung ein verantwortungsloses Unterfangen.

In einem zweiten Teil möchte ich einige staatspolitische Überlegungen zur Art und Weise der Behandlung dieses Geschäfts durch Massenmedien, linke Aktivisten und kompromissbereite Politiker vortragen. Da wäre einmal die eingereichte GSoA-Initiative mit 180 000 beglaubigten Unterschriften. Hier warte ich auf die ausstehende Gültigerklärung. Alle nichtbeglaubigten Bogen zähle ich vorderhand nicht; sie könnten ja schliesslich aus dem Telefonbuch abgeschrieben sein, was ich allerdings nicht behaupten möchte. Als Bürger, der beim Unterschriften sammeln schon einige Paar Schuhe durchgelaufen hat, betrachte ich diese Initiative als staatspolitisch sehr fragwürdig, die beabsichtigte Eile bei ihrer Behandlung als einseitige Bevorzugung einer politischen Gruppe, deren erklärtes Ziel nach wie vor die Abschaffung der Armee ist.

Was die Behandlung des Geschäfts anbetrifft, liegt die Entscheidungsbefugnis nach Verfassung und Gesetz eindeutig beim Parlament. Das Volk ist nun einmal von diesem Entscheidungsprozess ausgenommen, ob uns das passt oder nicht. Jetzt muss ich auf die vierte Gewalt im Staate zu sprechen kommen, die nicht vom Volk gewählt ist. Das sind gewisse Redaktoren von Massenmedien, die im Vorfeld der Behandlung dieses vorliegenden Geschäfts auf eine Art und Weise aktiv wurden, die für mich inakzeptabel ist. Ich fühle und fühle mich als Parlamentarier wie ein Gladiator in einer römischen Arena, wo auf den Tribünen Medienfürsten und -kaiser die Massen auf schreierische Weise in einen politischen Prozess einbezogen, der nicht in der Kompetenz des Volkes liegt. Da wurden beispielsweise alle Parlamentarier telefonisch kontaktiert und ihre Stellungnahme zum F/A-18 verlangt, und dies lange vor der Behandlung des Geschäfts hier im Rat. Es gab x Meinungsumfragen, Radio- und Fernsehsendungen, letztere so moderiert, dass sich Befürworter wie die letzten Kriegsgurgeln vorkommen mussten. Und es wurden Gespräche mit hohen Politikern – auch Bundesräten – geführt, wo sich bestimmte Befragter einer Unhöflichkeit und Respektlosigkeit befreistigten, die sich mit der politischen Kultur unseres Landes nicht vereinbaren lassen. Als Redaktor einer Zeitung stufe ich die Pressefreiheit hoch ein. Aber was da zum Teil geboten wurde und wird, ist als einseitige Meinungsmache, ja Manipulation in aller Form zu verurteilen. Da ich dieses Medienproblem aus Zeitmangel nur sehr pauschal behandeln kann, bitte ich all jene Redaktoren und Moderatoren, die das Geschäft sachlich und klar bearbeitet haben, diese Kritik nicht auf sich zu beziehen.

Ich komme zum Schluss: Als wirklich unabhängiger Parlamentarier empfehle ich Ihnen, auf dieses Geschäft einzutreten und mit Ihrer Stimme dafür zu sorgen, dass unsere Söhne und Enkel in einer wohlgerüsteten Armee ihren Dienst leisten können.

On. Borradori: Il momento particolare, caratterizzato da un febbrile spirito europeista, in cui si svolge l'odierno dibattito mi obbliga a chiedermi se abbia ancora un senso parlare oggi di sicurezza della Svizzera o se non occorra piuttosto estendere la riflessione al concetto di sicurezza in ambito europeo. Il Continente si sta infatti organizzando, oggi economicamente, domani-forse-anche politicamente. La nostra partecipazione ai destini della Comunità europea, sotto una forma o l'altra, permette di ipotizzare che la Svizzera potrebbe prossimamente integrarsi in un sistema di difesa più allargato.

Il quadro strategico esistente all'interno del teatro europeo è oggi caratterizzato però da una profonda incertezza. Questa è in fondo – scusate il bisticcio di parole – l'unica certezza. Perché dunque avventurarsi in un acquisto tanto costoso proprio in questa fase di transizione? Fossimo confrontati con una minaccia militare ben definita, allora l'urgenza e la necessità di un nuovo aereo, tanto sofisticato, sarebbero più che giustificate. Nelle attuali circostanze, invece, assolutamente no! Oggi occorre dare la priorità ad altri problemi e «congelare» l'acquisto sino al momento in cui sarà più chiara la nostra posizione nei confronti della nuova fisionomia politica e militare europea. L'odierna occasione, credo, è propizia anche per abbozzare un breve dibattito sulle possibili opzioni future della nostra difesa, intesa in senso lato, senza ricondurre necessariamente la discussione al fragile e semplicistico interrogativo se non sia più opportuno investire nel campo sociale anziché in quello militare.

Se da una parte è infatti innegabile che con i 3,5 miliardi di franchi si potrebbero soddisfare in pieno le legittime aspettative dei nostri anziani, dei disoccupati e dei «nuovi poveri», è d'altro canto incontestabile che uno Stato che si rispetti deve essere in grado di assorbire le esigenze a sfondo sociale e contemporaneamente mantenere viva una potenzialità difensiva degna di questo nome.

Viviamo in un'epoca in cui le minacce sono molteplici e subdole. Minacce che esigono da noi una risposta dinamica e appropriata, con mezzi ed armi all'altezza della situazione. Quali? Innanzitutto tutti i mezzi che potrebbero favorire la pace o almeno contribuire a disattivare situazioni paragonabili a

delle vere e proprie bombe pronte a scoppiare – si pensi ad esempio all'Europa dell'Est o all'Africa del Nord. Poi le armi costituite dall'intelligenza e dal sapere del popolo svizzero. Sapere è potere, si dice, e un tale potere di certo non guasterà quando dovremo affrontare i momenti difficili che si stagliano, come nubi minacciose, al nostro orizzonte. A tal proposito va però stigmatizzato che il Parlamento ha, in un passato neppure troppo lontano, tagliato i crediti proprio per la ricerca. E infine vi è l'esercito, l'esercito che, come tutto quanto gli ruota intorno, ha l'esigenza di modernizzarsi, nelle strutture, nel funzionamento e nel materiale. L'esercito che non è solo aviazione, ma anche, per esempio, fanteria e artiglieria, sovente imprigionate ancora nella morsa di una concezione arcaica. Difenderci rimane oggi una prerogativa essenziale. Su questo non vi è alcun dubbio. Ma questi 34 aerei in discussione credo proprio che non rappresentino ciò di cui la Svizzera ha attualmente bisogno.

Oggi le circostanze si sono radicalmente modificate, per cui si impone un ripensamento, non da ultimo alla luce del periodo di profonda crisi economica che stiamo attraversando. La spesa per l'acquisto dei 34 aerei da combattimento rappresenta infatti una vera e propria provocazione all'indirizzo della gente e delle difficoltà finanziarie che essa quotidianamente incontra. E' quindi un atto particolarmente infelice, destinato ad allargare ulteriormente il fossato che oggi sussiste tra cittadino e classe politica. Ma non solo. Ciò che è più grave è che oggi la popolazione è in fondo fortemente in dubbio se l'esercito abbia ancora una sua ragione di esistere o meno. Una spesa così controversa come quella relativa ai 34 aerei da combattimento, se approvata, non farà altro che inasprire gli animi e rafforzare il fronte di coloro che si oppongono all'esercito, proprio perché sappiamo – e i sondaggi, pur discutibili, lo confermano in pieno – che questa scelta costosa e gravida di conseguenze non è per nulla condivisa dalla maggioranza della popolazione.

Non dimentichiamo che, qui da noi, dove ogni cittadino è anche soldato, la difesa armata deve necessariamente passare attraverso un consenso collettivo, deve giocoforza basarsi su una volontà popolare alla quale deve aderire perlomeno la maggioranza.

M. Zwahlen: Au risque de paraître insouciants et inconscients des menaces imminentées qui pèsent sur notre pays et d'être classés ainsi parmi les «tièdes manipulés» cités par M. Eggly, nous prenons la parole pour soutenir les propositions de renvoi de MM. Epiney et Wick.

Dans les circonstances connues à ce jour, il faut reporter toute décision après la votation populaire sur l'initiative, pour ensuite en peser et apprécier le résultat, quel qu'il soit. Eh oui, en démocratie directe, on doit rester à l'écoute du peuple, sinon il ne faut pas lui donner l'occasion de s'exprimer par le biais d'une initiative! Il faut faire face et s'opposer à cette initiative avec objectivité.

Dans les propositions Epiney et Wick, nous soutenons en particulier les références à une politique de sécurité européenne, et n'en déplaise à beaucoup de mes collègues sceptiques, celle-ci est en marche. L'Autriche se déclare prête à renoncer à la neutralité et à coopérer au système de sécurité de la Communauté sans réserve. La Belgique réduit ses effectifs de 85 000 à 45 000 hommes, tous professionnels, cela dans le cadre d'une future force européenne. L'Allemagne et la France réduisent également leurs effectifs et mettent en place une défense communautaire qui coûtera naturellement moins cher à chaque pays. M. Villiger lui-même n'exclut pas la participation de la Suisse à une telle politique de sécurité européenne.

Les propositions Epiney et Wick se réfèrent ensuite à une coordination de l'achat des avions avec le plan directeur «Armée 95» et à une limitation des dépenses militaires pour rejoindre, par exemple, le niveau de l'Autriche avec 1,2 pour cent du PIB. Nos moyens financiers sont limités en cette période de récession, et nous devons dégager des priorités d'investissements: par exemple, une aide accrue aux pays de l'Est par les programmes d'industrialisation, de modernisation et de lutte contre les risques extrêmes de pollution et d'accidents nu-

cléaires courus dans ces pays. Ce serait aussi des marchés compensatoires provoqués par des investissements de la Confédération qui seraient naturellement les bienvenus pour nos industries d'exportation. Parmi d'autres priorités, citons la recherche et les Ecoles polytechniques qui sont également créatrices d'emplois, la promotion économique, les transports, les caisses-maladie, les programmes en faveur de la jeunesse et des sports, et j'en passe.

Nous sommes fermement opposés à l'initiative du Groupe pour une Suisse sans armée, parce qu'elle est excessive dans son interdiction d'agir pendant près de dix ans, soit jusqu'à l'an 2000, et abusive dans son effet rétroactif. De plus, nous soutenons également nos industries d'armement et de munition qui, jusqu'à nouvel avis, sont créatrices d'emplois et d'exportations bénéfiques.

Pour conclure, nous devons admettre que la Suisse et son armée forment un vieux ménage qui a connu des hauts et des bas. L'initiative intempestive et spectaculaire que nous devrons bientôt traiter n'est qu'une divergence, qu'une «brinque» de ménage, en somme, qu'il faut aplanir pour éviter un divorce. Soyons donc beaux joueurs, les dépenses militaires ne sont finalement pas interdites d'imagination. Camper sur des positions dures et forcer la main au peuple suisse équivaudraient finalement à provoquer une rupture de confiance et à donner ainsi des ailes à ceux qui veulent précisément nous les couper. A défaut d'être puissants et riches, soyons futés et efficaces.

Je vous recommande de renvoyer l'objet au Conseil fédéral et de refuser tout achat d'avions dans l'immédiat.

Steinemann: Ich bin für den Flugzeugkauf, weil ich zu unserer Armee stehe. Wer keinen Sinn darin erkennen kann, mit den oft zitierten gleich langen Spiessen im neutralen helvetischen Luftraum bis 15 000 Meter hinauf für Ordnung zu sorgen, wird von einer Flugzeugbeschaffung natürlich nicht zu überzeugen sein.

Es gibt in diesem Geschäft nur technische Realitäten, und daneben gibt es eine Fülle von sicherheitspolitischen Mutmassungen. Um die Notwendigkeit einer tauglichen Luftverteidigung nachzuweisen, braucht es nur einen Blick auf die Karte unseres Kontinents. Der Hoffnungsformel «Kein Feind weit und breit, nur ewiger Friede» ist mit pessimistischem Risikobeurteilen und mit dem Studium der Geschichte anscheinend nicht beizukommen. Wenn für unser Land etwas mit Sicherheit nötig ist, dann die Luftverteidigung. Heutige Gefahrenherde, von der Ukraine über den Balkan bis Nordafrika, sind alle in Flugzeugreichweite. Auf den Schutz des Luftraumes zu verzichten, hiesse damit, die Zivilbevölkerung und die Truppen am Boden schutzlos preiszugeben. Eine solche Entblössung kann nur jemand in Kauf nehmen, der eine erpresserische oder eine direkte militärische Bedrohung auf Jahrzehnte hinaus ausschliesst. Solche hellseherischen Fähigkeiten muten sich anscheinend einige zu, obwohl sich unser Umfeld weder frei von explosiven Spannungsscherden noch frei von gewaltätig ausgetragenen Konflikten präsentiert.

Wenn wir also keine Flugzeuge kaufen, müssen wir logischerweise die Armee abschaffen, denn Halbheiten sind unwirksam und viel zu teuer. Es geht nämlich nicht nur um ein neues Kampfflugzeug, sondern grundsätzlich um den Erhalt der Luftwaffe. Ein Nullentscheid oder ein Moratorium bis zur Jahrtausendwende würde den moralischen und materiellen Zerfall der Flugwaffe bedeuten.

Sagen wir nein zu dieser Vorlage, dann wird in Zukunft mit ähnlichen Begründungen nichts mehr für die Armee beschafft werden können. Das will aber die Volksmehrheit nicht, das hat sie an der Urne klar ausgedrückt. Somit muss das Ja des Volkes zur Armee logischerweise auch ein Ja zur Beschaffung der notwendigen Mittel sein.

Im übrigen sollten die Aspekte der Arbeitsplatzerhaltung und der Technologie-Entwicklung für unsere Wirtschaft nicht ausser acht gelassen werden. Ein Teil dieser Flugzeuge würde in unserem Land produziert, und die USA haben sich verpflichtet, unserer Industrie Kompensationsaufträge zu erteilen.

Der amerikanische Hersteller ist bereit, der Schweizer Industrie Technologie und Know-how bekanntzugeben; damit wer-

den wir mit den modernsten Methoden und Werkstoffen bekannt, können diese Verfahren weiterverwenden und so ein hochtechnologisches Land bleiben. Ueber 50 Schweizer Firmen wären direkt am Bau des F/A-18 beteiligt, könnten davon profitieren, Arbeitsplätze erhalten oder neue schaffen.

Ob die Kaufverhandlungen durch das EMD schlecht geführt wurden, ist nicht abschliessend zu beurteilen. Was mich aber ärgert – das muss ich hier klar festhalten –, sind die abgemachten Vorauszahlungen; ich möchte mir hier im Parlament nämlich nicht als Hampelmann vorkommen. Diese Zahlungen werden eine Volksabstimmung zu diesem Geschäft unglaublich belasten.

Noch ein Wort zur Initiative. Ich betrachte diese als rechtlich zulässig, aber politisch bedenklich. Die Initianten haben die Achillesferse unserer Armee erfasst, nämlich ihre Glaubwürdigkeit, und sie haben das Leistungsvermögen unserer Luftwaffe realistisch eingeschätzt. Vehemenz und Systematik der GSoA-Aktivisten zeigen klar, dass es ihnen um mehr als um dieses Kampfflugzeug geht. Unser Parlament muss sich jetzt entscheiden; es darf sich nicht vor der Verantwortung drücken. Wenn das Volk die Abstimmung will, müssen wir dies akzeptieren; denn man darf durchaus gegen diese F/A-18 sein, beispielsweise auch, weil der Bundesrat den Entscheid für die EG-Beitrittsverhandlungen gefällt hat und sich damit für einige Leute andere Aspekte ergeben.

Die Panikmacher, die davor warnen, der F/A-18-Beschaffung zuzustimmen, weil sonst auf Kosten von Kultur, Forschung oder gar Renten gespart werde, dürfen wohl kaum eine fundierte Entscheidfindung beeinflussen. Da sind IWF-, EWR- und EG-Beitritt sowie «Bahn 2000» und Neat schon viel geeigneter Objekte, um solche Argumente vorzubringen; da geht es um weit grössere Milliardenaufwendungen.

Leider trifft man immer wieder auf vorgefasste oder populistische Meinungen, die auf genereller Gegnerschaft, bruchstückhafter Fehlinformation oder Unwissenheit beruhen. Irgendwie beneide ich aber die unfehlbaren Propheten der stets einzig richtigen Wahrheiten. Sie sind der mühsamen Willensbildung enthoben, um die ich jeweils noch ringen muss.

Wir haben eine Armee, zu der wir stehen, und wir brauchen einen Luftschild über der Schweiz. Deshalb stimme ich für diese Flugzeugbeschaffung und bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten.

Loeb François: Vor wenigen Tagen traf ich einen Israeli, der in seiner aktiven Milizzeit Kommandant einer Panzereinheit war. Er schilderte mir, wie er mit seiner Einheit im Jom-Kippur-Krieg unter Luftbeschuss kam, ohne dass ihm in den ersten Minuten die eigene Luftverteidigung zu Hilfe kam. Er sagte mir, ein schlimmeres Gefühl der Hilflosigkeit habe er nie mehr erlebt; Ausgeliefertsein sei das richtige Wort. Bereits das Erscheinen einiger weniger Flugzeuge hätte geholfen, hätte das Ausgeliefertsein beendet.

Auch wir haben eine Milizarmee. Ich möchte unter keinen Umständen – auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines Ernstfalles bei uns äusserst gering ist – unsere Milizarmee, unsere jungen Leute einem solchen Ausgeliefertsein aussetzen; es wäre schlicht nicht zu verantworten.

Als Parlamentarier bin ich für die Sicherheit unserer Milizarmee mitverantwortlich; ich bin nicht bereit, diese Verantwortung nicht wahrzunehmen. Ich stimme für die Beibehaltung des Luftschildes, für den F/A-18, und zwar als Parlamentarier, der Verantwortung zu tragen hat, als Schweizer, der sein Land aktiv verteidigen und seinen Sicherheitsbeitrag in Europa leisten will und – ich habe das bei der Debatte über die Initiative «Schweiz ohne Armee» bereits gesagt – auch als Angehöriger einer Minderheit, die aus der Geschichte gelernt hat, dass einzig Selbstverteidigung vor dem Ausgeliefertsein schützt.

M. Guinand: Si j'interviens dans ce débat, ce n'est pas pour me prononcer sur le fond de la question de l'acquisition de nouveaux avions de combat. Nous ne voyons guère, à ce stade de la discussion, quels arguments nouveaux pourraient être invoqués. C'est sur l'environnement qui entoure ce débat que je voudrais m'exprimer.

Je suis bien évidemment impressionné par le nombre considérable de signatures que l'initiative demandant qu'on renonce à acheter des avions de combat jusqu'à l'an 2000 a récoltées. La rapidité avec laquelle elles ont été obtenues, de même que le professionnalisme dont les auteurs de l'initiative ont fait preuve suscitent l'admiration. L'existence d'un vaste mouvement populaire désireux de pouvoir se prononcer est ainsi sans doute démontrée. Mais, de grâce, ne perdons pas les pédales pour autant! Ce n'est pas parce qu'une initiative a récolté 500 000 signatures qu'il faut tout à coup bouleverser nos institutions, manipuler les procédures, confondre les pouvoirs, perdre les nôtres et mettre en péril notre propre crédibilité, celle du gouvernement et finalement celle de l'Etat. En l'occurrence, les responsabilités sont clairement définies: celles tout d'abord du Conseil fédéral qui assume la responsabilité de donner à notre défense nationale les moyens de remplir sa tâche et qui, peut-être un peu tard, nous propose d'affecter une part importante du budget militaire à l'achat d'avions de combat. Celle ensuite du Parlement qui doit donner son accord à cette demande de crédit et qui est en droit, il en a même le devoir, d'examiner les propositions avec un oeil critique, mais qui, à l'issue de ses discussions, doit répondre par «oui» ou «non» à la demande de crédit. Celle du peuple enfin qui est en droit d'exercer les droits démocratiques que la Suisse a voulu aussi larges que possible, mais qui doit aussi en admettre les règles.

Or, à quoi assistons-nous? A un Parlement qui cherche par tous les moyens à échapper à ses responsabilités. Toutes les propositions de renvoi sont dilatoires. On ne veut pas, on a peur de se prononcer sur le fond. On se dit que si les propositions de renvoi sont rejetées, on soumettra nos décisions à certaines conditions pour avoir la conscience tranquille, d'une part, en donnant des ordres au Conseil fédéral sur l'exécution de la décision, d'autre part, en tentant de permettre l'organisation d'un référendum qui n'était pas prévu.

En donnant au Conseil fédéral des ordres d'exécution, on marque notre défiance envers le gouvernement qui est responsable des tâches d'exécution. On contribue à confondre les pouvoirs, on crée un fâcheux précédent qui, à l'avenir, mettra notre gouvernement en peine de négocier d'autres affaires avec d'autres partenaires qui ne manqueront pas alors de faire valoir que le Conseil fédéral pourrait bien ne pas avoir toutes les compétences d'exécution. En voulant adjoindre une clause référendaire qui n'était pas prévue, on ne fait que violer la loi que nous avons nous-mêmes adoptée et qui soustrait les arrêtés simples au référendum facultatif. En voulant hisser le crédit d'engagement au niveau d'un arrêté constitutionnel comme le propose un amendement, on se rend tout simplement ridicule.

Au lieu de cela, assumons donc nos responsabilités parlementaires. Certains nous disent: «Ayez le courage de renvoyer votre décision jusqu'à droit connu sur l'initiative récemment déposée». Pour moi, le courage réside davantage à oser trancher sur le fond: «oui» ou «non» voulons-nous autoriser le Conseil fédéral à acquérir de nouveaux avions de combat? La réponse doit être claire. C'est «oui» ou «non», mais ce ne doit pas être «oui, mais à condition que, etc.». Si la décision est positive, laissons donc le Conseil fédéral assumer ses responsabilités d'exécution.

L'initiative étant déposée, le Conseil fédéral se doit d'en tenir compte. Il doit le faire en agissant rapidement et en fixant le calendrier de l'examen de cette initiative.

S'agissant de l'exécution du contrat déjà conclu, c'est aussi la responsabilité du Conseil fédéral que de tenir compte du changement de la situation initiale. Il existe suffisamment d'instruments juridiques – nous pensons en particulier à la théorie de l'imprévision – qui devraient permettre au Conseil fédéral de renégocier certaines clauses du contrat. Le Parlement n'a pas les pouvoirs nécessaires pour le faire.

En assumant le choix qui nous est demandé, en laissant au Conseil fédéral ses compétences et ses responsabilités, notre conseil ne méprise pas la volonté populaire. Il manifeste au contraire, à l'égard de celles et ceux qui l'ont élu, qu'il entend assumer son mandat dans le respect de nos institutions qu'il a précisément pour tâche de défendre.

Mme Aubry: Dans la discussion au sujet du F/A-18, une chose est certaine: nous subissons depuis des mois, en tant que parlementaires, un terrorisme intellectuel inadmissible de la part des médias et du GSsA. Les grands problèmes suisses ne peuvent se résoudre à coup de sondages, de «médiocratie», de chantage à l'égard de parlementaires – j'ajouterais ni avec des récoltes de signatures dans certaines rédactions de Lausanne et de Berne. Où donc est l'éthique des journalistes? Il y a même jusqu'aux enfants qui ont été envoyés chercher des signatures dans les maisons; vous en avez la preuve dans un article du *Bund* d'hier. Ces faits démontrent bien que l'on veut empêcher l'Etat de fonctionner. Qui aimerait donc s'approprier le pouvoir? Pour l'instant encore, le pouvoir est entre les mains du Parlement et j'en ferai usage en votant pour le F/A-18, ceci pour les raisons suivantes.

Depuis l'initiative sur la suppression de l'armée, nous n'avons plus que des «experts en armement», que ce soit dans certaines officines obscures de saboteurs de notre démocratie, autour des tables du café du Commerce ou sur la place publique. Or, le choix d'un avion de combat ne se décide pas en quelques semaines ou quelques jours, il aura fallu sept ans. Si nous le refusons, les victimes de notre imprévoyance seraient les citoyens et le soldat suisse. Est-ce pour eux que l'on veut des avions d'occasion et au rabais, alors que les Finlandais, dont le PNB est bien inférieur au nôtre, jugent qu'avec le choix du F/A-18, le meilleur est juste assez bon pour la protection de leur pays? Ils ont encore ce qui nous manque: la volonté de se défendre et l'amour de leur patrie; toutes choses que l'on raille bientôt chez nous.

L'initiative contre l'achat du F/A-18 démontre bien que l'on a plongé les citoyens de ce pays dans l'insécurité, à un moment où la situation économique est plus que préoccupante et où elle le sera encore en 1993. On les a volontairement effrayés avec le chiffre de 3,5 milliards de francs, sans préciser les avantages que nous en retirerions, alors que le chômage arrive à des taux encore jamais vus. Si d'importantes industries s'installent à l'étranger, entraînant une hémorragie des cerveaux, si on arrive à supprimer 2000 emplois dans les usines de matériel militaire, ceci grâce à la bonne volonté du DMF, il y a des responsables à ces situations. Or, ceux qui créent le chaos économique et bientôt politique se gardent bien d'énoncer les avantages qui résulteraient de l'achat de cet avion: premièrement, l'acquisition de nouvelles technologies pour l'industrie et pour nos deux Ecoles polytechniques, ainsi que le maintien de nos pilotes; deuxièmement, la conclusion de contrats pour des milliers d'heures de travail et la possibilité pour des maisons suisses de développer des contacts sur le marché des USA; troisièmement, entre les contrats de fabrication, la participation directe et la sous-traitance offrant la garantie de l'emploi dans des secteurs de pointe qui, par la suite, intéresseront l'aviation civile, ce sont 2,5 milliards de francs qui retourneront en Suisse. Je me souviens qu'à l'époque des chars Leopard, alors que j'étais membre de la Commission militaire, ce sont 62 millions de francs qui ont été attribués à ma région. Ce n'est donc pas du vent.

Que ce soit à Genève, Granges, Aarburg, Manno, Le Locle et bien d'autres places, des travailleurs attendent la décision du Parlement pour ne pas être mis au chômage. C'est donc au monde du travail que nous aurons à rendre des comptes, aux chercheurs des Ecoles polytechniques, à nos troupes qui, sans protection aérienne, n'ont plus aucune raison d'exister, à nos pilotes qui ont démontré hier soir à la télévision romande leur foi dans un Parlement cohérent.

Si la classe politique est devenue faible ou se laisse manipuler, si elle devient démagogue sous la pression de certains grivois, c'est le pays entier qui partira dans une dérive économique et politique. Je refuse de me prêter à ce jeu et voterai le message du Conseil fédéral qui est un oui au F/A-18. Mais, je n'accepterai pas – et ceci est ma conclusion – la variante C. Pourquoi? Parce qu'elle a des désavantages. Elle ne commence qu'au début de 1994 alors que, comme je vous l'ai déjà dit, le chômage et la situation économique désastreuse sont encore prévus pour 1993. Il y a la réduction des prestations directes de 20 pour cent, plus la réduction des accords compensatoires.

Pour toutes ces raisons, je voterai le message du Conseil fédéral.

On. Maspoli: Prendo la parola a titolo personale per ribadire i motivi che mi spingono a rifiutare l'entrata in materia sull'oggetto in discussione.

Ieri e oggi in questa sala si sono sentite le argomentazioni più disparate a favore e contro l'acquisto del F/A-18, tutte valide, tutte sostenibili e pertanto tutte degne del massimo rispetto. Mi sia concesso però di dire che taluni accenti catastrofistici da «Apocalypse now» posti dai rappresentanti dei verdi, così come le tendenze «terzomondiste» evidenziate da alcuni rappresentanti della sinistra trovano legittima collocazione nell'ambito di qualche comizio preelettorale, ma a mio modesto modo di vedere non portano nulla e comunque nulla di costruttivo al dibattito in corso.

Fino a questo momento nessuno in questa sala ha approfondito i motivi che hanno portato alla disaffezione del nostro popolo nei confronti dell'esercito e cioè di quell'organismo che in caso di necessità è chiamato a difenderlo da qualsiasi aggressione. Ora, se oltre 500 000 cittadine e cittadini firmano l'iniziativa che in pratica toglie al Consiglio federale la possibilità di difendere il Paese, qualche ingranaggio si è inceppato, e ciò significa soprattutto che è venuto a mancare il rapporto di fiducia tra cittadino e autorità politica.

Mi piace ribadire che, se oggi siamo arrivati a questo punto, la colpa non va cercata tra i partiti – e qui mi permetto di contraddir il collega Cavadini Adriano – e neppure tra la stampa, bensì in seno al Consiglio federale stesso. Un Consiglio federale che più o meno tacitamente ha accettato che per decenni anche da questa stessa tribuna si denigrasse il nostro Paese e le sue strutture portanti.

Per oltre 20 anni il Governo ha subito l'influenza di persone che predicavano il marxismo come panacea a tutti i mali e che – benché i Paesi totalitari che prendevano ad esempio spendessero somme immense per i loro eserciti – hanno fatto del «dagli all'armata elvetica» il loro cavallo di battaglia.

Oggi, queste stesse persone hanno allargato il loro raggio d'azione. Oltre all'esercito denigrano le nostre banche ed il benessere che la classe media ha saputo creare in Svizzera. E' cambiata la musica, ma la danza è sempre la stessa, così come identico è l'obiettivo finale che rimane la destabilizzazione del nostro Stato.

E' evidente che le cittadine ed i cittadini svizzeri in questa situazione devono sentirsi sfiduciati ed insicuri, e lo sono perché il Consiglio federale a più riprese ha dimostrato di non essere più in grado di imporre la sua linea e la sua idea.

Ebbene, on. Villiger – e mi dispiace dirglielo – io rappresento in questo Consiglio nazionale cittadine e cittadini sfiduciati ed insicuri, cittadini che appartengono a quella classe media che ha costruito la Svizzera e che oggi non si sente più protetta dalla classe politica. Una classe politica che anzi cerca con tutti i mezzi di distruggerla, sia con una politica monetaria irragionevole, come pure con un sistema fiscale che tende sempre più a penalizzarla e soprattutto con una serie di provvedimenti nell'ambito della protezione ambientale che hanno lo scopo principe di indispettire la gente senza portare nulla, e vorrei sottolineare nulla, alla causa ecologista.

A questa gente, on. Villiger, gente che fa fatica a pagare la Cassa malattia, gente che fa fatica ad arrivare alla fine del mese – Lei non può chiedere di spendere 3,5 miliardi di franchi per acquistare un avion da combattimento. Ed è per questo motivo che io invito le mie colleghe ed i miei colleghi a non entrare in materia, ed invito il Consiglio federale a riproporre l'acquisto del F/A-18 o di un altro aereo da combattimento, dopo che sarà stato in grado di riconquistarsi la fiducia del popolo.

Miesch: In allen Fragen sollen das Wohl und die Anliegen unseres Volkes im Vordergrund stehen. Ich beziehe mich ebenfalls in vielen meiner Aeusserungen auf mein Volk. Tatsächlich, auch mein Volk steht dem Kauf von 34 F/A-18-Flugzeugen äusserst skeptisch bis ablehnend gegenüber. Soll oder muss ich folgerichtig ebenfalls gegen diesen Kauf sein? Wir wissen es alle: In Rüstungsfragen ist das Parlament abschlies-

send zuständig. Wir waren daher verpflichtet, uns mit dem Geschäft des F/A-18 vertieft auseinanderzusetzen; wir haben dies getan, in den Kommissionen und in den Fraktionen.

Aufgrund dieser Auseinandersetzungen haben wir uns eine Meinung gebildet und sind nun in der Lage, ja oder nein zu sagen. Wir konnten uns über die Art und Weise, wie das EMD diese Vorlage bearbeitet hat, ein Bild machen. Wir haben auch Fehler entdeckt, und die Vorauszahlungen regen mich persönlich ebenfalls auf. Ich bin kein Volksvertreter, der nach Bern reist, um über etwas zu bestimmen, das teilweise schon bezahlt ist. Ich bin jedoch der Ueberzeugung, dass Bundesrat Villiger und das EMD im grossen und ganzen seriöse und gute Arbeit geleistet haben. Meine Informationen reichen aus, um definitiv zum F/A-18 ja sagen zu können.

Nun zurück zum Volk. Ein Teil davon signalisiert mit der GSoA-Initiative, dass es mitreden will. Entscheiden muss es aber noch nicht. Die Entscheidfindung und die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft müssen noch folgen, denn die Art und Weise, wie das Volk bis heute von den Medien über den F/A-18 informiert wurde, ist geradezu fahrlässig. Wenn ich in Betracht ziehe, wie unsere Medien diesen F/A-18 bis heute einseitig verdammt haben, muss ich mich eigentlich wundern, dass die Umfragen für den F/A-18 nicht noch ungünstiger ausfallen sind. Ich bin zuversichtlich und überzeugt, dass die befristete Anstellung von Andreas Gross als Sonderberichterstatter gegen den F/A-18 bei Fernsehen DRS, Radio DRS, «Blick» und «Bilanz» bald einmal auslaufen wird. Ich glaube auch, dass die «Rundschau» bald wieder einmal eine Informationssendung wird, in deren Sendezeit auch die andere Seite zu Wort kommt.

Die andere Seite, die Ihre, Herr Bundesrat Villiger, rufe ich auf, aktiv zu werden, denn Sie verkaufen dem Volk kein «Spielzeug für Piloten», sondern Sie schliessen mit dem Kauf des F/A-18 eine Lücke in der Luftraumüberwachung zugunsten einer umfassenden und glaubwürdigen Landesverteidigung. Dem Schweizer Volk und im besonderen den Unterzeichnern der Initiative muss endlich klarer Wein eingeschenkt werden über die wahren Absichten von GSoA-Chef Gross und seinen Vasallen oder Genossen. Durch eine professionelle und ebenso aggressive wie engagierte Informationspolitik muss endlich Gegensteuer gegeben werden. Das EMD, Herr Bundesrat Villiger, darf in diesem Zusammenhang getrost noch aktiver werden.

Den GSoA-Aktivisten geht es einzig und allein um Systemveränderung. Der F/A-18 ist lediglich ein Vehikel. Letztlich geht es nicht um die Flugzeugbeschaffung, sondern es ist eine weitere Etappe auf dem Marsch durch die Institutionen im Hinblick auf das Endziel, nämlich die Abschaffung unserer Armee und damit die Verunmöglichung einer auch in Zukunft nötigen und durchaus sinnvollen Landesverteidigung. Nun zitiere ich unsere Kollegin von Felten in der «Basler Zeitung»: «Ich bin für die Abschaffung der Armee, und jeden Schritt in diese Richtung finde ich gut.» Ohne Zweifel gilt es, die beachtlich hohe Unterschriftenzahl, welche zusammengebracht worden ist, sehr ernst zu nehmen. Dennoch scheint es mir voreilig zu sein, sämtliche Bürgerinnen und Bürger, welche die Initiative unterschrieben haben, a priori als Gegner dieser Flugzeugbeschaffung anzusehen. Vielmehr scheint zumindest ein Bedürfnis zu bestehen, dass der Stimmünger abschliessend über dieses Geschäft entscheiden kann.

Infolgedessen steht dem Eintreten auf das Geschäft seitens unseres Rates wirklich nichts entgegen, und ich bitte Sie, in diesem Sinne zu entscheiden.

Fasel: Wer es wagt – und erst noch kritisch –, über ein Beschaffungsgeschäft des EMD nachzudenken, gerät in Verdacht, die Schweiz zu verraten, oder, wie mir in den letzten Tagen ein Ratskollege geschrieben hat, in Verdacht, unchristlich zu sein.

Trotzdem ein paar Anmerkungen aus christlichsozialer Sicht: Als Volksvertreter steht uns die Aufgabe zu, mit jedem Geschäft – auch wenn es aus dem EMD kommt – kritisch, verantwortungsvoll umzugehen. Tatsache ist, dass sich die Bedrohungssituation grundlegend geändert hat; der Eiserne Vorhang ist gerissen. Die einstigen klassischen Feinde und Feind-

bilder sind uns abhanden gekommen. Sich vom alten Feindbild zu trennen, fällt manchen Armee-Exponenten – so scheint es – ähnlich schwer wie seinerzeit die Trennung von der Kavallerie. Dass die bisherigen Flugzeuge alt geworden sind, ist noch kein Grund, einfach neue zu kaufen. Dies wäre blinde Fortschreibung von Bestehendem, ohne sehen zu wollen, dass sich unsere Umgebung verändert hat und dass damit auch die Bedrohungssituation eine qualitativ andere geworden ist. Es geht nicht mehr darum, mit neuen Flugzeugen den Zweiten Weltkrieg zu bewältigen und uns vor Feinden zu schützen. Die Gefahren, die die Schweizerinnen und Schweizer mit Sorge erfüllen und Anlass geben zu Vorsorge und Schutz, heissen Umwelt, heissen Migration, heissen Nord-Süd-Spannungen. Hier entstehen die neuen Spannungen, die Bedrohungssituationen entstehen lassen; hier haben deshalb Friedenspolitik und Verteidigungspolitik anzusetzen.

Es sollte auch nicht versucht werden, den Kauf des F/A-18 mit beschäftigungspolitischen Ueberlegungen zu rechtfertigen. Denjenigen, die das in letzter Zeit auch per Pressekonferenz getan haben, möchte ich entgegenhalten, dass sie ein zynisches Spiel mit all jenen treiben, die gegenwärtig in einer konjunkturell schwierigen Situation, um ihre Arbeitsplätze bangen. Mit dem F/A-18 werden diese Arbeitsplätze weder geschützt noch erhalten. Ich sage dies auch deshalb, weil gerade mit dem Argument der Beschäftigung, mit dem Argument der Arbeitslosigkeit in diesem Europa andere ihre Diktatur aufgebaut und Krieg geführt haben. Wenn schon Beschäftigungspolitik, dann können die 3,5 Milliarden Franken weit effizienter eingesetzt werden, so beispielsweise in jenen Regionen, die jetzt auch durch das Armeeleitbild 95 am ehesten betroffen sind.

Ich bitte Sie, dem Kauf des F/A-18 nicht zuzustimmen.

M. Friderici Charles: Permettez-moi tout d'abord de déclarer mes intérêts conformément à l'article 3quinquies de la loi sur les rapports entre les conseils. Comme appointé automobile incorporé dans les troupes du génie, je suis directement intéressé, et avec moi tous les soldats de cette arme, par une couverture aérienne efficace. En effet, en cas de conflit, les soldats du génie devraient construire ou réparer des ouvrages en avant des lignes amies. Comment effectuer ce travail sans une maîtrise du ciel de notre pays?

Passé ce préambule, il est difficile d'être le 54e orateur individuel sur ce thème, aussi ne serai-je pas présomptueux au point de prétendre apporter de nouveaux éclairages dans ce débat. Je voudrais toutefois relever combien ce projet de nouvel avion militaire peut être porteur d'espoirs pour une importante partie de l'industrie helvétique. Non pas un espoir temporaire limité à la fourniture d'un certain nombre de pièces destinées à cette série de 24 appareils ni même à quelques commandes supplémentaires pour des avions finlandais, américains ou coréens – quelques pays parmi d'autres qui ont choisi cet avion – mais un espoir de reconversion à des techniques civiles d'avant-garde capables d'assurer plusieurs milliers d'emplois dans les années à venir.

M. Eggly l'a brièvement souligné, l'industrie suisse sera associée à la construction de cet avion. Elle ne se cantonnera pas dans la fabrication de pièces mineures pour lesquelles il suffit d'avoir des connaissances technologiques limitées. Quelques industriels ont déjà fait des efforts financiers importants, investissant dans des centres d'usinage ultramodernes et dans la formation de leur personnel pour être en mesure de produire les composants de cet avion pour lesquels ils ont passé des contrats provisoires avec les fournisseurs. La plupart d'entre eux ont également obtenu l'agrément des fournisseurs pour produire des pièces destinées aux avions civils, voire même des contrats avec des entreprises tournées vers la recherche spatiale.

Il ne faut pas se leurrer. Au cours de ces dernières années, l'industrie suisse, tout en restant performante, s'est laissée distancer dans quelques domaines de pointe qui sont aujourd'hui des secteurs porteurs en matière de recherche et de développement. A ce titre, il faut souligner les possibilités de formation de nouveaux ingénieurs qui s'offriraient à nos Ecoles polytechniques fédérales en cas d'acceptation de cet achat.

Plusieurs projets de collaboration entre les Ecoles polytechniques fédérales et les fournisseurs de cet avion sont déjà prévus. Quelques professeurs et étudiants ont déjà eu l'occasion de se rendre dans des laboratoires d'essai aux Etats-Unis, notamment dans le domaine de la recherche sur la résistance des métaux, ou de développer des programmes informatiques. Les responsables de nos Ecoles polytechniques fédérales et de notre industrie constatent depuis quelques années que l'enseignement des techniques de pointe se heurte à un problème de débouché après la fin des études. En effet, le tissu industriel helvétique se distend et nous pouvons être légitimement préoccupés par ce fossé qui se creuse par rapport à nos concurrents directs.

La proposition faite au président de la Commission de la politique de sécurité, M. Hubacher, par quelque obscur marchand d'armes – à moins que ce ne soit le Parti socialiste français qui ait conclu tardivement un contrat de coopération avec son homologue suisse – n'apporte pas les mêmes garanties en matière de développement technologique.

Après le dépôt de l'initiative du Groupe pour une Suisse sans armée, cette proposition est un leurre supplémentaire destiné à troubler les radars du Parlement. Nous ne pouvons participer à cette partie de navigation aux instruments, dans laquelle excellent certains de nos collègues, médiateurs dans l'âme, que ce soit auprès de Saddam Hussein ou auprès des fournisseurs de cet avion. Je suis conscient que les arguments économiques et technologiques ne doivent pas l'emporter dans ce débat. Cependant, je crois sincèrement que nous ne pouvons pas négliger cet aspect qui permettrait à notre industrie de combler un fossé qui irait en s'élargissant au cours des prochaines années.

C'est pourquoi je vous invite à voter le programme d'armement qui vous est soumis, dans la version du Conseil fédéral.

Dreher: 500 000 Unterschriften – ein Teil davon sogar beglaubigt – sind zweifellos eine beeindruckende Leistung. Das Ergebnis wird nun auch kurzerhand mit der «Volksmeinung» gleichgesetzt. Wir sind absolut dafür, dass diese Initiative zur Volksabstimmung gelangt. Wir benötigen jetzt Zeit für die argumentatorische Aufrüstung. Es wird Sache der armeefreundlichen Kreise sein – ich erachte sie immer noch als Mehrheit in diesem Land –, ihre Argumente durchzubringen, und wenn wir in der Volksabstimmung eine einzige Stimme mehr haben werden, werden nicht 17 Flieger beschafft, sondern 34. Wir werden da die Formel der Demokratie, $\frac{1}{2} + 1$, auszureißen wissen!

Fakten, technische Argumente, politische Konstellationen und deren Beurteilung haben wir heute und gestern bis zum Ueberdruss gehört.

Es ist an der Zeit, wieder einmal einige ideologische Komponenten in die Diskussion einzubringen. Es ist doch nie um den Flieger gegangen! Es ist doch überhaupt nie um die Beschaffung eines Kampfflugzeuges gegangen, sondern es ging und geht um eines: Es geht um die Abschaffung der Armee mit anderen Mitteln – unter Missbrauch eines Volksbegehrns –, und es geht darum, das System umzukrempeln! Um gar nichts anderes geht es! Hier stellt sich nun doch einmal vital die Frage, wie lange der faule Zauber mit diesem Zauberfilz noch mitgemacht werden soll. Diese Frage stellt sich. Meine Damen und Herren von den bürgerlichen Bundesratsparteien: Wie lange wollen Sie da noch mitmachen? Banken-Initiative, Stadt-Land-Initiative, Armeeabschaffungs-Initiative, F/A-18-Initiative, ja was braucht es denn eigentlich noch, bis bei Ihnen die politische Schmerzschwelle erreicht ist? Wann ist für Sie einmal der Ofen aus? Wann werden Sie dazu übergehen, nicht mehr in dieser faulen Koalition zu kollaborieren, nicht mehr Ihre bürgerlichen Positionen, die Sie vor den Wahlen Ihren Wählern als Ihre politischen Maximen verkaufen, in den Von-Wattenwyl-Gesprächen an die Sozialisten zu verraten? Wann hört das einmal auf? Sie beklagen sich über die Staatsverdrossenheit des Volkes. Ja, wir wundern uns nicht darüber. Die Staatsverdrossenheit des Volkes ist doch eine direkte Folge dieser Politik. Wir haben doch keine klare politische Positionierung mehr. Wenn in Deutschland die Sozialdemokraten regieren, machen

sie sozialdemokratische Politik. Und wenn eine CDU/CSU/FDP-Koalition regiert, dann macht diese Politik nach ihren Wertvorstellungen. Aber was wir hier als Folge dieser Politik haben, ist eine bürgerliche Politik mit permanenten Abstrichen. Damit hintergeht man die Wähler; das ist nicht wegzudiskutieren. Diese F/A-18-Geschichte ist ein weiterer Stein, der aus diesem Gebäude herausgebrochen wird, so dass es eines Tages einstürzt; ich weiß nicht, wie lange es noch dauern wird. Wir haben jetzt gesehen, einmal mehr, dass mit den Sozialisten kein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann, dies in einer so vitalen Frage wie der Landesverteidigung. Natürlich weiß auch ich, dass die Sowjetunion zusammengebrochen ist und dass im Augenblick kein Feind auf weiter Flur ausgemacht werden kann – aber ich empfehle Ihnen, einmal die Bücher über Bundesrat Minger zu lesen. Es ist doch wie vor 40, 50 Jahren! Wer hat damals die Wehrkredite blockiert? Es waren die Sozialisten. Aber damals waren sie nicht im Bundesrat. Heute betten wir sie noch in die Regierung ein, wir ernähren die Opposition an den Fleischköpfen des Staates! Und es ist ja wohl der Gipfel der politischen Verblödung, wenn ein mehrheitlich bürgerliches Nationalratsbüro Herrn Gross Andreas noch in die Sicherheitspolitische Kommission wählt. So etwas ist doch weltweit einmalig!

Sieber: Ein Pfarrer sollte ja nie das letzte Wort haben, aber ich habe nur beinahe das letzte Wort. Ich könnte sagen, ich möchte ein Wort zum Werktag halten, kein Wort zum Sonntag, und was ich zu sagen habe, fällt vielleicht ein bisschen aus dem Rahmen.

Mit Ihnen zusammen habe ich schon einige Stunden diese Debatte verfolgt. Ich bin zur Ueberzeugung gekommen, dass Befürworter und Gegner im Grunde genommen eines wollen – sicher, das attestiere ich allen –: Sie bemühen sich um Substanz in unserem Land, in unserem Staat; man denkt an Europa, man denkt an die Entwicklung einer Menschheit, das ist überall spürbar geworden. Ich habe aber auch den Eindruck, dass es uns allesamt bei all diesen Ausführungen an einer Idee mangelt. Mir fehlt eine Vision!

Ich möchte das mit einem Bild, mit einem Symbol darlegen. Es dünkt mich, wir seien alle irgendwie eingerahmt, in einem nicht nur politischen Rahmen. (*Hält einen hölzernen Rahmen in die Höhe*) Dieser Rahmen ist zum Teil sehr egozentrisch. Ich möchte das klar sagen: Ich will das Regiment in unserem Land weder den Numismatikern übergeben noch all denen, die auf dieser oder auf jener Seite von einer Katastrophe reden. Wir sprachen von sicherheitspolitischen Tatsachen und Fakten, von strategischen Fakten; wir sprachen von Europakompatibilität, wir sprachen von finanzpolitischen Themen. Wir kommen auf 3,5 Milliarden Franken, die man vielleicht niemals zu Hause, aber vielleicht im Bundeshaus zum Fenster hinauswerfen kann, weil die Fenster hier so gross sind, aber wie immer denke ich an folgendes. Wir alle sind im Rahmen drin. Wir sind gefangen in einer Eigengesetzlichkeit. Es sind irdische, verständliche, menschliche Gedanken.

Nun fühle ich mich berufen. Ich habe in meiner Jungfernrede in diesem Rat gesagt, ich würde hier als Theologe mitwirken. Ich möchte Ihnen – den Befürwortern und den Gegnern – folgendes zu bedenken geben. Mir hat in all diesen Diskussionen ein Wort gefehlt, das in unserem Land, in Europa und weltweit eine Rolle spielt. Dieses Wort heisst Friede! Friedenssicherung! Friedenspolitik! Und diesen Frieden kann ich auf keine andere Art darstellen, als dadurch, dass ich diesen Rahmen sprenge und diese beiden rechten Winkel verschiebe. (*Teilt den Rahmen in zwei rechte Winkel*) Also Friede! Sagen Sie jetzt nicht, das sei eine Utopie, da komme der typische Pfarrer, der vom Himmel rede und nichts von der Erde wisse, der von irgendwelchen Zukunftsvisionen rede, die nicht real seien. Meine Lieben, was Christus an Liebe und Gerechtigkeit gebracht hat, ist das Realste, was es für eine Menschheit, für unser Land, für unsere Zukunft gibt! Und wenn wir von Christus reden, dann rede ich nicht von irgendwelchen Göttern, sondern von der Menschwerdung: Macht's wie Gott, werdet Menschen! Und das gilt für Gegner und Befürworter! Dann haben wir Freiräume. (*Vereinigt die beiden rechten Winkel zu einem Kreuz*)

Das erste, was ich aufgrund dieser Mitte, dieser Christus-Mitte, zu sagen habe, ist: Das Volk soll entscheiden. Die glaubwürdigste Instanz in unserem Land ist für mich die Bevölkerung. Also heisst die Forderung: warten, bis das Volk entschieden hat. Weiter heisst es: Wir reden von Stärke – mit Armeen und Waffen –, warum könnten wir nicht einmal dazu stehen, dass wir alle schwach sind, und bei den Schwachen beginnen, vom Kreuz her?

Es gibt andere Fronten als nur die militärischen. Wir kennen in unserem Land die Armut, wir kennen die Drogensucht. Am letzten Sonntag, über Pfingsten, sind im Sune-Egge in Zürich vier junge Menschen gestorben, die alle von der Gasse kamen und kein Spital aufsuchen konnten. Ich rede von der Wohnbevölkerung, die zum Teil nicht wohnen kann, von den Obdachlosen; von denen, die keine Arbeit haben, den Arbeitslosen, und ich rede von der Natur, die in unserem Land und in unserer Welt heute schwach ist. Vom Kreuz her setze ich mich für die Schwachen ein, und das heisst abschliessend: dass es richtig ist, wenn wir das Volk entscheiden lassen, dass es falsch ist, wenn weiterhin Zahlungen geleistet werden, und dass wir nach wie vor in der Präambel unserer Bundesverfassung die Worte stehenlassen sollen: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» und nicht «Im Namen der Menschen, der ohnmächtigen!».

Mühlemann: Eigentlich hätte es Herr Pfarrer Sieber verdient, das Schlusswort zu halten. Ich bin mit ihm einig, dass wir alle den Frieden wollen; darüber besteht überhaupt kein Zweifel. Wir alle wissen, dass das Volk in dieser schwierigen Frage entscheiden wird, und ich finde das auch gut. Aber der Friede, wie er sich uns präsentiert, ist eben ein sehr brüchiger Friede. Wir befinden uns zwar zum ersten Mal am Ende eines Weltkrieges, ohne dass ganz grosse bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Der Dritte Weltkrieg ist für den kommunistischen Machtblock verloren.

Dieses Trümmerfeld hat nicht hinübergeführt in einen heilen, erkennbaren Frieden, sondern in eine labile Friedenssituation, bei der wir nicht wissen, was herauskommt. Wir haben eine ähnliche Debatte schon beim sicherheitspolitischen Bericht geführt und dürfen feststellen, dass Bundesrat Villiger hier als erster den Grundstein für alle weiteren Schritte in der Sicherheitspolitik gelegt hat.

Ich bedaure, dass die Vorstellungen über das Armeeleitbild 95 nicht klar genug in Erscheinung getreten sind. Die Beschaffung des Flugzeuges steht nicht isoliert im Raum, es ist ein notwendiger Bestandteil einer halbierten, modernisierten Armee, einer Armee, die sich – mit mechanisierten Verbänden ausgerüstet – nur mit einem Luftschild bewegen kann. Die grosse Frage, die sich hier stellt, ist einfach, ob wir mit dem bisherigen Luftschild auskommen oder eine Erneuerung brauchen.

Ich glaube fest, dass das Volk – wenn wir nächstes Jahr abstimmen – verstehen wird, dass wir unseren Soldaten nicht zumutten können, sich in Panzern und Schützenpanzern ohne Schutz in der Luft zu bewegen. Demzufolge ist diese Abstimmung sehr wichtig. Es ist keine Abstimmung über eine militärische Frage, sondern letztlich über die Frage: Wollen wir die bisherige Sicherheitspolitik fortführen, oder wollen wir sie abrupt abbrechen? Noch einmal wird die Frage gestellt: Wollen wir eine Armee, oder wollen wir keine? Wenn wir zu diesem Flugzeug nein sagen, kann man die halbierte, mechanisierte «Armee 95» nicht realisieren; dann muss man die Landesverteidigung in dem Sinne verändern, dass wir wieder zu einer Armee von Infanteristen zurückkehren. Das kostet auch einiges, aber ist militärisch relativ nutzlos.

Diese Debatte wird im Vorfeld der Abstimmung geführt werden. Wir müssen für diese Abstimmung relativ gute Voraussetzungen schaffen. Die besten Voraussetzungen sind, dass wir jetzt – wie der Ständerat – zu dieser Beschaffung ja sagen und möglichst wenig Mittel vorinvestieren.

In dieser Beziehung unterstütze ich den Vorschlag, den Bundesrat Villiger als Variante C vorgelegt hat, eine Variante, die der Rüstungschef in den Vereinigten Staaten vernünftig und gescheit ausgehandelt hat, eine Variante, die von der CVP aufgenommen worden ist. Diese Variante C ist der beste Ausweg aus der vorläufigen Sackgasse hinein in eine Volksabstim-

mung, da stimme ich mit Ihnen, Herr Sieber, überein: Das Volk hat zu Recht das letzte Wort.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 11.05 Uhr
La séance est levée à 11 h 05*

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Freitag, 12. Juni 1992, Vormittag
Vendredi 12 juin 1992, matin

07.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

91.080

Rüstungsprogramm 1992 Programme d'armement 1992

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 917 hier vor – Voir page 917 ci-devant

Leu Josef: Zunächst eine Vorbemerkung: Ich gehöre zu den bürgerlichen Vertretern in der Sicherheitspolitischen Kommission, welche in dieser Eintretensdebatte von Frau Haering Binder in stil- und taktloser Art verunglimpt wurden. Genauso wie Sie, Frau Haering Binder, in Ihrer spitzen, zynischen Art und als Armeegegnerin in dieser Kommission respektiert werden, haben auch Sie Ratsmitglieder zu respektieren, die in einer gewissen Selbstverständlichkeit zu unserer Landesverteidigung stehen, dafür auch einiges geleistet haben und daher nicht bereit sind, alles zu zerreden, unnötig zu komplizieren oder gar zu ideologisieren und zu verhindern.

Nun zur Sache: Für mich persönlich geht es beim Rüstungsprogramm 1992 um drei Punkte:

1. Ob wir den Mut und die Verantwortung beweisen, von den verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Parlamentes Gebrauch zu machen und in Kenntnis der Sachlage, ihrer Zusammenhänge und Konsequenzen zu führen und zu entscheiden. Unsere Wählerinnen und Wähler haben ein Recht, vor einer Volksabstimmung zu wissen, wie wir denken und wo wir stehen.

2. Ob wir den Tatbeweis in Friedenszeiten – nämlich die materielle Aufrechterhaltung und Verteidigungsbereitschaft – zu erbringen bereit sind; ein Tatbeweis, der glaubwürdig ist und auch vom Ausland entsprechend verstanden wird. Wir bleiben damit im internationalen Umfeld sicherheitspolitisch berechenbar und leisten hierfür auch unseren solidarischen Beitrag. Wir bleiben damit auch in anderen wichtigen Bereichen berechenbar und ein verlässlicher Partner.

3. Ob wir zwischen Wahrung und Missbrauch von Volksrechten unterscheiden können. Nach den armeopolitischen Volksabstimmungen von 1987 und 1989 fragen wir nach wie vor die Verantwortung und erfüllen den Volkswillen, wenn wir unserer Milizarmee und unseren Soldaten diejenigen Mittel zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Uniform haben einen Anspruch darauf, dass sie in der Erfüllung ihrer Aufgabe, die sie nach der Verfassung auch unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens zu erfüllen haben, optimal ausgerüstet, geschützt und unterstützt werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.

Rückstuhl: Die Frage nach dem Sinn eines Votums ist berechtigt, wenn bereits über 50 Redner vor den Rat getreten sind und wenn man erst noch an einem vorgezogenen Sitzungsbeginn spricht, nach Fraktionsausflügen und für viele auch nach einer kurzen Nacht.

Eigentlich hatte ich es einmal mit Herrn Kollege Ruf. Ich habe mir bei diesem Geschäft die Entscheidfindung wirklich nicht leichtgemacht. Als ich dann auf der Waage zwischen Zustimmung und Ablehnung vom EG-Beitrittsgesuch des Bundesrates gehörte habe, schien mir ein Nein zur eigenständigen Verteidigung gerechtfertigt. Dann kam ich aber doch zu einem anderen Schluss, der lautet: Jetzt erst recht. Wenn schon der Bundesrat zwischen Selbstbehauptung und Selbstaufgabe schwankt, darf sich das Parlament nicht schon bei der ersten Frage zur Selbstbehauptung in die Büsche schlagen.

So überzeugt ich heute bin, dass wir in Zukunft eine militärische Bereitschaft und dazu notwendigerweise eine Luftwaffe haben müssen, so überzeugt bin ich auch, dass noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist. Diese Aufklärungsarbeit ist unsere Aufgabe, wenn das Volk im vollen Wissen um die Bedeutung dieser Vorlage entscheiden soll. Ausser einem Teil der Presse haben wir bei dieser Aufgabe wenig Verbündete. Ich bitte deshalb den Bundesrat, noch einmal zur Aufteilung der Kosten pro Flugzeug und der übrigen Kosten für Geräte, Bauten und Anlagen, Simulatoren, Munition usw. öffentlich Stellung zu nehmen. Weshalb besteht ein Unterschied zwischen dem Preis für unsere Jäger und den Preis für die finnischen Jäger? Man hört ja von 65 Millionen Franken pro Stück.

Aufgrund der Diskussion und der Abstimmung in der Fraktion weiss ich, dass ich mit meinem Antrag keinen Erfolg habe, der Kredit sei um eine Milliarde Franken zu kürzen und die Stückzahl sei auf 20 Jäger zu begrenzen. Warum beharrt der Bundesrat so sehr auf der jetzigen Beschaffung aller 34 Flugzeuge?

Glücklicherweise kann uns heute niemand ein mögliches Feindbild schildern, das in absehbarer Zeit eine starke Luftkampfflotte erfordert. Leider kann uns aber auch niemand garantieren, dass wir durch Krisen und Bedrohungen nicht wieder einmal zu beschränkten Aktionen in der Luft gezwungen werden. Langfristig ist nicht abzusehen, ob wir nicht wieder einmal auf einen Ausbau der Luftwaffe angewiesen sind. Keine Beschaffung hiesse den Anschluss verpassen, und zwar materiell wie personell.

Es geht also heute darum, dabeizubleiben, den Ausbildungstand zu halten, den Luftpolizeidienst sicherzustellen, den Pilotennachwuchs zu motivieren und zu fördern, den Technologietransfer zu sichern und den Einsatz unserer übrigen Flugzeuge zu ermöglichen und allenfalls zu leiten.

Ich bin überzeugt, all diese Ziele könnten auch mit weniger Maschinen erreicht werden. Ich frage Sie deshalb, Herr Bundesrat: Wären weniger nicht mehr als allenfalls gar keine Flugzeuge? Kann der Bundesrat die Verantwortung tragen, wenn er in einer Zeit allgemeiner Sparappelle zu hoch gepokert hat? Als ehemaliger Fliegerabwehrkanonier und Wachtmeister könnte ich es nicht verantworten, meinen Söhnen einmal einen militärischen Verteidigungseinsatz ohne den bestmöglichen Schutz im eigenen Luftraum zuzumuten.

Ich bitte deshalb Herrn Bundesrat Villiger, die Antworten auf diese Überlegungen in seine Ausführungen einzubeziehen.

Iten Joseph: Um dem Wunsch des Ratspräsidenten zu entsprechen, die Debatte etwas zu straffen, sind wir uns einig geworden, dass aus meinem Kanton nur einer spricht. (Heiterkeit) Ich werde auf den Beschaffungsantrag eintreten. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass in der Botschaft meiner Meinung nach ein staatspolitisch wichtiges Element zu kurz kommt. Das Dogma «Landesverteidigung ist nötig, um das Land zu verteidigen» reicht mir intellektuell nicht aus. Die Aussage, wir bräuchten für unseren Luftraum einen eigenen Schutzhügel, um unseren Luftraum zu bewachen, zu verteidigen und zu sichern, ist mir als Argument zu territorial, zu geographisch. Staatspolitisch von viel grösserer Bedeutung ist doch der Wille zu diesem Schutz und zu dieser Selbstverteidigung. Hier liegt das Problem; damit fängt es an. Hier brauchen wir Antworten unserer Regierung, denn unsere jungen Menschen wollen wissen, warum sie dieses Land verteidigen sollen. Sie wollen wissen, was hier besser ist als anderswo, eben besser als das, was sie bekämen oder hinnehmen müssten, wenn sie sich nicht verteidigten. In unserem prinzipiell demokratischen und auch prinzipiell freiheitlichen Europa hat sich

der Begriff «Freiheit» bei uns wie bei den anderen gewandelt; er hat neue Akzente bekommen. Während viele unserer Nachbarländer in den letzten Jahren liberaler geworden sind, haben wir uns in der Gegenrichtung entwickelt. Durch die gesetzgeberische Missbrauchsbekämpfung der letzten Jahrzehnte haben wir zwar viele Missbräuche verhindert, aber auch vielen Anständigen Freiheiten genommen. Dies wirkt sich langfristig auf die Befindlichkeit eines Volkes aus. Ein junger Künstler sagte mir vor wenigen Tagen, die Schweiz sei seiner Meinung nach nicht mehr ein typisch freiheitliches Land, denn nicht mehr der Bürger habe den Staat im Griff, sondern der Staat habe den Bürger im Griff. Mit Staat meine er alle, die in diesem Land und an diesem Volk Macht ausübten, nicht nur die Regierung; diese auch, gemeint aber seien alle, die uns täglich vorschrieben, was wir tun oder sogar denken sollten. Das spüren natürlich auch unsere jungen Menschen, und weil sie dies spüren, brauchen sie Antworten auf die Frage nach dem Sinn dieser Landesverteidigung. Diese Antworten brauchen nicht nur die jungen Leute, denn die Probleme der Uebervölkerung, der Ueberalterung, der Alterspflege, der Altersversorgung, des Verkehrszusammenbruchs und vor allem die erschreckend anwachsende Aggression der Menschen gegeneinander sind die Sorgen von uns allen. Auch die Probleme der Drogensucht sind nicht mehr nur Probleme der Süchtigen selbst, sondern der ganzen Umgebung. Auch in unserem Land gibt es Menschen – auch nicht nur ältere –, die sich an bestimmte Orte in den Städten schon gar nicht mehr getrauen, sich also nicht mehr frei fühlen.

Mir ist klargeworden, dass wir uns mit diesen Fragen vor allem bei der Behandlung der Entwaffnungs-Initiative auseinandersetzen müssen. Wenn wir uns diesen Fragen stellen, glaube ich, haben wir eine Chance. Ich will Ihnen, Herr Bundesrat, jetzt schon Mut machen, diesen Kampf frühzeitig zu beginnen und erfolgreich zu führen. In meinem Kanton jedenfalls werden Sie eine zwar kritische, aber nach wie vor opferbereite Bevölkerung finden. Wir haben seit Jahrzehnten die Auswirkungen eines Militärflugplatzes und einer Flugzeugfabrik ertragen, aber wir haben auch deren soziale und volkswirtschaftliche Vorteile kennengelernt. Wir ertragen in unserer Mehrheit lieber einen Flieger, der nicht nötig ist, als einen, der uns fehlt, wenn wir ihn brauchen. Dass dies so sein dürfte, möchte ich Ihnen zum Schluss mit zwei Zahlen belegen: Ich habe mich nach den Zahlen der GSoA-Initiative aus meinem Kanton erkundigt und auf der Bundeskanzlei die Auskunft bekommen, es seien 141 beglaubigte Unterschriften aus dem Kanton Nidwalden abgegeben worden. Bei mir im Pult befinden sich 2518 Unterschriftenbogen – auch aus meinem Kanton –, mit denen ich ersucht werde, Ihrem Beschaffungsantrag zuzustimmen.

Frau Hollenstein: Heute wird mit unserem Beschluss wieder ein neues Stück Geschichte geschrieben. Es könnte sein, dass in zwanzig Jahren Schülerinnen und Schüler unseres Landes auf die Geschichte von Mitte Juni 1992 ganz stolz sind. Herr Sieber vermisste gestern die Vision. Ich lade Sie ein, sich auf einen utopischen Text im Schulbuch des Jahres 2012 einzulassen:

Mitte Juni 1992 – vor zwanzig Jahren –, als unsere Mütter und Väter Wege suchten, um ein gerechtes und umweltverträgliches Europa mitzugealten, hatten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Nationalrates über die Beschaffung von Kampfflugzeugen zu entscheiden. Im Vorfeld dieses grossen Tages hatte der Ständerat zu jener Zeit wenig innovativ und eher blockierend dem Antrag des Bundesrates zum Kauf von 34 F/A-18 zugestimmt. Von den Freisinnigen – damals eine grosse schweizerische Partei – hatte nur gerade jener Neue aus Glarus die Mehrheit des Volkes vertreten und den Kredit abgelehnt. Der Nationalratsdebatte waren viele Tage Kommissionsarbeit der Sicherheitspolitischen Kommission vorausgegangen. Trotz des stundenlangen Anhörens und des Bestätigenlassens der eigenen Meinung hatten es die Kommissionsmitglieder verpasst, über die grundsätzliche Frage des Bedürfnisnachweises ernsthaft nachzudenken. Dies war zu jener Zeit auch verständlich, denn die grosse Mehrheit der Kommissionsmitglieder gehörte zu den damaligen Hardlinern der Schweizer Armee und konnte keine anderen Vorstellun-

gen aufkommen lassen, als dass Kampfflugzeuge der Friedenssicherung dienen würden. Doch im Nationalrat war die Stimmung wider Erwarten ganz anders. Es entstand bald der Eindruck, dass die Rednerinnen und Redner der CVP sich von vornherein auf ihr «C» im Parteinamen besonnen hatten und dadurch selbstverständlich einsehen mussten, dass mit Waffen kein Krieg verhindert werden konnte. Durch die Rückbesinnung auf das «C» wurde allen dem «C» verpflichteten Politikerinnen und Politikern einsichtig, dass weder für die Schweiz noch für das damalige Europa eine weitere Flugzeugbeschaffung zu verantworten wäre.

Die eindrückliche Debatte hatte zur Folge, dass die sogenannten Zweckbestimmungen von jenem Tag an viel weniger stur gehandhabt wurden. Das heisst, die ursprünglich dem EMD zugesprochenen Milliarden wurden nach einer Grundsatzdebatte für dringende Probleme der damaligen Zeit verwendet. Noch heute, zwanzig Jahre später, kann unsere Jugend stolz darauf sein, dass die damaligen Verantwortlichen mit etwas Mut und viel Feingefühl für das Wesentliche den Flugzeugkredit ablehnten und mit grossem Engagement friedensfördernde Massnahmen einleiteten.

Auch Bundesrat Villiger konnte schliesslich den Gewinn für sich verbuchen, hatte er doch mit viel Kreativität dazu beigetragen, dass ein Teil der 3,5 Milliarden Franken für die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze verwendet wurde. Zwar stimmte der schweizerische Entscheid die Firmenpartner in den USA und in der Schweiz nicht gerade glücklich. Doch nach einer vorübergehenden Phase der Aggression folgten Einsicht und Akzeptanz. Eigentlich hätten die USA ihre eigenen Flugwaffen, wie oftmals eindringlich beteuert wurde, trotz dem ablehnenden Entscheid der Schweiz herstellen können. Doch der schweizerische Entscheid veranlasste auch die USA, ihre Rüstungsgelder von nun an in friedensfördernde Massnahmen zu investieren. Die ersten Millionen wurden in der Schweiz wie in den USA dazu verwendet, die bis anhin von abwehrstrategischem Denken geprägten Männer der Armee in gruppentherapeutischen und gruppendiffamatischen Seminaren auf ihre eigentliche Aufgabe der neu entstandenen Friedensvision auszubilden. Dabei wurde grösstes Gewicht auf die Bedeutung der demokratischen Aspekte eines Landes gelegt.

Einen zweiten Aspekt bildete die Sinnfindung, die allen Teilnehmern zur Wiedererlangung ihres zutiefst verletzten Selbstbewusstseins verhalf. Damit war das knapp vorhandene Geld sinnvoll investiert, und das Volksvertrauen in das eidgenössische Parlament schnellte von jenem Tag an in steiler Kurve nach oben. Weil die Menschen die folgenden Jahre vermehr ans Prinzip «Frieden schaffen ohne Waffen» glaubten, wurde einsichtig, dass keine Panzer und andere Waffengattungen mehr nötig waren. Statt Armeedienst wurden freiwillige Kurse eingeführt, in denen die jungen Leute den Umgang mit der Natur und das Erleben der Natur wieder erlernten. Nebst dem Zugang zur Welt wurden in den Kursen auch neue Möglichkeiten der gewaltlosen Konfliktlösung und der zwischenmenschlichen Wertschätzung eingeübt.

Hauptgrund für all diese Veränderungen waren das grossmehrheitliche Nein des Nationalrates zum Rüstungsprogramm 1992 und die Unterstützung des Antrages zur Friedensförderung am 12. Juni 1992.

Soviel aus dem Schulbuch des Jahres 2012. Haben wir Visionen, und realisieren wir sie!

Jöri: Die sicherheits- und militärpolitischen Argumente für und gegen die Flugzeugbeschaffung sind in extenso ausgebretet worden. Was mich aber – auf einer anderen Argumentationsebene – zutiefst beunruhigt, ist die Tatsache, mit welcher Unverfrorenheit die Erhaltung der Arbeitsplätze herbeibemüht wird, wohlverstanden in Ermangelung von Sachargumenten. Die Region Zentralschweiz ist besonders stark von der Entwicklung im Militärbereich betroffen. Insgesamt müssen unabhängig vom Fliegergeschäft 510 Stellen gestrichen werden. Allein der Flugplatz Emmen muss 30 Stellen aufgeben.

So glücklich wir über die militärische Entspannung sowohl global wie in Europa sind, so verheerend ist es für jede einzelne und jeden einzelnen, arbeitslos zu werden. Es sind Menschen davon betroffen, die plötzlich vor der unausweichlichen

Tatsache stehen, nicht mehr gebraucht zu werden. Wir hoffen, dass sich der Bundesrat seiner sozialpolitischen Verantwortung bewusst ist und adäquat handelt. Stichworte: gerechte Sozialpläne, Umschulungsangebote, sozial gerechte Frühpensionierungen. Dies alles vor dem Hintergrund einer globalen Entwicklung, die gottlob und hoffentlich gesichert weniger Waffen benötigt – unabhängig vom F/A-18-Entscheid. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Flugzeugwerkes Emmen z. B. sind einerseits besorgt über den möglichen Verlust ihres Arbeitsplatzes. Was sie aber ebenso, wenn nicht noch stärker beschäftigt, sind das Nichthandeln oder die Unfähigkeit der Verantwortlichen, auf die neue Situation zu reagieren. Zu spät eingeleiteter Strukturwandel ist für den Abbau der Arbeitsplätze verantwortlich.

Zur Flugzeugbeschaffung: Wie inszeniert gibt der Direktor des Flugzeugwerkes Emmen am Samstag vor der grossen Debatte des Nationalrates bekannt, dass bei einer Ablehnung des Flugzeugkaufs bis 1997 jährlich 70 Stellen abgebaut werden müssten. Eine bedrohliche Botschaft ist uns Luzernern damit auf den Weg nach Bern in die Mappe gelegt worden. Unterschwellig fühle ich mich unter Druck gesetzt, weil ich erstens als potentieller Arbeitsplatzkiller hingestellt werde und zweitens noch die Suppe für das Nichthandeln der Verantwortlichen in diesem Militärbereich auszulöffeln hätte. Dieses politisch fragwürdige Spiel mit den Aengsten von Lohnabhängigen weise ich in aller Form zurück.

Ich misstrau auch den Argumenten des Vereins Schweizer Maschinen-Industrieller, die wegen der Aussicht auf erkleckliche Gewinne plötzlich als Retter der Arbeitsplätze auftreten. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die letzten Jahre haben uns drastisch vor Augen geführt, wie unter dem Titel «Strukturwandel» Tausende von Arbeitsplätzen weggeradiert wurden. Ich misstrau diesen Kreisen, weil sie im politischen Werktag staatlich gesicherte Aufträge fordern und in den ordnungspolitischen Sonntagsreden das Hohelied der freien Marktwirtschaft predigen. Worte wie Deregulierung, Privatisierung – wenigstens jener Bereiche, die Gewinn abwerfen – stehen in einem inneren Widerspruch zur Haltung in der Frage der Flugzeugbeschaffung. Wenn es jene Kreise mit der langfristigen Erhaltung der Arbeitsplätze ernst meinen, so müssen sie klar dafür einstehen, dass die zur Diskussion stehenden 3500 Millionen bis 7000 Millionen Franken in den Strukturwandel unserer Wirtschaft und nicht in eine Branche ohne Zukunftsaussichten investiert werden. Der Redlichkeit halber müssten diese Kreise die aufgezeigten Zusammenhänge jenen Menschen im Flugzeugwerk Emmen oder in anderen Rüstungsbetrieben vortragen und nicht tiefesitzende und verständliche Aengste für eine äusserst fragwürdige Beschaffung mobilisieren und missbrauchen.

Mein Ratskollege Karl Tschuppert aus dem Kanton Luzern hat gesagt, wir sollten uns nicht durch momentane Stimmungen unter Druck setzen lassen. Ich sage: Lassen wir uns nicht von einer epochalen Entwicklung auf wirtschaftspolitischem und sicherheitspolitischem Gebiet kalt erwischen.

Frau Grossenbacher: Auch für mich wäre es schön, zu einem Flugzeugkauf jetzt nein sagen zu können. Auch ich würde die 3,5 Milliarden Franken lieber für Umweltanliegen als für Kriegsmaterial ausgeben. Auch ich bin für Friedensförderung, Friedenserziehung, für eine Gesellschaft, die mit Konflikten umgehen kann. Auch ich wünschte mir Frieden statt Krieg. Wünsche entsprechen aber leider selten der Realität. Wie sieht diese Realität denn aus?

Gewalt und Brutalität nehmen zu. Wir haben sie vor der Haustüre. Gehen Sie abends einmal durch die Strassen dieser Stadt. Familienmitglieder erschiessen einander. Ueberfälle, nicht nur in den Städten, geschehen am heiterhellen Tag. Jugendliche verüben Terroranschläge. Auf vielen Schulhöfen hat der Stärkste das Sagen. Wir, die Bewohner eines demokratischen Landes, bringen es nicht fertig, im Frieden miteinander zu leben. Und solange es Gewalt im Kleinen gibt, solange wird es Gewalt im Grossen geben. Das heisst im Klartext: Krieg. Denn Krieg ist letzten Endes eine Angelegenheit von Menschen.

Niemand in diesem Saal wird behaupten können, wir lebten in

einer stabilen Welt. Niemand kann erwarten, dass in den nächsten Jahren nichts Unerwartetes geschieht. Ebenso schnell wie Grenzen fallen, können sie auch wieder entstehen. Eines ist sicher: Wir bewegen uns weltweit nicht auf den Frieden zu. Aus diesen Gründen brauchen wir leider immer noch eine Armee, die ihren Auftrag, den Schutz unserer Bevölkerung, zu erfüllen hat. Nicht Angriff, sondern Verteidigung ist ihre Aufgabe, und dazu braucht es eben diese Kampfflugzeuge. Solange wir ein neutrales Land sind, müssen wir unser Land und vor allem und zuerst die Menschen in diesem Lande schützen, und zwar allein, ohne Hilfe von aussen, denn kein anderes Land würde uns diese Aufgabe abnehmen.

Die Alternative wäre ein europäisches Sicherheitskonzept. Die Verwirklichung würde – realistisch gesehen – Jahre dauern. Weil ich all die Gefahren für unser Land erkenne, bin ich als Parlamentarierin verantwortlich, so zu entscheiden, wie ich es für den Schutz der Menschen in diesem Lande als richtig erachte, auch wenn dieser Entscheid unpopulär ist und von vielen nicht verstanden wird.

Ich entscheide mich lieber heute für ein Flugzeug, das – ich hoffe es wenigstens – nie gebraucht wird, als gegen ein Flugzeug, das nicht da ist, wenn wir es nötig hätten. Die Auswirkungen könnten katastrophal sein.

Rechsteiner: Es gibt viele Gründe gegen die Beschaffung des F/A-18. Viele sind auch schon genannt worden. Ich möchte hier nur auf einen näher eingehen. Er steht im Zusammenhang mit dem, was die Beschaffung des F/A-18 für die zukünftige Schweizer Militärpolitik heisst oder heissen kann.

Gegenüber früheren Flugzeugbeschaffungen oder überhaupt gegenüber früheren grossen Rüstungsbeschaffungen hat sich ja in verschiedener Hinsicht einiges geändert, nicht nur der Umstand, dass innenpolitisch zum ersten Mal eine ganz klare Bevölkerungsmehrheit gegen diese Beschaffung ist, sondern auch und vor allem die Tatsache, dass die Beschaffung bei der heutigen Situation in Europa und auf der Welt in einem völlig neuen Licht erscheint. Für die Schweiz allein ergibt nämlich die Beschaffung – auch rein militärisch betrachtet – keinen logischen Sinn, denn in absehbarer Zeit wird die Schweiz nur noch von EG- bzw. EWR-Staaten umgeben sein, wird sie nun selber Mitglied oder nicht. Und selbst in der härtesten Abwehrstrategie gegen die EG macht der F/A-18 keinen Sinn, ist für ihn kein Platz.

Ganz anders sieht es aus, wenn sich die Schweiz in einem Militärbündnis integriert. Dann ist der F/A-18 nichts anderes als eine rüstungsmässige Vorleistung für den Eintritt in ein Militärbündnis. Und genau das ist das Gefährliche bei der Beschaffung des F/A-18: Sie bereitet den Weg für diese Integration vor. Herr Bundesrat Villiger spricht diesen Zusammenhang auch immer offensiver an; er wird auch bereits in der Botschaft thematisiert. Es ist schon auffällig, wie und in welchem Tempo Bundesrat Villiger in letzter Zeit die Neutralität – auch in ihrem militärischen Kernbereich – demontiert. Der militärische Kernbereich besteht im wesentlichen aus der Militärbündnisfreiheit. Und die Militärbündnisfreiheit soll – mindestens lassen Aussagen von Bundesrat Villiger darauf schliessen, aber auch Aussagen einer Studiengruppe, die der Bundesrat eingesetzt hat – in Zukunft nicht mehr dazugehören. In diesem Zusammenhang gewinnt die Beschaffung des F/A-18 einen ganz besonderen Sinn.

Einen Schritt weiter geht noch Generalstabschef Heinz Häsler in einem Interview gestern in der Zeitung «La Suisse». Er fordert für die Schweiz offen den Beobachterstatus bei der Nato. Herr Bundesrat Villiger, was halten Sie davon, dass Generalstabschef Häsler den Nato-Beobachterstatus fordert? Sind Sie darüber informiert? Wenn ja: Was halten Sie von einem solchen Vorgehen, von solchen Plänen auf dem Hintergrund des heutigen Neutralitätsrechts? Wenn nein: Wie ist eine solche Aussage Ihres Generalstabschefs zu bewerten? Das ist doch etwas, was das Parlament entscheiden müsste, nicht der Bundesrat und schon gar nicht der Generalstabschef.

Wenn die Beschaffung der F/A-18 für die Schweiz isoliert keinen Sinn ergibt und wenn diese Beschaffung nur einen konkreten militärischen Sinn ergibt, falls sich die Schweiz in ein Militärbündnis integriert, dann ist diese Beschaffung nicht zu

verantworten, kann sie nicht gerechtfertigt werden. Denn eine EG-Integration muss und darf nicht Integration in ein Militärbündnis heissen.

Eine rüstungsmässige Vorleistung für den Eintritt in ein Militärbündnis ist deshalb ebenso unzulässig, wie es die finanziellen Vorleistungen waren und sind.

Scherrer Werner: Die Debatte geht langsam zu Ende. Gestern abend war im Fernsehen davon die Rede, Herr Bundesrat Villiger habe gesagt, er habe in der Debatte keine Argumente gehört, die er nicht schon gekannt habe. Aber ich denke, er ist wohl froh um jeden, der hier vorne die Flugzeugbeschaffung befürwortet. Und er wird sicher noch zufriedener sein, wenn wir dann auch in der Volksabstimmung über die GSoA-Initiative voll hinter ihm stehen.

Als Vertreter der EDU möchte ich hier ein weiteres Mal eindeutige Unterstützung der Wehrfähigkeit unserer Armee bezeugen. Wir sind für die sofortige Beschaffung der 34 Kampfflugzeuge F/A-18, und ich lehne alle eingereichten Rückweisungs- und Abänderungsanträge ab.

Wie schon andere Redner betont haben, ist diese Flugzeugbeschaffung absolut nötig, und der vorgeschlagene F/A-18 ist die gegenwärtig beste Lösung. Wir garantieren damit zwei wichtige Dinge: einmal die Durchsetzung der Lufthoheit und einen wirksamen Schutz des Luftraumes, und zwar zu allen Tages- und Nachtzeiten und bei jeder Wetterlage. Nur das Beste ist gut genug. Das sieht man am Beispiel der israelischen Armee. Wenn man dort mit Leuten der Armeeführung spricht, schütteln sie nur den Kopf darüber, dass wir in der Schweiz debattieren, ob wir vielleicht Flugzeuge der zweiten oder dritten Generation beschaffen wollen. Es geht aber grundsätzlich auch um den Erhalt unserer Flugwaffe. Ein Nullentscheid oder ein Moratorium bis zum Jahr 2000, wie das die GSoA-Initiative vorsieht, würde den moralischen Zerfall unserer Luftwaffe bedeuten.

Finanzpolitisch könnten die Ausgaben von 3,5 Milliarden Franken durchaus verkraftet werden, ohne dass andere Staatsausgaben gekürzt oder gestrichen werden müssten. Wenn Finnland mit rund 5 Millionen Einwohnern, einem Pro-Kopf-Einkommen von 35 000 Franken und einem Bruttosozialprodukt von 174 Milliarden im Jahre 1991 64 dieser F/A-18 kaufen kann, sollte die Schweiz auch in der Lage sein, bei einem fast doppelt so grossen Bruttosozialprodukt von 327 Milliarden und einem Pro-Kopf-Einkommen von 48 000 Franken 34 Maschinen, also rund die Hälfte, zu kaufen. Unsere Ausgaben für die Armee steigen ja nicht an, sondern werden EMD-intern umverteilt.

Noch einige Worte zur Bedrohungslage: Ich bin erstaunt, dass verschiedene Parlamentarier erklärt haben, es gebe für uns keine Bedrohung mehr. Das ist völlig naiv. Wir wissen, dass im Osten nach wie vor grosse Angriffspotentiale vorhanden sind. Wir wissen auch, dass im Nahen Osten aufgerüstet wird wie nie zuvor. Wir wissen um die Aggressivität der islamischen Staaten. Es ist deshalb unerklärliech, wie jemand dazu kommt zu sagen, es gebe keine Bedrohung mehr. Die ganze Situation in Europa und überhaupt auf der ganzen Welt ist sehr unstabil, und man kann sagen: Die Unsicherheit ist unser grösster Feind.

Ich habe Verständnis für alle, die für Friedenssicherung und Friedenssuche eintreten. Wenn wir die Flugzeugbeschaffung bejahen, sind wir weder kalte Krieger, noch sind wir an Gewalt interessiert. Wir möchten auch den Frieden, aber aus einer Position der Stärke heraus werden wir am besten für den Frieden eintreten können.

M. Couchevin: Pour le groupe radical, ce long débat a un résultat. Il le confirme dans son choix en faveur du maintien d'une armée crédible, dotée d'une aviation crédible.

Comme tous, après la chute du mur du Berlin, nous avons espéré un monde plus sûr et plus pacifique. C'est pour cela que nous avons voulu, avec beaucoup d'entre vous, que la décision au sujet de l'avion vienne après le rapport de sécurité. Aujourd'hui, nous devons choisir. Le groupe radical refuse la fuite hors de la réalité politique et militaire. Dans une proportion de quinze contre un, il votera l'achat de l'avion.

La réalité, c'est que ce monde, et même ce continent, est moins sûr que jamais pour celui qui refuse de se défendre. La réalité est que si l'on veut – comme vous le voulez et comme nous le voulons – combattre la pauvreté et les causes des migrations, les risques écologiques, il faut d'abord assurer sa sécurité physique et, à l'échelle d'un pays, celle-ci a un nom, c'est l'armée.

Durant cinquante ans, nous avons vécu dans un monde relativement simple, où l'on pouvait avoir la tentation d'identifier l'adversaire, le royaume du mal, comme l'avait dit naïvement et imprudemment M. Reagan, avec le totalitarisme, qu'il soit celui du nazisme ou du communisme. Ce qu'il y a de curieux aujourd'hui, c'est que ceux-là mêmes qui, justement, se moquaient de M. Reagan, font comme s'il avait raison. Pour eux, parce que le communisme est en déconfiture, le royaume du mal a disparu. C'est évidemment faux, et l'on voit réapparaître en Europe, comme si la peste revenait, des démons du XIXe siècle tels que le nationalisme, et cela dans des pays qui ne sont pas et de loin les plus pauvres du continent. Les puissances, comme l'on disait au XIXe siècle, pratiquent même, à l'occasion, la politique de la canonnière.

Notre groupe ne fuit pas la réalité en fantasmant sur une sécurité européenne qui n'existe pas encore ou qui est, au mieux, celle des Etats principaux de la Communauté. Il ne fuit pas non plus la réalité en présentant des propositions de procédure qui ajoutent de la confusion au débat. Nous aurions souhaité une adhésion pure et simple à la décision du Conseil des Etats. Mais pour nous, la priorité des priorités est le vote de cet arrêté.

Un mot encore au sujet du problème de la démocratie directe, du respect de la volonté populaire. Par toute notre histoire, par toutes nos convictions, nous, les radicaux, sommes attachés à la démocratie et au respect de la volonté populaire comme base et comme source légitime du pouvoir. Mais nous n'avons pas une conception, que je qualifierai de bonapartiste, du pouvoir populaire. Nous ne voulons pas une démocratie de plébiscite. Nous voulons une démocratie qui respecte les compétences des différents organes qu'elle a choisis.

C'est pour cela que nous avons dit «non» au plébiscite déguisé et que nous dirons «non» au plébiscite déguisé que constitue l'initiative du GSoA ou toute autre forme de référendum en matière de dépenses militaires. Nous accepterons l'arrêté dans sa forme la plus simple et la plus claire.

Frau Daepf: Experten und Fachleute jeglicher Art haben in den zwei letzten Tagen von unserer Luftwaffe gesprochen. Ich möchte möglichst nichts wiederholen, was bereits mehrmals vorgetragen worden ist. Mir ist aufgefallen, dass unser Parlament vor lauter anstehenden, riesigen Problemen die kleinste Zelle unseres Staates in den Hintergrund stellt, ja ich möchte sogar behaupten, etwas vernachlässigt. Darf ich deshalb kurz aus der Sicht einer Frau, Mutter und Bäuerin zu unserer Kampfflugzeugbeschaffung sprechen. Drei Hauptpunkte zwingen mich dazu:

1. Die Zivilbevölkerung ist heute auf einen eventuellen Angriff von aussen relativ gut vorbereitet. Durch die Gesetzgebung haben Gemeinden, Kantone und Bund gute Organisationen vorbereitet und Einrichtungen geschaffen. Ein Fragezeichen setze ich in diesem Zusammenhang zu unseren Haus- und Nutztieren. Tiere, Felder und Gebäude sind einem Angriff total ausgesetzt, was mich als Bäuerin beschäftigt. Ich glaube, in diesem Punkt im Namen der ganzen Bauernschaft zu sprechen. Denn diese Beziehungen sind allgemein tief verwurzelt und enden nicht beim Geldbeutel.

2. Schon lange, bevor unsere Debatten über die Kampfflugzeuge begonnen haben, ist mir aufgefallen – wir wohnen in einer Region, die öfter von Militärflugzeugen überflogen wird –, dass der Lärm immer grösser und hörbarer wurde. Ich musste mir von Militärpiloten erklären lassen, dass es für die Fliegertruppen zu gefährlich sei, eine bestimmte Höhe zu überschreiten. Dies stimmte mich nachdenklich. Wir werden also mit unserem Einkauf der 34 F/A-18 nicht eine Erweiterung der Fliegertruppe erreichen, sondern einzig die dreissigjährigen Maschinen durch 34 neue ersetzen.

3. Im Falle einer Kriegsmobilmachung verlassen mein Mann

und unsere zwei wehrpflichtigen Söhne das Haus. Das grosse Dach unseres Hauses – dieser Ausdruck wurde gestern bereits erwähnt – wird sie nicht beschützen. Als Ehefrau und Mutter wünschte ich mir, dass sie – und damit meine ich alle Schweizer Wehrmänner und -frauen – wenigstens einigermaßen von einer gesunden Fliegereinheit geschützt werden, und dazu brauchen wir meines Erachtens unbedingt die neuen F/A-18.

Stalder: Je länger diese Debatte dauert, desto mehr muss man feststellen, dass für dieses Geschäft der letzte Funken guten Willens, gemeinsam eine für Volk und Stände tragbare Lösung zu finden, verlorengegangen ist. Konfrontation und Kraftmeierei scheinen die Szene zu beherrschen. Das macht mich traurig und zutiefst betroffen.

Personally stehe ich voll und ganz zur Landesverteidigung, kann aber dem Kauf des F/A-18 nicht zustimmen. Warum? Ich bin nicht der Meinung, dass dieses Flugzeug die einzige Möglichkeit darstellt, den schweizerischen Luftraum abzuschirmen. Dies lässt sich mit einem gut ausgebauten Raketenabwehrsystem mindestens so gut sicherstellen. Ich lasse mich durch die fatalerweise geleisteten Vorauszahlungen, die einer Nötigung des Nationalrates gleichkommen, nicht unter Druck setzen, diesem Geschäft zwingend zustimmen zu müssen. Ich lehne es ab, für den Fehler des Bundesrates geradezustehen, der mit diesen Vorauszahlungen den Armee-Abschaffern für ihre Attacke auf die Landesverteidigung die beste Munition geliefert hat. Dazu fühle ich mich nicht verpflichtet.

Wenn es auch stimmen mag, dass schon früher solche Vorauszahlungen bei analogen Geschäften geleistet wurden, hätte dies im vorliegenden Fall niemals passieren dürfen, denn die Lage war bekannt. General Guisan wusste, was die Stunde geschlagen hatte, als er 1940 die Armeeleitung zum Rapport auf das Rütti beorderte. Nicht Kraftmeierei an der Nordgrenze unseres Landes war gefragt, sondern strategisch geschicktes Lavieren. Der Rückzug der Armee ins Alpenreduit führte dazu, dass sich für die Achsenmächte ein Angriff der Schweiz, der zu erwartenden hohen Verluste wegen, als nicht mehr lohnend erwies. Das war eine Meisterleistung von General Guisan. Von solchen Persönlichkeiten sollten wir lernen, wie Bedrohungen wie die Attacke der GSoA gegen die Landesverteidigung gemeistert werden können.

Eines ist für mich sonnenklar: Wenn der Nationalrat den F/A-18 sofort – ich betone: sofort – kauft, wird die Initiative der Armee-Abschaffung mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen. Ich frage mich, wie Regierung und Parlament nach einer solchen Situation das Ganze rechtfertigen wollen. Die heutige Situation darf also niemals mit Kraftmeierei bewältigt werden. Geschicktes taktisches Vorgehen ist hier gefragt. Der Kauf dieses Flugzeuges darf nicht vor der Volksabstimmung über die GSoA-Initiative getätig werden. Jedes andere Vorgehen würde zu demokratisch recht fragwürdigen Verhältnissen führen. Aus den dargelegten Gründen muss ich Ihnen empfehlen, von einem sofortigen Kauf dieses Flugzeuges abzusehen.

Blocher: Seit vier Jahren setze ich mich dafür ein, dass der F/A-18 in diesem Zeitpunkt nicht beschafft wird. Ohne eine gründliche neue Konzeption der militärischen Landesverteidigung – ich betone: der militärischen Landesverteidigung und nicht der Sicherheitspolitik – halte ich diese Beschaffung für nicht verantwortbar.

Meine Stellungnahme hat vielerorts Erstaunen, aber auch Unverständnis ausgelöst. Ich habe dafür teilweise Verständnis, denn sowohl Befürworter wie Gegner haben diese Flugzeugbeschaffung zu einem Symbol der Landesverteidigung hochstilisiert. Gerade weil ich die militärische Entspannungseuphorie nie teilte – die Bedrohung ist nicht weniger gefährlich, aber anders geworden –, forderte ich eine gründliche Lagebeurteilung angesichts einer neuen Bedrohungssituation, verschiedene mögliche Varianten der militärischen Landesverteidigung und eine harte öffentliche Diskussion darüber und erst dann den Beschluss und die Massnahmen. Ich habe dieses Anliegen in tiefer Sorge um unsere Landesverteidigung auch in den letzten Jahren Herrn Bundesrat Villiger in persönlichen Gesprächen vorgetragen.

Die Situation ist natürlich durch die Einreichung der GSoA-Initiative nicht einfacher geworden, auch für mich nicht; sie hat sich kompliziert. Ich möchte Ihnen darum meinen Standpunkt darlegen:

1. Eine neue Konzeption der militärischen Landesverteidigung ist vordringlich, auch diese kontradiktive Auseinandersetzung ist vordringlich. Der Bundesrat muss diese zuerst vorlegen, und das Parlament muss sie billigen, aber sie liegt bis heute nicht vor. Auch ein Leitbild, sogenannte konzeptionelle Ansätze, die nach dem Flieger beschlossen werden, ist dafür kein Ersatz. Darum werde ich heute trotz – oder gerade wegen – der Initiative gegen Eintreten stimmen.

2. Ohne eine solche Konzeption können die Prioritäten in der Rüstungsbeschaffung nicht beurteilt werden. Es ist heute weder ein seriöses Ja noch ein seriöses Nein zu einem Betrag von 3,5 Milliarden Franken möglich, auch nicht angesichts der Tatsache, dass dieser Betrag für einige Jahrzehnte ausreicht.

3. Die Vorlage für ein neues Kampfflugzeug ohne dieses detaillierte Konzept in Varianten, ohne Festlegung der Rüstungsbedürfnisse aller Waffengattungen und ohne Beschluss über die finanziellen Mittel, die wir zur Verfügung haben – alles politische, nicht militärische Entscheide –, ist meines Erachtens eine kopflose Vorlage. Man kauft doch nicht vor dem Entscheid, ein Haus zu bauen, vor der Planung – ohne dass man genau weiß, wieviel Geld man zur Verfügung hat, wie gross das Haus wird und was man sonst noch alles braucht –, ein goldenes Dach! Sonst hat man am Schluss kein Geld mehr für die Küche und das Wohnzimmer. Man tut dies auch dann nicht, wenn man vom Dachdecker ein Gegengeschäft offeriert bekommt.

4. Die leidige Geschichte der undiskutablen Anti-Flugzeug-Initiative mit der von jeher rechtswidrigen Rückwirkungsklausel hat für mich ein Nein im jetzigen Zeitpunkt erleichtert.

Wenn wir heute nicht auf diese Flugzeugbeschaffung eintreten, wird sich die GSoA darüber wesentlich mehr ärgern als das EMD; davon bin ich überzeugt. Sie nehmen nämlich den gefährlichen Bestandteil aus dieser Initiative und entlarven sie; sie ist dann nämlich noch ein Moratorium oder eine Armee-Abschaffungs-Initiative. Herr Andreas Gross will mit dem F/A-18 seine Suppe kochen; ziehen Sie ihm diese Suppe weg!

5. Die Lage ist so grotesk geworden, dass man im Interesse

der Landesverteidigung nein stimmen muss, um die Initiative zu beerdigen. Schuld an dieser Groteske ist an sich nicht die GSoA, sondern sind wir selbst, weil wir die konzeptionelle Vorarbeit nicht geleistet haben.

In diesem Sinne stimme ich nein, obwohl ich im tiefsten mit den Grundsätzen und den Gefühlen meiner Fraktionskollegen übereinstimme, die für Eintreten sind. Ich tue es nämlich auch aus Sorge um unsere Landesverteidigung. Wenn die GSoA mit dieser Initiative schlau war, können wir noch schlauer sein, indem wir den Initianten die Suppe entziehen. Dann kann die GSoA in leeren Pfannen stochern.

Hafner Rudolf: Weshalb tun wir uns mit dieser Vorlage des Bundesrates so schwer?

Zu einem Zeitpunkt, wo der Bundesrat das EG-Beitrittsgesuch eingereicht hat und damit deklariert, dass er die Unabhängigkeit der Schweiz aufgeben will, kann man einen inneren Widerspruch feststellen: Es ist unlogisch, dass man die Armee in einem Zeitpunkt, wo die Unabhängigkeit des Landes in Frage gestellt wird, perfektionieren will.

Das andere ist die Frage nach den internationalen Spannungsverhältnissen. Es wurde zu Recht kritisiert, dass einige Sprecher gesagt hätten, der kalte Krieg sei vorbei und damit praktisch der Friede ausgebrochen. Diese Friedensschalmeientöne entsprechen nicht der Realität. Es wurde verschwiegen, dass der Nord-Süd-Konflikt stärker denn je besteht. Wir müssten von der Schweiz aus mit entsprechender Entwicklungspolitik helfen, diesen grossen Konflikt zu beheben. Andererseits erheben auch grosse Kirchen ihren ideologischen Anspruch; dieses Spannungsfeld ist ebenfalls noch vorhanden. Und nicht zuletzt – vielleicht erschrecke ich einige von Ihnen – könnte man eigentlich merken, dass zu einer Zeit, wo man grosse Staatengebilde aufbaut, die Spannungsverhältnisse auch noch aufgeladen werden. Die Geschichte hat im

mer gezeigt, dass grosse Machtimperien, grosse staatliche, politische Gebilde, Spannungen hervorrufen. Die Wirtschaftsblöcke Japan, USA und auch die EG verursachen bereits heute Wirtschaftskriege; Stichwort Protektion usw. Das ist nicht vom Tisch, das schüren wir in Europa noch weiter.

Wenn man vom «grossen Haus Europa» spricht, baut man bildlich einen Wolkenkratzer auf. Und wir wissen: Einen Wolkenkratzer kann man nicht einfach so renovieren oder erneuern, sondern er kracht wahrscheinlich früher oder später mit Getöse und Turbulenzen zusammen. Es ist meine konkrete Befürchtung, dass wir auch davon etwas abbekommen könnten. Deshalb bin ich überzeugt, dass eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft bis auf weiteres noch notwendig ist. Damit ist auch noch ein weiterer Gesichtspunkt angesprochen: Nach dem Armeeleitbild 95 haben wir eine Defensivarmee und keine Offensivarmee. Meines Wissens heisst F/A beim Namen F/A-18 Flight attack, das heisst Flugattacke, also Angriff, und das lässt sich mit einer reinen Defensivbewaffnung nicht vereinbaren. Darum auch hier meine Sorge: Man kauft eine Angriffswaffe. Dazu hat der deutsche Flugwaffengeneral Manfred Opel gesagt: «Das bedeutet, dass mehr denn je die erste Priorität den Luftabwehraketens wie Hawk und Patriot gehören muss.» Aber auch die Kosten sprechen für eine solche Lösung.

Es ist so gesehen ein Paradoxon, dass das EMD eine Vorlage unterbreitet, die in einem tieferen Sinne nicht dem Armeeleitbild 95 entspricht. Ich würde von Ihnen erwarten, Herr Bundesrat Villiger, dass Sie eine Vorlage unterbreiten, die wirklich eine Defensivbewaffnung im Sinne von Abwehraketens vorsieht und nicht eine Offensivwaffe.

Meine Schlussfolgerung: Eine glaubwürdige Defensivarmee ja, aber F/A-18 mit Ueberzeugung nein.

Cincera: Es geht beim heutigen Entscheid zwar um ein Ja oder ein Nein zum Rüstungsprogramm, welches sich aus bekannten Gründen praktisch auf die Erneuerung unserer Luftwaffe beschränkt. Durch die Koppelung mit der GSoA-Initiative und den eigentlichen Zielen dieser Gruppe geht es jedoch um weit mehr, nämlich um die Frage, ob wir im Sinne von Artikel 2 unserer Bundesverfassung eine militärische Landesverteidigung wollen oder nicht. Damit geht es um eine ideologische Frage, nämlich darum, ob Ende dieses Jahrhunderts die SPS jenes Ziel erreichen wird, welches sie sich zu Beginn dieses Jahrhunderts erstmals setzte. Damals begannen die Diskussionen um die Abschaffung der militärischen Landesverteidigung als Ziel der Partei. 1925, am Basler Parteitag, konkretisierte sich diese Idee erstmals als politische Forderung. Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Völkerbund nährten die Hoffnung auf eine friedliche Welt. Nationalrat Robert Grimm führte an jenem Parteitag wörtlich aus: «Man spare dort, wo man heute Jahr für Jahr Millionen nutzlos hinauswirft für eine Spielerei, die den Interessen des Landes nicht dient, die zu einer ganz falschen Beurteilung der Situation führt und die dem Lande zum Verhängnis werden kann: man spare an den Militärausgaben.»

Mir scheint, wir haben in den letzten Tagen von vielen Sprechern der SP etwa das gleiche, zum Teil sogar mit gleicher Wortwahl, gehört, dies, obwohl die gleiche Partei nur zehn Jahre später an ihrem Parteitag in Luzern unter dem Eindruck einer völlig veränderten Lage und auch, um vor dem Verteidigungswilligen Volk bestehen zu können, ein Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung ablegte, wohl ablegen musste. Die Lehre der Geschichte nützte wenig. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wieder pazifistische Töne laut. In den sechziger Jahren kam in revolutionären Kreisen die Idee einer Petition für die Abschaffung der Armee wieder auf. Das Stichwort lautet Bieler Manifest.

Roman Brodmann belebte dann 1973 mit seinem Buch «Schweiz ohne Armee» die Diskussion innerhalb der SPS wieder. Die GSoA nun, ein Kind der Jungsozialisten, welche sich einer radikaleren Politik verschrieben haben als die bundesrätliche Mutterpartei, will dieses Ziel der Armee-Abschaffung jetzt umsetzen. Der Kampf gegen den F/A-18 ist für sie ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die SP ist mit dabei.

Das sind die grossen Zusammenhänge. Diese zu erkennen, zu werten und zu beurteilen ist heute unsere verantwortungsvolle Aufgabe. Es ist darum nicht ein Spiel gegen die Bevölkerung, wie Frau Haering Binder es in ihrer Schachlektion nannte, bei welcher sie uns übrigens die Rolle der Dame unterschlagen hat. Es ist ein Entscheid über das zukünftige Schicksal unserer Bevölkerung. Es geht im Kern um die Ziele Selbstbehauptung und Freiheit.

Der Schaden bei einem Nein könnte irreparabel sein, und ein Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung erst dann, wenn sich die Lage wieder ungünstig entwickelt hat, würde nichts mehr nützen. Frau Hollenstein, die Schüler von heute würden dann in 20 Jahren anders urteilen, als Sie es sich erhoffen. Es gibt nämlich immer mehrere mögliche geschichtliche Entwicklungen.

Stimmen Sie deshalb heute dem Rüstungsprogramm zu.

Herr Blocher – oder: lieber Christoph –, eigentlich kann ich Sie nicht so ganz verstehen. Wir kennen den Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Wir kennen auch das Armeeleitbild 95; zwar wurde es in diesem Rat als Bericht noch nicht abgesegnet, aber wir konnten es alle lesen. Im Lichte dessen, was ich jetzt gesagt habe, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung einer Landesverteidigung, kann ich nicht gut verstehen, wie man sich auf diesen Formalismus beschränkt und daraus als Christoph Blocher ein Nein ableitet.

Wyss: Mir scheint, unsere Verfassung wird zum Selbstbedienungsladen. Während dieser Debatte haben sich verschiedene Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier im Saal benommen, als ob unsere Verfassung überhaupt nicht mehr existieren würde, als ob sich jede und jeder das aus dieser Verfassung herauspicken dürfe, was ihr oder ihm gerade so in den Kram passt, eben wie in einem Selbstbedienungsladen. Muss ich tatsächlich daran erinnern, dass unsere Verfassung uns den klaren und unmissverständlichen Auftrag erteilt, unser Land und unsere Neutralität mit einer Armee zu schützen und zu verteidigen? Muss ich Sie tatsächlich daran erinnern, dass unsere Verfassung unzweideutig bestimmt, dass Rüstungsvorlagen durch das Parlament und nicht durch das Volk entschieden werden? Muss ich wirklich in Erinnerung rufen, dass wir sogar völkerrechtlich dazu verpflichtet sind, unsere Neutralität wenn nötig mit militärischen Mitteln zu verteidigen? Muss ich wiederholen, dass die Schweizer Stimmbevölkerung letztmals 1987 ein Rüstungsreferendum klar verworfen und 1989 mit einer Zweidrittelsmehrheit ja zur Armee und zur Landesverteidigung gesagt hat? Können wir uns jetzt einfach über alle diese gewichtigen Fakten hinwegsetzen und aus einer momentanen Laune heraus die nach wie vor geltenden verfassungsmässigen und gesetzlichen Spielregeln in den Wind schlagen?

500 000 Unterschriften für eine verfassungsmässig fragwürdige Initiative nehme auch ich nicht auf die leichte Schulter. Dass die Bevölkerung angesichts der politischen Lage in Europa und der scheinbar hohen Kosten sehr emotional der Ansicht ist, wir bräuchten kein modernes Flugzeug, nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis. Trotzdem sprechen nach meiner Ueberzeugung wichtige Gründe für die Beschaffung, Gründe, die ich hier nicht wiederholen will – mit Ausnahme eines Aspektes, der im Verlaufe der Debatte untergegangen ist.

Es wurde hier immer nur von 34 neuen, modernen Flugzeugen gesprochen und dabei geflissentlich unter den Tisch gewischt, dass bis 1998 130 veraltete Hunter verschrottet werden. Wir rüsten also auch in diesem Sektor ab und werden rund 35 Prozent weniger Flugzeuge haben.

Doch dies alles ist letztlich ein sekundäres Problem. Mich bewegen hier wesentlich grundsätzlichere Fragen, nämlich: Wir wissen doch alle, dass sich die politische Lage in Europa in wenigen Wochen, ja Tagen wieder verändern kann. Wir wissen doch, dass wir in einer militärischen Neutralitätsschutzsituation unsere Flugzeuge nicht einfach rasch von der Stange einkaufen können. Wir wissen doch, dass die Bevölkerung – sollte es wider Erwarten in der näheren oder weiteren Umgebung unseres Landes etwas brenzlig werden – dann genauso emotional handeln und wieder militärischen Schutz fordern wird. Und wir wissen jetzt schon, dass die Herren Gross An-

reas, Fischer-Seengen und andere, auch der Redner, der nach mir kommt, Herr Bodenmann, zu denjenigen gehören werden, die uns dann vorwerfen, wir hätten nichts gemacht. Genau diese Situation wird entstehen. Auch wenn Herr Gross jetzt abwinkt; wir kennen Sie, wir kennen Ihre Beweggründe! Sie haben offen gesagt, dass Sie gegen die Armee seien. Wir schätzen das, und wir werden gegen Sie antreten.

Denken Sie also bei unserem Entscheid an den klaren Verfassungsauftrag. Niemand von uns darf sich heute und in Zukunft aus der damit verbundenen Verantwortung schleichen, schon gar nicht aus einer momentanen Laune heraus. Hier verstehe ich Herrn Blocher auch nicht. Unsere Situation ist die, dass wir die Flugzeuge nicht von der Stange kaufen und deshalb nicht noch länger zuwarten können. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass die Einsatzdoktrin verbessert werden kann. Das führt mich eben dazu, dass ich schliesslich – auch nach langen Ueberlegungen – ja sage zu dieser Beschaffung, ja sage und auch Vertrauen habe in die Beschaffungsinstanzen. Es muss hier einmal gesagt werden – ich war lange Zeit in der ehemaligen Militärikommission –, wie exakt und gut dort gearbeitet wird. Ich sage ja, obschon nicht alles so gelaufen ist, wie ich es gewünscht hätte. Aber wir müssen ja einen Grundsatzentscheid fällen, und da begreife ich Kollege Blocher nicht, der der GSoA für den Kampf, den wir beide hoffentlich auf der gleichen Seite gegen diese Initiative führen werden, noch Argumente liefert. Wir wissen, worum es geht: Es geht heute nicht ums Flugzeug, es geht um die Armee-Abschaffung.

Bodenmann: Vier von fünf Schweizerinnen und Schweizern sind gegen Vorauszahlungen in Sachen F/A-18. Drei von vier Schweizerinnen und Schweizern sind gegen den Kauf des F/A-18. Zwei von drei Schweizerinnen und Schweizern wollen bis ins Jahr 2000 keine neuen Kampfflugzeuge kaufen. 500 000 Schweizerinnen und Schweizer haben innerhalb eines Monates die Initiative der GSoA unterschrieben. Alle im Saal wissen es eigentlich: der F/A-18 ist gestorben. Es ist nur eine Frage des Zeitpunktes, und es ist nur eine Frage der Kosten. Deshalb ist die Durchbrecherstrategie des EMD gescheitert; deshalb verzichten jetzt auch die Freisinnigen auf weitere Vorauszahlungen. Das ist Bestandteil einer lebendigen und nicht totalitären Demokratie; das ist Bestandteil einer wachen Demokratie, die nichts mit Bonapartismus, wie Herr Couchebin ihn anprangern wollte, zu tun hat.

1. Nach dieser Debatte ist auch klar, warum dieser F/A-18 keine Chance hat. Kein einziger der Befürworter konnte ein realistisches Bedrohungsszenario schildern, in dem der F/A-18 Sinn machen könnte. Es gäbe keine realistische Einsatzmöglichkeit für diesen Flieger, es sei denn, wir würden, wie uns dies gestern der Generalstabschef in der welschen Presse vorgeschlagen hat, in zwei Schritten der Nato beitreten. Wir von der SP wollen jedoch unsere Neutralität, Herr Bundesrat Villiger, nicht zugunsten der Nato aufgeben.

2. Auch der Griff in die Geschichte der zwanziger und dreissiger Jahre hilft hier nicht. Damals war die SP nicht in der Regierung, damals regierten die Bürgerlichen allein. In diesen Jahren sympathisierten nicht Sozialdemokraten, sondern Bürgerliche mit dem Dritten Reich. Wir waren zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Verhältnis zu Nazi-Deutschland relativ schlecht gerüstet. Wir wurden nicht vorab und schwergewichtig wegen unserer Armee verschont, sondern weil unsere Bahnlinien, weil unsere Waffenfabriken, weil unsere Banken auch dem Dritten Reich und den Achsenmächten dienten.

Wir waren keine Helden, Herr Blocher, wir waren damals realistisch, und wir hatten Glück, weil wir realistisch waren.

3. Der F/A-18 ist auch keine Antwort auf die grossen Gefahren unserer Zeit, weder auf das Nord-Süd-Gefälle noch auf den implodierenden Osten, noch auf die Umweltprobleme.

4. 80 000 Menschen in diesem Land sind offiziell ohne Arbeit. 120 000 Menschen suchen Arbeit. Die 5. Hypozinsrunde kommt, die Mieten steigen, die Krankenkassenprämien explodieren, Bund, Kantone und Gemeinden müssen sparen, und die Mehrheit des Volkes will, dass dort gespart wird, wo wir sparen können, nämlich beim EMD und nicht bei der Ausbildung und nicht bei der AHV.

Wir stehen politisch gesehen vor einem äusserst schwierigen

Jahr, vor der vermutlich grössten Herausforderung der jüngsten Geschichte. Es ist unverständlich, dass die bürgerlichen Parteien nur dank und mit der Unterstützung der Auto-Partei heute diesen F/A-18 gegen den Willen des Volkes beschlossen werden. Ich frage mich, ob es vernünftig ist, dass die bürgerlichen Parteien ein Jahr lang nur dank und mit Hilfe der Auto-Partei diesen toten Vogel im politischen Raum hängen lassen. Diese Frage müssen Sie sich selber beantworten; wir haben sie beantwortet.

Steinegger, Berichterstatter: Uns ist ja von Herrn Gross Andreas und verschiedenen anderen Rednerinnen und Rednern vorgeworfen worden, wir würden die Zeichen der Zeit nicht verstehen, wir seien rückwärtsgerichtete Betonköpfe. Ich behaupte nun, dass die Kommissionsmehrheit historisch, sicherheitspolitisch und demokratisch gesehen den Vergleich nicht zu scheuen braucht.

Historisch nicht, weil schon 1930 ein Nationalrat Gross gegen die Kampfflugzeugbeschaffung war, sondern weil es doch seltsam ist, wie viele sich noch in den siebziger und achtziger Jahren bemühten, auf den nach marxistischem Fahrplan verkehrenden Zug in die Zukunft aufzuspringen; man wollte sogar nach Kiental gelangen, kurz bevor dieser Zug auf einem Abstellgleise der Weltgeschichte zu stehen kam, wo er inzwischen verrottet. Viele wendige Passagiere haben aber längst schon in andere Züge gewechselt.

In sicherheitspolitischer Hinsicht: Diejenigen, die Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre der sowjetischen Friedensoffensive nicht trauten, sondern wegen der stillen Aufrüstung besorgt waren, haben historisch gesehen Recht bekommen. Die westliche Nachrüstung war ein wichtiger Beitrag für den Zusammenbruch des Ostens, und die zutage geförderten Operationspläne geben ebenfalls denjenigen Recht, die für einen gewissen Widerstand gesorgt haben. Wir geben zu, dass für uns das Nichtstattdessen von Krieg entscheidende Bedeutung hat und nicht der sogenannte positive Frieden. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um eine neue Utopie sozialer Perfektion und allumfassender Gerechtigkeit, wie wir es unter dem Namen «klassenlose Gesellschaft» schon erlebt haben.

Die Idee des passiven Widerstandes, die aufgeführt wird, funktioniert vielleicht gegen die eigene Regierung in einem zivilisierten Staat. Gegen Gewaltherrscher wie Stalin, Hitler oder Saddam Hussein war passiver Widerstand oder Sitzstreik noch nie erfolgreich. Wer das Gegenteil behauptet, beleidigt die Opfer der Diktatoren. Der Verzicht auf Verteidigung wegen der Möglichkeit des Atomkrieges orientiert sich an der Strategiedebatte der sechziger Jahre. Dass andere Konflikte heute im Vordergrund stehen, zeigen die Vorfälle in Jugoslawien. Ich habe kürzlich gelesen: «Wir leben in einer Welt, die ich für risikoreicher halte, als es der kalte Krieg war; der kalte Krieg, das war die Ruhe der Friedhöfe, jetzt ist das Risiko überall.» Das habe ich nicht irgendwo in einem Schriftstück von 1929 oder 1930 gefunden, sondern das hat Jacques Delors am 5. Juni 1992 gesagt; soviel ich weiß, ist er Sozialist.

Demokratisch: Herr Gross, es ist Ihnen tatsächlich gelungen, Demokratie zu verheissen. Aber ich frage mich: Ist das schon Demokratie, und ist dies schon Demokratie, wenn ich mich vor allem als Vollzugsbeamten der Demoskopie verstehe? 1987 haben eine Million Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Rüstungsreferendum abgelehnt, Herr Wyss hat darauf hingewiesen. Und nun kommt dieses Referendum in Gestalt einer Verfassungsinitiative mit Rückwirkungsklausel gezielt im Zeitraum zwischen dem Beschluss des Ständerates und dem des Nationalrates. Wenn wir hier von Demokratie reden – tatsächlich ist ein Problem aufgetaucht –, ist dies im Vergleich mit den Demokratieproblemen, die wir mit dem EG-Beitritt haben, ein kleiner Vorgesmack.

Nun zur sicherheitspolitischen Lagebeurteilung: Es ist von den Herren Hess Otto, Hubacher und Blocher sehr intensiv auf diese Probleme hingewiesen worden. Wenn man nicht einfach Feinde ennet der Grenze vorzeigen kann, ist natürlich die sicherheitspolitische Debatte anspruchsvoll. Aber man kann sich von dieser Debatte nicht dispensieren. Und wenn historisch gewachsene Grundzüge der Weltpolitik durch dynamische

sche Prozesse ihre Konturen verlieren und sich neue Strukturen abzeichnen, ist es notwendig, die eigene Lage, die Rahmenbedingungen, die Risiken und die Möglichkeiten des Handelns erneut einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Aber ich meine, dass die Schweiz dies mit dem Sicherheitsbericht, mit dem Armeeleitbild 95 auf qualifizierte Art und Weise getan hat. Besonders das Armeeleitbild 95 ist ein Wurf, der sich in der Strategiediskussion auch des Auslandes – gerade im Vergleich zur Diskussion in Deutschland – sehen lassen kann. Man muss sich aber damit auseinandersetzen, und man muss nicht warten, bis hier die Diskussion stattgefunden hat. Im Zusammenhang mit der Flugzeugbeschaffung, Herr Blocher, stellt sich die Frage, ob wir auf Beweglichkeit verzichten wollen. Es ist etwas gefährlich, wenn wir sagen, wir müssten alles nochmals überdenken, neue Operationspläne erarbeiten.

Neue Panzer beschaffen: Wenn angetönt wird, wir hätten andere Sorgen, hiesse das ohne Luftwaffe, einfach Scheiben aufzustellen. Zusätzliche Investitionen im Luftschatz würde dann heissen: Wir lassen zuerst alles zusammenschlagen und schaffen einen stärkeren Luftschatz, weil wir mehr aufzuräumen haben. Wenn man im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik und im Armeeleitbild 95 den Beweis nicht findet, dass wir die Luftwaffe abschaffen müssen, heisst das noch nicht, diese Unterlagen seien falsch, sondern es handelt sich darin um eine Anpassung an die aktuelle sicherheitspolitische Lage, eine moderne Konzeption mit einer um ein Drittel reduzierten Armee.

Wenn Herr Hess Peter am Beispiel von Deutschland erläutert hat, wie man flexibel auf- und abrüsten könnte, ist es ja gerade ein zentrales Anliegen des Armeeleitbildes 95, diese Flexibilität, diese Beweglichkeit zu schaffen. Wir haben in der Schweiz weniger im sicherheitspolitischen Bereich einen Nachholbedarf als in der Aussenpolitik, wo eine Grundlage eigentlich fehlt. Es ist von vielen auf die ausgreifende Komponente der Sicherheitspolitik verwiesen worden. Die Notwendigkeit ist unbestritten, friedenserhaltende Massnahmen sind notwendig, Entwicklungshilfe ist notwendig, man kann auch die Armee verstärkt für diese Aufgaben einsetzen. Aber eine gesicherte eigene Verteidigungsfähigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass wir mit diesen Komponenten operieren können. Sonst wird ihnen die Grundlage entzogen. Wir haben keine Gefährdung aus den ärmsten Ländern, wir haben von dort auch keine Asylannten, sondern es sind Schwellenländer, die Probleme verursachen – und die mehr für ihre Landesverteidigung ausgeben, als es die Schweiz tut.

Ich muss auch dem Argument entgegentreten, man sei für eine glaubwürdige Landesverteidigung, aber gegen die Flugzeugbeschaffung – Herr Dünki, Herr Ruf und Herr Hafner Rudolf haben sich in diesem Sinne geäussert. Herr Ruf hat auch nochmals die MIG-29 erwähnt. Gegenwärtig möchten die Ungarn Grenzschutz fliegen; es ist ihnen aber nicht möglich, weil sie keinen Nachschub aus dem Osten bekommen – sie sind eben mit MIG-Flugzeugen ausgerüstet.

Wenn man sagt: Wir wollen eine starke Landesverteidigung, aber ohne Modernisierung der Luftwaffe, dann muss man sagen, welche Luftwaffe man will. Will man weiterhin die Hunter betreiben, die – wie ich glaube – noch in Oman benutzt werden und sonst in den Flugzeugmuseen stehen, oder sollen wir zu einer Armee zurückkehren, welche unbeweglich ist, welche bestenfalls ein verstärkter Grenzschutz ist? Das müssen Sie dann Ihren Soldaten sagen.

Eine Bemerkung noch zur Begründung der Rückweisungsanträge, vor allem zum Antrag Epiney.

Zunächst ist die Frage zu stellen, worauf man denn eigentlich warten müsse. Muss man auf die GSoA-Initiative oder auf die Genehmigung des Armeeleitbildes 95 warten? Es wird dort – und vor allem damit muss man sich auseinandersetzen – der EWR praktisch als mögliches europäisches Sicherheitssystem hingestellt. Der EWR hat mit Sicherheitspolitik aber nichts zu tun. Wir nehmen ja gerade den Binnenmarktteil der EG heraus und wollen diese Dinge regeln. Die EG betreibt mit der Westeuropäischen Union ein klein wenig Sicherheitspolitik. In den Maastrichter Beschlüssen, die vom Jahre 1998 an gelten sollen, findet sich keine Sicherheitspolitik; es ist aber gerade ein Problem, dass die Frage einer gemeinsamen Si-

cherheitspolitik nach Maastricht in der EG zur Diskussion stehen soll. Man kann also sicher nicht davon ausgehen, dass wir den EWR in eine sicherheitspolitische europäische Institution umwandeln können. Das steht weder auf dem Fahrplan der EG noch auf jenem der Efta-Länder.

Ich beantrage Ihnen, einzutreten und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

M. Leuba, rapporteur: Dans ce débat fleuve, nous n'avons – c'est une impression partagée – pas appris grand-chose de nouveau, pas entendu d'arguments véritablement révolutionnaires.

Je remercie néanmoins les orateurs qui sont intervenus. J'ai eu l'impression que, quelle que soit leur opinion, ils étaient sincères et ne cherchaient pas de faux-fuyants. Je l'affirme d'autant plus volontiers que la question fondamentale étant la menace potentielle qui, par définition, ne peut pas être décrite et ne repose pas sur des faits, tout se résoud ici à une question de foi: croit-on ou ne croit-on pas que la Suisse puisse être, dans un avenir plus ou moins proche, à nouveau menacée? Vous me permettrez une remarque à cet égard. Dans le camp des adversaires à l'acquisition d'avions, on prétend que l'image de l'ennemi a complètement changé, voire disparu. Oserais-je vous rappeler que, pendant quarante ans, dans les mêmes milieux, on était d'avis que nous nous faisions des illusions lorsque nous croyions à un ennemi susceptible d'attaquer la Suisse? On nous a toujours rétorqué que nous voyions un fantôme et qu'il n'y avait pas d'ennemi réel à l'Est. Nous savons aujourd'hui, grâce aux découvertes faites, notamment dans l'ancienne DDR, que cette opinion était absolument fausse. Je donne acte à ceux qui reconnaissent cette erreur, mais je crains qu'ils n'en commettent une nouvelle en pensant que tout danger a disparu.

Finalement, M. Bodenmann a posé, avec excès mais correctement, la bonne question, et c'est celle qui divise ce Parlement. S'il n'y a plus de scénario réel imaginable aujourd'hui, devons-nous renoncer à notre défense nationale, ou en tout cas à l'acquisition d'avions – opinion des adversaires – ou au contraire, parce que nous n'avons pas une paix assurée, devons-nous nous procurer l'avion? Le débat réside en cela. Pour certains, l'ennemi étant invisible, il n'existe donc pas, par conséquent on n'achète pas d'avions; pour les autres, ce n'est pas la paix mais seulement l'absence d'ennemi aujourd'hui, par conséquent on ne baisse pas la garde avant d'avoir un système de sécurité nous assurant la paix.

M. Hubacher, presque dans la même ligne, reproche au Département militaire fédéral d'affirmer ne pas voir l'avenir, être dans le brouillard, mais se trouver dans la bonne direction et continuer. Or, M. Hubacher nous propose, bien que nous ne voyions pas l'avenir et soyons dans le brouillard, d'arrêter le moteur. Je ne suis pas certain que, de cette manière, l'avion réussisse le mieux à se poser.

Mme Haering Binder a fait une comparaison avec le jeu d'échecs. Si le temps ne lui avait pas été mesuré, elle aurait pu continuer cette comparaison jusqu'à ce que le roi, finalement, ne soit plus protégé. Je ne suis pas sûr, Madame, que lorsque le roi n'est plus protégé il gagne la partie.

A M. Epiney, qui reproche aux personnes favorables à l'acquisition d'avions de n'avoir pas réfléchi, je réponds que sa remarque n'est pas très aimable et que le contraire est exact. En effet, les parlementaires qui se sont prononcés de manière décisive en faveur de l'acquisition d'avions l'ont fait après une très longue réflexion, des hésitations et un cheminement en ce qui concerne la menace et la sécurité. Mais, surtout, deux sortes de personnes réfléchissent: celles qui le font à court terme et pensent que, n'étant pas menacés dans les deux ou trois prochaines années, nous devons renoncer pour l'instant à acheter un avion; celles qui réfléchissent à long terme et qui sont favorables à l'acquisition de l'avion.

En ce qui concerne les remarques de M. Blocher, j'avoue avoir une certaine compréhension pour sa thèse, bien qu'elle pèche sur deux fronts. Premièrement, il est illusoire de croire que le Groupe pour une Suisse sans armée baissera les bras si vous dites «non» aujourd'hui. Au contraire, pour justifier son initiative, il arguera du fait que grand est le danger que l'on re-

vienne avec une nouvelle offre d'acquisition d'avions et demandera par conséquent d'accepter l'initiative. Nous serons alors exactement dans la même situation que celle dans laquelle nous nous trouvons aujourd'hui, et nous n'aurions rien gagné avec l'habileté de M. Blocher. Mais je crois surtout que M. Blocher se trompe lorsqu'il dit qu'il faut être habile à l'égard du peuple. Non! Il faut poser au peuple des questions claires et simples. Or, pour ce faire, il faut dire oui à cette acquisition. A ceux qui se préoccupent de la protection de l'environnement, je ferai remarquer que c'est là la préoccupation d'un pays riche, libre et démocratique, ce que garantit précisément notre armée. Mais je voudrais leur rappeler aussi que les 34 F/A-18 que nous voulons acquérir remplaceront 140 Hunter, ce qui entraînera non seulement une diminution de la charge sur l'environnement mais également des dépenses moindres – dans les calculs des adversaires, les frais de maintenance ne sont jamais pris en compte.

Je voudrais dire encore à ceux qui se prononcent pour une armée forte, efficace, moderne, mais qui refusent les avions modernes, qu'ils se trompent car la crédibilité de notre armée dépend avant tout de sa capacité de se battre. On ne crée pas deux armées, une pour la dissuasion et une en cas de guerre. C'est l'armée préparée pour les cas de guerre qui doit être l'armée dissuasive et qui doit nous protéger et nous assurer la paix.

Je reviens à M. Epiney qui a dit que nous devons mieux nous engager pour la paix. Il est tout à fait évident que la Suisse doit s'engager pour la paix, et c'est une manière d'éviter la guerre, personne ne le conteste. Mais on ne peut pas être simplement noir ou blanc. On ne peut pas, en matière d'asile par exemple, faire un effort pour combattre les causes des migrations et ne plus s'occuper des requérants d'asile qui sont en Suisse. Lorsqu'on lutte contre la criminalité, on ne peut pas essayer de faire baisser les causes de la criminalité mais laisser les portes des maisons ouvertes pour faciliter le travail des voleurs. Les deux choses vont ensemble, on ne peut pas faire l'une sans faire l'autre.

Quant à ceux qui pensent que c'est un plan de défense commune, que c'est dans le cadre de l'OTAN ou de l'Europe que nous devons chercher notre succès, je pense que M. Bodenmann leur a déjà répondu qu'il n'en est pas question pour le Parti socialiste et pour les adversaires. Je crois que c'est un rêve que de croire que c'est dans une défense commune que nous allons trouver notre sécurité. L'Europe est confrontée à de graves difficultés, comme l'a souligné tout à l'heure le rapporteur de langue allemande, et n'arrive d'ailleurs pas à se mettre d'accord sur une défense commune. Comment voulons-nous, nous qui ne faisons pas encore partie de cette Europe, obtenir ce résultat?

Enfin, il a souvent été question de démocratie, un terme dont on use et abuse. On a beaucoup parlé de démocratie populaire pendant 40 ou 50 ans et nous savons aujourd'hui ce qu'étaient véritablement les démocraties populaires. Par conséquent, je crois qu'il faut être au clair sur ce qu'on entend par démocratie. La démocratie exige que la volonté populaire s'exprime librement. Chez nous, elle s'exprime librement lors des élections et lors des votations. Ce sont les deux seuls moyens d'expression de la volonté populaire. Ni les sondages d'opinion ni les récoltes de signatures ne sont une expression démocratique de la volonté populaire. Nous avons eu des élections en octobre 1991. Elles impliquent que ceux qui sont ici, qu'ils soient pour ou contre, assument leurs responsabilités à l'égard de leurs électeurs. Quant aux votations, elles interviennent après une campagne dans laquelle les deux parties s'expriment, et Dieu sait si en Suisse on est attentif au fait que chacune des parties doit pouvoir s'exprimer puisque même dans les messages explicatifs du Conseil fédéral une page est réservée aux initiants ou aux référendaires. Par conséquent, il y a une campagne et c'est seulement après cette campagne que l'on a le droit de dire si la majorité du peuple est avec ou contre nous. Avec 180 000 signatures légalisées, ou 500 000 signatures non légalisées, nous n'avons pas encore une décision populaire. Je dirai même que, paradoxalement, le succès de l'initiative nous contraint à décider positivement, pour que le peuple ait véritablement l'occasion de se

prononcer en toute connaissance de cause. Si vous disiez non aujourd'hui, comme le suggère M. Blocher, que voulez-vous que le peuple comprenne ensuite à la décision qu'on lui demandera de prendre lorsqu'il votera sur l'initiative?

J'en viens au problème des paiements. La commission a aussi été saisie de la question de la suspension des paiements jusqu'à ce que le peuple se soit prononcé sur l'initiative. Elle a repoussé cette proposition par 17 voix contre 6 et 2 abstentions. Par cette décision, la commission entendait bien souligner que c'est l'affaire du Conseil fédéral et non pas du Parlement d'exécuter les contrats qui ont été signés. Comme l'a relevé M. Guinand hier, le Conseil fédéral ne peut pas agir sans tenir compte de ce que le peuple exprime par la signature d'une initiative, mais c'est à lui qu'il appartient de prendre les décisions en ce qui concerne l'exécution des arrêtés que nous votons. Manifestement, les paiements sont une question d'exécution.

Aux yeux de la majorité de la commission, il appartient donc au Conseil fédéral de décider dans quelle mesure les paiements doivent être poursuivis ou suspendus. J'aimerais ici remercier le Conseil fédéral ou le chef du Département militaire fédéral d'avoir renégocié et repris les calculs pour démontrer qu'il est possible de réduire partiellement ou complètement le dommage qui pourrait résulter d'une votation populaire négative. Enfin, un dernier mot sur la proposition de M. Hubacher qui consisterait à dire: «Il faut renvoyer le projet au Conseil fédéral pour qu'il examine cette question d'achat de Mirage d'occasion ou de Mirage neufs.» Il s'agit bien sûr du Mirage 2000-C et non du 2000-5 qui avait été pris en considération dans la procédure d'évaluation. Je suis tombé par hasard sur un article du *Monde* qui précisait: «L'armée de l'air française (c'est le titre) est prête à commander des Mirage 2000-5 Export (de manière à favoriser un peu leur vente à l'étranger). Selon l'entourage du chef de l'armée française de l'air, il s'agirait d'aligner jusqu'à deux escadrons, soit une quarantaine d'exemplaires (c'est curieux, car le chiffre correspond à peu près à celui dont nous avions parlé), dans l'armée de l'air, pour remplacer les Mirage 2000 RDM dont les équipements commencent à vieillir.»

En fait, on nous propose aujourd'hui de renvoyer le projet au Conseil fédéral pour lui demander d'examiner la possibilité d'acheter les anciens Mirage que les Français trouvent trop vieux, mais qui seraient juste bons pour nous. Je ne crois pas que cela soit une proposition sérieuse. Si nous effectuons une dépense en matière d'armement, notamment d'aviation, nous devons évidemment acquérir un avion moderne qui correspond aux exigences actuelles. C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous recommande d'entrer en matière et de repousser les propositions de renvoi.

Präsident: Ich möchte unserem Kollegen Heinz Schwab zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. (*Beifall*)

Bundesrat Villiger: Vier unserer Mirage und ein F/A-18 sind in der Luft. Aus über 100 km Distanz sieht der F/A-18 auf seinem Radar vier Mirage. Die Mirage sehen nichts.

Bei 40 km Distanz schiesst der F/A-18 seine vier Amraam-Lenkwaffen ab. Die Mirage sehen nichts.

Bei 25 km Distanz sehen die Mirage-Radare zum ersten Mal den F/A-18. Bei 15 km Distanz sind sie abgeschossen und haben noch nicht einmal die Distanz erreicht, aus der sie die eigene Waffe einsetzen könnten. Das ist die Ausgangslage für unsere Flugwaffe. Deshalb müssen wir 130 alte Flugzeuge durch 34 neue ersetzen.

Eigentlich könnte ich es dabei bewenden lassen und Sie bitten, jetzt abzustimmen. Ich nehme aber an, dass Sie von mir etwas mehr erwarten; deshalb möchte ich noch im Detail auf die Hintergründe eingehen.

Ich danke Ihnen vorab für diese Debatte. Sie hat einmal das breite Spektrum der Meinungen gezeigt, die man zu dieser Frage haben kann. Sie hat aber auch gezeigt, wie viele von Ihnen mit wieviel Ernst um diesen Entscheid gerungen haben und auch mit wieviel Mut sie ihn hier vertreten haben. Ich danke Ihnen dafür. Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich hier nicht auf 80 Einzelvoten eingehen kann, sondern wenn ich

versuche, die Fragen im Zusammenhang blockweise zu beantworten.

Jedes Rüstungsgut muss einmal ersetzt werden, entweder weil es wegen seines Alters nicht mehr betriebssicher oder weil es wegen technischer Ueberalterung nicht mehr leistungsfähig genug ist. Einmal sind das Panzer, einmal Fliegerabwehrgeschütze, einmal Geniebrücken und einmal Sturmgewehre, bisweilen auch Schuhe, und einmal sind es halt auch Flugzeuge. Jede Armee kennt diesen völlig normalen Erneuerungsprozess. Weil es bei der Flugzeugbeschaffung um einen normalen Erneuerungsprozess geht, fragen sich viele ausländische Beobachter besorgt, was denn in dieses Land gefahren sei, das die Ersatzbeschaffung mit einer Leidenschaft diskutiert, dass man fast glauben könnte, es gebe in diesem Land keine anderen Probleme mehr.

Trotzdem habe ich Verständnis dafür, dass viele Bürger sich mit dieser Frage beschäftigen. Es geht eben letztlich doch um mehr als um ein Waffensystem. Es geht um eine Weichenstellung. Es geht um die Frage, ob wir – wie früher immer – unsere Armee zu einer leistungsfähigen, modernen und zeitgemässen Armee weiterentwickeln wollen, ob wir sie so erhalten oder ob wir sie in einem Kernbereich dem schlechrenden Zerfall überlassen wollen. Deshalb tragen Sie eine sehr grosse Verantwortung.

Ich möchte meine Aussagen in sieben Erkenntnissen zusammenfassen, die ich nachher begründen werde:

1. Ganz Europa hat Armeen. Sie werden kleiner, moderner und mobiler. Sie werden neue Aufgaben zu bewältigen haben. Auch wir brauchen eine solche Armee.
2. Jede moderne Armee braucht einen Luftschild, sonst kann sie ihren Verteidigungsauftrag nicht erfüllen.
3. Auf dem modernen Gefechtsfeld sind unsere Flugzeuge ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen.
4. Ein Luftschild braucht Fliegerabwehr und Flugzeuge. Mit Fliegerabwehr allein geht es nicht.
5. Der F/A-18 ist kein «Luxusvogel», auch keine aussterbende Gattung. Er wird uns während dreissig Jahren dienen.
6. Ob neutral oder in einer europäischen Sicherheitsordnung integriert: Wir brauchen eine Luftwaffe.
7. Trotz dieses Flugzeugs leistet die Armee substantielle Beiträge an die Sanierung der Bundesfinanzen. Deshalb können wir uns dieses Flugzeug leisten.

1. Zurück zur ersten Erkenntnis: Ganz Europa hat Armeen – kleinere, modernere, mobilere – mit neuen Aufgaben. Auch wir brauchen eine solche Armee. Dass ganz Europa Armeen hat, ist eine nüchterne Tatsache. Und ebenso nüchtern darf ich feststellen, dass ausserhalb der Schweiz niemand an die Abschaffung der Armeen denkt.

Die politischen Umbrüche der letzten zwei Jahre in Europa haben diesem Kontinent neue und faszinierende Chancen für die Zukunft eröffnet. Es besteht die Chance, dass auch der östliche Teil unseres Kontinents zu Demokratie, zur Einhaltung der Menschenrechte und zu politischer Stabilität findet. Der Bundesrat möchte im Rahmen seiner neuen Sicherheitspolitik alles tun, damit diese Chancen realisiert werden können. Deshalb hat er diese Politik neu definiert. Unsere Antwort auf die neue Lage sind die neue Sicherheitspolitik und das neue Armeeleitbild 95, aber nicht der F/A-18.

Wir wollen die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den neuen Demokratien im Osten intensivieren, denn nur wenn diese stabil sind, ist Europa stabil. Diese Länder brauchen die Unterstützung aller westlichen Länder. Wir setzen die Armee auch für Friedenssicherung ein, für Beobachtermissionen, im Moment in Jugoslawien, für Blaumützenaufgaben, später hoffentlich für Blauhelmeinsätze. Wir betreiben Friedensförderung, Frau Hollenstein, und zwar mit grossem Engagement. Deshalb ist Ihr Rückweisungsantrag nicht nötig.

Der Aufbruch Europas ist eine Chance, aber er ist noch keine endgültige Realität. Der Ausgang der Entwicklung ist offen. Noch ist die Stabilität nicht garantiert. Sie wissen, dass es innerhalb Europas noch ein gewaltiges politisches und wirtschaftliches Gefälle gibt, zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, aber natürlich – noch grösser – auch zwischen Europa und der übrigen Welt. Armut, wirtschaftliche Misere, ethnisches Konfliktpotential und Hoffnungslosigkeit können

Nährboden für Nationalisten, Demagogen, Diktatoren oder andere Volksverführer werden. Wir erleben das derzeit in Europa, im ehemaligen Jugoslawien, wenige hundert Kilometer von hier. Unsere Welt ist keine friedliche Welt, und wer nicht weltfremd sein will, kann die Augen vor dieser Tatsache nicht verschliessen.

Die Geschichte hat auch mehrfach gezeigt, dass sie nicht vorhergesehen werden kann. Niemand konnte vor drei Jahren vorhersehen, was heute ist; aber heute massen sich viele an, zu wissen, was in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren sein wird. Ich meine: Auch das ist nicht möglich. Eigentlich ist die heutige Lage für eine Flugzeugbeschaffung gar nicht erheblich. Die letzte Staffel wird gegen das Jahr 2000 operationell, und bei den langen Beschaffungs- und Ausbildungszeiten ist eine Beschaffung im Spannungsfall gar nicht mehr möglich, geschweige denn eine vernünftige Ausbildung. Deshalb müssen Rüstungsgüter beschafft werden, wenn es technisch und nicht erst, wenn es spannungsmässig nötig ist, weil es sonst zu spät ist.

1930 führte hier der sozialdemokratische Nationalrat Schmid in einer Flugzeugdebatte aus – es ging um Dewoitine –: «Wir würden besser tun, die vollständige Abrüstung durchzuführen, eine Polizeitruppe genügt. Wir sollten den Anfang machen und zeigen, dass wir keinen Krieg wollen.» Und Nationalrat Nicole ergänzte: «Militärische Rüstungen sind heute vollständig unvereinbar mit der menschlichen Zivilisation.» Neun Jahre später stand die Welt in Flammen.

Wer heute behauptet, es gebe für die Schweiz auch in Zukunft keine militärische Bedrohung mehr, der spekuliert, und zwar spekuliert er nicht nur mit seinem Geld, sondern mit einem viel höheren Gut: mit der Sicherheit und Freiheit unseres Landes. Eine solche Spekulation darf eine verantwortliche Regierung nicht riskieren. Es ist ein elementares Gebot der Sicherheitspolitik, nicht nur den guten Fall anzustreben – und das wollen wir ja tun –, sondern auch für den schlimmen Fall gewappnet zu bleiben. Darüber denken alle europäischen Länder gleich. Darum haben sie Armeen, aber diese Armeen verändern sich. Die neuen Armeen verhindern, dass Machtpolitiker, die es immer noch gibt, die heutige Instabilität für ihre Zwecke missbrauchen können. Sie bieten die Sicherheit, die jedes Land braucht, um Demokratie und wirtschaftlichen Aufbau zu verwirklichen. Damit diese Armeen niemandem Angst machen, dürfen sie nicht angriffsfähig sein. Damit werden die Armeen zu Stützpfeilern von neuen Chancen. Sie sichern den Wandel. Deshalb meine ich, dass auch wir Schweizer eine solche Armee brauchen, damit unser Volk trotz der ungewissen Zukunft sicher ist, damit auch unsere kommenden Generationen trotz politischem und wirtschaftlichem Gefälle, trotz neuen Bedrohungen aus neuen Richtungen noch sicher sein dürfen. Die Schweiz braucht eine Armee wie alle anderen europäischen Länder auch. Diese Armee wird sich verändern. Wir haben das im Armeeleitbild 95 und im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik im Detail geschildert. Sie werden sich darüber noch unterhalten können. Ich darf Herrn Blocher sagen: Auch die finanziellen Konsequenzen sind geplant, alles liegt in einem Ausmass vor, das international sogar grosse Beachtung gefunden hat. Ich kann über Ihre Haltung nur den Kopf schütteln. Sie machen Informations-Annahmeverweigerung: Als sich die Sicherheitskommission während Stunden über die Finanzperspektiven unterhielt, waren Sie nicht anwesend. Sie weigern sich, durch Information Ihre vorgefassten Meinungen zu gefährden.

2. Erkenntnis: Jede moderne Armee braucht einen Luftschild, sonst kann sie ihren Verteidigungsauftrag nicht erfüllen. Ohne einen Luftschild kann unsere Armee nicht einmal richtig mobilisieren, verlieren die mechanisierten Brigaden ihren Vorteil der Mobilität, sind die modernsten Panzer schutzlos dem Abschuss freigegeben. Eine moderne mechanisierte Truppe vermag ihren Auftrag nicht zu erfüllen, wenn sie sich nicht bewegen kann. Das weiss man seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein eindrückliches Beispiel war die Ardennen-Offensive, und auch der Golfkrieg hat es dramatisch gezeigt. Ich kann die Fernsehbilder von der Autobahn ausserhalb Kuwait City nicht mehr vergessen. Auch am Beispiel des Bürgerkriegs in Jugoslawien kann heute jeder Fernsehzuschauer mitverfolgen, wie wehrlos

die Zivilbevölkerung den Bomben und Granaten ausgesetzt ist, wenn ein Gegner ohne Widerstand aus der Luft angreifen kann. Wer die Modernisierung unserer Luftwaffe nicht mitmacht, der verweigert unserer Bevölkerung möglicherweise in einer gewissen historischen Konstellation das Dach über dem Kopf, gibt sich selbst, heute uns und morgen unsere Kinder der möglichen Drohung mit Gewalt schutzlos preis, und das kann eine verantwortungsbewusste Regierung nicht zulassen.

Es ist zwar richtig, dass ein Krieg, in welchen die Schweiz verwickelt wird, gegenwärtig sehr unwahrscheinlich ist. Zum Glück! Niemand hofft mehr als der Bundesrat, dass das immer so bleiben möge. Aber Sicherheitspolitik darf nicht nur auf Hoffnung bauen. Eines nämlich wissen wir ganz sicher: Wenn es je wieder zu einem bewaffneten Konflikt kommen sollte, wird er zuallererst und vornehmlich in der Luft stattfinden. Darum ist mir keine Armee bekannt, die glaubt, ohne eine Luftraumverteidigung mit modernen Mitteln auszukommen, und dies völlig unabhängig von Konzeption und Doktrin. Die Schweiz liegt im Zentrum Europas; die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem Konflikt, in den Europa hineingezogen würde, auch unser Luftraum genutzt würde, ist gross. Für militärische und zivile Flugzeuge ist es fast unmöglich, beim Überfliegen unseres Kontinents die Drehscheibe Schweiz zu meiden, und ein strategisches Vakuum in unserem Luftraum wäre ein unannehmbares Risiko für jede Konfliktpartei. Deshalb hat auch der kanadische Experte an den Hearings Ihrer Kommission unmissverständlich darauf hingewiesen und gesagt, dass unsere Nachbarn gezwungen wären, unseren Luftraum zu verletzen, wenn wir ihn nicht selber schützen könnten, und zwar für ihre eigene Sicherheit. Das heisst im Klartext zweierlei: Erstens würden andere über unserem Land einen Luftkrieg führen, und unsere Zivilbevölkerung müsste die Folgen tragen, zweitens wäre unsere Neutralität ohne einen modernen Luftschild nicht viel mehr als ein Phantom, denn Neutralität, die man nicht gewährleisten kann, ist völlig wertlos.

3. Erkenntnis: Auf dem modernen Gefechtsfeld sind unsere Flugzeuge ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen. Seit dem Golfkrieg herrscht bei den Fachleuten völlige Übereinstimmung darüber, dass im Konfliktfall die Quantität die Qualität nicht mehr ersetzen kann. Alle Generalstäbe sind sich einig, dass man lieber etwas weniger Material hat, aber es muss auf dem modernsten Stand sein. Unsere Bodenarmee ist modern und glaubwürdig, aber unsere Flugzeuge sind veraltet, zum Teil eigentliche Veteranen, und Vertreter ausländischer Flugwaffen haben sie unlängst im privaten Gespräch ganz offen als gute Ziele bezeichnet. Im Luftkampf steht Technologie gegen Technologie. Es gibt für den Zweitplazierten keine Silbermedaille, sondern nur den Abschuss.

Die Schweiz rüstet auch nicht auf. Wir liquidieren 130 Flugzeuge und schaffen 34 leistungsfähigere an. Damit machen wir genau das, was alle andern Länder in Europa um uns herum auch machen, wenn sie es nicht schon früher gemacht haben. Wir verkleinern die Armee; wir modernisieren sie.

4. Erkenntnis: Ein Luftschild braucht Fliegerabwehr und Flugzeuge. Mit Fliegerabwehr allein geht es nicht. Es wird häufig vorgeschlagen – das ist auch hier geschehen –, man solle die Kampfflugzeuge durch Boden-Luft-Lenkwaffen ersetzen. Das klingt im ersten Moment verführerisch. Mir ist aber keine Armee der Welt bekannt, die diese Idee aufgegriffen hat, und das hat seinen Grund. Wie eine Bodenverteidigung braucht auch eine Luftverteidigung statische und mobile Elemente. Und nur die Luftwaffe kann einer Bedrohung aus der Luft innert nützlicher Frist begegnen. Sie kann ihr Schwerpunktgewicht innert Minuten anpassen, ihre Kräfte konzentrieren. Sie ist das dynamische Mittel der Luftverteidigung schlechthin. Sie ist auch das Mittel mit der eminentesten dissuasiven Wirkung. Dazu kommt, dass luftpolizeiliche Aufgaben nur mit Flugzeugen erfüllt werden können. Fliegerabwehr kann nur schießen oder nicht schießen, nicht aber identifizieren und warnen.

Wir haben schon im Jahre 1991 berechnet, dass wir zur Verstärkung einer grossräumigen Fliegerabwehr mindestens 14 Feuereinheiten des Typs Patriot benötigen würden. Sie würden zwischen 3 Milliarden und 4 Milliarden Franken kosten. Auch die Rapier, die wir für etwa 1,8 Milliarden Franken – zum

heutigen Geldwert – beschafft haben, können nur 3,5 Prozent unserer Fläche abdecken. Sie sehen hier die Grenzen. Wir könnten auch mit 14 Feuereinheiten des Typs Patriot bei weitem nicht das ganze schweizerische Territorium schützen, abgesehen von deren Gefährdung durch die mangelnde Mobilität. Wir sind deshalb der Meinung, dass die anderen Armeen recht haben, dass eine Mischung von Flugzeugen und Fliegerabwehr nötig ist.

5. Erkenntnis: Der F/A-18 ist kein «Luxusvogel». Er wird uns während dreissig Jahren dienen. Es wird immer wieder behauptet, wir wollten das Teuerste, das Beste und das Eleganteste, wir wollten den Ferrari. Ich möchte dazu sagen: Es war vielleicht taktisch falsch, aber die teuersten Flugzeuge haben wir gar nicht evaluiert: den F-14, den F-15, den Tornado, den Jäger 90, den Rafale und den Gripen. Sie alle sind teurer, zum Teil erheblich teurer, bis doppelt so teuer oder noch mehr. Nur der F-16 wäre etwas billiger. Er brächte aber gesamthaft merklich weniger Leistung und hat weniger Entwicklungspotential. Ich sage deshalb unmissverständlich: Wir haben nicht das Teuerste gewählt, sondern das Zweitgünstigste.

Ich habe auch den Tatbeweis erbracht, dass mir das Geld nicht einerlei ist. Ich suchte nach einer billigen Lösung. Wir haben den Mirage 2000-5 nachevaluierter und damit nochmals eine Konkurrenzsituation geschaffen. Das ist in Amerika aus gesetzlichen Gründen leider schwierig. Dieses Flugzeug wäre in einer ganz ähnlichen Preislage wie der F/A-18 gelegen. Es ist aber nicht fertigentwickelt. Das technische Risiko einer solchen Beschaffung wäre erheblich. Und was das bedeutet, hat die Schweiz schon einmal erlebt.

Unser Geschäft ist sehr gut vorbereitet. Bei den zuständigen Behörden anderer Länder gilt unser Evaluationsverfahren als beispielhaft. Es hat international Aufsehen erregt. Daran ändert auch die Kritik von Experten nichts, die in dieses Verfahren keinen Einblick hatten.

Ich muss hier auch die ungerechte Abkanzelung meines Projektoberteitors durch Herrn Hubacher in aller Form zurückweisen. Es wurde unter seiner Leitung hervorragende Arbeit geleistet. Die Beschaffung des Leopard-Panzers habe ich im Rückblick – ich war auch noch als Parlamentarier dabei – in etwas anderer Erinnerung als Herr Hubacher.

Der F/A-18 ist ein ausgereiftes, bewährtes und ausserordentlich leistungsfähiges Flugzeug. Es wird ständig aufdatiert und modernisiert. Es wird über dreissig Jahre einsatzfähig bleiben. Wir kaufen nicht einfach ein Flugzeug, sondern ein komplexes Waffensystem, das aus einer Plattform mit Flügeln, aus einem Radar, einem Auge und Lenkwaffen besteht. Lenkwaffe und Radar entstammen der neuesten Generation und werden auch von den Flugzeugen der nächsten Generation nicht übertrffen werden. Beim Flugzeug selber wird die nächste Generation wohl nur einen halben Generationenschritt darstellen; die Preise werden aber doppelt so hoch sein. Deshalb wird der F/A-18 – dank dem Weiterentwicklungspotential – während seiner ganzen Lebensdauer auf dem Stand der Technik bleiben können.

Dass wir mit unserer Wahl richtigliegen – die Schweizer lassen sich ja gern im Ausland bestätigen, weil sie den eigenen Propheten nicht immer glauben –, bestätigt der finnische Entscheid zum Kauf von 64 F/A-18.

Dieses Flugzeug ist auch europäfahig, wenn man das will. Die Integration des F/A-18 in einen Verbund ist im Golfkrieg eindeutig bestätigt worden. Die Integration in einen europäischen Verbund ist nicht eine Frage des Flugzeugtyps, sondern der Führungssysteme und vor allem eine Frage der Politik.

Vielleicht noch zur Frage der Anzahl Flugzeuge: Zur permanenten Überwachung rund um die Uhr brauchen wir mindestens 24 Einsatzflugzeuge. Damit diese über längere Zeit ständig bereit sind, sind im gesamten zumindest 34 erforderlich; mit weniger Flugzeugen könnte der Auftrag nur teilweise erfüllt werden. Wir hätten auch keinerlei Einsatzreserve für Schwerpunktgewichtsbildung. Mit 24 Flugzeugen könnten wir auch nur zwei Staffeln ausrüsten und würden damit Redundanz und Flexibilität verlieren. Vor allem aber wird, je kleiner die Serie wird, wegen der Fixkosten der Preis ungünstiger: Wir würden bei einer Reduktion der Anzahl Flugzeuge um 30 Prozent

nur 18 Prozent der Kosten sparen. Das wären etwa 660 Millionen Franken. Sie nehmen wegen der Volksabstimmung möglicherweise 200 Millionen Franken Mehrpreis ohne weiteres in Kauf. Das müssen Sie zu den 10 dann nicht gekauften Flugzeugen in Verhältnis setzen.

Ich meine auch, dass 34 Stück eine vernünftige Grösse ist, die nicht sofort wieder den Ruf nach einer Zusatzbeschaffung verstärkt. Wir könnten, wenn sich die Chancen in Europa weiter realisieren, auf sehr lange Zeit mit diesen 34 F/A-18 auskommen, sogar dann, wenn wir vielleicht einmal einen Teil der anderen, älteren Flugzeuge werden verschrotten müssen.

Es ist vernünftig, es bei dieser Zahl zu belassen. Ich habe die 24er-Variante überprüfen lassen, aber ich bin selber aus Ueberzeugung wieder davon abgekommen.

6. Erkenntnis: Ob neutral oder in eine Sicherheitsordnung in Europa integriert: Wir brauchen eine Luftwaffe. Die Forderung, wir könnten den Schutz des Luftraumes auch anderen Ländern überlassen, höre ich häufig, vor allem von jenen Kreisen, die sonst immer von europäischer Solidarität reden, nun aber plötzlich unsere Luftverteidigung wie Trittbrettfahrer ausländischen Steuerzahldern überlassen wollen.

Ich habe zuerst einmal Zweifel, ob wir in Europa jemanden finden, der uns diese Aufgabe abnehmen wird, ohne dass wir ihn dafür entschädigen oder ohne dass wir selbst mit für den Schutz sorgen. Und wenn wir jemanden fänden: Wer stellt dann sicher, dass er im Falle eines europäischen Konfliktes nicht andere Prioritäten setzt und seine Potentiale ausgerechnet uns zur Verfügung stellt? Ich glaube auch, dass die Rolle des Trittbrettfahrers nicht gerade unserer wehrpolitischen Tradition entspricht. Wir können wohl einem Verteidigungsbündnis beitreten. Es gibt nur eines, und das ist die Nato. Gerade hier stelle ich wieder fest, dass jene, die sagen, andere könnten unsere Verteidigung übernehmen, gerade nicht in die Nato möchten.

Natürlich ist eine koordinierte Ueberwachung und Sicherung des europäischen Luftraumes möglich, Herr Wick. Die Kosten wären aber nicht nur finanzieller, sondern auch politischer Natur. Wir müssten ganz klar – ich sage das eindeutig – auf unsere Neutralität verzichten und uns in die Nato-Luftverteidigung eingliedern. Etwas anderes gibt es nicht. Aber dann wären auch gleich die Prioritäten der Sicherheitspolitik klar gesetzt, denn für die Nato hat Luftverteidigung die höchste Priorität. Das wissen wir heute schon, und deshalb lehnen wir Ihren Rückweisungsantrag ab. Wir müssen nichts mehr prüfen.

Die Punkte b und c, Herr Wick, können Sie im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik und im Armeeleitbild 95 nachlesen. Ihr Rat hat darüber erschöpfend diskutiert.

Vor der Sicherheitspolitischen Kommission hat ein deutscher Experte unmissverständlich ausgeführt, dass wir auch als Partner im Nato-Bündnis unseren Beitrag leisten müssten, und dieser Beitrag könnte nicht nur aus Geld bestehen. Es gibt in einem Verteidigungsbündnis auch eine Verpflichtung, die politischen Lasten gemeinsam zu tragen, auch die unangenehmen. Gerade Kampfflugzeuge gehören in allen Ländern zu den unangenehmen Problemen, und keiner kann sich hier drücken.

Ueberhaupt ist es eine berechtigte Frage, ob Europa je bereit wäre, seine Schutzgarantien – ich sage es ganz deutlich – auf ein Land auszudehnen, das alle paar Jahre wieder seine Armee abschaffen will und sich dadurch aus einer Verteidigungs-politischen Solidarität fortschleichen möchte.

Erst vor kurzem haben mehrere Mitgliedstaaten der EG zu erkennen gegeben, dass sie für neutrale EG-Mitglieder keine Schutzgarantien übernehmen würden. Sie könnten das in der «NZZ» lesen. Aber ich sage ganz klar, dass für den Bundesrat der Beitritt zu einer militärischen Allianz nicht zur Diskussion steht. Finnland ist in den Nato-Kooperationsrat eingetreten. Die Schweiz hält derzeit nicht dafür, sich dort zu bewerben. Aber man muss sehen, dass im Moment eine gewisse Gefahr besteht, dass die KSZE, wo wir Vollmitglied sind, wo wir voll mitarbeiten, an Bedeutung verliert, die dann an den Nato-Kooperationsrat übergehen könnte. Es könnte also dort irgendein Keim für eine zukünftige europäische Verteidigungsstruktur entstehen, und eine zukünftige europäische kollektive Verteidigung dürfte nicht einfach an der Schweiz vorbeigehen.

Ich habe etwas Mühe mit der Doppelzüngigkeit jener, die von einer kollektiven Verteidigung träumen, aber alle Ansätze in diese Richtung verteufeln.

Einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem können wir derzeit nicht beitreten, weil ein solches nicht existiert. Wir setzen uns für eine solche Sicherheitsordnung ein. Ich habe auf die aktive Rolle in der KSZE hingewiesen. Dazu gehören auch unsere Anstrengungen zur Friedensförderung und zur friedlichen Konfliktbeilegung. Wir haben deshalb, Herr Epiney, nicht auf Ihren Auftrag gewartet. Die von Ihnen geforderten Bemühungen sind im Gang, im wirtschaftlichen und im militärischen Bereich. Wir können Ihren Rückweisungsantrag getrost ablehnen.

Es gibt allerdings trotz aller Anstrengungen erst rudimentäre Ansätze zu einer Sicherheitsordnung, die diesen Namen verdient. Diese Ansätze verdienen unsere Unterstützung, aber sie reichen noch lange nicht aus, um wirksam Konflikte zu verhindern. Die Hilflosigkeit Europas – ich muss es einmal im Klartext sagen – angesichts des jugoslawischen Konfliktes zeigt dies sehr schmerzlich. Deshalb gibt es für uns im Augenblick auf militärischem Gebiet keine Alternative zur bewährten Maxime der bewaffneten Neutralität. Aber zu dieser Neutralität gehört, dass man alle zumutbaren Anstrengungen unternimmt, um Verletzungen des eigenen Territoriums und Luftraums durch kriegsführende Parteien zu verhindern. Zumutbar ist auch, den Luftraum selber zu schützen. Man kann doch nicht in guten Treuhen behaupten, für uns sei nicht zumutbar, was für zahlreiche andere kleine Staaten wie Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien und Holland zumutbar ist, was diese schon tun oder vorhaben. Dass Neutralität ohne glaubwürdigen Luftschild ein Phantom ist, habe ich schon gesagt. Es wäre auch verfehlt, durch Nichtbeschaffung von Rüstungsgütern, quasi auf dem technologischen Weg, die Abkehr von der Neutralität zu erzwingen oder zu präjudizieren. Selbstverständlich verfolgen wir die Entwicklung in Europa ganz genau. Sollte sich irgendeinmal eine neue Lage ergeben, müssten wir überprüfen, ob wir in einer solchen zukünftigen Sicherheitsordnung mitmachen könnten oder wollten; das sind politische Entscheide, das sind nicht Entscheide der Armee. Aber wir müssen die Armee so strukturieren, dass sie solche politische Entscheide nachvollziehen könnte, und das ist genau das, was wir mit der «Armee 95» machen.

7. Erkenntnis: Trotz dieses Flugzeugkaufs leistet die Armee wesentliche Beiträge an die Sanierung der Bundesfinanzen, und deshalb können wir uns die Beschaffung leisten. 3,5 Milliarden Franken sind viel Geld; ich weiss das. Aber sie werden ja nicht auf einmal ausgegeben, sondern verteilt über sieben Jahre. Das sind pro Jahr 500 Millionen Franken oder 1,3 Prozent der gesamten Bundesausgaben. Das ist gewiss nicht masslos. Wenn wir den Betrag über dreissig Jahre amortisieren, macht es noch 120 Millionen jährlich, ohne Betriebskosten. Diese liegen in der Grössenordnung derjenigen, die wir beim Hunter, der wegfällt, einsparen werden. Das ist doch für das dissuasivste, stets bereite, hochmobile, flexibelste und wahrscheinlich in einem neuen Konflikt wichtigste Waffensystem ein tragbarer Preis. Die Phantasiezahlen des Herrn Ledergerber haben mich zum Staunen gebracht. Ich will Sie nicht mit Zahlen langweilen; wir haben Ihrer Kommission die Planzahlen bis 2007 erschöpfend dargelegt.

Im übrigen trägt der Bundesrat der neuen sicherheitspolitischen Lage Rechnung, indem er es auch für verantwortbar hält, die Militärausgaben während einiger Zeit kontinuierlich abzubauen und dann real auf einem neuen Plafond einzufrieren. Von 1990 bis 1995 werden die Investitionen real um 20 Prozent gesenkt, und der Anteil der Militärausgaben an den Bundesfinanzen wird in nur fünf Jahren von 17 auf 12 Prozent sinken, längerfristig wahrscheinlich auf 10 Prozent. Das EMD ist das einzige Departement, das seine Ausgaben wirklich kürzt und zur Sanierung der Bundesfinanzen beiträgt. Trotz dieser Kürzungen ist dieses Flugzeug im normalen Budget finanziert; das ist durch eine ganz klare Prioritätensetzung möglich. Finnland ist ein Land mit weniger Einwohnern als die Schweiz, mit einem beachtlich niedrigeren Sozialprodukt, mit einer wesentlich höheren Arbeitslosenrate. Dieses Finnland hat beschlossen, die doppelte Anzahl F/A-18 zu beschaffen. Ich

habe grossen Respekt vor diesem Land. Sein Entscheid hat mich in der Ueberzeugung bestätigt, dass diese Beschaffung für ein neutrales Land wie die Schweiz zumutbar ist. Wir haben übrigens die schriftliche Bestätigung des amerikanischen Verteidigungsministeriums, dass die Finnen für das gleiche gleich viel bezahlen. Etwas anderes hätte ich auch nicht akzeptiert. Die Differenzen im Preis liegen in folgenden Faktoren: Sie müssen sehen, dass bei uns ungefähr die Hälfte des Betrages auf die Flugzeuge und die andere Hälfte auf Logistik, Simulatoren, Waffen usw. entfällt. Das Flugzeug kostet also nicht 100 Millionen Franken pro Stück, sondern etwa die Hälfte. Die Finnen haben Preisstand 1992. Sie haben keine Dollarteuerung. Wir haben die Teuerung bis Ende der Auslieferung. Sie haben keine Strukturverstärkung, die wir wegen dem Alpenraum brauchen. Sie haben weniger Ersatzteile. Sie haben weniger Bewaffnung. Sie haben im Vertrag keinen Software-Unterhalt. Sie haben eine kleinere Industriebeteiligung, und wir haben noch einen erheblichen Risikobetrag eingestellt. Es ist also nachweisbar, worin die Unterschiede liegen. Ich komme auf die Finanzen zurück: Viele Leute meinen, die Flugzeugbeschaffung führe zu einer Steuererhöhung; das ist falsch: Wegen der Flugzeuge müssen weder die Steuern erhöht werden, noch muss bei einer anderen Staatsaufgabe gekürzt werden. Kein Bauer, kein Rentner und kein Krankenkassenprämienzahler muss dem EMD, das seine Kosten senkt, Opfer bringen. Während das Flugzeug über einen Zeitraum von dreissig Jahren amortisiert wird und inklusive Betriebskosten – diese zähle ich diesmal dazu – etwa 170 Millionen Franken pro Jahr kosten mag, geben wir jedes Jahr 1,2 Milliarden für Entwicklungshilfe, 8,5 Milliarden für soziale Wohlfahrt und 3 Milliarden für die Landwirtschaft aus. Diese Zahlen zeigen, dass ein Verzicht auf dieses Flugzeug nicht wie ein Zauberstab plötzlich die Finanzprobleme des Bundes lösen würde, dort geht es um ganz andere Summen. Die Frage nach dem Preis eines einzelnen Rüstungsgutes ist auch falsch gestellt. Die Frage ist doch, wieviel wir für die Versicherung «Armee» längerfristig ausgeben wollen, ob wir eine Versicherungsprämie von 10 bis 12 Prozent des Bundesbudgets noch wollen oder nicht. Ich meine, dass diese Frage mit einem Ja zu beantworten ist. Aber innerhalb dieses Betrages muss die Verteilung doch nach rein militärisch-technologischen Gesichtspunkten geschehen und nicht nach emotionalen. Nur so entsteht eine Armee, die ein vernünftiges, kohärentes Ganzes ergibt. Deshalb war auch die Ablehnung des Rüstungsreferendums durch das Volk richtig.

Es wurde nun von Gegnern der Flugzeugbeschaffung der Vorschlag eingebracht, es wäre billiger, Occasionsflugzeuge zu beschaffen. Die einen propagieren diese Lösung als eine taugliche Dauerlösung, während die anderen von einer Uebergangslösung bis zu einer neuen Generation von Kampfflugzeugen reden. Ich bin überzeugt, und mit mir ist es Ihre Kommission, dass beides unvernünftig ist. Auch gut aufdatierte Occasionen sind schon veraltet, wenn man sie in Dienst setzt. Sie genügen den Anforderungen höchstens für einige Jahre. Sie haben ja einen Teil ihrer Lebensdauer hinter sich. Die Schweiz hat mit billigen Kompromisslösungen nie gute Erfahrungen gemacht. Sie hat es nach wenigen Jahren meist schon wieder bereut. Als Dauerlösung sind Occasionen eindeutig untauglich. Aber auch als Uebergangslösung sind sie unzweckmäßig, und ich meine, längerfristig teurer. Es lohnt sich kaum, auch wenn sie billig sind, für nur zehn Jahre Flugzeuge, Logistik und Ausbildungsmaterial zu beschaffen, Piloten zu schulen, und dann, wenn die neueste Generation Flugzeuge beschaffungsreif wird, zu sehen, dass diese plötzlich das Doppelte oder das Dreifache kosten.

Aus diesen Gründen, Herr Hubacher, lehne ich Ihren Rückweisungsantrag ab, deshalb hat auch Ihre Kommission mit vielen gegen eine Stimme und bei einigen Enthaltungen einen solchen Antrag abgelehnt. Es gibt auch keine Offerte, wenn ich auch durchaus zugebe, dass wahrscheinlich Frankreich bereit wäre, eine solche Offerte zu machen. Denn alte Flugzeuge loszuwerden, die Industrie mit dem Bau von neuen und mit Aufdatierungen zu beschäftigen, wäre wahrscheinlich für die französische Industrie nicht ohne Reiz. Wir wollen keine Occasionen, aber – Herr Hubacher – ich schätze Ihre Anstrengungen

trotzdem, unserer Flugwaffe neues Material zu beschaffen; Sie bestätigen damit auch die Bedeutung des Luftschildes.

Diese Flugzeugbeschaffung zieht sich nun schon über viele Jahre hin. Nachdem Sicherheitspolitik und Einsatzkonzeption neu definiert wurden, ist das Geschäft reif. Eine rasche Beschaffung ist wegen des Alters unserer Flugzeuge nötig, sie käme auch der Wirtschaft zugute; in der jetzigen Rezessionsphase wäre dies besonders wichtig. Die Direktbeteiligung der Schweizer Wirtschaft an der Produktion, die Kompensationsgeschäfte und die geplanten Bauten bringen ein Beschäftigungsvolumen von etwa 2,6 Milliarden Franken. Das sind rund 20 000 Mannjahre Beschäftigung. Flugzeugfranken sind also zum grossen Teil Franken, die in die Schweiz zurückfließen, und zwar in den Hochtechnologiebereich, das heisst in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes, des Werkplatzes Schweiz. Zahlreiche mittlere Firmen werden Zugang zu einem Markt bekommen, der auch nach der Beschaffung für diese Firmen noch bedeutend sein wird, das haben die guten Erfahrungen mit dem Tiger gezeigt.

Aber ich sage hier auch ganz deutlich, dass man nicht wegen der Wirtschaft Flugzeuge beschaffen soll. Wenn man aber schon aus militärischen Gründen ein Flugzeug beschaffen muss, dann ist es intelligent, es so zu tun, dass die Wirtschaft davon profitieren kann. Ich empfinde es geradezu als rührend, wie hier Vertreter von Parteien, die arbeitnehmernah sind, diese Arbeitsplätze plötzlich zu verteufeln beginnen. Aber ich gehe davon aus, dass sich zumindest die betroffenen Arbeitnehmer von der Basis und die Gewerkschaften von den Fakten und nicht von verbalen Eiertänzen beeindrucken lassen.

Seit letzter Woche gibt es in der Frage des Entscheidungszeitpunktes ein neues Element: 500 000 Schweizerinnen und Schweizer haben anscheinend die sogenannte F/A-18-Initiative der GSoA unterzeichnet. Vielleicht waren sich nicht ganz alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner bewusst, dass es gar keine F/A-18-Initiative ist, sondern eine Initiative, die jede Erneuerung unserer Flugwaffe bis ins Jahr 2000 verhindern will. Diese Initiative will in der Verfassung ein Flugzeugatorium. Vielleicht sind sich nicht alle bewusst, dass sie mit ihrer Unterschrift einen entscheidenden Schritt zur Selbstentwaffnung unseres Landes begünstigen würden, denn die Werbung für diese Initiative hat nicht immer die volle Wahrheit gesagt. Die GSoA will die Armee abschaffen, sie war immer ehrlich, sie hat dieses Ziel auch nie dementiert. Jetzt geht sie in Etappen vor. Weil die moderne Armee eine Luftverteidigung braucht, lanciert die GSoA eine Initiative gegen die Erneuerung der Luftwaffe und verfolgt damit ihr Ziel mit eindrücklicher Konsequenz.

Die Initiative ist eine von vier, die auf die Substanz der Landesverteidigung zielen. Im Zentrum jeder Armee stehen die Menschen, und jede Armee hat zwei weitere Pfeiler: Ausbildung und Rüstung. Der bestausgebildete Soldat kann mit einer Hellebarde im modernen Gefecht nichts ausrichten, und der beste Leopard-Panzer nützt nichts, wenn ihn der Soldat nicht beherrscht. Die vier Initiativen zielen konsequent auf beide Säulen. Die Rüstungs-Initiative zielt auf den Lebensnerv unserer Rüstungsindustrie, die Waffenplatz-Initiative zielt auf den Lebensnerv der Ausbildung, die Kampfflugzeug-Initiative zielt auf den Lebensnerv der Luftwaffe und damit auf einen Lebensnerv der Armee, und die Kostenhalbierungs-Initiative will unsere Armee zur Ortswehr ohne jede Dissuasionswirkung verkommen lassen. Ich habe den bestimmten Eindruck, das alles habe System. Die Armee wird zwar nicht abgeschafft, aber sie wird stuckweise zerlegt. Im Endeffekt kommt das auf das gleiche hinaus. Ich hoffe, dass unsere Bürger das langsam merken.

Trotzdem haben eine respektable Zahl von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zum Ausdruck gebracht, dass sie bei der Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges mitreden wollen. Ich achte diese Meinungsausserung, das gute Recht dieser Bürgerinnen und Bürger. Sie haben nicht zu vertreten, dass die Initianten die demokratischen Spielregeln strapaziert haben, weil sie die Initiative erst am Schluss eines laufenden Entscheidungsprozesses lanciert haben und damit die verfassungsmässige Kompetenzordnung über den Haufen werfen. Aber eines ist sicher: Mit der Einreichung der Initiative ist kei-

neswegs ein Vorentscheid zur Ablehnung von Kampfflugzeugen gefällt worden. Eine Initiative ist nichts als das Begehr, eine bestimmte Frage vor das Volk zu bringen, sie ist nicht der Entscheid selber.

Ich bin zuversichtlich, dass das Schweizer Volk zwischen der Propaganda für die Initiative und der wirklichen Absicht dahinter wird unterscheiden können. Ich bin auch zuversichtlich, dass unser Volk die verheerenden Folgen einer Annahme der Initiative gründlich bedenken wird. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich gut überlegen, ob sie jenen helfen wollen, die mit der Abschaffung der Schweizer Luftwaffe der Armee einen ihrer wichtigsten Stützpunkte zerstören wollen. Ueber etwas müssen wir uns im klaren sein: Eine zum Museum verkomme Luftwaffe hat keine Zukunft, die Nacherneuerung bedeutet mittelfristig deren Abschaffung.

Es ist klar, dass eine eingereichte Initiative keine rechtliche Vorfiktion entfaltet und keine aufschiebende Wirkung hat. Bis zur Abstimmung muss der Staat, müssen seine Behörden gemäss Verfassung und Gesetz handeln. Es wäre äusserst bedenklich, wenn es einer klaren Minderheit der stimmberechtigten Bürger gelänge, die staatliche Tätigkeit völlig zu blockieren.

Hier möchte ich einiges Grundsätzliche zur Demokratie festhalten: Die neuere Entwicklung macht mir Sorgen – dabei bin ich als grosser Anhänger der direkten Demokratie der Meinung, sie sei ein unverzichtbares Element unserer politischen Kultur, das auch zum Zusammenhalt unseres Landes beiträgt. Ich wäre deshalb froh, wenn der Sprecher der Armee-Abschaffung mich vollständig zitiert hätte. Er hat hier aber etwas gesagt, was nicht unbedenklich ist, nämlich, dass das Volk jederzeit alles beschliessen könne. Er wirft damit die Frage der Grenzen der Verfassung einer Demokratie auf. Auch in einer Demokratie gibt es materielle Grenzen. So darf die Volksmehrheit sicherlich nie Minderheiten unterdrücken; sie darf nicht die Demokratie abschaffen; umgekehrt darf sich auch nie eine Minderheit als Mehrheit gebärden, das taten die Bolschewisten. Demokratie muss aber auch – und das ist das zweite – begleitet sein von Rechtssicherheit, von Berechenbarkeit, von Verfahrensordnungen und Spielregeln, denn nur so bleibt ein Land regierbar und ein Staat berechenbar, und nur so kann auch ein Werkplatz den harten internationalen Konkurrenzkampf bestehen – weil man ihm sonst als politischem Standort nicht mehr traut. Nur so können wir auch die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Initiativen, die rückwirkend Recht ändern und die verfassungsmässige Kompetenzordnung über den Haufen werfen, können langfristig auch für das Volk – das vielleicht jetzt klatscht – fatale Konsequenzen haben. Man kann die Spielregeln sicherlich ändern, aber man sollte dabei die Spielregeln selber einhalten und sie nicht während des Spieles ändern; alles andere hat unvorhersehbare Konsequenzen und schafft gefährliche Präjudizien. Deshalb war ich dagegen, bei emotionsgeladenen konkreten Geschäften die Spielregeln – in meinem Interesse – spontan zu ändern und etwa Initiativen für ungültig zu erklären, die man während Jahren immer als gültig erklärt hatte. Ich hätte das politisch falsch gefunden, auch gegenüber unseren Bürgern. Man muss das Problem der Rückwirkung anpacken, aber abstrakt, losgelöst von praktischen Vorlagen. Man sollte hier deshalb nicht – jetzt komme ich auf Anträge zurück – spontan über eine Referendumsklausel z. B. ein Präjudiz für ein Verwaltungsreferendum schaffen; man sollte nicht durch die Verschiebung des Entscheides der Initiative eine Vorfiktion zugestehen; man sollte nicht durch sofortige Abstimmung eine Initiative unter vielen anderen privilegieren. Opportunistische Kurzschlüsse mögen scheinbar helfen, ein konkretes Problem zu lösen, aber sie können bedenkliche langfristige Folgen haben. Demokratie und Rechtsstaat, Volksrechte und Verfahrensordnungen mögen bisweilen in einen Zielkonflikt geraten, aber sie bedingen einander, und das bitte ich Sie hier zu bedenken.

Regierung und Parlament sind demokratisch legitimiert. Sie haben Entscheidungskompetenzen. Sie dürfen darauf nicht verzichten, weil eine gut organisierte Subkultur und einige Medien dies verlangen. Das Aufschieben des Beschaffungsentseides bis zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative

käme einer inakzeptablen Vorfiktion gleich. Auch bei einer normalen Referendumsabstimmung wird zuerst entschieden und erst dann abgestimmt – dieses Verfahren hier ist also völlig normal.

Wir wären im Falle einer Verschiebung in unserer Handlungsfähigkeit gelähmt. Die Abmachungen und Verträge mit den USA würden hinfällig. Der ganze Beschaffungsprozess würde über Jahre verzögert. Bei einer Zustimmung der Räte zur Beschaffung nach der Volksabstimmung könnte unsere Bestellung frühestens im Rahmen der Produktionsjahre 1995, 1996 oder gar noch später erfolgen. Die Nachteile wären immens. Die Teuerung würde weiter steigen. Die Mehrkosten wegen möglicherweise wieder kleineren Produktionsserien und wegen Wegfall der Höchstpreisgarantien sind schwer abzuschätzen, aber sie könnten in die Hunderte von Millionen Franken gehen. Das schweizerische Beteiligungsprogramm wäre stark gefährdet, weil die Industrie in Amerika kein Interesse mehr hätte, mit uns vernünftige Lösungen zu treffen, weil sie nicht mehr glauben würde, dass es uns noch ernst sei, und die Fortführung der Anstrengungen für die Wirtschaft wäre in Frage gestellt. Das Volk hätte berechtigte Zweifel, ob das Parlament überhaupt noch zur Armee und zur Erneuerung ihrer wichtigsten Instrumente stünde. Der Kleinmut des Parlamentes müsste sich auf die Stimmung im Volk äusserst negativ auswirken.

Für Armee und Flugwaffe selber wäre ein Nullentscheid ein katastrophales Signal. Er würde als fehlender politischer Wille aufgefasst, noch zu einer glaubwürdigen Armee zu stehen, auch als Fehlen des Mutes der zuständigen Behörden zu einem richtigen Entscheid.

Schliesslich wäre es ein bedenkliches Signal gegenüber dem Ausland. Unsere Verhandlungsposition würde geschwächt, unser Ansehen würde untergraben, und mit einem gewissen Recht würde der Wille der politischen Führung zur Selbstbehauptung unseres Landes angezweifelt. Es wäre ein Signal der Verunsicherung mehr, wie wir sie in den letzten Jahren verschiedentlich ausgesendet haben. Deshalb ist für den Bundesrat ein Aufschub des Entscheides oder eine Rückweisung des Geschäftes nicht zu vertreten. Ich bitte Sie deshalb, alle entsprechenden Anträge abzulehnen.

Es ist sicher richtig, dass man die Volksabstimmung nicht durch die Schaffung massiver Faits accomplis belasten soll. Deshalb haben wir nach einer Lösung gesucht, die es erlaubt, die Ausgaben über die Beschaffung bis zur Volksabstimmung möglichst klein zu halten. Der Entscheid Finnlands hat uns hier mitgeholfen, weil er uns eine Sicherheit gibt, dass auch in späteren Jahren, wenigstens in den ersten, die Produktionsquote, die für uns wichtig ist, noch einigermassen gesichert ist. Wir haben diese neue Entwicklung für Verhandlungen genutzt, und dank dieser Verhandlungen sind wir in der Lage, die Kosten eines allfälligen Verzichtes auf die Beschaffung auf ein vertretbares Minimum zu senken. Ich werde dazu bei den verschiedenen Varianten bei der Abstimmung zum Antrag Hess Peter Stellung nehmen.

Der Bundesrat ist im übrigen bereit, die Botschaft zur Initiative so rasch vorzulegen, dass eine Volksabstimmung – falls Sie als Parlament diesen Rhythmus mithalten – bis Mitte nächsten Jahres möglich sein sollte. Aber eine noch stärkere Privilegierung der Initiative wäre aus Präjudizgründen nicht zu verantworten. Mit ebensolchem Recht könnten andere Initianten, etwa die Bauern, behaupten, sie hätten eine ebenso privilegierte Behandlung verdient.

Mit diesem Verfahren und der von uns in den USA ausgehandelten Zahlungsvariante kann die Initiative korrekt abgewickelt werden, ohne dass Vorauszahlungen geleistet werden müssen, die vom Bürger als Erpressung empfunden werden könnten.

Damit komme ich zum Schluss. Eine Regierung kann sich in einer unpopulären Frage nicht einfach aus ihrer Verantwortung stehlen. Es ist leicht, ein umstrittenes Rüstungsgeschäft zu blockieren. Man kann immer behaupten, es sei noch nicht der Moment. Man kann immer sagen, es fehlten noch diese oder jene Zusatzinformationen. Man kann immer sagen, es gebe noch bessere Lösungen. Sie und der Bundesrat tragen die Verantwortung für dieses Land, und zwar nicht nur für

heute, sondern auch für die Zukunft. Wir müssen heute dafür sorgen, dass die Schweiz auch morgen noch gegen Risiken gewappnet ist. Rüstungsobjekte mit einer so grossen Beschaffungsdauer können nicht erst gekauft werden, wenn sich die Lage dramatisch verschlechtert.

Der Bundesrat ist mit seinem Entscheid seiner Verantwortung nachgekommen. Nun stehen Sie vor dieser Verantwortung, und Ihr Entscheid – ich habe das schon hin und wieder gesagt, und ich wiederhole es hier sehr bewusst –, wie immer er ausfällt, muss nicht vor dem Zeitgeist, sondern vor der Geschichte bestehen.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, dem Eintreten und der Vorlage zuzustimmen und alle Rückweisungsanträge abzulehnen. (Teilweiser Beifall)

Präsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen, und wir kommen zu den Abstimmungen.

In einer ersten Eventualabstimmung stelle ich den Antrag Hollenstein dem Antrag der Minderheit Ledergerber gegenüber. In der definitiven Abstimmung stelle ich das Ergebnis dem Antrag der Mehrheit auf Eintreten gegenüber. Diese Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Ledergerber: Mein Antrag ist ein Nichteintretensantrag. Ich bin der Meinung, dass Eintreten oder Nichteintreten eine Abstimmung für sich ist, die wir unter Namensaufruf durchführen werden. Der Antrag Hollenstein hingegen ist ein Ablehnungsantrag, und ich meine, es müsste separat darüber abgestimmt werden.

Präsident: Ich bin damit einverstanden, dass wir zuerst unter Namensaufruf über Nichteintreten oder Eintreten abstimmen. Anschliessend werden wir separat über den Antrag Hollenstein entscheiden.

Erste, namentliche Abstimmung – Premier vote, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité (entrer en matière):
 Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bührer Gerold, Bürgi, Caccia, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchebin, Daep, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Eggly, Engler, Epiney, Etique, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlmann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss, Zölich, Zwahlen (118)

Für den Antrag der Minderheit Ledergerber (Nichteintreten) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité Ledergerber (ne pas entrer en matière):

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguin, Bircher Silvio, Blöcher, Bodenmann, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Camponovo, Carobbio, Caspar, Comby, Danuser, de Dardel, Diener, Dünki, Duvoisin, Fankhauser, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herzog, Hollenstein, Hu-

bacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Mäder, Marti Werner, Maspoli, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruf, Ruffy, Schmid Peter, Sieber, Spielmann, Stalder, Steiger, Strahm Rudolf, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (77)

Der Stimme enthalten sich – S'abstienent:

Bühler Simeon (1)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Eggenberger, Gysin, Luder (3)

*Präsident Nebiker stimmt nicht
M. Nebiker, président, ne vote pas*

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Hollenstein	57 Stimmen
Dagegen	118 Stimmen

Präsident: Es folgen die Abstimmungen über Rückweisung oder Aussetzung. Fünf Anträge liegen hier vor:

1. Minderheitsantrag Gross Andreas auf Aussetzung; die Abstimmung darüber erfolgt unter Namensaufruf.
2. Rückweisungsantrag der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi; diese Abstimmung erfolgt ebenfalls unter Namensaufruf.
3. Rückweisungsantrag Wick.
4. Rückweisungsantrag Epiney.
5. Rückweisungsantrag Hubacher.

Ich lasse über diese Anträge einzeln abstimmen. Falls zwei der Rückweisungsanträge angenommen würden, hätte ich anschliessend in einer definitiven Abstimmung zu ermitteln, welcher der beiden Geltung hätte.

Dritte, namentliche Abstimmung – Troisième vote, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit (Ablehnung des Antrages der Minderheit) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité (rejeter la proposition de la minorité):

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bührer Gerold, Bürgi, Caccia, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchebin, Daep, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Eggly, Engler, Epiney, Etique, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlmann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss, Zölich, Zwahlen (119)

Für den Antrag der Minderheit Gross Andreas stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité Gross Andreas:
 Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguin, Bircher Silvio, Bodenmann, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Carobbio, Caspar, Danuser, de Dardel, Diener, Dünki, Duvoisin, Fankhauser, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Hae-

ring Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Häggerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Maspoch, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruf, Ruffy, Schmid Peter, Sieber, Spielmann, Stalder, Steiger, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwylhart (72)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Camponovo, Comby, Dormann, Suter, Tschopp (5)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:
Eggenberger, Gysin, Luder (3)

Präsident Nebiker stimmt nicht
M. Nebiker, président, ne vote pas

Vierte, namentliche Abstimmung – Quatrième vote, par appel nominal

Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition du groupe DS/Ligue:
Borradori, Keller Rudolf, Maspoch, Ruf, Stalder (5)

Dagegen stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Rejettent la proposition:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bührer Gerold, Bürgi, Cavolini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchebin, Daep, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Eggly, Engler, Etique, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritsch Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlmann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philippon, Pidoux, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmid Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss, Zöllch (116)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguin, Bircher Silvio, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Caccia, Camponovo, Carobbio, Caspar, Comby, Danuser, de Dardel, Diener, Dünki, Duvoisin, Epiney, Fankhauser, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Häggerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruffy, Schmid Peter, Sieber, Spielmann, Steiger, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwylhart (75)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:
Eggenberger, Gysin, Luder (3)

Präsident Nebiker stimmt nicht
M. Nebiker, président, ne vote pas

Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

Für den Antrag Wick 67 Stimmen
Dagegen 104 Stimmen

Sechste Abstimmung – Sixième vote

Für den Antrag Epiney 77 Stimmen
Dagegen 102 Stimmen

Präsident: Der Rückweisungsantrag Hubacher ist zurückgezogen worden.

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3 (neu)

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Ledergerber, Carobbio, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)

Der Bundesrat leistet weitere Anzahlungen oder geht andere Verpflichtungen für den F/A-18 erst ein, wenn das Volk der Flugzeugbeschaffung zugestimmt hat.

Antrag Suter

Abs. 1

Der jährliche Zahlungsbedarf wird, soweit er das bereits getroffene Vorengagement von 50 Millionen Franken übersteigt, erstmals in den Voranschlag aufgenommen, der einer allfälligen Volksabstimmung über die Flugzeugbeschaffung folgt, spätestens aber in den Voranschlag 1994.

Antrag Hess Peter

Abs. 3 (neu)

Der Bundesrat stellt sicher, dass die nach Inkrafttreten dieses Beschlusses bis zur Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Kampfflugzeuge», spätestens aber bis zum 1. Juli 1993 anfallenden Kosten eines allfälligen Beschaffungsverzichts die 50 Millionen Franken des von ihm bereits beschlossenen Vorengagements nicht übersteigen.

Antrag Zisyadis

Abs. 3 (neu)

Vor der Volksabstimmung dürfen keine Zahlungen geleistet werden.

Abs. 4 (neu)

Allfällige Vorauszahlungen werden vom Voranschlag des zuständigen Departementes im laufenden Jahr abgezogen.

Art. 2

Proposition de la commission

A1. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

A1. 3 (nouveau)

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Ledergerber, Carobbio, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)

Le Conseil fédéral n'effectuera les prochains paiements pour le F/A-18 ou n'engagera de nouvelles dépenses à ce titre que lorsque le peuple aura accepté l'acquisition des avions.

Proposition Suter

Al. 1

Les crédits de paiement annuels, en tant que les besoins excèdent les 50 millions de francs déjà engagés, sont inscrits pour la première fois au budget qui suivra une éventuelle votation populaire sur l'acquisition d'avions, mais au plus tard au budget 1994.

Proposition Hess Peter

Al. 3 (nouveau)

Le Conseil fédéral fera en sorte que les frais qui résulteront – entre l'entrée en vigueur du présent arrêté et la votation sur l'initiative populaire «Pour une Suisse sans nouveaux avions de combat», mais au plus tard le 1er juillet 1993 – d'un abandon éventuel du projet d'acquisition n'excèdent pas les 50 millions de francs déjà engagés.

Proposition Zisyadis

Al. 3 (nouveau)

Aucun paiement ne sera effectué avant le vote du peuple.

Al. 4 (nouveau)

Les éventuels paiements anticipés seront pris en déduction du budget ordinaire du département concerné de l'année en cours.

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Ich darf Ihnen den Minderheitsantrag der sozialdemokratischen und grünen Kommissionsmitglieder beliebt machen, jenen Antrag, der später als CVP-Lösung berühmt geworden ist

Wir möchten damit verbindlich festschreiben – Sie haben den korrigierten Minderheitsantrag in Ihren Unterlagen –, dass der Bundesrat keine weiteren Anzahlungen leisten oder andere Verpflichtungen eingehen darf, bis das Volk der Flugzeugbeschaffung zugestimmt hat. Damit sind sowohl eventuelle Abstimmungen im Rahmen eines Referendums wie im Rahmen der Initiative gemeint. Diese Bestimmung in diesem Bundesbeschluss ist notwendig; denn ohne diese Einschränkung wird der Bundesrat nach einer allfälligen Zustimmung des Nationalrates zum Beschaffungskredit alle unterschriftenbereiten Verträge mit den Amerikanern unterzeichnen und ihnen zusätzlich zu den bereits in den Sand gesetzten 50 Millionen Franken weiteres gutes Geld nachwerfen. Im Gegensatz zur ersten Zahlung, für die – und das wiederhole ich hier in aller Deutlichkeit – keine rechtliche Grundlage bestand, wäre der Bundesrat nach einem positiven Entscheid des Nationalrates zu weiteren Anzahlungen berechtigt.

Wenn Sie die Erbitterung im Volk über diese Flugzeugbeschaffung nicht noch anheizen wollen, dann müssen Sie hier weiteren Anzahlungen einen Riegel schieben. Wir finden es erfreulich, dass jetzt offenbar auch die freisinnig-demokratische Fraktion und die CVP zu diesem Schluss gelangt sind. Das hat lange genug gedauert; denn, wie Sie auf der Fahne sehen, hat weder ein CVP- noch ein FDP-Mitglied der Kommission diesen Antrag mitunterzeichnet.

Ich glaube, weitere inhaltliche Begründungen zu diesem Antrag erübrigen sich. Aber lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Position der CVP und zum Antrag Hess Peter machen.

Wir freuen uns darüber, dass die CVP allmählich versucht, ihren Slogan einzuholen, sich also in der politischen Mitte anzusiedeln versucht und sich nicht mehr nur als Anhänger rechtsbürgerlicher Positionen versteht. Das würde der Politik unseres Landes guttun. Wir mögen es der CVP auch von Herzen gönnen, wenn ihr die Medien bei diesem Prozess grosse Aufmerksamkeit und einiges Lob schenken.

Was jedoch seit Wochen von den Medien als CVP-Lösung glorifiziert wurde, erscheint bei näherer Betrachtung in meinen Augen nicht als eine besonders reife politische Leistung. Ich möchte nur zwei, drei Punkte anführen. Die CVP-Vertreter – ich habe es bereits erwähnt – haben unseren Antrag gegen weitere Anzahlungen in der Kommission bekämpft. Das war am 12. Mai 1992. Am 22. Mai, zehn Tage später, wird genau dieser Antrag einer staunenden Öffentlichkeit als Ausweg der CVP aus dem grossen Dilemma präsentiert. Was war in der Zwischenzeit passiert? Es gab diese Eskapade Oehler. Herr Oeh-

ler, der in den USA ein paar Türklinken geputzt und gemäss «SonntagsZeitung» vor allem Gesprächsverweigerung erfahren hat, ist zurückgekommen und hat sich vor den Medien als Retter des Vaterlandes aufgebläht. Das scheint mir keine gute Grundlage zu sein, um diese Umorientierung vorzunehmen; denn wenn wir betrachten, was dabei tatsächlich herausgekommen ist, dann sind das diese drei Varianten, die der Bundesrat nachher präsentiert hat. Die Variante, für die Sie von der CVP heute einstehen, die Variante 3, beinhaltet genau gleichviel Verlustrisiko wie vorher, nämlich genau 50 Millionen Franken. Diese Eskapade – oder wie immer Sie es nennen wollen – hat in bezug auf die Entscheidfindung keine zusätzlichen Informationen gebracht.

Herr Hess Peter, wenn ich Ihren Antrag anschaue: Sie verlangen, man solle keine Anzahlungen leisten, welche die vom Bundesrat bereits beschlossenen 50 Millionen Franken übersteigen, bis über die Initiative abgestimmt sei, spätestens aber bis zum 1. Juli 1993. Es steht heute keineswegs fest, dass das Volk bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich über die Initiative abgestimmt hat. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass der Abstimmungsfahrplan durch alle EWR-Vorlagen ganz tüchtig durcheinander gewirbelt wird oder dass der eine oder andere Rat Lust verspürt, dieser Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, und deshalb steht keineswegs fest, dass diese Abstimmung bis zum 1. Juli 1993 über die Bühne gegangen ist. Dann stehen Sie mit diesem Antrag – wie man so schön sagt – dumm da. Dann geben Sie dem Bundesrat die Kompetenz, ab 1. Juli 1993 weitere Anzahlungen zu leisten. Entweder stehen Sie zur Aussage «keine weiteren Vorauszahlungen, bis über die Initiative abgestimmt worden ist» – dann müssen sie konsequenterweise unserem Minderheitsantrag zustimmen –, oder Sie machen ein Spiel und lassen Hintertücher offen. Dann müssen Sie aber dazu stehen, dass Sie nur um ein Jahr verzögern wollen und dass es nicht darum geht, die Zahlungen aufzuhalten, bis vom Volk endgültig darüber abgestimmt worden ist. Für solche Spielchen ist hier kein Platz. Ich glaube Ihnen, dass Sie es ehrlich meinen und wirklich keine weiteren Vorauszahlungen leisten wollen. Dann müssten Sie konsequenterweise Ihren Antrag zurückziehen und der Minderheit beipflichten.

Diese Scharmützel um die Frage der Vorauszahlungen und die Debatten, welchem Antrag zugestimmt werden soll, haben in der Öffentlichkeit die Position Ihrer Fraktion zum Teil verschleiert. Es geht in erster Linie darum, ob wir für oder gegen den Kauf sind. Erst in zweiter Linie geht es darum – das ist auch wichtig –, ob wir weitere Vorleistungen erbringen wollen oder nicht. Ich bitte Sie: Wenn Sie der Meinung sind, dass vor der Abstimmung über die Initiative keine weiteren Vorauszahlungen geleistet und keine weiteren Verpflichtungen in Form von Schuldverpflichtungen usw. eingegangen werden sollen, dann stimmen Sie dem Antrag der Minderheit zu. Es ist ja nicht so, dass ein Antrag, nur weil er von unserer Seite kommt, immer falsch liegen muss. Es ist durchaus auch möglich, dass er besser formuliert ist.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag der Minderheit.

Suter: Ich spreche hier namens einer kleinen FDP-Minderheit, der Herren Camponovo, Comby, Tschopp und mir selber. Wir waren im wesentlichen aus den gleichen Überlegungen, wie sie Herr Blocher heute morgen vorgetragen hat, gegen das Eintreten auf die Flugzeugbeschaffung. Nun, der Rat hat anders entschieden. Für uns sind jetzt zwei Dinge absehbar, nämlich erstens, dass der Rat in der Schlussabstimmung zur Flugzeugbeschaffung ja sagen wird, und zweitens, dass letztlich das Volk an der Urne das letzte Wort haben wird. Uns geht es darum, in dieser Situation den Schaden einigermaßen im Rahmen zu halten, falls der Rat die Flugzeugbeschaffung in der Schlussabstimmung gutheissen und von einer Denkpause, wie wir sie in unserer kleinen Gruppe befürwortet hätten, absehen sollte.

Was wollen wir nun mit unserem Antrag? Wir möchten einerseits sicherstellen, dass bis zu einer allfälligen Volksabstimmung keine weiteren Vorauszahlungen geleistet werden, andererseits möchten wir eine minimale Flexibilität im Hinblick auf die Volksabstimmung beibehalten.

Zum ersten Anliegen: Dass keine Vorauszahlungen mehr zulässig sind, bedarf keiner langen Begründung; Herr Ledergerber hat dies überzeugend dargelegt. Ein derart belastetes Geschäft darf nämlich unter keinen Umständen vor einer allfälligen Volksabstimmung zusätzlich mit weiteren Zahlungen belastet werden. Wir sind überzeugt, dass über diesen Punkt mittlerweile weitgehende Einigkeit besteht. Aus diesem Grund ist in den Beschluss über die Flugzeugbeschaffung ein Verbot zur Leistung weiterer Vorauszahlungen aufzunehmen. In unserem Antrag haben wir eine zeitliche Begrenzung vorgenommen. Vor Ende 1993 wären bei Gutheissung unseres Antrages keine weiteren Zahlungen zulässig. Mithin müsste eine allfällige Volksabstimmung spätestens binnen eines Jahres stattfinden, aus den Gründen, die Herr Bundesrat Villiger bereits dargelegt hat. Zusammenfassend geht es mir also darum, die vom EMD letzte Woche aufgezeigte Variante 3 der Flugzeugbeschaffung in den Beschluss aufzunehmen.

Ich komme nun zur Begründung des zweiten Anliegens, der Beibehaltung eines Minimums an Flexibilität. Ich muss zunächst auf den Antrag der CVP eingehen, der eine ähnliche Stossrichtung hat, aber auch einen entscheidenden, gravierenden Schönheitsfehler aufweist: Dieser Antrag stellt nämlich eine Kausalität zur GSoA-Initiative her, die ausdrücklich in den Beschluss aufgenommen werden soll; eine Initiative, die noch nicht einmal validiert, geschweige denn beraten worden ist; eine Initiative, die eine sehr fragwürdige Rückwirkungsklausel enthält und für die das Kampfflugzeug nur Mittel zum Zweck der Armee-Abschaffung ist. Ich muss die Mitglieder der CVP-Fraktion und alle Ratsmitglieder bitten, sich diesen Kneiffall vor der GSoA-Initiative gut zu überlegen, einen Kneiffall, der einzig aus taktischen Gründen gemacht wird, in der Hoffnung, das Geschäft doch noch zu retten. Diese Taktik wird sich rächen, denn man muss sich vorstellen, wohin die Reise nun offenbar nach dem Willen des Parlamentes führen soll: zu einer Wahl an der Urne zwischen einem schief in der Landschaft liegenden Flugzeug einerseits und einer Moratoriums-Initiative, die die Selbstentwaffnung der militärischen Landesverteidigung einläutet, andererseits. Das ist für die Mehrheit doch gar keine Alternative. Wenn das Volk schon entscheiden soll – was wir an sich ablehnen –, dann soll es wenigstens seinen Willen unverfälscht kundtun können. Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit des Volkes gegen die Beschaffung des F/A-18 ist, die Armee aber befürwortet. Mit dem sich nun abzeichnenden Drehbuch wird sich das Volk indessen gerade nicht so äussern können. Wenn es das Flugzeug ablehnt, wird es dies nicht anders tun können als durch Annahme der Initiative. Wollen Sie das? Wollen Sie die damit verbundene Zerreissprobe riskieren? Das politische Klima wird dadurch vergiftet werden, die öffentliche Meinung wird sich an einem Gegenstand von zweitrangiger Bedeutung spalten, und dies in einer Zeit, wo Verständigung und Konsens gefragt wären. Es gilt, eine minimale Uebereinstimmung in den grossen Fragen unserer Zeit zu finden. Man muss doch sehen, dass es beim F/A-18-Geschäft längst nicht mehr nur um eine Flugzeugbeschaffung oder um die Luftraumverteidigung geht. Dieses Flugzeug ist zum Konsolidationspunkt einer vielschichtigen Frustration geworden. Bei Annahme der Initiative wird dieser Volksentscheid zu falschen Schlüssen Anlass geben, nicht zuletzt im Ausland.

Deshalb geht es jetzt darum, die Türen noch offenzuhalten, falls das Parlament der Flugzeugbeschaffung doch zustimmen sollte und eine Volksabstimmung unausweichlich würde. Ein Ausweg könnte beispielsweise darin bestehen, dem Volke einen Gegenvorschlag zur GSoA-Initiative zu unterbreiten, der in diesen Räten jedoch noch beraten werden müsste. Oder der Rat könnte entscheiden, die Möglichkeit des fakultativen Referendums zu eröffnen, wie dies seinerzeit beim Kaiseraugst-Entscheid getan wurde. Verbauen Sie diese Auswege nicht! Lehnen Sie aus all diesen Gründen den Antrag der CVP ab, den Herr Hess Peter in Kürze begründen wird, und stimmen Sie dem Antrag einer kleinen FDP-Minderheit zu. Helfen Sie mit, einen Showdown wie im Film «High Noon» zu verhindern – einen Showdown, aus dem entweder Herr Bundesrat Villiger oder Herr Gross als Sieger hervorgehen werden, das Interesse unseres Landes aber sehr wohl auf der Verliererseite stehen könnte.

Hess Peter: Einstimmig haben wir heute morgen in der CVP-Fraktion Eintreten auf diese Vorlage beschlossen und die verschiedenen Rückweisungsanträge abgelehnt. Mit diesen Beschlüssen ist das Schicksal der Beschaffungsvorlage jedoch noch nicht entschieden. Nach der Einreichung der Initiative «Für eine Schweiz ohne Kampfflugzeuge» liegt das letzte Wort über den Kauf des F/A-18 bei Volk und Ständen. Wenn wir mit Bundesrat Villiger dafür eintreten, dass diese Initiative trotz der missbräuchlichen Rückwirkungsklausel zur Abstimmung gebracht werden soll, so wird die Frage weiterer Vorauszahlungen zu einem zentralen Streitpunkt.

Gemäss geltender Verfassungsordnung haben die beiden Räte die Kompetenz, in Fragen der Rüstungsbeschaffung abschliessend zu entscheiden. Trotzdem gebietet es der Respekt vor dem Initiativrecht, dass wir dafür einstehen, dass die Abstimmung möglichst unbelastet von Sachzwängen erfolgen kann. Die CVP-Fraktion hat daher schon frühzeitig nach einem Ausweg aus dem Patt gesucht, in die der Nationalrat durch die polarisierende Volksinitiative geraten ist.

Nach eingehenden Abklärungen über die Vertragslage und die zeitlichen Bedingungen des Beschaffungsablaufs hat die CVP-Fraktion bereits vor drei Wochen den Bundesrat aufgefordert, die Vertragsbedingungen mit den amerikanischen Partnern dahingehend zu überprüfen, dass bis zur Abstimmung über die Volksinitiative weitere Verpflichtungen vermieden werden können. Wie bereits dargelegt wurde, entspricht unser Antrag zu Artikel 2 Absatz 3 nun genau der von Bundesrat Villiger aufgrund der zwischenzeitlichen Abklärungen durch Rüstungschef Wicki präsentierten Beschaffungsvariante 3.

Mit unserem Antrag verlangen wir vom Bundesrat, das Ausmass der bis zur Abstimmung anfallenden Verpflichtungen für den Fall eines Beschaffungsverzichtes auf 50 Millionen Franken zu beschränken. Wir wissen heute, dass dieser Weg gangbar ist, auch wenn damit teuerungs- und währungsbedingte Mehrkosten und eine allfällige Verschiebung der Beschaffung um ein Jahr verbunden sein mögen.

Es war diese Sachlage, die die CVP-Fraktion bewogen hat, einstimmig für Eintreten auf die Vorlage zu stimmen. Allerdings, das möchte ich nochmals betonen, ausdrücklich und unabdingbar unter der Voraussetzung, dass der Rat die erwähnte Beschaffungsvariante 3 in Artikel 2 Absatz 3 (neu) des Beschlusstentwurfes festschreibt.

Bei Artikel 2 stehen sich – nebst jenem der Kommissionsmehrheit – heute vier Anträge gegenüber. Auf der einen Seite finden Sie den Minderheitsantrag Ledergerber sowie die Anträge Suter und Zisyadis. Allen diesen Anträgen ist gemeinsam, dass sie unflexibel sind und – das gilt vor allem für den Antrag Suter – eine unnötige Einschränkung unserer Budgetfreiheit mit sich bringen. Demgegenüber ist mein Antrag flexibel ausgestaltet und trägt der konkreten Vertragslage Rechnung, wie die Abklärungen von Herrn Wicki zeigen.

Für uns ist entscheidend, dass der Bundesrat sicherstellt, dass das Total der Zahlungen bei einem Beschaffungsverzicht das bereits beschlossene Vorengagement von 50 Millionen Franken nicht übersteigt. Ein weiteres Unterscheidungskriterium ist – Herr Suter hat das zu Recht dargelegt – die Frist vom 1. Juli 1993. Von Herrn Bundesrat Villiger haben wir erfahren können, dass durchaus damit gerechnet werden darf, dass uns die Botschaft zur Volksinitiative im Herbst dieses Jahres vorgelegt wird. Wenn wir die Vorlage ordnungsgemäss beraten, ist es daher durchaus möglich und vom EWR-Abstimmungskalender her auch vertretbar, diese Abstimmung im Mai 1993 anzusetzen. Daher die Wahl des 1. Juli 1993, weil wir von der CVP-Fraktion dafür einstehen, dass die Abstimmung nicht aus irgendwelchen taktischen Gründen – aus welchem Lager auch immer, Herr Ledergerber – hinausgeschoben wird.

Selbstverständlich gilt unsere Ueberlegung, dass das Vorengagement bis zur Abstimmung nicht über 50 Millionen Franken hinauswachsen soll. Wenn Sachzwänge, die wir heute nicht kennen, dazu führen sollten, dass die Abstimmung über den 1. Juli 1993 hinaus verschoben werden müsste, werden wir uns dannzumal überlegen, einen entsprechenden Zusatzantrag einzureichen. Ich bin aber heute fest davon überzeugt, dass bei gutem Willen beider Räte die Abstimmung möglichst

bald durchgeführt werden kann, wie es Ihrem Anliegen entspricht.

Herr Kollege Suter bemängelt an meinem Antrag, dass eine Kausalität zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Kampfflugzeuge» hergestellt werde, obwohl diese ja noch nicht validiert und auch nicht beraten sei. Nun, Herr Suter, es war vor allem Ihr Bundesrat, der in dieser Frage schon sehr früh gesagt hat: «Wir müssen über diese Volksinitiative abstimmen, eine Ungültigkeitserklärung kann für uns nicht in Frage kommen.» Wir haben auch in unserer Fraktion mit den Spezialisten der Staatspolitischen Kommission über diese Frage nachgedacht. Es ist uns klar dargelegt worden, dass aufgrund der bisherigen – vor allem der politischen – Praxis die Rückwirkungsklausel allein nicht zu einer Ungültigkeitserklärung führen dürfte. Es war diese Ueberlegung, die uns dazu geführt hat, dass wir die Initiative in unserem Antrag auch explizit erwähnen. Nun ist es schon etwas doppelbödig, Herr Suter, wenn Sie in Ihrem Antrag von der Volksabstimmung sprechen und gleichzeitig darum, es dürfe kein Zusammenhang zu dieser Initiative hergestellt werden. Die Anträge zu Artikel 2 haben überhaupt nur einen Sinn und sind nur deshalb entstanden, weil eben eine Volksinitiative eingereicht wurde, sonst könnten wir uns diese Uebung ersparen.

Ich komme zwangsläufig nochmals auf Herrn Ledigergerber zu sprechen: Er hat mir vorgeworfen, wir hätten mit unserem Antrag eine billige Kopie des Antrages der Minderheit eingereicht. Dem ist natürlich nicht so! Ich möchte darauf hinweisen, dass unser Kollege Peter Bircher bereits am 20. März 1992, also zwei Monate vor Ihrem Aktivwerden, in einer Eingabe an die Finanzdelegation ausdrücklich verlangt hat, dass diese Vorengagements unterbleiben sollten. Dieser Gedanke ist in unserer Fraktion weitergesponnen worden.

Warum haben unsere Mitglieder in der Kommission dem Antrag Ledigergerber nicht zustimmen können? Damals ging es einerseits darum, dass noch das gesamte Vorauszahlungsvolumen zur Diskussion stand, dass vor allem auch in der Sicherheitspolitischen Kommission nicht geklärt war, wie die Vertragsbedingungen ausgestaltet sind, das heißt, welche Folgen auf das Beschaffungsvorhaben ein Verzicht auf weitere Vorengangements haben könnte. Da nehmen wir halt noch einmal das Verdienst für uns in Anspruch, dass durch unsere Vorstöße beim Rüstungschef und durch seine Abklärungen in den USA in dieser Frage dann soviel Klarheit geschaffen wurde, dass heute auch der Bundesrat bestätigen kann, dass unser Vorschlag gangbar und mit der Vertragslage kompatibel ist.

Ich möchte mich dagegen verwahren, dass es hier nun um ein parteipolitisches Geplänkel gehe. Es ist richtig, dass jetzt aufgrund der neuesten Entwicklungen Ihr Antrag und unser Antrag im Endeffekt fast auf dasselbe hinauslaufen, aber die Urheberschaft beanspruchen wir.

Zusammenfassend beantrage ich Ihnen, in der Eventualabstimmung, aber dann auch in der Hauptabstimmung unter Namensaufruf meinem Antrag zuzustimmen und so dem Volkswillen, nämlich einer unbelasteten Abstimmung über die Volksinitiative durchzuführen, Rechnung zu tragen.

M. Zisyadis: Les sondages sont sans équivoque et cinglants: les quatre cinquièmes de la population sont opposés au paiement anticipé. De toute façon, il ne s'agit pas ici de sondage mais d'un minimum de sens démocratique. Je suis sûr que M. Villiger, conseiller fédéral, ne pense pas que nous vivons en situation d'occupation, cela ne doit certainement pas lui éffleurer l'esprit. Et pourtant, pour les plus démunis de notre pays, ceux qui souffrent de chômage, de loyers exorbitants, ou de vos rentes AVS lamentables, cette façon profondément choquante de jeter l'argent par la fenêtre, non pas votre argent mais celui de la population, cela s'appelle de la désinvolture, de l'ilégalité et de l'ilégitimité. Vous nous avez considérés comme des sujets d'un pays occupé, nous les conseillers nationaux, avant même que nous prenions le temps de nous prononcer, mais aussi la population dans son ensemble. Vous avez, en quelque sorte, travesti l'idéal démocratique.

Dans cette optique, s'il y a actuellement dans notre pays une cinquième colonne comme je l'ai entendu dans certains dis-

cours, face à la volonté populaire massivement affirmée, elle serait du côté du DMF, du Conseil fédéral et des milieux financiers qui s'entêtent encore à proposer l'achat de ces avions alors que nous avons besoin d'autres priorités, notamment en matière sociale. C'est la cinquième colonne qui a décidé le versement de ces premiers 50 millions, attisant ainsi des tensions inutiles dans le pays par la mise en place de tout un chantage financier.

C'est bien, certes, de stopper tout paiement anticipé, comme le demande la minorité à l'article 2, ou ma proposition qui est quasiment identique, mais c'est insuffisant. Une faute grave d'appréciation politique a été commise. Nous pouvons même considérer qu'il s'agit en l'espèce d'une provocation délibérée alors que tout le monde avait connaissance que le débat démocratique s'amplifiait dans le pays – je suppose en tout cas que vous le saviez – à moins qu'une certaine classe politique vive décidément bien à l'écart de la population. J'entends déjà ceux qui appelleront cela de la responsabilité dans la prise de décisions. Pour ma part, je pense que c'est le contraire. Nous ne pourrons malheureusement jamais réparer cette faute impardonnable. Cependant, le Département militaire fédéral doit payer, à défaut de sanctionner les responsables directs de cette décision. C'est pourquoi je vous propose, à l'alinéa 4 nouveau, que tous les paiements anticipés soient déduits du budget militaire du département dans l'année en cours. Dans cette affaire, le Département militaire fédéral doit boire son bouillon de 11 heures!

M. Eggly: Je ne viens pas répondre à M. Zisyadis qui a eu le culot, ici, d'accuser le Conseil fédéral de trahir l'idéal démocratique. Je crois – si vous me permettez cette expression – que c'est sans commentaire!

Je viens dire au nom du groupe libéral que nous sommes contre toutes les propositions qui, les unes et les autres, d'une manière ou d'une autre, tendent à suspendre l'effet des décisions. Bien sûr, avec le refus des propositions de renvoi et de non-entrée en matière, le pire a été évité. Il n'empêche qu'avec ces propositions nous sommes encore – j'en suis persuadé – dans une affaire assez grave qui touche au fonctionnement de nos institutions. M. Guinand, au nom du groupe libéral, est venu dire dans le débat d'entrée en matière à quel point précisément il y a un risque de perversion si nous ne respectons pas le fonctionnement régulier de nos institutions. M. Couchebin, dans le même débat d'entrée en matière, nous a rappelé que nous ne devons pas vivre dans une démocratie plébiscitaire, une démocratie où les autorités, Conseil fédéral et Parlement, n'avanceraient dans leurs responsabilités qu'après avoir recherché ou obtenu le feu vert préalable. D'ailleurs, on ne cesse de dire: «nous ne pouvons pas, avant le vote sur l'initiative, engager quoi que ce soit, nous ne pouvons pas faire des paiements, car ce ne serait pas respectueux du peuple». Mais quel peuple, depuis quand un nombre, même considérable, de signatures, représente-t-il le peuple? Le peuple ne manifeste sa volonté qu'au moment de voter et à son heure, en temps voulu. Jusque-là, les représentants du peuple c'est nous, les députés qui avons été élus pour prendre nos responsabilités.

Il y a aussi la question du respect de la séparation des pouvoirs. Il y a le peuple qui doit prendre position sur une initiative ou sur un référendum, il y a le Parlement qui doit prendre ses responsabilités, et il y a le Conseil fédéral. Monsieur le Conseiller fédéral Villiger, que se passera-t-il demain pour vous, pour certains de vos collègues, ou pour vos successeurs si l'engrenage est pris, si le précédent a eu lieu, et si vous vous trouvez dans une situation où vous ne pourrez plus vous engager, parce qu'il y aura une initiative, parce qu'il y aura un nombre de signatures pouvant impressionner les uns et les autres, et qui vous forcera toujours à attendre? Il y a maintenant une initiative concernant la demande de négociations sur l'adhésion de la Suisse au Marché commun. Là aussi, est-ce que le Conseil fédéral – ce n'est pas une affaire financière – ne pourra pas engager des négociations avant d'avoir eu le feu vert du peuple? Où allons-nous? Demain ce sera la coopération au développement, après-demain, ce sera les rentes AVS, et là nous verrons si certains députés de gauche chanteront la même chanson. Il ne s'agit pas seulement de la question d'un

avion, il s'agit d'un problème institutionnel. Monsieur le Conseiller fédéral, je comprends bien que pour obtenir un résultat immédiat vous vous apprêtez – vous l'avez déjà annoncé – à tendre la main à la proposition de M. Hess et au Parti démocrate-chrétien. Mais le Parti libéral vous le dit franchement, nous le regrettons, nous pensons qu'il y a là un risque de précédent et qu'il vaudrait beaucoup mieux mettre le Parti démocrate-chrétien et d'autres face à leur responsabilité et qu'ils disent si oui ou non ils votent pour l'achat de cet avion. Nous, le Parti libéral, nous trouvons tout à fait incongru de prendre la place du Conseil fédéral, et d'inscrire dans l'arrêté une disposition concernant les paiements préalables. Ces paiements sont de la responsabilité du Conseil fédéral quant aux modalités du contrat. Nous n'avons pas davantage que d'autres envie que l'argent soit jeté par les fenêtres, et si le Conseil fédéral, sans mettre en cause ni le calendrier, auquel vous attachez de l'importance, Monsieur le Conseil fédéral, ni les modalités de compensation économique, qui sont importantes pour notre économie, pour l'emploi et pour les travailleurs, arrive à négocier une nouvelle forme de paiement et d'acomptes, sans remettre en cause rien d'important à cet égard, tant mieux, mais c'est de la compétence du Conseil fédéral et non de la nôtre.

En résumé, le groupe libéral s'opposera à toutes les propositions dont, finalement, l'effet est de mettre en danger les modalités et la régularité de cette acquisition, et surtout de mettre en danger le fonctionnement régulier de nos institutions. Nous pensons que c'est beaucoup plus grave que certains ont l'air de le penser aujourd'hui et que, au-delà de l'avion, c'est le risque du précédent que nous courons et – si certains dans ces salles doivent être battus, je le dis au sujet de la proposition Hess qui a semble-t-il beaucoup de chances de passer – il est important qu'un certain nombre de députés prennent date, et disent que les choses ne devraient pas, et ne devront pas à l'avenir, se passer de cette manière, sans quoi nous ne savons pas où nous finirons.

Hari: Im Namen der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei gebe ich bekannt, dass wir den Minderheitsantrag Ledergerber sowie die Anträge Suter und Zisyadis ablehnen und dass wir, auch wenn es etwas gegen unser Herz geht, doch dem Antrag von Peter Hess mehrheitlich zustimmen werden.

Dünki: Die LdU/EVP-Fraktion ist einstimmig für alle Anträge, welche die Vorauszahlungen stoppen wollen. Hier geht es um das Kernstück dieser Vorlage; Eintreten ist ja schon beschlossen worden. Die Bevölkerung ärgert es am meisten, dass der Bundesrat mit Zustimmung der Finanzdelegation bereits 50 Millionen Franken überwiesen hat, bevor das Volk befragt worden ist. Die Initiative steht im Raum. Wir wollen also alle künftigen Vorauszahlungen suspendieren, und wir wollen auch, dass ein rascher Volksentscheid herbeigeführt wird. Bei Artikel 3 stellt unsere Fraktion den Antrag, der Bundesbeschluss über die Beschaffung der Kampfflugzeuge sei Volk und Ständen zu unterbreiten. Das ist unsere ernsthafte Absicht. Trotzdem stimmen wir dem Antrag der CVP respektive von Herrn Hess Peter ebenfalls zu; er koppelt diesen Abänderungsantrag an die Initiative der GSoA, was wir für nicht ganz ungefährlich halten.

Ich halte mich ganz kurz. Wir folgen im grossen und ganzen den Ausführungen von Herrn Suter; das ist unsere Position. Wir sind für die Armee; wir wollen aber, dass das Volk über diese grossen Ausgaben entscheiden kann.

Also, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir bei Artikel 2 allen Anträgen zustimmen, die die Vorauszahlung stoppen.

Meier Hans: Folgendes ist ganz klar:

1. Das Schweizervolk will über diesen Flugzeugkauf entscheiden.
2. Das Schweizervolk will nicht, dass noch weitere Vorauszahlungen geleistet werden.

Wer ehrlich ist, stimmt deshalb dem Minderheitsantrag Ledegerber zu. Das macht doch alles klipp und klar! Alles andere sind Augenwischereien; diese Leute wollen ihren Einsatz dafür, dass sie dem Volk weitere Zahlungen ersparen, als Sieg an

ihre Fahne heften und haben so seltsame Fristen gesetzt – Herr Hess den 1. Juli 1993, Herr Suter etwas später. Seien Sie doch ehrlich und stimmen Sie dem Minderheitsantrag Ledegerber zu.

Borer Roland: Ich habe es schon in der Eintretensdebatte gesagt: Sie haben vom Wähler einen Auftrag bekommen. Dieser Auftrag ist nach wie vor gültig. Es ist mir absolut nicht bekannt, dass seit Oktober 1991 die Verfassung geändert worden sein soll. Einer dieser Aufträge an Sie war – und er ist es heute noch –, für eine Landesverteidigung zu sorgen, die diesen Namen auch verdient.

Aufgrund dieser Überlegungen gehen wir voll und ganz mit der liberalen Partei einig. Wir weisen alle Anträge zurück, die auf eine Verschiebung des Geschäfts oder auf sogenannte Kostenersparnisse lauten.

Wenn wir das Ganze um ein Jahr verschieben, dann wird die Beschaffung dieser 34 Kampfflugzeuge noch teurer. Diejenigen, die jetzt für eine Verschiebung stimmen, sollen dann dem Stimmünger auf der Strasse erklären, warum sie bereit sind, zusätzlich 200 Millionen Franken, oder vielleicht sogar noch mehr, auszugeben.

Suter: Herr Hess Peter, Sie gehen von einem Phantom aus, von einer Initiative, die noch nicht einmal beglaubigt ist, und wollen dieses Phantom in einem Bundesbeschluss festschreiben – dagegen wehre ich mich schon aus formellen Gründen. Ich habe den Eindruck, dass es hier darum geht, die Gültigkeit vorwegzunehmen und die Möglichkeit auszuschliessen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und zu unterbreiten; das wäre falsch. Aber vielleicht geht es darum, sich hier Lorbeer an die Brust zu heften, man habe jetzt die Brücke für eine mehrheitliche Lösung gebaut, und gleichzeitig auch darum, eine Fraktion für die Schlussabstimmung bei der Stange zu halten.

Steinegger, Berichterstatter: Bei Abschluss der Kommissionsarbeiten war die GSoA-Initiative auf Abschaffung der Luftwaffe noch nicht eingereicht. Wir haben heute tatsächlich eine etwas schwierige Situation: Auf der einen Seite stehen die Achtung vor demokratisch und rechtsstaatlich korrekt zustande gekommenen Beschlüssen und Entscheiden sowie die Einhaltung der Spielregeln unserer demokratischen Institutionen und die Frage der Verfahrenslegitimität. Auf der anderen Seite haben Sie vielleicht die aktuelle Gemütslage; Sie haben die Erwartungen vieler Bürger und auch den Druck der Publizistik.

Welches sind nun die Überlegungen der Kommissionsmehrheit, welche zur Ablehnung dieser Zusätze geführt haben? Zunächst ist wieder einmal festzustellen, welches heute die ordnungsgemäss rechtsstaatlich und demokratisch zustande gekommene Rechtslage und Beschlusssituation ist.

1987 haben Volk und Stände das Rüstungsreferendum abgelehnt. Über eine Million Stimmüngerinnen und Stimmünger haben ausdrücklich festgehalten, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern in der ausschliesslichen Kompetenz der Bundesversammlung bleiben solle. Ein potentieller Gegner würde ja kaum warten, bis die Volksabstimmung über eine Rüstungsbeschaffung abgeschlossen und das Rüstungsvorhaben durchgeführt ist. Es ist mir klar, dass wir heute sicherheitspolitisch eine Situation haben, wo es auf ein paar Monate nicht ankommt, aber es ist darauf hingewiesen worden: Wir muten dieser Mehrheit Mehrkosten in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken zu. Natürlich sind die 135 000 beglaubigten Unterschriften und der Petitionszusatz von etwa 350 000 Unterschriften aktueller, aber in einer Demokratie handelt es sich bis zur Abstimmung über die Initiative um eine Minderheit. Es ist gefährlich, die früheren Mehrheiten einfach zur Nonvaleur zu erklären, wenn später eine Gruppe einen neuen Vorstoß macht. Wenn das Ergreifen einer Initiative genügt, um die alte Mehrheit faktisch ausser Kraft zu setzen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn längerfristig auch an der Demokratie Zweifel erhoben werden. Die Macht und der Entscheid liegen dann nicht mehr bei der Mehrheit, sondern bei der Aktualität.

Es ist auch daran zu erinnern, dass sich Herr Bundesrat Koller im Oktober 1988 für die 40 F/A-18 entschieden hat und dass trotz diesem Entscheid ein halbes Jahr später die Armee nicht abgeschafft worden ist.

Wenn Sie nun im Beschluss die Flugzeugbeschaffung und die GSoA-Initiative direkt verquicken, mindestens rechtlich, dann erhält diese Initiative Referendumsscharakter. Sie verleihen ihr darüber hinaus Vorwirkungen und verlangen gleichzeitig auch noch eine privilegierte Behandlung. Wir haben heute Probleme mit einer largen Praxis. Ich erinnere daran, dass wir bei der Rothenthurm-Initiative die Rückwirkung sogar mit der Verweigerung von Schadenersatzanspruchs-Zahlungen verquickt haben, und jetzt gehen wir mit Vorwirkung und zeitlicher Privilegierung noch einmal einen Schritt weiter. Sie schaffen dadurch Präjudizien, die Ihnen bei nächster Gelegenheit als sogenannte Praxis wieder entgegenkommen, und ich frage Sie: Wie werden Sie sich verhalten, wenn die Lega dei Ticinesi und die Schweizer Demokraten 100 000 Unterschriften beisammenhaben? Welchen Beschluss werden Sie dann mit dem Verbot für den Bundesrat verbinden, in der EG-Beitrittsfrage weitere Schritte zu unternehmen? Die Bundesversammlung hat überdies die verfassungsmässige Verpflichtung, sich mit Verfassungsinitiativen auseinanderzusetzen; das hat bis heute nicht stattgefunden. Der Nationalrat würde dieser Initiative heute trotzdem eine rechtliche Wirkung zugestehen.

Bei den finanziellen Auswirkungen wäre mindestens eine gewisse Opfersymmetrie zwischen den Mehrkosten bei einer Ablehnung der Initiative und dem Schaden bei deren Annahme anzustreben. Auf der einen Seite haben wir die Mehrheit von 1987, auf der anderen Seite die Initianten von 1992; es wäre wahrscheinlich eher die Variante B gewesen.

Ein letzter Punkt: Von allfälligen Zahlungen würden etwa 85 Millionen Franken der schweizerischen Industrie zugute kommen. Schweizer Unternehmungen haben in guten Treuen Vorinvestitionen für direkte und indirekte Beteiligungen getätigt. Sie mussten nicht unbedingt mit rückwirkenden Verfassungsinitiativen rechnen; das Vertrauen auf die aktuelle Kompetenzordnung sollte nicht zum Ruin führen. Wenn überhaupt keine Zahlungen mehr möglich sind, wird nicht nur dieses berechtigte Vertrauen enttäuscht; es könnten überdies einzelne Unternehmungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Die Zusammenarbeit zwischen der GRD und der Wirtschaft für direkte und indirekte Beteiligungen wird schwieriger werden. Zusammenfassend beantrage ich Ihnen ohne Illusionen Zustimmung zur erodierenden Mehrheit.

M. Leuba, rapporteur: La commission n'a bien sûr pas eu l'occasion de se prononcer sur les différentes propositions qui vous sont soumises aujourd'hui. Néanmoins, elle a traité la proposition de la minorité dont on peut considérer qu'elle allait dans le même sens et l'a rejetée – je le rappelle – par 16 voix contre 9. Ceci me permet de m'exprimer au nom de la majorité de la commission.

Je n'entends pas entrer dans le combat que se livrent les différents opposants. Nous avons entendu M. Ledergerber critiquer très vivement la proposition Hess, puis M. Suter agir de même. Ensuite, M. Zisyadis a prétendu que les trois autres propositions étaient insuffisantes. Cela doit déjà nous donner à réfléchir. L'initiative a – plusieurs orateurs l'ont dit dans ce débat – un effet rétroactif déjà discutable en lui-même. Si vous votez l'une de ces quatre propositions, vous vous apprêtez à donner à celle-ci un deuxième effet différent, mais tout aussi discutable: c'est l'effet suspensif. Cela signifie que dorénavant le dépôt d'une initiative paralyse l'action de l'Etat dans un domaine donné. C'est exactement ce que vous proposent les quatre amendements déposés. On a déjà dit à cette tribune – le rapporteur de langue allemande l'a rappelé – que d'autres initiatives pourront demander exactement la même chose, qu'il s'agisse des négociations avec le Marché commun ou – pour citer une initiative qui n'a pas encore été traitée – de la suppression de l'impôt fédéral direct. Même si les initiateurs ont été responsables et ont prévu un calendrier, on pourrait aussi considérer que si cette initiative était déposée la Confédération n'aurait plus le droit de prélever l'impôt fédéral direct. La conséquence serait exactement pareille.

Il nous paraît en l'espèce qu'en votant les amendements proposés on va bien au-delà de la solution d'un problème qui est difficile et dont personne ne nie la difficulté, celui de respecter à la fois les droits populaires en ne mettant pas le peuple devant le fait accompli et la démarche normale de nos institutions qui est seule finalement garantie des droits populaires et aussi, dans le cas présent, des droits de la majorité qui n'a pas à être brimée par une minorité. Je rappelle que même 500 000 signatures – s'il se révèle qu'il y en ait vraiment autant – ne représente que 11,2 pour cent de l'ensemble des citoyens de la Suisse ayant le droit de vote. Ce n'est donc pas une majorité, à moins que l'on vienne nous dire tout à coup que 11,2 pour cent en Suisse c'est la majorité. Cela pourrait peut-être être l'objet d'une nouvelle initiative très intéressante!

Votre décision revêt un autre aspect. Le rejet de l'initiative ou l'acceptation par le peuple de l'achat des avions coûtera au minimum 200 millions aux contribuables suisses. Ceux qui voteront les propositions de minorité accepteront une dépense supplémentaire de 200 millions au cas où l'acquisition d'avions serait acceptée par le peuple. Il faut en être absolument conscient. On ne gouverne pas gratuitement. Il faut répéter que gouverner implique nécessairement des engagements et des dépenses.

Enfin, je souligne que ce n'est manifestement pas la faute du Conseil fédéral qui a pris sa première décision concernant l'achat des F/A-18 en octobre 1988 si une initiative comprenant une demande d'effet suspensif n'a été déposée que le 1er juin 1992. Les responsables de cette situation sont de toute évidence ceux qui ont pris le risque de lancer cette initiative. Ce sont eux qui doivent en supporter les conséquences. C'est la raison pour laquelle, au nom de la majorité de la commission, je vous demande de rejeter les propositions qui vous sont présentées. J'ajoute que cela ne signifie pas forcément que les dépenses prévues doivent être engagées en totalité puisqu'il appartient au Conseil fédéral – c'est de sa compétence – de veiller aux intérêts de la Suisse, y compris financiers, et de renégocier ce qui est possible pour éviter que le peuple se trouve, dans la mesure du possible, placé devant le fait accompli.

Dès lors, je vous prie de rejeter les quatre amendements proposés.

Bundesrat Villiger: Wir stehen hier vor einem echten politischen Zielkonflikt. Der erste Aspekt ist das rechtsstaatliche Verfahren. Man sollte nicht ein Verfahren wählen, das langfristig sehr negative Präjudizien für das Funktionieren unserer Demokratie schaffen könnte. Ich glaube, dazu haben Herr Eggly, aber auch die beiden Kommissionssprecher Eindrückliches gesagt. Auf der anderen Seite ist es klar, dass im Volk nicht nur rechtsstaatliche und grundsätzliche Überlegungen gemacht werden, sondern dass es viele Bürger nicht verstehen würden, wenn vor der Volksabstimmung grenzenlos grosse Vorleistungen und Zahlungen erbracht würden. Nicht wahr, theoretisch wäre es ja möglich, dass wir diese Initiative, wenn sie einmal geprüft ist, während vier, fünf, sechs Jahren verarbeiten, in der Zwischenzeit die ersten Flugzeuge beschaffen und bekommen, und wenn das Volk abstimmt, stehen schon Flugzeuge da. Wir haben uns lange überlegt, ob das der richtige Weg wäre, auch präventiv, um andere solche Initiativen zu vermeiden, die das staatliche Handeln blockieren. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass so etwas wahrscheinlich demokratisch falsch wäre, weil es der Bürger nicht verstände.

Ein solcher Konflikt ist ohne einen gewissen Kompromiss nicht lösbar. Aber man kann sich selbstverständlich darüber streiten, was dieser Kompromiss ungefähr sein soll. Der Kompromiss kann im wesentlichen nur so aussehen, dass die Initiative regulär behandelt wird, aber – wie Herr Hari in der Kommission sagte – rassig, damit sie früh genug behandelt werden und das Flugzeug noch in einem vernünftigen Rhythmus beschafft werden kann, wenn das Volk die Initiative ablehnt. Wenn man das tut, muss man auf der anderen Seite einen Zahlungsmodus suchen, der minimal ist, damit möglichst wenig Vorleistungen erbracht werden müssen. Aber ganz ohne geht

es nicht, weil sonst eine zeitgerechte Beschaffung nicht mehr möglich ist.

Wir haben das im Bundesrat kurz diskutiert, und der Bundesrat schliesst sich diesem Vorgehen an. Die Möglichkeit besteht, dass wir Ihnen die Botschaft zur Initiative so rasch vorlegen, dass im November die Kommissionen tagen können und im Dezember der Erstrat beraten kann. Der Zweitrat geht dann im März 1993 über die Bücher, und die Abstimmung ist je nach Abstimmungskalender im Mai/Juni 1993 möglich.

Nun komme ich zu den einzelnen Anträgen. Zuerst zum Antrag der Kommissionsminderheit, der lautet: «Der Bundesrat leistet weitere Anzahlungen oder geht andere Verpflichtungen für den F/A-18 erst ein, wenn das Volk der Flugzeugbeschaffung zugestimmt hat.» Ich darf hier zur Wortwahl sagen: Es geht nicht um eine Flugzeugbeschaffung, der das Volk zustimmt, sondern es geht um einen Verfassungsartikel, mit dem man jede Beschaffung für zehn Jahre verbieten will. Aber der Sinn des Antrages ist ja klar. Man verlangt also einen Verzicht auf alle weiteren Zahlungen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Flugzeugbeschaffung bis zur Volksabstimmung über die Initiative. Das hätte zur Folge, dass das Verfahren nicht einfach verlangsamt wird, sondern dass es vollständig auf Eis gelegt wird. Das ist nicht möglich. Allein das Aufrechterhalten der Beschaffungsreihe ist enorm teuer, weil Dutzende von Leuten – auch in Amerika – an dieser Beschaffungsreihe arbeiten. Wenn die Beschaffung nicht gesichert ist, werden sie kündigen und verschwinden, und dieses Know-how ist in kurzer Zeit fast nicht wieder rekuperierbar. Wir könnten also die Beschaffungsreihe nicht aufrechterhalten und müssten faktisch nach der Abstimmung wieder in einem mehrjährigen Verfahren von vorne anfangen. Die Konditionen wären anders, die Fragezeichen der Serie wären so gross, dass dieses Vorgehen faktisch dem Aufschub Ihres Entscheids bis zur Volksabstimmung gleichkäme. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass es Herrn Suter nicht schmeckt, dass die GSaA-Initiative im Antrag von Herrn Hess Peter erwähnt wird. Ich habe auch Verständnis dafür, dass er einen etwas eleganteren Ausweg aus der Situation sucht. Ich muss ihm aber sagen, dass auch seine Formulierung ein Jahr Verschiebung bedeutet, weil von Mitte Jahr an wieder gewisse Vorleistungen über das Vorengagement hinaus nötig sind, damit die Produktion im Fiskaljahr 1994, die schon einen grossen Kompromiss darstellen würde, eingehalten werden kann. Wird dies verunmöglich, so kann ich Ihnen zu den Preisen gar nichts sagen. Also öffnen wir wieder den ganzen Fächer der Unsicherheiten. Das ist das Problem, bei allem Respekt für die gute Absicht.

Jetzt möchte ich Herrn Suter aber noch ein Zweites sagen. Er macht sich Sorgen über die Zerreissprobe, die im Volk wegen dieser Abstimmung entstehen könnte. Ich weiss, dass sich viele Bürger darüber Sorgen machen. Ich habe mir diese Frage auch lange überlegt. Aber unsere Luftwaffe muss im Interesse unserer Landesverteidigung überleben. Das geht nur, wenn sie modernisiert wird. Diese Luftwaffe überlebt nicht, wenn man um der Vermeidung einer Konfrontation willen auf ihr lebenswichtigstes Element verzichtet. Man kann – wenn ich es etwas kompliziert sagen darf – nicht etwas retten, indem man auf Elemente verzichtet, die das zu Rettende für seine Funktion wesensnotwendig braucht. Es geht um die Weichenstellung entweder in Richtung einer modernen, kleinen, mobilen Armee, wie in allen anderen europäischen Ländern auch, oder in Richtung einer gewissen Folklorisierung zumindest gewisser Bereiche dieser Armee. Diesem Problem dürfen wir nicht ausweichen, und wenn wir es halt vor dem Volk austragen müssen, müssen wir die Kraft aufbringen und versuchen, den Bürger davon zu überzeugen. Ich glaube, mit Ausweichen lösen wir dieses Problem nicht. Wir hätten dann einen faulen Scheinkompromiss: Wenn nicht beschafft wird, führt dies auch bei einer Ablehnung der Initiative zu einem schleichen- den Vertrauensverlust in diese Armee. Sogar junge Leute, die heute sagen: Ja, was soll dieses Flugzeug, warum auch, werden zehn Jahre später, wenn das Flugzeug nicht da ist, sagen: Ja, was wollen wir eigentlich im Ernstfall mit diesen alten Kästen, die da herumfliegen, mit denen haben wir ohnehin keine

Chancen. Ich glaube nicht, dass wir dieser Auseinandersetzung entrinnen können.

Auf die Anschuldigungen von Herrn Zisyadis will ich nicht eingehen. Ich habe in bezug auf Demokratieverständnis ein äusserst gutes Gewissen. Der Antrag Zisyadis ist gar nicht erfüllbar. Mit Zustimmung der Finanzdelegation, einem Organ Ihrer Räte, ist der Bundesrat ein Engagement eingegangen und hat gewisse Zahlungen geleistet. Das ist ein rechtmässig zustande gekommener Entscheid, der nicht aus der Welt geschaffen werden kann. Das Maximum, was der Bundesrat tun kann, liegt im Rahmen dessen, was ich zum CVP-Antrag sagen werde, wo noch ein Handlungsspielraum besteht. Ich habe etwas Mühe gehabt, Artikel 2 Absatz 4 des Antrages Zisyadis zu verstehen. Er steht im Widerspruch zu Absatz 3: denn wenn nichts bezahlt werden soll, kann auch nichts abgezogen werden. Ich habe den Eindruck, dieser Antrag ist nichts als ein arbiträrer Kürzungsantrag und letztlich eine Sanktion mit Strafcharakter. Das Budget des EMD soll um die 50 Millionen Franken des Vorengagements gekürzt werden. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

Ich komme zum Antrag von Herrn Hess Peter. Hier möchte ich punkto Handlungsspielraum kurz die bundesrätliche Haltung begründen, die der Kommissionshaltung entspricht. Der Bundesrat muss nach Finanzhaushaltsgesetz kostengünstig beschaffen, und er hat für die Botschaft die kostengünstigste Variante gesucht. Im Falle eines Rücktritts von diesem Geschäft – gemäss Botschaft – würden bis Mitte 1993 Kosten in der Höhe von 290 Millionen Franken entstehen, die nicht mehr zurückgewonnen werden können.

Damals hat man befürchtet, dass die Serie für spätere Produktionsjahre sehr viel kleiner wird, und das ist für den Preis sehr massgeblich. Hier ist ein neues Element hinzugekommen; der mutige finnische Entscheid hat für uns die Ausgangslage verändert. Das Risiko der Seriengrösse wurde reduziert. Wir wissen heute, dass die Amerikaner 1994 etwas weniger produzieren, aber die Finnen stocken etwas auf. Die Amerikaner sind bereit, gewisse Teile, die aufgrund von Vorleistungen für uns produziert worden sind, den Finnen zu verkaufen und uns das Geld zurückzuerstatte, so dass der Gesamtschaden wesentlich kleiner wird.

Die Variante, die der Bundesrat vorziehen würde, ist ein Kompromiss. Es ist nicht mehr die Botschaftsvariante, weil auch der Bundesrat nicht zuviel Vorleistungen erbringen möchte, nicht etwa, weil er nicht an die Möglichkeit glauben würde, die Abstimmung zu gewinnen, sondern weil er der Meinung ist, der Bürger solle sich nicht erpresst fühlen. Sie haben bei allen Modellen zwei Möglichkeiten: Sie können entweder tiefe Rücktrittskosten und einen hohen Endpreis oder hohe Rücktrittskosten und einen tiefen Endpreis wählen. Wenn man beschaffen will, will man natürlich einen tiefen Endpreis. Wenn man nicht beschaffen will, will man möglichst keine Rücktrittskosten.

Die Variante, die der Bundesrat sieht, wäre insofern ein Kompromiss, als die ganze Flugzeugproduktion im vorgesehenen Jahr 1993 stattfinden würde und dass Logistik und Bewaffnung um ein Jahr verschoben würden. In diesem Fall können die Rücktrittskosten um über 100 Millionen auf 170 Millionen Franken reduziert werden. Die Hälfte dieser 170 Millionen steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung der Schweizer Industrie. Die Beschaffung würde dann bei uns sofort beschäftigungswirksam. Die Liefermöglichkeiten der Industrie an die amerikanischen Flugzeuge in der Kompensation wären sehr gut. Die Variante hat den Nachteil, dass die Beschaffung 55 Millionen Franken teurer wird.

Die Variante von Herrn Hess Peter verlangt, dass die Beschaffung noch weiter hinausgeschoben wird. Das ist eine der drei Varianten, die Herr Wicki hat aushandeln können: Die ganze Produktion – Logistik und Flugzeug – kommt ins Fiskaljahr 1994. Das ist möglich. Die Endkosten des Flugzeuges wären relativ höher, in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken. Das ist für ein Departement, das keinen Teuerungsausgleich bekommt, sehr viel. Das muss ich Herrn Hess Peter zu bedenken geben. Dafür würden die Nettokosten nach Verkauf gewisser Teile nach dem Rücktritt die 50 Millionen Franken, die schon rechtsgültig von Bundesrat und Finanzdelegation

beschlossen worden sind, nicht übersteigen. Aber das Flugzeug würde auch ein Jahr später kommen. Die Bundeskasse würde unnötig belastet. Alle diese Nachteile kennen Sie, vor allem jene für die Schweizer Industrie. In gewissen Firmen könnte es zu zusätzlichen Beschäftigungsproblemen kommen, weil es trotz Rezession noch ein Jahr länger dauern würde, und die Liefermöglichkeiten der Schweiz an das amerikanische Programm würden reduziert, weil schon wieder ein Jahr ohne Lieferungen vorbeiginge, das später fehlen würde. Wer auch an die Arbeitsplätze, an das Gesamte denkt, müsste für die bundesrätliche Kompromissvariante sein. Sie ist die vorteilhafteste, auch für die Armee. Wir können die Risiken aller Optionen minimieren. Der Bundesrat möchte möglichst günstig beschaffen. Falls Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen können, kann der Bundesrat – ich darf es einmal so sagen – mit dem Antrag Hess Peter immerhin leben. Er ist ihm lieber als ein Nullentscheid.

Präsident: Wir stimmen absatzweise ab. Herr Zisyadis hat seinen Antrag zu Absatz 3 zugunsten des Antrags der Minderheit Ledegerber zurückgezogen. Ich werde in einer Eventualabstimmung den Antrag der Minderheit dem Antrag Hess Peter gegenüberstellen. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird dann in einer Abstimmung unter Namensaufruf dem Antrag der Kommissionsmehrheit gegenübergestellt.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	91 Stimmen
Für den Antrag Suter	26 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag Hess Peter	102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	70 Stimmen

Definitive, namentliche Abstimmung – Vote définitif, par appel nominal

Für den Antrag Hess Peter stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition Hess Peter:

Aguet, Aregger, Bär, Baumann, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Bezzola, Bircher Peter, Bircher Silvio, Blatter, Bodenmann, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyril, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann, Bührer Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Caspar, Cavadini Adriano, Columberg, Cotti, Daepf, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Epiney, Etique, Fankhauser, Fasel, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Gardiol, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämerle, Hari, Herzog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Holenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledegerber, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Maitre, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlmann, Müller, Nabholz, Neunschwendter, Oehler, Pidoux, Raggenbass, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Ryden, Scheidegger, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger, Strahm Rudolf, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Zölch, Züger, Zwahlen, Zwygart (132)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aubry, Berger, Binder, Bischof, Blocher, Borer Roland, Camponovo, Chevallaz, Cincera, Dreher, Eggly, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Guinand, Hegetschweiler, Jenni Peter, Kern, Leuba, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Narbel, Perey, Pini, Ponct, Rohrbasser, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Steffen, Steinegger, Steinemann, Tschuppert Karl (46)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Allenspach, Bonny, Borradori, Comby, Couchebin, Heberlein, Keller Rudolf, Loeb François, Maspoli, Philipona, Ruf, Spoerry, Stalder, Stucky, Suter, Tschopp, Wittenwiler, Wyss (18)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:
Gysin, Luder, Rutishauser (3)

*Präsident Nebiker stimmt nicht
M. Nebiker, président, ne vote pas*

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Zisyadis	45 Stimmen
Dagegen	116 Stimmen

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Ruf

Abs. 1 (neu)

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

Abs. 2 (neu)

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Antrag der LdU/EVP Fraktion

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Antrag Spielmann

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich und untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Art. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Ruf

Al. 1 (nouveau)

Le présent arrêté, qui est de portée générale, est soumis au référendum facultatif.

Al. 2 (nouveau)

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Proposition du groupe Adl/PEP

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

Proposition Spielmann

Le présent arrêté, qui est de portée générale, est soumis au vote du peuple et des cantons.

Ruf: Ich beantrage Ihnen, den vorliegenden Beschluss als allgemeinverbindlich zu erklären und gemäss Artikel 89 Absatz 2 der Bundesverfassung dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Dafür sprechen schwergewichtig staatsrechtliche und politische Gründe.

Zuerst zu den staatsrechtlichen Aspekten: In den vergangenen Wochen ist im Zusammenhang mit der Frage rückwirken der Klauseln von Volksinitiativen, die auf diesem Wege Verwal-

tungsbeschlüsse des Parlaments nachträglich der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreiten wollen, von bedeutenden Staatsrechtlern erneut mit aller Dringlichkeit darauf hingewiesen worden, dass die Beschränkung allgemeinverbindlicher Bundesbeschlüsse auf rechtsetzende Akte – und somit der Ausschluss von Verwaltungsakten vom fakultativen Referendum – schlicht als verfassungswidrig zu beurteilen sei. In seinem Gutachten zur Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» hat sich namentlich der Zürcher Verfassungsrechtler Prof. Alfred Kölz sehr klar wie folgt geäussert: «Die Bundesverfassung kennt gemäss Artikel 89 Absatz 2 ein Parlamentsbeschluss-Referendum. Dieses kann sich gegen einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss richten. Bei der Schaffung dieser Erlassform im Jahre 1874 wollte man, wie sich historisch einwandfrei nachweisen lässt, wichtige Parlamentsbeschlüsse nicht gesetzgeberischer Natur dem fakultativen Referendum unterstellen. Man dachte an Verwaltungsakte von grosser politischer Tragweite. Mit der Formulierung 'allgemeinverbindlich' wollte man lediglich justizmässige Beschwerdeentscheide der Bundesversammlung vom Referendum ausschliessen.» Der Autor verweist dann auf den klareren französischen Text, der von «arrêtés fédéraux de portée générale» spricht.

Ich zitiere Prof. Kölz weiter: «Die Bundesverfassung enthält also ein Verwaltungsreferendum und ein unechtes Finanzreferendum, das am Anfang von der Bundesversammlung auch so verstanden wurde. Mehrfach wurden daher auch Finanz- und andere politisch wichtige Beschlüsse des Parlaments in die Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses gekleidet, so insbesondere die Errichtung neuer schweizerischer Gesandtschaften im Ausland. Sie wurden damit dem fakultativen Referendum unterstellt, eine Praxis, die nicht nur dem historischen und systematischen Sinn des Artikels 89 Absatz 2 der Bundesverfassung, sondern auch der damals herrschenden Lehre entsprach: Fritz Fleiner hielt unzweideutig fest, dass 'der allgemeinverbindliche Beschluss zur Aufnahme von Verwaltungsakten bestimmt ist, und zwar von solchen, welche dem freien Ermessen der Bundesversammlung entspringen und von grösserer finanzieller oder politischer Tragweite sind'.»

Diese Auffassung wird auch heute noch von der Lehre mehrheitlich klar unterstützt. Als Beispiel sei auch auf den Genfer Verfassungsrechtler Prof. Andreas Auer verwiesen, der vor der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates kürzlich die eben zitierte Auffassung mit Nachdruck unterstützte. Er führte dabei unter anderem wörtlich aus: «Or, il faut rappeler que la Constitution fédérale, à l'article 89, alinéa 2, contient bel et bien un tel référendum administratif. Le terme 'arrêté fédéral de portée générale' désigne, selon la volonté clairement exprimée des auteurs de cette disposition constitutionnelle qui date de 1874, des actes administratifs de grande portée politique ou financière. Pendant des décennies d'ailleurs c'est ainsi que la pratique et la doctrine l'ont interprété.»

Zahlreiche Autoren teilen diese Ansicht. Leider sieht die Praxis jedoch anders aus. Seit 1962 enthält nämlich das Geschäftsverkehrsgesetz in Artikel 6 die Bestimmung, dass allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse nur für rechtsetzende Erlasse gelten sollen. Dazu Professor Kölz im erwähnten Gutachten: «Mit dieser Änderung des Geschäftsverkehrsgesetzes hat man erstens den Sinn der geltenden Verfassung von 1874 verfälscht und gleichzeitig ein Stück direkter Demokratie zu beseitigen gesucht Damit hat man aber den allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss doch nicht beseitigen können, denn man kann nicht mit einer Gesetzesänderung die Verfassung ändern. Ihr Artikel 89 Absatz 2 steht mit seiner demokratischen Substanz unverändert in Kraft.»

Das Parlament selbst hat nach 1962, also nach Einführung dieser verfassungswidrigen GVG-Bestimmung, in zwei Fällen wieder Verwaltungsbeschlüsse dem Referendum unterstellt, nämlich 1968 die Hochschulförderungskredite und 1989 die Vereinbarung über den Widerruf der Rahmenbewilligung für das AKW Kaiseraugst. Die Bundesversammlung selbst hat also erkannt, wie problematisch die einschränkende Regelung im GVG ist.

Die Verfassung gibt uns also ganz klar die Möglichkeit, ja so-

gar den Auftrag, den vorliegenden Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Professor Kölz erklärte zum konkreten Fall des F/A-18 in einem Interview: «Man kann einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss für den F/A-18 direkt auf die Substanz von Artikel 89 BV abstützen. Denn beim Flugzeugkauf handelt es sich um einen Bundesbeschluss von grosser Tragweite. Somit besteht eine Verfassungsgrundlage für ein derartiges Referendum.» Eine eindeutigere Aussage kann wohl kaum gefunden werden. Mein Antrag ist also verfassungsrechtlich einwandfrei begründet, im Gegensatz zu den Anträgen für ein obligatorisches Referendum, für die es keine verfassungsrechtliche Grundlage gibt.

Nun einige Bemerkungen zum politischen Aspekt vor allem an die Adresse der Gegner der GSoA-Initiative, insbesondere der bürgerlichen Bundesratsparteien. Wenn Sie ein fakultatives Referendum ermöglichen, dann gibt es voraussichtlich Ende 1992 eine Abstimmung über den F/A-18. Lehnt das Volk diese Beschaffung ab, was als wahrscheinlich zu beurteilen ist, dann ist der GSoA-Initiative – die bekanntlich bis ins Jahr 2000 gar keine neuen Flugzeuge mehr will – weitgehend der Wind aus den Segeln genommen.

Gibt es hingegen kein Referendum, dann hat die Initiative Mitte des nächsten Jahres grosse Chancen auf Annahme. Dann ist aber sprichwörtlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, wofür letztlich Sie – wenn Sie nun das Referendum verunmöglichen – eine grosse Mitverantwortung tragen. Sie müssen sich also sehr wohl und sehr gut überlegen, was Sie mit einer Ablehnung des fakultativen Referendums, wie es von der Verfassung vorgesehenen ist, riskieren.

Ich bitte Sie, Ihre Position noch einmal zu überdenken, sofern Sie dem Antrag bisher nicht zustimmen konnten, und ihn zu unterstützen.

Frau Grendelmeier: Herr Ruf, Sie haben recht: Das obligatorische Referendum hat keine Verfassungsgrundlage, aber wir verfolgen alle dasselbe Ziel, diejenigen, die nun unter dem Artikel 3 dem Volk die Möglichkeit geben wollen, nicht nur abzustimmen, sondern vor allem möglichst rasch – und zwar ausschliesslich über die Beschaffung dieser Kampfflugzeuge – abstimmen zu können.

Worum geht es unserer Fraktion also in erster Linie? Es geht uns darum, die Frist bis zur Abstimmung so kurz wie möglich zu halten und so schnell wie möglich dem Volk die Möglichkeit zu geben, die es ohnehin bekommt. Wir waren sogar der Meinung, wir hätten über einen dringlichen Bundesbeschluss den Bundesrat zwingen können, den frühestmöglichen Termin anzusetzen, und das wäre der 27. September 1992 gewesen, obwohl wir wissen, dass dies alleinige Kompetenz des Bundesrates ist. Wir haben es unterlassen, denn wenn wir mit dem obligatorischen Referendum durchkommen, wird der Bundesrat unserer Ansicht nach selber ein grosses Interesse am frühestmöglichen Abstimmstermin haben.

Wir haben eine Situation von vier sich widerstreitenden Interessen, nämlich:

- das Interesse der Armee, diese angebliche Lücke so schnell wie möglich zu schliessen;
- das Interesse des Parlamentes, das aufgrund des Gesetzes seine Kompetenzen nicht abgeben kann und sich durch ein eventuell beschlossenes obligatorisches Referendum selber schwächen würde;
- das Interesse der öffentlichen Hand, mit dem Geld äusserst sparsam umzugehen, also keine unnötigen Zahlungen und schon gar keine Vorauszahlungen zu machen; denn hier wird nun nach bewährtem Muster ein Entscheid herbeigezwungen: Man schafft zuerst durch Vorauszahlungen einen Sachzwang, um sich hinterher auf eben diesen Sachzwang stützen zu können; das ist nun gebremst durch die vorhergehende Abstimmung über den Antrag Hess Peter;
- schliesslich gibt es ein weiteres Interesse: Es ist ohne Zweifel dasjenige der Stimmärgerinnen und Stimmärger, an der Urne mitreden zu können.

Warum sind wir gegen ein fakultatives Referendum? Fünfmal mehr Bürgerinnen und Bürger, als notwendig wären, haben in einem Achtzehntel der dafür zur Verfügung stehenden Zeit, nämlich in einem Monat, überdeutlich klargemacht, dass sie

etwas zu diesem Geschäft sagen wollen; das haben wir heute zu berücksichtigen.

Wenn wir jetzt noch ein fakultatives Referendum ergreifen lassen oder beschliessen, dann müssen zu diesen 500 000 noch einmal 50 000 Unterschriften gesammelt werden – das ist nicht nur lächerlich, das ist zynisch! Ich würde dann der GSoA anraten, sie solle doch eines dieser zehn 50-Tausender-Paketchen zur Verfügung stellen, das siebente, das achte oder das neunte; es spielt ja keine Rolle.

Es ist also überdeutlich zum Ausdruck gekommen, dass dieses Volk jetzt etwas dazu sagen will, auch wenn es formaljuristisch gar keine Möglichkeit hat, wie wir wissen; auch wenn es 1987 das Rüstungsreferendum abgelehnt hat. Aber man scheint nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass wir 1987 eine völlig andere geopolitische Situationen hatten als 1992. Man kann sich heute nicht mehr mit dieser Selbstverständlichkeit auf die Ablehnung des Rüstungsreferendums berufen. Auf jeden Fall hat jetzt das Volk manifestiert, dass es bei dieser Sache mitreden will. Also tun wir es rasch, seien wir grosszügig, hören wir auf, formaljuristische Erbsen zu zählen – entscheiden wir politisch! Es ist uns erlaubt, es ist diesem Parlament möglich, die Kompetenz an die oberste Instanz abzugeben, und das ist der Souverän, das ist das Volk.

Wenn Herr Guinand oder auch Herr Wyss gestern gesagt haben, wir würden unsere Verantwortung als Parlament nicht wahrnehmen, so stimmt das keineswegs! Wenn ein Geschäft von dieser Tragweite, eine Initiative mit einer so hohen Unterschriftenzahl vorliegt, wissen wir, dass das Volk sich äussern will. So können wir uns über eine nicht vorhandene Verfassungsgrundlage auf dieser Basis hinwegsetzen, weil wir ja «hinaufdelegieren», den endgültigen Entscheid dem Souverän überlassen.

Deshalb bitte ich Sie, jetzt die formaljuristischen Bedenken beiseite zu schieben, politisch zu entscheiden und sich als Volksvertreter fürs Volk zu entscheiden.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

M. Spielmann: Dans le cas particulier, il s'agit d'un débat sur la procédure et, par conséquent, il n'est pas nécessaire de revenir sur le fond de toutes les argumentations qu'ont développées ici les uns et les autres. Tout à l'heure, la majorité a tranché et décidé de l'avenir de la proposition du Conseil fédéral. Il faut donc trouver une formulation qui permette politiquement de donner la parole au peuple le plus rapidement possible sur la décision prise aujourd'hui par le Parlement. C'est seulement de cela qu'il s'agit. Il faut aussi – chacun sera d'accord ici – faire la différence entre la décision prise par ce Parlement relative à l'acquisition des F/A-18, les conditions dans lesquelles s'est déroulé le débat et le but de l'initiative qui vise à supprimer ou à imposer un moratoire dans l'acquisition de tout avion de combat pour une dizaine d'années. Il y a donc une légitimité à donner au peuple la possibilité de se prononcer le plus rapidement possible sur notre décision. Cette légitimité n'est pas à démontrer, car il y a 500 000 signatures récoltées dans un temps extrêmement bref. Il y a en outre la nécessité pour notre pays, pour ce Parlement, pour la crédibilité du débat politique, de clore le plus rapidement possible cette discussion afin d'entreprendre des démarches dans des domaines aussi importants – la population attend aussi des décisions sur ce terrain-là – que le développement, l'évolution économique, la situation sociale, l'horizon européen, etc. Il y a tellement de problèmes à l'ordre du jour qu'on ne peut pas se permettre durant des mois encore, voire plus d'une année, de débattre de ces avions. Je crois qu'il convient de donner la parole au peuple le plus rapidement et le plus efficacement possible.

Comment peut-on procéder? Je ne veux pas argumenter ici au niveau juridique. Je tiens un raisonnement politique, logique, en disant que ce Parlement peut très bien décider de rendre ce référendum obligatoire et soumettre cette question au vote du peuple. Choisir le référendum facultatif signifierait que notre décision serait soumise à un référendum et que l'on risquerait de repartir dans une campagne de récoltes de signatures contre notre décision. On se retrouverait ensuite face à un référendum et à une initiative. Ce Parlement gagnerait en crédibilité en prenant acte qu'une partie de la population s'est exprimée

mée très nettement, en tout cas suffisamment, pour que ce dossier lui appartienne, que ce soit par la voie référendaire ou par celle de l'initiative, et qu'elle puisse ainsi trancher la décision que nous avons prise aujourd'hui par le référendum obligatoire. De toute manière, un jour ou l'autre, vous serez obligés de passer devant le peuple et d'obtenir sa sanction ou son approbation. Le plus rapidement possible serait le meilleur moyen de permettre à ce Parlement de conserver sa crédibilité et, au niveau de la procédure, de trouver la manière la plus efficace et la plus rapide possible de clore ce débat.

Mme Sandoz: C'est fantastique, il y a des gens qui ont trouvé l'oeuf de Colomb! Il n'y a qu'à ajouter un article 3 à l'arrêté qu'on nous propose, lequel soumet ce que nous avons voté au référendum populaire facultatif ou obligatoire – c'est une question de détail, Mme Grendelmeier l'a très bien relevé – et ainsi on déjoue à l'avance l'initiative diabolique du GSsA et on permet de décider un peu plus tôt du sort de l'aviation militaire, ce qui met tout le monde d'accord: les intérêts de l'armée, ceux des finances, et ceux des parlementaires. On a ainsi le beurre, l'argent du beurre, la vache et la fermière. Il suffisait d'y penser!

Il se trouve en l'occurrence que le groupe libéral n'est pas d'accord avec cet oeuf de Colomb, ceci pour plusieurs raisons que je vais reprendre et qui s'appuient d'ailleurs partiellement sur le raisonnement avancé par les préopinants mais qui ont quelquefois oublié, dans leur adoration du peuple, la volonté populaire.

L'un des arguments avancés consiste à dire que l'on a déjà fait ce genre de chose avec un arrêté prévoyant une dépense. C'est exact, il y a déjà eu deux erreurs; il arrive au Parlement de ne pas se préoccuper ni de la loi ni de la constitution. C'est un tort, mais cela lui arrive. Vous savez que, si l'erreur est humaine, persévéérer est diabolique. On ne peut donc jamais tirer un argument quelconque d'une erreur antérieure. Nous pouvons écarter cet argument-là, qui n'est que littéraire.

Le deuxième argument est intéressant. Il me touche au cœur parce qu'il est tout à fait juridique. C'est l'argument développé par M. Ruf, à savoir qu'un certain nombre de constitutionnalistes, la doctrine majoritaire – là je lui demanderai d'aller peut-être compter les voix dans la doctrine – soutient qu'en application directe de l'article 89, alinéa 2, de la Constitution fédérale nous pouvons ajouter cette clause référendaire à un arrêté décidant d'une dépense. L'ennui, c'est qu'en matière juridique il y a toujours des avis opposés. Or, le dernier commentaire officiel de la Constitution fédérale, qui est sorti tout récemment, à propos de l'article 89, alinéa 2 – je vous renvoie au chiffre 19 dudit commentaire sous la plume du professeur Grisel qui, tant qu'à faire, n'est pas plus idiot que les autres professeurs de droit, affirme qu'il est hors de question, au stade actuel, après avoir fait une étude historique, logique et systématique de l'article 89, alinéa 2, de soumettre une dépense au référendum sans avoir préalablement une autre base légale que ce que nous avons dans la loi sur les rapports entre les conseils. Par conséquent, puisque les professeurs d'université se renvoient dos à dos, cet argument n'a évidemment aucun poids ni dans un sens ni dans l'autre et je vous propose de nous tourner vers la volonté populaire chère aux intervenants précédents.

Cinq cent mille personnes peut-être ont demandé qu'une initiative soit soumise au vote. A moins d'être déclarée irrecevable, ce que je ne crois pas, cette initiative sera soumise au vote, comme le prévoient les institutions. Il se trouve que, en 1987, 1 046 000 citoyens et 23 cantons et demi-cantons ont demandé qu'on ne soumette pas au référendum les dépenses pour l'armement militaire. Je crois qu'il y a là une volonté populaire claire, conforme aux institutions, résultat d'un vote sur une initiative populaire. Dès lors, au nom de 1 046 000 citoyens de 23 cantons et demi-cantons, le groupe libéral vous demande de respecter une volonté populaire parfaitement claire et de refuser l'article 3 proposé.

Meier Hans: Mein Fraktionskollege Schmid Peter hat es gesagt: Wir haben es mit unserer direkten Demokratie komfortabel. Wenn Meinung gegen Meinung steht, können wir das Volk befragen. Den Befürwortern einer Hochleistungsluftwaffe aber

sage ich: Sie pokern hoch. Kollega Blocher hat es Ihnen beim Eintreten bereits gesagt. Sie haben nochmals eine Chance, der GSoA etwas Wind aus den Segeln zu nehmen. Die grüne Fraktion will das nicht tun, aber trotzdem sind wir der Meinung, das Volk sollte möglichst rasch über diesen Beschluss entscheiden können. Wir ziehen das obligatorische Referendum dem fakultativen vor. Wir bitten Sie, dies auch zu tun.

Steinegger, Berichterstatter: Diese Referendumsfragen sind in der Kommission nicht behandelt worden. Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zur bisherigen Praxis machen.

Sie haben einerseits die Idee, einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss zu machen, den man dem fakultativen Referendum unterstellt, oder einen allgemeinverbindlichen Beschluss, den man dem obligatorischen Referendum unterstellt, und zwar von Volk und Ständen. Frau Grendelmeier hat mit einer etwas grossen Geste auf die neue geopolitische Lage verwiesen und gesagt, man könne nicht mehr auf die bisherige Verfassung und vor allem nicht mehr auf die Volksabstimmung von 1987 schauen. Das ist natürlich ein gefährliches Verfassungsverständnis. Ich will jetzt nicht sagen, wo dieses Verständnis zur Anwendung gelangt ist. Wir haben Artikel 85 Ziffer 6 der Bundesverfassung, wonach die Bundesversammlung zuständig ist für «Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz». Wir haben Artikel 89 Absatz 2 BV, wonach Bundesgesetze sowie allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse dem Referendum unterstehen. Wir haben selbstverständlich noch die Verfassungsinitiative. Was sind nun allgemeinverbindliche Beschlüsse? Artikel 6 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes sagt es klar: Es handelt sich um befristete Erlasse, die rechtsetzende Normen enthalten. Sie sind in die Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses zu kleiden. Dies wird nun durch die Antragsteller ausser Kraft gesetzt, weil Bundesbeschlüsse nicht allgemeinverbindlicher Natur nicht dem Referendum unterstehen, und Rüstungsbeschlüsse gehören nach konstanter Praxis nicht zur Kategorie der allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüsse. Herr Ruf hat Herrn Fleiner zitiert. Zufällig hat Herr Fleiner seinerzeit gerade anlässlich eines Rüstungsvorhabens zu dieser Frage Stellung genommen. Er hat gesagt, nicht allgemeinverbindlicher Natur und dem Referendum daher entzogen seien Bundesbeschlüsse, welche lediglich die unmittelbare Vollziehung eines Bundesgesetzes darstellten, auch wenn solche Beschlüsse die Bundesfinanzen in erheblichem Masse in Mitleidenschaft zögen. Aus diesem Grund sei die Referendumsklausel den Bundesbeschlüssen über Neubewaffnung von Truppen, den Bau von Zeughäusern und den Ausbau von Kasernen oder Festungen usw. nicht anzufügen. Das war die Meinung von Herrn Fleiner, und Walther Burckhardt – immerhin wahrscheinlich derjenige, der sich am ursprünglichsten mit der Bundesverfassung auseinandergesetzt hat – sagt ganz klar: Die Anschaffung von Kriegsmaterial gehört zu den allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen; sie untersteht somit nicht dem Referendum. Wenn Herr Kölz jetzt 1992 etwas anderes erfunden hat und glaubt, er könne sich auf die Bundesverfassung stützen und man habe nur in den sechziger Jahren mit dem Geschäftsverkehrsgesetz einen Fehler gemacht, ist mindestens zu betonen, dass man früher die Bundesverfassung anders ausgelegt hat.

Wenn Sie heute die Referendumsklausel beschliessen, weichen Sie von der bisherigen Praxis ab. Sie tun etwas gegen den Willen des Gesetzgebers und gegen sich selbst – aber immerhin noch sanktioniert durch das fakultative Referendum. Sie tun etwas gegen den Willen von Volk und Ständen, wie er anlässlich der Abstimmung von 1987 zum Ausdruck kam. Sie treten Kompetenzen ab, die Ihnen das Volk in der Verfassung gegeben hat, und eröffnen damit dem allgemeinen Verwaltungsreferendum oder dem Finanzreferendum den Weg. Am Schluss haben wir vielleicht sogar das Referendum beim Budget, wie wir es vernünftigerweise auf Gemeindestufe haben, aber ebenso vernünftigerweise auf Bundesstufe nicht haben.

M. Leuba, rapporteur: La question de prévoir un référendum pour cet arrêté n'a pas fait l'objet de discussion en commission. Je me limiterai donc à quelques brèves remarques.

Je constate tout d'abord que la proposition Ruf commence par affirmer quelque chose qui est faux. On parle d'«arrêté de portée générale», or il n'est justement pas de portée générale, en vertu de la définition de la loi sur les rapports entre les conseils qui a été donnée depuis la modification de 1962. C'est quand même gênant de faire une constatation qui est exactement contraire à ce que dit la loi. Il n'y a pas ici de «portée générale» donc pas de référendum facultatif possible.

Je rappelle également qu'en 1987 le peuple et les cantons ont repoussé l'introduction d'un référendum facultatif en matière de projets d'armement. Il ne s'agit donc pas d'une décision du 19e siècle, mais d'une décision qui date d'à peine cinq ans et qui est toujours valable. Nous ne pouvons pas tout simplement ignorer cette décision, et il me semble surprenant que ceux qui en appellent à la volonté populaire tournent le dos à cette votation sous prétexte qu'elle a cinq ans et qu'elle n'est plus valable aujourd'hui.

En ce qui concerne le référendum obligatoire demandé, on se trouverait dans une situation bizarre. On élèverait cet arrêté fédéral à une norme constitutionnelle, c'est-à-dire que l'on aurait un objet qui aurait la même valeur que la constitution. Il n'y a aucune raison d'en venir là.

Pour terminer, j'aimerais souligner les inconvénients du référendum facultatif. Tout d'abord, on peut se trouver en face de deux situations: ou bien le référendum n'est pas demandé et l'arrêté entre en vigueur, mais derrière il y a l'initiative – ce que vous avez admis tout à l'heure – et dans ces conditions, il est inutile de joindre une clause référendaire, puisque le peuple devra se prononcer. Deuxième hypothèse, le référendum est demandé et le peuple devra se prononcer deux fois, une première fois sur le référendum pour savoir si l'on achète ou non ces 34 avions puis, une deuxième fois, trois ou six mois plus tard, sur l'initiative. C'est là la meilleure manière de rendre la démocratie incompréhensible au citoyen. On ne peut pas manipuler le peuple comme ces propositions ont tendance à le faire.

Je vous propose dès lors, non pas au nom de la commission, mais au nom simplement de l'application raisonnable des règles, de repousser ces propositions.

Bundesrat Villiger: Es geht eigentlich auch hier darum, den F/A-18 von der Initiative sozusagen abzukoppeln, in der Hoffnung, man könne vielleicht die Initiative vermeiden, wenn man vorher das Flugzeug in der Abstimmung irgendwie liquidieren könnte. Ich habe dazu vorhin schon Stellung genommen. Ich glaube nicht, dass man darum herumkommt, einmal den schmerzlichen Kampf zu führen, ob man noch Investitionen in eine moderne Armee tätigen will oder nicht. Wenn man das nicht tun will, werden die Konsequenzen sehr viel tiefgreifender sein, als wahrscheinlich viele hier denken. Ich will mich nur noch auf das Rechtliche beschränken.

Zu den beiden Anträgen, die Frau Grendelmeier und Herr Spielmann begründet haben: Hier ist nach unseren Juristen die Rechtslage klar. Die Verfassung sieht das obligatorische Referendum oder die obligatorische Abstimmung von Volk und Ständen nur für Verfassungsänderungen vor, beim Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften und für dringliche und sofort in Kraft zu setzende Bundesbeschlüsse, die sich nicht auf die Verfassung stützen. Diese Aufzählung ist abschliessend. Weil keine der erwähnten Voraussetzungen zutrifft, würde ein Beschluss in diesem Sinne die Bundeskompetenzordnung verletzen und wäre verfassungswidrig. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

Die Idee von Herrn Ruf haben wir auch geprüft. Sie ist in einem Gutachten zur Waffenplatz-Initiative aufgetaucht und sogar – glaube ich – publiziert worden. Es scheint so zu sein, dass ein solches Referendum nach Artikel 89 der Bundesverfassung bis 1962 möglich war. Damals wurden das Geschäftsverkehrsgesetz geändert und der allgemeinverbindliche und dem fakultativen Referendum unterstehende Bundesbeschluss ausschliesslich für rechtsetzende Erlasse reserviert, womit das Referendum für Verwaltungsakte ausgeschlossen wurde. Es gibt Staatsrechtler, die sagen, das könne man ändern, aber nur wenn man das Gesetz ändere, und einer sagt, weil die Ver-

fassung über dem Gesetz stehe, sei es möglich, sich über das Geschäftsverkehrsgesetz hinwegzusetzen. Es gibt keine Verfassungsgerichtsbarkeit. Es gibt niemanden, der Sie hier überprüft. Sie können das durchaus beschliessen, und dann wird es so in Rechtskraft treten. Für mich stellt sich einfach wiederum die Frage, ob es richtig ist, gerade in diesem Geschäft ein Präjudiz zu schaffen. Der Bundesrat ist der Meinung, dass man nicht aus politischen Opportunitätsgründen bei einem Einzelobjekt nun plötzlich etwas einführen soll, was gesetzlich nicht vorgesehen ist. Die Nachteile sind vor allem rechts- und staatspolitischer Art. Eine solche Unterstellung könnte kaum als isolierter Einzelfall behandelt werden.

Es ist davon auszugehen, dass sich daraus eine neue Praxis entwickeln müsste. Damit würde indirekt nicht nur ein Rüstsungsreferendum oder ein militärisches Finanzreferendum eingeführt, sondern ein ganz allgemeines Finanz- und Verwaltungsreferendum. Eine voraussehbare und konsequente Ordnung der Volksrechte wäre nicht mehr gewährleistet.

Sicherlich teile auch ich die Meinung, dass man die Frage eines Verwaltungsreferendums in guten Treuen prüfen kann. Genauso prüfenswert scheint mir auch das Verbot von Rückwirkungsklauseln bei Initiativen. Ich glaube aber, dass man beides grundsätzlich nicht wie aus der Hüfte geschossen, bei einem emotional beladenen Einzelobjekt, plötzlich einführen soll, sondern dass man das ganz sorgfältig mit Kommissionen und unter Berücksichtigung der langfristigen Konsequenzen generell und abstrakt prüfen sollte; man darf nicht durch Hüftschüsse Präjudizien mit unberechenbaren und unabsehbaren Konsequenzen schaffen.

Die Referendumsidee ist ja eigentlich vor allem aufgetaucht, weil man neben der erwähnten Entflechtung vor der Volksabstimmung grosse Zahlungen verhindern wollte. Nachdem sich nun ein Antrag durchgesetzt hat, der einen sehr günstigen Zahlungspfad aufweist – der ungefähr gleich wäre wie ein Referendum; auch dort ist das Vorengagement natürlich schon definitiv –, lässt sich auch aus dieser politischen Sicht ein solches Referendum eigentlich nicht mehr rechtfertigen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Ruf abzulehnen.

Präsident: Herr Spielmann zieht seinen Antrag zugunsten des Antrags der LdU/EVP-Fraktion zurück.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der LdU/EVP-Fraktion offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag Ruf 21 Stimmen

Definitive, namentliche Abstimmung – Vote définitif, par appel nominal

Für den Antrag der Kommission stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la commission:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bührer Gerold, Bürgi, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchebin, Daepp, Darbellay, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Eggy, Engler, Etique, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlmann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenchwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ryden, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zölich (103)

nemann, Stucky, Suter, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss, Zölich (118)

Für den Antrag der LdU/EVP-Fraktion stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition du groupe Adl/PEP:

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguin, Bircher Silvio, Bodenmann, Brügger Cyril, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Carobbio, Caspar, Danuser, de Dardel, Diener, Dörmann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rechsteiner, Robert, Ruf, Ruffy, Schmid Peter, Schmidhalter, Sieber, Spielmann, Steiger, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwylart (70)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borel Francois, Borradori, Comby, Maspoch, Matthey, Stalder, Tschopp, Zwahlen (8)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Gysin, Luder, Rutishauser (3)

Präsident Nebiker stimmt nicht

M. Nebiker, président, ne vote pas

Namentliche Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent en faveur de l'arrêté:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bührer Gerold, Bürgi, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchebin, Daepp, Darbellay, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Eggy, Engler, Etique, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Mühlmann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenchwander, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ryden, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zölich (103)

Dagegen stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Rejetton l'arrêté:

Aguet, Bär, Baumann, Bäumlin, Béguin, Bircher Silvio, Blöcher, Bodenmann, Borel Francois, Borradori, Brügger Cyril, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Camponovo, Carobbio, Caspar, Comby, Danuser, de Dardel, David, Diener, Dörmann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Goll, Grendelmeier, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Maspoch, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruf, Ruffy, Schmid Peter, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger, Strahm Rudolf, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwylart (84)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Bühler Simeon, Caccia, Eymann Christoph, Poncet, Raggenbass, Stamm Luzi, Theubet (7)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Gonseth, Gysin, Luder, Rutishauser, Stalder (5)

Präsident Nebiker stimmt nicht

M. Nebiker, président, ne vote pas

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr

La séance est levée à 12 h 45

Elfte Sitzung – Onzième séance

Mittwoch, 17. Juni 1992, Vormittag
Mercredi 17 juin 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Frau Meier Josi

91.080

Rüstungsprogramm 1992 Programme d'armement 1992

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 252 hiervor – Voir page 252 ci-devant
Beschluss des Nationalrates vom 12. Juni 1992
Décision du Conseil national du 12 juin 1992

Art. 2 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Schoch, Berichterstatter: Unser Rat hat im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm 1992 am 19. März dieses Jahres dem Antrag des Bundesrates vollumfänglich, ohne Zusätze, aber auch ohne Einschränkungen, zugestimmt. Demgegenüber hat der Nationalrat am 12. Juni 1992 dem bundesrätlichen Antrag zum Rüstungsprogramm 92 zwar ebenfalls zugestimmt, Artikel 2 des Bundesbeschlusses aber um einen Absatz 3 ergänzt – ich will nicht geradezu sagen angereichert, aber immerhin ergänzt. Den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 3 entnehmen Sie der Fassung. Es entstand damit eine Differenz zwischen unserer Beschlussfassung und dem, was der Nationalrat beschlossen hat. Die Sicherheitspolitische Kommission Ihres Rates hat sich vorgestern abend zu einer Sitzung getroffen und diese Differenz beraten. Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen heute, dem Nationalrat zuzustimmen und damit die Differenz aus der Welt zu schaffen. Sie stellt Ihnen diesen Antrag mit einem Stimmenverhältnis von 7 zu 1 bei 3 Enthaltungen und 2 Abwesenheiten.

Die Sicherheitspolitische Kommission stellt diesen Antrag in voller Kenntnis des Umstandes, dass der Zusatz, den der Nationalrat beschlossen hat, in rechtlicher Hinsicht eigentlich monströs ist. Wenn wir das rein rechtlich zergliedern und auseinandernehmen wollten, hätten wir sicher Mühe, die ganze Geschichte so zu begründen, dass die Zustimmung zum nationalrätlichen Beschluss zwingend und unausweichlich ist, um so mehr, als beispielsweise die Gültigkeit der Initiative im Beschluss des Nationalrates praktisch schon präjudiziert wird. Ich will nicht in noch nicht vernarbten Wunden von gestern stochern, meine aber, dass sich die gleiche Frage, mit der wir uns gestern im Zusammenhang mit der Waffenplatz-Initiative doch während immerhin fast eines halben Tages unterhalten haben, wieder stellen wird – auch wenn man davon ausgehen kann, dass unser gestriger Ratsbeschluss glücklicherweise – das sage ich jetzt in meinem persönlichen Namen – eine gewisse präjudizierende Wirkung auslösen dürfte. Aber auch wenn in rechtlicher Hinsicht der Absatz 3 von Artikel 2 nach Beschluss des Nationalrates monströs ist, bleibt uns offenkundig politisch keine andere Wahl, als dem Nationalrat zuzustimmen und damit die Differenz zu beseitigen. Die

Kommission ist nach sorgfältiger Auslotung des gesamten Umfeldes zu dieser Überzeugung gelangt. Sie empfiehlt Ihnen deshalb mit Nachdruck, sich dem Nationalrat anzuschliessen und nicht noch mit irgendwelchen Spitzfindigkeiten neue Probleme zu schaffen. Wenn die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges nicht in Frage gestellt werden soll, bleibt – politisch beurteilt – offenkundig nichts anderes übrig, als dem Nationalrat zuzustimmen.

Eine Bemerkung ist in diesem Zusammenhang noch anzu bringen. Absatz 3 von Artikel 2 ist offenbar – ich entnehme das vor allem heutigen Presseberichten – interpretationsbedürftig. Für mich ist der Text zwar von seinem Gehalt her durchaus verständlich und auch unmissverständlich. Aber ich wäre dem Vorsteher des Militärdepartementes doch dankbar, wenn er dem Rat und damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen könnte, wie er und seine Beamten den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 3 interpretieren und wie nach Meinung des Vorstehers EMD im Zusammenhang mit diesem neuen Beschluss vorgegangen werden kann, was das für das Departement mit Bezug auf weitere Zahlungen bedeutet.

Zusammenfassend: Die Sicherheitspolitische Kommission Ihres Rates beantragt Ihnen, dem Nationalrat zuzustimmen und damit das Geschäft definitiv abzuschliessen.

M. Coutau: Je ne tiens pas à rouvrir aujourd'hui un débat sur l'acquisition de l'avion de combat. C'est pourquoi je n'ai pas déposé de proposition d'amendement qui aille contre la décision de la commission qui a été décrite par M. Schoch. Toutefois je tenais à préciser que, personnellement, je ne pouvais pas me rallier à une solution que je considère comme hypothétique du point de vue militaire, monstrueuse du point de vue juridique – conformément d'ailleurs aux propos tenus par M. Schoch – néfaste du point de vue de l'économie et, enfin, comme une capitulation résignée du point de vue politique.

Plattner: Auch ich möchte keinesfalls eine neue F/A-18-Debatte vom Zaune brechen. Ich habe mich aus dem gleichen Grund zurückgehalten, zum Beschluss des Nationalrates einen Abänderungsantrag zu stellen. Immerhin muss ich auf den letzten Punkt dessen, was Kommissionspräsident Schoch gesagt hat, noch einmal zurückkommen.

Heute morgen war am Fernsehen auf der letzten Schrifttafel mit den Nachrichten der Nacht zu lesen: «Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates beantragt dem Ständerat, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen,» – und nun kommt es – «gemäßem welchem bis zur Volksabstimmung über die GSoA-Initiative keine weiteren Vorauszahlungen mehr geleistet werden sollen.» Das ist, was man im Lande draussen aus der Nationalratsdebatte und dem Antrag Hess, der schliesslich gutgeheissen wurde, verstanden hat.

Wie ich in der Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates fast zufällig gemerkt und erfahren habe, ist das eine falsche Interpretation! Nachdem ich Herrn Bundesrat Villigers Rede vor dem Nationalrat noch einmal gelesen habe, muss ich ihn vom Verdacht entlasten, dass er dort nicht die Wahrheit gesagt hätte. Er hat ganz klar formuliert, dass diese Interpretation nicht die richtige sei. Trotzdem bitte ich ihn nun, zuhanden der Öffentlichkeit klarzustellen, wie dieser Artikel vom EMD interpretiert wird.

Er wird offenbar so interpretiert, habe ich verstanden, dass trotzdem weitere Vorauszahlungen gemacht werden, dass brutto weit über die 50 Millionen Franken Vorengagement hinaus Gelder in die USA geschickt werden; dass netto, im Falle eines allfälligen Volks-Ja zur Initiative, allerdings alles bis auf 50 Millionen Franken wieder zurückkommt. Es geht also um eine Bruttoüberschreitung, und bei einem allfälligen Ja am Schluss netto um eine Belastung von nicht mehr als 50 Millionen Franken.

1. Welche Beträge, Herr Bundesrat, sollen bis zur Volksabstimmung noch ausgegeben werden, und in welcher Kadenz? Schon dieses Jahr oder erst nächstes Jahr?
2. Werden diese Beträge verzinst? Es handelt sich ja offenbar um eine Art von Dreiecksgeschäft zwischen der Schweiz, den Vereinigten Staaten oder ihren Behörden und Finnland. Wer verzinst dies?

3. Wer garantiert, dass am Schluss dieses Geld wirklich zurückkommt, falls das Volk ja sagt? Was sind die Sicherheiten, und wer garantiert sie im Falle von Problemen mit der Firma McDonnell Douglas, die ja in Schwierigkeiten steckt? Wir wollen nicht Liquidität in eine Firma einschiessen, die vielleicht nicht in der Lage ist, die Beträge zurückzuzahlen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundesrat, wenn Sie diese Fragen möglichst klar beantworten könnten.

Zimmerli: Nach der gestrigen Debatte werden Sie es mir hoffentlich nicht verübeln, wenn ich noch ein kurzes Wort zu diesem Geschäft abgebe, zumal mich Herr Schoch mit seinem Votum praktisch dazu eingeladen hat.

Der vom Nationalrat beschlossene Zusatzabsatz zum F/A-18-Beschluss wird allenfalls als Sieg der staatspolitischen Vernunft gefeiert. Ich kann diese Begeisterung nicht teilen. Wenn man den Beschluss des Nationalrates nüchtern beurteilt, hat er nichts anderes zum Inhalt als die Zulassung eines Rüstungsreferendums mit überflüssiger Zusatzbotschaft des Bundesrates und sachlich grundloser Verzögerung. Man erkläre mir doch bitte, was es über die zweite GSoA-Initiative im Parlament noch zu diskutieren gibt, wenn im F/A-18-Beschluss schon die Volksabstimmung darüber beschlossen worden ist! Wenn schon unbedingt etwas staatsrechtlich Unmögliches beschlossen werden muss, wäre es ehrlicher gewesen, die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges direkt ohne jede verfassungsrechtliche Grundlage dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Aber diesen Mut hatte man aus verständlichen Hemmungen heraus doch wieder nicht. Mir hätte es vollständig genügt, wenn der Bundesrat die Zusage abgegeben hätte, aus einleuchtenden staatspolitischen Gründen mit dem Vollzug des Beschaffungsbeschlusses zuzuwarten, bis über die GSoA-Initiative entschieden ist. Aber das Wort eines Bundesrates genügt heute offenbar nicht mehr, wenn man sich als Sieger fühlen will. So weit haben wir es gebracht; mir tut das weh.

Bitte machen Sie diesem Trauerspiel ein Ende und stimmen Sie dem Nationalrat zu.

Bundesrat Villiger: Herr Zimmerli, mir hätte das Wort des Bundesrates auch genügt. Ich hätte lieber die Freiheit gehabt und hätte diese Zusage machen können. Es scheint aber, dass es politisch nicht anders geht, als dass man eine solche Formulierung hineinnimmt. Es wurde im Nationalrat auch die Referendumslösung besprochen, die eine verfassungsmässige Grundlage im Artikel 89 haben könnte. Man habe anscheinend ursprünglich den allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss – sagen gewisse Staatsrechtler – gerade für Verwaltungsreferenden vorgesehen. Diese Möglichkeit haben die beiden Räte im Geschäftsverkehrsgesetz 1962 wieder zugeschüttet. Ich habe im Nationalrat dann empfohlen, das Referendum nicht vorzusehen, um nicht wiederum – wie gestern in einem anderen Zusammenhang diskutiert worden ist – anhand eines konkreten Geschäftes, bei dem man glaubt, mittels eines Schleichweges aus gewissen Problemen herausgefunden zu haben, etwas zu präjudizieren, was dann vielleicht später unliebsame Folgen hat. Wenn man die Frage eines Verwaltungsreferendums untersuchen will, scheint mir das nicht abwegig; aber man sollte das nicht mit einem Hüftschuss tun, sondern vertieft prüfen.

Heute morgen habe ich diese Kontroverse auch der Presse entnommen, und ich habe etwas Mühe damit gehabt. Herr Plattner hat fairerweise gesagt, dass ich mich immer in der gleichen Richtung geäussert habe. Ich glaube, jeder, der Deutsch kann, kann dem Zusatzartikel entnehmen, was er aussagt. Gerade deswegen, weil wir keinen Zahlungsstopp verfügen können, wurde der Minderheitsantrag Ledigerber zu Artikel 2 Absatz 3 im Nationalrat abgelehnt. Der Nationalrat hat ganz klar dem Antrag Hess Peter den Vorzug gegeben; hätte er etwas anderes gewollt, hätte er der Minderheit Ledigerber zustimmen müssen. Das hätte allerdings die Flugzeugbeschaffung innert nützlicher Frist verunmöglicht.

Ich erkläre Ihnen rasch warum: Es sind zwei neue Elemente aufgetaucht, seit Sie in diesem Rat über das Kampfflugzeug befunden haben, nämlich erstens die Initiative, die eingereicht

worden ist, und zweitens der finnische Entscheid, 64 solcher Flugzeuge zu beschaffen.

Die Priorität des Bundesrates – auch durch das Finanzhaushaltsgesetz gestützt – war, dem Rat eine möglichst kostengünstige Beschaffung vorzuschlagen. Er hat deshalb die Lösung mit der Produktion im Jahr 1993 gewählt, was die berühmten Vorauszahlungen nach dem Entscheid in Ihrem Rat zur Folge hatte. Man wusste, dass die Amerikaner für die späteren Jahre wahrscheinlich etwas weniger Flugzeuge produzieren; die Seriengrösse hat einen grossen Einfluss auf den Preis. Nun hat der finnische Entscheid zur Folge gehabt, dass in den nächsten Jahren eine gewisse Aufstockung der Produktion durch finnische Flugzeuge vorgesehen ist, was einen Rückgang der amerikanischen Produktion teilweise kompensiert, so dass auch im Jahre 1994 eine Seriengrösse bleibt, die für die Produktion noch einigermassen vernünftig ist und deswegen für allfällige Schweizer Flugzeuge im Falle einer Verschiebung des Produktionsjahres eine seriengrösse Preiserhöhung ausschliessen würde. Eine teuerungsmässige nicht; ich werde noch darauf zurückkommen.

Die Initiative hat eine Diskussion darüber ausgelöst, ob noch Vorauszahlungen geleistet werden dürfen, bis das Volk entschieden habe. Rechtlich kann eine solche Initiative keine Vorrückung haben. Es ist sogar so, wenn man ihr zuviel Vorrückung zugesteht, dass dies Präjudizfolgen für andere Bereiche haben könnte. Jeder im Lande, der etwas blockieren will, könnte sich mit 100 000 Unterschriften anmassen zu sagen: Das Volk will etwas anderes, ihr dürft nicht mehr handeln.

In diesem Zwiespalt hatte ich aber Verständnis dafür, dass Zahlungen in grossem Umfang vor dem Volkentscheid vom Volk wahrscheinlich schwer verstanden worden wären. Man hätte das als eine Art Erpressung empfunden.

Wegen diesen zwei neuen Elementen habe ich den Rüstungschef mit dem Auftrag in die USA geschickt, nach Wegen zu suchen, die eine vernünftige Produktion und einen vernünftigen Preis für die Flugzeuge ermöglichen, die aber andererseits die Rücktrittskosten minimieren. Ich habe immer ausdrücklich von Rücktrittskosten gesprochen. Es ist an sich aus Sicht der Bundeskasse unerheblich, ob man noch etwas zahlt oder nicht. Wichtig ist, dass am Schluss der ganzen Uebung der Schaden begrenzt ist, sofern das Volk anders entscheidet, was ich allerdings nicht hoffe.

Der Rüstungschef hat folgende Vorschläge gebracht – wir haben Ihnen die Liste zustellen lassen –: Wir könnten wählen zwischen 5 Varianten, von denen 3 einigermassen tauglich waren. Wir können wählen zwischen tiefen Rücktrittskosten und höherem Endpreis des Flugzeuges oder zwischen tiefem Endpreis des Flugzeuges und höheren Rücktrittskosten. Die eine Lösung präsentierte der Bundesrat in der Botschaft; sie sieht die Produktion im Fiskaljahr 1993 vor: Die Mehrkosten gegenüber der Botschaft sind gleich null, und die Rücktrittskosten, das also, was dem Bund an Schaden verbleibt, wenn das Volk vor dem 1. Juli 1993 nein sagen würde, liegen bei 290 Millionen Franken. Ursprünglich haben wir befürchtet, dass es sich um 500 bis 800 Millionen Franken handeln könnte. Darauf hat man nach einer Zwischenlösung gesucht, die die Produktion im Fiskaljahr 1993 für die Flugzeuge aufrechterhalten hätte; aber der ganze Logistikteil – Simulatoren und alles, was dazugehört, was gegen die Hälfte des Volumens ausmacht – wäre aufs Jahr 1994 verschoben worden. Diese Zwischenlösung hätte die Rücktrittskosten auf 170 Millionen Franken, d. h. um 120 Millionen Franken, reduziert, hätte aber einen Mehrpreis des Flugzeuges von 55 Millionen zur Folge gehabt. Der Bundesrat hat diese Lösung vorgezogen, und zwar deshalb, weil sie unserer Industrie einen sofortigen Produktionsbeginn ermöglicht hätte. Die Industrie braucht jetzt in der Rezession diese Arbeitsplätze.

Ich sage nochmals: Man kauft das Flugzeug nicht wegen der Wirtschaft, aber wenn man schon eines kaufen muss, darf man es doch wirtschaftlich optimal einkaufen. Es hätte noch andere Vorteile gehabt, und vor allem hätte es die Mehrkosten der Flugzeuge auf 55 Millionen Franken begrenzt.

Es ist die dritte Variante, für die sich der Nationalrat entschieden hat. Sie hat aus heutiger Sicht Mehrkosten von 200 Millionen Franken zur Folge. Das habe ich im Rat schon gesagt.

Das entspricht grosso modo der Teuerung eines Jahres. Hingegen wirkt sich das Risiko kleinerer Serien wegen der finnischen Aufträge nicht aus, so dass sich die Mehrkosten auf diese 200 Millionen Franken beschränken. Wir müssen aber den Preis im Beschluss nicht verändern, weil wir eine gewisse Reserve eingebaut haben – für Wechselkursschwankungen und viele andere Variablen, die sich verändern können – und weil in der Botschaft ausdrücklich steht, dass gegebenenfalls Zusatzkredite angefordert werden müssten, wenn die Teuerung anders verliefe oder wenn die Beschaffung in anderen Rhythmen – das steht auf Seite 94 der Botschaft – durchgeführt würde. Deshalb brauchen wir für diese Lösung das Dispositiv im Endpreis nicht zu verändern.

Was bedeuten diese Rücktrittskosten? Sowohl der Bundesbeschluss als auch die Finanzierungsvariante 3 sehen vor, dass die Kosten eines Beschaffungsverzichts für den Bund, wie das der Antrag wörtlich sagt, bis spätestens 1. Juli 1993 nicht höher als 50 Millionen sein dürfen; das ist die Schadenbegrenzung. Der Nationalrat hat also dem Bundesrat den Auftrag gegeben, das Risiko für den Fall der Nichtbeschaffung auf 50 Millionen zu begrenzen. Ein Journalist hat es anders gesagt: «Es sollen nicht mehr als 50 Millionen in den Sand gesetzt werden.»

Ich habe schon im Nationalrat ganz klar den Antrag der Kommissionsminderheit Ledergerber zu Artikel 2 Absatz 3 zurückgewiesen, der einen Verzicht auf weitere Anzahlungen forderte. Ich zitiere hier gerne wörtlich meine Begründung: «Man verlangt also einen Verzicht auf alle weiteren Zahlungen und Verpflichtungen Das hätte zur Folge, dass das Verfahren nicht einfach verlangsamt wird,» – es würde also nicht nur um ein Jahr hinausgeschoben – «sondern dass es vollständig aufs Eis gelegt wird. Das ist nicht möglich. Allein das Aufrechterhalten der Beschaffungsreife ist enorm teuer.» Wenn wir die Beschaffungsreife nicht aufrechterhalten können, dann wird Leuten gekündigt, Ingenieure verschwinden, und wir sind nicht mehr in der Lage, überhaupt eine Offerte zu bekommen, die man 1994 in eine Beschaffung umwandeln kann.

Etwas später habe ich dann gesagt – ich zitiere wieder aus meinem Votum im Nationalrat –: «Die Amerikaner sind bereit, gewisse Teile, die aufgrund von Vorleistungen für uns produziert worden sind, den Finnen zu verkaufen» – hier hilft uns Finnland ein zweites Mal; es kann Teile, die für uns bestimmt sind, dann für seine Flugzeuge übernehmen – «und uns das Geld zurückzuerstatten, so dass der Gesamtschaden wesentlich kleiner wird.» Der Bundesbeschluss gemäss Nationalrat verpflichtet den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass dieser Verzicht bis spätestens zum 1. Juli 1993 50 Millionen nicht übersteigt. Es geht also um die Risikobeschränkung des Verzichts. Das ist der Grundgedanke des Antrags und nicht der Zahlungsablauf. Ich zitiere mich nochmals: «Dafür werden die Nettokosten nach Verkauf gewisser Teile und nach dem Rücktritt die 50 Millionen Franken nicht übersteigen.»

Der Auftrag des Bundesbeschlusses sagt etwas über das Endziel, über die Maximalkosten des Rücktritts, nicht aber über den Weg, auf dem wir dieses Ziel erreichen können. Deshalb haben wir die Ablehnung des Minderheitsantrages Ledergerber zu Artikel 2 Absatz 3 beantragt. Der Bundesrat ist also nun frei, wie er vorgehen will.

Jetzt komme ich zu den Fragen von Herrn Plattner: Es ist klar, dass zu diesen 50 Millionen nicht irgendwelche Zinsen kommen können. Das ist das, was der Bund als Schadenbegrenzung zugesichert bekommen muss. Wenn irgendwelche Zinsen irgendwo anfallen, mag das so sein. Ich habe von solchen Dingen gehört. Ich verstehe sie zwar nicht, aber das ist nicht erheblich. Die Summe des Schadens für den Bund ist erheblich. Die neuen Verträge, die für die Aufrechterhaltung der Beschaffungsreife und die Beschaffung abgeschlossen werden müssen, sehen gewisse neue Verpflichtungen vor. Weil diese aber nicht ausgehandelt sind, kann über deren Höhe nichts Genaues gesagt werden. Aber ich kann Ihnen sagen: Es geht nicht um Grössenordnungen von mehreren hundert Millionen Franken, beileibe nicht. Aber die Beschaffungsreife muss aufrechterhalten werden, damit wir den Anschluss an das Produktionsjahr 1994 überhaupt finden können.

Die Lösung gemäss Minderheit Ledergerber im Nationalrat

hätte zur Folge gehabt, dass nach der Volksabstimmung alles wieder neu angefangen hätte. Wahrscheinlich wäre die Beschaffung dann erst im Fiskaljahr 1996/97 möglich geworden, was Mehrkosten von 400, 500, 600, 700 oder 800 Millionen zur Folge gehabt hätte.

Ob und wie viele Zahlungen bis zum Juli 1993 anfallen, ist offen. Es ist aber sicher, dass alle Verpflichtungen und Zahlungen nur abgesichert unter dem Vorbehalt eingegangen werden, dass die Gesamtsumme aller Abschreibungen im Rücktrittsfall die 50 Millionen nicht übersteigen. Das müssen wir jetzt einsetzen. Dass das möglich ist, haben die Verhandlungen gezeigt; aber man kann nicht in drei Tagen oder in einer Woche ein Vertragswerk von Hunderten von Seiten und einem Riesenvolumen im Detail aushandeln, sondern es ging lediglich um die «guide lines», die Leitplanken, und die wollen wir einhalten. Wir verhandeln also über Rücktrittsklauseln, die uns ermöglichen, den Auftrag des Parlaments zu erfüllen, sofern Sie zustimmen. Weil das so ist, verstehe ich nicht ganz, dass Leute, die im Nationalrat dabeiwaren, das plötzlich völlig anders sehen. Beim Antrag Zisyadis habe ich auf den gleichen Effekt hingewiesen.

Herr Zimmerli und Herr Coutau haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das rechtlich ein nicht besonders schöner Zusatzartikel ist. Ich meine, dass das wahrscheinlich der politische Preis ist, den wir zahlen müssen, damit die Beschaffung überhaupt möglich wird.

Ich sage Ihnen ganz klar: Für mich ist die Priorität der Prioritäten, dass wir einen Entscheid haben. Ich bin als Chef des Militärdepartements verpflichtet, der Flugwaffe ein Flugzeug zu besorgen. Ich sage jeweils bei solchen Dingen: Nase zuhalten und zustimmen.

Ich darf Ihnen in diesem Sinne sagen, dass der Bundesrat mit der Lösung des Nationalrates leben kann und froh ist, wenn Sie heute einen Entscheid fällen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission
Dagegen

27 Stimmen
6 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral